

---

**SPIEKER**  
LANDESKUNDLICHE BEITRÄGE UND BERICHTE

---

33

Günther Becker / Alois Mayr / Klaus Temnitz (Hg.)

**SAUERLAND – SIEGERLAND –  
WITTGENSTEINER LAND**

Jahrestagung der Geographischen Kommission in Olpe 1989



SAUERLAND

1989







Schriftenreihe der Geographischen Kommission  
im Provinzialinstitut für Westfälische Landes- und Volksforschung  
Landschaftsverband Westfalen-Lippe

---



# **SPIEKER**

## **LANDESKUNDLICHE BEITRÄGE UND BERICHTE**

Begründet von Wilhelm Müller-Wille und Elisabeth Bertelsmeier

Herausgegeben von der Geographischen Kommission für Westfalen durch  
Alois Mayr (Vorsitzender), Klaus Temnitz (Geschäftsführer),  
Heinz Heineberg, Hans-Hubert Walter, Julius Werner

---

33

Günther Becker / Alois Mayr / Klaus Temnitz (Hg.)

### **SAUERLAND – SIEGERLAND – WITTGENSTEINER LAND**

Jahrestagung der Geographischen Kommission in Olpe 1989

1989

---

Im Selbstverlag der Geographischen Kommission für Westfalen, Münster



Anschriften:

StDir. G. Becker, Am Biertappen 15, 5940 Lennestadt 1 (Altenhundem) · G. Caspers, Universität Hannover, Inst. f. Geobotanik, Nienburger Str. 17, 3000 Hannover 1 · AOR Dr. H. Eichenauer, Universität-GHS-Siegen, FB 1 Geographie, Postfach 101240, 5900 Siegen · LtdRegSchuldir. Dr. R. Feldmann, Pfarrer-Wiggen-Str. 22, 5750 Menden 1 · Prof. Dr. G. Henkel, M. Franke u. Th. Högner, Universität-GHS-Essen, Inst. f. Geographie, Postfach 103764, 43 Essen · L. D. Dr. B. Högermeyer, Kreisstelle d. Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, In der Stubicke 8, 5960 Olpe-Biggesee · Dr. Ph. R. Hömberg, Westf. Museum f. Archäologie – Außenstelle Olpe, In der Wüste 4, 5960 Olpe-Biggesee · RschDir. R. Köhne, Gleiwitzer Weg 5, 5778 Meschede · Bürgermstr. K.-J. Luster-Haggeney, Schwartmecke 10, 5942 Kirchhundem 3 · Prof. Dr. A. Mayr, Vors. d. Geographischen Kommission für Westfalen, Robert-Koch-Straße 26, 4400 Münster · RegBauDir. Dipl.-Ing. P. Meinke, Der Regierungspräsident Arnberg, Postfach, 5760 Arnberg 2 · Dr. P. Meintz, Düsseldorfer Str. 29, 4600 Dortmund 1 · Geschäftsf. Dipl.-Kfm. Fr.-J. Mockenhaupt, IHK-Siegen, Koblenzer Str. 121, 5900 Siegen · Dr. H. Nicke, Brückenstr. 12, 5276 Wiehl-Weiershagen · Prof. Dr. R. Pott, Universität Hannover, Inst. f. Geobotanik, Nienburger Str. 17, 3000 Hannover 1 · RegDir'in Dipl.-Geogr'in H. Richard, Der Regierungspräsident Arnberg, Postfach, 5760 Arnberg 2 · Dr. A. u. Dir. Dr. Fr. Ringleb, Kappellenweg 14, 4370 Marl-Polsum · AOR Dr. P. Schnell, Westf. Wilhelms-Universität, Inst. f. Geographie, Robert-Koch-Str. 26, 4400 Münster · R. Schürholz, Unterer Ezachweg 54, 7250 Leonberg · Prof. Dr. A. Schüttler, Römerweg 9, 4930 Detmold-Hiddesen · St. Tilke, Tillmann-Stolz-Str. 21, 5900 Siegen · Prof. Dr. P. Weber, Westf. Wilhelms-Universität, Inst. f. Geographie, Robert-Koch-Str. 26, 4400 Münster · Abt. Dir. H.-J. Wegener, Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe – Höhere Forstbehörde, Nevinghoff 40, 4400 Münster · StDir.'in i. R. Dr. M. Willeke, Am Stadtgarten 1, 4650 Gelsenkirchen

---



## Vorwort

Die Geographische Kommission für Westfalen freut sich, anlässlich ihrer öffentlichen Jahrestagung 1989 in Olpe einen regionalen Themenband „Sauerland – Siegerland – Wittgensteiner Land“ vorlegen zu können.

Nach unserer Veröffentlichung „Der Hochsauerlandkreis im Wandel der Ansprüche – Landesforschung, Landesplanung, Landesentwicklung“ (Spieker, H. 26) anlässlich der Jahrestagung 1978 in Meschede mit 9 Beiträgen ist der südwestfälische Raum nunmehr zum zweiten Mal Gegenstand einer thematisch breitgefächerten landeskundlich-geographischen Publikation, an der – unter Mitwirkung von Vertretern weiterer Disziplinen und der Praxis – nicht weniger als 28 Autoren mit 24 Beiträgen beteiligt sind.

Wenngleich Südwestfalen lange eine hochschulferne Region war und trotz neuer Universitätsgründungen noch weitgehend als solche gelten kann, so hat dennoch insbesondere das Sauerland, aber auch das Siegerland in der geographischen Landesforschung von Münster, Köln, Bonn und Marburg aus beachtliches Interesse gefunden. Dem Wittgensteiner Land ist demgegenüber – von einigen Ausnahmen abgesehen – leider weniger Beachtung geschenkt worden.

Als erste Münstersche Arbeit über einen Teilraum Südwestfalens erschien 1941 die von Prof. Dr. Hans Dörries, dem damaligen Direktor des Geographischen Instituts und zugleich Vorsitzenden der Geographischen Kommission, angeregte Dissertation „Das Olper Land“ von Otto Lucas, veröffentlicht als Band 7 der Arbeiten der Geographischen Kommission und nachgedruckt 1984 als Band 9 der Schriftenreihe des Kreises Olpe. Sie beschreibt und analysiert vorrangig das Kulturlandschaftsbild des Südsauerlandes zur Zeit der Urkatasteraufnahme um 1830.

Im Unterschied zu dieser alle kulturlandschaftsprägenden Faktoren behandelnden landeskundlichen Untersuchung erhebt der vorliegende Sammelband trotz seines umfassenden Titels nicht den Anspruch einer monographischen Gesamterfassung des Sauerlandes, Siegerlandes und Wittgensteiner Landes, vielmehr konnten lediglich ausgewählte Aspekte als Bausteine zu einer Landeskunde Südwestfalens herausgegriffen werden. Die thematische Spannweite reicht von einer differenzierten Analyse des Geltungsbereichs des Landschaftsnamens Sauerland über Studien zu Landesnatur, Siedlungsgenese und -struktur, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd, kultur- und wirtschaftsräumlichen Strukturen und Verflechtungen bis hin zu Beiträgen zum Erholungspotential und Fremdenverkehr sowie zur Regionalentwicklung und -planung. Es handelt sich überwiegend um meist mühevoll erzielte Originärstudien mit erstmals vorgelegten Forschungsergebnissen, in drei Fällen um Reprints. Die Beiträge beziehen sich teilweise auf das Sauerland oder südwestfälische Bergland in seiner Gesamtheit, z. T. auf lokale und regionale Fallstudien. Dabei war es ein besonderes Anliegen, angesichts des Tagungsortes und der mit der Tagung verbundenen Exkursion den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein besondere Beachtung zu schenken.

Bei der Strukturierung des Bandes ergab sich, daß im Bereich der ländlichen Siedlungsgeographie bis hin zum jüngeren Struktur- und Funktionswandel des ländlichen Raumes deutliche Forschungsdefizite bestehen, die es künftig zu beheben gilt.



Probleme der Raumorganisation und des Regionalbewußtseins haben in den letzten Jahren in Wissenschaft und Öffentlichkeit immer größere Bedeutung erreicht. Wir hoffen, daß die vorliegende Veröffentlichung wie auch der in Vorbereitung befindliche „Südwestfalen“-Band unseres geographisch-kartographischen Handbuches „Städte und Gemeinden Westfalens“ dazu beitragen, sich intensiver mit dem Sauerland, Siegerland und auch dem Wittgensteiner Land zu beschäftigen.

Für die Geographische Kommission für Westfalen

*Günther Becker*

*Alois Mayr*

*Klaus Temnitz*

# INHALT

## I. Landschaftsname „Sauerland“

<i>Becker, G.</i> : Der Geltungsbereich des Landschaftsnamens Sauerland . . . . .	1
---	---

## II. Naturraum

<i>Ringleb, A. u. Fr. Ringleb</i> : Das Sauerland – Aspekte seines Klimas . . . . .	19
---	----

<i>Nicke, H.</i> : Reliefanalyse des Rothaargebirges und seines siegerländisch-wittgensteinischen Umlandes . . . . .	33
--	----

<i>Pott, R. u. G. Caspers</i> : Waldentwicklung im südwestfälischen Bergland . . . . .	45
--	----

<i>Feldmann, R.</i> : Artenschutzgewässer im Raum Balve (Märkischer Kreis) – Aufbau eines Biotopverbundsystems . . . . .	57
--	----

## III. Siedlungsgenese, Dorf und Stadt

<i>Hömberg, Ph. R.</i> : Zur vorgeschichtlichen Besiedlung Südwestfalens . . . . .	65
--	----

<i>Willeke, M.</i> : Die Wüstung Silbeke an der Grenze des Herzogtums Westfalen. . . . .	79
--	----

<i>Köhne, R.</i> : Die Industriesiedlungen des 19. Jahrhunderts im Ramsbecker Bergland . . . . .	101
--	-----

<i>Henkel, G., M. Franke u. Th. Högner</i> : Probleme und Potentiale peripherer Siedlungen – Das Beispiel Elsoff (Wittgensteiner Land) . . . . .	113
--	-----

<i>Becker, G.</i> : Altenhundem – Vom Bauerndorf zum Zentrum von Lennestadt . . . . .	137
---	-----

<i>Weber, P.</i> : Arnsberg – Die Reichweiten räumlicher Kenntnisse und Orientierungen in einer Großgemeinde . . . . .	145
--	-----

## IV. Land- und Forstwirtschaft, Jagd

<i>Högermeyer, B.</i> : Jüngere Entwicklungstendenzen und Entwicklungsmaßnahmen in der Landwirtschaft des Kreises Olpe . . . . .	159
--	-----

<i>Wegener, H.-J.</i> : Einflüsse von Wirtschaft, Politik und Jagd auf Westfalens Wälder – insbesondere auf die Wälder des Süderberglandes – in den letzten Jahrhunderten . . . . .	171
---	-----

<i>Luster-Haggenev, K.-J.</i> : Wald und Wild im Südsauerland . . . . .	185
---	-----

<i>Köhne, R.</i> : Die Jagd im südwestfälischen Bergland . . . . .	187
--	-----



## **V. Kultur- und wirtschaftsräumliche Strukturen und Verflechtungen**

<i>Schöller, P.</i> : Die Bedeutung einer alten Territorialgrenze für die heutige Verflochtenheit des Bergisch-Märkischen Industriegebietes . . . . .	195
<i>Meintz, P.</i> : Die Entwicklung der kurkölnisch-siegerländer Grenze und raumwirksame Differenzierungen der Kulturlandschaft. . . . .	207
<i>Eichenauer, H.</i> : Das Siegerland als Beispiel wirtschaftsgeschichtlicher und wirtschaftsgeographischer Harmonie? Überprüfung eines kulturlandschaftlichen Exempels . . . . .	219
<i>Mockenhaupt, Fr.-J.</i> : Strukturen und Probleme der Wirtschaft im IHK-Bezirk Siegen unter Berücksichtigung von Unterschieden in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe . . . . .	243

## **VI. Erholungspotential und Fremdenverkehr**

<i>Schüttler, A.</i> : Der Naturpark Arnsberger Wald und seine Besucher – Potential und Bedeutung für den Fremdenverkehr . . . . .	251
<i>Tilke, St.</i> : Auswirkungen des Baus der Biggetalsperre auf den Fremdenverkehr im Kreis Olpe unter besonderer Berücksichtigung des Ortsteils Olpe-Sondern . . . . .	275
<i>Mayr, A. u. P. Schnell</i> : Fort Fun – ein Freizeitpark im Sauerland . . . . .	289

## **VII. Regionalentwicklung und -planung**

<i>Schürholz, R.</i> : Auswirkungen des Fernstraßenbaus und der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – Ein Vergleich der Bundesautobahn A 45 „Sauerlandlinie“ und der Entwicklung des Wittgensteiner Landes . . . . .	319
<i>Meinke, P. u. H. Richard</i> : Regionalplanung in Südwestfalen unter besonderer Berücksichtigung von Siegerland und Südsauerland . . . . .	337

# Der Geltungsbereich des Landschaftsnamens Sauerland

von Günther B e c k e r , Lennestadt

## 1. Etymologie und Bedeutung des Namens

In einem Beitrag in der Zeitschrift „Westfalen“ hat J. HARTIG 1969 überzeugend dargelegt, daß der Landschaftsname Sauerland ursprünglich *Suderland* lautete.<sup>1)</sup> Daraus ging durch Schwund des intervokalischen *-d-* die Namensform *Su(e)rland* hervor (latinisiert *Surlandia*). Aus ihr wiederum entstand durch Verhochdeutschung spätestens gegen Ende des 16. Jhs. die Bezeichnung *Sauerland*. Sie bedeutet, wie HARTIG nachweisen konnte, „nichts anderes als südliches Land“. In der gleichfalls auf *Suderland* zurückzuführenden Namensform *Süderland*, die erstmals im ausgehenden 17. Jh. bezeugt ist, vermutet er eine Bildung durch gelehrte Kreise.<sup>2)</sup>

## 2. Das Suderland des hohen und späten Mittelalters

Als ältester Beleg des Landschaftsnamens Sauerland galt lange die Marginalie *In Surlandia* neben der Abschrift einer auf den 3. Mai 1047 datierten Schenkungsurkunde des Abtes Gerold von Werden, die im gut 100 Jahre später entstandenen „*Liber privilegiorum Werdinensis maior*“ wiedergegeben ist.<sup>3)</sup> HARTIG konnte jedoch zeigen, daß der Schrift nach die Randnotiz erst aus der Zeit um 1400 stammen kann und die ältesten Zeugnisse den Namen Sauerland nur „in der Gestalt *Suderlant*“ (*Suderland*, *Zuderland*) überliefern.<sup>4)</sup>

Die Liste der von ihm zusammengestellten Belege beginnt mit einem 1266 genannten Urkundenzeugen Wesselo *de Suderlande*.<sup>5)</sup> Auch in den angeführten weiteren Belegen erscheint der Name *Suderland* nur als Her-

kunftsbezeichnung, die der Namensträger nicht in seiner Heimat, sondern erst in der Fremde erhalten hat. Namensträger findet man im 14. Jh. vor allem in Soest, aber auch in anderen Hansestädten wie z. B. Lübeck, Rostock, Stralsund und Greifswald. Da in keinem Fall der Herkunftsort bekannt ist, scheiden diese Belege aus, wenn man zu klären versucht, welches Gebiet im 13. und 14. Jh. *Suderland* genannt wurde.

In solchem Zusammenhang kommt einem in HARTIGs Liste fehlenden und bislang in der Sauerland-Literatur nicht verwerteten *Suderland*-Beleg aus der Zeit um 1350 im Antiquum registrum des Stiftes St. Severin zu Köln besondere Bedeutung zu.<sup>6)</sup> Aus ihm geht hervor, daß die Kirchspiele Attendorf, Helden, Elspe, (Kirch-)Hundem, Affeln und Balve damals *in Weysfalia Suderlant* lagen.<sup>7)</sup> Mindestens für das Gebiet von den Rothaarhöhen im Osten des Südsauerlandes über die Ebbe-Homert-Schwelle bis zur mittleren Hönne muß also um die Mitte des 13. Jhs. der Name *Suderland* gebräuchlich gewesen sein.

Daß der Geltungsbereich des Namens schon damals über diesen Raum hinausging und angrenzende Gebiete einschloß, dürfte außer Frage stehen. Seine geographischen Umriss werden jedoch erst deutlicher, als im Laufe des 15. Jhs. mit den nun reicher fließenden schriftlichen Quellen der Name *Suderland* immer häufiger auch in Verbindung mit Ortsnennungen auftritt. Nun ist seine Verwendung auch für das nordwestliche Sauerland bezeugt.

In einer Teilungsurkunde vom 27. Juni 1413 überläßt Graf Adolf von Cleve und von der Mark seinem Bruder Gerhard alle Rechte,



die er am *Suderlande* hat, „so woe dat gelegen is, an den slaiten Swartenberg (Schwarzenberg), Plettenbracht (Plettenberg), Ludenscheide (Lüdenscheid), Nyestat (Bergneustadt), Brekervelde (Breckersfeld) ind Raide (Neuenrade) ind den hoff toe Raide“ (Rhad bei Kierspe).<sup>8)</sup>

Danach gehörte im frühen 15. Jh. der ganze zwischen der Ennepe und dem Ebbegebirge gelegene Landstrich südlich, teils auch nördlich der Lenne bis zur Wasserscheide Ruhr/Rhein und mit dem märkischen Amt Neustadt<sup>9)</sup> sogar darüber hinaus zum Suderland. Andere schriftliche Quellen belegen, daß in der ersten Hälfte des 15. Jhs. auch das östliche Hattinger Hügelland zwischen der Ennepetalung und dem Ruhrtal und, wie schon um 1350, das Südsauerland, der heutige Kreis Olpe, als zum Suderland gehörig angesehen wurden.<sup>10)</sup>

Da es keinem Zweifel unterliegen kann, daß auch das schon im 13. Jh. suderländische Kirchspiel Balve und das märkische Amt Iserlohn zu ihm zählten, muß das Suderland der ersten Hälfte des 15. Jhs. die gesamte südwestfälische Gebirgsregion südlich der Ruhr vom Niedersauerland über das West- und Südsauerland bis zu dessen Südgrenze an der Wasserscheide Ruhr-Sieg und kleinere, naturräumlich bereits zum Bergischen Land gehörende Randgebiete südlich Hattingen und um die obere Agger umfaßt haben.

E. FRICKE, der sich in vielen Veröffentlichungen mit der Geschichte der Gebietsverfassung im Lüdenscheider Raum befaßt hat,<sup>11)</sup> meint, das von ihm immer Suderland genannte Suderland habe „in seiner ganzen ursprünglichen Ausdehnung“ nur das 1413 Gerhard von der Mark zugefallene Gebiet im weiteren Umkreis von Lüdenscheid eingenommen. Räumlich decke es sich mit dem Bezirk der großen Freigrafenschaft, die sich im 15. Jh. um den Freistuhl Lüdenscheid bildete.<sup>12)</sup>

FRICKE hält es für „nicht mehr so unwahrscheinlich“, daß das „Suderland“ in dieser Ausdehnung „im 9. Jh. einen fränkischen und nachkarolingischen Comitatus bildete“, den er den „suderländischen Comitatus“ nennt.<sup>13)</sup> Er meint, gute Gründe für die Annahme zu

haben, „daß dem Namen Suderland im Mittelalter mehr als nur eine geographische Bedeutung zukam“ und er, „den geographischen Bezug niemals leugnend, . . . zu allererst ein Verfassungsbegriff“ war, „der einen Rechtszustand bezeichnete“.<sup>14)</sup>

Die Auffassung, der Name *Suderland* habe ursprünglich nur für das märkische Sauerland gegolten, ist besonders vehement und polemisch gegen anderslautende Stimmen aus dem kurkölnischen Sauerland von F. SCHMIDT vertreten worden. „Geschichtlich gesehen“, so formulierte er in einem 1951/52 in der Zeitschrift „Der Märker“ publizierten Aufsatz unter dem Titel „Hellweg und Sauerland“, „gibt es nur ein Sauerland, und das ist eben das märkische.“<sup>15)</sup> Einleitend zitiert er als Gewährsmann den märkischen Geschichtsschreiber Joh. Died. VON STEINEN, der um 1750 in seiner „Westphälischen Geschichte“ schrieb: „Die Grafenschaft Mark wird getheilet in Süderland – in der gemeinen Rede heißet es zwar das Sauerland –, wozu gerechnet werden die Orte, welche an der Süderseite der Ruhr liegen, und Hellweg, wozu dasjenige gehöret, was an der Nordseite dieses Flusses zu finden ist.“<sup>16)</sup> Im Unterschied zu FRICKE ist SCHMIDT jedoch der Ansicht, die Bezeichnung *Süderland* sei erst „bald nach 1200“ im Zusammenhang mit einer Erbteilung im gräflich altenaischen Hause entstanden.<sup>17)</sup>

Angesichts des zitierten frühesten Suderland-Belegs von etwa 1250 (*in Weysfalia Suderlant*) im „Antiquum registrum“ des Severinstiftes muß man die Hypothesen der beiden Autoren in Frage stellen. Sicher ist indessen, daß der Ursprung des Landschaftsnamens Suderland in die vorterritoriale Zeit zurückreicht und daß er im Süden und Westen des heutigen Sauerlandes bereits gebräuchlich war, als im 13. Jh. zwischen den Grafen von der Mark und den Erzbischöfen von Köln, die seit 1180 die Herzogsgewalt über Westfalen und Engern besaßen, die Auseinandersetzungen um den Besitz der Landeshoheit im südlichen Westfalen einsetzten, die erst nach der Soester Fehde (1444-48) mit den Gebietsregelungen zwischen Kleve-Mark und dem Erzstift Köln durch den Schiedsspruch von Maastricht 1449 ihr Ende fanden.<sup>18)</sup>

Über die Entstehungszeit und den anfänglichen Geltungsbereich des Landschaftsnamens Suderland läßt sich nichts Sicheres sagen. A. K. HÖMBERG hat in ihm einen Gaunamen vermutet. Er argumentiert damit, daß für das Gebiet der Ursiedlung keine Urkunde einen Gaunamen nennt und meint: „Die Gaubezeichnung Süderland würde gut zu der Lage des Gebietes im südlichsten Zipfel des sächsischen Stammesraumes passen.“<sup>19)</sup>

Gegen die mit einer solchen Vermutung notwendig verbundene Annahme einer Entstehung des Namens in karolingischer oder wenig späterer Zeit spricht, daß im deutschen Binnenland Raumnamen mit dem Grundwort -land nicht vor dem ausgehenden 11. Jh. auftreten.<sup>20)</sup> So ist es wahrscheinlich, daß der Name Suderland erst im 12. Jh. aufgekommen ist.

Die Namengeber wird man in der Bördenregion des Hellwegs zu suchen haben. Hier lagen in einer getreidereichen Landschaft die aufblühenden Handelsplätze Dortmund und Soest. Zwischen ihnen und dem südlich gelegenen wald- und erzeichen sauerländischen „Hinterland“ entwickelte sich im hohen Mittelalter ein lebhafter Handelsaustausch. Begehrtes Handelsgut der Märkte in Dortmund und Soest war das seit dem 11. Jh. auf den Rennfeuerhütten des westlichen und südlichen Sauerlandes in wachsenden Mengen erzeugte Eisen. Diese wirtschaftlichen Verflechtungen und nicht politische Strukturen welcher Art auch immer dürften der Grund für die Entstehung des Landschaftsnamens Sauerland gewesen sein.<sup>21)</sup>

F. PETRI hat 1969 in einem Vortrag „Der Platz des Bergischen Landes und des Sauerlandes in der rheinischen und westfälischen Territorialgeschichte“ von der vorherrschenden „Gesamtausrichtung im Bergischen zum Rheine hin, im Sauerland aber... auf Westfalen hin“ gesprochen und „das Märkische als Schwellenlandschaft aus den Gebieten um und nördlich von Hellweg und Lippe zum Rhein und nach Köln“ bezeichnet.<sup>22)</sup> Auch das südliche Sauerland, das im Mittelalter kulturell und wirtschaftlich eng mit dem Rheinland und vor allem Köln, dem geistlichen Oberzentrum für das südliche Westfalen, verbunden war, scheint schon im

12. Jh. Handelsbeziehungen zum entfernungs-mäßig näher als Köln gelegenen mittleren Hellweggebiet, besonders zu Soest, unterhalten zu haben.<sup>23)</sup>

### 3. Ausdehnung und Festigung des Geltungsbereichs in der frühen Neuzeit

Erst im 16. und 17. Jh. erfährt der als Suderland oder Surland bezeichnete Raum eine Ausdehnung nach Osten.

Noch in der Rheinlauf-Karte des Caspar VOPÉLIUS von 1555 ist der Name *Suderland* zwischen Plettenberg und Valbert im Bereich des Ebbegebirges eingetragen.<sup>24)</sup> Die Erwähnung eines Pfarrers *to Helvelde im Surland* (Hellefeld im Sauerland) in Lehnprotokollen der Abtei Herford aus dem Jahre 1518<sup>25)</sup> zeigt jedoch, daß im frühen 16. Jh. mindestens schon der Westen des Kernsauerlandes bis zur Wenne zum Su(de)rland gerechnet wurde. Für das Nordsauerland, das Astengebirge und das Ostsauerland ist m. W. ein entsprechender Nachweis bisher nicht erbracht worden.

Der Bilsteiner Drost Caspar VON FÜRSTENBERG verwendet in seinen Tagebüchern aus den Jahren 1584–1596 den Landschaftsnamen fünfmal in der Form *Suderlandt* und zweimal in der Form *Surland(t)*.<sup>26)</sup> In all diesen Fällen meint er damit das Gebiet der von ihm verwalteten kurkölnischen Ämter Bilstein und Waldenburg im Südsauerland. Merkwürdigerweise gebraucht er 1596, sich auf Oelinghausen bei Arnsberg beziehend, einmal die Lautform *Saurlandt*.<sup>27)</sup> Liegt hier nur ein unreflektierter erster Gebrauch der nach 1600 auch in den Quellen aus dem westlichen Sauerland begegnenden sprachlichen (hochdeutschen) Neuerung *Saurlandt* vor?<sup>28)</sup> Oder hat der immer recht akribische Drost bewußt zwischen einem Landschaftsnamen *Suderlandt* oder *Surlandt* für das südliche Sauerland und einem Namen *Sauerlandt* als Bezeichnung für das übrige gebirgige Herzogtum Westfalen unterschieden?

Die weiße Fläche im heutigen nordöstlichen Sauerland, für die aus dem 16. Jh. keine Verwendungsnachweise des Begriffs *Suderland/Su(e)rland/Sauerland* vorliegen, bedeutet nicht unbedingt, daß für diesen

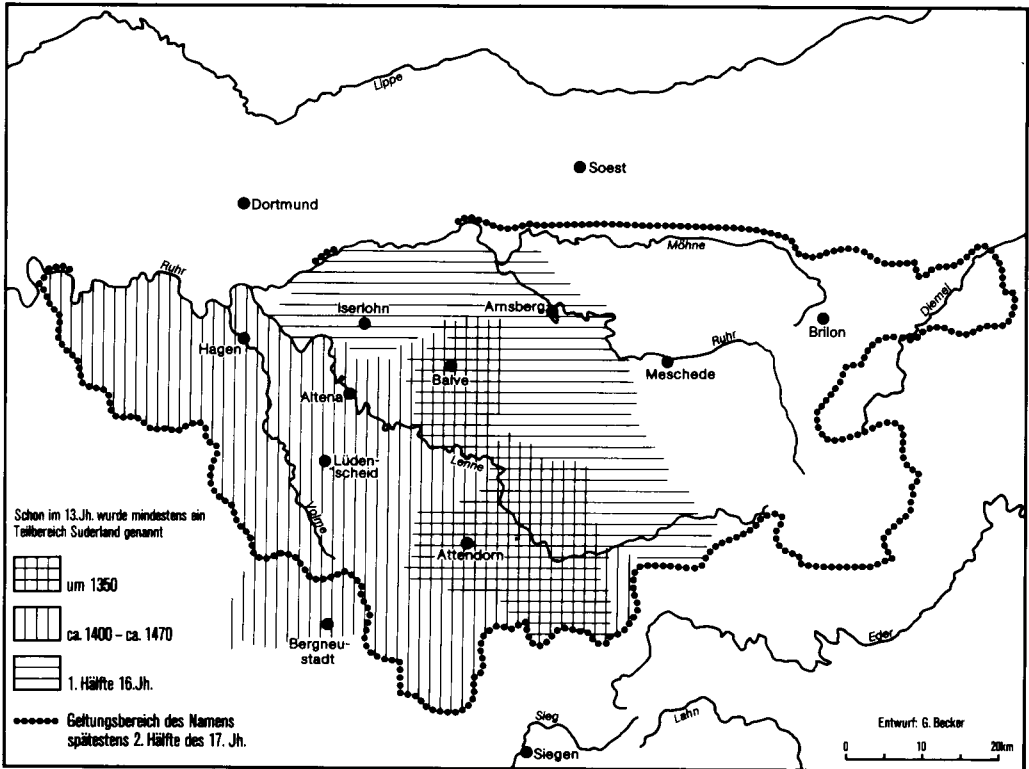


Abb. 1: Erstbezeugungen des Landschaftsnamens Suderland (Surland, Sauerland)

Raum der Name in dieser Zeit noch nicht üblich gewesen ist. Nichts spricht jedenfalls gegen die Annahme, daß um 1600 der ganze gebirgige Süden Westfalens südlich der Ruhr und der Möhne bis hin zum Rothaarkamm trotz seiner territorialen und konfessionellen Zweiteilung – die reformierte Mark im Westen, das katholische Herzogtum Westfalen im Osten – als eigenständige Landschaft mit spezifischen Gemeinsamkeiten der Lage, der natürlichen Beschaffenheit und der Wirtschaftstätigkeit angesehen wurde und einheitlich benannt war<sup>29</sup>, auch wenn man dafür in der Schriftsprache gleich drei Bezeichnungen – die Altform Suderland, die hochdeutsche Form Sauerland oder die Latinisierung Surlandia – verwandte und in der Volkssprache das niederdeutsche Su(e)rland üblich war.

Als 1694 der sauerländische Adelige Caspar Christian VOGT VON ELSPE zu Siedlinghausen und Brunskappel seine „Historia juris publici Westphaliae, Coloniensis dioecesis“

verfaßte, eine historisch-politische Beschreibung des Herzogtums Westfalen in lateinischer Sprache<sup>30</sup>, gliederte er das Territorium nach den natürlichen Gegebenheiten („a naturali situ“) in drei Teile „Hellweg“, „Harstranck“ und „das Süderland modo Surland“. <sup>31</sup> Nach VOGT VON ELSPE hat die Region Süderland von alters her diesen Namen gehabt, im Sprachgebrauch, so schreibt er, herrsche aber die Bezeichnung Suerland vor. Möhne und Ruhr bilden für ihn die Nordgrenze des kurkölnischen Sauerlandes. Als angrenzende Gebiete nennt er Waldeck und Hessen im Osten, das Herzogtum Berg und die Grafschaft Nassau mit Wittgenstein im Süden und die Mark im Westen. Damit sind erstmals in einer historischen Quelle die Grenzen des kurkölnischen Sauerlandes so präzise umrissen, wie sie bis in die Gegenwart von den Bewohnern des Landes und ihren Nachbarn gezogen werden. Daran hat auch die kommunale Neugliederung von 1975 mit der Zuordnung der Gebiete der einstigen kurkölnischen



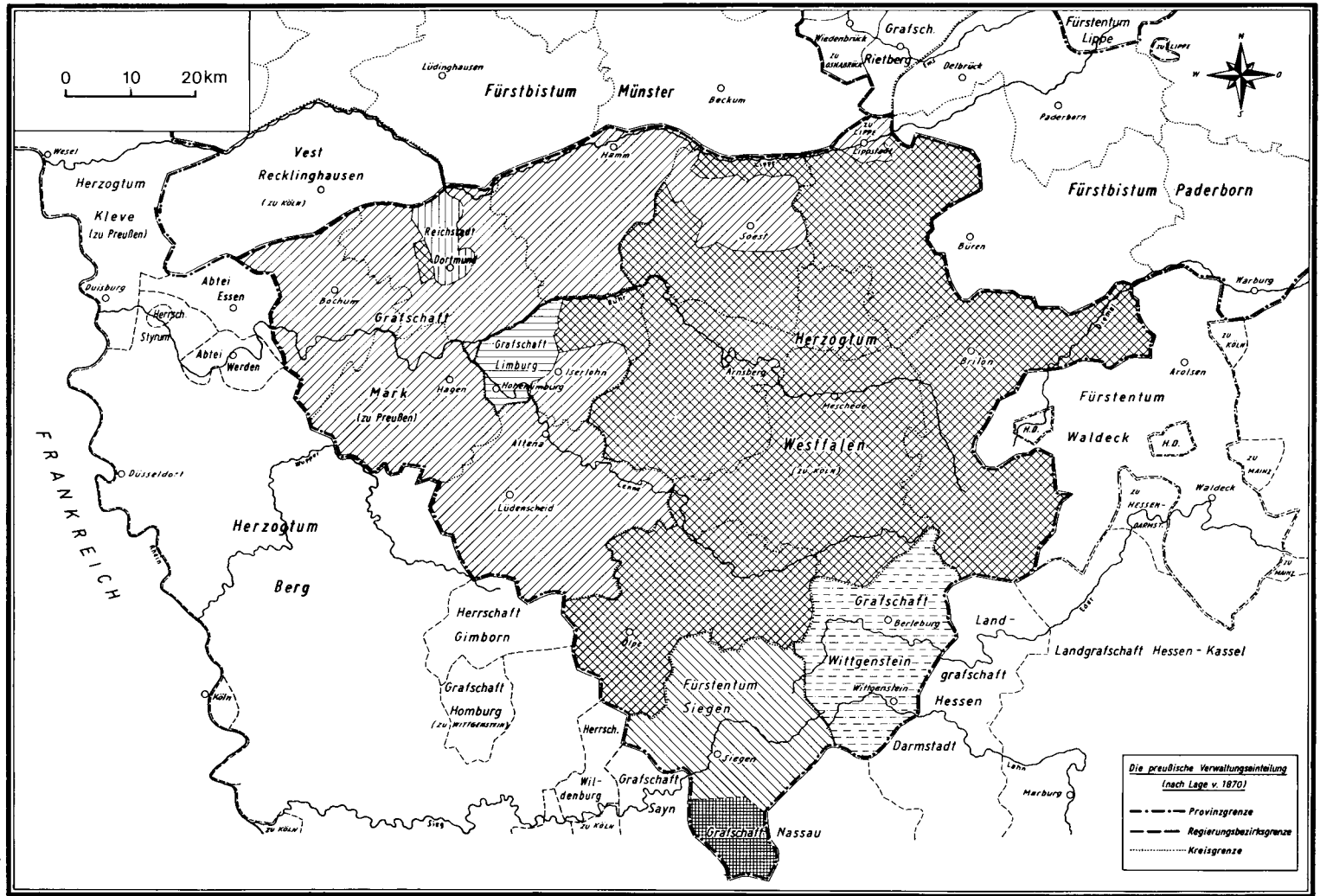


Abb. 2: Ehemalige Landesherrschaften im Bereich des Reg. Bez. Arnsberg und Umgebung (Quelle: W. HOSTERT 1966)

Ämter Balve und Menden zum neugebildeten Märkischen Kreis und der Eingliederung des Warsteiner Gebietes in den Kreis Soest nichts geändert.

In Nachschlagewerken und der geographischen Literatur des 18. Jh.s gelten als Sauerland die gebirgigen Teile der im Jülich-Klevischen Erbfolgestreit (1609–1672) an Brandenburg-Preußen gelangten Grafschaft Mark und des zum Kölner Erzstift gehörenden Herzogtums Westfalen, soweit sie südlich der Ruhr und Möhne lagen. Im 1742 erschienenen 34. Band von ZEDLERs „Universal Lecikon“ liest man z. B. über das Sauerland unter anderem: „Saurland, oder Sauerland, lateinisch Sauria, Saveria, eine von den zwey Landschaftten, aus welchen das Herzogthum Westphalen bestehet, halb dem Churfürsten von Cölln, und halb dem Könige von Preussen gehörig . . . Der Nahme Saurland kommt offt in den Zeitungen vor, ob er gleich nicht auf den Land-Charten gefunden wird.“<sup>32)</sup>

Präziser belehrt Johann HÜBNERs „Staats-, Zeitungs- und Conversationslexikon“ von 1780 den Leser: „Sauerland, Sauria, Saverio, ist eigentlich derjenige Strich des Landes in Westphalen, welcher südwärts der Ruhr gelegen und sehr bergigt ist. Er gehört theils zum Herzogthum Engern und Westphalen, theils zur Grafschaft Mark. Derjenige Theil, der nordwärts der Ruhr liegt, wird der Herweg und der Harstrank genannt.“<sup>33)</sup> Über „Die Grafschaft Mark“ heißt es in J. HÜBNERs „Allgemeine Geographie“ von 1762: „Was zur Süd-Seite der Ruhr liegt, ist ein Stück von dem sogenannten Sauerlande; der übrige Theil an der Nord-Seite dieses Flusses heißt Hellweg.“

Im Kapitel „Von dem Herzogthum Westphalen“ wird das Sauerland neben dem Hellweg und dem Haarstrang als einer der drei „Landes-Striche“ genannt und dazu vermerkt: „Das Sauerland hingegen hat hauptsächlich Waldungen, Eisen-Ertz, Bley, Kupfer, Silber, usw. und dessen rauhes Klima erstreckt sich auch in einen Theil der Grafschaft Marck.“<sup>34)</sup>

#### 4. „Sauerland“ – ein umstrittener Landschaftsname im 19. Jh.

Scheint am Ende des 18. und noch zu Beginn des 19. Jh.s klar zu sein, was man unter

dem Sauerland zu verstehen hatte, und der Name in dieser Form seine Akzeptanz gefunden zu haben, so ändert sich das sichtlich nach der Eingliederung des Gebietes in den 1816 geschaffenen neuen preußischen Regierungsbezirk Arnberg. Namentlich in gebildeten Kreisen machen sich nun die Neigung und Bestrebungen bemerkbar, den Gebrauch des Namens tunlichst zu meiden und die eigene Zugehörigkeit zum Sauerland zu verleugnen.<sup>35)</sup>

1843 begann ein anonym er Autor einen längeren Aufsatz über das Sauerland in der „Mescheder Zeitung“ mit den Sätzen: „Einige unserer westfälischen Mitbrüder scheinen es sich zur Schande zu rechnen, mit zum Sauerland zu gehören, und die Grenzvölker, namentlich am Hellweg, suchen deshalb die Grenzen des Sauerlandes so weit als möglich zurückzudrängen, um nicht in diesem sauren (!) Lande wohnen zu müssen. Der Name schon scheint für manche ein Schreckbild zu sein . . .“<sup>36)</sup>

Ein ehemaliger Paderborner Gymnasiast hat berichtet, daß sich in den 1860er Jahren von seinen aus dem Sauerland kommenden Mitschülern, die das Gymnasium in Paderborn besuchten, „nur die aus den Kreisen Brilon, Meschede und Olpe sich dazu zu bekennen“ pflegten. „Die aus dem Kreise Arnberg dünkten sich schon zu vornehm und suchten die Zugehörigkeit abzulehnen. Ja sogar die östliche Ecke vom Kreise Brilon, die Gegend von Marsberg, wollte vom Sauerlande nichts wissen. Man hatte seinerzeit vom Sauerlande eine wunderliche Vorstellung. Es sei, hieß es, mit Brettern zugenagelt, die Bewohner seien noch rückständig, das Klima rau, Wege mangelhaft usw.“<sup>37)</sup>

Tatsächlich stand das kurkölnische Herzogtum Westfalen schon in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s weitverbreitet in schlechtem Ansehen, von dem es auch nach der Inbesitznahme durch Hessen-Darmstadt 1802 und dem Übergang an Preußen 1816 für lange Zeit nicht recht loskam.<sup>38)</sup> Ganz anders verhielt es sich mit dem Ruf des märkischen Sauerlandes, das sich dank der Gewerbe und Handel fördernden merkantilistischen Wirtschaftspolitik der preußischen Monarchie im 18. Jh. eines beachtlichen

wirtschaftlichen und zivilisatorischen Aufstiegs erfreuen konnte.<sup>39)</sup>

Die Ursachen der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit sahen schon die Zeitgenossen hauptsächlich in Unterlassungen der im fernen Bonn ansässigen Regierung des Kölner Erzstiftes, die notwendige Reformen in Verwaltung, Justiz und Bildungswesen versäumte oder nur zögerlich in Gang setzte und es vor allem an zielstrebigem wirtschaftsfördernden Maßnahmen fehlen ließ. „Alles was nur den Namen von Kunst, Fleiß und Industrie hat, ist in dem Herzogtum Westfalen in einem schlechten Zustand. Es fehlt an Menschen und an Aufmunterung für die Menschen“, schrieb der preußische Offizier C. F. VON KNESEBECK, als er 1797 das Sauerland bereiste.<sup>40)</sup>

Es ist verständlich, daß die kritische Einschätzung des kurkölnischen Sauerlandes durch Reisende, preußische Beamte und Bewohner der Nachbarlandschaften, wie sie selbst noch nach der Mitte des 19. Jh.s zu beobachten war, vor allem in den Randbereichen die Bereitschaft schwinden ließ, sich offen zu ihm zu bekennen. Sehr anschaulich hat darüber in späteren Jahren ein ehemaliger Göttinger Student berichtet, der in den frühen 1840er Jahren von Göttingen nach Köln gewandert war und auf dieser Fußreise das Sauerland kennenlernen wollte. Er mußte die Erfahrung machen, daß man sich weder in Marsberg noch in Brilon als zum Sauerland gehörig verstand. In Bigge an der oberen Ruhr bejahte man zwar eine entsprechende Frage, beschied den Wanderer dann aber mit der Auskunft, in „das eigentliche und richtige Sauerland“ komme er erst in der Gegend von Olpe jenseits der Lenne. Dort bekam er schließlich zu hören, das Sauerland liege „an der anderen Seite der Lenne, und namentlich bei Brilon rümme“.<sup>41)</sup> Ähnliche Verhaltensweisen hat schon W. H. RIEHL, der bedeutende deutsche Kulturhistoriker des 19. Jh.s, am Beispiel des Westerwaldes und der Hollerdau beschrieben, woran P. SCHÖLLER in einem nachgelassenen kurzen Aufsatz zum „Thema der öffentlichen Manipulation und Interessenbildung bei Länder- und Regionalbegriffen“ erinnert hat.<sup>42)</sup>

Sprach- und meinungsmanipulierende Absichten werden im 19. Jh. im Vordringen der

Bezeichnung *Süderland* auf Kosten des Namens Sauerland erkennbar. Im märkischen Sauerland wurde im 18. und 19. Jh. im öffentlichen Sprachgebrauch deutlich der Begriff Süderland bevorzugt; und noch in der neueren landesgeschichtlichen Forschung in der ehemaligen Grafschaft Mark benutzen ihn einige Autoren mit Vorliebe.<sup>43)</sup> Auch in einem Zeitungsnamen lebt der Name hier fort; bereits im 109. Jahrgang erscheint in Plettenberg das „Süderländer Tageblatt – Plettenberger Zeitung – Herscheider Nachrichten“.

Daß im 19. Jh. auch namhafte Vertreter der sich seit den 1840er Jahren im früheren Herzogtum Westfalen kräftig regenden regionalhistorischen Forschung den Begriff Süderland aufgreifen und in ihren Veröffentlichungen verwenden, so z. B. J. S. SEIBERTZ, K. TÜCKING und F. BRÜNING, rechtfertigte man mit der richtigen Erkenntnis, „daß der Name Suderland bei unseren Vorfahren im Mittelalter gebräulich (sic!) war“, wie TÜCKING 1873 in einem Kurzaufsatz mit der Überschrift „Name und Umfang des Süderlandes“ schrieb.<sup>44)</sup> In der „üblichen Benennung Sauerland“ sah er eine „misverstandene Uebertragung der niederdeutschen Bezeichnung ‚Suerland‘“, deren Bestandteil „‚Suer‘ in dieser Verbindung nicht mit sauer, sondern mit Suder = Süder gleichbedeutend sei“. Dank dieser etymologischen Erklärung glaubte man ein gutes Alibi zu haben, den Gebrauch des für viele Gebildete, besonders in der Beamtschaft Arnbergs zu einem Schreckenswort gewordenen Namens Sauerland zu vermeiden.

Auf entschiedene Ablehnung stieß der Name Süderland bei Friedrich Wilhelm GRIMME, Gymnasiallehrer, Dichter und Schriftsteller aus Assinghausen im oberen Ruhrtal. 1886 schreibt er in der gänzlich umgearbeiteten und vermehrten zweiten Ausgabe seines Buches „Das Sauerland und seine Bewohner“: „Also: das Wort Sauerland ist geworden, ist da, hat sein gutes Recht erworben und muß bleiben, wie es einmal ist. Und – wohlgemerkt! beim Volke dringt ‚Süderland‘ doch nicht durch; es wird trotz allem weiter sagen ‚Surland, Sauerland‘“.<sup>45)</sup> Zu seiner erstmals 1866 erschienenen Veröffentlichung hatte GRIMME nicht zuletzt das von ihm als teils entstellend und wenig



schmeichelhaft empfundene Sauerlandbild bewogen, das die Schilderungen von F. FREILIGRATH und L. SCHÜCKING in ihrem Werk „Das malerische und romantische Westphalen“ (1841) und von ANNETTE VON DROSTEHÜLSHOFF (anonym) im 16. Band der Zeitschrift „Münchener Historische Blätter für das katholische Deutschland“ (1845) der literarischen Öffentlichkeit vermittelt hatten.<sup>46)</sup>

In der Neubearbeitung von 1886 schildert GRIMME enthusiastisch und in den leuchtendsten Farben die Schönheit des kurkölnischen Sauerlandes und die Liebenswürdigkeit und Tüchtigkeit seiner Bewohner. Mit unverhohlener Freude konnte der Autor nun feststellen, daß man sich „jetzt allgemein mit einem gewissen Stolz“ zum Sauerland bekenne: „Jetzt hat das Blättlein sich umgewandt: es will nun sogar mehr zum Sauerlande gehören, als was man dazu zählt oder zu zählen wagt. Der ehemalige kurkölnische Haardistrikt bis Geseke hinzu vettert sehr gern mit den zweifellos waschechten Sauerländern. Aber noch mehr: das ganze weite Revier, welches wir ‘Alten’ vordem nur die ‘Mark’ oder das ‘Bergische’ nannten, ist gewonnen und steift sich nun mit Zähigkeit darauf, Sauerland zu sein. Gut – kommt alle her, die ihr zu uns gehören wollt“.<sup>47)</sup>

### **5. Expansion und Reduktion des Geltungsbereichs unter dem Einfluß des Tourismus**

Der von GRIMME mit Genugtuung registrierte Wandel in der Auffassung, welche Gebiete zum Sauerland zu zählen seien, hatte seine tieferen Gründe in einer sich angesichts von Verstärkungs- und Industrialisierungsprozessen vollziehenden Neubewertung der Naturhaftigkeit der deutschen Mittelgebirgslandschaften und in ihrer Entdeckung durch den aufkommenden, vom Aufbau des Eisenbahnnetzes begünstigten Tourismus der bürgerlichen Gesellschaft.<sup>48)</sup>

Zur Propagierung des Namens Sauerland und zu einer verbesserten Landeskenntnis trug nicht unerheblich der erstmals 1884 erschienene, schon im folgenden Jahr in zweiter Auflage herausgegebene „Führer durch das Sauerland, Siegerland, Wupper-

gebiet und Waldeck“ von Karl KNEEBUSCH bei. Auf seinem Umschlagdeckel und seiner Titelseite war das Wort Sauerland in großen Lettern gesetzt.<sup>49)</sup>

Einen ganz wesentlichen Anteil an der touristischen Erschließung des Sauerlandes und an der Hebung seines Bekanntheitsgrades hat der 1891 in Arnsberg gegründete „Sauerländische Gebirgsverein“ (SGV), der 1905 schon mehr als 10000 Mitglieder zählte. Als Tätigkeitsgebiet sah er nach seiner Satzung „den gebirgigen Teil des Regierungsbezirks Arnsberg“ an, dessen Kenntnis er mit dem seit 1893 herausgegebenen Vereinsorgan „Der Sauerländische Gebirgsbote“ förderte.<sup>50)</sup>

Schon vor dem Ersten Weltkrieg galt das Sauerland unter Touristen und Sommerfrischlern als eine der beliebtesten westdeutschen Ferienregionen. Nicht ohne Befriedigung bemerkte A. KLEFFMANN 1922 in der „Trutznachtigall“, der Zeitschrift des ein Jahr zuvor gegründeten Sauerländer Heimatbundes, in einem Aufsatz „Name und Umfang des Sauerlandes“, „daß heute das Sauerland im Gegensatz zu früher einen so guten Ruf genießt, daß sich heute der ganze Regierungs-Bezirk Arnsberg nebst Waldeck und den Randgebieten von Hessen-Nassau und der Rheinprovinz als zum Sauerland gehörig bezeichnen möchte“.<sup>51)</sup>

Der mit dieser Feststellung beschriebene Umschwung im Gebrauch des Begriffs Sauerland, den schon GRIMME um die Mitte der 1880er Jahre beobachten konnte, läßt sich bis in die aktuelle Reiseliteratur verfolgen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg und in wachsendem Maße in der Folgezeit ist erkennbar, wie das Tourismusgeschäft und die von ihm lebende Publizistik den Namen Sauerland als werbewirksamen Wertbegriff vermarkten. Dabei erfährt das Gebiet, auf das der Name angewandt wird, recht oft eine – teils geringere, teils weitere – über die historischen Grenzen des Sauerlandes hinausgehende Ausdehnung.

1925 schrieb F. MIELERT im Westfalen-Band der „Monographien zur Erdkunde“: „Zum Sauerland rechnet man gemeinhin auch das Wittgensteinsche Ländchen, das aber von einem chattisch-fränkischen Völkchen be-

wohnt wird, und das Siegerland, das von riqvarischen Franken bevölkert ist, die das rheinische Platt sprechen“.<sup>52)</sup> Der 1979 in 6. Auflage im Sauerland Verlag, Iserlohn, erschienene Bildband „Das Sauerland“ mit dem Untertitel „Eine Wanderung in bunten Bildern durch die reizvollen Mittelgebirgslandschaften zwischen Ruhr, Sieg und Lahn“ gliedert sich in die Teile Märkisches Sauerland, Südsauerland, Hochsauerland, Wittgensteiner Land, Siegerland und orientiert sich damit an Fremdenverkehrsgebieten. Im Polyglott-Reiseführer „Sauerland“, Ausgabe 1987/88, wird das Siegerland „als Südwestabdachung des Hochsauerlandes“ zum Sauerland gezählt.<sup>53)</sup> Der Leser des letzten Merian-Heftes „Sauerland“ erfährt, daß das Sauerland, „zwischen Sieg und Möhne gelegen, durch Ruhr und Lenne geprägt“ unter anderm auch das Wittgensteiner Land umfaßt.<sup>54)</sup>

Das fremdenverkehrsorientierte Wittgensteiner Land mit seinen Badeorten Berleburg und Laasphe wird öfter als das benachbarte Siegerland zum Sauerland gerechnet.<sup>55)</sup> Da verwundert es schon nicht mehr, wenn der 1557 im wittgensteinschen Diedenshausen geborene Rechtsphilosoph Johannes Althusius in einer Rubrik „Sauerländer Köpfe“ vorgestellt und darin als „Wittgensteiner Sauerländer“ bezeichnet wird<sup>56)</sup>, oder wenn in einer südwestfälischen Zeitung von „der sauerländischen Stadt Laasphe“ die Rede ist.<sup>57)</sup>

Im Osten wird Willingen im Waldecker Upland, mit seinen vielfältigen Fremdenverkehrseinrichtungen beliebtes Ziel Erholungsuchender aus dem rheinisch-westfälischen Ballungsraum<sup>58)</sup>, obwohl es jenseits der alten Territorialgrenze Herzogtum Westfalen/Waldeck liegt und zum Bundesland Hessen gehört, „touristisch zum Sauerland gerechnet“<sup>59)</sup> und als dessen „natürlicher Abschluß“<sup>60)</sup> angesehen. Das vom Landesverkehrsverband Westfalen e. V. herausgegebene „Gastgeberverzeichnis Sauerland – Land der tausend Berge“ für das Jahr 1989 enthält im Teil „Hochsauerland“ eine vier Seiten füllende Liste der Beherbergungsbetriebe in Willingen. Im Teil „Nördliches Sauerland“, in dem sich Beherbergungsbetriebe aus sieben zum Kreis Soest gehörenden Kommunen offerie-

ren, geht man mit der Einbeziehung von Lippstadt, Soest und Werl weit über die traditionelle Nordgrenze des Sauerlandes an der Haar hinaus in die Westfälische Bucht. Der Landesverkehrsverband Westfalen trägt damit der Abgrenzung der amtlichen Fremdenverkehrsregion „Sauerland“ Rechnung.<sup>61)</sup> Sie umfaßt die vier Kreise Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Olpe und Soest sowie die Stadt Hagen. Die geschäftsführende Stelle nennt sich „Touristikzentrale Sauerland“ und ist in Brilon ansässig. Die Kreisgebiete Hochsauerlandkreis, Olpe und Soest decken sich mit den vom Landesverkehrsverband Westfalen unterschiedenen Fremdenverkehrsregionen „Hochsauerland“, „Südsauerland“ und „Nördliches Sauerland“. Der Märkische Kreis und die Stadt Hagen bilden die Fremdenverkehrsregion „Märkisches Sauerland“. Mit Ausnahme der Region „Nördliches Sauerland“ geben sie eigene Urlaubskataloge heraus, auf deren Titelseiten nicht die Kreis-, sondern die Regionsbezeichnungen verwendet werden, ein Zeichen, für wie werbewirksam das Etikett „Sauerland“ gehalten wird. Südlich der amtlichen Fremdenverkehrsregion „Sauerland“ bilden „Siegerland“ und „Wittgensteiner Land“ jeweils eine eigene amtliche Fremdenverkehrsregion.

Im Gegensatz zu den dargestellten, maßgeblich von Tourismusmanagern und Publizisten praktizierten räumlichen Ausdehnung des Geltungsbereichs „Sauerland“ über die historischen, das Selbstverständnis der Bewohner bestimmenden Grenzen hinaus steht eine gebietliche Einengung der Begriffsanwendung allein auf das alte kurkölnische Sauerland durch gleiche Kräfte und Institutionen. So behandelt beispielsweise der 1987 erschienene Reiseführer „Sauerland“ von H. ZEUTSCHNER, als wäre es selbstverständlich, nur das „Hochsauerland“, das „Südsauerland“ und das „nördliche Sauerland“ (Möhnesee, Warstein, Rüthen). Lapidar heißt es an einer Stelle, als Nordgrenze des Sauerlandes gelte seit jeher die Möhne.<sup>62)</sup>

Im Hochsauerlandkreis benutzt der Fremdenverkehrsverband Sauerland e. V., dessen Sitz die Rentei Bruchhausen in Olsberg ist, das Markenzeichen „Sauerland“ ohne jedes

den Geltungsraum einschränkende Beiwort für eine primär auf das eigene Kreisgebiet ausgerichtete Tourismuswerbung. Die von ihm herausgegebene Zeitschrift „im Sauerland – Magazin für Tourismus Wirtschaft und Kultur“, nach eigener Bekundung „ein inzwischen etablierter Image- und Werbeträger für das Sauerland“<sup>63)</sup>, enthält bis auf wenige Ausnahmen nur Beiträge, Nachrichten und Anzeigen aus dem Gebiet des Hochsauerlandkreises.

Allerdings schrieb schon K. KNEEBUSCH im Vorwort der ersten Auflagen seines Sauerland-Führers in den 1880er und 90er Jahren, der Name Sauerland sei in den ehemals zum Herzogtum Westfalen gehörenden Kreisen Arnsberg, Meschede, Brilon und Olpe überall gebräuchlich, finde dagegen im Gebiet der früheren Grafschaft Mark weniger Anwendung.<sup>64)</sup> Mehr oder minder hat diese Aussage über das „Märkische“ bis heute ihre Gültigkeit behalten. Unverkennbar wird die Bezeichnung Sauerland im privaten und öffentlichen Sprachgebrauch im kölnischen Sauerland sehr viel häufiger verwandt als im märkischen. So gibt es in der Gebietsorganisation des Westfälischen Heimatbundes zwar die Heimatgebiete „Kurkölnisches Sauerland“ (Hochsauerlandkreis, Kr. Olpe) und „Märkisches Sauerland“ (Märkischer Kreis, Ennepe-Ruhr-Kreis, Stadt Hagen), doch besteht im „Heimatgebiet Märkisches Sauerland“ kein Heimatbund, der das Wort Sauerland in seinen Namen aufgenommen hat, wohl aber gibt es dort den „Heimatbund Märkischer Kreis“.<sup>65)</sup> Im kölnischen Sauerland hingegen ist für den „Sauerländer Heimatbund“, der sich als „Gebietsverband für das Kurkölnische Sauerland“ versteht, sein Name ein Bekenntnis zu einer lange verachteten, in den letzten hundert Jahren zu Ehren gekommenen Landschaft. Die von ihm herausgegebene Mitgliederzeitschrift erscheint seit 1968 unter dem Titel „Sauerland“, obwohl sie sich nur mit Themen beschäftigt, die das Gebiet des alten Herzogtums Westfalen-Lippe betreffen.

Längst ausgestanden sind allerdings die Auseinandersetzungen zwischen Kurkölnern und Märkern in den zwanziger Jahren um die Frage, wer von ihnen ein begründetes Anrecht auf den Namen Sauerland habe.

Nachdem A. KLEFFMANN 1922 in der Zeitschrift des Sauerländer Heimatbundes in seinem Aufsatz „Name und Umfang des Sauerlandes“ geschrieben hatte, „verbrieftes bedingungsloses Anrecht“ darauf habe nur der südlich der Haar gelegene Teil des Herzogtums Westfalen, kam von märkischer Seite in einem Aufsatz von F. SCHMIDT unter der Überschrift „Sauerland = Süderland“ die Replik, daß die von KLEFFMANN angeführten Quellen „durchweg die Alleinberechtigung des märkischen Sauerlandes auf diesen Namen dartun“.<sup>66)</sup>

Eine ganz ungewöhnliche Verwendung hat die Landschaftsbezeichnung Sauerland im Gem. Rd. Erl. über Maßnahmen zur Strukturverbesserung in Nordrhein-Westfalen vom 11. 8. 1964 gefunden, in dem er als Name für die aus den ehemaligen Kreisen Arnsberg, Meschede, Brilon, Soest und Lippstadt gebildete „Region zur Strukturverbesserung“ erscheint.<sup>67)</sup>

## 6. Der Regionalbegriff „Sauerland“ in der geographischen Landeskunde

Länderkundliche Werke der ersten Jahrhunderthälfte, die Deutschland behandeln, kennen und verwenden in der Regel den Namen Sauerland. Die Grenzen der damit benannten Landschaft werden jedoch, falls sie überhaupt genauer beschrieben werden, von den Autoren sehr unterschiedlich gezogen. Angesichts dessen nennt H. LIEDTKE im „Verzeichnis der Landschaften in der Bundesrepublik Deutschland gemäß der amtlichen Übersichtskarte 1:500 000“ „Sauerland“ eine „Bezeichnung für den nordöstlichen Teil des Rheinischen Schiefergebirges, jedoch mit verhältnismäßig unsicherer Abgrenzung“.<sup>68)</sup> Einige Beispiele mögen das verdeutlichen.

F. RATZEL gebraucht in der physischen Deutschlandkarte in seinem Werk „Deutschland. Einführung in die Heimatkunde“ (1898) die Bezeichnung „Sauerländisches Bergland“ für das Gebiet zwischen Ruhr und Sieg. In einem sich mit dem Sauerland befassenden Abschnitt zählt er auch den „Haarstrang (300 m) mit Hellweg“ dazu.<sup>69)</sup>

Das „Handbuch der Geographie“ von E. VON SEYDLITZ bezeichnet in der Jubiläumsausga-

be, Breslau 1908, als „Sauerland (Söderland, d. i. Südland, nämlich von Westfalen)“ den nördlich der Sieg gelegenen Teil des Rheinischen Schiefergebirges. Südöstlich, heißt es, werde es „begrenzt durch ... das Rothaar-Gebirge mit dem Ederkopf im S. und dem Winterberger Hochland im N. ... Den Norden des Sauerlandes rechts von der Ruhr bildet ein niedriger, waldleerer Rücken, Haar genannt, der im W. das Ardeigebirge heißt“. <sup>70)</sup> Von einer Westgrenze ist nicht die Rede; offensichtlich wird das Bergische Land zum Sauerland gerechnet.

Im Band „Deutsches Reich“ des „Handbuch der geographischen Wissenschaft“, Potsdam 1933, nennt Th. KRAUS in seinem Beitrag über das Rheinische Schiefergebirge die Bezeichnung Sauerland wie auch Hunsrück, Taunus, Eifel und Westerwald einen „traditionellen, geographisch wenig inhaltsreichen Namen“. Er unterscheidet zwischen Bergischem Land und Sauerland, das er in „das westliche Sauerland, die ‚Mark‘“ und das ehemals kurkölnische Sauerland unterteilt. In der Karte „Die Landschaftsgliederung im Mittel- und Niederrheinischen Raume“ wird jedoch letzteres allein als Sauerland bezeichnet. Zu ihm gehört das Rothaargebirge, „die Krönung des Sauerlandes“. Das Upland zählt KRAUS zum Ostrand des Sauerlandes. <sup>71)</sup>

Merkwürdig konturenlos bleibt der Gebrauch des Namens Sauerland in der von N. KREBS herausgegebenen „Landeskunde von Deutschland“, Bd. 1, „Der Nordwesten“, Leipzig und Berlin 1935, von H. SCHREPPER. Dieser versteht im Abschnitt „Der Bergisch-märkische Industriebezirk und das Sauerland“ unter Sauerland offenbar nur dessen kurkölnischen Teil, jedoch ohne das Rothaargebirge, das er unter Einbeziehung des „Astenberggebietes“ und des Waldecker Uplandes als „eigene landschaftliche Einheit“ faßt. <sup>72)</sup>

In der „Geographischen Landeskunde Westfalens“ von K. RÜSEWALD und W. SCHAFER, Paderborn 1937, bezeichnen die Autoren „das gebirgige südliche Westfalen“ südlich des Haarstrangs „der Einfachheit halber schlechthin als Sauerland“, behandeln aber im Kapitel „Das südliche Gebirgsdreieck“ das Siegerland und das Bergische

Land als eigene Landschaftsräume. Das Sauerland gliedern sie mit mehr oder weniger scharfen Grenzziehungen in das westliche Sauerland, das östliche Sauerland, das Hochsauerland und die Randlandschaften im Osten des Sauerlandes, die mit ihrem „treppenförmigen Landschaftsaufbau“ als „Übergangsgebiet zwischen Hochsauerland und Waldecker Tafelland“ angesehen werden. Das Hochsauerland umfaßt nach ihnen das Rothaargebirge, „die Hallenberg-Medebacher Fläche“, die „Ederkopfplattform“, auf der Sieg, Eder und Lahn entspringen, und das Wittgensteiner Land. In das sauerländische Gebirge im weiteren Sinne beziehen sie dessen „stufenförmigen Abfall zur Rheinebene“ ein und sprechen in diesem Zusammenhang vom südwestlichen Sauerland. <sup>73)</sup>

Der verwirrende Gebrauch des Landschaftsnamens Sauerland in der geographischen Literatur hat seine eigentlichen Gründe darin, daß der in der frühen Neuzeit gängig gewordene Sauerlandbegriff, der im Westen, Süden und Osten an historischen Grenzen halt macht und im Norden einer Grenze im Landschaftsbild folgt, kein konsensfähig faßbares Korrelat in Gestalt einer naturräumlichen oder kulturräumlichen Einheit <sup>74)</sup> hat.

Die geographische Landeskunde hat deshalb den Begriff Sauerland keineswegs verworfen. W. MÜLLER-WILLE hat auf dem Tag der westfälischen Geschichte in Brilon 1950 in einem Vortrag über „Die naturgeographische Struktur des Sauerlandes“ das Gebiet als hydrogeographische Einheit im nordöstlichen Rheinischen Schiefergebirge herausgestellt. <sup>75)</sup> Als Außengrenzen nennt er den Beginn des Kreidedeckgebirges am Hang des Haarstrangs im Norden, die dem Zechstein folgende Linie Marsberg-Giershagen-Adorf-Lelbech (bei Korbach) im Osten, als Innengrenzen die Wasserscheiden, welche die West- und Südgrenze der das Sauerland kennzeichnenden Nordwestabdachung bilden. In „Bodenplastik und Naturräume Westfalens“, Münster 1966 <sup>76)</sup>, bemerkt MÜLLER-WILLE, er möchte den Begriff Sauerland“ in seinem alten Sinn“ als Bezeichnung für den Einzugsbereich von Ruhr und Lenne beibehalten und nicht in einem erweiterten Sinn für den gesamten

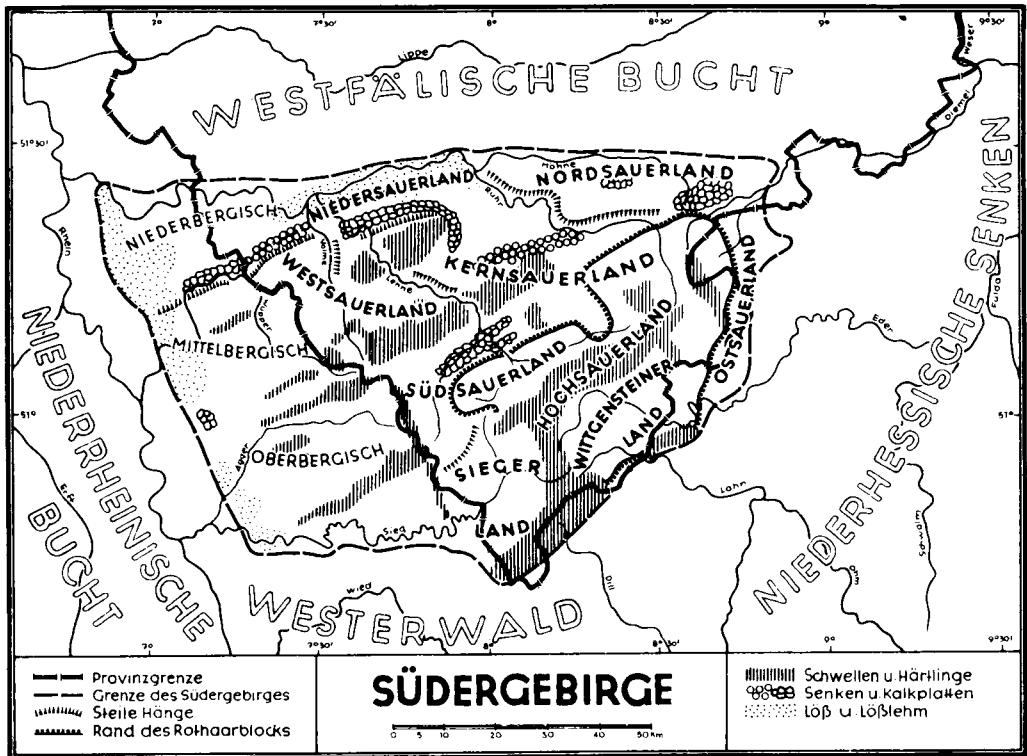


Abb. 3: Südergebirge (Quelle: W. MÜLLER-WILLE 1952, 1981)

Ruhr-Sieg-Block verwenden, wie es schon üblich sei. Für diese „orographische, geologische, klimatische, edaphische und pflanzengeographische Landeinheit“ empfiehlt er den Namen Südergebirge.<sup>77)</sup> Im „Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands“, 4. Lief., Remagen 1957, wird statt dessen die Bezeichnung Süderbergland gebraucht. Einleitend schreibt W. HARTNACK: „Das Süderbergland umfaßt daselbe Gebiet, welches man als ‘Sauerland‘ im weitesten Sinne bezeichnet. Wenn auch der Name ‘Süderbergland‘ das gleiche zum Ausdruck bringt wie der Name ‘Sauerland‘, so ermöglicht die unterschiedliche Bezeichnung klarer als bisher eine Differenzierung zwischen dem umfassenderen naturräumlichen und dem engeren historischen Begriff.“<sup>78)</sup>

In MÜLLER-WILLES naturräumlicher Gliederung Westfalens haben mit Ausnahme des Astengebirges alle „Landschaftsgebiete“, die er in dem von ihm als Sauerland be-

zeichneten Teil des Südergebirges unterscheidet, Namen mit dem Grundwort Sauerland: Niedersauerland, Nordsauerland, Westsauerland, Kernsauerland, Südsauerland und Ostsauerland (für den Landstrich zwischen dem Steilabfall des Almeberglandes im Norden und der Frankenberger Bucht im Süden).<sup>79)</sup> In der 4. Lieferung des „Handbuchs der naturräumlichen Gliederung Deutschlands“ von 1957 erscheint der Name Sauerland im Kapitel „33 Süderbergland“, das W. HARTNACK bearbeitet hat, in Bezeichnungen der naturräumlichen Haupteinheiten Unteres Sauerland, Westsauerländisches Oberland, Ostsauerländisches Oberland und Hochsauerland.

In der wiederum andere naturräumliche Grenzen ziehenden „Geographischen Landesaufnahme 1:200 000“ des Instituts für Landeskunde hat der Name Sauerland nicht nur in der Bezeichnung „Bergisch-Sauerländisches Gebirge“ für den paläozoischen Faltenrumpf des nordöstlichen Rheinischen Schiefergebirges Eingang gefun-



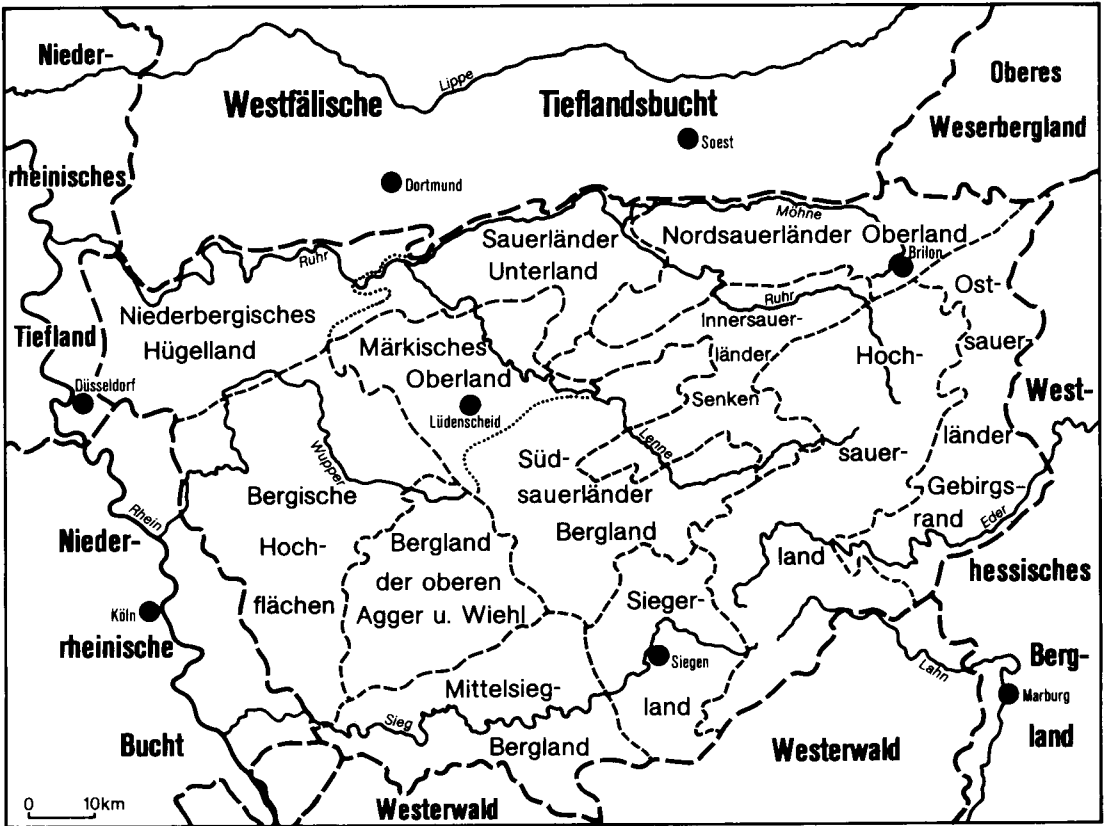


Abb. 4: Naturräumliche Einheiten des Bergisch-Sauerländischen Gebirges (Süderbergland)  
(Quelle: BÜRGENER 1963, 1969)

den, sondern begegnet auch in Namen der zu ihm gehörenden, von M. BÜRGENER beschriebenen naturräumlichen Haupteinheiten Niedersauerland (Unteres Sauerland), Nordsauerländer Oberland, Südsauerländer Bergland, Innersauerländer Senken und Ostsauerländer Gebirgsrand.<sup>80)</sup> Zusammen umfassen sie mit Rothaargebirge, Siegerland und Märkischem Oberland nach H. FISCHER, dem Bearbeiter des Blattes 124 Siegen, „das Sauerland im weitesten Sinne“.<sup>81)</sup>

Die von MÜLLER-WILLE, HARTNACK und BÜRGENER mit physiogeographischen, in erster Linie geologisch-orographischen Kriterien begründeten Ostgrenzen der naturräumlichen Einheiten Ostsauerland, Ostsauerländisches Oberland bzw. Ostsauerländer Gebirgsrand verlaufen, so unterschiedlich sie auch gezogen sein mögen, auf weiten Strecken mehr oder weniger weit östlich der westfälischen Grenze durch althessisches

und ehemals waldeckisches Gebiet, das heute zum Bundesland Hessen gehört. Damit hat in der Geographie die Anwendung des Namens Sauerland eine über die Ostgrenze seines historischen Geltungsbereichs hinausgehende räumliche Ausdehnung nach Osten erfahren, am weitesten bei BÜRGENER, dessen Ostsauerländer Gebirgsrand bis zum offenen Waldecker Gefilde reicht und im Süden noch die Waldstruth einschließt.

## 7. Zusammenfassung

Der Landschaftsname Sauerland ist über die niederdeutsche Form Su(e)rland aus Su-derland hervorgegangen. Suderland wurde im späten Mittelalter der Landstrich südlich und nördlich der mittleren und unteren Lenne genannt. In der frühen Neuzeit wurde der Name in den Lautformen Suderland, Su(e)rland und Sauerland auch für das üb-

rige südwestfälische Gebirgsland mit Ausnahme des Sieger- und Wittgensteiner Landes üblich. Seit der Bildung der mittelalterlichen Territorien gehörte der Westen (außer der Grafschaft Limburg) zur Grafschaft Mark, der Osten zum Herzogtum Westfalen, einem Nebenland des Kölner Kurstaates. Bis in die Gegenwart wird im Selbstverständnis der Bewohner – wie auch in der landeskundlichen Literatur – zwischen dem evangelischen märkischen Sauerland und dem katholischen (kur)kölnischen Sauerland unterschieden.

Im 19. Jh. in Gelehrtenkreisen verpönt und durch Süderland ersetzt, gewann der Name Sauerland mit dem Aufkommen des Mittelgebirgstourismus vor allem durch die Tätigkeit des Sauerländischen Gebirgsvereins an Glanz und Werbekraft, so daß in seinen Geltungsbereich auch an das historische Sauerland angrenzende Gebiete unter-

schiedlicher Lage und Ausdehnung einbezogen wurden. Geographisch ist das zum nordöstlichen Rheinischen Schiefergebirge gehörende Sauerland weder eine naturräumliche noch eine kulturräumliche Einheit. Das in der Geographie als Sauerland im engeren Sinne bezeichnete Gebiet deckt sich weitgehend mit dem Einzugsgebiet der Ruhr, über das es nur im Osten mit kleineren Einzugsbereichen von Weserzuflüssen (Diemel, Eder) hinausreicht. Die naturräumliche Ostgrenze des Sauerlandes verläuft, größtenteils dem Zechstein folgend, jenseits der westfälischen Grenze durch weldeckisches und hessisches Gebiet. Im erweiterten geographischen Sprachgebrauch wird das gesamte Südergebirge/Süderbergland/Bergisch-Sauerländisches Gebirge mit dem Sieger- und Wittgensteiner Land, in der Regel aber ohne das Bergische Land als Sauerland bezeichnet.

#### Anmerkungen

- 1) J. HARTIG, Der Landschaftsname Sauerland, in: Westfalen, Hefte f. Gesch., Kunst u. Volksk., 47. Bd., 1969, S. 34 ff.
- 2) HARTIG, S. 41 ff. Die dort vertretene Herleitung des Namens Sauerland findet man bereits bei K. FÉ-AUX DE LACROIX, Sauerland oder Süderland?, in: Sauerländischer Gebirgsbote, Jg. 23, 1915, S. 76 f. Über andere Deutungsversuche informieren W. LEHNEMANN, Süderland – Saures Land – Sugerland – Quellenland: Zum Verständnis eines geographischen Begriffs, in: Naturkunde in Westfalen, 4, 1968, S. 95 ff., und F. DROSTE, Sauerland -oh, dieser Name, in: Jahrbuch Hochsauerlandkreis, Brilon 1985, S. 10 ff., auch abgedruckt in: H. ZEUTSCHNER, Sauerland, Ebermannstadt 1987, S. 7 ff.
- 3) J. SEIBERTZ, Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthums Westfalen, 3. Bd., Arnsberg 1854, Nr. 1063. Die Orte, auf die sich die Marginalie „In Surlandia“ offenbar bezieht, liegen, entgegen SEIBERTZ' Angaben, nicht im Gebiet des ehemaligen Herzogtums Westfalen, sondern im Gebiet der Volme und Ennepe: Jenkila = Genkel sw. Meinerzhagen, Werdinghuson = Werninghausen an der Volme b. Hagen, Cothuseruelde = (wahrscheinlich) Kotthausen b. Vörde nö. Schwelm (vgl. Rheinische Urbare, 4 Bd.; Die Urbare der Abteil Werden a. d. Ruhr, Einleitung und Register, I. Namenregister. Hg. v. F. KÖRHOLZ, Bonn 1950. – Cuttelbeke habe ich nicht lokalisieren können. S. Abb. bei Hartig, S. 35).
- 4) HARTIG, S. 41
- 5) Westf. Urkundenbuch VII, Kölnisches Westfalen (bis 1300), Münster 1908, Nr. 1243, Abschr. d. 14. Jh.; HARTIG, S. 36 ff.
- 6) E. DÖSSELER, Die Besitzungen und Rechte der Kölner Stifter im Opler Lande, in: Heimatstimmen aus dem Kreise Olpe, Folge 5, 1950, S. 271, Anm. 6 (nach Stadt-Arch. Köln, St. Severin (Depos.) Akt. 32, fol. 2 a). Vgl. W. CLASSEN, Die Quellen zur Geschichte des alten Amtes Neuenrade (Kirchspiel Werdohl und Ohle), Heft 1, Altena 1949, Anm. zu Urk. 10. Die in einem Primärtext aus der Mitte des 13. Jhs. nachträglich eingefügte Aufzeichnung, nach der zinspflichtige Leute der St.-Blasius-Kapelle „in Attendarne, Helden, Elsepe, Hvndemen, Affel, Balven in Weysfalia Suderlant“ wohnen, stammt nach Dr. VERSCHAREN, Histor. Arch. d. Stadt Köln, nicht aus der Zeit „um 1250“, wie CLASSEN und DÖSSELER schreiben, sondern ist erst rund 100 Jahre später – um 1350 – anzusetzen, frühestens wohl zwischen 1330 und 1340. Herrn Dr. VERSCHAREN danke ich für die freundliche Hilfe bei der Datierung.
- 7) Das Gebiet der Pfarreien umfaßt den größten Teil des Urfarrbezirks Attendorn und die „Stammpfarre“ Balve im Süden des Urfarrbezirks Menden. Vgl. A. K. HÖMBERG, Kirchliche und weltliche Landesorganisation des südlichen Westfalen (Veröff. d. Histor. Komm. Wf. XII, Geschichtl. Arb. z. westf. Landesforschung, Bd. 10), Münster 1965, Karte 3, S. 143. Das Gebiet der Pfarrei Hundem dürfte ursprünglich zur Urfarreie Wormbach gehört haben, nicht zur Urfarreie Attendorn, wie Hömberg meint.
- 8) Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins, hg. von TH. LACOMBLET, Düsseldorf 1840-58, IV, Nr. 76. – Hier zitiert nach: Quellen und Urkunden zur Geschichte der Stadt Altena (Westf.), Bd. I, bearb. von H. FLEBBE, Altena 1967, Nr. 86
- 9) Vgl. dazu L. VON NORTHOFF, Die Chronik der Grafen von der Mark. Übers. u. erl. von H. FLEBBE, Münster/Köln 1955, S. 51, und F. PETRI in: Westf. Forschungen, Bd. 6, 1943-1952, S. 20 – Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, 3. Bd. Nordrhein-Westfalen, Stuttgart 1970, S. 65 f.

- 10) Zahlreiche Belege für den Gebrauch des Namens Suderland von 1412 bis 1574 in: Quellen und Urkunden zur Geschichte der Stadt Altena (s. Anm. 8), Bd. I, Register S. 487. – F. ARENS, Das Heberegerregister des Stiftes Essen, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen, 34, 1912, S. 85, betr. Güterbesitz des Stiftes Essen „im Suderland“ bei Schwelm, Sprockhövel und Hattingen im 2. Viertel des 15. Jh. – Die Zugehörigkeit des Südsauerlandes zum Suderland im 15. Jh. geht aus Quellen hervor, in denen Erwähnungen eines Freistuhls zu Hundem (1448), des Ortes Drolshagen und der Walden bei Attendorf (1470) mit dem Zusatz „im Suederlandt“ bzw. „im Suderlande“ versehen sind. Nachweise betr. Hundem bei HARTIG, S. 38; zu Drolshagen s. Familienchronik der Herren von Drolshagen, in: Heimatstimmen aus dem Kreise Olpe, Folge 16, 1954, S. 927 f. Auch in: Westf. Zeitschr., 17, 1856, S. 311 f.
- 11) E. FRICKE, Die Gebietsverfassung von Lüdenscheid bis zur Stadtgründung (1268), in: Der Märker, 17. Jg., 1968, S. 85 ff. – Ders., Zur frühen Landeskunde, insbesondere zur Entstehung der Gerichtsverfassung im Süderland, in: Altenaer Beiträge, Bd. 5 N. F., Altena 1970 – Ders., Geschichte des Kreises Lüdenscheid bis 1815, in: Heimatchronik des Kreises Lüdenscheid, von H. H. DIEDRICH u. a., Köln 1971, S. 43 ff. – Ders., Die Territorialgeschichte der Grafschaft Mark im hohen Mittelalter, in: Der Reidemeister, Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land, Nr. 65, 21. Juli 1977
- 12) FRICKE 1968, S. 86 u. 1971, S. 61
- 13) FRICKE 1971, S. 60 f. u. 1968, S. 91
- 14) FRICKE 1968, S. 91
- 15) F. SCHMIDT, Hellweg und Sauerland, in: Der Märker, Jg. 1, 1951/52, S. 50 ff. Zitiert ist S. 51
- 16) A.a.O., S. 50
- 17) A.a.O., S. 52 – Ders., Sauerland = Süderland, in: Der Märker. Heimatkalender für das märkische Sauerland 1925, S. 29 ff. – Die Datierung „bald nach 1200“ (statt um 1175) bei SCHMIDT ist rätselhaft. Vgl. E. FRICKE 1977, S. 512 f. u. A. K. HÖMBERG, Köln und Mark im Kampf um die Herrschaft im südlichen Westfalen, in: Der Reidemeister, Nr. 3, 18. April 1957, S. 1 ff., bes. Karte S. 1
- 18) FRICKE 1977. – A. K. HÖMBERG, Köln und Mark (s. Anm. 17). – Ders., Die Entstehung des Herzogtums Westfalen, in: A. K. HÖMBERG, Zwischen Rhein und Weser, Münster 1967, S. 19 ff. – Umklammerung von der Grafschaft Mark und im Nordosten an das Herzogtum Westfalen grenzend, gab es im Sauerland vom 13. Jh. bis 1815 als drittes Territorium noch die kleine Grafschaft Limburg (ca. 120 km<sup>2</sup>) zwischen der unteren Lenne und der Ruhr. Dazu: Lexikon der deutschen Geschichte, hg. von G. TADDEY, Stuttgart 1977, S. 719.
- 19) A. K. HÖMBERG, Landesorganisation (s. Anm. 7), S. 32 mit Anm. 53. 1933 meinte Hömberg sogar, daß die Bezeichnung Süderland „zunächst nur für den Kreis Olpe galt und erst später allgemeinere Bedeutung gewonnen hat“, in: Heimatblätter für das südliche Sauerland, 10. Jg., 1933, S. 116, Anm. 7. – Zum sächsischen Stammesgebiet s. J. BAUERMANN, Das Land Westfalen, seine Grenzen und sein Wesen, in: Westfälischer Heimatkalender 1949, S. 44 ff., bes. die Karten S. 45 u. 47 und die sich daran anlehrende Karte „Der Raumbegriff Westfalen nach verschiedenen Kriterien“ von W. MÜLLER-WILLE, in: Spieker 25 (= Festschrift 40 Jahre Geographische Kommission für Westfalen), Münster 1977, Bd. I, S. 2. – Im „Deutschen Wörterbuch“ von JAC. u. WILH. GRIMM, 8. Bd., Leipzig 1893, Sp. 1872, heißt es unter dem Stichwort „Sauerland“: „der südlichste theil des alten Sachsenlandes, aus Sürland für Suderland“.
- 20) P. VON POLENZ, Landschafts- und Bezirksnamen im frühmittelalterlichen Deutschland, 1. Bd., Namentypen und Grundwortschatz, Marburg 1961, S. 103
- 21) So auch HARTIG, S. 44. – A. MEISTER, Handel, Gewerbe, Industrie und Bergwesen bis zum Beginn des 19. Jhs., in: Die Grafschaft Mark, Festschrift zum Gedächtnis der 300jährigen Vereinigung mit Brandenburg-Preußen, Bd. 1, Dortmund 1909, S. 399. – Zum mittelalterlichen Eisengewerbe des West- und Südsauerlandes: M. SÖNNECKEN, Die mittelalterliche Rennfeuertüftung im märkischen Sauerland, Siedlung und Landschaft in Westfalen, Bd. 7, Münster 1971; Ders., Forschungen zur mittelalterlichen Rennfeuertüftung im Kreis Olpe, Schriftenreihe des Kreises Olpe, Nr. 6, Olpe 1982
- 22) F. PETRI, Der Platz des Bergischen Landes und des Sauerlandes in der rheinischen Territorialgeschichte, in: F. PETRI, Zur Geschichte und Landeskunde der Rheinlande, Westfalens und ihrer westeuropäischen Nachbarländer, Aufsätze und Vorträge aus vier Jahrzehnten, Bonn 1973, S. 869 ff. (aus: Rheinische Heimatpflege, N. F. 1, 1970, S. 1 ff.): – Zur vorherrschenden Ausrichtung des Sauerlandes auf Westfalen: Der Raum Westfalen, Bd. II, Untersuchungen zu seiner Geschichte und Kultur, 1. Teil, hg. von H. AUBIN u. F. PETRI, Münster 1955. – S. auch die Karte „Stadtrechtskreise und Hauptorte“ bei W. MÜLLER-WILLE, Westfalen – Landschaftliche Ordnung und Bindung eines Landes, Münster 1952, S. 358. – Zu den Raumbeziehungen des südlich an das Sauerland angrenzenden Sieger- und Wittgensteiner Landes s. F. PETRI, Das Siegerland – geschichtliches Grenzland, in: F. PETRI, O. LUCAS, P. SCHÖLLER, Das Siegerland – Geschichte, Struktur und Funktionen (Veröffentl. des Provinzialinstituts f. westf. Landes- u. Volkskunde, Reihe I: Wirtschafts- u. verkehrswissenschaftl. Arbeiten, H. 8), Münster 1955, S. 5 ff. sowie W. HARTNACK, Wirtschaftsstruktur und Raumbeziehungen Wittgensteins, in: Westf. Forschungen, Bd. 7, 1953/54, S. 137 ff.
- 23) E. DÖSSELER, Soests auswärtige Beziehungen, bes. im hansischen Raum, Teil 1, Einführung und Überblick, in: Soester Zeitschrift, H. 100, Soest 1988
- 24) M. SCHÖNE, Landkarten von 1555 und 1596 entdeckt, in: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe, Folge 136, 1984, S. 148 ff.
- 25) Codex traditionum westfalicarum IV, Fürstabtei und Stift auf dem Berge bei Herford, bearb. von F. DARPE, Münster 1892, S. 318
- 26) Die Tagebücher Kaspars von Fürstenberg, Teil 1, 1572-1599, bearb. von A. BRUNS (Veröffentl. d. Historischen Kommission f. Westf., 19, Westf. Briefwechsel u. Denkwürdigkeiten, Bd. 8), Münster 1985; Register in Teil 2, Münster 1985

- 27) A. a. O., T. 1, S. 654 (3. Juni 1596). – Nur 9 Tage später verwendet C. v. FÜRSTENBERG im Zusammenhang mit einer Erwähnung der Burg Schnellenberg bei Attendorn wieder die Lageangabe „Im Suederlandt“ (12. Juni 1596; S. 655).
- 28) HARTIG, S. 40 u. 42. Die Bezeugung „Saurlandt“ in C. v. Fürstenbergs Tagebüchern ist 7 Jahre älter als der früheste Beleg dieser Verhochdeutschung bei Hartig, der aus dem Jahr 1603 stammt.
- 29) Für die Anwendung der Bezeichnung Surland/Sauerland auf das gesamte kölnische Sauerland im frühen 17. Jh. spricht u. a. auch das 1612 geschaffene Amt eines Commissarius Surlandiae, dem die Sauerland-Dekanate Attendorn, Wormbach, Meschede und Medebach unterstellt waren. Vgl. K. TÜCKING, Name und Umfang des Sauerlandes, in: Blätter zur näheren Kunde Westfalens, 11. Jg., 1873, S. 106 f. – Durch H. J. CH. v. GRIMMELSHAUSEN fanden die Sauerländer im 17. Jh. sogar Eingang in die Literatur. In seinem *Simplicissimus*-Roman (1669) schreibt er: „dann die Spesserter und Vogelsberger bauren lassen sich fürwar so wenig als die Hessen, Sauerländer und Schwartwälder auf ihrem mist foppen.“ Zit. in: Deutsches Wörterbuch von J. u. W. GRIMM, Stichwort „Sauerland“.
- 30) J. S. SEIBERTZ, Quellen zur Westfälischen Geschichte, 3. Bd., Arnsberg 1869, S. 1 ff. Das Originalwerk ist nicht zum Druck gelangt. Zur Edition durch Seibertz vgl. dessen Ausführungen a. a. O., S. 6. J. D. v. STEINEN hat in seiner „Westphälischen Geschichte“, Lemgo 1755/66, im 2. Teil als 7. Stück unter dem Titel „Geographischer Wegweiser über die Herzogthümer Engern und Westphalen“ eine freie Übersetzung einzelner Kapitel des Werkes veröffentlicht.
- 31) SEIBERTZ, a. a. O., S. 117
- 32) J. H. ZEDLER, Grosses vollständiges Universal Lexikon Aller Wissenschaften und Künste, 34. Bd., Leipzig u. Halle 1742, Sp. 427
- 33) J. HÜBNERS neu vermehrtes und verbessertes Staats-, Zeitungs- und Conversationslexikon, Wien 1780. Zit. nach: Heimatstimmen aus dem Kreise Olpe, Folge 46, 1962, S. 37 f.
- 34) J. HÜBNERS Allgemeine Geographie aller vier Welt-Theile, Dritter Theil: Von dem Deutschen Reiche, Dresden u. Leipzig 1762, S. 877 u. 854
- 35) P. HÖHER, Heimat und Fremde. Wanderhändler des oberen Sauerlandes, Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland, H. 41, Münster 1985, S. 196 ff., mit Literaturangaben
- 36) Zit. nach H. SCHAUERTE, Das Sauerland (Nach einem Berichte vom Jahre 1843), in: Trutznachtigall, Heimatbl. f. d. kurkölnische Sauerland, 8. J., 1926, S. 47
- 37) FR. PIEPER, Wo liegt das Sauerland? Eine Wanderung vor 80 Jahren, in: Trutznachtigall, 5. J., 1923, S. 83 ff.
- 38) HÖHER, a. a. O. – J. Gruner, Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des sittlichen und bürgerlichen Zustandes Westphalens am Ende des 18. Jh.s, 2. Teil, Frankfurt a. M. 1803, bes. S. 396, 398, 401-429
- 39) F. KEINEMANN, Zeitgenössische Ansichten über die Entwicklung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in den westfälischen Territorien in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s, in: Westf. Zeitschrift, 120. Bd., 1970, S. 399 ff., bes. S. 443 ff. – A. MAYR, in: Westfälische Geschichte, hg. von W. KOHL, Bd. 3, Düsseldorf 1984, S. 25 ff. – S. REEKERS, Beiträge zur statistischen Darstellung der gewerblichen Wirtschaft Westfalens um 1800, Teil 4: Herzogtum Westfalen, in: Westf. Forschungen, 20. Bd., 1967, S. 58 ff., bes. Karten S. 60-68; Teil 5: Grafschaft Mark, ebd., 21. Bd., 1968, S. 98 ff.
- 40) M. SCHÖNE, Das Herzogtum Westfalen in der Sicht eines Preußen, in: Westf. Forschungen, 20. Bd., 1967, S. 194 ff.
- 41) Wie Anm. 37. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Stelle in den „Lettres sur la Westphalie“ des Franzosen L. DE GRAIMBERG, Karlsruhe 1807, an welcher der in Meschede weilende Verfasser seinen Wunsch ausdrückt, „ins Sauerland“ zu kommen. Nach F. HOFFMEISTER, Durchs Sauerland im Jahre 1807, in: Trutznachtigall, 3. J., 1921, S. 129 ff.
- 42) P. SCHÖLLER, Umstrittene und unterdrückte Länder- und Regionalbegriffe, in: Ber. zur dt. Landeskunde, 62, H. 2, 1988, S. 265 ff.
- 43) F. KRINS, Süderland-Sauerland, in: Westfalen, 45. Bd., 1967, S. 53 ff. Krins' Belege ließen sich leicht vermehren. – Gängiger Name ist „Süderland“ in den historischen Arbeiten E. FRICKEs (s. Anm. 11).
- 44) S. Anm. 29
- 45) F. W. GRIMME schreibt in der 1. Aufl. seines Buches „Das Sauerland und seine Bewohner“ (Soest 1866), der „vornehme Arnsberger und 'der strunzende' Mescheder“ sagen nicht selten: „Wir Sauerländer?! Bewahre Gott! das Sauerland liegt weiter nach oben, da wo man Haferbrod ißt und die Welt mit Brettern zugeschlagen ist.“ GRIMME fügt hinzu: „Es scheint der fatale Name zu sein, den er nicht auf sich sitzen lassen mag.“ Nach: F. W. GRIMME, Das Sauerland und seine Bewohner, hg. von M. Padberg, Fredeburg 1980, S. 13
- 46) G. GRIMME-WELSCH, F. Grimme, in: Westfälische Zeitschrift, 129. Bd., 1979, S. 351 ff., bes. S. 384-388. – H. SCHAUERTE, A. von Droste Hülshoffs Urteil über das Sauerland und die Sauerländer, in: Trutznachtigall, 6. J., 1924, S. 270 ff. u. 7. J., 1925, S. 10 ff.
- 47) GRIMME, a. a. O., S. 25
- 48) A. BRUNS, Die touristischen Anfänge im Sauerland, in: Tausend Grüße aus dem Sauerland, Eine Dokumentation vom frühen Fremdenverkehr auf alten Ansichtskarten, hg. vom Schieferbergbau-Heimatismuseum Schmallenberg-Holthausen, o. J., S. 9 ff.
- 49) K. KNEEBUSCH, Führer durch das Sauerland, 1. Aufl., Dortmund 1884. Bis 1914 erschienen 12 Auflagen, bis 1937 die 20. Schon in den 1870er Jahren waren Wander- bzw. Reiseführer über das Sauerland erschienen, als erster (nach BRUNS, a. a. O., S. 15) G. LÖBKERS „Wanderungen durch das Süderland“, Münster 1870 (lt. Westfäl. Bibliographie, Münster 1952, S. 19, 1869 erschienen). Es folgte: G. NATORP, Ruhr und Lenne. Eine Fahrt durch das südliche Westfalen, Iserlohn 1871 (2. Ausgabe unter dem Titel „Führer durch das südliche Westfalen, Ruhr und Lenne“, 1874, eine 3. umgearb. Aufl. erschien 1880). Im selben Jahr gab F. J. PIELER den Reiseführer „Der Astenberg. Eine Rundreise durch das westfälische Hochland“ heraus (Iserlohn 1880).

- 50) W. HOSTERT, Geschichte des Sauerländischen Gebirgsvereins, Hagen 1966. – Schon vor dem 1. Weltkrieg war die „offene Westgrenze“ für den SGV ein Problem. Nach der Auflösung des „Vereins Bergisch Land“ (1933) konnte auch das Bergische Land in das Wanderwegegebiet des SGV eingegliedert werden (HOSTERT, S. 130 ff.) – Der Sauerländische Gebirgsverein hat durch die Wahl seines Namens nicht unerheblich dazu beigetragen, daß die Bezeichnung Süderland wenig Chancen hatte, sich durchzusetzen. F. DE LACROIX (s. Anm. 2) schrieb 1915: „Aber der Name 'Sauerland' hat nun einmal, seitdem sich der SGV auf seiner konstituierenden Sitzung für ihn eingesetzt hat, gewissermaßen Bürgerrecht gewonnen.“
- 51) A. KLEFFMANN, Name und Umfang des Sauerlandes, in: Trutznachtigall, 4. J., 1922, S. 2 ff.
- 52) F. MIELERT, Westfalen. Münsterland – Industriegebiet – Sauerland – Siegerland (= Monographien zur Erdkunde 30), 2. Aufl., Bielefeld u. Leipzig 1925, S. 3
- 53) Polyglott-Reiseführer Sauerland, 7. Aufl., München 1987/88, S. 3
- 54) Merian, Jg. 30, 1977, Nr. 7, S. 123. Das erste Merian-Heft über das Sauerland erschien 1954 (7. Jg., H. 9)
- 55) So z. B. in einer als Sauerland-Quiz gestalteten Broschüre „Kennst Du das Sauerland?“, Fredeburg 1974, in der das märkische Sauerland nicht vertreten ist.
- 56) im Sauerland 1977, H. 10, S. 16 f.
- 57) Westfälische Rundschau vom 26. 6. 1982 in einer Meldung über Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein.
- 58) E. ERNST u. H. KLINGSPORN, Hessen in Karte und Luftbild, Topographischer Atlas –, Teil II, Berlin 1973, S. 143
- 59) So Fr. LAMPERS, Sauerland-Führer, 2. Aufl., Bonn 1924, S. 15
- 60) So im Wandkalender „Lebendiges Sauerland mit Siegerland-Wittgenstein 1988“. – Nach A. MAYR ist „das bereits zu Hessen gehörige Waldecker Upland ... natur- wie wirtschaftsgeographisch eindeutig Bestandteil des Sauerlandes“, in: Westfälische Geschichte, Bd. 3, Düsseldorf 1984, S. 25 f.
- 61) P. SCHNELL, Der Fremdenverkehr in Westfalen, in: P. WEBER u. K.-F. SCHREIBER (Hg.), Westfalen und angrenzende Regionen, Festschr. zum 44. Dt. Geographentag in Münster 1983, Teil I (= Münsterische geographische Arbeiten, 15), Paderborn 1983, S. 129 ff., Karte S. 132. In der Presse werden in touristischen Beiträgen und Beilagen Städte des Kreises Soest häufig zum Sauerland gerechnet. So heißt es z. B. im „Ausflugs-Journal '88“ der „Westfälischen Nachrichten“ (Münster): „Wußten Sie, daß im Sauerland die älteste Stadt Westfalens, nämlich Soest, liegt?“ und „... eine der zehnten größten Marienwallfahrtsstätten der Erde, nämlich in Werl?“
- 62) H. ZEUTSCHNER, Sauerland, Ebermannstadt 1987, S. 58
- 63) im Sauerland, Ausg. Winter 86/87, S. 34
- 64) KNEEBUSCH (s. Anm. 49), 4. Aufl., Vorwort, Dortmund 1894
- 65) Westfälischer Heimatbund, Anschriftenverzeichnis, Ausgabe März 1988
- 66) KLEFFMANN (s. Anm. 51), S. 8. – SCHMIDT (s. Anm. 17), S. 29. – Auch F. W. GRIMME (s. Anm. 45) sah in der 1. Aufl. seines Sauerland-Buches von 1866 den „ganzen Umfang“ des Sauerlandes im Gebiet der kurkölnischen Kreise Brilon, Meschede, Arnberg und Olpe. A. a. O., S. 13
- 67) H.-F. MATTENKLODT, Gebiets- und Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen, in: Westf. Forschungen, Bd. 22, 1969/70, S. 138 ff., Karte S. 150
- 68) H. LIEDTKE, Namen und Abgrenzungen von Landschaften in der Bundesrepublik Deutschland gemäß der amtlichen Übersichtskarte 1 : 500 000 (= Forschungen zur dt. Landeskunde, Bd. 222), Trier 1984, S. 71
- 69) F. RATZEL, Deutschland, Eine Einführung in die Heimatkunde, 4. Aufl., Berlin u. Leipzig 1920, S. 37. Die 1. Aufl. erschien 1898.
- 70) S. 321
- 71) S. 372
- 72) S. 162-165
- 73) S. 11, 18, 25 ff.
- 74) Vgl. dazu W. MÜLLER-WILLE, Westfalen, Münster 1952, Karten S. 158 (Bevölkerungsverteilung 1950), 168 (ländliche Siedlungstypen) u. 194 (ländliche Haus- und Gerüstformen)
- 75) Abgedruckt in: Westfalen, 29, 1951, S. 1 ff.
- 76) W. MÜLLER-WILLE, Bodenplastik und Naturräume Westfalens, Spieker, 14, Text- u. Kartenband, Münster 1966. Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um den Druck einer bereits 1941 abgeschlossenen Untersuchung. Zu den Änderungen s. Vorwort, S. 5 f. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse erschien unter dem Titel „Die Naturlandschaften Westfalens“ in: Westf. Forschungen, Bd. 5, 1942, S. 1 ff.
- 77) MÜLLER-WILLE, a. a. O., S. 15 u. 17. – W. MÜLLER-WILLE, Westfalen, Münster 1952, S. 72 ff. („Das Südergebirge“)
- 78) S. 481
- 79) MÜLLER-WILLE, a. a. O., S. 71 ff. So auch H. G. STEINBERG, Die geographischen Grundlagen, in: Westfälische Geschichte, Bd. 1, Düsseldorf 1983, S. 35 ff. – Vgl. auch H. BAUM, Name, Umfang und Landschaften des Sauerlandes, in: Sauerländischer Gebirgsbote, 37. Jg., 1929, S. 152 f.
- 80) Die naturräumlichen Einheiten auf Blatt Arolsen, bearb. von M. BÜRGENER (= Geograph. Landesaufn. 1 : 200 000, Naturräuml. Gliederung Deutschlands, hg. vom Institut für Landeskunde), Bad Godesberg 1963. – Die naturräumlichen Einheiten auf Blatt 110 Arnberg, bearb. von M. BÜRGENER (Geograph. Landesaufn. 1 : 200 000), Bad Godesberg 1969
- 81) Die naturräumlichen Einheiten auf Blatt 124 Siegen, bearb. von H. FISCHER (Geograph. Landesaufn. 1 : 200 000), Bad Godesberg 1972, S. 18





# Das Sauerland – Aspekte seines Klimas

von Anneliese und Franz Ringleb, Marl-Polsum

## 1. Das Hochsauerland in ganzheitlicher Sicht

Das Hochsauerland reicht vom Rothaargebirge im Südwesten über das Astengebirge bis zum Willinger Bergland im Nordosten und steigt vereinzelt mit dem Kahlen Asten, der Ziegenhelle und dem Langenberg auf rund 840 m an. Es ist die Dachstufe des Südergebirges (über 550 m NN) und die einzige hochmontane Landschaft in Westfalen. Dieser Raum wird vor allem durch das Zusammenwirken der klimatisch bedingten landschaftsökologischen Faktoren Niederschlag und Wasserhaushalt, Höhenlage und Exposition geprägt und auch in seinen kulturgeographischen Erscheinungen von diesen stark beeinflusst. Das Südergebirge gehört als Teil des Rheinischen Schiefergebirges zur feuchttemperierten subatlantischen Klimaregion. Im feuchtkühlen Hochland verstärken sich durch Luveinwirkung die maritimen Einflüsse. Regenbringer sind vornehmlich Winde aus westlichen Richtungen. Nach Beobachtungen in Altastenberg kommen 66,3 % aller Winde aus diesem Sektor; es dominieren mit 46,4 % die Südwestwinde.

Die Temperatur nimmt bekanntlich mit steigender Seehöhe ab, als klimatischer Jahresmittelwert gilt 5° Abnahme auf 1000 m. Die mittlere Jahrestemperatur beträgt daher nur 6° und sinkt bis zu den Gipfellaugen um 800 m sogar auf 5° ab. Wie im Tiefland so ist auch im Hochland der Juli (Mittel 12 – 13°) der wärmste, der Januar (-2,5°) der kälteste Monat, jedoch steht die Mitteltemperatur des Februar der des Vormonats noch sehr nahe. Die Jahresschwankung – Differenz der Werte des wärmsten

und kältesten Monats (sie ist im Seeklima klein, im ausgeprägten Landklima sehr hoch) – ist geringer als im Tiefland. Diese maritime Komponente im Klima des Hochlands ergibt sich aus der im Sommer größeren und im Winter geringeren Temperaturabnahme mit der Höhe.

An 130 – 140 Tagen sinkt auf den Höhen die Temperatur im Tagesgang unter 0° (Frosttage); der erste Frost wird im Mittel zwischen dem 10. und 16. Oktober, der letzte Frost zwischen dem 10. und 15. Mai verzeichnet; die mittlere Dauer der frostfreien Zeit beträgt 150 – 160 Tage. Sommertage – Tage, an denen die Temperatur im Tagesgang über 25° steigt – sind Ausnahmen (etwa 5 Tage).

Im langjährigen Mittel ist die Niederschlagsmenge mit 1440 mm auf dem Kahlen Asten am höchsten; aber auch die Hochlagen der Rothaar empfangen noch über 1300 mm (Station Hohenroth: 1331 mm); im Ostteil des Hochlandes – im Lee – hingegen verringern sich die Mengen auf kurzen Entfernungen äußerst schnell; in Küstelberg werden daher nur noch 1030 mm Niederschlag gemessen. Im Herbst und Winter überwiegen in unserer Klimaregion die Westwetterlagen. Da sich außerdem in der kühlen Jahreszeit das Kondensationsniveau bis 300 m NN senkt, verstärkt sich die Niederschlagsbereitschaft der feuchten Luftmassen ganz besonders: Alle Niederschlagsstationen des Hochsauerlandes weisen ein Dezembermaximum auf – fast den gleichen Höchstwert erreicht der Januar in Altastenberg –, während in den tieferliegenden Landschaften des Sauerlandes die meisten Niederschläge im Juli fallen. Relativ trok-

ken sind die Frühjahrsmonate mit dem Minimum im Mai. Dieser Monat ist durch häufige Schönwetterlagen ausgezeichnet. Sommer und Herbst hingegen haben keine so einheitliche Niederschlagsverteilung; im Rothaargebirge ist der Juli besonders regenreich, im Astengebirge aber der Oktober.

Für die dichtbevölkerten rheinisch-westfälischen Bergbau- und Industriereviere ist das Hochsauerland ein leicht erreichbares und darum ideales Erholungs- und Sportgebiet. Doch oft fallen Urlaub und Sportveranstaltungen buchstäblich ins Wasser; sei es im Sommer durch langanhaltenden Regen, sei es im Winter durch tauenden Schnee. Im Mittel verzeichnen mehr als 150 Tage einen Niederschlag über 1,0 mm. Das Ansteigen der Luftmassen an den Höhen bedingt starke Wolken- und Nebelbildung. Trübe Tage sind im westdeutschen Raum nirgends so zahlreich wie im Hochland; wolkenlose Tage stellen eine Seltenheit dar. Im Rothaargebirge ist der Himmel an 200 Tagen wolkenbedeckt bzw. im Tagesmittel nur leicht aufgelockert (über 8/10 Bewölkung), auf dem Kahlen Asten sogar an 243 Tagen. Das Maximum der Bewölkung liegt im Winter. Die häufigen Nebel treten sowohl bei ruhigem Hochdruckwetter als auch bei Westwetterlagen auf. Die Rothaar hat über 120, das Astengebirge über 160 Nebeltage.

Das Hochsauerland ist das schneereichste Gebiet im westdeutschen Raum. Ein Viertel des Niederschlags fällt als Schnee; sogar fast 35 % sind es in den höchsten Lagen. An 80 – 120 Tagen trägt der Boden eine Schneedecke. Seine durchschnittliche maximale Mächtigkeit erreicht 70 – 80 cm. Schneesicherheit aber ist nicht gegeben. Die Luftmassen vom Atlantik bringen im Winter oft starke Erwärmung und Landregen. Ein Zeitabschnitt ist vor allem durch die fast regelmäßig von Jahr zu Jahr wiederkehrenden Einbrüche maritimer Luft gekennzeichnet: die letzte Dezemberdekade. Als „Weihnachtstauwetter“ ist diese Erscheinung in der Wetter- und Witterungsstatistik zu einem festen Begriff geworden. In den anderen Wintermonaten setzt sich ebenfalls – wenn auch nicht mit so ausgeprägter Regelmäßigkeit – immer wieder Westwetter

durch und verursacht plötzliche Schneeschmelze. Schneesicherheit gibt es bei kontinentalen Hochdrucklagen, die jedoch nur ein- bis zweimal in einem Jahrzehnt länger andauern. Bei solchen Lagen tritt häufig eine starke Temperaturumkehr auf. Das Absinken der Temperatur während der Nacht in Bodennähe bedingt in den Tälern kalte Tal- und Bodennebel, die oft tagelang lagern. Auf den Höhen herrscht dann wärmeres, heiteres Strahlungswetter. Im März kann diese Erscheinung zur Folge haben, daß bei einsetzendem Tauwetter die oberen Lagen eher schneefrei werden als die unteren Hänge und Täler.

Die klimatische Vegetationszeit – Tagesmitteltemperatur über 10° – dauert in Höhen bei 550 m 120 Tage, in Hochlagen nur noch knapp 100 Tage. Im phänologischen Jahresablauf verschieben sich mit der Höhe ebenfalls die einzelnen Phasen des Frühlings und Sommers auf spätere Termine und verfrühen sich im Herbst. Phänologische Jahreszeiten sind durch Erscheinungen des pflanzlichen Lebens charakterisiert. Für Aussaat, Blüte, Reife und Ernte ist ein gewisses Maß an Wärme oder das Überschreiten eines Schwellenwertes notwendig. Die klimatischen Verhältnisse der unteren Luftschicht lassen sich an diesen Erscheinungen ablesen.

Die Schneeglöckchenblüte beginnt in den tieferen Lagen kurz nach dem 20. März (langjähriges Mittel) und erst eine Woche später bei Höhen um 800 m. Sie kennzeichnet das erste Erwachen der Natur im Vorfrühling. – Die Haferaussaat erfolgt im Hochland allgemein zwischen dem 10. und 13. April. Dann herrscht bei 550 m Höhe schon eine Tagesmitteltemperatur von 5°; in 800 m Höhe wird sie erst eine Woche später erricht. – Die sich öffnenden Apfelblüten kündigen im Mai den Vollfrühling an. Er verzögert sich vom 21. Mai in den Hochlandtälern bis auf die letzten Tage des Monats in der Winterberger Hochmulde. Der Wanderer trifft jedoch hier nur noch selten einen Apfelbaum: Die Äpfel können wegen der Kürze der Vegetationsperiode nicht ausreifen. Zur Zeit der Apfelblüte ist in den Tälern die Tagesmitteltemperatur schon auf 10° angestiegen. Damit kann auf den Hochflächen erst um den 7. oder 8. Juni gerech-

net werden. – Das Stäuben des Winterroggens leitet zum Sommer über. Er hält auf dem Rothaar Rücken seinen Einzug zwischen dem 14. und 19. Juni und erreicht bis zum 24. Juni auch die Hochlagen um Winterberg. – Die Ernte des Winterroggens fällt mit dem Beginn des Hochsommers zusammen: Mitte August wird in der Rothaar der Roggen geschnitten, aber auf den wenigen Feldern im Astengebirge verspätet sich der Schnitt bis Ende August. – Gut drei Wochen nach der Ernte, schon um den 22. September, muß der Winterroggen ausgesät werden, während die tieferliegenden Felder immerhin erst gegen Ende September/Anfang Oktober bestellt sein müssen. Der Herbst ist dann schon eingezogen, und die Tagesmitteltemperatur liegt unter 10°. Die phänologische Vegetationszeit zwischen Haferaussaat im Erstfrühling und Winterroggenaussaat im Herbst ist, wie der Überblick zeigt, in den Hochlagen rund 60 Tage länger als die klimatische (Abb. 1).

## 2. Das Oberland in phänologisch – synoptischer Betrachtungsweise

Die *Oberstufe* (300–500 m Höhe) des Sauerlandes nimmt die weitgefächerte Nordwestabdachung des Hochsauerlandes ein, den Raum zwischen Ruhr, Lenne und Volme, der nach Norden bis zur Möhne und bis zum Niedersauerland (100–200 m Höhe) an der mittleren Ruhr reicht. Rund drei Viertel des Sauerlandes weisen die vielfältigen oberländischen Formen eines Rumpfgebirges auf. Bodenplastisch wechseln breite Senken und Ausräume, sanft ansteigende Waldhöhen und leichtgewellte Flachmulden ab mit der bewegten Zertalungslandschaft entlang der tiefeingesenkten Flüsse. Das Sauerland ist der Teil des Rheinischen Schiefergebirges, der sich am weitesten nach Norden vorschiebt und somit in exponierter Raumlage sich dem häufigen Westwetter darbietet.

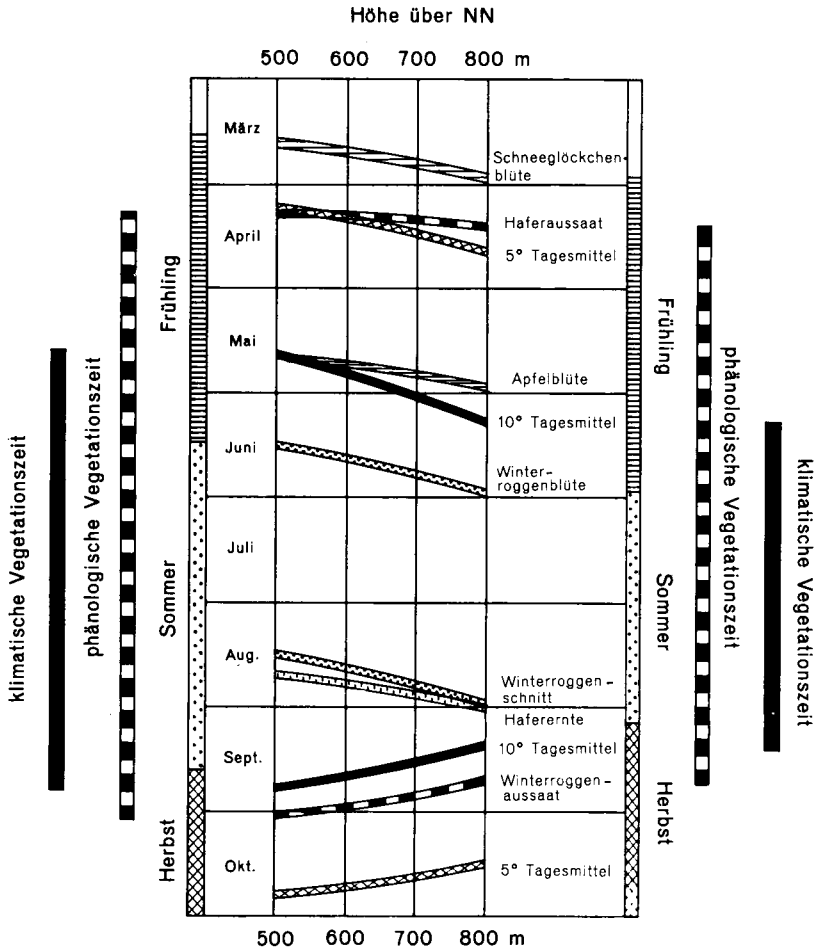
Als Übergang zur Beschreibung der Klimatelemente bietet sich in Anlehnung an den Abschnitt „Hochsauerland“ (vgl. Abb. 1) die Erfassung des *phänologischen Jahresganges* für das *Oberland* an. Er ist für die Landschaftsräume Nord-, Kern-, West- und Südsauerland in tabellarisch-synoptischer Weise aufgeführt (Tab. 1). Unberücksichtigt

bleiben hierbei die Gipfellagen, z. B. die Nordhelle, weiterhin die Ostabdachung des Hochsauerlandes, das schmale Medebacher Land in 500–400 m Höhe (Ostsauerland) und das Niedersauerland.

Beim Vergleich der phänologischen Daten auf den Karten von SCHNELLE (1953 u. Atlas), F. RINGLEB (1958 u. 1986) und WEISCHET (1955) zeigen sich Unterschiede, die in Spalte 2 der Tabelle 1 als Schwankungsbreite aufgeführt sind. Die Termine der phänologischen Phasen unterliegen im oberen Sauerland einer Vielfalt von Einflüssen, die zu Verfrühungen oder Verspätungen führen. Wie schon Abbildung 1 zeigt, trifft dies insbesondere zu bei steigender Seehöhe mit Temperaturabnahme und Niederschlagszunahme. Weiterhin bestehen Unterschiede zwischen groß- und kleinräumigen Luv- und Leelagen wie auch bei der Exposition gegen Sonne und Wind mit Sonnen- und Schattenseiten sowie mit offener und geschützter Position – Faktoren, die z. B. die Tagesmitteltemperatur und die Dauer der Schneebedeckung bzw. großer Schneeflecken beeinflussen. So ergeben sich bei den phänologischen Phasen in den vier Landschaftsräumen der Tabelle 1 ebenfalls Schwankungsbreiten von einigen Tagen.

Im sauerländischen Oberland sind die phänologischen Phasen im Vergleich zum Hochsauerland günstiger. Die klimatische Vegetationszeit (Tagesmitteltemperatur 10°) kann bis zu sechs Wochen länger sein; bei der phänologischen Jahreszeit (die Spanne zwischen Hafer-Aussaat im Erstfrühling und Roggen-Aussaat im Vollherbst) sind es immerhin noch zwei bis drei Wochen. Die unterschiedliche Länge zwischen beiden Vegetationszeiten reduziert sich auf rund einen Monat.

Ein differenzierteres Bild der einzelnen Landschaftsräume zeigt die Karte der *phänogeographischen Wertigkeit* im Geographisch-landeskundlichen Atlas von Westfalen (F. RINGLEB 1986). Die Bewertung der Vegetationsperiode nach Pflanzenwuchs und phänologischen Jahreszeiten ist in 10 Wertigkeitsstufen dargestellt. Günstige Voraussetzungen (Stufen 4 und 5) herrschen im Niedersauerland, in dem weiten, von Flußterrassen geprägten Ausräum zwischen



**Abb. 1: Phänologischer Jahresablauf im Hochland**

(aus: Naturkunde in Westfalen, 1. 1966, S. 9)

Volme und Lenne (Hagen); sie reichen nach Süden (Stufe 5) lenneaufwärts bis zur Attendorner Kalkmulde und Altenhundem im Südsauerland. Im Nord- und Kernsauerland sind an Möhne und Ruhr die Voraussetzungen gleichgünstig, dann aber folgen, wie im Südsauerland, ungünstige Wertigkeiten, die über die Stufen 6–8 zum Hochsauerland ansteigen bis hin zu sehr ungünstiger Wertigkeit (Stufen 9–10). Ähnlich sind die Bedingungen für das Lennegebirge, das West- und Ostsauerland: Die ungünstigen Wertigkeitsstufen (6–8) herrschen vor und die Höhenlagen von Ebbe, Homert und beiderseits des Elspetales sind sehr ungünstig (Stufe 9).

### 3. Die Landschaftsräume in ihrer thermischen Struktur

Die Mittelwerte der wirklichen Lufttemperaturen von fünf Stationen zeigen, gemäß der geographischen Breite (zwischen 51 u. 51,5° n. Br.), den zu erwartenden *Jahresgang* (Tab. 2). Bei einem Vergleich der Monatstemperaturen zeigen die fünf Stationen eng beieinanderliegende Werte der Sommer- und Wintertemperaturen: So haben Juli/August bzw. Januar/Februar Mitteltemperaturen, die sich nur um zehntel Grade voneinander unterscheiden, während der Juni als Vorsommer und der Dezember als Vorwinter um 1,5° kühler bzw. wärmer sind.

**Tabelle 1 Werte und Daten zum phänologischen Jahr im Sauerland**

Phänologische Phasen Beginn/Ende Tagesmittel	Schwan- kungs- breite Tage	Sauerland			
		Nord-	Kern-	West-	Süd-
Schneeglöckchen-Blüte März	±5	1. – 3.	2. – 10.	2. – 10.	10.
Hafer-Aussaat April	±3	1. – 5.	1. – 12.	5. – 10.	1. – 10.
Lufttemperatur von 5° C April	±5	1. – 9.	um 4. – 6.	5.	2. – 4.
Apfel-Blüte Mai	±3	9. – 11.	um 14. – 16.	14. – 18.	17. – 20.
Lufttemperatur von 10° C Mai	±5	9. – 11.	12. – 14.	15.	10. – 14.
Winterroggen-Blüte Juni	±3	8. – 10.	um 8. – 10.	9. – 14.	6. – 9.
Winterroggen-Schnitt August	±3	2. – 4.	3. – 8.	3. – 8.	4. – 8.
Hafer-Ernte August	±3	12. – 14.	17. – 19.	18.	18. – 20.
Lufttemperatur von 10° C September	±5	28. – 30.	24. – 26.	25.	30.
Winterroggen-Aussaat September	±5	27. – 30.	26. – 28.	25.	27. – 30.
Lufttemperatur von 5° C Oktober/November	±5	4. – 6. 11.	29. – 31. 10.	5. 11.	1. – 5. 11.

Nach Klima-Atlas NRW 1960

**Tabelle 2 Monats- und Jahresmittel mit Jahresschwankung der wirklichen Lufttemperatur 1931 – 1960**

Station	Höhe NN m	Monatsmittel												Jahres- mittel   schwankung	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
Iserlohn-Westig	230	0,8	1,2	4,4	7,9	12,1	15,2	16,8	16,3	13,6	9,3	5,4	2,2	8,8	16,0
Lüdenscheid	444	-0,5	-0,0	3,6	7,2	11,6	14,6	16,0	15,7	13,0	8,3	3,9	0,8	7,9	16,5
Eslohe	325	-0,6	-0,2	3,2	6,8	11,2	14,3	15,8	15,2	12,2	7,9	4,2	0,9	7,7	16,4
Altastenber	780	-2,7	-2,5	0,7	4,3	8,8	11,8	13,5	13,3	10,7	6,1	1,6	-1,4	5,4	16,2
Kahler Asten	836	-3,1	-2,8	0,4	4,0	8,6	11,6	13,2	13,0	10,3	5,5	1,1	-1,8	5,0	16,3

Nach SCHIRMER 1969



Schon diese Werte deuten auf den mäßigen Einfluß maritimer Luft hin, wie er an der Westseite unseres Kontinentes üblich ist. Maritime Komponenten bestimmen auch die Übergangsjahreszeiten, trotz des deutlichen An- bzw. Abstiegs der Temperaturen in den Frühlings- und Herbstmonaten. Der Mai ist der Monat mit der höchsten Zunahme der Temperatur von Tag zu Tag (SCHIRMER 1969, S. 13), während die Abnahme im September sich etwas verzögert. Die Monatswerte des April und Oktober stehen den Jahresmittelwerten am nächsten, doch der April erreicht sie noch nicht und im Oktober sind die Werte höher.

Die Abhängigkeit der Temperatur von der Seehöhe, der *Höhengradient*, läßt sich an den Monats- und Jahresmittelwerten ablesen (vgl. Tab. 2). Bei einem Höhenanstieg um 606 m (Iserlohn-Kahler Asten) sinkt die Temperatur im Jahresmittel um  $3,8^\circ$ , also eine Abnahme um  $0,62^\circ/100$  m; dabei ist die Temperaturabnahme in den kühlen Monaten (November–April) bis zu  $0,5^\circ$  höher als der Mittelwert ( $3,8^\circ$ ) und in den warmen Monaten bis zu  $0,5^\circ$  niedriger. Im Gegensatz zu diesen relativ kleinräumig ermittelten Werten entsprechen die Angaben im großräumigen Überblick (SCHREIBER 1985, S. 34) der Darstellung über das Hochsauerland. Aus diesem allgemeinen Rahmen fällt das Westsauerland etwas heraus: Die Werte der Station Lüdenscheid zeigen einen geringeren Höhengradienten ( $0,46^\circ/100$  m), auch sind die Monatsmittelwerte höher als in der 119 m tiefer gelegenen Station Eslohe im Kernsauerland, und die Jahresschwankung, um es vorwegzunehmen, hat den höchsten Wert ( $16,5^\circ$ ).

Die *Jahresschwankung* (JS) ist die Differenz zwischen dem wärmsten (Juli) und dem kältesten Monat (Januar) und gilt in der Klimatologie als Maß für die Maritimität bzw. für die Kontinentalität. So steigt die Jahresschwankung z.B. von  $10,2^\circ$  (Dublin) im Westen bis auf fast  $30^\circ$  (Charkow) im Osten Europas. Um sie für das Sauerland besser einzuordnen, seien benachbarte Werte herangezogen (SCHIRMER 1969, Tab. 2): Die Stationen Kleve und Aachen haben  $15,8^\circ$  und die Station Kassel  $17,8^\circ$  Jahresschwankung. Das Sauerland gehört mit  $16\text{--}16,5^\circ$  (JS) sowie nach den Temperaturmittelwer-

ten und durch den mäßigen Einfluß des Ozeans zur westeuropäischen atlantischen Großregion. Feinere Abstufungen ergeben sich aus dem Höhengradienten und der Bodenplastik, so daß vielfältige Übergänge bestehen zwischen der für Westfalen herausgearbeiteten klimaregionalen Einordnung von MÜLLER-WILLE (1961/62) in eine Eu- und eine Subatlantische Region.

Die Mittelwerte der Temperatur sind Rechengrößen, die sich, aus täglichen Ableisungen berechnet, auf eine festgelegte Meßperiode beziehen. Sie enthalten Merkmale, die im Vergleich mit analogen Größen anderer vieljähriger Meßperioden übereinstimmen. Die Merkmale umfassen an erster Stelle die ganze Breite der maritimen Beeinflussung bei allen Elementen des Klimas im Sauerland. Um einen Bezug zwischen Mittelwert und den durch die tägliche Ableisung gemessenen Wettererscheinungen herzustellen, bieten sich u. a. *Windrichtungen* an. In jeder Windrichtung ist ein bestimmter Anteil großräumiger Windströmungen enthalten, der es gestattet, diesen Bezug herzustellen und für jede Richtung entsprechende Aussagen zu machen bzw. die entsprechenden Züge und Merkmale des Wettergeschehens aufzuweisen (ROCZNIK 1982, S. 76). Um in etwa großräumige Luftbewegungen zu erfassen, stammen die Werte von der höchstgelegenen Station Kahler Asten; für die reliefbedingten Abweichungen im Oberland stehen die Werte der Station Arnsberg. Es dominieren die Winde aus westlichen Richtungen mit 57% (K.A.) bzw. 47% (Ar.). Bei direktem Westwind (19% bzw. 18%) ist es im Sommer kühl und im Winterhalbjahr mild. Bei Nordwestwind (12% bzw. 10%) sinkt die Temperatur, und im Winter beginnt es kalt zu werden. Bei weiterer Winddrehung auf Nord, was selten vorkommt (5% bzw. 7%), wird es schon unangenehm kalt. Am häufigsten sind die Südwestwinde (26% bzw. 19%) mit ganzjährig milder Luft, die im Sommer aber warm und schwül sein kann. Dies gilt im Sommer insbesondere für die Südostwinde (9% bzw. 12%), die im Winter dagegen kalt sind. Mit diesen Windrichtungen ist die Neigung zu Landregen, Regenschauern und Gewittern groß. Trocken ist es meist bei Nordostwind (7% bzw. 7%) und bei Ostwind (13% bzw. 11%) mit

heißen Sommer- und sehr kalten Wintertagen. Dagegen ist es bei Südwind (13% bzw. 16%) im Sommer unangenehm heiß und im Winter für die Jahreszeit zu mild. Auffallenderweise meldet die Station Arnsberg keine Windstille, während die Station Kahler Asten 1% angibt, das sind 3,65 Tage.

Einen Überblick über die *Teilelemente* der *Temperatur* für das Nieder- und Obersauerland gibt Tabelle 3 (Zeilen 1–7). Die Werte zeigen die Spannweite innerhalb des jeweiligen Landschaftsraumes. Wärme und Sonneneinstrahlung sind in den Monaten Mai bis Juli (Zeile 1) für das Wachstum der Pflanzen ausschlaggebend und, gemäß den Werten, für Auswahl und Anbau bestimmter Nutzpflanzen. Eine Ergänzung für die Wachstumsphasen bietet die seit 1980 entwickelte Karte der Globalstrahlung (WERNER 1986), in der die Summe aus direkter Sonnenstrahlung und diffuser Himmelsstrahlung in ihrer Abstufung dargestellt ist.

Ein Vergleich mit der Zahl der Sommertage über 25° (Zl. 2) und mit Elementen, die die Temperatur und Sonnenstrahlung beeinflussen (Zl. 8–10 u. 12), bestätigt die Karte der Globalstrahlung (Mai–Juli): Die besten Bedingungen sind im mittleren Ruhrtal gegeben, Nord-, Kern-, Süd- und auch das Ostsauerland gehören zum Typ der westfälischen Bergländer; das Westsauerland hingegen erhält, durch die Station Lüdenscheid belegt, die niedrigsten Strahlenswert.

Parallel zur Abnahme der Temperatur mit zunehmender Höhe steigt die Zahl der Frosttage mit einem Tagesminimum unter 0° (Zl. 3) und der Eistage mit einem Tagesmaximum unter 0° (Zl. 4). Die Tageszahlen addiert, entfallen im Oberland drei bis dreieinhalb Monate auf Frosttage und rund ein Monat auf Eistage. Da es aber vom Herbst bis in den Frühling hinein zu Frösten kommen kann (Zln. 5 u. 6), ist die frostfreie Zeit

**Tabelle 3 Ausgewählte Jahresmittelwerte und Daten zu Teilelementen der Temperatur**

Zeile	Elemente Mittelwerte	Sauerland				
		Nieder-	Nord-	Kern-	West-	Süd-
1	Temperaturen der Monate Mai – Juli	um 15°	um 13°	14° u. geringer	nahe bei 13,5°	um 13,5°
2	Zahl der Sommertage	über 20	um 15	bis zu 20	um 15	um 15
3	Zahl der Frosttage	um 80	über 100	90 u. mehr	100 – 105	95 – 105
4	Zahl der Eistage	unter 15	30 u. mehr	25 u. mehr	25 – 30	um 30
5	Datum des letzten Frostes	6. 5.	30. 4.	30. 4.	22. 4.	um 1. 5.
6	Datum des ersten Frostes	22. 10.	20. 10.	20. 10.	22. 10.	29. 10
7	Dauer der frostfreien Zeit, Tage	168	172	172	182	180
8	Bewölkung in Zehntel	6,8 – 6,9	um 6,8	6,8 – 6,9	um 7,0	um 6,9
9	Zahl der heiteren Tage (Bewölkungsgrad unter 2,0)	um 35	um 35	35 – 38	32 – 35	35 – 37
10	Zahl der trüben Tage (Bewölkungsgrad über 8,0)	um 155	170 – 182	160 – 175	um 180	um 170
11	Zahl der Nebeltage (Sicht unter 1 km)	45 – 50	um 50	45 – 55	55 – 60	45 – 55
12	Tägliche Sonnenscheindauer, Stunden	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3
		Dezember				
		Juni				
		7,6 – 7,4	7,4 – 7,3	7,5 – 7,4	7,2 – 7,1	7,6 – 7,4

Nach Klima-Atlas NRW 1969

(Zl. 7) kürzer. Außerdem führen bei Hochdruckwetterlagen die Kaltluftmassen in Senken, Mulden und Becken zu einer Temperaturumkehr und bringen den tieferen Lagen Spätfröste, wie es sich für das Niedersauerland besonders deutlich zeigt (Zl. 5). Die gefürchteten Bodenfröste sind in den Werten der Lufttemperatur (Meßhöhe 2 m) nicht angegeben. Die normale nächtliche Abkühlung aber geht vom Boden aus; so wurden in Arnsberg in 5 cm Höhe 105 und in 200 cm Höhe nur 80 Frosttage im Mittel gezählt (1948–57). Die Nebeltage (Sichtweite unter 1 km) sind in der kühlen Jahreszeit wegen des tiefliegenden Kondensationsniveaus stark höhenabhängig: Wie Ringe oder Ovale umgeben die Isolinien gleicher Nebeltage jede Erhebung, jedes Bergmassiv oder Gebirge.

Ein Grundzug im sauerländischen Wettergeschehen ist der rasche Wechsel zwischen kühlen und wärmeren Temperaturen, zwischen wolkenverhangenem Himmel und kurzem Sonnenschein. Die mittlere tägliche *Sonnenscheindauer*, in Stunden für Juni und Dezember angegeben (Zl. 12), ist nach den vorgenannten Negativposten doch erstaunlich hoch. Zur Zeit der Sommersonnenwende beträgt die Tageslänge über 15 Stunden. Zwischen 7,6 und 7,1 Stunden scheint die Sonne, das sind im Mittel 50 % der Tageslänge; bei der Wintersonnenwende mit einer Tageslänge unter 8 Stunden sind es immerhin noch 16 bis 17 %. Günstiger dürfte es in manchen Höhenlagen sein, wenn durch Inversionen bei Hochdruckwetter die Gipfel wolkenfrei sind.

#### **4. Die Niederschlagsmenge im räumlichen Überblick**

Gemäß der geographischen Breite befindet sich das Sauerland inmitten des Gürtels mit vorherrschenden westlichen Winden (siehe Windverteilung). In diesen mittleren Breiten liegt ebenfalls die planetarische Frontalzone, die nur auf dem Ozean gut ausgeprägt ist, sich im Winter etwas nach Süden verschiebt und ihren Einfluß auf den Kontinent auch nach Süden hin verstärkt. In ihrem Bereich hat der Niederschlag sein Maximum im Winter, dessen Vorboten sich vor allem an der Küste schon im August bemerkbar machen. Außerdem entstehen in

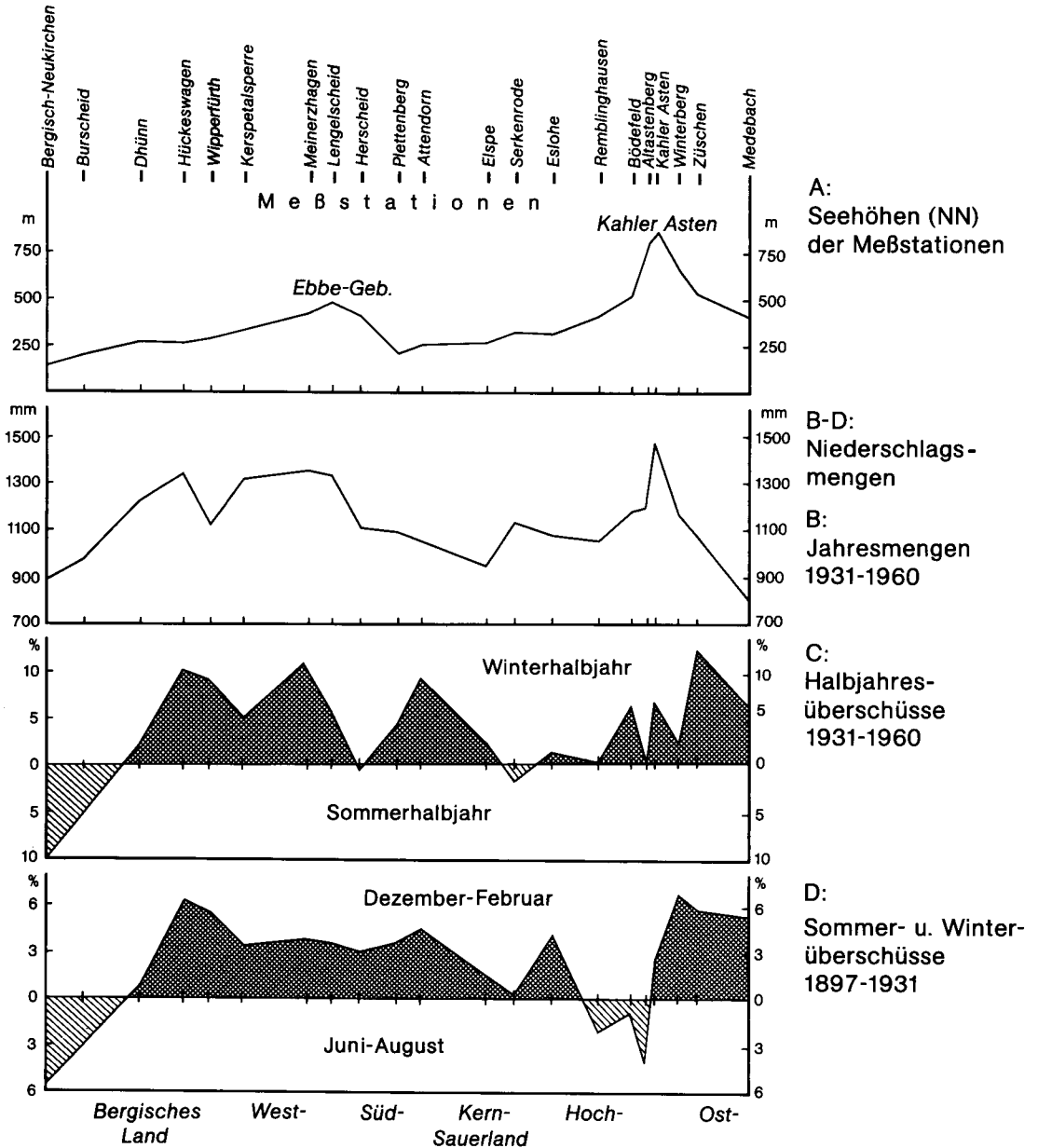
diesen Breiten die meisten Zyklonen, die im Westwindgürtel nach Osten driften und uns ausgedehnte Frontalregen, auch Aufgleit- bzw. Landregen genannt, bringen. Diese Kurzfassung mag hier genügen; ausführliche Darstellungen der Großwetterlagen geben HESS und BREZOWSKY (1969) und der Frontalzone WEISCHET (1983).

Alle erwähnten Faktoren – beispielsweise Raumlage und Orographie – sind vor allem relevant für die räumliche Verteilung der Niederschlagsmengen. Orographie und geomorphologische Formung sind bei niedrigem Kondensationsniveau so ausschlaggebend, und hiermit wenden wir uns wieder dem Sauerland zu, daß sich in der Niederschlagsverteilung z.B. seine Kammerung spiegelt. Aber auch die Überschneidung maritimer und kontinentaler Züge treten bei den Niederschlägen deutlicher als bei anderen Klimatelementen hervor.

Jede Jahreskarte und jede Monatskarte der Niederschlagsmenge (LEIPOLD 1937, Klima-Atlas u.a.) zeigen in starker Ausprägung während des Winters und gemäßigter während des Sommers einen nach Auslage und Höhe typischen Verlauf der Isohyeten: Halbkreisförmig umgeben sie mit über 1100 mm Jahresmenge einen inneren Raum mit geringeren Werten. Dieser breite Halbring umfaßt das Westsauerland – und weiter nach Westen Teile des Bergischen Landes – mit einer Jahresmenge, die über 1300 mm ansteigt, den größten Teil des Südsauerlandes (um 1200 mm), im Osten das Hochsauerland – mit dem Rothaargebirge – und den höchsten Niederschlägen auf dem Kahlen Asten (1440 mm). Im Kernsauerland sinken die Niederschläge auf 1000 – 900 mm. Ein gleiches gilt für das Ost-, Nord- und Niedersauerland. Während im Norden die Isohyeten der hellwegischen Richtung von West nach Ost folgen und die 800 mm Isohyete das mittlere Ruhrtal im Norden begleitet, haben die Isohyeten im Ostsauerland eine nord-südliche Richtung und in dichter Folge sinken die Werte unter 750 mm (MÜLLER-TEMME, 1986).

#### **5. Phänomene des Niederschlags – exemplarisch erfaßt durch Profile**

In Abbildung 2 verdeutlichen vier Profile das Niederschlagsgeschehen im ober- und



**Abb. 2: Orographie und Niederschlagsmengen**

hochländischen Sauerland unter dem Einfluß der orographischen und weiterer endogener Faktoren. Profil A gibt die Seehöhe (NN) der ausgewählten 21 Niederschlagsstationen an; sie liegen im Bereich eines Geländequerschnitts, der von West nach Ost vom Bergischen Land bis zum Hoch- und Ostsauerland reicht. Profil B zeigt die

Jahresniederschlagsmenge in mm (Mittel 1931 – 1960). Da alle Höhenstufen mehr als 700 mm Niederschlag aufweisen, beginnt die Mengenangabe auf der senkrechten Achse bei diesem Wert.

Die Werte für die Profile A, B und C sind der Veröffentlichung von SCHIRMER und

VENT-SCHMIDT (1979, S. 39–45) entnommen. Es wird vorausgesetzt, daß diese Stationen repräsentativ sind, da die Autoren das Problem der Homogenität bei Meßstationen (S. 6) bearbeitet haben, wie auch LEIPOLD (S. 17), der für das Sauerland dieselben Stationen aufführt, und dessen Werte für Profil D benutzt wurden. Die Stationen sind: Bergisch-Neukirchen, Burscheid, Dhünn, Hückeswagen, Wipperfürth, Kerspeltasperre, Meinerzhagen, Lengelscheid, Herscheid, Plettenberg, Attendorn, Elspe, Serkenrode, Eslohe, Remblinghausen, Bödefeld, Altastenberg, Kahler Asten, Winterberg, Züschen und Medebach.

Während das Höhenprofil im Westen einen fast stetigen Anstieg um 350 m bis zum Ebbe-Gebirge zeigt, beginnt das Niederschlagsprofil mit abrupter Anhebung im Bergischen Land, und zwar mit einer Steigerung um 450 mm auf 20 km Luftlinie. Die orographischen Gegebenheiten bedingen am Oberlauf der Wupper zwischen Hückeswagen und Wipperfürth ein lokales Absinken um 200 mm auf immerhin noch 1128 mm. Dann setzen sich die hohen Niederschläge (über 1300 mm) mit nur noch leichtem Anstieg bis zum Ebbe-Gebirge fort. Die „Überregnung“ bei dieser Breitenlage und Seehöhe wird durch die häufigen Südwestwinde erklärt und durch die Stauerscheinungen bei Winden aus westlichen bis nordwestlichen Richtungen, da bei ihnen die Luftmassen und Fronten fast ungehindert durch Höhenzüge das Bergische Land erreichen. Beim Abstieg zur nordwestlich verlaufenden Lennetalung, zur Attendorner Senke und zum Elspetal sinken die Niederschläge auf unter 1000 mm; im östlich anschließenden Kernsauerland erreichen sie lediglich in der Nähe des Homert über 1100 mm. Trotz der starken Reliefenergie im Bereich des Hochsauerlandes mit einer Hebung um fast 400 m auf 10 km Luftlinie beträgt der Mengenzuwachs nur 150 mm (Altastenberg 1212 mm, Winterberg 1178 mm); er liegt also kaum über der normalen Niederschlagssteigerung mit der Höhe (MÜLLER-TEMME 1986). Nur 56 m beträgt der Höhenanstieg von Altastenberg zum Kahlen Asten, der Niederschlag aber erhöht sich um 242 mm; ein ähnlicher Vorgang wie im Bergischen Land, doch noch verstärkt

durch endogene Faktoren: ausgeprägte Höhenlage mit Nebel- (204) und trüben Tagen (243). Nur 15 km ostnordöstlich vom Kahlen Asten in Medebach (405 m) mit 811 mm Niederschlag beträgt der Mengenverlust durch Föhneffekt fast 650 mm.

Bei einem Vergleich zwischen den Niederschlagsmengen, die im Sommer- (Mai-Oktober) bzw. im Winterhalbjahr (November-April) fallen, herrscht in Deutschland ein mehr oder minder starker Sommerüberschuß wegen der stärkeren konvektiven Vorgänge in den Sommermonaten mit Schauern, Starkregenfällen und Gewittergüssen. Nur in der Schneifel, im Süderbergland, im Norden der Egge, entlang dem Lippischen Wald und im Harz überwiegt der Winterüberschuß. Auf diese maritime Komponente weist auch der DIERCKE Weltatlas (1974, S. 24) hin. Von den fünfzehn ausgewählten Stationen für Deutschland haben nur der Kahle Asten (zwar mit falschem Mittelwert des Jahresniederschlags) und der Brocken ein Januarmaximum und einen Winterüberschuß. Im Norden des Sauerlandes, etwa entlang der 1000 mm Isohyete, verläuft die Grenze zwischen Sommer- und Winterüberschuß, so daß der größte Teil des Nord-, die tiefen Lagen des Kernsauerlandes und das Niedersauerland schon zum weiten Bereich mit Sommerüberschuß tendieren.

Die Profile C und D zeigen die Differenzen der Niederschlagsmengen – bezogen auf die jeweilige mittlere Jahresmenge – zwischen Sommer- und Winterhalbjahr (C) und zwischen den Sommer- (Juni–August) und Wintermonaten (Dezember–Februar). Von den waagerechten 0%-Achsen sind die Sommerüberschüsse nach unten und die Winterüberschüsse nach oben abgetragen. Da die Werte für Profil C (Periode 1931–60) und D (Periode 1897–1931) Mittelwerte der beiden aufeinanderfolgenden Meßperioden sind, ist zu erwarten, daß neben Übereinstimmungen auch Unterschiede auftreten, durch die stabile Vorgänge und Instabilitäten erkennbar werden.

Auf beiden Profilen zeigt der schon erwähnte Stau im Westen einen Wechsel von der kontinentalen (Sommerüberschuß) zur maritimen (Winterüberschuß) Komponente bei

250 m (NN) und bei ca. 1200 mm Jahressumme. Ebenso vermindert sich auf beiden Profilen am Oberlauf der Wupper bis zur Einmündung der Kerspe – an der Grenze zum Westsauerland – der Winterüberschuß um die Hälfte. Der Anstieg zum Ebbe-Gebirge (Meinerzhagen) ist im Halbjahresvergleich (C) stärker als im Vergleich der Jahreszeiten (D). Diese Unterschiede verstärken sich noch bei den Stationen nördlich der Ebbe: Sie führen im Profil C zum Absinken des Winterüberschusses unter die 0%-Achse, so daß die Station Herscheid einen schwachen Sommerüberschuß aufweist mit dem Hauptmaximum im August. Im Profil D ist dieser Verlauf nur schwach ausgeprägt; in der Periode 1897–1931 liegt hier das Hauptmaximum im Dezember, das in dieser Periode für das West-, Süd- und Ostsauerland allgemein gegeben ist. Während im Profil B die Jahresniederschlagsmenge östlich des Ebbe-Gebirges – im Lenne-Bigge Ausräum – kontinuierlich absinkt und als Föhnneffekt zu deuten ist, scheint dieser im Winter nur schwach ausgebildet, zumal Attendorn in beiden Profilen einen hohen Winterüberschuß hat. Im Kern- und Hochsauerland, in den Gebieten mit der stärksten Reliefenergie, zeigen beide Profile einen unruhigen Verlauf geringer Überschusswerte: Von Station zu Station wechseln Sommer- und Winterüberschuß- bzw. die Halbjahreswerte.

Völlig gegensätzlich sind die Profile bei der Station Winterberg. Der Überschuß ist im Winterhalbjahr (C) mit 2% gering und nähert sich dem Wert von Altastenberg mit 1% Sommerüberschuß. Bei den Jahreszeiten (D) aber hat Winterberg mit fast 7% Winterüberschuß den höchsten Wert in diesem West-Ost-Profil und wird damit seinem Namen gerecht. Im Ostsauerland ist der stark ausgeprägte Föhnneffekt bei den mittleren Jahressummen (B), wie schon im Lenne-Bigge-Ausräum erwähnt, im Winterhalbjahr und insbesondere in den Wintermonaten völlig verschwunden. Die Station Züschen (514 m) erreicht mit 12% Überschuß im Winterhalbjahr den gleichen Wert wie Meinerzhagen; daß es kein Sonderfall ist, bestätigen die Nachbarstationen Heshorn (455 m) und Hallenberg (400 m) mit ebenfalls 12%. Erst in Medebach hat der

Winterüberschuß den gleichen Wert wie der Kahle Asten.

Nach den Kriterien des Profils (Abb. 2) wurde für den Norden des Sauerlandes ein Querschnitt von Ost nach West gelegt (Tab. 4). Die angegebenen Stationswerte belegen den Übergangscharakter mit schwachen maritimen und stärkeren kontinentalen Komponenten.

## 6. Das Sauerland im Schnee

Vor knapp 70 Jahren wurde der Satz formuliert: Jeder Regentropfen, der den Erdboden erreicht, ist geschmolzener Schnee – Sprühregen ausgenommen. Der Schneefall ist an Temperaturen um den Gefrierpunkt (in bekannter Meßhöhe) gebunden – sie können zwischen  $-3^{\circ}$  und  $+2^{\circ}$  pendeln, die Häufigkeit liegt in unserer Klimaregion bei  $\pm 0^{\circ}$  – und hat im Bergland seine Abhängigkeit von der Höhe zur Folge. So steht das Westsauerland bei den Schneeverhältnissen mit geringeren Werten dem Hochsauerland nach. Ausgeprägt ist das Leegebiet des Niedersauerlandes. Die mäßige Bereitschaft zu Schneefall im Südsauerland ist durch die als „Warmluftstraße“ zu deutende Erscheinung bedingt, die von der Sieg über das Siegerland bis in die Bigge- und Lennetalung vordringt.

Die Zahl der *Schneefalltage* pro Jahr und die Seehöhe der Stationen hat LEIPOLD (S. 58) durch ein Diagramm erfaßt mit dem Ergebnis, daß ihre Zunahme bei den meisten Stationen linear mit der Höhe erfolgt: in 200 m 26 T, in 400 m 42 T, in 600 m 58 T und in 800 m 74 Tage/Jahr (1897–1934). Die Auswahl der in Tabelle 5 aufgeführten Stationen weist auf weitere endogene Faktoren hin, die die Zahl der Schneefalltage beeinflussen, wie die vorab erwähnte Abhängigkeit von der Niederschlagsmenge oder die Warmluftzufuhr. Der westliche Anstieg im Bergland hat – gemessen am Höhengradienten – immer zu viel Schneefalltage, während es am östlichen Abfall zu wenig sind (LEIPOLD, S. 59). Beispiele für diese Luv- und Leelagen sind das Westsauerland mit seinen Stationen in der Nähe des Ebbe-Gebirges, des Hochsauerlandes und der daran anschließenden in Züschen im Ostsauerland. Anders verhält es sich im Kern- und Nord-

sauerland mit mehr Schneefalltagen, als es ihrer Höhenlage entspricht. Der mittlere Anteil der Schneemenge in % an der des Gesamtniederschlags im kältesten Monat (Januar) ist bei diesem Teilelement der Temperaturkarte (Klima-Atlas) zu entnehmen. Im Gegensatz zu den Niederschlagsmengen im Januar steigt ihr Schneeanteil – bei gleicher Seehöhe – nach Osten hin an; hier spielt der Faktor „Entfernung vom

Meer“ eine Rolle: die schon erwähnte kontinentale Komponente.

Jede Schneeflocke ist ein zarter Kristall, und ihre Größe reicht von der beliebten Pulverform bis zu einem Durchmesser von 4 cm und bei sehr dicken Flocken bis zu 12 cm. Erst 10 – 12 cm Neuschnee liefern eine Wasserhöhe von 1 cm. Im allgemeinen bilden sich nur in den Wintermonaten Januar/

**Tabelle 4**

**Differenzen der Niederschlagsmengen der Sommer- und Winterhalbjahre sowie der Jahreszeiten Sommer und Winter zur Jahressumme. Querschnitt vom Nord- zum Niedersauerland. Sommerüberschuß (-), Winterüberschuß (+)**

Station	Höhe NN m	Jahresmenge mm	Maximum		Halbjahres- differenz %	Jahreszeiten- differenz %
			1931 – 1960			
					1897 – 1931	
Brilon	443	1082	Januar		+ 1	+1,8
Hirschberg	420	966	August		-17	-3,5
Arnsberg	189	995	August		-14	-2,8
Menden	149	832	August		-13	-4,8
Langschede	117	768	Juli		-31	-6,6
Schwerte	180	860	August		-17	-9,4
Hagen	165	834	Januar		0	-1,0
Haspe	119	925	Januar		- 1	-0,7
Gevelsberg	180	1078	August		- 4	+1,9
Schwelm	210	1155	August		- 6	+4,4

Periode 1931 – 1960 nach SCHIRMER u. VENT-SCHMIDT 1979, Periode 1897 – 1931 nach LEIPOLD 1937

**Tabelle 5**

**Schneefalltage pro Jahr 1897 – 1934**

Landschaftsraum	Station	Höhe NN m	Schneefall- tage
Niedersauerland	Hagen	165	17,7
	Menden	149	16,5
Westsauerland	Meinerzhagen	412	53,5
	Plettenberg	220	23,6
Kernsauerland	Serkenrode	350	40,0
	Eslohe	325	42,3
	Arnsberg	189	35,4
Südsauerland	Attendorn	255	24,2
	Olpe	305	33,3
Siegerland	Hilchenbach	393	36,2
Nordsauerland	Brilon	443	58,3
	Brunskappel	412	52,2
Hochsauerland	Altastenberg	780	71,3
	Winterberg	670	58,8
Ostsauerland	Züschchen	514	37,6

Quelle: LEIPOLD 1937, S. 56 – 57



Februar Schneedecken, die bei Frostverstärkung für eine längere Zeit erhalten bleiben und bei leichter Erwärmung mit Schneefall eine frische Auflage erhalten können. Die mittlere Zahl der Tage mit einer Schneedecke – angegeben mit 0 cm und mehr – ist für die Periode 1935/36 – 1944/45 ermittelt worden (Klima-Atlas). Dabei umschließt die 60-Tage-Linie großräumig das Nord- und Hochsauerland in 400 bis 450 m Höhe, die Homert-Erhebung im Kernsauerland und die Ebbe im Westsauerland. Rothaar und Nordhelle im Ebbe-Gebirge heben sich durch die 80-Tage-Linie heraus. Nach Osten und Norden folgt ein weiterer Anstieg auf 110 Tage in den Ski-Gebieten am Kahlen Asten und Hohen Hagen. An 30 % der Tage im Jahr ist im Mittel in den Höchstlagen eine Schneedecke vorhanden, ein beachtlicher Wert im maritim bestimmten Winterklima eines Mittelgebirges.

## 7. Bioklima und Erholung

Die biologischen und medizinischen Forschungen atmosphärischer Abläufe, wie sie sich in Wetter und Witterung zeigen, und die örtlichen Gegebenheiten, die vor allem Boden, Luftqualität und Höhenlage berücksichtigen, ergeben in ihrer Verflechtung das Bioklima. Ein Aspekt aus dem weiten Bereich bioklimatischer Forschung ist die für das Sauerland dargestellte Phänologie (RINGLEB 1958 u. 1986). Ein heute sehr wichtiger Aspekt für die in industriellen Ballungsräumen lebenden Menschen ist das bioklimatische Angebot in Erholungsgebieten, zu denen auch das Sauerland gehört.

Der thermische Wirkungskomplex der Kurortklimaforschung (SCHNELL 1983, S. 136) reicht – je nach Höhenlage – im Sauerland von reizschwach bis reizmild in den unteren Tallagen, zu reizmäßig im Oberland und reizstark im Hochsauerland. Diese Angaben beziehen sich vor allem auf Kurerfolge in Heilbädern, deren Zahl – drei Heilbäder im Hochsauerland – gering ist. Sie sind aber auch für die Luftkurorte von Bedeutung, die im reizmilden Bioklima des mittleren Lennetals, des nördlichen Kernsauerlandes und des Nordsauerlandes liegen.

Für die Erholung wesentlicher ist das Angebot an frischer Luft, das durch die weiten Wälder gegeben ist mit höherem Ozonanteil und der Schadstofffilterung. Über 50 % des Sauerlandes sind bewaldet, und von acht Naturparks in Westfalen gehören fünf zum Ober- und Hochsauerland (SCHNELL 1983). Weiterhin bietet der Wald Entspannung, Ruhe und Bewegung auf Spaziergängen. Körperliche Beanspruchung ist mit Wanderungen verbunden, die sowohl auf langen Wegen mit geringen Steigungen den Wald genießen lassen als auch beim Durchqueren der Täler bergauf und bergab den belebenden Wechsel vielfältiger Landschaftseindrücke bieten. Demgemäß bestehen im Hoch-, Nord- und Ostsauerland sowie rund um das Ebbe-Gebirge viele Erholungs- und Urlaubsorte (SCHNELL 1983), die vor allem in den Sommerferien Juli/August und im Dezember/Januar (verlängerter Weihnachts- oder Wintersporturlaub) gut besucht sind.

## Literatur

**Deutscher Wetterdienst** (Hg.) (1960): Klima-Atlas von Nordrhein-Westfalen. Offenbach a. Main  
**Hann-Süring** (1939/1951): Lehrbuch der Meteorologie, 1. Bd. (5. Aufl.) u. 2. Bd. (5. Aufl.). Leipzig  
**Hess, P. u. H. Brezowsky** (1969): Katalog der Großwetterlagen Europas (2. Aufl.). In: Berichte des deutschen Wetterdienstes, Nr. 113 (Bd. 15). Offenbach a. Main  
**Heyer, E.** (1963): Witterung und Klima. Leipzig  
**Leipold, H.** (1937): Die Niederschlagsverhältnisse des Sauerlandes. In: Beiträge zur Westfälischen Landeskunde, H. 5. Emsdetten  
**Müller-Temme, E.** (1986): Niederschläge in raum-zeitlicher Verteilung. Geographisch-landeskundlicher Atlas von Westfalen, Themenbereich II: Landesnatur (mit Belegtext). Hg. von der Geographischen Kommission für Westfalen. Münster

**Müller-Wille, W.** (1961/62): Das Klima Westfalens. Unveröff. Vorlesung WS 1961/62  
**Reichsamt für Wetterdienst** (Hg.) (1939): Klimakunde des Deutschen Reiches, Bd. 2 (Tabellen). Berlin  
**Ringleb, A.** (1957): Der Landkreis Brilon. In: Die Landkreise in Westfalen, Bd. 3. Köln/Graz/Münster  
**Ringleb, A. u. F. Ringleb** (1966): Das Hochsauerland in klimatischer Sicht. In: Naturkunde in Westfalen, 2. Jg., H. 1, S. 7–10  
**Ringleb, F.** (1950): Zur Einteilung West- und Nordwestdeutschlands in Niederschlagsgebiete. In: Meteorologische Rundschau, H. 5/6  
**Ringleb, F.** (1952): Witterung, Klima und Phänologie im Kreis Brilon  
**Ringleb, F.** (1958): Das phänologische Jahr in Westfalen. In: Spieker, H. 9, S. 59–92. Münster

- Ringleb, F.** (1986): Phänogeographische Wertigkeit. Geographisch-landeskundlicher Atlas von Westfalen. Themenbereich II: Landesnatur (mit Begleittext). Hg. von der Geographischen Kommission für Westfalen. Münster
- Rocznik, K.** (1982): Wetter und Klima in Deutschland. Stuttgart
- Schirmer, H.** (1969): Langjährige Monats- und Jahresmittel der Lufttemperatur und des Niederschlags in der Bundesrepublik Deutschland für die Periode 1931-1960. In: Berichte des Deutschen Wetterdienstes, Nr. 115 (Bd. 15). Offenbach a. Main
- Schirmer, H. u. V. Vent-Schmidt** (1979): Das Klima der Bundesrepublik Deutschland. Lfg. 1: Mittlere Niederschlagshöhen für Monate und Jahr, Zeitraum 1931-1960. Deutscher Wetterdienst. Offenbach a. Main
- Schnell, P.** (1983): Der Fremdenverkehr in Westfalen. In: Westfalen und angrenzende Regionen. Festschr. zum 44. Deutschen Geographentag 1983, Teil I, S. 129-156. Münster
- Schnelle, F.** (1953): Beiträge zur Phänologie Deutschlands III. In: Berichte des Dt. Wetterdienstes, Nr. 1
- Schnelle, F.** (1960): Phänologische Karten. In: Klima-Atlas von Nordrhein-Westfalen, S. 24 u. 25. Offenbach
- Schreiber, D.** (1985): Das Klima der Bundesrepublik Deutschland. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, 59,1, S. 25 ff.
- Weischet, W.** (1955): Die Geländeklimate der Niederrheinischen Bucht und ihrer Randlandschaften. Münchner Geographische Hefte, H. 8
- Weischet, W.** (1983): Einführung in die Allgemeine Klimatologie. 3. Aufl. Stuttgart
- Werner, J.** (1986): Klimafaktoren. Geographisch-landeskundlicher Atlas von Westfalen. Themenbereich II: Landesnatur (mit Begleittext). Hg. von der Geographischen Kommission für Westfalen. Münster

# Reliefanalyse des Rothaargebirges und seines siegerländisch-wittgensteinischen Umlandes

von Herbert N i c k e , Wiehl-Weiershagen

## 1. Einleitung

Das Relief prägt die Landschaft immer in hohem Maße. Besonders das Hochsauerland erhält sein charakteristisches Landschaftsbild vor allem durch seine tief eingeschnittenen Täler und die teilweise bis nahe an 900 m NN hinaufragenden Höhen. Wir sind gewohnt, von einem Gebirge zu sprechen, was im Grunde nicht korrekt ist; denn beim Rheinischen Schiefergebirge handelt es sich um einen zertalten Hochflächenblock, der seinerseits wohl das Überbleibsel eines einstigen Faltengebirges darstellt, über dessen Aussehen wir nichts wissen. Ohne die tiefe Zertalung würden wir das Sauerland nicht ohne weiteres als Gebirge ansprechen. Wo die Zerschneidung nicht so extrem ist wie im nordostrheinischen Schiefergebirge, etwa in Westerwald und Eifel, dominiert der Flach-Charakter. Wir haben es also beim sauerländischen Relief schon auf den ersten Blick mit mindestens zwei Reliefgenerationen zu tun: mit alten (fossilen) Flächen und jungen, z. T. rezenten Talräumen. Diese beiden lassen sich jeweils weiter unterteilen, was in der folgenden Reliefanalyse geschehen soll. Der Befund, den eine detaillierte Reliefanalyse liefert, ist in der Regel eindeutig; uneinig ist man sich jedoch bei seiner Auswertung. Hat sich einmal ein detailliertes Bild der Oberflächenformen übersichtlich zusammengefügt, so ergeben sich viele Möglichkeiten einer genetischen Deutung, wobei wohl auch zu oft geomorphologische „Modeerscheinungen“ zur Anwendung gebracht werden, wodurch sich ständig die Vielfalt der methodischen Ansätze bereichert, aber ein allgemein gültiges Ergebnis verzögert wird.

Vorliegender Beitrag hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Schwerpunkt auf die Reliefanalyse zu legen, um hier zunächst gesicherte Befunde vorweisen zu können. Der genetische Aspekt soll anschließend zur Diskussion gestellt werden; er ist sicherlich nicht endgültig. Einstimmigkeit wird in der geomorphologischen Forschung in den nächsten Jahren in diesem Punkt auch nicht zu erwarten sein.

Altersaussagen lassen sich für die einzelnen Reliefelemente auf lokaler Basis kaum machen, da kleinräumige Betrachtungen hierfür ungeeignet sind. Es ist erforderlich, überregionale Befunde zusammenzutragen. Dazu ist eine reliefanalytische Anbindung an das Bergische Land im Westen sowie das Siegerland im Südwesten zwingend notwendig.

Dies ermöglicht es, einen Zusammenhang mit dem Rhein zu konstruieren und von dort aus („rückschreitend“) reliefgenetische Aussagen zu gewinnen und dabei auch die vom Rhein weit entfernten Teile des Hochsauerlandes und der Rothaar in ein Gesamtkonzept einzubringen. Es war in den letzten Jahren das Bemühen des Verfassers, das Reliefbild (u. a. das Altflächenprofil) vom Rhein bis zum Kahlen Asten einem solchen Gesamtkonzept einzugliedern. Die Aussagen, die im folgenden über das Rothaargebirge und sein Umland gemacht werden, müssen also grundsätzlich vor dem Hintergrund betrachtet werden, daß sie sich auf vergleichbare Erkenntnisse aus den westlichen Nachbargebieten stützen und als eine Anbindung an diese zu verstehen sind.

## 2. Überblick über den Forschungsstand

Musterbeispielhaft läßt sich an der geomorphologischen Fachliteratur über das Rheinische Schiefergebirge gleichzeitig das Wachsen und Reifen der Geomorphologie nachvollziehen. Die Erforschung des Mittelgebirges reicht weit zurück. Die älteren Untersuchungen sind geologischer Art; morphologische Arbeiten treten etwa seit der Jahrhundertwende allmählich und etwa seit 1920 häufiger auf. Diese ersten Untersuchungen stehen ganz im Zeichen der Zyklenlehre von W. M. DAVIS (1899). Diese sieht Mittelgebirgshochflächen als Abtragungsprodukt (Endrumpf) eines Hochgebirges an, die durch spätere Hebung einer erneuten Umgestaltung in Form von Zertaltung unterworfen wurden.

Die ersten Untersuchungen im Hochsauerland verfolgten demgemäß die Absicht, Reste dieser „Rumpffläche“ nachzuweisen und zu beschreiben, z. B. GOEBEL 1926. Daß die Flächenrelikte in sehr unterschiedlichen absoluten Höhen auftreten, sah man als Nebensache an und vermutete die Ursache hierfür in tektonischen Verstellungen während der durch die Alpenfaltung ausgelösten saxonischen Gebirgsbildung. Die ersten Zweifel hieran äußert OESTREICH (1927), der in Anbetracht der markanten Ostrandstufe des Rothaargebirges (Ziegenhelle – Züschen – Hallenberg) auf eine mindestens zweiphasige Flächenbildung schließt. Zur gleichen Zeit werden ähnliche Beobachtungen aus der Eifel mitgeteilt (STICKEL, 1927). Als dann die Geomorphologie mit der Theorie der „Piedmont-Treppen“ von W. PENCK (1924) sich von der DAVIS'schen Lehre fortzubewegen begann, kamen auch aus dem Rechtsrheinischen Schiefergebirge sofort erste positive Rückmeldungen, u.a. von KOCKEL (1926). Nun begann eine intensive Kartierung der Flächenrelikte, die sich vorwiegend auf die unterschiedlichen Höhenlagen derselben konzentrierte.

Die 30er Jahre erbrachten mit der Hinzuziehung klimamorphologischer Erkenntnisse eine weitere Bereicherung der Geomorphologie, die ebenfalls im Hochsauerland zur Anwendung gebracht wurde, allerdings erst 1956 (KOERBER). Seither ist das Hochsauerland nicht mehr großräumig untersucht

worden. Die große Menge an teilweise widersprüchlichen, aber auch an übereinstimmenden Ergebnissen verlangt nach einer Einbettung in den heutigen Forschungsstand. Ein erster Versuch in dieser Richtung ist die Untersuchung des Verfassers (NICKE 1985), deren Ziele bereits oben dargelegt wurden. Nun haben sich aber gerade in den letzten zehn Jahren die Erkenntnisse und Erklärungsansätze bezüglich der Altflächen-genese sehr stark erweitert und gewandelt. Hier sind vor allem zahlreiche Untersuchungen von BIRKENHAUER (1983, 1987, um nur die wichtigsten zu nennen) ausschlaggebend gewesen. Auf diese Arbeiten wird unten noch näher eingegangen.

Neben mehr allgemeinen Erkenntnissen über die Altflächen gibt es in der Fachliteratur auch spezielle Probleme, von denen die für das Sauerland wichtigsten hier erwähnt werden sollen. Es hat beispielsweise lange gedauert, bis man eine mehrphasige Flächenbildung endgültig anerkannt hat. So versucht noch HARTNACK (1932), durch ein kompliziertes tektonisches Geschehen die Vielzahl von Flächenstockwerken von einer einzigen Ausgangsfläche her abzuleiten. Ähnliche Gedankengänge tauchen auch heute noch vereinzelt auf. In jüngster Zeit greift man für einige Teile des Rheinischen Schiefergebirges wieder auf sie zurück (FUCHS et. al. 1983). Auch KOCKEL (1926) konnte sich mit der Existenz unabhängig voneinander entstehender Flächen nicht zufriedengeben und rekonstruierte Altflächen mit zum Teil erheblichem Gefälle. Von daher ist auch seine Alterskorrelierung Rothaar – Westerwald heute nicht mehr haltbar. In seinen Untersuchungen schält sich eine Dreigliedrigkeit heraus, die von GELLERT (1927) aufgegriffen und in einem überregionalen Konzept (GELLERT 1958) verarbeitet wird.

Konsequente Höhenkonstanz der einzelnen Flächen, das heißt Ausschluß der Möglichkeit einzelner tektonischer Störungen, beweist erstmals MÜLLER-MINY (1931). Seine Ergebnisse betonen, daß Flächen über weite Strecken hinweg höhenkonstant verlaufen können, was am Beispiel der 500 m NN Fläche eindrucksvoll gezeigt wird (diese Fläche ist in zahlreichen Relikten in gleichbleibender Höhenlage vom Ebbegebirge bis

ins Fredeburger Becken durchzuverfolgen). MÜLLER-MINY führt damit Ansätze von WENZEL (1930) weiter, die dieser jedoch nicht in letzter Konsequenz ausformuliert hatte, da er eher der Dreiteilung nach KOCKEL zugehört war.

Fragen der Datierung von Flächensystemen hat man im Sauerland vor allem mit geologischen (stratigraphischen) Methoden erstmals beantwortet. So zeigt NEUMANN (1935) am Nordost- und Ostrand des Rheinischen Schiefergebirges, daß die Flächenbildung keinesfalls präpermisch sein kann, wie es damals noch häufig vermutet wurde. Im Gebiet der Korbacher Fläche liegt eine ähnliche Untersuchung von SEMMEL (1972) vor.

Neben zahlreichen, zum Teil widersprüchlichen Ergebnissen der hier exemplarisch aufgezeigten Geländeuntersuchungen sind hinsichtlich der Reliefanalyse doch weitgehende Parallelen zu beobachten, auf die hier besonderer Wert gelegt werden soll. Interessante Beispiele sind die Arbeiten von KOERBER (1956) und HEMPEL (1962). Sie zeigen bemerkenswerte Übereinstimmungen bei der Ausgliederung von Flächenstockwerken, und zwar nicht nur in lokalem Rahmen: HEMPEL bezieht sich auf das Nord-sauerland und den Balver Wald, KOERBER auf das Ost-sauerland und Waldeck. Vergleicht man diese Ergebnisse mit denen des Verfassers (NICKE 1983 u. 1984) im Bergischen Land sowie im Ebbegebirge und im Giebelwald, so kann man für den größten Teil des nordostrheinischen Schiefergebirges ein einheitliches Bild gewinnen, wie es im nächsten Abschnitt vorgestellt werden soll (in Anlehnung an NICKE 1985). Sicher ist es von Bedeutung, daß sich in allem auch eine auffallende Ähnlichkeit mit den Ergebnissen von HÖVERMANN (1949) im Harz zeigt.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Grundlage für eine überregionale Reliefkartierung längst gelegt ist, daß es aber bei der Auswertung der Geländebefunde sehr unterschiedliche Ansätze gibt, auf die unten noch einzugehen sein wird.

### 3. Reliefanalyse

Um die Darstellung nicht zu sehr in die Breite gehen zu lassen, muß auf eine Detailbetrachtung der zahllosen Flächenrelikte

verzichtet werden (vgl. NICKE 1985). Das gesamte Relief wird im folgenden in vier fossile Reliefgenerationen eingeteilt, von denen drei im unmittelbaren Untersuchungsgebiet vorkommen und daher näher betrachtet werden sollen.

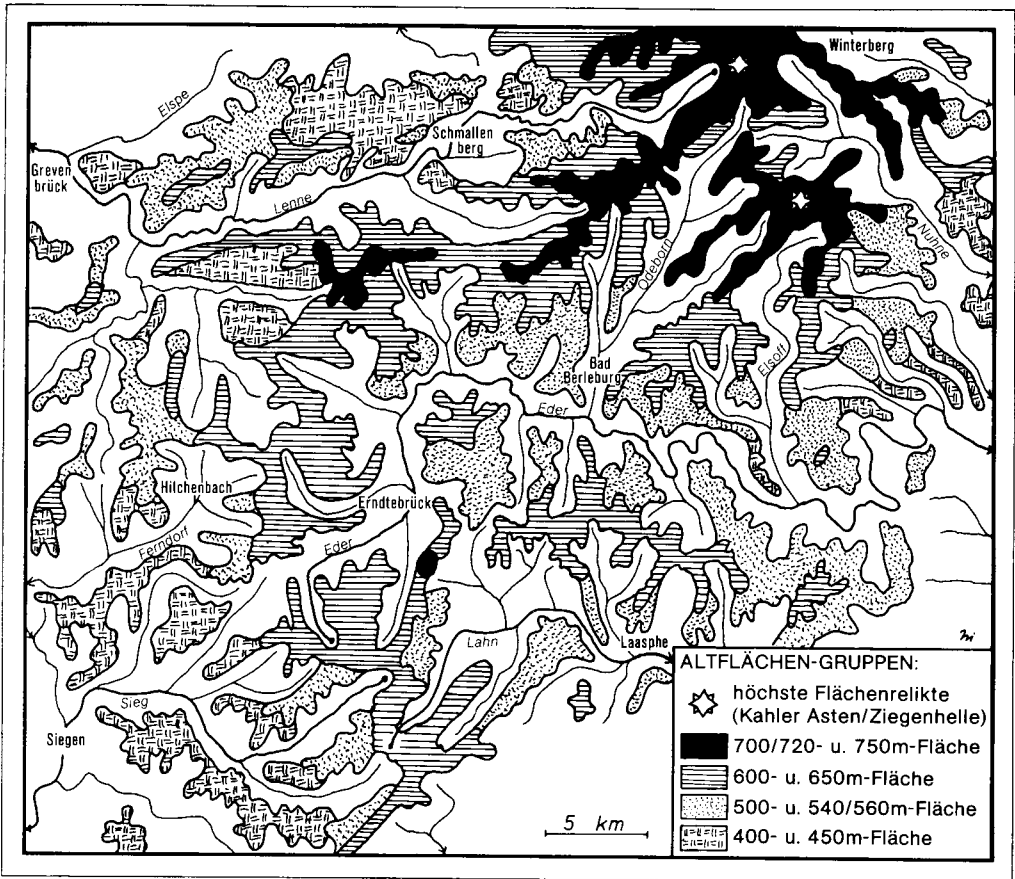
#### 3.1 Die Altflächen im Bereich von 300 bis 600 m NN

Hierbei handelt es sich um insgesamt sechs Flächensysteme, die nach ihrer absoluten Höhe benannt werden, da sie dieselbe konstant einhalten: 300/320 m NN, 340/70 m NN, 400 m NN, 450 m NN, 500 m NN, 540/60 m NN.

Diese sechs Flächensysteme kommen auch in den umgebenden Gebieten vor: Bergisches Land, Ebbegebirge, Westerwald, Siegerland, Ederbergland, Waldeck, Balver Wald. Sie greifen in Form einer Flächentreppe von den Gebirgsrändern her in das zentrale Gebiet des Hochsauerlandes hinein (vgl. Abb. 1 u. 4). Dies geschieht in der Regel auf folgende Weise: Die Stufen der Flächentreppe, d.h. der Übergang von tieferen zu höheren Flächen, verlaufen nicht geradlinig wie etwa an den Rändern von Grabenbrüchen entlang (z.B. die Rheinterrassen am Bergischen Höhenrand), sondern buchten sich in das höhere Relief hinein, zum Teil in extremen Bögen. Solche Flächenbuchten gibt es in großer Anzahl. Sie stellten im Flächenrelief vor der Zertalung einst natürliche Tiefenlinien und Sammelschienen dar, so daß durch ihre Anordnung naturgemäß beim späteren Übergang zur Tiefenerosion der Verlauf der Täler vorgegeben war.

Das bedeutet aber keineswegs eine genetische Abhängigkeit der Täler vom Altflächenrelief; denn es gibt auch viele Beispiele, wo Flächenbuchten quer zertalt worden sind und damit die Abflußrichtung eine völlig andere geworden ist als zur Zeit der Flächenspülprozesse.

Bei der Betrachtung der Altflächen muß man also jeweils zwei Bereiche einer jeden Fläche unterscheiden. Zum einen bildet die Fläche zum Gebirgsrand hin über ein weites Gebiet hinweg eine Ebenheit, in der Regel mit Wasserscheiden-Funktion; zum anderen beschränkt sie ihre Verbreitung zum Gebirgsinneren hin auf die Talräume und



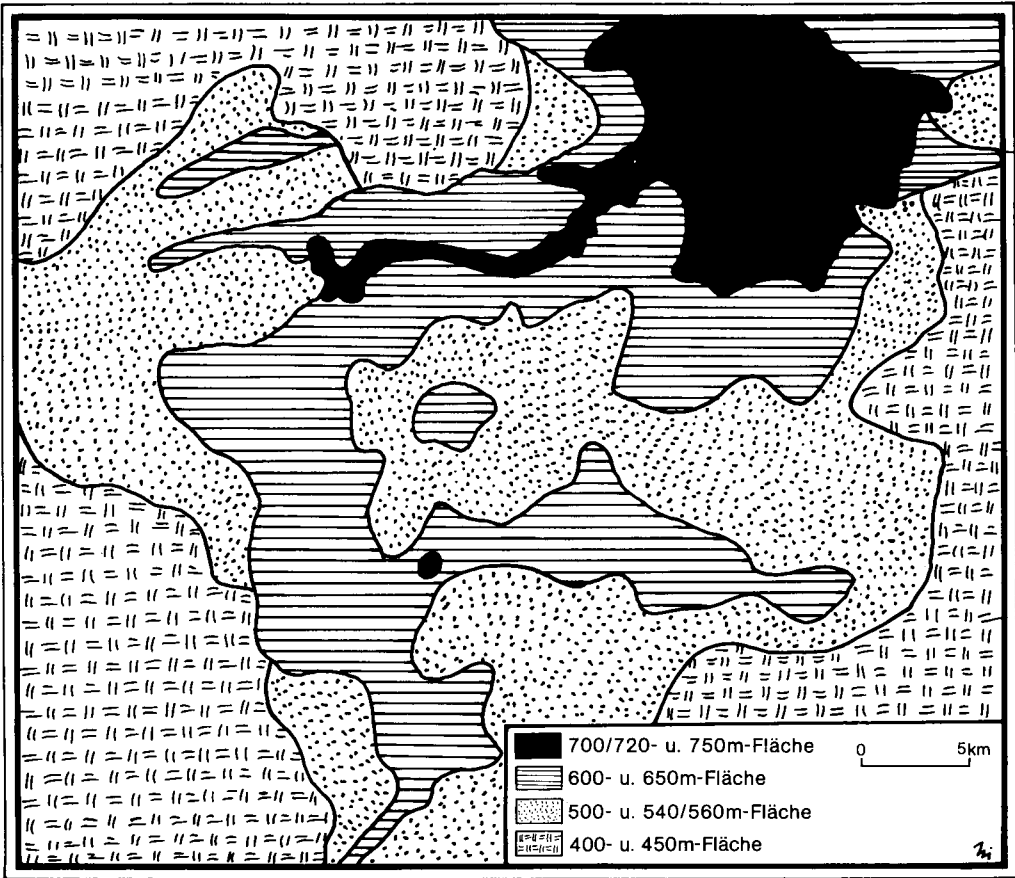
**Abb. 1: Altflächen-Gruppen des Rothaargebirges (vereinfacht)**

deren unmittelbare Umgebung, so daß ihre Relikte zumeist das Aussehen großer Terrassen haben, mit diesen aber nicht verwechselt werden dürfen.

Überall im Rothaargebirge kann man dieses Verhalten der Flächenrelikte beobachten. Alle Flächen unter 600 m NN überspannen nicht nur den Gebirgsrandbereich (das Umland der Rothaar), sondern begleiten auch die großen Täler (Lenne, Sieg, Lahn, Eder) bis weit in das Innere des Hochlandes hinein, was besonders für die Flächen in 500 und 540/60 m NN im Gebiet der oberen Eder (Raum Bad Berleburg) gilt. Es wird noch zu zeigen sein, daß sich die Flächen über 600 m NN anders verhalten.

Es gibt in der Umgebung und in den Randbereichen der Rothaar Gebiete, die durch die Dominanz einer oder zweier Altflächen

besonders geprägt sind. Hier ist vor allem das Siegerland zu nennen, wo die 400 m NN Fläche weite Verbreitung besitzt (Freudenberg-Wenden-Kreuztal-Siegen-Rudersdorf-Deuz-Netphen) und in gewisser Weise auch die beiden benachbarten Flächensysteme (340/70 und 450 m NN). Ein weiteres Beispiel ist das Olper Land (Olpe-Drolshagen-Valbert-Attendorf-Finnentrop-Biggese), das ebenfalls durch die Dominanz der Flächen in 400 und 450 m NN gekennzeichnet ist. In ähnlicher Weise, jedoch unter häufigerer Beteiligung der 500 und 540/60 m NN Flächen und mit insgesamt kleineren Relikten (wegen der stärkeren fluviatilen Zerschneidung), stellt sich das Fredeburger Becken dar (Fredeburg-Fretter-Elspe-Saalhausen-Schmallenberg). Wiederum eine Dominanz der 400 und 450 m NN Flächen findet sich östlich



**Abb. 2: Altflächen-Gruppen des Rothaargebirges vor der Zertalung**

der Ostrandstufe des Hochsauerlandes (Hallenberg–Bromskirchen–Battenberg–Hatzfeld–Dexbach) und reicht bis ins Ederbergland hinein etwa bis Bad Wildungen.

Die beiden Flächensysteme unterhalb von 400 m NN (in 300/320 und 340/70 m NN) haben ebenfalls ihre Schwerpunktgebiete (vor allem im Bergischen Land) und sollen, da sie außerhalb des hier zu behandelnden Raumes liegen, nicht weiter vorgestellt werden. Im Rothaargebirge und seiner Umgebung kommen nur diejenigen ihrer Relikte vor, die in der oben beschriebenen Weise weit in die Oberlaufbereiche der Talräume hineinragen und sich dort allmählich verlieren, u. a. an der oberen Sieg mit ihren Nebenflüssen Asdorf, Ferndorf und Weißbach.

Zur Veranschaulichung diene Abbildung 1 und die aus ihr heraus zusammengefaßte

Skizze in Abbildung 2.

### 3.2 Die Altflächen im Bereich von 600 bis 840 m NN

Im Gegensatz zu den oben genannten sind die folgenden Altflächen auf das zentrale Hochsauerland, vor allem die Rothaar und ihre nördliche Umgebung (Hunau), beschränkt. Eine Ausnahme bildet im Westen der aus seiner Umgebung isoliert herausragende Ebbe-Kamm (NICKE 1984). Es handelt sich um insgesamt fünf Flächensysteme: 600 m NN, 650 m NN, 700/720 m NN, 750 m NN und 800/820 m NN.

Nur an zwei Stellen – Kahler Asten und Langenberg – wird die höchste Fläche von Kuppen überragt, die sicherlich auch Reste eines einstmals selbständigen Flächensystems darstellen, aber zu singulär sind, um sie einordnen zu können.

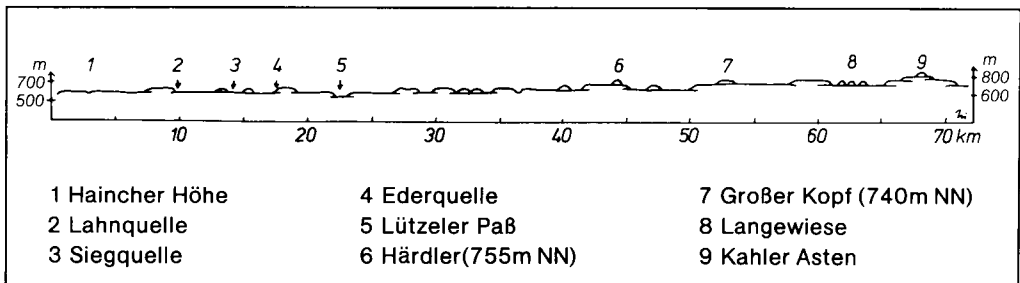
Bei diesen höheren Altflächen kann man das buchtförmige Eingreifen in das rückwärtige Relief nicht in der oben beschriebenen Weise erkennen. Hingegen dominiert der Wasserscheiden-Charakter, der bei den tieferen Flächen nur im Randbereich des Gebirges vorliegt.

Das Zentrum dieser höheren Flächensysteme ist der Rothaar-Kamm von der Haincher Höhe im Süden bis zum Kahler Asten im Nordosten (vgl. Abb. 3). Besonders weite Verbreitung haben die beiden Flächen in 600 und 650 m NN im Einzugsgebiet der oberen Eder und Lahn, etwa bis zur Linie Laasphe-Elsoff-Hallenberg. Sie sind auch meist großflächiger erhalten geblieben. Weniger gut erhalten, aber räumlich enger beieinander liegend, bilden die Flächen in 700/720 und 750 m NN das Dach des Rothargebirges – auch als Winterberger Hochfläche bekannt –, nur an wenigen Stellen überragt von dürtig erhaltenen Resten höherer Flächen: Ziegenhelle 815 m NN, Kahler Asten 841 m NN, Langenberg 843 m NN.

Im rheinnahen Bereich des Rheinischen Schiefergebirges ist zwischen die Altflächen und die Talterrassen noch eine eigenständige Reliefgeneration zwischengeschaltet, die eine erste Ur-Talanlage erkennen läßt, die nach Westen bzw. zum Rhein hin entwässerte. Sie wird in älteren Arbeiten auch als „Trogfläche“ bezeichnet und gehört etwa dem Pliozän an. Im Bergischen Land hat diese Reliefgeneration außerordentlich große Verbreitung, sie reicht auch entlang des Siegtales bis in die Gegend von Betzdorf, aber im vorliegenden Untersuchungsgebiet fehlt sie völlig. Die alten Talböden scheinen sich nur im unmittelbaren Einflußbereich der großen Ströme gebildet zu haben. Es wäre daher aufschlußreich zu wissen, ob auch an der Ostseite des Rheinischen Schiefergebirges, zur Weser hin, eine ähnliche Reliefgeneration auftritt. Diesbezügliche Untersuchungen sind aber noch nicht durchgeführt worden.

### 3.4 Die quartären Flußterrassen

Viele Geländeuntersuchungen haben in den



**Abb. 3: Altflächen-Profil entlang der Rothaar-Kammlinie**

Die höheren Altflächen tragen eine sehr alte Wasserscheide (Rhein/Weser). Ihre Datierung wird dadurch erschwert, daß Flächenrelikte in vergleichbarer Höhenlage im Rheinischen Schiefergebirge entweder fehlen oder aber zu weit entfernt liegen, um eine Korrelation zu wagen (Hocheifel, Hochtaunus, Hunsrück). Auf jeden Fall sind die Flächen oberhalb 600 m NN erheblich älter als die darunter liegenden. Einige Merkmale belegen dies; sie werden unten noch zusammengestellt.

### 3.3 Alte Talböden über den quartären Terrassen

letzten Jahren bestätigt, daß das Terrassenspektrum der Flüsse vom Unterlauf (wo es vollständig ausgeprägt ist) zum Oberlauf hin spärlicher wird, bis schließlich nur wenige Terrassenrelikte das Bild allein bestimmen (meist Hauptterrassen oder lokale Mittelterrassenbildungen, vgl. NICKÉ 1983 b). Das Rothargebirge mit seinem Umland liegt weit von den großen Vorflutern Rhein und Weser entfernt, und infolgedessen haben seine Flüsse nur ein spärliches Terrassenspektrum. Vor allem an Sieg, Lahn und Eder finden sich hier und dort einige Hauptterrassen-Relikte in etwa 30 bis 50 m



über dem Talboden. Die größten sind die der Eder zwischen Hatzfeld und Battenberg. Sie belegen einen zur Zeit der Hauptterrassen wesentlich geradlinigeren Abfluß, da sie die heutigen Mäanderschlingen noch nicht vorwegnehmen. Es findet sich also ein Bild, wie es auch aus anderen Mittelgebirgstälern bekannt ist.

Aufschlußreicher wird das Terrassenbild erst weiter talabwärts, an der Sieg unterhalb Eiserfeld, an der Eder unterhalb Battenberg und an der Lahn unterhalb Biedenkopf, also außerhalb des Untersuchungsgebietes. Inwiefern die von Rhein und Weser gesteuerte Terrassengeneese der sauerländischen Flüsse Parallelen aufweist, ist bis heute nicht ermittelt worden.

### 3.5 Die rezente Formung

Die rezenten Formungsvorgänge sind aufgrund der großen Reliefenergie des Sauerlandes sehr ergiebig, aber fast ausschließlich auf die Talräume begrenzt, hier vor allem auf die Talränder und die Flußufer. An den Talhängen greifen kleinere Nebenbäche oft mit tiefen Schluchten in die Hangbereiche ein – mit den bergischen Siefen durchaus vergleichbar – und verlegen ihre Bachkerben meist rasch hangaufwärts. Flächenhafte Abtragung scheint dagegen aufgrund der dominierenden Bewaldung nicht in erkennbarem Umfang stattzufinden, abgesehen von gelegentlichen Schäden durch Bodenerosion auf Ackerland und Kahlschlagflächen, wie sie auch andernorts zu finden sind.

## 4. Probleme der Morphogenese

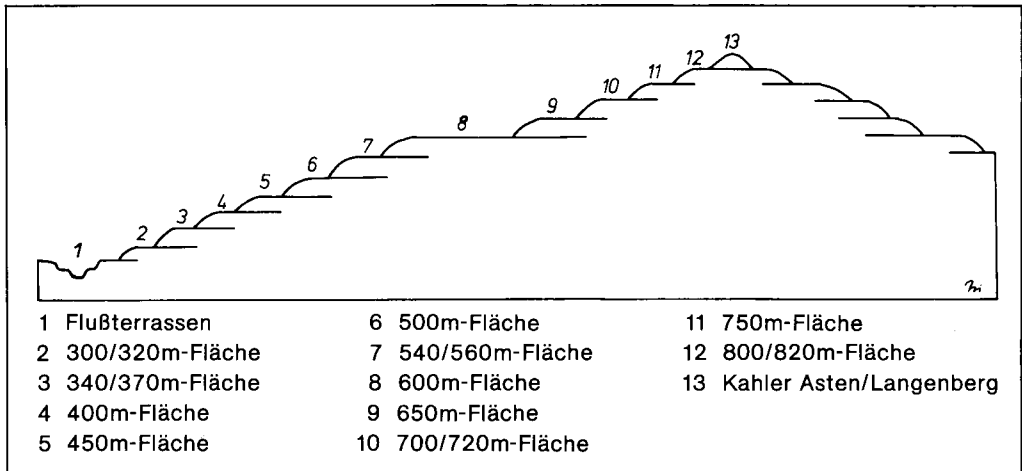
Die oben vorgestellte Reliefanalyse ist in sich zwar eindeutig, aber es treten Besonderheiten auf, die zu kontroversen Deutungen führen. Sie sollen hier schwerpunktmäßig angesprochen werden. Es muß das Ziel weiterer Forschungsarbeit sein, in die im folgenden aufgeworfenen Probleme mehr Klarheit zu bringen als dies zur Zeit möglich ist.

### 4.1 Das Problem der Höhenkonstanz

Einer der vordergründigen Streitpunkte unter Mittelgebirgsmorphologen ist das Problem der Höhenkonstanz von Altflächen. Es ist in der Tat schwer einsehbar, daß

ein Flächenstockwerk über weite Entfernungen hinweg überhaupt kein Gefälle haben soll, jedoch zwingen die über weite Gebiete reichenden Geländeuntersuchungen diese Erkenntnis unweigerlich auf (NICKE 1983 a, b; 1984, 1985). Auch frühere Arbeiten (z. B. MÜLLER-MINY 1931) weisen auf die Höhenkonstanz hin. Ein genetisches Konzept für diese Erscheinung läßt sich ebenfalls wiederum nur auf überregionaler Ebene suchen. Hier hat vor allem BIRKENHAUER, auf seine zahlreichen Untersuchungen gestützt, ein Flächenbildungsmodell konstruiert, das zur Zeit lebhaft diskutiert wird und zu der im nordostrheinischen Schiefergebirge vorliegenden Situation auffallend paßt. Im Gegensatz zu der früher von ihm selbst vertretenen Auffassung (BIRKENHAUER 1972, 1973, 1974), daß eine En-bloc-Hebung des gesamten Massivs stattgefunden haben müsse, eine Ansicht, die auch der Verfasser bis in jüngste Zeit vertrat (NICKE 1985), vermutet BIRKENHAUER nun aufgrund weltweiter Vergleiche ein unabhängig vom klimatischen und tektonischen Geschehen wiederholtes Ansteigen des Meeresspiegels um erhebliche Beträge und eine damit erklärbare Flächenbildung in Küstennähe. Mit dieser Annahme läßt sich die Höhenkonstanz sehr treffend erklären. Die Vermutungen des Verfassers (NICKE 1985), daß die Höhenkonstanz nur durch küstennahe Flächenbildung erklärt werden könne, wird damit gestützt; es müssen aber erhebliche Abstriche an den bisher für unvermeidlich gehaltenen klimamorphologischen Erklärungen gemacht werden. Altflächen müssen nämlich, wenn sie sogenannte „Thalassoplains“ im Sinne von BIRKENHAUER (1987) sind, nicht zwangsläufig im tropid-wechselfeuchten Klima entstanden sein, und die zahlreichen Flächenbuchten, die zum Teil weit in das Gebirge hineinreichen, können nicht mehr als Dreiecksbuchten im Sinne von BUDEL (1957) gedeutet werden, sondern erklären sich nun viel einfacher als große Mündungstrichter oder ähnliche Formvarianten großer Küstentiefländer.

Es fehlt für diese Annahmen nicht an Belegen. Meerestransgressionen sind mehrfach im Bereich des Rheinischen Schiefergebirges nachweisbar, teilweise bis weit in das Massiv hinein (Eifel und Westerwald), wo-



**Abb. 4: Altflächen-Schema des Rothaargebirges**

bei sich zwei zeitliche Höhepunkte herauskristallisieren, die in der Kreidezeit und im Oligozän liegen. Ihre schlagkräftigsten Beweise sind die überall, vor allem in Gebirgsrandnähe auftretenden tertiären Sedimente (Brilon, Hessische Senke, Kölner Bucht/ Bergischer Höhenrand) sowie die ebenfalls regelhaft den Gebirgsrand säumenden kreta-zischen Ablagerungen (besonders deutlich am Nordrand des Sauerlandes).

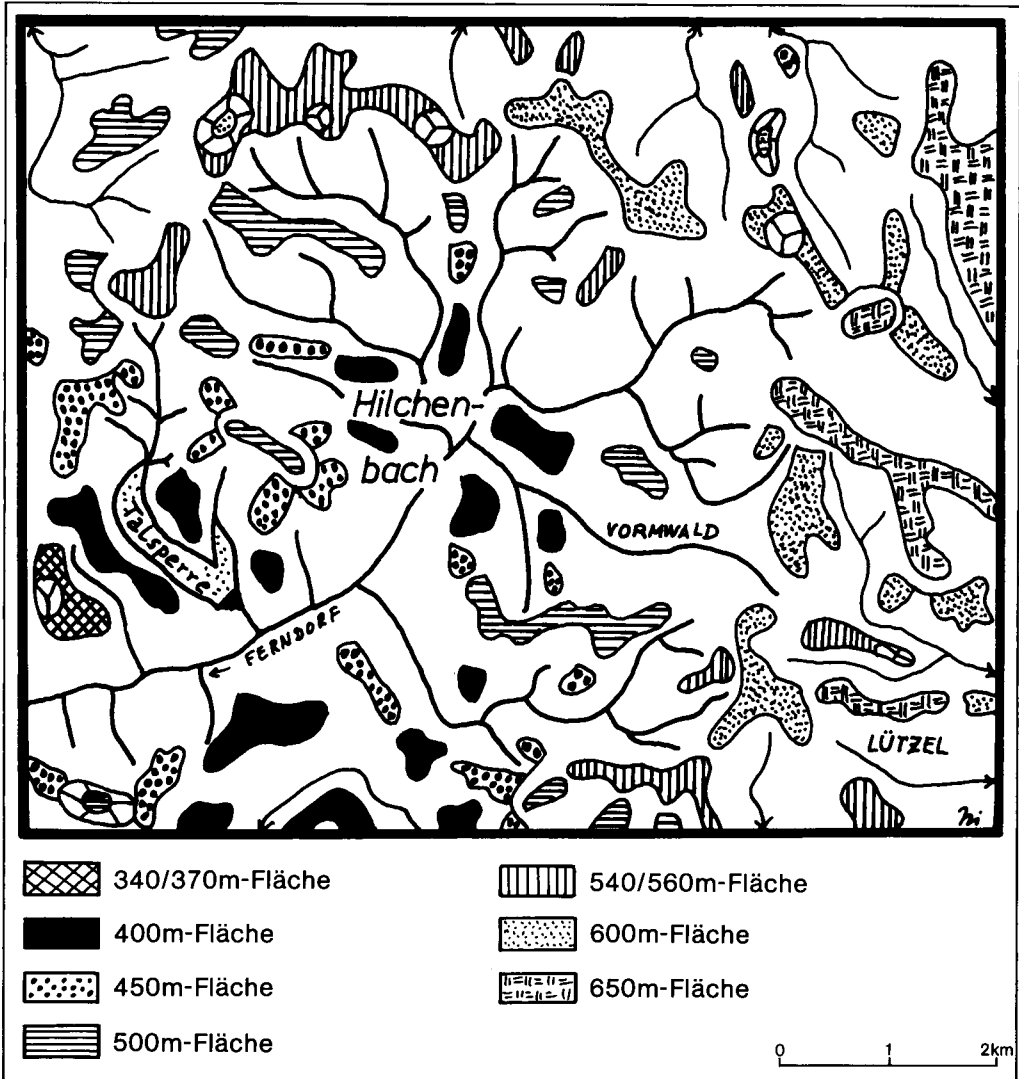
Es kommen für die Bildung der sauerländischen Altflächen also generell zwei Zeiträume in Betracht: Kreide und Tertiär. Es wäre unlogisch, für die mit auffälliger Regelmäßigkeit sich wiederholenden (ja, fast gleichbleibenden) Höhendifferenzen zwischen den einzelnen Flächenstockwerken ein kompliziertes und differenziertes tektonisches Geschehen verantwortlich zu machen. Zur Verdeutlichung sei die Definition der Thalassoplains von BIRKENHAUER (1987, S. 24f) wörtlich zitiert: „Thalassoplains sind solche (durchaus rumpflächenähnlichen) geomorphologischen strukturunabhängigen Formen, die einem kombinierten Ursachengefüge ihre Entstehung verdanken. Dieses Ursachengefüge kann durch folgende Aufzählung charakterisiert werden: aktives Vorrücken des Meeres – Entwicklung von seichten Küsten und Überschwemmungsebenen – starke Gefällsverminderung – häufiges Verlagern und Mäandrieren der Flüsse mit Lagunen, Ausbreiten von Sanden

und Konglomeraten – Einebnung der vorweg tief verwitterten Gesteine in das Niveau der Erosionsbasis hinein mit Entstehen weiter Ausräumungslandschaften – in diesem ganzen Verflachungsbereich ständig hoher Grundwasserstau mit Silifizierung bzw. Laterisierung und Kaolinisierung im Staubereich. Sie sind vom Klima nicht gesteuert, wohl aber klimaunterstützt.“

Zusammenfassend sei festgehalten, daß die sauerländische Flächentreppe, vom Rothaargebirge ausgehend, nach allen Richtungen symmetrisch absteigt (Abb. 4), und zwar in einer Weise, die auffallend an die zitierte „Thalassoplain“-Theorie erinnert.

#### 4.2 Tonmineralanalysen

Die angedeutete Zweiphasigkeit der Flächenbildung wird in auffälliger Weise durch den Befund der Tonmineralanalysen unterstützt. So hat sich gezeigt (NICKE 1985), daß oberhalb von 600 m NN ein sprunghafter Anstieg des Kaolinitts stattfindet, während unterhalb von 600 m NN Kaolinit nur in Spuren am Tonmineralbestand beteiligt ist. Die bereits bei der Reliefanalyse gemachte Feststellung, daß sich hinsichtlich Morphologie und räumlicher Verbreitung bei 600 m NN eine Grenze dokumentiert, wird hierdurch ergänzt. Geht man nun davon aus, daß das Vorhandensein von Kaolinit die Bildung in einem tropoiden Klima



**Abb. 5: Hilchenbacher Becken**

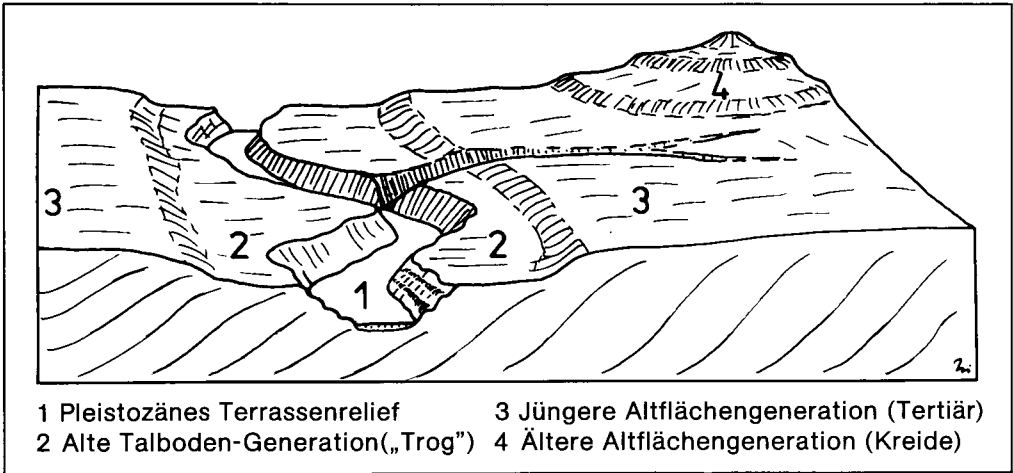
(aus: NICKE 1985)

belegt (BIRKENHAUER 1983), so muß man die sauerländischen Flächen oberhalb von 600 m NN als kretazisch ansehen, während die tieferen Flächen als entsprechend jünger einzustufen sind. Die Abnahme des Kaolinitis mit der Höhe vollzieht den allmählichen Rückgang des Tropenklimas nach.

#### 4.3 Korrelierungsversuche

Wenn eine Korrelierung sicher sein soll, müssen zeitlich genau fixierbare Ereignisse herangezogen werden können. Eine solche Zeitmarke ist im südlichen Nachbargebiet

in Form des westerwäldischen Basaltes gegeben. Die Schwachstelle dieser Korrelierung liegt darin, daß man zum einen über das Alter dieses Basaltes immer noch keine letzte Klärung hat (wohl da es sich um verschiedene Entstehungsphasen handelt, was die Datierung erschwert) und zum anderen nicht weiß, inwiefern man Sauerland und Westerwald vergleichen darf, zumal beide durch eine sehr alte Talanlage (Sieg) voneinander getrennt werden. Dennoch kann man den Westerwald-Basalt ergänzend mit berücksichtigen. Er tritt in ge-



**Abb. 6: Das Rothaargebirge als Reliefgeneration  
 innerhalb des Rheinischen Schiefergebirges**

(nach GELLERT 1958, Abb. 41)

schlossener Verbreitung nur in Höhen über 450/500 m NN auf, einzelne, punktuelle Vorkommen liegen tiefer. Die von ihm verdeckten, präbasaltischen Flächen werden als prämiozän (eventuell auch präoligozän) angesehen. Vorausgesetzt, man kann diese Flächen mit denen nördlich der Sieg korrelieren, so erhält man eine zusätzliche Datierungshilfe, die durch Tonmineralanalysen gewonnenen Befunde insofern unterstützt, als sie den höheren Flächen mindestens alttertiäres Alter zuschreibt.

## 5. Ergebnis

### 5.1 Datierungsprobleme

Für das sauerländische Altflächenrelief kristallisiert sich immer deutlicher eine zweiphasige Entwicklung heraus. So muß man davon ausgehen, daß die höheren Altflächen (600 bis 840 m NN) in die Zeit der Kreidetransgression zu datieren sind. Die tieferen Flächen (300 bis 600 m NN) gehören dem Tertiär an, wobei vermutlich nur das Alttertiär (bis Miozän?) in Frage kommt. Eine allzudetaillierte Zuordnung muß solange unterbleiben, bis überregionale Vergleiche stattgefunden haben. Gerade hier fehlen aber noch neuere Ergebnisse. FUCHS et al. (1983) klammern leider das nordostrheinische Schiefergebirge weitgehend aus.

### 5.2 Die Reliefgenerationen

#### 5.2.1 Die Altflächen

Die Altflächen zerfallen in die beiden Gruppen „Ältere Altflächen“ oberhalb 600 m NN (vor allem die Rothaar selbst) und „Jüngere Altflächen“ unterhalb 600 m NN (das Umland der Rothaarkuppel). Das jüngere Altflächenrelief ragt entlang der Talräume buchtörmig in das ältere Altflächenrelief hinein. Sehr anschaulich ist dies im Falle des Hilchenbacher Beckens erkennbar (vgl. Abb. 5).

#### 5.2.2 Die alten Talböden (Pliozän)

Diese Generation fehlt im Sauerland ganz, da sie unmittelbar an die Nähe der großen Vorfluter (z. B. Rhein) gebunden ist und ein auf diese unmittelbar ausgerichtetes Talnetz dokumentiert (im Bergischen Land mit einer Ost-West-Richtung). Die alten Talböden reichen im Oberbergischen Land bis an die Grenze zum Sauerland (Rhein-Ruhr-Wasserscheide).

#### 5.2.3 Die quartären Flußterrassen

Terrassen kommen im Sauerland nur in der für die Oberläufe typischen Ausprägung vor: Das Terrassenspektrum besteht lediglich aus den ältesten Formen (Hauptterrassen), da die Bildung der Mittel- und Nieder-

terrassen den Oberlauf nicht erreicht hat und sich im Mittellauf verliert. Die Lage der Terrassen an Eder und Lahn ist zu isoliert, um sie definitiv zuordnen zu können.

### 5.2.4 Die rezente Formung

Rezente Formungsvorgänge entsprechen denen anderer Mittelgebirge durchaus und halten sich in dem üblichen Rahmen. Sie spielen sich vor allem in den Talräumen ab, und zwar an den Hängen (beginnende Kerbtälchenbildung) und im Flußbereich (Abb. 6).

### Literatur

- Birkenhauer, J.** (1970): Der Klimagang im Rheinischen Schiefergebirge und in seinem näheren und weiteren Umland zwischen dem Mitteltertiär und dem Beginn des Pleistozäns. In: *Erdkunde*, 24, S. 268 ff
- Ders.** (1972): Modelle der Rumpfflächenbildung und die Frage ihrer Übertragbarkeit auf die deutschen Mittelgebirge am Beispiel des Rheinischen Schiefergebirges. – *Zs. Geomorph. N. F., Suppl. Bd. 14*
- Ders.** (1973 a): Die Entwicklung des Talsystems und des Stockwerkbaus im zentralen Rheinischen Schiefergebirge zwischen dem Mitteltertiär und dem Altpleistozän. – *Arb. z. Rhein. Landeskde.*, 34
- Ders.** (1973 b): Zur Chronologie, Genese und Tektonik der plio- und pleistozänen Terrassen am Mittelrhein und seinen Nebenflüssen. – *Zs. Geomorph. N. F.*, Bd. 17
- Ders.** (1974): Zur Frage jungtertiärer Formenelemente. – *Zs. Geomorph. N. F.*, Bd. 18
- Ders.** (1983): Tal- und Höhenrelief der deutschen Mittelgebirge. In: *Geogr. Rundschau*, 35 (1), S. 27–34. Braunschweig
- Ders.** (1987): Höhere, im marinen Niveau entstandene Verflachungen in Europa und in Südafrika. – In: *Göttinger Geogr. Abh.*, 84, S. 19–29. Göttingen
- Büdel, J.** (1957): Die Flächenbildung in den feuchten Tropen und die Rolle fossiler solcher Flächen in anderen Klimazonen. In: **Rathjens, C.** (1971): *Klimatische Geomorphologie*, S. 324–374. Darmstadt
- Davis, W. M.** (1899): The Geographical Cycle. In: *Geogr. Jb.* 14, S. 481–504
- Fuchs, K. et al.** (1983): *Plateau Uplift. The Rhenish Shield – A Case History*. Berlin-Heidelberg-New York-Tokyo
- Gellert, J. F.** (1927): Zur Großmorphologie des östlichen Rhein. Gebirges. In: *Zs. Geomorph.*, 3, S. 77–89
- Ders.** (1958): *Grundzüge der Physischen Geographie von Deutschland 1 (Geologische Struktur und Oberflächengestaltung)*. Berlin
- Goebel, F.** (1926): Die Überreste der alttertiären Rumpffläche zwischen Ruhr und Sieg. In: „*Glückauf*“, 62, (21), S. 665–668. Essen
- Hartnack, W.** (1932): *Morphogenese des nordostrheinischen Schiefergebirges (Sauerland, Siegerland, Waldeck, Westerwald)*. Ein Beitrag zur Morphologie deutscher Mittelgebirge. Greifswald
- Hempel, L.** (1962): Das Großrelief am Südrand der Westfälischen Bucht und im Nordsauerland. In: *Spieker*, 12, S. 1–44. Münster
- Hövermann, J.** (1949): *Morphologische Untersuchungen im Mittelharz*. – *Göttinger Geogr. Abh.*, 2
- Kockel, C. W.** (1926) *Zur Piedmonttreppe im Rheinischen Schiefergebirge*. In: *Cbl. Min. Geol. u. Pal.*, Abt. B, S. 289–297. Stuttgart
- Koerber, H.** (1956): *Morphologie von Waldeck und Ost-sauerland*. – *Würzburger Geogr. Arb.*, 10
- Müller-Miny, H.** (1931): *Morphologische Beobachtungen im Bergischen und Sauerland*. In: *Pet. Mitt.*, 9/10, S. 228–233. Gotha
- Neumann, G. K. L.** (1935): *Zur Unabhängigkeit der Hochflächen des Rheinischen Schiefergebirges von der präpermischen Landoberfläche*. In: *Cbl. Min. Geol. u. Pal.*, Abt. B (12), S. 483–493. Stuttgart
- Nicke, H.** (1983 a): *Fluß- und Talgeschichte im Einzugsgebiet der Wupper (Oberbergisches Land/Siegerland)*. In: *Decheniana*, 136, S. 71–84. Bonn
- Ders.** (1983 b): *Reliefgenese des südlichen Bergischen Landes zwischen Wupper und Sieg*. – *Köln. Geogr. Arb.*, 43
- Ders.** (1984): *Nutscheid – Giebelwald – Ebbegebirge. Ein reliefgenetischer Vergleich dreier Altflächenkuppeln im Rheinischen Schiefergebirge*. In: *Decheniana*, 137, S. 234–250. Bonn
- Ders.** (1985): *Die Altflächen des Rothaargebirges und seines südlichen Umlandes (Rechtsrheinisches Schiefergebirge)*. In: *Decheniana*, 138, S. 243–267. Bonn
- Oestreich, K.** (1927): *Die Entwicklung unserer Kenntnis von der Formenwelt des Rheinischen Schiefergebirges*. In: *Zs. Geomorph.*, II, S. 135–159. Leipzig
- Penck, W.** (1924): *Die Morphologische Analyse*. Stuttgart
- Semmel, A.** (1972): *Geomorphologie der Bundesrepublik Deutschland*. – *Erdkundl. Wissen*, 30. Wiesbaden
- Stickel, R.** (1927): *Zur Morphologie der Hochfläche des linksrheinischen Schiefergebirges und angrenzender Gebiete*. – *Beitr. z. Landeskde. d. Rheinl.*, 5. Leipzig
- Wenzel, H.** (1930): *Der Ostrand des Rheinischen Schiefergebirges*. In: *Festschr. f. A. PHILIPPSON*, S. 81–97. Leipzig



# Waldentwicklung im südwestfälischen Bergland

von Richard Pott und Gerfried Caspers, Hannover

## 1. Einführung

Das heutige Bild des Waldes ist das Ergebnis einer langen Entwicklungsgeschichte im Zusammenspiel von Klima, Boden und Mensch. Eine natürliche, vom Menschen unbeeinflusste Pflanzendecke gibt es bei uns in den Mittelgebirgen nicht, wenn man von steilen, unzugänglichen Felshängen oder kleineren Quell- und Waldmooren absieht. Die nacheiszeitliche Entwicklung des Waldes ist also unabdingbar mit den Eingriffen des Menschen verknüpft. Anthropogene Faktoren in Form unregelmäßiger Waldnutzungen bzw. planmäßiger Wald- und Forstwirtschaft bewirken somit auch in erster Linie die aktuelle Zusammensetzung der Pflanzengemeinschaften und ihrer Ersatzvegetation; erst an zweiter Stelle macht sich heute der Einfluß natürlicher Umweltfaktoren bemerkbar.

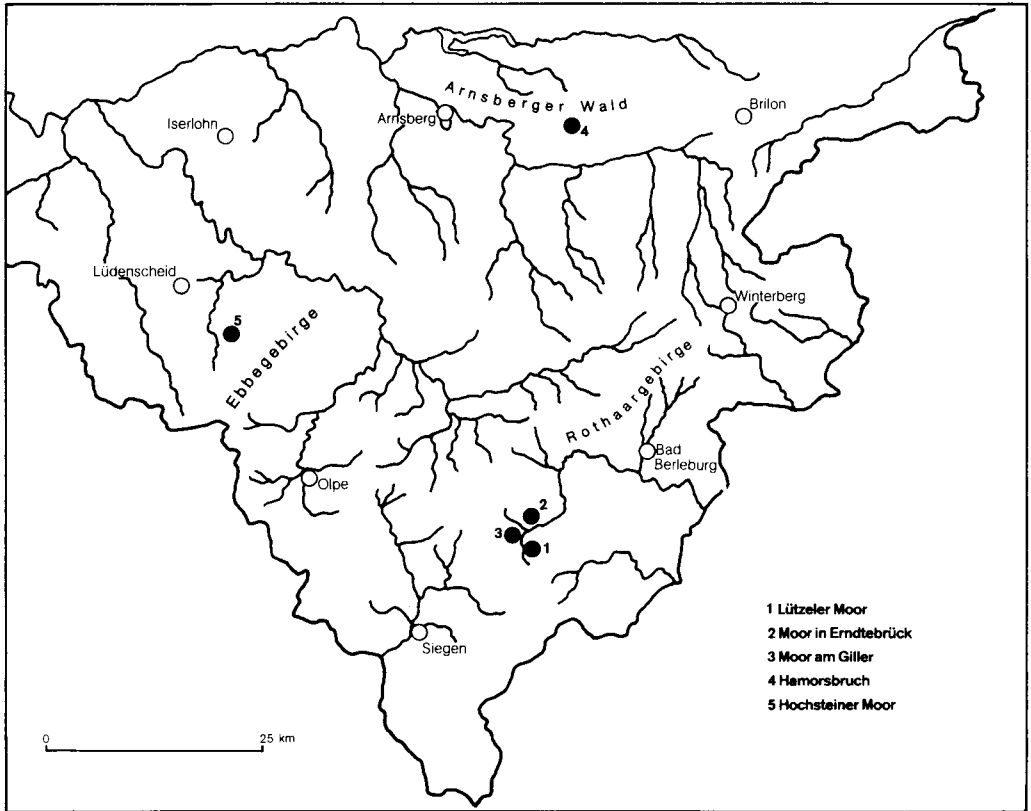
Die wechselvollen Veränderungen des Waldgebietes Südwestfalens von der Vergangenheit bis in die heutige Zeit hinein sollen hier vorgestellt werden. Dabei können zahlreiche paläogeographische und paläobotanische Befunde der letzten Jahre und Jahrzehnte den Werdegang des gegenwärtigen Vegetations- und Landschaftsbildes erhellen. Für die Rekonstruktion der Vegetationsverhältnisse, die Aufdeckung von Entwicklungsvorgängen der Waldentstehung sowie absolute Altersbestimmungen ist vor allem die Pollenanalyse in Verbindung mit  $^{14}\text{C}$ -Radiocarbonatierungen eine erfolgreiche Untersuchungsmethode. Geeignete Objekte für pollenanalytische Untersuchungen sind im allgemeinen organogene Sedimente in Form von Nieder- und Hochmooren, die im südwestfälischen Berg-

land allerdings recht selten und nur lokal von größerer Bedeutung sind.

Es liegen auch einige ältere Arbeiten von BUDE (1926, 1928, 1929, 1938), v. RÜDEN (1952) sowie REHAGEN (1970) vor, die jedoch infolge weiter Probenabstände und fehlender absoluter Altersbestimmungen für konkrete waldgeschichtliche Aussagen nur begrenzt zu verwenden sind. Kontinuierliche Torfprofile mit Radiocarbonatierungen auffälliger pollenfloristischer Horizonte existieren heute nur aus dem Rothaargebirge (POTT 1985a, 1985b); diese geben aber erste Synchronisationsmöglichkeiten für neuere pollenanalytische Untersuchungen in Nachbargebieten (CASPER 1986; HACHMANN 1986; vgl. Abb. 1).

## 2. Der Zustand der Landschaft während und nach der letzten Eiszeit

Erst vor etwa 10000 Jahren ging in Mitteleuropa die letzte Binnenlandvereisung zu Ende, die weite Landstriche Europas vergletscherte und in Kältesteppen mit Tundravegetation verwandelt hatte. So herrschte während der Zeit des letzten Eishochstandes, etwa zwischen 18000 und 10000 v. Chr., im eisfreien Gebiet der westfälischen Mittelgebirge eine kaltkontinentale, arktisch geprägte Tundra, die durch ausgesprochen waldlose Glazialflora gekennzeichnet war. Paläobotanisch auswertbare Ablagerungen dieser hoch- bis spätglazialen Phasen sind aus dem Süderbergland bis heute nicht gefunden worden; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die höchsten Höhen des südwestfälischen Berglandes im Astengebirge während der Glazialzeiten lokal vergletschert waren (HEMPEL 1983). Charakteristische Oberflächenformen fragmen-



**Abb. 1: Lage der pollenanalytisch untersuchten Moore im südwestfälischen Bergland.**

Das Moor Hamorsbruch im Arnberger Wald wurde von CASPERS (1986), das Hochsteiner Moor im Ebbegebirge von HACHMANN (1986) und die Moore von Lützel, Erndtebrück bzw. Giller im Rothaargebirge wurden von POTT (1985a) bearbeitet.

tarischer Firnfelder, karähnliche Strukturen um den Kahlen Asten (841 m) wie auch auf der Ostseite des Langenberges (843 m) lassen für den höchsten Bereich des Berglandes eine solche Genese vermuten. Die endgültige pedologische und paläobotanische Klärung dieser Frage steht aber noch aus.

In den baumlosen Tundren und Hochstaudenfluren der Permafrostböden des ausgehenden Glazials waren arktisch-alpine Geoelemente im Gebiet des Süderberglandes verbreitet. Sie verleihen noch heute dieser Region einen besonderen pflanzengeographischen Charakter (vgl. auch BUDDE u. BROCKHAUS 1954; RUNGE 1979, 1985). Vereinzelt vorkommende arktisch-alpine Reliktpflanzen sind dafür anschauliche Beispiele: In den kaltstenothermen Quellbezirken der Alme (Nordsauerland) wächst die

präalpine *Cochlearia pyrenaica*; am Ramsbecker Wasserfall beispielsweise findet sich das einzige Vorkommen der gelbblühenden *Viola biflora* (amphiarktisch-alpin) auf ihrem wohl nördlichsten Vorposten des alpinen Gebirgsareals. In den Felsen der Bruchhauser Steine hat die arktisch-alpine *Arabis alpina* ihren einzigen Fundort Westfalens. Hochheiden des Kahlen Astens und Neuen Hagens sind vereinzelt durch den subarktisch-alpinen Alpenbärlapp (*Lycopodium alpinum*) ausgezeichnet. Zu den arktisch-alpinen oder präalpinen Elementen gehören weiterhin *Cicerbita alpina*, *Adenostyles alliariae* und *Petasites albus*, die im Astengebirge oftmals zusammen mit *Ranunculus plataniifolius* hochmontane, bachbegleitende Staudenfluren vom Typ des *Adenostylo-Cicerbitetum* aufbauen.

Die Vorkommen all dieser arktisch-alpinen



Geoelemente sind Relikte ehemals ausgedehnter glazialzeitlicher oder postglazialer Areale. Daß sie sich als Wanderrelikte neuerdings progressiv auf günstige Lokalstandorte ausgebreitet haben, ist für einige Arten sehr wahrscheinlich (*Aconitum*, *Cicerbita*, *Lycopodium*); *Viola biflora* und *Arabis alpina* haben sich aber sicherlich am Reliktstandort seit der Eiszeit gehalten.

### 3. Faktoren für die Waldfolgen der Nacheiszeit

Im Zuge spät- und nacheiszeitlicher Klimabesserungen drangen die verschiedenen Laub- und Nadelgehölze aus ihren Refugialgebieten wieder zu uns. Sie kamen gestaffelt in ganz bestimmter Reihenfolge, durch säkulare Klimawandlungen gesteuert, von der ersten bis zur letzten eingewanderten Art über einen Zeitraum von etwa 9000 Jahren. Als ursächliche Faktoren der Waldzeitenfolgen mit der unterschiedlich schnellen Einwanderung und Ausbreitung einzelner Gehölzarten kommen dabei in Frage (vgl. auch POTT 1989):

- die verschiedenen Wärmeansprüche einzelner Arten, denn zuerst konnten beispielsweise nur besonders kälteverträgliche Elemente Fuß fassen;
- die verschieden weit entfernten Refugien (wärmeliebende Arten und sonst die meisten unserer Laubholzgattungen überdauerten die Eiszeiten im südlichen Mittelmeerraum, andere weiter nördlich);
- die verschiedenen Ausbreitungsmöglichkeiten der Arten hinsichtlich ihrer Samen und Früchte, wobei anemochore Pflanzen im Vorteil sind; für den Weg der Buche nach Norden muß man nach heutigem Wissen eine Verbreitung durch Wind und Tiere annehmen;
- die sukzessionsbiologischen Prozesse der Bodenreifung sowie der Besiedlung mit Pionierarten, wobei die ersten Waldarten noch heute als Pionierholzarten in Erscheinung treten;
- die verschiedenartigen Fruktifikationsverhältnisse der Gehölze. Birken erreichen ihr Fruchtbarkeitsalter z. B. relativ früh mit 10 Jahren (STRAKA 1975), die Buchen dagegen mit etwa 40 Jahren wesent-

lich später und zeigen im Schnitt nur alle 6–7 Jahre eine Mast; *Fagus sylvatica* benötigt etwa 10–20 Samengenerationen, um Mitteleuropa von Süden nach Nordwesten zu durchwandern;

- die verschiedenen Konkurrenzfaktoren (z. B. phylogene Konkurrenz) oder Überlagerungen natürlicher Entwicklungsvorgänge mit umgestaltenden Einflüssen des Menschen (Auswahl von Siedlungsplätzen prähistorischer Menschen fast nur auf buchenfähigen Standorten; *Fagus sylvatica* hat in Nordwestdeutschland niemals ihr potentiell Areal besiedeln können, vgl. van ZEIST 1959, 1981, BURRICHTER 1976, POTT 1985b);

Prähistorische Einflußnahmen des Menschen trafen demnach keinen statischen Vegetationszustand, sondern ein dynamisches Geschehen. Seit dem jüngeren Atlantikum kann von einer flächendeckenden natürlichen Vegetation also nicht mehr die Rede sein.

#### 3.1 Chronozonale Einordnungen spätglazialer Waldentwicklungsphasen

Von den Bäumen leiteten vor rund 12000 Jahren zunächst allein die Birken in lockeren Beständen die Wiederbewaldung ein; kurz darauf folgten Kiefern nach und bildeten zusammen mit den Birken zwischen 10500 und 10000 v. Chr. eine Parktundra aus, bei der vor allem Gräser, Sauergräser, Heidekrautarten sowie Moose und Flechten den Boden bedeckten (vgl. FRENZEL 1959, STRAKA 1975). Klimabedingte, wechselhafte Phasen der Birken- und Kiefernausbreitung folgten während des Alleröds (10000–8800 v. Chr.) und des anschließenden Jüngeren Subarktikums (8800–8100 v. Chr.), deren Pollenniederschlag für die nördlich angrenzenden Gebiete der Hellwegbörden neuerdings untersucht und datiert werden konnte (BURRICHTER u. POTT 1987). Im südwestfälischen Bergland gibt es für diesen Zeitabschnitt des Spätglazials bislang noch keine auswertbaren Funde; die Vegetationsverhältnisse dürften aber den benachbarten Mittelgebirgen ähnlich und vergleichbar gewesen sein (vgl. u. a. STEINBERG 1944; FIRBAS 1949, 1952; BEUG 1957; TRAUTMANN 1957, 1962; STRAKA 1960; STECKHAN 1961; STALLING 1983, 1987). So darf man mit geringfügigen

Änderungen im Vegetationsbild und im zeitlichen Entwicklungsablauf von Gehölzfolgen der Mittelgebirge im Vergleich zu den Tieflandsregionen ausgehen, wie sich ja auch heute noch die höhen- und lageabhängigen Klima- bzw. Vegetationstypen voneinander unterscheiden.

### 3.2 Die holozänen Waldtypen seit dem Präboreal nach den Pollenanalysen

Mit Einsetzen der postglazialen Klimaverbesserung im Präboreal, die zur weiträumigen Ausbreitung wärmebedürftiger Holzarten führte, kam es auch zur Bildung von Versumpfungsmooren, deren Wachstum auch im Süderbergland während der Vorwärmezeit oder später eingesetzt hat. Die Phase des Präboreals von 8100–7000 v. Chr. ist pollenfloristisch durch starke Ausbreitung von Kiefer und Birke unter gleichzeitigem Rückgang der krautigen Vegetation gekennzeichnet, wobei die Kiefern von den Tälern bis in die montane Stufe hinein dominiert haben dürften.

In diese präborealen Kiefern-Birkenwälder dringt mit weiterer Klimabesserung zu Beginn des Boreals (7000–6000 v. Chr.) die Hasel ein. *Corylus avellana* breitete sich besonders im Mittelgebirge aus (vgl. FIRBAS 1949; KRAMM 1980). Mit kontinuierlich ansteigenden Anteilen folgten Eiche (*Quercus spec.*) und Ulme (*Ulmus spec.*), später auch Erle (*Alnus glutinosa*), Esche (*Fraxinus excelsior*) und Linde (*Tilia spec.*).

In den anschließenden 3000 Jahren des Atlantikums entstanden mit der Massenausbreitung von *Ulmus*, *Quercus* und *Tilia* geschlossene Eichenmischwälder. In den Mittelgebirgen blieb aber – im Gegensatz zu den meist erlenreichen Wäldern der versumpften Flachlandsgebiete – *Alnus glutinosa* in ihren Anteilen stark zurück; statt dessen tritt bereits um 3500 v. Chr. die Buche (*Fagus sylvatica*) in Pollendiagrammen montaner Lagen auf (vgl. POTT 1982, 1985a, 1985c) und zeigt von da an eine geschlossene Kurve.

Der sukzessionsbiologisch bedingte Wechsel der Pioniergehölze (*Betula*, *Pinus*, *Corylus*) in den präborealen und borealen Wäldern wandelt sich nun zugunsten eines vergleichsweise stabilen Waldbildes mit Holzartenkombinationen, die nunmehr als Ei-

chenmischwälder aus Esche, Linde, Ulme und Eiche gebildet werden. Lindenreiche Eichenmischwälder mit wahrscheinlich beträchtlichem Anteil von *Corylus avellana* im Unterwuchs bestimmten dabei das Vegetationsbild der Mittelgebirge (s. auch BUDE 1939, BUDE u. BROCKHAUS 1954, KÖNIG 1970, POTT 1985a). Die Buche tritt dabei vorläufig nur mit Einzelpollen in Erscheinung; erst seit etwa 3500 v. Chr. setzt eine geschlossene Buchenkurve ein, wobei *Fagus sylvatica* bei gleichzeitigem Rückgang von Eichenmischwaldelementen im Subboreal stark ansteigt und um 1995±90 v. Chr. bei reduzierter Pollenberechnung (s. POTT 1985a) einen Anteil von 60 bis 85 % der Gesamtbaumpollensumme erreicht. Mit steigender Buchenkurve gehen naturgemäß die Pollenspektren der heliophilen *Corylus avellana* zurück. Ein Vergleich der Pollenanalysen aus den etwa 50 Kilometer voneinander entfernten und in gleicher Meereshöhe gelegenen Mooren des Rothaargebirges (Lützeler Moor, POTT 1985a) und dem Hamorsbruch aus dem Arnberger Wald (CASPER 1986) zeigt ähnliche Waldentwicklungstendenzen während des Atlantikums und Subboreals (Abb. 3, Beil. 1). Auffällig ist dabei die Korrelation zwischen der Ausbreitung der Buche, dem Rückgang von *Tilia*, *Ulmus* und *Quercus* sowie von *Corylus avellana*. Gründe für das Übereinstimmen des gegenläufigen Verhaltens der Pollenspektren dieser Laubgehölze an der Wende des Atlantikums zum Subboreal gegen 3000 v. Chr. dürften sein:

- Die montanen Buchenwälder haben sich langsam, in mehreren Schüben formiert auf Kosten der Eichenmischwälder (s. Abb. 2). Ulmen- und Lindenrückgang erfolgen allmählich über einen langen Zeitraum hinweg, so daß nach Wegfall der Lindenkonkurrenz die Buche dicht schließen und nun allein vorherrschender Waldbaum werden konnte.
- *Fagus sylvatica* drängt dabei als Schattholzart die lichtliebenden Laubgehölze, vor allem die heliophile *Corylus avellana* zurück; Buchen und Linden zeigen als Schattholzarten zudem ähnliche Standortansprüche, so daß nach erster Etablierung von *Fagus* auf besseren Böden die Linden im Konkurrenzkampf auf Dauer unterlegen sind.

- Der Abnahme der Linden- und Ulmenspektren können somit lokale, konkurrenzbedingte Ursachen oder vielleicht auch schädlingsbedingte Rückschläge durch den Pilz *Graphium ulmi* zugrunde liegen, wodurch säkulare Schwankungen von Ulmen- und Lindenwerten vor dem eigentlichen Ulmenfall zu Beginn des Subboreals in anderen Gebieten erklärt werden könnten (SCHÜTRUPMF 1973, POTT 1982, WIERMANN U. SCHULZE 1986, BURRICHTER U. POTT 1987).
- Während der Buchenausbreitung erfolgten aber auch in den Mittelgebirgen erste stärkere Eingriffe spätneolithischer bzw. bronzezeitlicher Menschen; dem Rückgang der Linden- und Ulmenpollenprozentage steht wiederum ein Anstieg der Siedlungszeigerpollenspektren gegenüber, die durch neolithische Landnahmen bedingt sein können (vgl. FAEGRI 1940, TROELS-SMITH 1960, BURRICHTER U. POTT 1983 u. v. a.).

Betrachtet man diese Waldentwicklung, die sich offenbar nicht abrupt, sondern allmählich in einer charakteristischen, sukzessionsbedingten Aufeinanderfolge der Gehölze, aber doch auch bereits unter dem Einfluß des Menschen vollzogen hat, wird man einen natürlichen und gleichzeitig anthropogenen multifaktoriellen Wirkungskomplex annehmen müssen, der sich je nach Landschaft und Standort in unterschiedlicher Intensität ausgewirkt haben mag.

Am Anfang des Subatlantikums, seit etwa 1100 v. Chr., gelangte *Fagus sylvatica* schließlich in den montanen Wäldern zur absoluten Vorherrschaft. Durch ihre edaphischen und klimatischen Wettbewerbsvorteile entfaltete die Buche in den südwestfälischen Mittelgebirgen über standörtliche Differenzen hinweg in allen Höhenstufen bis in die höchsten Berglagen ihre enorme Konkurrenzkraft; dabei sparte sie nur die Auenlagen aus.

#### 4. Die potentielle natürliche Vegetation des Südwestfälischen Berglandes

Im relativ einheitlichen Waldgebirge Südwestfalens treten als potentielle natürliche Waldgesellschaften über Silikatverwitterungsböden devonischer Sand- und Ton-

steine großflächige Buchenwälder vom Typ des *Luzulo-Fagetum* auf. Diese Charaktergesellschaft basenarmer Ranker und Braunerden nimmt vor allem submontane und montane Höhenlagen ein, wobei im wesentlichen strauch- und krautarme Hallenwälder mit ausschließlicher Dominanz der Buche ausgebildet sind.

##### 4.1 Buchenwaldgesellschaften

Diese *Luzulo-Fagetum*-Gesellschaften zeigen höhenlagenabhängige Differenzen, so daß in Tieflagen ausgebildete Silikatbuchenwälder mit hohen *Avenella flexuosa*-Anteilen, typische *Luzulo-Fagetum*-Wälder und Hochlagenausbildungen unterschieden werden können (s. Abb. 5, Beil. 2). In den Tieflagen fehlt *Luzula albida* aus geographischen Gründen, wohingegen sie den typischen Gesellschaftsflügel kennzeichnet; in den Hochlagen des Rothaargebirges wird das *Luzulo-Fagetum* um montane Elemente bereichert; dabei kennzeichnen insbesondere *Polygonatum verticillatum*, *Lycopodium annotinum* und *Blechnum spicant* solche Höhenvarianten (BUDE U. BROCKHAUS 1954; DIEKJOBST 1980; BURRICHTER 1983; POTT 1985a, 1985b).

Im Gegensatz zu den großräumig verbreiteten Silikatgesteinen mit Buchenwäldern des *Luzulo-Fagetum* sind Kalk- und Mergelgesteine, abgesehen von den schmalen Kreidekalkhängen des Haarstranges, nur als devonische Massenkalkinseln ausgebildet. Auf den kalk- und basenreichen Substraten wachsen anspruchsvolle, artenreiche Buchenwälder vom Typ des *Galio odorati-Fagetum* (Waldmeister-Buchenwald). Diese lassen sich, den standortklimatischen Bedingungen und Bodenverhältnissen entsprechend, unter anderem als perlgrasreiche Buchenwälder mit *Melica uniflora*, bärlauchreiche Buchenwälder mit *Allium ursinum* und hexenkrautreiche Wälder mit *Circaea lutetiana* oder waldschwingelreiche Typen mit *Festuca altissima* differenzieren. Sonnenexponierte Hänge, Plateaurand- und Kuppenlagen über Rendzinen werden dabei an geeigneten Hängen von wärmeliebenden Gesellschaftsausprägungen eingenommen (*Galio odorati-Fagetum lathyretosum*, Frühlings-Platterbsen-Buchenwald) bzw. von kleinflächigen, lokalen *Carici-* oder *Seslerio-Fagetum*-Beständen.

#### 4.2 Feucht- und Naßwälder

An den Fließgewässern des südwestfälischen Berglandes treten außerdem noch bachbegleitende Auenwälder auf, in denen Eschen, Erlen und Hainbuchen zusammen mit Ahorn-Anteilen die Gehölzartenkombination ausmachen. Es sind im Silikat-Bergland vor allem Gesellschaften des *Stellario-Alnetum* bzw. Eichen- und Hainbuchenreiche Auenwaldtypen, die mit einer charakteristischen Kombination von *Quercus robur*, *Carpinus betulus* und *Acer pseudoplatanus* in den schmalen Tälern des Berglandes verbreitet sind (TRAUTMANN 1972). In Kalkgebieten ist dagegen der Bach-Eschenwald (*Carici remotae-Fraxinetum*) verbreitet.

Von Erlen und Birken beherrschte Bruchwälder (Erlenbruchwald, *Carici elongatae-Alnetum*; Birkenbruch, *Betuletum pubescentis* und Karpatenbirkenbruch, *Betuletum carpaticae*) kommen auch im Bergland auf organischen Naßböden vor. Dabei bilden die Karpatenbirkenbrüche ökologisch eigenständige Gesellschaften auf montanen Plateau- und Hangvermoorungen. Die Moorbildungen in den Hoch- und Kammlagen der Mittelgebirge sind vielfach anthropogen beeinflusst und nach erfolgter Wadauflichtung zu Beginn des Mittelalters mit neuer Konditionierung natürlicher Faktoren durch den Menschen initiiert.

#### 5. Die Vegetationsentwicklung unter anthropogenem Einfluß

Unter dem jahrhundertelangen Einfluß des Menschen hat sich das Bild der früher recht einförmigen Buchenwälder erheblich gewandelt. Durch Übernutzung wurden die Wälder verwüstet, die Waldstandorte und ihre Böden zum Teil verändert, mit extensiver Land- und Waldwirtschaft sogar bis hin zur völligen Devastierung und Degradation. Später wurden die Flächen wieder aufgeforstet.

Früher diente der Wald nicht nur als Bau- und Brennholzreservoir, sondern wurde auch als Weide für Rinder, Schafe und Ziegen genutzt, lieferte Streu und Laub für die winterliche Stallhaltung und -fütterung des Viehs. Außerdem diente der Wald mancherorts auf ein und derselben Fläche als Stangenholzlieferant zum Meilerbetrieb für lo-

kale Eisenverhüttung sowie als rotationsmäßiger Acker. Dabei lassen sich im Südwestfälischen Bergland schon recht früh landesherrlich angeordnete Wirtschaftsunterschiede feststellen, wobei die östlichen Landesteile bereits sehr früh dem Wald- und Forstbann unterzogen wurden. Eine Grenze, die die südlichen und westlichen Landesteile mit genossenschaftlich betriebener Niederwaldnutzung in Form der Haubergswirtschaft von den Waldbereichen in klösterlichem oder landesherrlichem Besitz trennt, verläuft nach BUDE u. BROCKHAUS (1954) etwa an der Grenze Wittgenstein-Siegerland entlang an Hilchenbach, Brachhausen, Oberhundem und Kirchhundem vorbei und zieht in Richtung Fretter zur Ruhr hin.

#### 5.1 Einflußnahmen des vorgeschichtlichen Menschen

Die landschafts- und vegetationsbestimmende Umwandlung der Buchenwälder durch den Menschen zeigt sich auch pollenanalytisch an Profilen aus kleinen Mooren des Siegerlandes, wo sich unter Zunahme der Rodungs- und Siedlungsaktivitäten vor allem seit der Hallstattzeit (715±105 v. Chr., Moor in Erndtebrück, vgl. POTT 1985a) ein langsamer Wandel von Silikatbuchenwäldern in Eichen-Birken-Niederwälder vollzogen hat. Während der Latènezeit und erst recht bei Einsetzen fränkischer Landnahmephasen 800–900 n. Chr. erhöhte sich der Niederwaldflächenanteil und dürfte seitdem in einigen Regionen landschaftsbestimmend geworden sein.

#### 5.2 Mittelalterliche Rodungen und Waldveränderungen

Nach dem Rückgang der Siedlungen während der Völkerwanderung und dem Ausbleiben siedlungsanzeigender Pollen in den Mooren des Rothaargebirges (POTT 1985a), des Arnsberger Waldes (CASPER 1986) und des Ebbegebirges im westlichen Sauerland (HACHMANN 1986) zeigt sich in den Pollendiagrammen eine Wiederherstellung der Buchenwälder.

Mittelalterliche Landnahmen im 8. Jh. (s. BECKER u. WEBER 1983) mit entsprechendem Landesausbau und Rodungstätigkeiten führten in der Mitte des 9. Jh.s unter gleich-

zeitiger Zunahme der Bevölkerung zu immer neuen Siedlungsphasen, wobei die Siedler in bislang unbesiedelte Waldwildnis oder in Gebiete mit Sekundärwäldern vordrangen und dabei neue Hofstellen begründeten. Zeugen dieser spätkarolingischen-frühottonischen Rodungsphase sind die zahlreichen -inghausen-Orte.

In einer zweiten Phase der hochmittelalterlichen Binnenkolonisation bis zum 13. Jh. (BECKER u. WEBER 1983) wurden immer neue Rodungsinseln geschaffen, die bis in Höhenlagen über 400 m verbreitet waren. Ausschlaggebend bei der Standortwahl solcher mittelalterlichen Siedlungsgründungen war stets eine möglichst geringe Entfernung zum Wasser. So wurden die Gehöfte – an Auen oder an Quellen orientiert – zunächst in den Tallagen angelegt, wobei der feuchte Talgrund der Aue als Futterbasis für die Waldhude und die Grasheugewinnung genutzt wurde und geeignete trockenere Talhänge dem Ackerbau dienten.

Diese mittelalterliche Rodungsperiode und Kulturlandgewinnung, mit Neugründung und Erweiterung von Gehöften und Dörfern durch die wachsende Bevölkerung, einem extensiven Wald- und Landbau, dem steigenden Bedürfnis an Weide- und Ackerflächen, Bau-, Brand- und Kohlholz, leiteten gravierende Veränderungen im Waldbild ein. Die Pollendiagramme Hamorsbruch, Giller und Hochsteiner Moor (s. Abb. 1. u. 4, Beil. 1) zeigen die Auswirkungen sächsisch-fränkischer Landnahmeprozesse nach intensiver Brandrodung. Die Kurve des Adlerfarns (*Pteridium aquilinum*), der bevorzugt nach Brandphasen auftritt, sowie der hohe Eintrag von Holzkohlepartikeln (Abb. 4, Beil. 1) in das Moor, der höchstwahrscheinlich auf Köhlertätigkeiten mit Rennfeuerhütten im Walde zurückzuführen ist, verdeutlichen diese intensiven fränkischen Brandrodungswellen.

Anstelle potentieller natürlicher Buchenwälder erfahren nun die Sekundär- und Ersatzformationen stärkere Ausweitungen und prägen von nun an in beträchtlichem Umfang das Vegetations- und Landschaftsbild. Zahlreiche Vegetationstypen und Pflanzengesellschaften wie Niederwälder, Schlagfluren, Verlichtungs- und Vorwaldgesellschaften sowie ginster- und wachol-

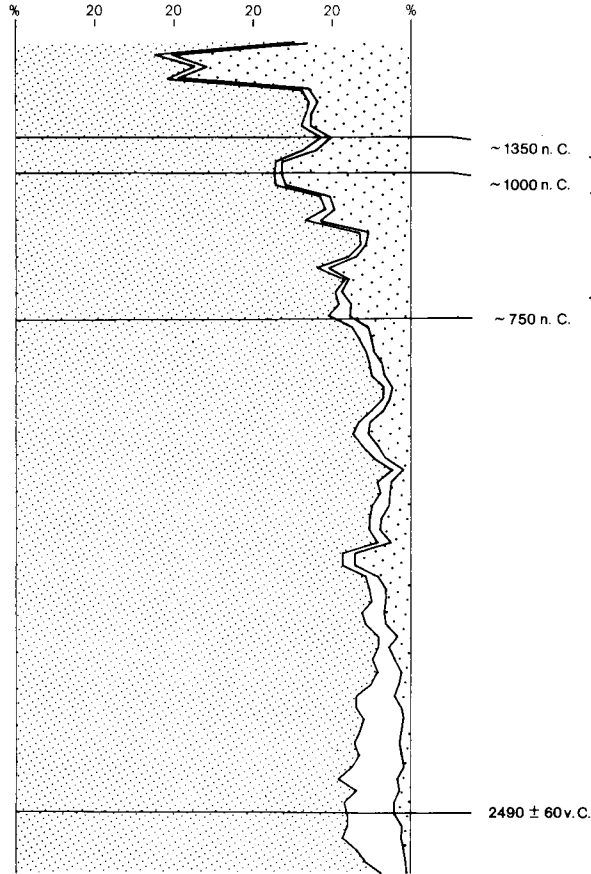
derreiche Heiden entstehen durch Übernutzung einer unregelmäßigen Landwirtschaft und führen zur Öffnung der ehemals geschlossenen Waldlandschaft. Das hohe Maß der Waldauflichtung setzt sich bis hin zur Gegenwart fort (Abb. 2). Nur während des mittelalterlichen Wüstungsprozesses im 14. Jh., der sich mit einem Wüstungsquotienten von etwa 30 Prozent ausgewirkt hat und nach Radiocarbonatierungen gegen  $1315 \pm 70$  n. Chr. eine kurzfristige Siedlungsdepression mit spontaner Rückentwicklung des Buchenwaldes zeigt (POTT 1985a), kommt es sogar zur Wiederbewaldung ehemaliger Freiflächen.

Selbstverständlich kann der Verlauf von Baumpollenkurven allein noch keinen Einblick in das Ausmaß der Waldauflichtung an sich vermitteln (s. Darstellung des Verhältnisses der Baumpollensumme AP zur Nichtbaumpollensumme NAP in der Abb. 5), weil die Summe aller Baumpollen in jedem Spektrum gleich 100 Prozent gesetzt wird. Erst ein Vergleich der Baumpollensumme mit dem Pollenanteil der Sträucher und Kräuter, die im selben Spektrum enthalten sind, bietet Aufschlüsse über die Waldbedeckung. Deutlich tritt bei dieser Darstellung hervor, daß der natürliche Wald – einschließlich der Bäume feuchter und nasser, also auch mooreigener Standorte – im frühen Mittelalter beginnend, an Wuchsraum verliert. Diese Verlichtung geht im Süderbergland überwiegend auf Kosten der Buche.

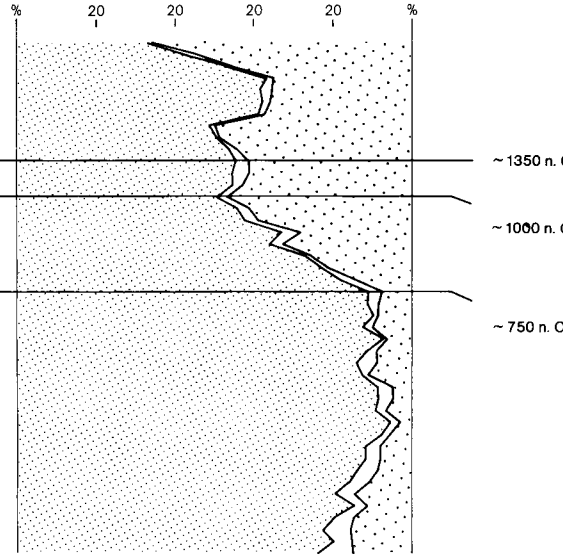
### 5.3 Niederwald- und Haubergswirtschaft

Im Anschluß an die spätmittelalterliche Wüstungsperiode um 1350–1450 n. Chr. lassen erhebliche Veränderungen in den Baumpollenkurven keinen Zweifel darüber, daß eine immer stärkere Waldflächenreduktion und anthropogene Überformung der Wälder zugunsten von Eichen-Birken-Niederwäldern eingesetzt hatte. Im steilen Anstieg der Gräser- und *Calluna*-Pollenkurven sowie der Holzkohlenpartikel (Abb. 4 u. 5) kündigt sich bis in die Neuzeit hinein eine Öffnung der Landschaft mit Ausbildung charakteristischer Hutungsflächen und Haubergsbereiche an. Eine besondere Form der Niederwälder waren die Hauberge, die sich vor allem im Siegerland und

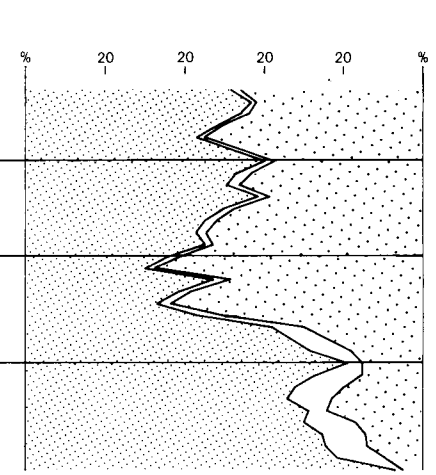
**Hamorsbruch**  
(aus: Caspers 1986)






**Moor am Giller**  
(aus: Pott 1985 a)



**Hochsteiner Moor**  
(nach: Hachmann 1986)



-  Bäume
-  Sträucher
-  Kräuter

**Abb. 2: Ungefähre Verteilung von Wald und unbewaldeten Flächen**

Durch Berechnung des Verhältnisses der Baumpollensumme (AP) zur Nichtbaumpollensumme (NAP) in zeitlich vergleichbaren Mooren des Arnberger Waldes (Hamorsbruch), des Ebbegebirges (Hochsteiner Moor) sowie des Rothaargebirges (Moor am Giller). Die Darstellung gibt innerhalb eines Pollenspektrums das Verhältnis von Bäumen, Sträuchern und Kräutern zueinander wieder.

südlichen Sauerland im Zusammenhang mit dem enormen Holzkohlenverbrauch für die Eisenverhüttung entwickelt haben (zur Nutzung der Hauberge vgl. u.a. FICKELER 1954; SEIBERT 1966; RANKE u. KORFF 1980; EGIDI u. HÜNERBERG 1981; POTT 1985b, 1986, 1988).

Vor allem der Waldfeldbau mit seinen vielseitigen, unregelmäßigen Nebennutzungen führte infolge zunehmender Verlichtung des Waldes und Holzverknappung im ausgehenden Mittelalter zum genossenschaftlich betriebenen Rotationssystem des Haubergs, der im Jahre 1467 erstmals urkundlich erwähnt (BERNHARDT 1867) wird. Die Berücksichtigung des Holzkohleeintrages bei der Interpretation von Pollendiagrammen (s. Abb. 4 u. 5) zeigt den Nachweis der frühgeschichtlichen, auf dem Energieträger Holzkohle beruhenden Erzverhüttungen im südwestfälischen Bergland (s. auch POTT 1985b). Charakteristisch für dieses Betriebssystem ist die gesamte Bewirtschaftung jeder einzelnen Haubergsgemarkung mit schmalparzelliger Holzschlagführung nach genauem Reglement in einem Abstand von 18–22 Jahren. Regelmäßige Umtriebszeiten mit eingeschaltetem Anbau von Roggen und Buchweizen, Ginsternutzungen und Gerberloheproduktion waren einzigartige Abstimmungen von landwirtschaftlicher Produktion und Holznutzung im stark reliefierten Mittelgebirge. Einem langsamen Verschwinden der markengenossenschaftlichen Autonomie infolge erster Allmendteilungen in weiten Regionen Nordwestdeutschlands (vgl. HESMER u. SCHRÖDER 1963) waren im Siegerländischen Haubergsgebiet in den Jahren 1472 und 1562 Holz- und Waldordnungen entgegengesetzt worden (NAUMANN 1970). Diese stellten sich mit genauen Regelungen der Haubergswirtschaft auf neue Bedürfnisse ein und erklären auch noch andauernde Existenzen von Haubergsgenossenschaften mit ihren ideellen Waldbesitzanteilen. Alle Gemeinschaftsformen der Siegerländer Hauberge, verschiedene Markenwälder des Hochsauerlandes und Interessengemeinschaften mit rund 50 000 Hektar heutigem Flächenanteil (WEGENER 1981) sind durch das moderne Gemeinschaftswaldgesetz von 1976 in einheitliche Bahnen gelenkt worden.

Das aktuelle Areal des *Luzulo-Fagetum* ist damit durch die jahrtausendlange extensive Niederwald- und Haubergswirtschaft stark eingeeengt worden. Ein Flächenausschnitt der Waldnutzung im Forstamt Altenhündem-Lennestadt aus dem Jahre 1972 verdeutlicht diesen Landschaftswandel (Abb. 6, Beil. 3). So finden sich heute vor allem im Siegerland bis etwa 500 m Meereshöhe noch umfangreiche Niederwälder, deren Holzartenkombination nicht mehr aus der Buche, sondern aufgrund von Selektionsprozessen bei andauernder Stockausschlagwirtschaft und Rindennutzung aus lichtliebenden und regenerationskräftigen Eichen- und Birkenstangengehölzen bestehen. Sie werden heute vielfach mit Fichten aufgeforstet.

#### 5.4 Neuzeitliche Aufforstungen

Nadelholzanbauten in der Neuzeit mit *Pinus*, *Picea*, *Larix* und *Abies* machten der Waldauflichtung und -zerstörung ein Ende. Besonders die Fichte (*Picea abies*) wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s eingeführt und diente vor allem zur Aufforstung von Heiden und stark degradierten Niederwäldern. Boden und Klima sagen der Fichte zu, und das heutige Vegetationsbild des Südwestfälischen Berglandes ist durch großflächige Fichtenforste bestimmt (vgl. Abb. 6 u. Bild 1). Ihre größte Ausdehnung erfuhren die Fichtenanbauten seit 1850; in letzter Zeit werden wieder vermehrt Laubholzarten angepflanzt, um ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen forstwirtschaftlichem Ertrag und dem Landschaftsbild zu erreichen (vgl. auch GRIES 1981; RICHTER 1981).

#### 6. Rück- und Ausblick

Bei der Betrachtung der Waldgeschichte des südwestfälischen Berglandes mit ihren natürlichen oder anthropogenen Entwicklungen und Zuständen steht fest, daß der Mensch zum entscheidenden Faktor für das historische und heutige Bild geworden ist. Wenn man die Einflüsse des Menschen insgesamt beurteilt, so bedeuten sie zunächst eine erhebliche Bereicherung der landschaftlichen Vielfalt. Das Vegetationsmosaik unterschiedlichster Strukturen in Form halbnatürlicher oder natürlicher Vegetationstypen, wie Niederwälder, Gebüsche, Hecken, Wiesen und Weiden, reichhal-





**Bild 1: Wacholderheide auf dem Gräftenberg im Hochsauerland**

Die Tallagen und Bergrücken sind größtenteils mit Fichten aufgeforstet (Foto R. Pott, 1984).

tige Acker- und Unkrautfluren, mit Wacholder und Ginstern durchsetzte Heide- und Triftflächen, Trockenrasen und andere Kleinbiotop des feuchten und nassen Milieus, hatte den Höhepunkt der Mannigfaltigkeit wohl im Mittelalter und in der frühen Neuzeit erreicht. Erst in unserem Jahrhundert wurden auch die Mittelgebirgsregionen planmäßig immer mehr uniformiert und ihrer Vielfalt beraubt. Es ist an der Zeit, durch geeigneten Biotop-, Natur- und Landschaftsschutz, der die historisch-genetischen Faktoren einbezieht, dieser verhängnisvollen Entwicklung ein Ende zu bereiten.

#### Literatur

- Becker, G. u. P. Weber** (1983): Südsauerland – Grundzüge der Siedlungsentwicklung vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart. – In: **Weber, P. u. K.-F. Schreiber** (Hg.): Westfalen und angrenzende Regionen, 44. Dtsch. Geographentag, I Paderborn (= Münstersche Geogr. Arb., 15: 321–339)
- Bernhardt, A.** (1867): Die Haubergswirtschaft im Kreise Siegen. Münster
- Beug, H.-J.** (1957): Untersuchungen zur spätglazialen und frühpostglazialen Floren- und Vegetationsgeschichte einiger Mittelgebirge (Fichtelgebirge, Harz und Rhön). Flora, 145: 167–211. Jena
- Budde, H.** (1926): Pollenanalytische Untersuchungen der Ebbemoore. – Verh. Naturhist. Verein d. Preuß. Rheinl., 83: 251–266. Bonn
- Budde, H.** (1928): Pollenanalytische Untersuchungen der Moore auf der Hofginsberger Heide bei Hilchenbach. – Verh. Naturhist. Verein d. Preuß. Rheinl., 85: 98–105. Bonn
- Budde, H.** (1929): Waldgeschichte des Sauerlandes auf Grund von pollenanalytischen Untersuchungen seiner Moore. – Ber. Dtsch. Bot. Ges., 47: 327–337. Berlin
- Budde, H.** (1938): Pollenanalytische Untersuchung eines sauerländischen Moores bei Lützel. – Decheniana, 97 B: 169–187. Bonn
- Budde, H.** (1939): Die ursprünglichen Wälder des Ebbe- und Lennegebirges im Krs. Altena auf Grund pollenanalytischer, forstgeschichtlicher und floristischer Untersuchungen. – Decheniana, 98 B: 165–207. Bonn
- Budde, H. u. W. Brockhaus** (1954): Die Vegetation des Südwestfälischen Berglandes. – Decheniana, 102 B: 47–275. Bonn
- Burrichter, E.** (1976): Vegetationsräumliche und siedlungsgeschichtliche Beziehungen in der Westfälischen Bucht. Ein Beitrag zur Entwicklung der Kulturlandschaft. – Abhandl. Landesmus. f. Naturk., 38, 1: 3–14. Münster
- Burrichter, E.** (1983): Die Vegetation in Westfalen – eine Übersicht. – In: **Weber, P. u. K.-F. Schreiber** (Hg.): Westfalen und angrenzende Regionen, 44. Dtsch. Geographentag, I. Paderborn (= Münstersche Geogr. Arb., 15: 27–42)
- Burrichter, E. u. R. Pott** (1983): Verbreitung und Geschichte der Schneitelwirtschaft mit ihren Zeugnissen in Nordwestdeutschland. – Tuexenia, 3 (Festschr. Ellenberg): 443–453. Göttingen



- Burrichter, E. u. R. Pott** (1987): Zur spät- und nacheiszeitlichen Entwicklungsgeschichte von Auenablagerungen im Ahse-Tal bei Soest (Hellwegbörde). – Münster-sche Geogr. Arb., 27: 129–135. Paderborn
- Caspers, G.** (1986): Pollenanalytische Untersuchungen am Hamorsbruch. – Unveröff. Examensarb. Münster
- Diekjobst, H.** (1980): Die natürlichen Waldgesellschaften Westfalens. – Natur u. Heimat, 40: 1–16. Münster
- Egidi, R. u. W. Hünerberg** (1981): Die Technik der Haubergswirtschaft im Siegerland. – Allg. Forstzeitschr., 23: 574–576. München
- Faegri, K.** (1940): Quartärgeologische Untersuchungen im westlichen Norwegen, II. Zur spätquartären Geschichte Jaerens. – Bergens Mus. Arbok, naturv. rekke, 7: 1–201. Bergen
- Fickeler, P.** (1954): Das Siegerland als Beispiel wirtschaftsgeschichtlicher und wirtschaftsgeographischer Harmonie. – Erdkunde, 8, 1: 15–51. Bonn
- Firbas, F.** (1949): Spät- und nacheiszeitliche Waldgeschichte Mitteleuropas nördlich der Alpen, Bd. I. Jena
- Firbas, F.** (1952): Spät- und nacheiszeitliche Waldgeschichte Mitteleuropas nördlich der Alpen, Bd. II. Jena
- Frenzel, B.** (1959): Die Vegetations- und Landschaftszonen Nord-Eurasiens während der letzten Eiszeit und während der postglazialen Wärmezeit. – In: I. Teil Abhandl. d. Akad. d. Wissensch. u. d. Lit., math.-nat. Kl., 13: 937–1099. Mainz
- Gries, B.** (1981): Die Wälder des Hochsauerlandes. – In: **Bruns, A.** (Red.): Der Sauerländische Wald: 11–17. Schmalleberg
- Hachmann, J.** (1986): Pollenanalytische Untersuchungen zur Vegetations- und Siedlungsgeschichte im westlichen Sauerland. – Unveröff. Diplomarb. Münster
- Hempel, L.** (1983): Westfalens Gebirgs-, Berg-, Hügel- und Tiefländer – ein geomorphologischer Überblick. – In: **Weber, P. u. K.-F. Schreiber** (Hg.): Westfalen und angrenzende Regionen, 44. Dtsch. Geographentag, I. Paderborn (= Münstersche Geogr. Arb., 15: 9–26)
- Hesmer, H. u. F. G. Schröder** (1963): Waldzusammensetzung und Waldbehandlung im Niedersächsischen Tiefland westlich der Weser und in der Münsterschen Bucht bis zum Ende des 18. Jh.s – Decheniana, Beih. 11. Bonn
- König, H.** (1970): Untersuchungen zur Vegetationsentwicklung in Wittgenstein. – Bl. d. Wittgensteiner Heimatver. 58, 34, 1. Laasphe
- Kramm, E.** (1980): Die Entwicklung der Wälder Westfalens nach der letzten Eiszeit. – Natur- u. Landschaftskunde Westf., 16, 4: 97–104. Hamm
- Naumann, G.** (1970): Forstgeschichte der ehemaligen Grafschaft Sayn-Wittgenstein-Hohenstein bis 1900. – Diss. Forstl. Fak. Hannover.-Münden. Göttingen
- Pott, R.** (1982): Das Naturschutzgebiet „Hiddeser Bent-Donoper Teich“ in vegetationsgeschichtlicher und pflanzensoziologischer Sicht. – Abhandl. Westf. Mus. f. Naturk., 44, 3. Münster
- Pott, R.** (1985a): Beiträge zur Wald- und Siedlungsentwicklung des Westfälischen Berg- und Hügellandes auf Grund neuer pollenanalytischer Untersuchungen. – Siedlung u. Landschaft, 17: 1–38. Münster
- Pott, R.** (1985b): Vegetationsgeschichtliche und pflanzensoziologische Untersuchungen zur Niederwaldwirtschaft in Westfalen. – Abhandl. Westf. Mus. f. Naturk., 47, 4. Münster
- Pott, R.** (1985c): Vegetations- und Siedlungsgeschichte von Ostwestfalen-Lippe. – Führer z. archäol. Denkmälern i. Dtschl., 10, Der Kreis Lippe, I: 25–29. Stuttgart
- Pott, R.** (1986): Der pollenanalytische Nachweis extensiver Waldbewirtschaftungen in den Haubergen des Siegerlandes. – In: **Behre, K.-E.** (ed): Anthropogenic indicators in pollen diagrams: 125–134. Rotterdam, Boston
- Pott, R.** (1988): Extensive anthropogene Vegetationsveränderungen und deren pollenanalytischer Nachweis. – Flora, 180: 153–160. Jena
- Pott, R.** (1989): Die Formierung von Buchenwaldgesellschaften im Umfeld der Mittelgebirge Nordwestdeutschlands unter dem Einfluß des Menschen. – Ber. Geobot. Inst. Univ. Hannover, 1: 30–44
- Ranke, W. u. G. Korff** (1980): Hauberg und Eisen, Landwirtschaft und Industrie im Siegerland um 1900. Text- u. Bildband. München
- Rehagen, H. W.** (1970): Moorbildungen und Vegetationsgeschichte. – In: Geol. Karte v. NRW 1:25000, Erläut. z. Bl. 5014 Hilchenbach: 118–124. Krefeld
- Richter, J.** (1981): Natürliche Wachstumsbedingungen und forstliche Produktionsziele für die Hochlagen des Sauerlandes. – In: **Bruns, A.** (Red.): Der Sauerländische Wald: 17–23. Schmalleberg
- Rüden, H. von** (1952): Beitrag zur Waldgeschichte des nordöstlichen Sauerlandes auf Grund einer Pollenanalyse des Naturschutzgebietes „Hamorsbruch“. – Natursch. i. Westf., Beih. z. Natur u. Heimat, 12: 97–100. Münster
- Runge, F.** (1979): Neue Beiträge zur Flora Westfalens. – Natur u. Heimat, 39: 69–102. Münster
- Runge, F.** (1985): Florenelemente. – Geogr.-landeskundl. Atlas v. Westf., Lief. 1, Bl. 3. Münster
- Schütrumpf, R.** (1973): Die relativchronologische Datierung fossiler Eichenstämme aus der Kölner Bucht und dem nördlichen Vorland des Teutoburger Waldes nach der Pollenanalyse. – Archäol. Korrespondenzbl., 3: 143–153. Mainz
- Seibert, P.** (1966): Der Einfluß der Niederwaldwirtschaft auf die Vegetation. – Ber. Int. Sympos. f. Veg.-kunde „Anthropogene Vegetation“: 336–346. Den Haag
- Stalling, H.** (1983): Untersuchungen zur nacheiszeitlichen Vegetationsgeschichte des Meißners (Nordhessen). – Flora, 174: 357–376. Jena
- Stalling, H.** (1987): Untersuchungen zur spät- und postglazialen Vegetationsgeschichte im Bayerischen Wald. – Diss. Bot., 105. Berlin, Stuttgart
- Steckhan, U.** (1961): Pollenanalytisch-vegetationsgeschichtliche Untersuchungen zur frühen Siedlungsgeschichte in Vogelsberg, Knüll und Solling. – Flora, 150, 4: 514–551. Jena
- Steinberg, K.** (1944): Zur spät- und postglazialen Vegetationsgeschichte des Untereichsfeldes. – Hercynia, 3: 529–587. Halle u. Berlin
- Straka, H.** (1960): Spät- und postglaziale Vegetationsgeschichte des Rheinlandes auf Grund neuer pollenanalytischer Untersuchungen. – Ber. Dtsch. Bot. Ges., 73: 307–318. Stuttgart
- Straka, H.** (1975): Pollen- und Sporenkunde. – Grundbeogr. d. mod. Biol., Bd. 13. Stuttgart
- Trautmann, W.** (1957): Natürliche Waldgesellschaften und nacheiszeitliche Waldgeschichte des Ebbegebirges. – Mitt. Flor.-soz. Arbeitsgem., N. F. 6/7: 276–296. Stolzenau

- Trautmann, W.** (1962): Natürliche Waldgesellschaften und nachwärmezeitliche Waldgeschichte am Nordwestrand der Eifel. – Veröff. d. Geobot. Inst. ETH Zürich, 37 (Festschrift Firbas): 250–266. Bern
- Trautmann, W.** (1972): Vegetation (Potentielle natürliche Vegetation). – In: Deutscher Planungsatlas, Bd. I, Nordrhein-Westfalen, Lief. 3. Hannover
- Troels-Smith, J.** (1960): Ivy, Mistletoe and Elm. Climate indicators-Fodder Plants. – Danm. Geol. Unders. IV, 4, 4. Kopenhagen
- Wegener, H.-J.** (1981): Zur Entstehung von Wald, Waldbesitz und Forstwirtschaft in Westfalen-Lippe. – In:
- Bruns, A.** (Red.): Der Sauerländische Wald: 71–83. Schmallenberg
- Wiermann, R. u. D. Schulze** (1986): Pollenanalytische Untersuchungen im Großen Torfmoor bei Nettelstedt (Kreis Minden-Lübbecke). – Abhandl. Westf. Mus. f. Naturk., 48, 2/3: 481–495. Münster
- Zeist, W. van** (1959): Studies on the post-boreal vegetational history of south-eastern Drenthe (Netherlands). – Acta Bot. Neerl., 8: 156–184. Amsterdam
- Zeist, W. van** (1981): Mensch und Vegetation in prähistorischer Zeit insbesondere in Westeuropa. – Ber. Int. Sympos. f. Veg.-kunde, „Vegetation als anthropoökologischer Gegenstand, gefährdete Vegetation und ihre Erhaltung 1971“: 5–24. Vaduz

# Artenschutzgewässer im Raum Balve (Märkischer Kreis) Aufbau eines Biotopverbundsystems

von Reiner Feldmann, Menden

## 1. Entwicklung des Kleingewässerbestandes; Typologie und Rückgang dieses Biotops

In der vorindustriellen Kulturlandschaft des südwestfälischen Berglandes hatten stehende Kleingewässer – Tümpel, Teiche, Weiher – ihren festen Platz und ihre definierte Funktion. Diese wurde von den Bedürfnissen des nach möglichst weitgehender Autarkie strebenden bäuerlichen Wirtschaftsbetriebs bestimmt: Hof- und Löschteiche, Viehtränken, Pferdeschwemmen, Fischteiche. Gleichfalls anthropogen, aber nun gewerblich-frühindustriellen Zwecken dienend, sind die Mühlen- und Hammerteiche. Daneben gibt es von der Genese her zwei weitere unterscheidbare Gruppen von Kleingewässern: einmal die Sekundärbiotop, d. h. hier die Gewässer, die als Nebenprodukt wirtschaftlicher Aktivitäten ganz anderer Zielrichtung als der der Wasserspeicherung entstanden sind – in unserem Raum insbesondere in der Folge des Abbaus von Steinen und Erden, mithin als Ziegelei- und Steinbruchtümpel oder -weiher; zum anderen gibt es eine von der Typenvielfalt wie von der Menge wenig umfangreiche Gruppe kleiner Stillgewässer natürlicher Herkunft. Im Mittelgebirge sind es insbesondere Quelltöpfe (Limnokrene) im Bereich der Quellsprungsmulden, ferner abgeschürfte Bachmäander sowie natürliche Kleinweiher in grundwassernahen Mulden der Sohlentäler.

Dieses Potential an Kleingewässern hatte den Höhepunkt seiner Entfaltung im 19. Jahrhundert. Aber noch weit in das 20. Jahrhundert hinein war die Verteilungsdichte bemerkenswert hoch. Erst seit dem

Beginn der 50er Jahre nimmt der Bestand erkennbar, mit deutlicher Beschleunigung in den 60er und 70er Jahren, ab

Folgende Gründe sind für dieses Phänomen, das in der Westfälischen Bucht noch stärker in Erscheinung tritt als im Südergebirge, zu nennen:

- Entwässerung der Landschaft und globale Absenkung des Grundwasserspiegels,
- Entfallen des Nutzungszwecks vieler Gewässer durch Spezialisierung, Umstrukturierung oder Aufgabe der Höfe,
- Umwandlung von Grünland und Verkipfung der für die mechanisierte Ackerbewirtschaftung störenden Feuchträume,
- Verfüllen der Sekundärgewässer mit Bauschutt und Müll,
- qualitative Beeinträchtigung (Teilverkipfung, Wasserverschmutzung),
- natürlicher Verlandungsprozeß, verstärkt durch den Eintrag von Mineraldüngern und Gülle und nachfolgende pflanzliche Überproduktion.

Dieser Regressionsprozeß ist um so bedenklicher, als er einerseits ein für die Kulturlandschaft typisches Element betrifft, zum anderen zugleich einen Biotoptyp, der für eine Vielzahl pflanzlicher und tierischer Organismen unverzichtbar ist. Die gleichzeitig überall in den Waldwiesentälern entstehenden privaten Fischteiche sind nicht als Ersatz anzusehen. Die nahezu ausschließlich eingesetzte Regenbogenforelle (*Salmo gairdneri*), aus Nordamerika stammend, ist ein extremer Raubfisch und duldet bei dem üblich starken Besatz, von Ausnahmen (etwa Erdkröte) abgesehen, keine andere Tierart neben sich.

## 2. Neuanlage von Kleingewässern

Eine Gegenbewegung setzte zu Ende der 70er Jahre ein. Vorausgehen mußte ein deutlicher Wandel des Wertbewußtseins, ausgelöst durch die Erkenntnis, daß ein Verlust von 60 – 80 % des Altbestandes an kleinen Stillgewässern zu verzeichnen sei und zahlreiche Glieder dieses Ökosystemtyps bereits vom Aussterben bedroht erschienen. Besonders augenfällig wurde diese Abhängigkeit im Falle des nachweisbaren Rückgangs des Amphibienbestandes. Betroffen waren aber alle systematischen Gruppen, bei denen das Fehlen geeigneter Gewässer der ökologische Engpaß schlechthin ist, und das auch dann, wenn die weiteren Teilbereiche des Jahreslebensraumes durchaus noch als intakt zu bezeichnen sind.

Als Abhilfe wurde die strikte Schonung des überkommenen Kleingewässerbestandes sowie die Neuanlage von Teichen und Tümpeln propagiert, die dann ausschließlich dem Artenschutz dienen sollten. Seit 1980 sind in Westfalen mehrere tausend solcher Gewässer („Feuchtbiotope“) geschaffen worden (vgl. FELDMANN 1985). Die spontan erfolgende Besiedlung aus dem noch vorhandenen Potential insbesondere der benachbarten Altgewässer erfolgte überraschend schnell, zumindest was gewisse Arten und Artengruppen anbelangt. Insofern ist, wenn man die Kleingewässerreaktion nach einigen Jahren des Erfahrungssammelns und der Erfolgskontrolle bewerten will, durchaus von einem Erfolg für den Artenschutz zu sprechen, auch wenn man im einzelnen Einschränkungen nennen muß, die zu Korrekturen des Programms geführt haben.

Ein Kritikpunkt bei der Durchführung von Kleingewässer-Neubegründungen ist die Tatsache der Punktualität nahezu aller Maßnahmen. Neuanlagen wurden als Einzelobjekte, bestenfalls als kleine Gruppen von Gewässern, geplant. Das ergab sich unter dem Zwang der Umstände: Eigentumsverhältnisse, Nutzungsform, Wasserführung und Umfeld bestimmten die Wahl des Standorts. Überlegungen, inwieweit die Nähe oder Abgelegtheit von bereits exi-

stierenden Gewässern Berücksichtigung finden müßten, ob mittelfristig eine Vernetzung dieses Biotoptyps anzustreben sei, wurden nicht angestellt.

## 3. Erwägungen zum Biotopverbundsystem

Das Konzept ökologischer Verbundsysteme wird seit längerem diskutiert. Grundidee einer solchen Naturschutzstrategie ist die Erkenntnis, daß in einer hochbeanspruchten Kulturlandschaft wie der unsrigen naturnahe Landschaftsausschnitte inselhaft und isoliert inmitten intensiv genutzter, weithin denaturierter, von vielen Organismen nicht mehr besiedelbarer und selbst wiederum durch Verkehrstrassen zerschnittener Räume liegen.

Als synökologische Konsequenzen dieser Kleinflächigkeit und Isoliertheit werden von MADER (1985) genannt:

- begrenzter Energiehaushalt der Inselbiotope (geringes Nahrungsangebot),
- geringes Ressourcenspektrum,
- reduziertes Artenspektrum,
- Überfremdung des Artenspektrums,
- hoher Artendurchsatz (geringe Konstanz des Artengefüges),
- genetische Verarmung,
- Verlust ökologischer Stabilität,
- Verdrängung seltener Arten.

Das nächstliegende Gegenmittel wäre die Ausweisung wirklich großflächiger Schutzgebiete. Das dürfte aber in unserem dichtbesiedelten Raum mit vielfältigen Ansprüchen und daraus resultierenden Zielkonflikten schwer zu verwirklichen und letztlich eine Utopie sein. Als Zwischenlösung bieten sich daher Verbundsysteme mit naturnahen Kerngebieten und verbindenden Strukturen an. Versuche auch im westfälischen Raum (zumeist mit terrestrischen Habitaten: Feldgehölzen, Hecken u. ä.) laufen bereits (GALONSKE u. PRILL 1985, WEBER u. LEDERBOGEN 1985).

#### 4. Das Biotopverbundsystem Balve

Auch für Kleingewässer gibt es Ansätze von Vernetzungskonzepten, die über die Zufälligkeit und Punktualität der ersten Generation der Artenschutzgewässer hinausweisen. Ein solcher Versuch wird im Bereich des Balver Waldes im Märkischen Kreis unternommen. Hier hat Forstamtmann Richard WORM in seinem Dienstbezirk, dem Forstbetriebsbezirk Balve (Forstamt Arnsherg), seit 1968 mit gelegentlicher fachlicher Unterstützung durch den Verfasser insgesamt 14 Teiche neuanlegen lassen (Lage s. Abb. 1). Die Tabelle 1 gibt nähere Informationen (Herrn WORM danke ich auch an dieser Stelle herzlich für seine vorbildlichen Aktivitäten).

Der Dienstbezirk Balve hat eine Gesamtwaldfläche von 1770 ha (Abb. 1 zeigt nur einen Ausschnitt). 97 % sind Privatwald, der Rest Stadtwald Balve. Den Privatwald teilen sich 138 Besitzer, darunter 76 mit Kleinbesitz unter 5 ha. Die Anlage von naturnahen Gewässern bedeutet unter diesen Bedingungen ein hohes Maß an Überzeugungsarbeit. Insofern spielt auch hier – wie in der 1. Phase der Neuanlage von Kleingewässern – der Zufall eine gewisse Rolle bei der Wahl des Standorts. Inzwischen wird aber eine Verdichtung des Netzes deutlich, insbesondere im Bereich bestimmter Talzüge. Diese Überlegungen werden in Zukunft eine größere Rolle spielen müssen. Im übrigen wurden bei der Einpassung der Anlagen in die standörtlichen Gegebenheiten folgende Kriterien beachtet:

- strikte Vermeidung solcher Örtlichkeiten, die bereits ihrerseits Lebensraum bestandsbedrohter Organismen, Pflanzen- oder Tiergesellschaften sind;
- Sicherstellung der Wasserversorgung ausschließlich aus Niederschlägen, Uferfiltrat, Grund- oder Sickerwasser, kein unmittelbarer Anschluß an einen intakten Mittelgebirgsbach;
- siedlungs- und straßenferne Lage; Anbindung an naturnahe Flächen (Laubwald, Berg-Erlenbruch, extensiv bewirtschaftete Gründländereien, Hochstaudenfluren u. a.);

- Anlage von Flachwasserzonen und mindestens einer Gewässerseite, die allmählich in Sumpfland ausläuft; Tiefwasserzone von mindestens 80 cm, um bei anhaltendem Frost ein totales Durchfrieren des Wasserkörpers zu verhindern und somit etwa überwinterten Grasfröschen das Überleben zu ermöglichen und um bei langanhaltenden sommerlichen Dürrezeiten eine Restwasserhaltung zu garantieren.

Die zusätzliche Nutzung als Feuerlöschteich steht im übrigen der Hauptfunktion als Artenschutzgewässer nicht entgegen und ist eher erwünscht, weil das Vorhandensein mehrerer Interessenten die Existenz des Teiches wirkungsvoller absichert.

Neben der Feinmodellierung des Profils ist zum einen die Sicherung der Wasserhaltung, zum anderen das störungsarme und weitgehend naturnahe Umfeld von Belang.

Um das erstgenannte Ziel zu erreichen, wurden unter Verzicht auf künstliche Abdichtung des Untergrundes folgende Ökotope für die Gewässeranlage ausgewählt:

- (1) Feuchtwiesen, wobei durchaus die räumliche Nähe zum Fließgewässer des jeweiligen Talsystems gesucht, aber eine unmittelbare Anbindung vermieden wurde;
- (2) Sickerquellbereiche (Helokrenen) insbesondere in den höheren Lagen des Balver Waldes.

Von besonderer Bedeutung ist das zweite Ziel, die Zuordnung zu einem möglichst naturnahen Umfeld – übrigens eine Grundregel, die bei vielen Neuanlagen im Lande zu wenig beachtet worden ist, die aber für die amphibisch lebenden Tierarten außerordentlich wichtig ist, weil hier ein Teilbereich des Jahreslebensraumes liegt. Im Falle der Balver Kleingewässer ist überall eine sachgerechte Lösung gefunden worden. Begünstigend wirkt sich die Tatsache eines relativ hohen Laubholzanteils aus (5,3 % Eiche, 14,8 % Rotbuche, 4,3 % andere Arten), ferner die Tendenz in der forstlichen Planung und Betriebspraxis, in den engen Gebirgstälern die Fichte herauszunehmen und durch Bergahorn, Erle und Esche zu ersetzen.

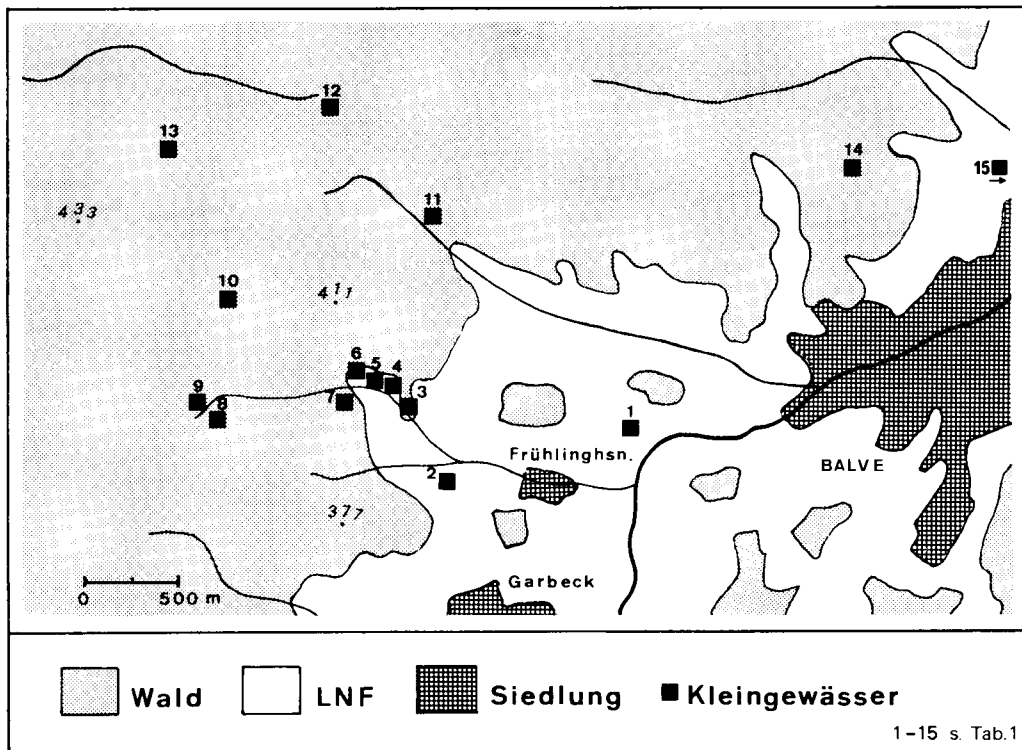


Abb. 1: Kleingewässer-Neuanlagen bei Balve (Stand: 1. 7. 1989)

Tabelle 1 Kleingewässer-Neuanlagen im Bereich des Forstbetriebsbezirks Balve (Forstamt Arnsberg)

Nr.	Kurzbezeichnung	Breite x Länge in m	Tiefe max. in m	Jahr der Anlage	Bemerkungen
1.	Hohlbruch	30 x 50	1,50		Naturweiher, 1983 optimiert
2.	Susmecke	20 x 30	1,50	1968	Feuchtwiese, 1981 Erweiterung
3.	Hüttenteich	20 x 30	1,80	1968	Anlage neben Bickmecke-Bach
4.		10 x 10	1,00		
5.	Teiche Bickmecke	10 x 15	1,00	1989	Neuanlage in einer Feuchtwiese
6.		10 x 8	0,80		
7.	Schultenteich	20 x 30	1,80	1976	Neuanlage zwischen Forstweg und Bach, als Forellenteich geplant, Umwandlung vorgesehen
8.	Mellsiepen	10 x 5	0,80	1981	Neuanlagen im Quellbereich
9.		5 x 5	0,80		
10.	Kriegerbrand	5 x 10	1,00	1988	Neuanlage im Bereich von Sickerquellen
11.	Amecketal	25 x 40	1,80	1976	Neuanlage im hinteren Talbereich
12.	Kreuzeihe	25 x 15	1,50	1976	Neuanlage unterhalb einer Quelle
13.	Allerleisiepen	15 x 15	1,20	1981	Neuanlage unterhalb einer im Wald gelegenen Feuchtwiese
14.	Klingelborn	10 x 15	0,80	1981	Wiederherstellung eines verlandeten Waldteiches
15.	Melscheder Mühle	7 x 10	0,80	1987	Neuanlage im Sickerquellenbereich einer Feuchtwiese (nicht auf Abb. 1)

Die Neuanlagen ergänzen das – freilich sehr weitmaschige – Netz älterer Gewässer. Von den 1976 für den Balver Raum genannten zehn Amphibienlaichplätzen (FELDMANN 1976) liegen drei im Bereich des Kartenausschnitts der Abb. 1. Eines dieser Gewässer ist der auch in Tab. 1 (unter Nr. 1) aufgeführte Teich im Hohlbruch, in der Arbeit von 1976 mit „Frühlinghausen 1“ bezeichnet. Dieser Naturweiher, in einer grundwassernahen Mulde gelegen und im Rahmen der vorliegenden Veröffentlichung nur deshalb aufgeführt, weil er durch Hilfsmaßnahmen optimiert werden konnte, ist einer der arten- und individuenreichsten Amphibienlaichplätze der Region. Bei dreijährigen Bestandsaufnahmen ergaben sich folgende Mittelwerte: Teichmolch 172, Fadenmolch 20, Bergmolch 73, Kammolch 18, ferner Geburtshelferkröte, Grasfrosch, Erdkröte.

Ähnliches gilt für Frühlinghausen 2, einen Sekundärbiotop mit flachen Tümpeln innerhalb des alten Steinbruches Haarloh: Teichmolch 53, Fadenmolch 4, Kammolch 2, größere Population der Geburtshelferkröte.

Das Gewässer Balve 3 ist ein alter Quellteich auf der Höhe des Balver Waldes („Hexenteich“), der in der Nähe einer ehemaligen Köhlerhütte liegt, beschattet ist und klares, kaltes Quellwasser führt (Laichplatz des Bergmolchs).

Alle drei Gewässer sind ihres ökologischen Wertes wegen im Rahmen des Landschaftsplans Balve – Mittleres Hönnetal (Märkischer Kreis Nr. 2, in Kraft getreten am 27. 1. 1989) als Geschützte Landschaftsbestandteile ausgewiesen. Den gleichen Schutzstatus haben aber auch bereits drei der neuangelegten Kleingewässer, nämlich die Teiche Nr. 2, Nr. 11 und Nr. 12. Während man im Falle der wertvollen Altgewässer die vorhandenen, diesen Teichen zugeordneten Stammpopulationen hat sichern wollen, sind es im Falle der Neuanlagen die bereits deutlich sich abzeichnenden erfolgreichen Ansiedlungen, deren Gründerindividuen wahrscheinlich aus einer der als Refugien dienenden Altpopulationen herkommen dürften.

Hier läßt sich einmal geradezu modellhaft die Funktion der älteren Gewässer als Wiederausbreitungszentren verdeutlichen, zum anderen aber die von den Neuanlagen ganz augenscheinlich wahrgenommene Aufgabe einer Übernahme der von den alten Zentren alljährlich gesetzmäßig abwandernden Jungtiere, gleichsam des Überschusses der Stammpopulation.

Eine planmäßige, über mehrere Jahre erfolgende Kontrolle der Neuanlagen steht noch aus. Die Stichproben haben aber bereits hinreichend Material erbracht, so daß man die Frage nach dem ökologischen Erfolg der neuen Habitate positiv beantworten kann. Grundlage für ein solches Urteil kann nur die Tatsache der erfolgreichen und dauerhaften Neubesiedlung durch solche Pflanzen- und Tierarten sein, die für den jeweiligen Biotoptyp charakteristisch sind. SUKOPP (1984, S. 10) hat das so formuliert: „Aufgabe des Arten- und Biotopschutzes ist die Sicherung aller Pflanzen- und Tierarten in ihren Lebensgemeinschaften als überlebensfähige Populationen.“

Nach den vorliegenden Befunden sind die Neuanlagen von allen im Raum vertretenen Amphibienarten (mit Ausnahme des bislang noch nicht nachgewiesenen Kammolchs) besiedelt worden, z.T. in bemerkenswert großen, mehrere hundert Tiere umfassenden Fortpflanzungsgemeinschaften (das gilt vor allem für die Erdkröte und den Grasfrosch, aber auch für den Bergmolch), des weiteren von Libellen, Schwimmkäfern (etwa Gelbrandkäfer der Gattung *Dytiscus*), aber auch von Seltenheiten wie dem Bachhaft, *Osmylus fulvicephalus* (vgl. BUSSMANN, FELDMANN u. REHAGE 1989) oder von solchen Arten, die im Mittelgebirge eine Höhengrenze erreichen, wie der Spitzhornschnecke, *Lymnaea stagnalis*. Unter den Pflanzenarten ist beispielsweise das Vorkommen bestimmter schmalblättriger Laichkrautsippen (etwa *Potamogeton berchtoldii*) von Belang.

Bei einer weiteren Verdichtung des Kleingewässernetzes werden – das zeichnet sich bereits recht deutlich ab – zumindest die frühen Neuanlagen ihrerseits die Rolle als Ausbreitungszentren wahrnehmen können.

## 5. Ergänzende Überlegungen, Folgerungen, Ausblick

An dieser Stelle ist es notwendig, ein Wort zur Frage der Inselhaftigkeit des hier behandelten Biotoptyps zu sagen. Verglichen mit den meisten terrestrischen Lebensraumtypen, aber auch mit den Fließgewässern, nehmen die stehenden Süßwasseransammlungen eine deutliche Sonderstellung ein; das gilt sowohl für Kleingewässer wie für Großformen und liegt in der Natur der Sache begründet. Solche Gewässer sind gleichsam von Hause aus isolierte Lebensräume, die inselhaft in einem gänzlich anders gearteten Umfeld liegen. Es gibt auch zumeist keine linearen Elemente, die als verbindende Strukturen dienen könnten. Selbst ein Bach, zwischen zwei Stauteichen vermittelnd, kann eine ökologische Verbindungsrolle nur sehr eingeschränkt übernehmen, weil er zu einem Gewässertyp mit einer völlig andersartigen Biozönose gehört. Ein Verbundsystem von Tümpeln, Teichen und Kleinweihern ist, was die Neubesiedlung und den wechselseitigen Austausch der Populationen anbelangt, auf zwei einander ergänzende unterschiedliche Wege der Vermittlung beschränkt: die passive Einschleppung und die aktive Einwanderung. Der erstgenannte Modus vollzieht sich (zumeist unerwünscht, weil vielfach mit gebiets- und biotopfremden Arten erfolgend) durch den Menschen, aber auch in erheblichem Maße durch Tiere (etwa durch Entenvögel, die im Gefieder oder an den Füßen Molluskeniaich mittransportieren können). Die aktive Einwanderung ist nur den amphibisch oder semiterrestrisch lebenden Arten möglich: Fluginsekten, z.B. Libellen, Wasserwanzen und -käfer, finden auch abgelegene und verborgene isolierte Gewässer. Beim Ausbreitungsvorgang von Amphibien stoßen die frischverwandelten Jungtiere auf Neuanlagen und lernen so ihre Lage kennen. Eine spontane Neubesiedlung erfolgt selbst bei solchen Arten, deren Nachkommen im allgemeinen auf ihr Geburtsgewässer geprägt sind, wie das bei der Erdkröte der Fall ist.

In ähnlicher Form erfolgt auch die Besiedlung durch Pflanzen, wobei das bei Tieren mögliche aktive Erreichen durch passives Verdriften von Flugsamen ersetzt wird und

manche Pflanzensamen auch im Vogelkot eingebracht werden.

Um die Einwanderung zu erleichtern oder überhaupt erst zu ermöglichen und einen späteren Austausch zwischen den Populationen zu begünstigen, ist die Netzdichte – die mittleren Abstände der Kleingewässer – so zu wählen, daß sie der Ausbreitungsökologie der Arten gerecht wird. Während aber nun Gruppen mit großem Aktionsradius (wie z.B. Libellen) diesbezüglich eher unproblematisch sind, gehören die Lurche zu den empfindlicheren Gruppen, deren Jahreslebensräume Radien von 100 m (Geburtshelferkröte) bis zu 2 bis 3 km (Erdkröte) aufweisen. Die Abstände der Laichplätze sollten daher 3 km nicht überschreiten (BLAB 1984); nach meiner Erfahrung sollten sie deutlich unter dieser Marke bleiben.

Das dargestellte Balver Projekt zielt vorrangig auf ein Verbundsystem naturnaher sich entwickelnder Stillgewässer. Denkbar und sinnvoll wäre der langfristige Aufbau eines mehrdimensionalen Systems, das auch andersartige Biotoptypen berücksichtigen und sie untereinander vernetzen würde, wobei die Auswahl der Lebensräume so erfolgen sollte, daß auf raumtypische Strukturen als Vorgaben zurückzugreifen wäre, die dann aber zusätzlich in einem ökologischen Wirkungsgefüge mit den Feuchträumen stehen müßten; zu nennen wären hier Berg-Erlenbrüche in den Quellmulden des Balver Waldes, Erlen-Eschenwälder in der Talaue der Bäche, extensiv bewirtschaftete Feuchtwiesen, Hochstaudenfluren im aufgegebenem Grünland u. a. m. Auch diese Bestrebungen sind im Untersuchungsgebiet bereits erkennbar, einmal unterstützt von Regelungen im Landschaftsplan, zum anderen durch behutsame, mit Beharrlichkeit betriebene forstliche Maßnahmen.

HEYDEMANN hat in einem Vortrag (1987) einmal die Zielrichtung des Naturschutzes mit folgenden Worten beschrieben: „Erhalt der typischen Artenzahl, der typischen Artenvielfalt und der typischen Häufigkeitsgrade von Organismen an dem typischen Standort, in ihrer typischen Verteilung über eine Region oder über Lebensräume.“ In diesem Sinn ist ein vernetztes System naturnaher Kleingewässer als ein effektives Instrument des Artenschutzes anzusehen.



## LITERATUR

- Blab, J.** (1984): Grundlagen des Biotopschutzes für Tiere. Bonn-Bad Godesberg
- Bussmann, M., R. Feldmann u. H.-O. Rehage** (1989): Nachweise des Bachhafts (*Osmylus fulvicephalus*) in Westfalen. Natur u. Heimat, 49 (im Druck)
- Feldmann, R.** (1976): Kleingewässer im Hönnetal. In: Festschrift Kreisheimattag Balve, S. 42–43
- Feldmann, R.** (1985): Das Kleingewässerprojekt NRW – Ergebnisse der Erfolgskontrolle im Regierungsbezirk Münster. In: Natur u. Heimat, 45 S. 8–16
- Galonske, D. u. B. Prill** (1985): Vom einzelnen Schutzgebiet zum großflächigen Biotopverbund. In: LÖLF-Mitt., 10 (4), S. 15–18
- Heydemann, B.** (1987): Über die Notwendigkeit von Biotop-Verbundsystemen. In: Naturlandstiftung Hessen, Symposiumsbericht, S. 58 – 77. Bad Nauheim
- Mader, H. J.** (1985): Die Verinselung der Landschaft und die Notwendigkeit von Biotopverbundsystemen. In: LÖLF-Mitt., 10 (4), S. 6–14
- Sukopp, H.** (1984): Vernetzte Biotopsysteme. Aufgaben, Zielsetzung, Problematik. In: Arten- u. Biotopschutz, Fachtagung Ministerium f. Soziales, Gesundheit u. Umwelt Rheinl.-Pfalz, S. 10–20
- Weber, R. u. U. Lederbogen** (1985): Kreis Unna: Einzelne Biotope werden zu einem Netz verknüpft. In: LÖLF-Mitt., 10 (4), S. 19–22



## Zur vorgeschichtlichen Besiedlung Südwestfalens

von Philipp R. H ö m b e r g , Olpe

Hans BECK, bis 1960 Leiter der Außenstelle Arnsberg des Westfälischen Landesmuseums für Vor- und Frühgeschichte (heute Westfälisches Museum für Archäologie – Amt für Bodendenkmalpflege) und anschließend dessen Direktor, hat anlässlich einer Tagung am Anfang der fünfziger Jahre einen Vortrag zum Forschungsstand der Besiedlung des Sauer- und Siegerlandes gehalten, den er in leicht veränderter Form 1951 in der Zeitschrift Westfalen publiziert hat.<sup>1)</sup> Nach beinahe vier Jahrzehnten und einer seit einiger Zeit sehr intensiven Beschäftigung mit der Vor- und Frühgeschichte des westfälischen Berglandes mag es recht sein, wiederum einen Überblick über den Forschungsstand zu geben, wobei ich mich auf einige Aspekte beschränken muß, um den hier vorgegebenen Rahmen nicht zu sprengen. Erfreulicherweise ist der jetzt vorgesehene geographische Arbeitsbereich identisch mit jenem von 1951, nämlich im Norden die Ruhr-Möhne-Linie und im Westen, Süden und Osten die Grenzen des Regierungsbezirkes Arnsberg, wodurch ein unmittelbarer Vergleich möglich wird. Auch heute noch sind viele Aussagen und Zusammenfassungen von Hans BECK gültig: in einigen Bereichen gibt es allerdings Veränderungen und Ansatzpunkte für eine weitergehende Differenzierung der Befunde.

Paläolithische Funde kennen wir auch heute nur aus den Höhlen des Sauerlandes. Neben den bei BECK<sup>2)</sup> genannten gibt es zusätzlich jetzt Funde aus der Honert-, der Feldhof-, der Burschen- und der Volkringhauser-Höhle, alle im Hönnetal, Märkischer Kreis, gelegen, leider aber auch alle aus „Raubgrabungen“ stammend, so daß sie lediglich als kaum aussagekräftige Einzel-funde gewertet werden müssen.

Erfreulicherweise ist es 1959 möglich gewesen, mit Hilfe der DFG in der seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts bekannten Balver Höhle, Stadt Balve, Märkischer Kreis, eine modernen Anforderungen genügende Ausgrabung durchzuführen, die von Klaus GÜNTHER geleitet wurde, wobei auch die älteren Befunde und Funde der Grabungen von B. BAHNSCHULTE eingebunden werden konnten.<sup>3)</sup> Stratigraphisch trennen ließen sich Schichten des Spät-Acheuléen, des Micoquien (älter als 50.000 Jahre), einer sog. Mammutschicht, und des Moustérien (älter als 35.000 Jahre). Neben diesen mitelpaläolithischen Schichten, die man den Neandertalern zuordnen kann, sind auch geringe Reste des Jungpaläolithikums vorhanden, nämlich in der sog. Rentierschicht, die dem Magdalénien (ca. 8000 v. Chr.) entspricht. Unter den Funden aus diesem jüngsten Paläolithikum ist eine heute leider verschollene Gravierung eines Pferdekopfes bemerkenswert.<sup>4)</sup> Funde von Knochenresten gaben Hinweise auf Höhlenbär, Höhlenhyäne, Wolf (?), Katze, Fuchs oder Marder (?), Wildpferd, wollhaariges Nashorn, Mammut, Ren und Hirsch. Das für die Herstellung von Artefakten benutzte Steinmaterial setzt sich mit 79,7 - 98,4 % aus Kieselschiefer, mit 1,1 - 18,2 % aus Grauwacke<sup>5)</sup> und nur mit 0,5 - 1,0 % aus dem sonst so oft gefundenen, hier aber ortsfremden Feuerstein zusammen, der über wenigstens 20 km Luftlinie herangeschafft worden sein muß.

Das bei BECK<sup>6)</sup> skizzierte Bild des Mesolithikums (Mittlere Steinzeit, ca. 8000-3500 v. Chr.) hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert und bedarf einer neuen Sicht. Zum einen hat sich die Zahl der bekannt gewordenen Fundplätze

in dieser Zeit mehr als verdoppelt, und zum anderen hat sich eine grundlegende Änderung bei ihrer Verbreitung ergeben. Während die 20 Fundplätze 1950 durchweg am nördlichen Rand unseres Arbeitsgebietes lagen<sup>7)</sup>, nämlich an der unteren Lenne, an der Ruhr/Möhne und in den Kalkgebieten der Hönne, verteilen sich jetzt die etwa 55 bekannten sicher mesolithischen Fundplätze<sup>8)</sup> in unterschiedlicher Konzentration über den gesamten Regierungsbezirk. Zwar haben sich die Funde in den bereits von BECK genannten Gebieten vermehrt<sup>9)</sup>, jedoch im eigentlichen Bergland, aus dem 1951 nur ein Fundplatz bekannt war, sind inzwischen in den Kreisen Siegen-Wittgenstein<sup>10)</sup>, Olpe<sup>11)</sup> und im Märkischen Kreis<sup>12)</sup> überproportional mehr Fundplätze dazugekommen. Auch im Hochsauerlandkreis konnte kürzlich eine weitere bis dato unbekannte Sammlung von dem seit Mitte der dreißiger Jahre bekannten Fundplatz auf dem Hallo<sup>13)</sup> bei Kalle, Stadt Meschede, wissenschaftlich erfaßt werden. Es handelte sich insgesamt um 4601 Steinartefakte, die zu 99 % aus schwarzem Kieselschiefer bestanden. Abschläge waren mit 2762, Kernsteine mit 158, behauene Stücke mit 98 vertreten. Hinzu kommen noch 5 Kratzer, 2 Stichel, 2 Bohrer, kantenretuschierte Abschläge und sonstige retuschierte Stücke.<sup>14)</sup> Man muß daher heute davon ausgehen, daß das ganze Sauer- und Siegerland im Mesolithikum – in wie auch immer gearteter Dichte – von sammelnden und jagenden Nomadenvölkern durchzogen wurde.

Neben diesen reinen Oberflächenaufsammlungen konnten an 2 Plätzen auch Ausgrabungen durchgeführt werden, und zwar 1972 in einer beim Straßenbau zwischen Attendorn und Finnentrop, Kr. Olpe, aufgesprengten Höhle, dem Fledermausloch, das von W. SHIRMER untersucht wurde.<sup>15)</sup> Aus der ältesten Schicht D stammen Funde, die vielleicht noch in das ausgehende Paläolithikum gehören; die Mehrzahl der aus dem Fledermausloch stammenden Werkzeuge ist jedoch dem feingerätigen Mesolithikum zuzuordnen. Interessant ist, daß etwa 30 % der vorhandenen Geräte aus dem sonst selteneren nordischen Flint gefertigt sind, einem ortsfremden Werkstoff, der hier immerhin über mehr als 40 km Luftlinie herantransportiert werden mußte.

Auch vom Wittig bei Netphen, Kr. Siegen-Wittgenstein, stammen Lesefunde (über 1000 Funde) der fünfziger Jahre, die sich über etwa 1 ha verteilten.<sup>16)</sup> Im Jahre 1984 wurde deshalb im Vorfeld kommender Bebauung eine kleine Fläche von 130 m<sup>2</sup> archäologisch untersucht<sup>17)</sup>, um eventuell Siedlungsspuren nachzuweisen, wie dies z. B. im Münsterland in Form von Hüttengrundrissen bereits gelang<sup>18)</sup>. Die örtlichen Gegebenheiten, nämlich Bodenerosion und eine sehr dünne, hinzu noch beackerte Humusabdeckung, hatten leider zu großen Störungen geführt und ließen keine Befunde erkennen. Die Grabung erbrachte allerdings weitere Funde aus dem Humusbereich und dem darunter liegenden verwitterten devonischen Schiefer. Es handelte sich um 2350 Artefakte, von denen 6,7 % retuschiert waren. Sie ermöglichten eine Datierung in das frühe Mesolithikum (um 7000 v. Chr.). Typologisch lassen sich die Funde vom Wittig nach ARORA<sup>19)</sup> der sog. Breitenborner Gruppe zuweisen.

Der gravierendste Wechsel in der Menschheitsgeschichte, nämlich der Übergang von nomadisierenden Jägern und Sammlern des Mesolithikums zu sesshaften Bauern des Neolithikums, zeichnet sich im Gebirge bisher nicht deutlich ab. Die in den nördlichen und östlichen Teilen Westfalens nachgewiesenen umfangreichen Siedlungsspuren in Form von regelrechten Dörfern mit Hausgrundrissen<sup>20)</sup> stehen im Gebirge noch aus. Einzelfunde sind zwar inzwischen in etwa dreifacher Menge vorhanden und streuen außerhalb eines deutlichen Schwerpunktes an der unteren Lenne mit fast gleichmäßiger Verteilung von der Winterberger Hochfläche bis nach Siegen hinein (Abb. 1 u. 2). Weiterführende Befunde kennen wir leider aus dem Sauer- und Siegerland bis heute noch nicht. Zwar deuten vereinzelt zusammen auftauchende Funde, wie etwa ein gemeinsam mit einem Walzenbeil aufgefundener Reib- und Läuferstein aus quartzitischem Sandstein von Lenne-stadt<sup>21)</sup>, Kr. Olpe, auf Siedlungen des Neolithikums hin, aber der direkte Beweis steht noch aus. In Neuenrade, Märkischer Kreis, konnte eine kleine Sondage niedergebracht werden, die aber leider wegen der starken Bodenerosion ohne Ergebnis blieb.<sup>22)</sup> Die

Ausführungen von Hans BECK zum Neolithikum<sup>23)</sup> haben also auch heute noch Bestand.

Bei der Verbreitung der endneolithisch/frühbronzezeitlichen Grabhügel<sup>24)</sup> haben sich hingegen gravierende Änderungen ergeben. BECKs Annahme, Grabhügel hätten sich nur im nördlichen Streifen an Ruhr/Möhne und Hönne befunden und im südlich anschließenden Gebirge müsse man wegen ihres Fehlens wohl von Flachgräbern ausgehen, hat sich nicht bestätigt. Gerade in den letzten Jahren sind allein zwischen Plettenberg und Neuenrade, Märkischer Kreis, sieben Grabhügel gefunden worden<sup>25)</sup>, je ein weiterer liegt sehr wahrscheinlich bei Grevenbrück-Hespecke<sup>26)</sup> und Milchenbach, beide Stadt Lennestadt, Kr. Olpe. Zudem hat sich die Zahl der bekannten Hügel im Bereich der Stadt Sundern, Hochsauerlandkreis, stark vermehrt (Abb. 3). Da alle diese Neufunde im wesentlichen auf zwei ehrenamtliche Mitarbeiter zurückzuführen sind, wird man doch davon ausgehen müssen, daß sich noch unbekannte Hügel in den zahlreichen Wäldern des Sauerlandes befinden. Lediglich aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein fehlen bis heute jegliche Hinweise auf diese Bestattungsform.

Bei den bronzezeitlichen Funden haben sich allerdings wenig Änderungen seit 1950 ergeben. Hinzugekommen sind einige Einzelfunde, so ein gelbgrün-fleckig patiniertes Bronzerandbeil von Alt-Astenberg<sup>27)</sup>, Stadt Winterberg, und ein bronzernes Rapierschwert von Deifeld<sup>28)</sup>, Stadt Medebach, Hochsauerlandkreis; beide seien stellvertretend für einige weitere genannt, weil sie aus bemerkenswert südlichen und hoch gelegenen Teilen des Sauerlandes stammen.

Während bei den bisher behandelten Perioden zwar eine starke Vermehrung der Fundplätze und des Fundgutes beobachtet werden konnte, nicht aber eine grundlegende Veränderung des Erscheinungsbildes, ist bei der Eisenzeit eine völlig neue Sicht angezeigt. Wenig erinnert noch an die bei BECK wiedergegebene Verbreitungskarte.<sup>29)</sup> Nimmt man die eisenzeitlichen Burgen heraus, die teilweise ebenfalls in der Kartierung enthalten waren<sup>30)</sup>, so verbleiben au-

ßerhalb des Altkreises Siegen nur einige wenige Fundstellen, bei denen es sich um Einzel- oder Depotfunde gehandelt hat.

Anders stellt sich das heutige Bild dar. Der alte Schwerpunkt um Siegen herum hat sich weiter aufgefüllt. Neben die bereits bei BEHAGHEL<sup>31)</sup> genannten 2 Schlüsselgräber von Wilnsdorf-Obersdorf und Siegen-Heidenberg sind 2 weitere Bestattungen in Neuenkirchen-Zeppenfeld<sup>32)</sup>, zusammen mit einem Haus- und einem Schmiedepodium<sup>33)</sup>, getreten. Aus Netphen-Deuz<sup>34)</sup> ist ein Friedhof der älteren vorrömischen Eisenzeit bekannt geworden und in Freudenberg-Alchen<sup>35)</sup>, Siegen-Oberschelden und Siegen-Eiserfeld sind eisenzeitliche Podien mit Bauungs- bzw. Verhüttungsspuren ergraben worden<sup>36)</sup> (Abb. 4).

Diese weitere Verdichtung der eisenzeitlichen Fundpunkte im Siegener Raum steht heute aber in Südwestfalen nicht mehr allein. Neben einigen Einzelfunden, wie z. B. der schönen Bronzesitula aus Gevelinghausen, Stadt Olsberg, Hochsauerlandkreis<sup>37)</sup>, sind vor allem im ehem. Altkreis Wittgenstein starke Veränderungen eingetreten, die gleichzeitig ein bezeichnendes Licht auf die Gründe für einen guten oder schlechten Forschungsstand werfen.

Kannte man 1950 nur die 5 eisenzeitlichen Burgen Aue, Hesselbach, Wemlinghausen, Laasphe und Dotzlar<sup>38)</sup>, so kam erstmals 1963 eine Siedlungsstelle in Bad Laasphe-Banfe hinzu. Der intensiven Geländearbeit örtlich interessierter Personen verdanken wir nun seit Mitte der siebziger Jahre über 100 weitere Fundstellen der vorrömischen Eisenzeit, Fundstellen, die in die Zeit zwischen der Spätstufe D der Hallstattzeit und die ausgehende Latènezeit fallen (Abb. 5).

Inzwischen war es auch möglich, an verschiedenen Plätzen kleinere Ausgrabungen durchzuführen, bei denen neben Siedlungen der Latènezeit<sup>39)</sup> auch erstmals ein Gräberfeld der ausgehenden Hallstattzeit (Stufe D) in Erndtebrück-Birkefehl teilweise erforscht wurden.<sup>40)</sup> Damit hat sich allein die Zahl der bekannten Bestattungen der vorrömischen Eisenzeit im heutigen Kreis Siegen-Wittgenstein innerhalb weniger Jahre von 2 auf etwa 75 erhöht. Diese durch örtliche Geländearbeit gute Fundsituation im

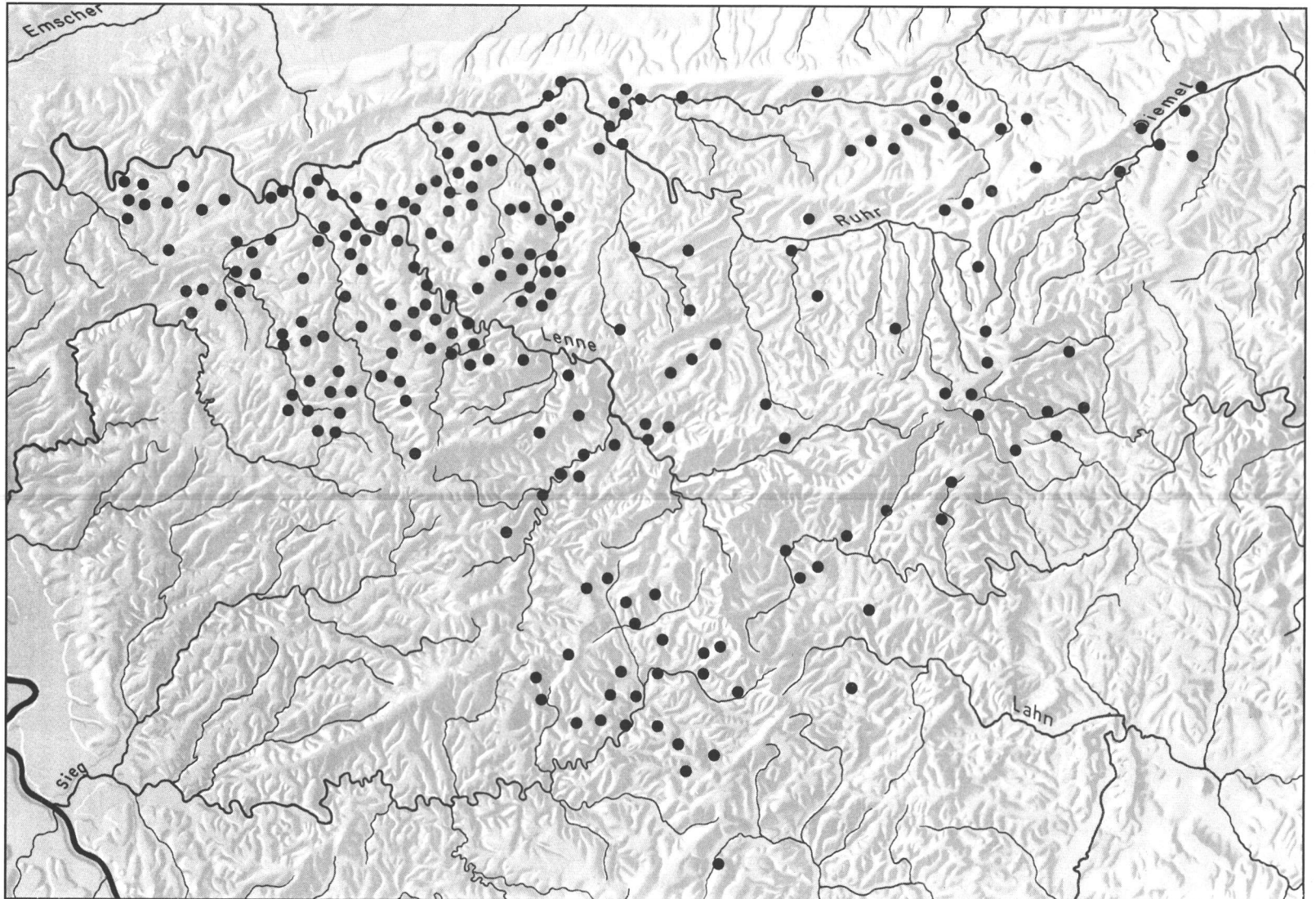


Abb. 1: Verteilung geschliffener Steinbeile (Stand 1989)

0 7 14 km



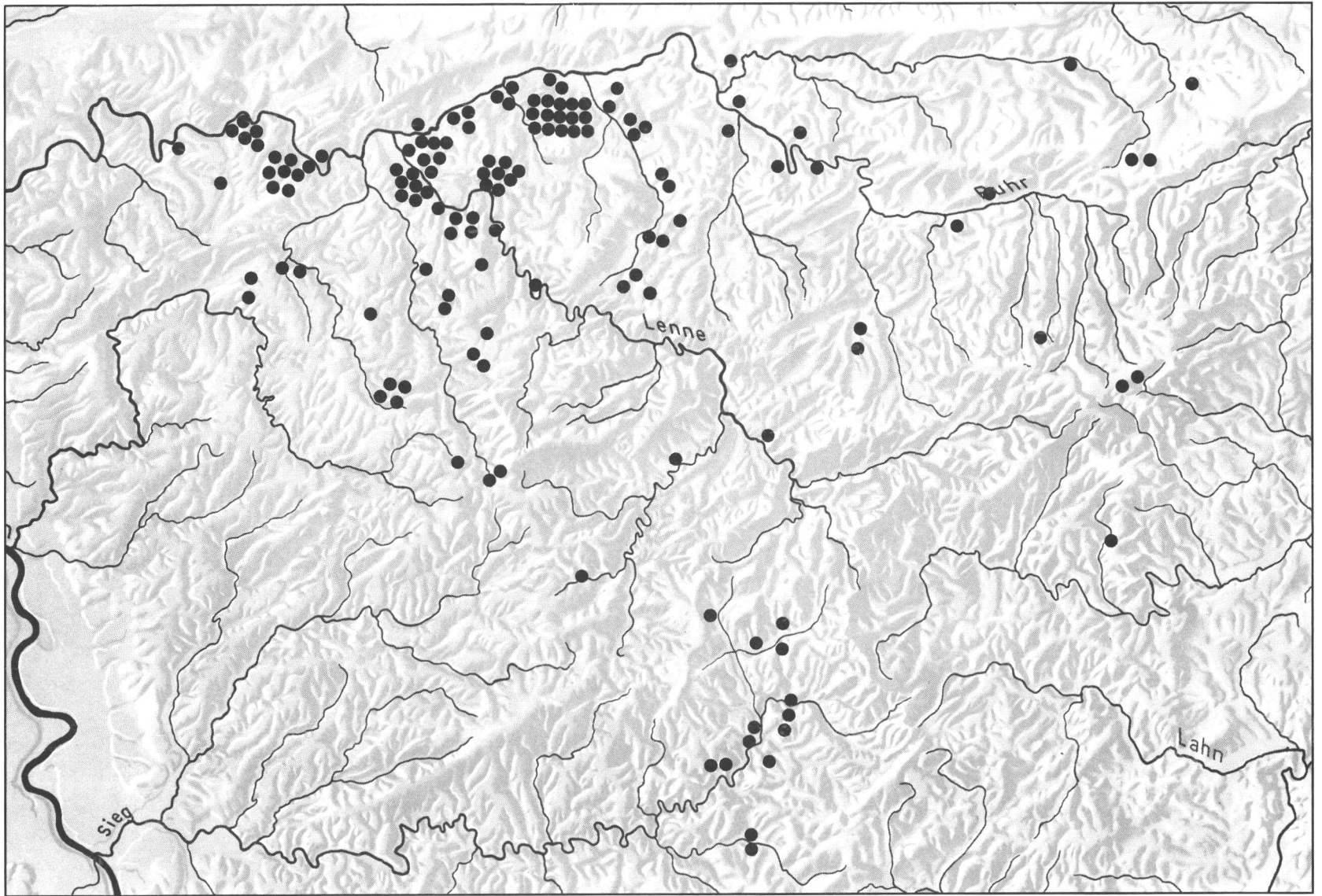


Abb. 2: Verteilung geschliffener Steinbeile (nach BECK 1951)

0 6 12 km

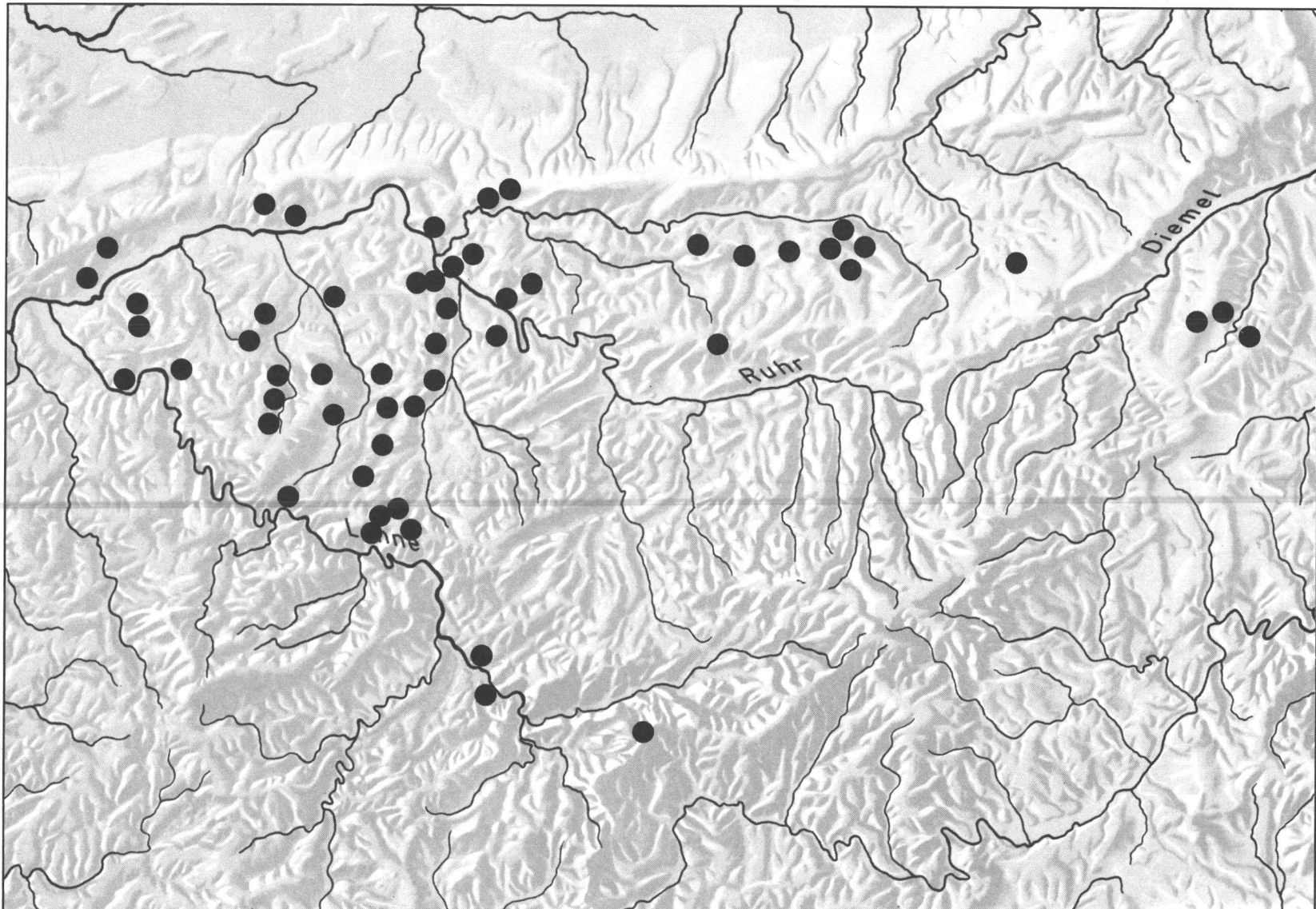


Abb. 3: Grabhügel im Sauerland

0 5 10km



Kreis Siegen-Wittgenstein, nämlich umfangreiche Hinweise auf latènezeitliche Besiedlung im Umkreis der hier liegenden Burgen dieser Zeit, machen es sehr wahrscheinlich, daß wenigstens auch in jenen Teilen des südwestfälischen Berglandes mit Siedlungen und Gräbern zu rechnen sein wird, aus denen Burgen der Eisenzeit bekannt sind. Dies sind aus dem Kreis Olpe der Hofkühl bei Oberveisdede<sup>41)</sup>, die Kahle bei Meggen<sup>42)</sup>, der Weilenscheid bei Elspe<sup>43)</sup>, alle Stadt Lennestadt, und aus dem Hochsauerlandkreis der Wilzenberg bei Kloster Grafschaft<sup>44)</sup>, Stadt Schmalleberg, die Schiedlike Borg bei Freienohl<sup>45)</sup>, Stadt Meschede, und die Bruchhauser Steine<sup>46)</sup>, Stadt Olsberg<sup>47)</sup>.

Betrachtet man die Jahrhunderte nach Christi Geburt, so sind ebenfalls Veränderungen im Forschungsstand gegenüber 1950 festzustellen, allerdings fällt ihre Wertung auch heute noch schwer. Vermehrt haben sich die römischen Fundmünzen, die jetzt nicht mehr allein nördlich der Ruhrlinie, sondern auch in den südlich angrenzenden Bereichen vorhanden sind (Abb. 6). Aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis kennen wir heute 9 Fundstellen, darunter 2 Schatzfunde, die beide Mitte des 4. Jahrhunderts in den Boden gekommen sein müssen. Aus dem Hochsauerlandkreis sind es 26 Münzen verschiedener Fundstellen, aus dem Märkischen Kreis 9, aus dem Kreis Olpe 5 und aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein 4, wiederum mit einem im ersten Drittel des 4. Jahrhunderts in den Boden gekommenen Depot.<sup>48)</sup>

Von Interesse erscheint neben der geographischen die zeitliche Verteilung. Aus den Jahrhunderten vor Chr. Geb. kennen wir aus dem südwestfälischen Bergland 7 Münzen, u. a. ein Goldstater (Viertel) der Mittelrheinischen Kelten, der um 1975 bei Bad Berleburg, Kr. Siegen-Wittgenstein, gefunden wurde.<sup>49)</sup> Aus dem 1. Jahrhundert sind 12, aus dem 2. Jahrhundert 13, aus dem 3. Jahrhundert 19 und aus der danach folgenden Zeit (ohne Berücksichtigung von römischen Münzen in frühgeschichtlichem Kontext, z. B. Grabfunden) 17 Münzen bekannt. Die Anzahl Fundstellen römischer Münzen hat sich hier mehr als verfünffacht, und sie treten annähernd häufig in allen Jahrhunderten der Römischen Kaiserzeit auf.<sup>50)</sup> Die

se Verteilung der römischen Fundmünzen im Sauer- und Siegerland hat bis heute allerdings kaum eine Entsprechung durch andere archäologische Befunde. H. Beck hat 1951 die wenigen bekannten Fundstellen genannt<sup>51)</sup>; mit einer Ausnahme hat sich nicht viel geändert.

Lediglich in Balve-Garbeck, Märkischer Kreis, konnten – von Oberflächenfunden ausgehend – archäologische Untersuchungen durchgeführt werden, bei denen Teile einer Siedlung der Römischen Kaiserzeit, wahrscheinlich der 1. Hälfte des 1. Jahrhunderts n. Chr., aufgedeckt wurden. Neben zahlreichem Fundgut, u. a. 9 pyramidenförmige Bleibarren, vergleichbar dem von Beck 1951 bereits genannten Bleibarren von Brilon<sup>52)</sup>, konnte erstmals im Gebirge ein kompletter Hausgrundriß von 17 m Länge und 6 m Breite freigelegt werden.

Auch für die sich anschließenden Jahrhunderte bis um 800 n. Chr. Geb. wurden bisher keine nennenswerten neuen archäologischen Erkenntnisse gewonnen. Die Anzahl der frühgeschichtlichen Friedhöfe hat sich gegenüber 1951 nicht vermehrt.<sup>53)</sup>

Im vorstehenden ist versucht worden, einen **Überblick über den Forschungsstand 1989** im Vergleich mit den 1950 zur Verfügung stehenden Erkenntnissen zu geben. Hans Beck hat 1951 versucht, mögliche Gründe für die damals noch zahlreicheren Lücken im Fundgut aufzuzeigen. Neben der nicht auszuschließenden Möglichkeit der Abwanderung der Bevölkerung des Sauerlandes zu bestimmten Zeiten der Vor- und Frühgeschichte betont er vor allem natürliche Gründe, nämlich den großen Anteil von Wald- und Grünflächen und daneben die starken Denudationserscheinungen, Überlagerungen der Siedlungen mit starken Lehmschichten, verursacht vielleicht durch umfangreiche Kahlschläge für die Gewinnung von Holzkohle in der näheren Umgebung. Er schließt mit den Worten: „Das bedeutet aber, daß Oberflächenfunde gerade im Bereich der bevorzugten Siedlungslagen kaum erwartet werden können“.<sup>54)</sup>

Hier wird man heute vorsichtiger formulieren müssen. Bei den wenigen 1950 zur Verfügung stehenden Fundstellen erschien es

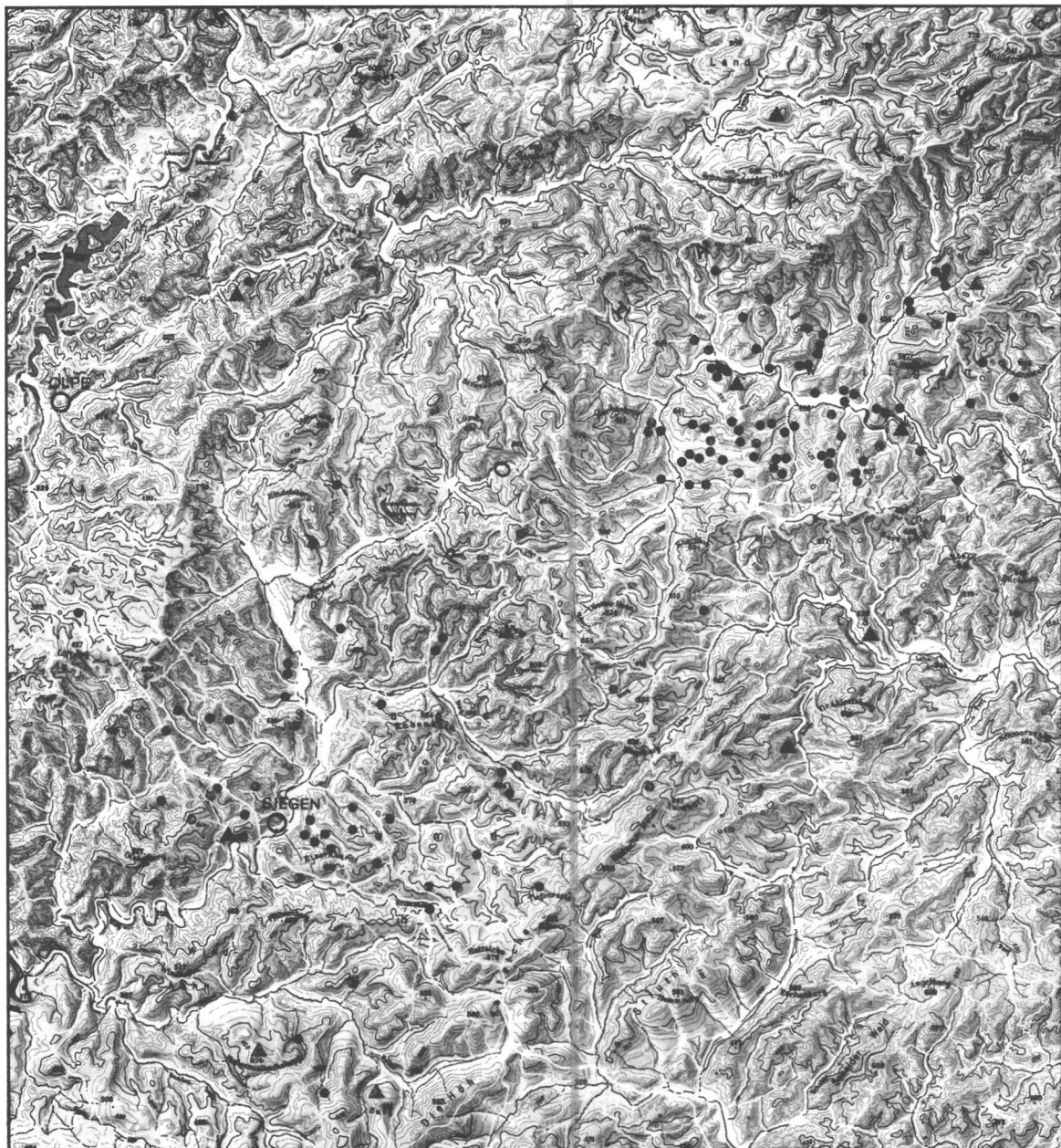


Abb. 4: Eisenzeitliche Fundplätze in den Kreisen Olpe und Siegen-Wittgenstein 0 3 6km  
 (Dreieck: Burg; Kreis: Siedlung oder Friedhof)

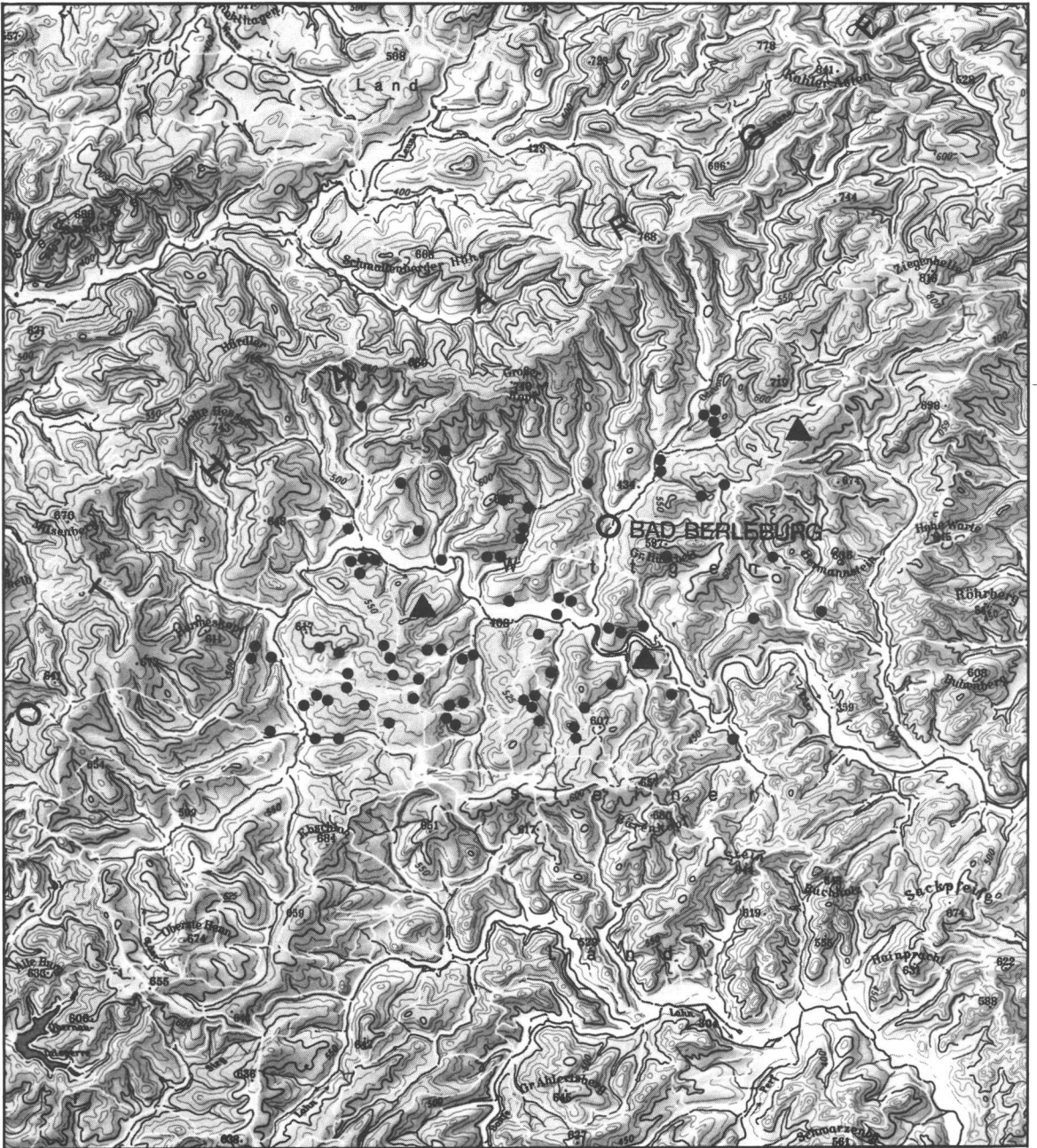


Abb. 5: Verteilung der eisenzeitlichen Fundstellen in Bad Berleburg, Kreis Siegen-Wittgenstein



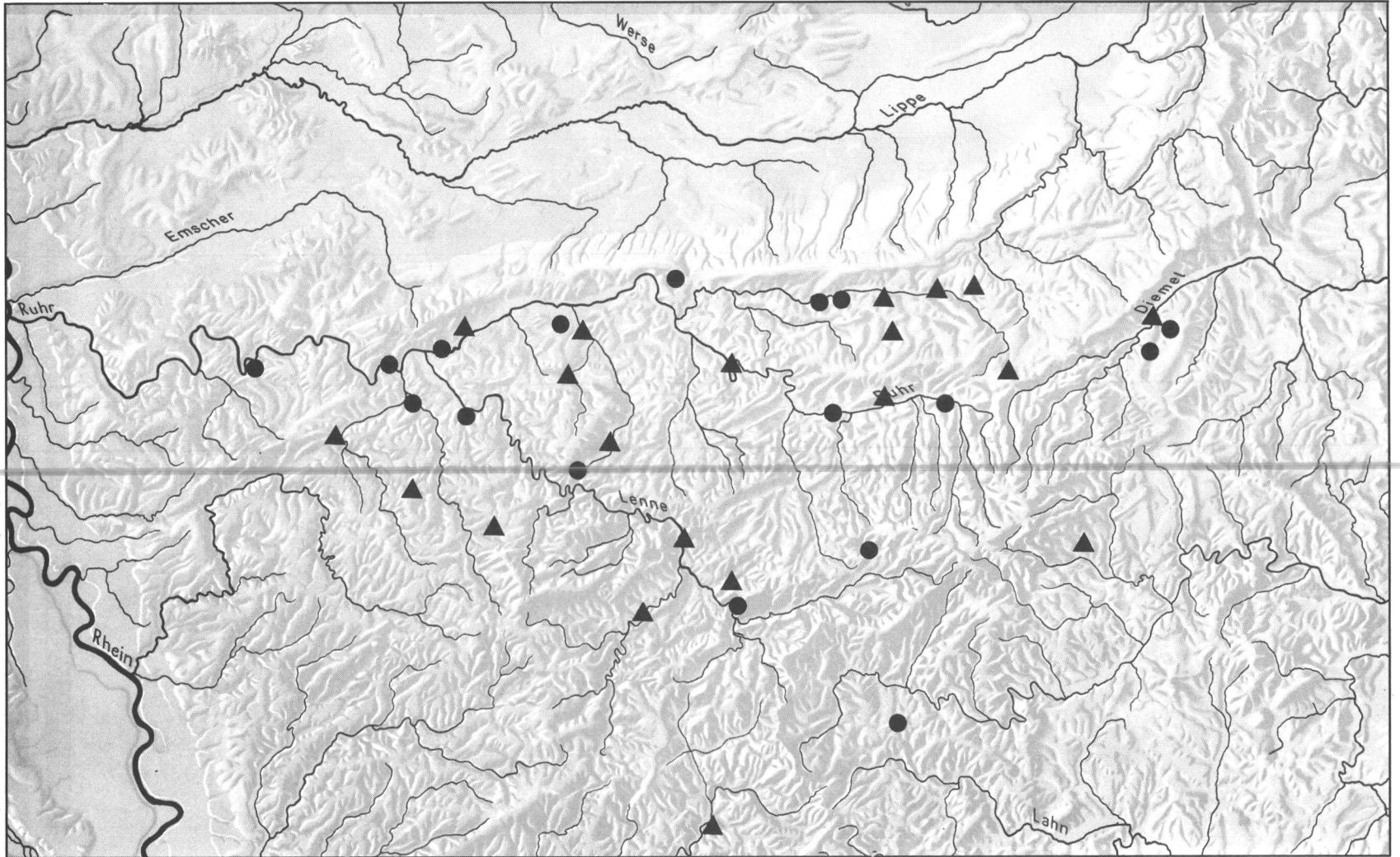
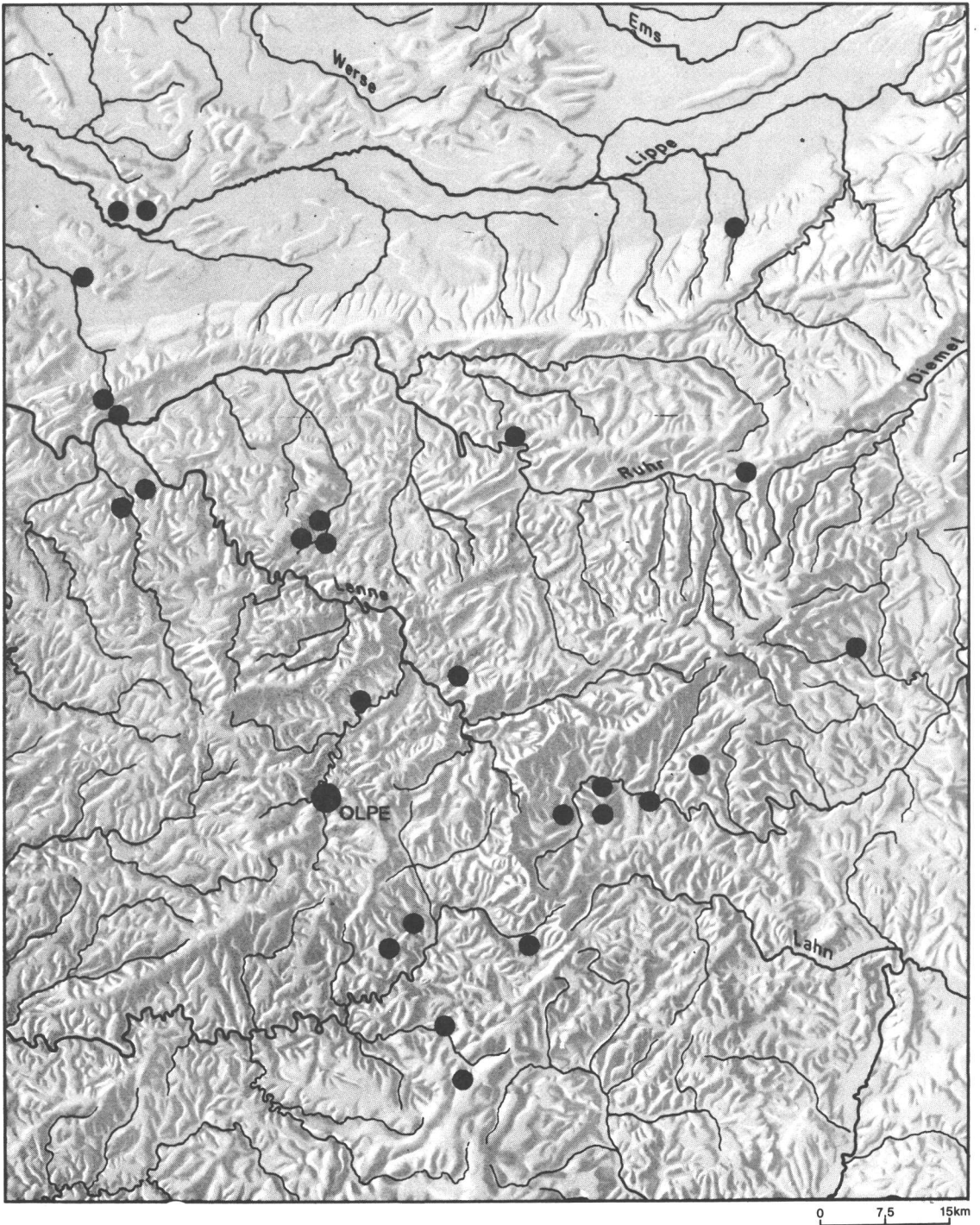


Abb. 6: Verteilung römischer Münzen im Sauerland

0 8 16 km



**Abb. 7: Grabungsplätze der Außenstelle Olpe des Westfäl. Museums für Archäologie  
 – Amt für Bodendenkmalpflege – seit 1982**

einfacher, von „bevorzugten Siedlungslagen“ zu sprechen. Inzwischen wissen wir, daß dieser Terminus, zumindest bei den besser bekannten Fundstellen der vorrömischen Eisenzeit, nicht mehr benutzt werden kann. Gerade hier hat sich gezeigt, daß Fundstellen sich in Geländelagen befinden, von denen wir aus unserer heutigen Sicht niemals annehmen würden, der vorgeschichtliche Mensch könne an diesen gesiedelt und gelebt haben wollen. So liegt die eisenzeitliche Siedlung Bad Berleburg-Christianseck bei 615 m NN, der hallstattzeitliche Friedhof Erndtebrück bei 520 m NN und der eisenzeitliche Friedhof von Netphen-Deuz bei 400 m NN; die gegebenen Beispiele sind beliebig vermehrbar.<sup>55)</sup>

Die Grabungen haben allerdings auch immer wieder gezeigt, daß in beackerten Bereichen, wie bereits von Hans Beck angenommen, mit einer starken Bodenerosion zu rechnen ist. Die Urnen des Friedhofes Birkefehl waren in der Regel bis zum Bauchumbruch bereits durch den Pflug zerstört oder aber durch das Gewicht der Maschinen zusammengedrückt. Gleiches gilt für die zahlreichen Oberflächensammlungen, die nur dadurch möglich wurden, weil vor allem der moderne mit Hydraulik versehene Pflug tief in den Boden eingreift und dabei die hoch liegenden Funde berührt. Es ist daher höchste Zeit, diese durch Hochpflügen gefährdeten Plätze zu ergraben und auszuwerten, damit diese archäologischen Quellen nicht über kurz oder lang ganz „verschwinden“. Wir hätten dann wirklich das Bild einer Siedlungsleere vor uns.

Bei der Beurteilung der „Siedlungslücken“ sollte eine weitere Tatsache nicht unberücksichtigt bleiben: Der Forschungsstand in der Archäologie ist abhängig von der Intensität, mit der der Archäologe in einer

Landschaft arbeiten kann. Westfalen hat 1939 deshalb für die beiden Regierungsbezirke Detmold und Arnberg Außenstellen eingerichtet, um „vor Ort“ sich schneller um Bodendenkmäler kümmern zu können. In Arnberg hat diese nur wenige Monate bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bestanden und war danach zwischen 1947 und 1960 lediglich mit einem Wissenschaftler und einer Halbtagschreibkraft versehen. Als Hans Beck 1960 nach Münster ging, wurde die eigenständige Außenstelle aufgegeben und die Bodendenkmalpflege im Regierungsbezirk Arnberg zwischen 1960 und 1982 wieder nur von Münster aus betreut. Lange Anfahrtswege und damit verbundener Zeitaufwand sind aber noch nie einer Ausgrabung förderlich gewesen, und daher erstaunt es nicht, daß es in dieser Zeit nur einige wenige Ausgrabungen südlich der Ruhr-Möhne-Linie gegeben hat, sieht man einmal von den von August Stieren initiierten Burgengrabungen ab. Grabungen waren bei diesen Entfernungen halt nur mit sehr viel mehr Aufwand machbar, und die vorhandenen Böden erleichterten die Arbeit auch nicht gerade.

Seit der 1982 wieder eingerichteten Außenstelle<sup>56)</sup>, jetzt in Olpe, haben sich Grabungen (Abb. 7), Funde und Befunde in einer Art vermehrt, daß sich unser Bild über die Vor- und Frühgeschichte des westfälischen Berglandes schnell zu verändern und zu ergänzen beginnt. So sind mehr als die Hälfte der eingetragenen Fundpunkte erst seit 1982 in die Karten gekommen, neben mesolithischen solche der Eisenzeit und des hohen Mittelalters mit seinen zahlreichen Fundstellen der Eisenverarbeitung. Für die anderen Perioden unserer Vorzeit dürfte dies in der Zukunft ebenfalls zu erwarten sein, erste Ansätze sind zumindest schon erkennbar.

#### Anmerkungen

- 1) BECK 1951
- 2) BECK 1951, 9
- 3) GÜNTHER 1964
- 4) ANDREE 1930
- 5) Der Anteil der Grauwacke ist in den verschiedenen Schichten sehr unterschiedlich.
- 6) BECK 1951, 9-10
- 7) BECK 1951, 11 Karte 1

- 8) Zu diesen zählen noch etwa 190 weitere Fundorte, bei denen nicht sicher zwischen Mesolithikum oder Neolithikum unterschieden werden kann bzw. die beiden Perioden angehören können.
- 9) Als Beispiel aus jüngerer Zeit etwa Burgberg bei Oestrich, Stadt Iserlohn, Märkischer Kreis (FRANK 1988)
- 10) SÖNNECKEN 1962
- 11) HEYERMANN 1987
- 12) SÖNNECKEN 1955 u. 1985

- 13) Vgl. BECK 1951, 10 Anm. 12, 13
- 14) AFWL 6, 1989; im Druck
- 15) Vgl. Beitrag K. GÜNTHER in AFWL 2, 1985, 48-54
- 16) SÖNNECKEN 1962
- 17) Die örtliche Grabungsleitung hatte Thomas FRANK (vgl. auch FRANK 1987).
- 18) GÜNTHER 1973 a
- 19) ARORA 1973 u. 1976
- 20) Z. B. Bochum (BECK 1954, GÜNTHER 1973) oder Deiringsen-Ruploh (GÜNTHER 1976)
- 21) LUKANOW 1984, 157 Nr. 49
- 22) Die Sondage, ausgehend von Oberflächenfunden auf der westlichen Hönneterrasse, erbrachte lediglich einige nicht deutbare Verfärbungen. Interessant war ein dabei aufgefundenes Steinbeilfragment, bei dem es sich um die 2. Hälfte eines vor Jahren geborgenen Oberflächenfundes handelt.
- 23) BECK 1951, 10-12
- 24) BECK 1951, 14 u. Karte 7
- 25) In 2 zur Kontrolle angegrabenen Hügeln war der Nachweis von Bestattungen möglich. In einem waren Reste eines Baumsarges erkennbar, aus dem anderen stammen Leichenbrandreste, kleine Kupfer- teile und einige wenige Scherben.
- 26) LUKANOW 1964, 160 Nr. 54; aus der näheren Um- gebung stammt eine oberflächenretuschierte gestiel- te Pfeilspitze (a.a.O., Abb. 11).
- 27) LUKANOW 1988, 41 Abb. 29,1
- 28) BECK 1959; LUKANOW 1988, 41 Abb. 29, 31
- 29) BECK 1951, 21 Karte 11
- 30) Burg bei Aue, Burg bei Laasphe, Alte Burg bei Net- phen (alle Kr. Siegen-Wittgenstein) und Wilzenberg (Hochsauerlandkreis)
- 31) BEHAGHEL 1938 u. 1949, 103 u. Taf. 34 C, D
- 32) LAUMANN 1984; in Zeppenfeld konnte auch erst- mals im westfälischen Mittelgebirge eine aus einem Gräbchen bzw. einem Steinkranz bestehende Grab- einhegung nachgewiesen werden.
- 33) LAUMANN 1986
- 34) Die Ausgrabungen dauern noch an; bisher konnten 33 Bestattungen geborgen werden; vgl. Neujahrs- gruß 1989, 33.
- 35) FRANK/LAUMANN 1988
- 36) AFWL 7 (in Vorbereitung)
- 37) JOCKENHÖVEL 1974
- 38) BECK 1951, 21 Karte 11; kartiert sind Burgen von Aue und Laasphe
- 39) AFWL 3, 1985, 213 ff; AFWL 4, 1986, 282-289
- 40) HEIDINGER 1988
- 41) LUKANOW 1984, 160-162
- 42) LUKANOW 1984, 165-166
- 43) LUKANOW 1984, 158-159
- 44) HÖMBERG 1986
- 45) Atlas 1920, 29 u. Plan XI
- 46) WINKELMANN 1983
- 47) Aus dem übrigen Sauerland, dem Märkischen Kreis, dem Ennepe-Ruhr-Kreis und der kreisfreien Stadt Hagen sind bisher keine eisenteitlichen Burgen be- kannt geworden; aber auch hier haben sich die Fun- de der Eisenzeit vermehrt, insbesondere an der obern Hönne (Neuenrade, Balve, Märkischer Kreis).
- 48) Zahlen im wesentlichen nach KORZUS 1972 (mit einzelnen Nachträgen nach ILISCH 1983 ff.)
- 49) AFWL 5, 1987, 817 Nr. 7 mit Abb. 4
- 50) H. BECK hat verschiedentlich bei der Interpretation der wenigen Münzen am nördlichen Gebirgsrand des Sauerlandes Überlegungen dahingehend angestellt, ob es sich bei ihnen um sekundär in den Boden gelangte Funde handeln könne. Die immer stärker werdende Dichte, die flächendeckende Verteilung und die Tatsache, daß es sich bei Münzen um sehr markante Fundobjekte handelt, läßt einen solchen Schluß aus heutiger Sicht nicht mehr zu.
- 51) BECK 1951, 22 Anm. 74
- 52) BAW 7, 1950, 111 Nr. 1130; BECK 1951, 22 A. 74; Abb. bei LUKANOW 1988, 13 ff, Nr. 18, 9 u. 10
- 53) BECK 1951, 23 mit Anm. 76-83. Lediglich die Zahl der Bestattungen im Friedhof Berghausen, Stadt Meschede, Hochsauerlandkreis, hat sich nach einer weiteren Ausgrabung vermehrt; neue Friedhöfe sind aus dem Sauer- und Siegerland nicht bekannt ge- worden.
- 54) BECK 1951, 24
- 55) Bereits BÖTTGER (1934, 163) hat im Rahmen sied- lungsgeographischer Überlegungen die Vermutung geäußert, daß der Gedanke der Tallage einem neue- ren Denken entspreche, während in Wirklichkeit die älteren Siedlungen „um 600 m“ NN liegen würden. Er konnte diese These allerdings nur mit mittelalter- lichen, heute im Wald liegenden Wüstungen stützen.
- 56) Die Außenstelle verfügt über 3 Wissenschaftler, 1 Assistentin, 1 Zeichner, 1 Vermessungstechniker, 5 Grabungstechniker und 1 Grabungsarbeiter.

## LITERATUR

AFWL (1983 ff.): Ausgrabungen und Funde in Westfa- len-Lippe. Im Auftrag des Landschaftsverbandes West- falen-Lippe, hg. v. B. Trier. Westfäl. Museum f. Archäo- logie – Amt für Bodendenkmalpflege – Mainz

Andree, J. (1930): Die erste Aurignacien-Gravierung in Deutschland. In: IPEC 6, S. 109-110.

Arora, S. K. (1973): Mittelsteinzeitliche Formengruppen zwischen Rhein und Weser. In: St. K. Kozłowski (Hg.): The Mesolithic in Europe, S. 9-22

Arora, S. K. (1976): Die mittlere Steinzeit im westlichen Deutschland und in den Nachbargebieten. In: Beiträge zur Urgeschichte des Rheinlandes, 2, Rheinische Aus- grabungen 17, S. 1-65

Biermann, F. u. J. H. Schmedding (Hg.) (1920): Atlas vor- und frühgeschichtlicher Befestigungen in Westfa- len. Hg. i. A. der Altertumskommission für Westfalen.

Bodenaltertümer Westfalens (1929 ff.): Berichte des Westfälischen Museums für Archäologie – Amt für Bo- den Denkmalpflege – 1 ff.

Beck, H. (1951): Zur vor- und frühgeschichtlichen Be- siedlung Südwestfalens. In: Westfalen, 29, S. 9-26.

- Beck, H.** (1952): Die vor- und frühgeschichtliche Besiedlung des Sauer- und Siegerlandes nach archäologischen Quellen. Niederschrift über die Verhandl. der Arbeitsgemeinschaft für westdeutsche Landes- und Volksforschung (Bonn) in Siegen vom 13. - 15. Okt. 1952. o. J., S. 17-22
- Beck, H.** (1953): Die Vor- und Frühgeschichte. In: Das Herz des märkischen Sauerlandes, S. 31-35.
- Beck, H.** (1954): Ein Großhaus mit Rössener Keramik in Bochum-Hiltrop, Grenze Bochum-Herne. In: *Germania*, 32, S. 260-269
- Beck, H.** (1955): Die jungsteinzeitlichen Funde des Siegerlandes. In: *Siegerland*, 32, S. 71-81
- Beck, H.** (1959): Älterbronzezeitliches Rapierschwert von Deifeld, Kr. Brilon. In: *Germania*, 37, S. 271. Vgl. auch Abb. in Beiheft 1 der Ausgrabungen und Funde. 1988, 41 Abb. 29, 31
- Beck, H.** (1959 a): Frühlatènezeitliche Schmiedelepläze in Klafeld, Kr. Siegen. In: *Germania*, 37, S. 284-285
- Beck, H.** (1959 b): Frühlatènezeitliche Siedlungsgrube in Deuz, Kr. Siegen. In: *Germania*, 37, S. 281-282
- Beck, H.** (1965): Der Waffenfund vom Ringwall auf dem Wilzenberg bei Grafschaft. In: *Studien aus Alteuropa*. Festschrift K. Tackenberg, 2: Beihefte der Bonner Jahrbücher, 10/II, S. 135-141
- Behaghel, H.** (1938): Ein Grabfund der Spätlatènezeit von Obersdorf, Kr. Siegen. In: *Marburger Studien*, Festschrift G. v. Merhart, S. 1-8
- Behaghel, H.** (1949): Die Eisenzeit im Raume des rechtsrheinischen Schiefergebirges
- Böttger, H.** (1934): Gang der frühesten Besiedlung des Siegerlandes. In: *Westfalen*, 19 = *Bodenaltertümer Westfalens*, 3, S. 159-170.
- Frank, Th.** (1987): Der mesolithische Oberflächenfundplatz auf dem Wittig bei Netphen, Kr. Siegen-Wittgenstein. In: *AFWL*, 4, S. 1-32
- Frank, Th.** (1988): Der vermischte Oberflächenfundplatz auf dem Burgberg bei Letmathe-Oestrich, Märkischer Kreis. In: *AFWL*, 5, S. 437-470
- Frank, Th./H. Laumann** (1986): Ein latènezeitliches Podium, bei Freudenberg-Alchen, Kreis Siegen-Wittgenstein. In: *AFWL*, 5, S. 195-204
- Günther, Kl.** (1964): Die altsteinzeitlichen Funde der Balver Höhle. *Bodenaltertümer Westfalens*, 8
- Günther, Kl.** (1973): Eine neue Variante des mittelneolithischen Trapezhauses. In: *Germania*, 51, S. 41-53
- Günther, Kl.** (1973 a): Der Federmesser-Fundplatz von Westerkappeln, Kr. Tecklenburg. In: *Bodenaltertümer Westfalens*, 13, S. 5-67
- Günther, Kl.** (1976): Die jungsteinzeitliche Siedlung Deiringsen/Ruploh in der Soester Börde. *Ergebnisse der Grabungen bis 1970*. *Bodenaltertümer Westfalens*, 16
- Hachmann, R.** u. a. (1962): Völker zwischen Germanen und Kelten. *Schriftquellen, Bodenfunde und Namengut zur Geschichte des nördlichsten Westdeutschland um Chr. Geb.*
- Heidinger, A. H.** (1988): Das eisenzeitliche Gräberfeld von Birkefehl, Gemeinde Erndtebrück, Kr. Siegen-Wittgenstein. Mit Beiträgen von B. Herrmann u. H. Laumann. In: *AFWL*, 5, S. 121-178
- Heyermann, J.** (1987): Mesolithische Funde von der mittleren Lenne. In: *AFWL*, 4, S. 33-38
- Hömberg, Ph. R.** (1975): Vor- und frühgeschichtliche Wallburgen im Arnsberger Raum. Vor- und Frühgeschichte des Arnsberger Raumes. In: *Städtekundliche Schriftenreihe über die Stadt Arnsberg*, S. 19-56
- Hömberg, Ph. R.** (1983): Die Hünenburg bei Meschede, Hochsauerlandkreis. *Frühe Burgen in Westfalen*, 1
- Hömberg, Ph. R.** (1983 a): Borbergs Kirchhof bei Brilon, Hochsauerlandkreis. *Frühe Burgen in Westfalen*, 2
- Hömberg, Ph. R.** (1985): Jäckelchen bei Helden. *Frühe Burgen in Westfalen*, 5
- Hömberg, Ph. R.** (1986): Der Wilzenberg bei Kloster Grafschaft, Stadt Schmallenberg, Hochsauerlandkreis. *Frühe Burgen in Westfalen*, 6
- Ilisch, P.** (1983 ff): Münzfunde. *Ausgrabungen und Funde in Westfalen-Lippe*, 1 ff
- Jockenhövel, A.** (1974): Eine Bronzeamphore des 8. Jh.s v. Chr. von Gevelinghausen, Kr. Meschede (Sauerland). Mit einer Einführung von H. Beck. In: *Germania*, 52, S. 16-54
- Korzus, B.** (1972): Die Fundmünzen der römischen Zeit in Deutschland. Abteilung VI Nordrhein-Westfalen, Bd. 5, Arnsberg (FMRD VI, 5)
- Laumann, H.** (1984): Zwei spätlatènezeitliche Urnengräber aus Neunkirchen/Zeppenfeld, Kr. Siegen. *Studien zu Siedlungsfragen der Latènezeit*. In: *Veröff. des Vorgesichtlichen Seminars Marburg*, 3, S. 107-116
- Laumann, H.** (1986): Ein spätlatènezeitlicher Schmiedeleplätz von Neunkirchen-Zeppenfeld, Kr. Siegen-Wittgenstein. In: *Ausgrabungen und Funde in Westfalen-Lippe*, 3, S. 49-57
- Lukanow, S.** (1984): Fundchronik für den Kreis Olpe 1948-1980. In: *Ausgrabungen und Funde in Westfalen-Lippe*, 2, S. 137-176
- Lukanow, S.** (1988): Fundchronik Hochsauerlandkreis 1948-1980. Beiheft 1 der *Ausgrabungen und Funde in Westfalen-Lippe*
- Sönnecken, M.** (1955): Die mittlere Steinzeit im westlichen Sauerland. In: *Der Märker*, 4, S. 29-32
- Sönnecken, M.** (1962): Funde von Steingeräten mesolithischer Wildbeuter im Siegerland. In: *Siegerland*, 39, S. 41-48
- Sönnecken, M.** (1985): Funde aus der Mittel-Steinzeit im märkischen Sauerland. *Veröff. des Heimatbundes Märkischer Kreis*, 7
- Stieren, A.** (1959): Ältere Bauweisen in jüngeren Ringwällen Westfalens. In: *Germania*, 37, S. 308-318
- Stieren, A.** (1962): Die Ausgrabungen in der Oldenburg bei Laer. Ein Vorbericht. In: *Westfalen*, 40, S. 3-37
- Winkelmann, W.** (1983): Die Bruchhauser Steine bei Olsberg, Hochsauerlandkreis. *Frühe Burgen in Westfalen*, 3



# Die Wüstung Silbeke an der Grenze des Herzogtums Westfalen

von Maria Willeke, Gelsenkirchen

## 1. Lage

Die wüstgefallene Höfelandschaft *Silbeke* lag auf der Nordabdachung des östlichen Haarstrangs. Sie erstreckte sich zwischen den Ursprungsbereichen der Wester- und der Osterschledde, die hier, nahezu parallel, in nördlicher Richtung zur Hellwegebene hin verlaufen. Von den acht größeren periodischen Trockentälern zwischen Soest und Geseke sind sie nach Osten die letzten.<sup>1</sup> Die Westerschledde ist zwar ein unbedeutender Wasserlauf, aber sie eignete sich als unverwischbare Markierung zu Grenzzwecken. So trennte sie in fränkischer Zeit das Erpesfeld vom Almegau, und seit dem Hochmittelalter galt sie als, zwar umstrittene, Grenze zwischen dem kölnischen Herzogtum Westfalen und dem Hochstift Paderborn. Heute folgt ihr annähernd zwei Kilometer die Kreisgrenze zwischen Soest und Paderborn, die hier zugleich die Regierungsbezirke Arnsberg und Detmold trennt.

Das große und das kleine Silbekerfeld reichten im Westen bis an die bewaldete Grenzregion am rechten Talhang der Westerschledde. Nach Osten zu ist ihre einstmalige Reichweite nicht eindeutig festzulegen. Ein Schnadprotokoll um 1700 beschreibt es so: „Auf der kölnischen Seite liegende Gehölze sind das Brandenholz, der Clüsener, der Sievern; daran nach Osten anschließend das große und das kleine Silbekerfeld.“<sup>2</sup> In der Gegenwart hat nur noch das große Silbekerfeld diese Flurbezeichnung. Südlich des ehemaligen kleinen Silbekerfeldes verläuft der Haarhöhenweg. Jenseits der Wegführung senkt sich das Gelände zum Hemmergrund und zur Gosse und weiterhin zum Almetal bei Weine (Abb.

1). Hier beginnt mit dem Almebergland das Nordsauerland.<sup>3</sup>

## 2. Naturlandschaftliche Einbindung

Der östliche Haarstrang gehört zur Westfälischen Bucht. Er bildet anteilig den schräggestellten Südrand der westfälischen Kreidemulde. Von der Haarhöhe zur Hellwegebene stehen in wechselnder Ausprägung die Schichten des Turon an.<sup>4</sup> Der Haarstrang ist somit eine Schnittfläche, auf der es jedoch nicht zur Ausbildung von Schichtstufen gekommen ist, weil die Härteunterschiede zwischen den einzelnen Fazies zu gering sind. Zudem geht die Erosion in die nördliche Abdachungsrichtung, entgegen dem westsüdwest-ostnordöstlichen Streichen der Schichten. Der Schichteinfall nach Norden ist gering, er beträgt 3–5° im Durchschnitt am Westrand des Meßtischblattes Büren.

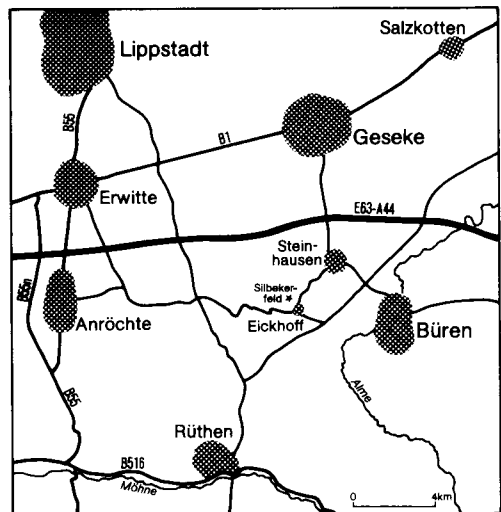


Abb. 1: Lage des Untersuchungsgebietes

Im Silbekerfeld und seinem Umland steht als zweitälteste Schichtenfolge des Turon der klüftige Lamarckipläner an. Südöstlich des Dorfes Eickhoff sind mehrere Erdfälle, hier Kuhlen oder Schwalgen genannt. Die größte unter ihnen war die *Duwelskuhle*, ehemals Ort eines Freistuhles. Sie hatte einen Durchmesser von 10 m, eine Tiefe von 4–6 m und war mit Eichen und wilden Kirschbäumen bewachsen. Auf ihrem Boden gab es einen stets wasserführenden Spring.<sup>5</sup> Dies ist die landesübliche Bezeichnung für die schwachen Quellen im Karst. Vor einem Vierteljahrhundert wurde die *Duwelskuhle* beim Wegebau zugeschüttet.

Ummerklich senkt sich die Hochfläche im Silbekerfeld von 290 m im Süden und Südosten auf 220 m im Norden und Nordwesten. Die Zergliederung durch Erosion ist infolge der Klüftigkeit des Kalkgesteins gering. Im Bereich einer Spalte, die diese Hochfläche diagonal von Südsüdost nach Nordnordwest quert, lagen am Dorf Eickhoff der Schulten- und der Neiten-Spring. Ein dritter befand sich an der nordwestlichen Ausbuchtung des Silbekerfeldes, unmittelbar neben dem Ruthenbach und dem Jühenteich. Alle drei Springe sind heute verrohrt und zugeschüttet. In drei Gräben oder Gossen, archivalisch Gotten oder Flotegotten genannt, steht nurmehr nach starken Regengüssen Wasser. Ursprünglich entwässerten sie zur Westerschledde.

Diese schmalen Erosionsrinnen durchziehen als schwach eingesenkte Bodenfurchen das kleine Silbekerfeld, heute Siewern genannt. Im übrigen Silbekerfeld fällt einzig nach Norden zu, zum Ruthenbach hin, eine zwar breite, aber sehr flache Quellmulde ein, an die sich eine ebenso flache, annähernd 700 m lange Senke anschließt. Hier floß vor der Verrohrung gesammelt Oberflächenrinne ab<sup>6</sup>, und zwar im wesentlichen Bodenwasser, das in der Quellmulde an vielen Stellen aus dem klüftigen Plänerkalk kam, wo er nahe der Erdoberfläche auf Mergel stieß.

Diese Bodenfeuchte in der Quellmulde gab wohl der nachmaligen Wüstung *Silbeke* den Namen: Indogermanisch „sil“ bezeichnet ein sumpfiges Gelände, aus dem sich ein Bach speist.<sup>8</sup>

Eine Ausnahme ist der heute verlandete Jühenteich, der als einzige offene Wasserstelle für die Huden ringsum wichtig war. Unmittelbar an der ehemaligen Territorialgrenze gelegen, war er im 18. Jahrhundert Streitobjekt in lokalen Auseinandersetzungen. Die Herren von Hörde als Parteigänger des Erzstiftes Köln koppelten ihre Landansprüche an die kölnischen Territorialforderungen.

Eine Kartenaufnahme von 1839<sup>9</sup> zeigt die Wasserverhältnisse im Silbekerfeld kaum günstiger als sie es in der Gegenwart sind. Aus dem Nordbereich des großen Silbekerfeldes verliefen in jener Zeit noch drei Gotten in Richtung auf den Ruthenbach; zwei von ihnen sind als periodische Abflüsse gekennzeichnet. Auch die Länderrollen aus dem 17. und 18. Jahrhundert sind ohne Hinweis auf günstigere Wasserverhältnisse.

Ein Verkarstungsprozeß als wesentliche Ursache für den spätmittelalterlichen Wüstungsvorgang ist nicht aus den Archivalien abzulesen. Jedoch läßt sich ein ursächlicher Bezug sehen zwischen der Wasserarmut auf dieser klüftigen Kalkhochfläche und der mittelalterlichen Siedlungsentwicklung: Der Mangel an fließendem Wasser verhinderte zu jeder Zeit eine dichtere und kontinuierliche Besiedlung des Silbekerfeldes und seines Umlandes.

### 3. Geschichtliche Einbindung in das Herzogtum Westfalen

„Das Bistum Paderborn hat lange Zeit in der Hauptstoßrichtung der kölnischen Expansionspolitik gelegen, die, Paderborns Westgrenze bedrängend und es südlich und nördlich umfassend, auf die Erfüllung der 1180 übernommenen dukalen Oberherrschaftsansprüche zwischen Rhein und Weser hinarbeitete.“<sup>10</sup>

Die so gekennzeichnete Politik prägte die Geschichte eines Grenzraumes rechts der Westerschledde zwischen Langenstraße, Eringerfeld und Eickhoff. Hier, an der westlichen Diözesangrenze, besaß das Bistum Paderborn seit Beginn des 11. Jahrhunderts Grafenrechte. Im Jahr 1011 war *Silbiki*<sup>11</sup>, westlicher Teil des Almegauens in der Grafschaft des Hahold, durch kaiserliche Schenkung an Paderborn gekommen.<sup>12</sup> Als

nach dem Tode des Grafen Ludolf im Jahr 1021 auch dessen Anteil am Almegau der Paderborner Bischofskirche übereignet wurde, gewann sie nicht nur Grafenrechte, sondern bekam auch die Verfügungsgewalt über die Einkünfte aus der Grafschaft und das Recht, einem bischöflichen Ministerialen die Verwaltung zu übertragen.<sup>13</sup> Damit sah Bischof Meinwerk den Einfluß Paderborns an der Westgrenze der Diözese gesichert.

Im Jahr 1180 gewann das Erzstift Köln das Herzogtum Westfalen und Engern. Seither beanspruchte es auch die Herzogsgewalt im Hochstift Paderborn. Den Anspruch festigten die Kölner Erzbischöfe durch Anlage und Ausbau ummauerter Plätze wie Brilon, Rüthen und Geseke an der Nordostgrenze des Erzstiftes.<sup>14</sup> Als Bischof Simon von Paderborn im Gegenzug Salzkotten befestigte, die Nachbarstadt von Geseke, brach im Jahr 1254 die erste in einer langen Kette von Bischofsfehden und Fehden ihrer Parteigänger aus, die über Silbeke im Grenzgebiet beider Territorien hinweggingen. Sie lösten in dieser frühen Ackerregion in einer Zeitspanne von drei Jahrhunderten einen Entsedlungsprozeß aus.

Von Bedeutung war, daß in die Regierungszeiten starker Persönlichkeiten unter den Kölner Erzbischöfen, die den Anspruch auf das Hochstift Paderborn nicht aufgaben, der lange Niedergang des Hauses Büren fiel, das seine Rechte nicht wahrnahm und den Schutz der Westgrenze seiner Herrschaft nicht leistete. Die Lage zwischen Fernwegen (drei Hellwege und der Haarhöhenweg) exponierte das Silbekerfeld verkehrsgeographisch und machte es in Kriegs- und Fehdezeiten zum Durchgangsgebiet von Truppen.

Namentlich genannt wird das Silbekerfeld in einem Bericht über die paderbornisch-kölnische Fehde von 1410 – 1415, die vermutlich folgenschwerste für Silbeke.<sup>15</sup> Christoff Brandis, Bürgermeister in Rüthen und Erbsälzer in Werl, schreibt im Jahr 1650 in der „Geschichte der Stadt Rügen“ von dem „beschwerlichem Kriegh, so Anno 1410 zwischen Erzbischoven Fridrichen von Sarwerdt undt Wilhelm von Berge, Bischoven zu Paderborn sei entstanden, bey welchem überauß viele Desolationen undt

Ehlende sein verhengt. Ein Dorf Zybigersfeldt samt Hußinghusen sein gantzlich untergangen“.

Aufschluß über Verwüstungen im Silbekerfeld durch Territorialkriege geben auch die Abgabelisten des Klosters Böddecken bei Paderborn, das hier über bedeutende Ländereien verfügte. Zwischen 1439 und 1441 kommen keine Kornlieferungen aus Silbeke ein.<sup>16</sup> Es ist die Zeit, als Erzbischof Dietrich von Köln durch päpstliche Verfügung das Hochstift Paderborn noch einmal bestätigt bekommt und mit seinen Parteigängern unter Führung des Johann von Spiegel seinen Anspruch gegen das Domkapitel unter Lubbert Westfal durchzusetzen versucht. Dabei wird das Land an der paderbornisch-kölnischen Grenze abermals verheert. Nach Ende des Krieges, im Jahr 1441 des Sonntags vor Kreuzauffindung, findet in Silbeke eine sogenannte Weisung statt, bei der die „Erben zu dem Silbeke“, so Junker Bernd von Büren, Remfert de Clusener, Henrich Afrot, Cort von Langenstraße, die Nonnen aus dem Kloster Holthausen bei Büren, Canoniker aus dem Kloster Böddecken, sich mit den Pächtern treffen, um die Grenzen der Ländereien neu festzulegen. Offensichtlich waren sie durch die Verwüstung des Landes nicht mehr kenntlich.<sup>17</sup> Auch zwischen 1445 und 1448 blieben die Äcker in Silbeke „wegen des soestischen Krieges un bebaut“.<sup>18</sup>

Bei Ausbruch der Soester Fehde hatte der Erzbischof Dietrich von Köln seinen Verzicht auf das Hochstift Paderborn erklärt. Dies bedeutete nicht den Verzicht auf das Silbekerfeld und die Anerkennung der Westerschledde als Territorialgrenze.

Annähernd hundert Jahre danach wird aktenkundig, daß das Herzogtum Westfalen Huldigung, Landsteuer und Schatzung in Silbeke beansprucht.<sup>19</sup> Der Landdrost von Westfalen, Bernhard Graf zu Nassau und Herr zu Beilstein, rechtfertigt im Jahr 1536 in einem Schreiben an den Edelherr Berndt von Büren die Pfändung im Weiler Eickhoff in der Herrschaft Büren, da die kölnischen Untertanen dort keine Land- und Türkensteuer zu zahlen gewillt seien und dem Erzbischof die Huldigung verweigert hätten.

Der Kleinweiler *Eickhoff* war infolge des Wüstungsprozesses als neues Siedlungsgefüge zwischen 1450 und 1500 im Osten des kleinen Silbekerfeldes entstanden, wo es günstigere Wasserverhältnisse gab.

In den Akten eines nun beginnenden Prozesses werden die Eingesessenen von *Eickhoff* „die Hausleute auf dem Silbekerfeld“ genannt.<sup>20</sup> Die Schatzungsliste des Herzogtums Westfalen von 1565 vermerkt *Eickhoff* als Silbekerfeld.<sup>21</sup> Die Schatzherren als Bevollmächtigte des Erzbischofs und Kurfürsten von Köln beanspruchten den Kleinweiler *Eickhoff* als zahlungspflichtig, nachdem die Höfe im Silbekerfeld wüstgefallen waren und keine Steuer mehr erbrachten. Im Jahr 1536 hatte der Edelherr *Berndt* von Büren die Eintreibung der Landsteuer verhindern können, für das Jahr 1565 gelang die Befreiung nicht. Die sieben Eingesessenen von *Eickhoff* zahlten eine Summe von vierzehn Gulden und zwei Ort, was zur damaligen Zeit dem Wert von 24 Schweinen oder 108 Gänsen entsprach.<sup>22</sup> Zwischenzeitlich war vor dem Reichskammergericht zu Speyer ein Urteil ergangen, das den Edelherrn *Johann* von Büren mit einer Geldstrafe belegte.<sup>23</sup>

Verursacht wurde der Streitfall durch einen Überfall, den die Eingesessenen von *Eickhoff* nächtens auf den Gorichter *Hermann Prangen* aus Rüthen und seine Reitertruppe verübten, als sie sich auf dem Rückweg nach Rüthen in der Nähe der Grenze befanden. In einem der Reiter hatte man den Beauftragten erkannt, der anlässlich der Weigerung zu zahlen, Pferde in *Eickhoff* gepfändet hatte. Man bedrohte die Reitertruppe „mit gespannter Feuerbüchse“ und nahm die Rüthener kurzfristig fest. Der Edelherr von Büren stand zu seinen Untertanen, denn für die Schatzung in *Eickhoff* hielt er sich für zuständig.

Der kaiserliche Gerichtsherr *Karl V.* gab der Klage des Erzbischofs von Köln statt und sah in dem nächtlichen Überfall einen Landfriedensbruch. Wie wichtig die Auseinandersetzung genommen wurde, beweist die Tatsache, daß *Johann* von Büren bei Verweigerung der Strafzahlung die Reichsacht angedroht wurde.

Die Ursache für die Strittigkeit der Grenzziehung im Silbekerfeld ist wesentlich in den grenzüberschreitenden Gerichtsverhältnissen zu sehen, wie sie seit den Schenkungen Kaiser *Heinrichs II.* von 1011 und 1021 bestanden. Die Freigrafschaftsrechte in *Silbeke* waren vom Hochstift Paderborn über die Grafen von Schwalenberg-Waldeck an die Edelherrn von Büren gekommen, als sie den Schwalenbergern im 12. Jahrhundert als Vögte im Hochstift Paderborn beigeordnet waren.<sup>24</sup>

Nach 1300 hatten die Edelherrn die Freigrafschaft an der Westgrenze ihrer Herrschaft Büren bereits an die Knappen von *Langenstraße* verlehnt, obgleich der Gerichtsbezirk bis an die Landwehr der Stadt Büren reichte.<sup>25</sup> Die Freigrafschaft hieß nun *Langenstraße-Eiden* und erstreckte sich mit acht Freistühlen und achtzehn Hufen Freistuhland beiderseits der *Westerschledde*, mit dem weitaus größeren Anteil im Herzogtum Westfalen. Von den acht Freistühlen lagen nur der „by der *Duwelskuhlen*“ und der „*tom Silbeke*“ in der Herrschaft Büren und damit im Hochstift Paderborn. Der Freistuhl „*tom Silbeke*“ wird bei einem Weiterverkauf der Grafschaft an die Grafen von *Rietberg* im Jahr 1472 nicht mehr aufgeführt. Fünf Hufen Freistuhland in *Hedinghausen* und den Wüstungen *Rekelincusen* und *Silbeke* waren rechts der *Westerschledde* gelegen.<sup>26</sup> Wenn ein Schnadprotokoll von 1699 berichtet, daß der *Weiler Eickhoff* jährlich ein Freistuhlhuhn und einige Mudt Freistuhlhafer ins Kölnische gebe, gilt dies für die Hofstätte des *Kriener*, der als *Schöffe* (*Schaffensmann*) das Freistuhlgericht in *Eiden* mitzuhalten hatte und dafür zwanzig Morgen Freistuhland erblich besaß.<sup>27</sup> Das Unvermögen der Edelherrn von Büren, ihre Interessen im Westen der Herrschaft Büren zu wahren, zeigt sich in der Übertragung des Hofes *Roldinghusen*, wüstgefallen bei der *Duwelskuhle*, an das Erzstift Köln im Jahr 1386<sup>28</sup>; deutlicher noch in einem Güterverkauf von 1394: *Dietrich* von *Hörde* auf *Haus Störmede*, ansässig westlich des *Silbekerfeldes* und Parteigänger des Erzstiftes, kauft von den *Bürener Edelherrn* den *Duwelsacker* vor *Roldinghusen* und das südlich angrenzende *Wewelsholz*.<sup>29</sup> Der Wert beider Güter bestand

in ihrer unmittelbaren Nähe zu dem östlichsten Freistuhl in der Freigrafschaft Langenstraße-Eiden. SEIBERTZ verweist darauf, daß die Freigerichte in diesem Teil Westfalens der stärkste Machtnachweis für die Kölner Erzbischöfe gewesen seien, da ihnen hier der geschlossene Grundbesitz fehlte.<sup>30</sup> Falls wie vermutet die Freigrafschaft Langenstraße-Eiden sich mit dem Gogericht Rütthen flächenmäßig deckte, lag Silbeke fraglos in dessen Zuständigkeit.<sup>31</sup> Die Stadt Büren als bedeutender Landeigner im Silbekerfeld seit Mitte des 15. Jahrhunderts und auch die Eingesessenen von Eickhoff zahlten jährlich Gohafer nach Rütthen.<sup>32</sup>

Als im Jahr 1454 der letzte Ministeriale auf dem Silbekerfeld, Johann von Affrode, sein Familienerbe an die Stadt Büren verkaufte, wurden sowohl das Gogericht in Büren als auch in Rütthen bemüht.<sup>33</sup> In einem Schnadprotokoll von 1700 wird vermerkt, daß „unter dem Sievern (kleines Silbekerfeld) die in die arnsbergische Kellnerei certo censo pflichtigen Knickländer herauschießen“.<sup>34</sup> Als im Jahr 1551 zu Geseke Verhandlungen um die Zugehörigkeit des Silbekerfeldes zwischen Kölner und Paderborner Räten stattfanden, führte die Paderborner Seite als Beweis für ihr Besitzrecht an, daß die Herren von Büren als Hintersassen des Hochstiftes Paderborn die Gerichtsbarkeit über Blutrunst im Silbekerfeld besäßen.<sup>35</sup> Es werden Fälle aus den letzten zehn Jahren aufgeführt, in denen jedoch das Gericht der Edelherren weder Urteile fällt noch vollstreckte, sondern nur als Ordnungshüter fungierte. Die Argumentation konnte also nicht überzeugen. Beispiele stehen dafür, daß die Überschneidung richterlicher Befugnisse im Silbekerfeld und die dadurch verursachte doppelte Besteuerung und Schatzung bis in das 18. Jahrhundert hinein bestanden hat.

#### 4. Geschichte der wüstgefallenen Höfe im Silbekerfeld

Ausgelöst durch Verleihung der Grafschaftsrechte an das Bistum Paderborn in den Jahren 1011 und 1021 und durch die Übereignung des Herzogtums Westfalen an das Erzbistum Köln im Jahr 1180, setzte in *Silbeke* ein Geschehensablauf ein, der im wesentlichen Zerstörung bedeutete. Um

1500 war das Land an der Grenze siedlungsleer.

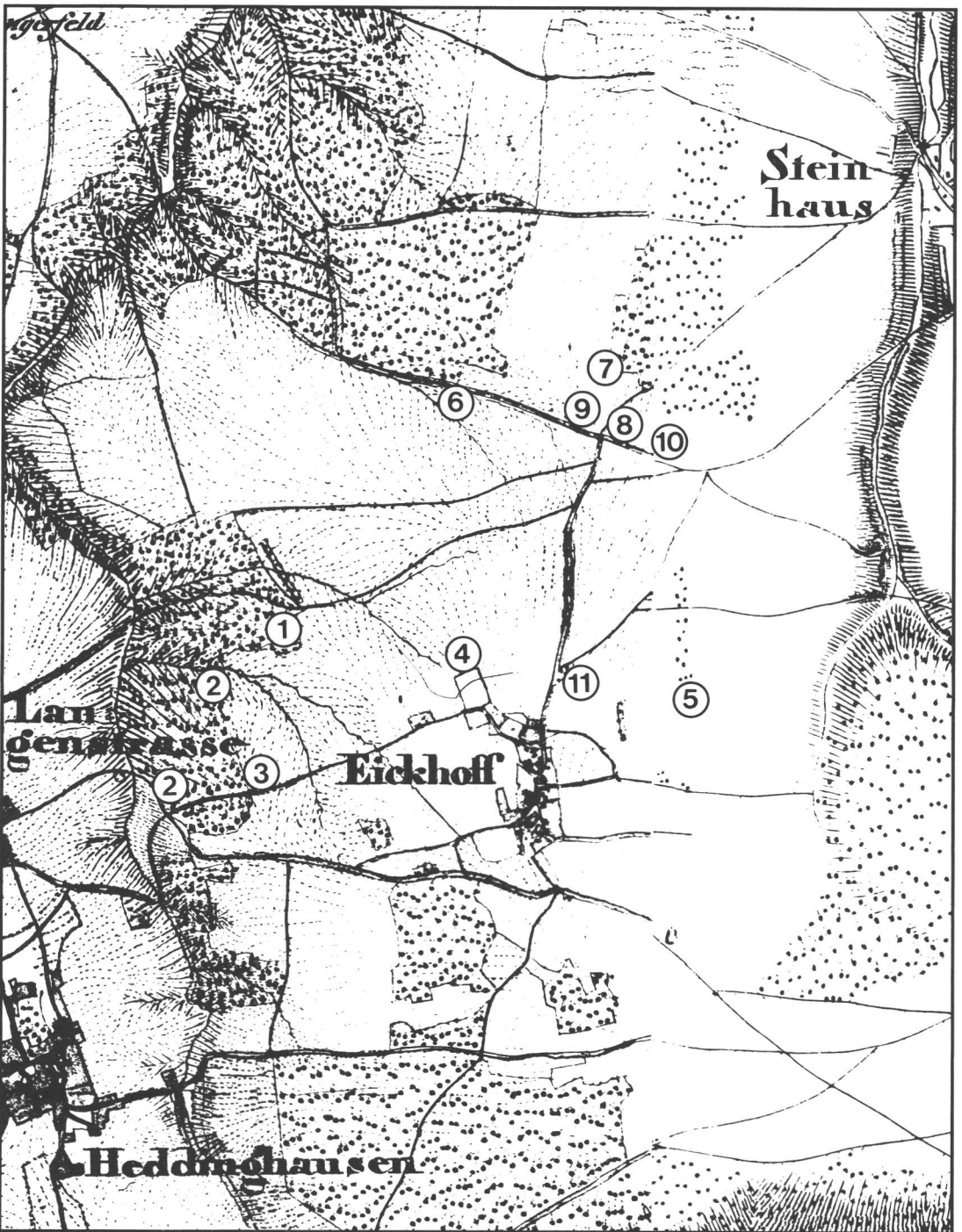
Im folgenden wird, als Ergebnis einer langjährigen Archivarbeit, die Geschichte der wüstgefallenen Höfe in Silbeke aufgezeichnet (vgl. Abb. 2).

Die Erschließung begann an der Westerschledde. Die Siedler folgten entweder der Schledde aufwärts durch die marca sturmithi in der Hellwegebene, oder sie kamen von Westen über den Höhenweg auf der Kammlinie des östlichen Haarstrangs. Oberhalb der hochwasserfreien Talaue begannen sie im waldbedeckten Gelände zu roden, wo sie auf die hochwertigen Böden des nachmaligen Silbekerfeldes stießen. Es bleibt erstaunlich, wie man dort zu roden ansetzte, wo bis zur Gegenwart die höchste Bodengüte innerhalb dieser Region besteht. Die Siedler haben den Waldboden auf die Sämlinge hin geprüft, sie haben ihn zwischen den Fingern zerrieben und – so der Bodenkundler Dr. LAMPARSKI von der Universität Freiburg – ihn auf der Zunge geschmeckt.

Die Auswertung der Archivalien ergibt, daß die ersten dieser Höfe in Ausrichtung auf das Schleddetal angelegt wurden; man blieb also nahe am Wasser. Nach Osten zu rodete man die Ackerflur, die mit Ausnahme des Ekhofes siedlungsleer blieb.

In ihrem nordöstlichen Randbereich ist eine Gruppe von vier Höfen bezeugt<sup>36</sup>, die in einem Anhörungsprotokoll von 1437 *Alten-silbeke* genannt wird.<sup>37</sup> Zu einem der Höfe, dem „Hof zum großen Silbeke“, gehörten „kerkhof und capellenstede“.<sup>38</sup> Vermutlich war er um 1200 Sitz einer Ministerialenfamilie, die mit Eylfridus de Silbeke als Zeuge in der Gründungsurkunde der Stadt Büren von 1195 unter den Ministerialen der Edelherren von Büren genannt wird.

Diese Höfegruppe war wegeorientiert. Sie lag in einem Waldeinschnitt linksseitig eines Fernweges, der im Norden an dem Feld von Silbeke entlangführte. Dieser Lipperweg (Abb. 3), auch Steinweg genannt, verband die östliche Hellwegebene mit dem Almetal bei Büren. An der nordwestlichen Ausbuchtung des Silbekerfeldes verließ der Lipperweg die Waldregion und den Tal-



1. Puttmerichus (Puttinghusen)
2. Zwei Hofgelände zu Rekelinghusen
3. Woldbodenhof
4. Trumphenhof
5. Walrawenshof
6. Ekhof

7. Schonenlo
8. Hof zum großen Silbeke
9. Unbenannte Hofstelle
10. Unbenannte Hofstelle
11. Lütteken Silbeck

Grundlage: Urmeßtischblätter Effeln-4416 und Büren-4417

0 250 500m

Abb. 2: Die wüstgefallenen Höfe in Silbeck

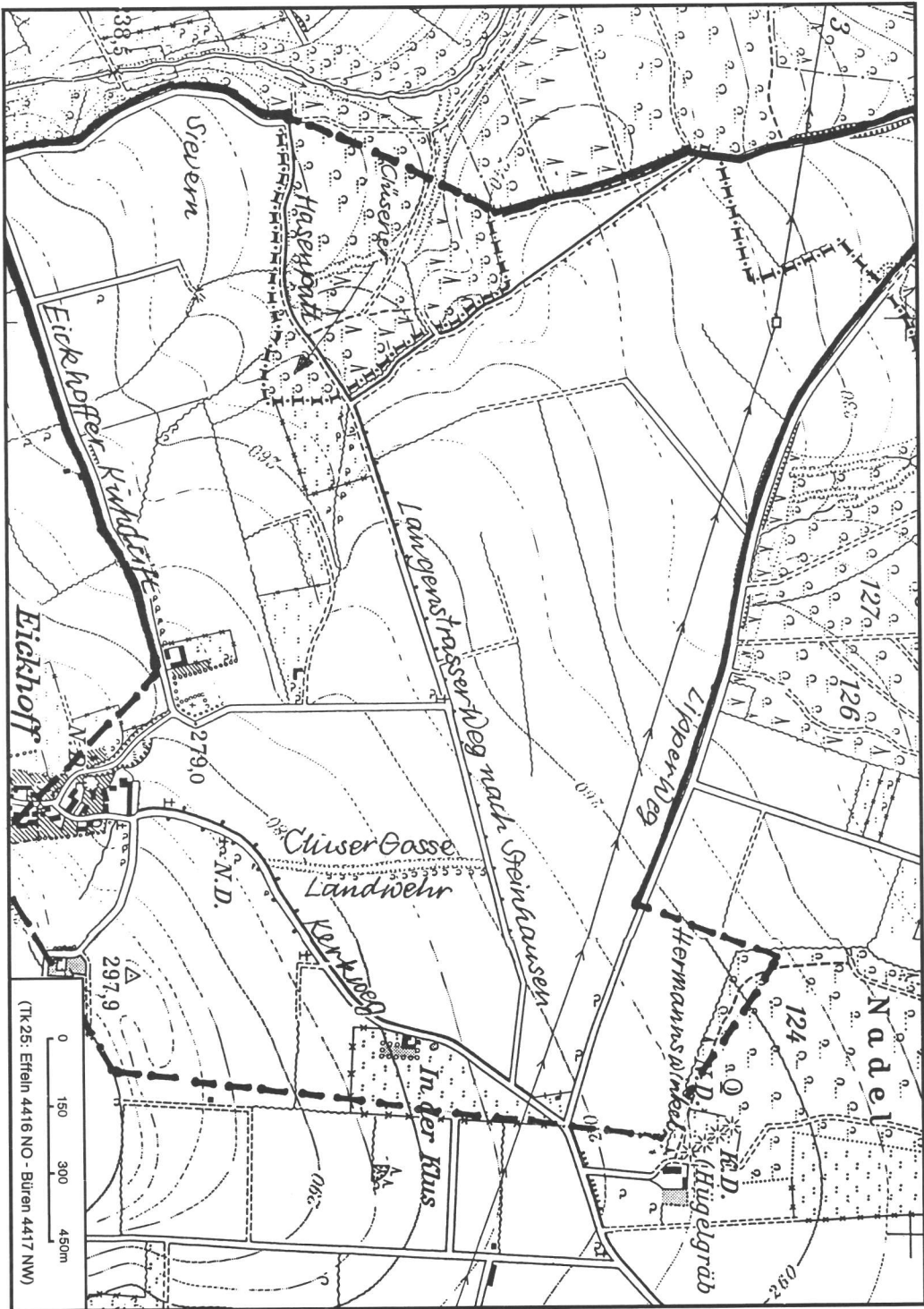


Abb. 3: Alte Wege- und Flurnamen im Silbekerfeld



grund der Westerschledde. Wo ihn im Osten von Silbeke zwei Wege schnitten, lagen die vier Höfe. Außer dem „Hof zu dem großen Silbeke“ ist noch der Hof Schonenlo namentlich genannt.

Die Lage der restlichen Höfe im östlichen Randbereich des Silbekerfeldes erklärt sich aus einer Absetzbewegung von der stets umkämpften Territorialgrenze an der Westerschledde. Auf einem dieser Höfe, Lüttiken Silbeck, lebten die letzten Ministerialen an der Westgrenze der Herrschaft Büren.

So zeigte die Höfelandschaft Silbeke mit elf Höfen und einer großflächigen Ackerflur drei Tendenzen in ihrer Anlage: Man siedelte nahe der Westerschledde, man nutzte eine günstige Wegelage oder setzte sich ab aus einem stets gefährdeten Grenzsaum.

Der Hof *Puttmerichus* lag oberhalb der hochwasserfreien Talaue der Westerschledde am westlichen Rande des Silbekerfeldes. Als „in Silbeke gelegen“ wird seine Lage in den Archivalien beschrieben.

Vermutlich ist „Putt“ die Kurzform eines Personennamens, in dem sich verschiedene alte Sprachtraditionen verbunden haben; denn die germanische Sprache kennt kein P im Anlaut. In dem Namen „Putt“ könnten demnach indogermanische Sprachreste im frühen Mittelalter überlebt haben.<sup>39</sup> *Puttmerichus* wäre nach diesem Deutungsversuch der Einzelhof eines bekannten Mannes mit Namen Putt oder Putti. Der Hofname wechselt in den Archivalien von der frühesten Form *Puttmerichus* zu *Puttinghusen*, *Püttinßhofe*, *Puttenshofe* oder *Püttinghof*.<sup>40</sup>

An dem wüstgefallenen Hofgelände im heutigen Langensträßer Kirchenholz stoßen zwei Gräben zusammen, die den Hof mit Wasser aus einem Spring nordwestlich von Eickhoff, Neiten Spring genannt, und Wasser aus dem Sievern (kleines Silbekerfeld) versorgen konnten. Im Waldgelände ist der erste Graben kaum noch sichtbar, während der aus dem Sievern im Walde rasch an Tiefe gewinnt und eine tief eingesenkte Bodenkerbe bildet, ehe er nach der Zusammenführung beider Gräben zwischen steilen Böschungen nach Westen in die Schledde einmündet.

Möglicherweise leitet sich auch der Hofname von dieser Beschaffenheit her: In dem ehemals häufig von Wasser durchtränkten Gelände konnte leicht ein Brunnen, ein Pütt, gegraben werden.

In der Höhe des Hofes führte eine Furt über die Westerschledde. Der Weg von der Furt aufwärts zum Hofbereich blieb von regionaler Bedeutung, Mitte des 15. Jahrhunderts heißt er in den Archivalien noch *Hassenpatt*.

Als Bauernstelle (*mansus*) *Puttmerichus* wird der Hof in dem Güterverzeichnis des Grafen Wilhelm von Arnsberg im Jahr 1313 erstmalig genannt.<sup>41</sup> Er gehört zu Lehnsgütern in Silbeke und dem nahen Umland, die durch Verzicht der Herren von Develte an den Edelherrn Bertold von Büren-Wewelsburg fallen. Um 1400 ist der Hof ins Kölnische jenseits der Westerschledde verlehnt. Lehnsträger ist im Jahr 1390 Remfried de Clusener, Amtmann in Rüthen und Landvogt.<sup>42</sup> In der Folgezeit ist der Hof bis zu seinem Wüstfallen im 15. Jahrhundert immer an den Namen Clusener bzw. Clüsener gebunden. Der Familienname blieb in diesem Gelände bis in die Gegenwart als Flurname lebendig. Mitglieder der Familie waren seit 1200 beiderseits der paderbornisch-kölnischen Territorialgrenze zwischen Rüthen und Paderborn begütert. Wenn berichtet wird, daß in der verheerenden Bischofsfehde zwischen 1410 und 1415 ein Dorf „Zybigersfeld gantzlich untergangen sei“, bedeutete dieser Zeitpunkt wohl die Verwüstung des Hofes.

Im Jahr 1441 wird Remfert de Clusener anlässlich einer sogenannten „Weisung“ unter den Erben in Silbeke geführt.<sup>43</sup> Zwei Bürener Lehnsregister, beide von 1478, listen das Lehngut in ähnlichem Wortlaut auf: „Item der Klüsener Remfaert von dem Puttinghofe zum Sylbeke“ und „Item der Klusener Remfarth von dem Puttenshofe zu Sylbecke“.<sup>44</sup> Im letzten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts trennen sich die Clüsener von diesem Hof. Remfert und Remfert, Vater und Sohn von Schorlemer, anders genannt Clüsener, verkaufen 1492 an Friedrich von Hörde auf Haus Störmede „Hof und Gut Puttinghusen zu Silbeke bei Langenstraße“ für fünfzig Gulden, wobei alljährliche und allzeitige



Rücklose zugesichert wird.<sup>45</sup> Statt zu einer Rücklose kommt es im Jahr 1518 zu einem endgültigen Verkauf.<sup>46</sup> Das Verkaufsgut heißt jetzt „Clüsener Holz“. Die Verkäufer behalten „das Land buthen den Sundern zu Silbicki“. Dies sind nachweislich 30 Morgen in einer geschlossenen Fläche; sie kommen an den Happenhof in Langenstraße, im Besitz der Schorlemer, genannt Clüsener. So ist aus den Archivalien die allmähliche Absetzbewegung der Schorlemer, anders genannt Clüsener, von der umkämpften Territorialgrenze abzulesen, nicht aber der Bestand des Hofes Puttinghusen.

Der Verkauf des Hofes oder wüstgefallenen Hofgeländes an die Familie von Hörde hatte weitreichende Folgen. Das Klüsener Holz galt seit dem 15. Jahrhundert als kölnisches Territorium, im Herzogtum Westfalen gelegen. Bei der endgültigen Grenzregelung im Jahr 1727 wurde es ohne lange Verhandlung Kurköln zugesprochen. Damit schrieb man ein Stück spätmittelalterlich-frühneuzeitlicher Geschichte bis in die Gegenwart hinein fest. Im ehemaligen Klüsener Holz, jetzt Langenstraße Kirchenholz, stoßen der Kreis Soest und Regierungsbezirk Arnsberg keilförmig gegen den Kreis Paderborn und den Regierungsbezirk Detmold vor.

Nach 1500 beginnt ein letztes Kapitel in der Geschichte des Hofes Puttinghusen am Westrand des Silbekerfeldes. Die Langenstraße Kirche kauft von Philipp von Hörde zu Störmede das Klüsener Holz als „Stück abgehauenen Holzes“, ca. 34 Morgen groß.<sup>47</sup> Die letzte Nachricht über den Hof ist in einem Lehnsreversal von 1743/44 überliefert und hat folgenden Wortlaut: „Zum Silbeke oder im Siekerfeld hat einer mit Namen Remfried de Clusener im Jahr 1390 gehabt ein Gut, genannt der Püttinghof. Wer jetzt das Land hat, ist nicht genau zu sagen. Daß aber Land dabei gewesen ist, kann aus den Länderverzeichnissen ersehen werden, in denen die Canoniker aus dem Kloster Böddecken uns überliefert haben, wo die Ländereien lagen. Es ist dort noch heute ein schönes Eichenholz, das jetzt noch der Klüsener heißt. Von diesem meine ich gelesen zu haben, daß es eine Frau von Hörde gehabt hat, die es mit Erlaubnis der Edellherren von Büren an die Kirche von Langenstraße vermachte, die es noch heute besitzt.“<sup>48</sup>

Das „Vermächtnis“ war in Wirklichkeit ein Verkauf, zu einem Zeitpunkt, als die Lehnszugehörigkeit zum Hause Büren nicht mehr galt. Auch werden in den Böddeker Länderverzeichnissen die Äcker nicht geortet.

Südlich des Hofes Puttinghusen sind die beiden Höfe zu *Rekelinghusen* unmittelbar auf der Höhe über dem Schleddetal zu vermuten. Als kurz vor Mitte des 19. Jahrhunderts im Verlauf der Auflösung der Huden in diesem Bereich ein Hudewald gerodet wurde, kamen an zwei Stellen ehemalige Hausgrundrisse zutage: vier auf der Mitte der insgesamt 94 Morgen großen Rodungsfläche und fünf am Nordrand nahe dem wüstgefallenen Hofgelände von Puttinghusen. Vor fünfzig Jahren waren die Bodenverfärbungen noch gut erkennbar.

Was der Holzwuchs so lange bewahrte, sind mit großer Wahrscheinlichkeit die wüstgefallenen Höfe zu Rekelinghusen, von denen jeder aus mehreren Gebäuden bestand. Eine Karte, die durch Mitarbeit von Dr. LAPPE aus Geseke entworfen wurde, bestätigt die Ortung.<sup>49</sup>

In den Archivalien sind die beiden Hufen, Güter oder Höfe zu Rekelinghusen erst nach 1400 nachzuweisen. Die Nachweise sind zum einen an die Geschichte der Ministerialen an der Westgrenze der Herrschaft Büren und zum anderen an die Geschichte der Freigrafschaft Langenstraße-Eiden gebunden.

Um 1400 gehören zwei Hufen zu Rekelinghusen dem Arnsberger Ministerialen Cracht von Muldesborn (Mülsborn) aus einer bei Meschede ansässigen Familie. Nach einem Rechtsstreit mit dem Stift Meschede<sup>50</sup> verläßt Cracht das Sauerland und kauft Güter in der Herrschaft Büren.<sup>51</sup> Er heiratet Cuni-gunde, die Erbtöchter des Hinrich de Weßler, der in Silbeke begütert und dort ansässig ist.<sup>52</sup> Auch Cracht von Muldesborn lebt mit seiner Familie auf dem Hof Lütteken-Silbeck und nach ihm sein Sohn Hinrich. Als Hinrich früh stirbt, kommen die Familiengüter durch eine Zweitehe der Witwe Belike mit Hinrich von Affrode in den Besitz dieser Familie. In schneller Abfolge werden die Familiengüter der Affrode und – widerrechtlich – auch das Muldesborn-Erbe der Kinder Gert und Belike veräußert.

Im Jahr 1440 verpfänden Hinrich von Affrode und Belike „unser Haus und Hof zu dem Silbeke und unsere Hufen zu Rekelinghusen“.<sup>53</sup> Die Beschränkung auf die notwendigsten Angaben in der Verpfändungsurkunde läßt einen Eilverkauf vermuten. Er könnte sich aus den Kriegswirren erklären, die um 1440 das Silbekerfeld als Schauplatz einbezogen, als das Hochstift Paderborn gegen die Einverleibung in das Erzstift Köln kämpfte. Ablesbar sind die kriegerischen Heimsuchungen an den Abgabelisten des Klosters Böödeken: Von 1439 – 1441 kommen keine Kornlieferungen aus Silbeke ein. So könnten auch Haus und Hof der Ministerialenfamilie von Affrode zerstört und wertgemindert, günstig zu erwerben gewesen sein. In späteren Schnadprotokollen ist das Kloster Böödeken als neuer Besitzer bezeugt, das im Zuge der wirtschaftlichen Regeneration unter den Augustiner-Domherren in der „einstmaligen villa Silbeke“ seinen Grundbesitz vergrößerte und arrondierte.

Über die 1440 verpfändeten Hufen zu Rekelinghusen verfügt vierzehn Jahre später Johann von Affrode, der einzige Sohn Hinrichs aus der Ehe mit Belike, erneut. Er verkauft 1454 der Stadt Büren seine Güter zu Röldinghusen, Rekelinghusen und zu Silbeke für 87 oberländische rheinische Goldgulden und für eine Jahresrente von jährlich 16 Gulden, zweimal im Jahr zu je acht Gulden zu zahlen.<sup>54</sup> Mitte des 16. Jahrhunderts hat der Vollspanner Johann Jürgen aus Steinhausen „Äcker und Kämpe aus Höfen zu Rekelinghusen“ in Erbpacht von der Stadt Büren. Die siebzig Morgen lagen, aufgeteilt in 24 Einzelparzellen von einem bis zu acht Morgen Größe, schwerpunkthaft im Westen des Silbekerfeldes.<sup>55</sup> In einem Lehnsregister des Hauses Büren von 1774 wird das Land aus den Höfen zu Rekelinghusen „nordseits Eickhoff gelegen“ lokalisiert.<sup>56</sup>

In den Archivalien zu der Freigrafschaft Langenstraße-Eiden sind fünf Hufen Freistuhlland bezeugt, die zu Heddinghausen, Rekelinghusen (Rerkinghusen, Rerkinghusen) und zu Silbeke lagen.<sup>57</sup> In mehreren Auflistungen werden sie zusammengefaßt unter „fünf Hufen zu Heddinghausen“. Sie sind rechts der Westerschledde entlang dem

Tal im Bereich der Langen Recke, dem Kettelbusch und dem Sievern zu orten. Die Bildung dieser Hufen könnte in die Zeit der Eroberung des Sachsenlandes durch die Franken zurückreichen, nachdem Karl der Große die westfälischen Freigerichte als Grafengerichte eingesetzt hatte und sie mit Freistuhlland versah. In der Abfolge der Örtlichkeiten: Heddinghausen, Rekelinghusen, Silbeke bestätigt sich die Annahme, daß die beiden Höfe zu Rekelinghusen im Gelände des ehemaligen Hudewaldes Sievern zu suchen sind, wo sie vermutlich schon wüstfielen, nachdem um die Mitte des 13. Jahrhunderts im paderbornisch-kölnischen Grenzgebiet eine langjährige Fehde ausgebrochen war, in deren Verlauf Bischof Simon von Paderborn im Jahr 1254 die Stadt Kallenhardt westlich von Silbeke zerstörte. Das Gelände der Höfe – einmal vier, einmal fünf Bodenverfärbungen – wurde zu einer permanenten Wüstung, auf dem bis zu der Flurbereinigung um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein Hudewald wuchs. Der Name blieb in der Folgezeit nur an dem Hofland haften, das nur temporär verdreischte.

Hier, oberhalb der Westerschledde als der natürlichen Leitlinie durch die waldbedeckte Haarabdachung, lagen die Höfe zu Rekelinghusen und der Hof Puttmerichus als vermutlich älteste Hofgründungen dieses Gebietes. Die frühe Namenbildung „Puttmerichus“ und die Besitzstruktur als mansus oder Hufe (Bauernstelle) weisen zumindest diesen Hof der frühmittelalterlichen Landnahme sächsischer Stämme im 7. bis 8. Jahrhundert zu.

In eine nächste Phase der Erschließung gehören der Woldbodenhof und der Walravenshof. Unter diesen Namen sind sie in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts bezeugt als *curtis*, die von den Edelherren von Büren zu Lehen gehen, diesen wiederum verlehnt von den Grafen von Arnberg.<sup>58</sup> Das Güterverzeichnis des Grafen Gottfried von Arnberg aus dem Jahr 1338 listet für Bertoldus de Buren dictus de Wiwelsborg zwei Höfe in Silbeke auf.

Aus Verkaufsurkunden von 1339 und 1347 ist die Geschichte des *Woldbodenhofes* zu erschließen.

Nachfolger des Dominus Woldboden, dessen Name unter den Ratsherren der Stadt Büren vorkommt, ist nach 1300 Sytfridus gnt. Droch mit seiner Tochter Jutta, der Frau des Wilhard dictus Schmechten, und Juttas Söhnen Hermann und Elias aus erster Ehe.<sup>59</sup> Der Name Droch ist ebenfalls unter den Bürener Ratsherren bezeugt. Jutta hat den Hof, auch Juttkegung genannt, lediglich zum Nießbrauch.

Im Jahr 1339 verkaufen sie und ihre beiden Söhne als die rechtmäßigen Erben den Woldbodenhof an Hildebrand Monich<sup>60</sup>, der ihn nach acht Jahren an das Kloster Holt hausen bei Büren weiterverkauft, so „wie Herr Woldtboden ihn besessen hat“.<sup>61</sup>

Auf der Rückseite der Urkunde von 1347 wurde vermutlich im 17. Jahrhundert angemerkt, daß die curta in Silbeke, „nuncupata Woldbodenhof“, jetzt das Land auf dem alten Berge oder *Trumpenhof* genannt werde und der Newmeier auf dem Eickhof es unter habe. „Land auf dem alten Berge“ blieb als Bezeichnung für das Hofland, nachdem das Hofgelände wüstgefallen war. „Trumpenhof“ gilt für eine letzte Existenzphase des Hofes.

Hermann Trumpen, Ratsherr in Büren, wird mit den Gütern Rölinghusen, Rekelinghusen und zum Silbeke belehnt, die Johann von Affrode im Jahr 1454 an die Stadt Büren verkauft.<sup>62</sup> Neubelehnungen sind für 1468 und 1478 bezeugt, so daß der Name Trumpen lange Zeit mit diesen Ländereien verbunden blieb.<sup>63</sup> Vermutlich hat Hermann Trumpen auch die Äcker des wüstgefallenen Woldbodenhofes im kleinen Silbekerfeld bewirtschaftet und ist dort auf dem Trumpenhof ansässig gewesen, da sein Name sich mit dem Hof verband. Die wirtschaftliche Wiederbelebung in diesem Gelände könnte an seine Person oder Familie gebunden sein, wie die im großen Silbekerfeld an das Wirken der Augustiner – Chorherren in Böddeken.

Durch den Gütererwerb von 1454 hatte die Stadt Büren ihren Grundbesitz bis unmittelbar an die kurkölnische Grenze ausgedehnt, die Ländereien jedoch verödet und verdreischt übernommen nach den verheerenden Fehden in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Das Dorf Langenstraße auf

der anderen Seite der Westerschledde lag nach der Soester Fehde drei Jahrzehnte wüst.<sup>64</sup> Für eine längere Dauer der Verödung des kleinen Silbekerfeldes spricht die Tatsache, daß hier Lehnsverdunklungen größeren Ausmaßes möglich wurden, die es der Wüstungsforschung sehr erschwerten, den Umfang und die Lage der wüstgefallenen Höfe zu bestimmen.

Als Gelände des „Hofes in Silbeke“ im kleinen Silbekerfeld ist ein Platz vor dem Hudewald *Sievern* zu vermuten an der dort endenden Eickhoffer Kuhdrift. Hier vermerkt das Länderverzeichnis des Johann Jürgen aus Steinhausen von 1634 als wüstgefallene Hofstelle das *Sievern*.<sup>65</sup> Der Name Sievern kann als Umdeutung der niederdeutschen Form Sievert für Siegfried verstanden werden und auf Siegfried Droch zurückgehen.

Wenn der Trumpenhof in den Archivalien als Nachfolgehof gesehen wird, ist eine Aus siedlung aus dem Westen in den Osten des kleinen Silbekerfeldes erfolgt, weg von der gefährdeten Territorialgrenze.

In nordwestlicher Randlage zu dem Dorf Eickhoff ist der Trumpenhof in den Archivalien bezeugt. Mitte des 17. Jahrhunderts wird hier eine Parzelle geortet „beneben dem Bückerkamp auffm Trumpenhofe“.<sup>66</sup> Bei einer Kartierung des Silbekerfeldes um 1700 wurde an diesem Platz der Trumpenhof namentlich eingezeichnet.<sup>67</sup>

*Walravenshof* als Hofbezeichnung in Silbeke kommt in den Archivalien nur im Jahr 1344 einmal vor. Beim Zeitpunkt der Erwähnung ist er ins Kölnische verleht.<sup>68</sup> Gertrud, die Witwe des Walraven, und ihr Sohn Wilhardus verkaufen 19 Morgen aus dem Walravenshof zu Silbeke an das Kloster Holthausen bei Büren. Das Kloster verpflichtet sich zur Weiterzahlung einer jährlichen Rente von fünf Schilling an die Erben des Olrich von Sassendorf. Nach einem Vermerk auf der Rückseite des Verkaufsbriefes war das Hofland im 17. Jahrhundert an den Newmeyer in Eickhoff verpachtet. Die Äcker lagen in der nordwestlichen Randzone des großen Silbekerfeldes.<sup>69</sup>

Bei dem Verkauf von 1344 verblieb der Familie Walraven ein Teil des Hoflandes. Im

Jahr 1386 verkaufen der Rütthener Bürger Thylemann Meschelman, seine Frau Gobele und deren Sohn aus erster Ehe, Walrave mit Namen, dem Kloster Holthausen eine Rente aus ihrem Hausbesitz in Rütthen.<sup>70</sup> Eine Frau Gobele und ihr Sohn sind im Jahr 1390 mit einem Bürener Lehngut in Silbeke bezeugt, vermutlich dem ihnen verbliebenen Anteil am Walravenshof.<sup>71</sup> Ein Lehnregister des Hauses Büren von 1478, das aber den Besitzstand von 1390 unverändert aufführt, gibt für Gobele und ihren Sohn „vom Gut in Silbeke“ als Wohnort die Stadt Rütthen an.<sup>72</sup>

Für die ursprüngliche Lage des Walravenshofes im Westen des Silbekerfeldes sind Ländereien ein Indiz. Nach einem vermutlichen Wüstfallen in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts könnte die arnsbergische „curtis in Silbeke“, Lehngut der Bürener Edelherren, planmäßig aus der gefährdeten Grenzzone ausgesiedelt und im östlichen Silbekerfeld wieder aufgebaut worden sein, dort, wo bis zur Flurbereinigung um die Mitte des 19. Jahrhunderts der Ravensbusch lag.<sup>73</sup>

Die Ausstoßung der ersten Wortsilbe bei Hofnamen ist im Untersuchungsgebiet häufig festzustellen, so daß aus Walravenshof der Ravenshof wurde, wie auch der Busch auf der wüstgefallenen Hofstelle diesen Namen erhielt. Der Ravensbusch war ein schmaler, nord-südwärts gerichteter Dreisch am Ostsaum des Silbekerfeldes.<sup>74</sup>

Es ist nicht auszuschließen, daß in einem Länderverzeichnis für den Newmeyer in Eickhoff als Pächter holthausenscher Ländereien eine Verwechslung von Woldbodenhof und Walravenshof vorliegt. Für den Woldbodenhof (Land auf dem alten Berge – Trumphenhof) werden „complet 18 Morgen“ angegeben; 19 Morgen hatte das Kloster Holthausen als Anteil an dem Walravenshof erworben. Zu dieser Übereinstimmung in der Anzahl der Morgen kommt noch die gleichbleibende Benennung vom Walravenshof als „Hof zu Silbeke“ in den Jahren 1354<sup>75</sup> und 1671 hinzu. In einem Länderverzeichnis aus diesem Jahr hat der Neumeyer aus Eickhoff von Kloster Holthausen 49 Morgen in Erbpacht, davon 19 Morgen in einem Stück, „die der Hof zu Silbeke hat, so in Vorzeiten geheißn“.

Als einzige Ansiedlung in dieser Höfelandschaft lag der *Ekhof* inmitten des großen Silbekerfeldes. In den Archivalien der Herrschaft Büren wird ein Ekhof erstmals in einem Verkaufsbrief aus dem Jahr 1460 genannt.<sup>76</sup> Der Edelherr Bernd von Büren und seine Ehefrau Margarete verkaufen dem Benefiziaten des Stiftes Busdorf, J. Pelmeken, die beiden Höfe und Güter „dat Schonelo und den Ekhoff in der veltmarke to Buren“. Bewirtschaftet wird der Hof nach Meierrecht von dem Bürener Bürger und Ratsheerrn Godde Meswarte. Im Jahr 1465 schenkt Johannes Pelmeken die beiden Höfe und ihre Einkünfte an das Kloster Dalheim. Die Hälfte der jährlichen Einkünfte ging als Pfründe an zwei Altäre der Kirche in Büren. Für Godde Meswarte betrug die jährliche Abgabe 10 Scheffel Roggen und 26 Scheffel Hafer. Da in der Herrschaft Büren in der Regel sechs Spint pro Morgen erhoben wurden, ergibt sich für den Ekhof eine Ackerfläche von 24 Morgen. Der hohe Anteil an Haferabgaben läßt vermuten, daß es sich dabei um viele Neurodungen handelte nach den Verwüstungen durch die Soester Fehde. Über den weiteren Verbleib des Ekhofes ist in den Archivalien des Klosters Dalheim nichts vermerkt. Wegen der relativ weiten Entfernung war dieser Güterbesitz für das Kloster von begrenztem Wert. Im 17. Jahrhundert gehört er wieder zu den Liegenschaften des Hauses Büren.

Die mündliche Überlieferung von der ursprünglichen Lage des Ekhofes inmitten des großen Silbekerfeldes ist in dem Dorf Eickhoff, wo sich der Nachfolgehof befindet, bis in die Gegenwart lebendig geblieben. Die Archivalien bestätigen diese Überlieferung. Eindeutige Hinweise auf seine Lage gibt das Lagerbuch der Herrschaft Büren, das mit dem Jahr 1566 beginnt.<sup>77</sup>

Für die frühmittelalterliche Anlage des Ekhofes spricht die Geschlossenheit seiner Ackerflur in annähernder Hufengröße unmittelbar neben dem Hofgelände. Der wüstgefallene Hofbereich neben dem Alhörnbusch (Holundergebüsch), der hier bis zu der Flurbereinigung wuchs, muß im Jahr 1636 bei der Aufstellung der Länderverzeichnisse noch kenntlich gewesen sein, da er zur Lokalisierung diente. Der jetzige Eickhoff im Dorf Eickhoff wird in den Archivalien erst-

mals im Jahr 1551 in einem Gerichtsprotokoll erwähnt.<sup>78</sup>

Die wüstgefallene Hofstelle des Ekhofes im kleinen Silbekerfeld lag nach Angaben der Länderverzeichnisse von 1636 ca. 100 m südlich des Lipperweges, der das Silbekerfeld im Norden begrenzte.

In Sichtweite lag weiter östlich die Höfe-Gruppe Altensilbeke mit dem Hof *Schonenlo*. Unter diesem Namen wird der Hof im 14. Jahrhundert in Zusammenhang mit der Familie von Sassendorf aktenkundig. Deren Beziehung zu dem Silbekerfeld ging nicht von dem Haupthof bei Soest am Hellweg aus, sondern von Rüthen im Herzogtum Westfalen, wo die von Sassendorf als Burgmannen bezeugt sind.<sup>79</sup> Im Jahr 1354 verkaufen die Brüder Friedrich und Florin und deren Mutter Adelheid dem Kloster Holthausen bei Büren eine jährliche Einnahme, die ihnen „Leute aus dem Gut zu Silbeke und aus dem Gut zu dem Schonenlo zu geben pflegen“.<sup>80</sup> Lehnherr der Güter ist Bertold der Ältere von Büren.

Vier Jahre später verkauft Nolte von dem Schonenlo „eine seiner Hufen gelegen zu dem Silbeke“ an deren langjährigen Bewirtschafter Elias Valepage.<sup>81</sup> Vierzehn der insgesamt 32 Morgen Verkaufsgut grenzten unmittelbar an das Hofgelände an. Die Verpachtung von hofnahem Land an Elias Valepage beweist, daß der Hof um die Jahrhundertmitte nicht mehr bestand. Im Jahr 1367 gehört die dem inzwischen verstorbenen Elias Valepage übereignete Hufe dem Hermann Voge, der sie, auf der Basis des Verkaufsbriefes von 1358, an den Knappen Arnold von Langenstraße weiterverkauft.

Alle drei Besitzer seit 1358 kommen aus dem kölnischen Herzogtum Westfalen jenseits der Westerschledde: die Valepage von einem Hof in Kellinghausen südwestlich von Silbeke und Hermann Voge (Voget) vermutlich aus Rüthen.<sup>82</sup> Der Knappe Arnold von Langenstraße war zur Zeit des Ankaufs Stuhlherr in der Freigrafschaft, mit einem Freistuhl zu Silbeke. Im Jahr 1372 vererben drei Brüder des Hauses Büren den bislang verlehnten Hof Schonenlo ihrem Neffen Hermann aus der Davensberger Linie.<sup>83</sup> Über diesen Jungherrn Hermann ist akten-

kundig, daß er den Hof bewirtschaftet hat, ehe er im Jahr 1394 Domherr in Münster wurde.

Offenbar bot der Hof keine hinreichende Existenz, denn der „edle Herr Hermann“ hatte drei Mansen Böddeker Stiftsgut hinzugepachtet, für die er jährlich je sechs Scheffel Roggen und Gerste und einen Molt Hafer zahlte.<sup>84</sup> In einer Anhörung aus dem Jahr 1437 gibt der Bürener Bürger Johannes Nurre zu Protokoll, daß er länger als fünfzig Jahre Knecht in Altensilbeke gewesen sei. Während der ersten zwanzig Jahre habe er dem Jungherrn Hermann auf den Äckern und Gütern gedient, die dieser von Stift Böddeken in Pacht gehabt habe.<sup>85</sup>

Demnach bestand die Wirtschaftsfläche des Jungherrn Hermann von Büren, Erbe des Hofes Schonenlo, vorwiegend aus gepachteten Ländereien. An seine Zeit in Silbeke erinnert heute die Flurbezeichnung „Hermannswinkel“. Ein Hermannswinkelerweg, der von dem Kirchort Steinhausen herkam und durch die Höfe-Gruppe am Ausgang der Holzung „Nadel“ hindurchführte, ehe er den Lipperweg schnitt, wurde in der Flurbereinigung aufgegeben. Die Namengebung für Flur und Weg zeigt an, daß die Übernahme eines Hofes durch ein Mitglied der Grundherrschaft von der Norm abwich und den Menschen in Erinnerung blieb.

Mit einem Zeitabstand von 65 Jahren, in denen sich die Zerstörung des Dorfes Silbeke ereignet haben soll, wird ein „Gut Schonele“ im Jahr 1437 als Gegenstand einer Leibzucht für einen Domherrn aus dem Hause Büren wieder erwähnt.<sup>86</sup> Das Gut ist meierrechtlich an Hans Stinen aus Langenstraße ausgegeben und erbringt Einkünfte.

Im Jahr 1460 erfolgt der im Zusammenhang mit dem Ekhoff erwähnte Verkauf an den Busdorfer Benefiziaten für die vergleichsweise geringe Summe von insgesamt 74 Gulden. Trotz des nachdrücklichen Hinweises auf den Hofcharakter des Schonenlo („unse twe höve unde güdere“) ist ein intaktes Hofgefüge mit Gebäuden und Wirtschaftsfläche zu diesem Zeitpunkt nicht mehr anzunehmen. Dagegen stehen die Hinweise aus den Böddeker Archivalen und die Zeitgeschehnisse.

Im Jahr 1553 wird der Hof Schonenlo nochmals erwähnt in einer Auflistung der Familiengüter von Muldesborn/Affrode durch Cracht von Westfalen zu Remblinghausen für seine Erbtöchter Anna und deren Ehemann Thonies Schade zu Mülsborn.<sup>87</sup> Unter den Gütern werden das „Schonnonguth und der Schonnongart“ aufgeführt, wobei Schonnongart sicheres Indiz für eine ehemalige Hofanlage ist. Ein Versuch, die Lage des wüstgefallenen Hofes zu umschreiben, ist in einem Lehnsreversal des Hauses Büren von 1773/74 zu lesen und hat folgenden Wortlaut: „Nach 1367 ist keine Nachricht weiter über den Schonlohof zu Sylbeke. Es ist in den Ländern des Schulden von Steinhau ein Busch, im Silbekerfeld, der noch der Lohbusch heißt.“<sup>88</sup> Nach Angabe der Länderverzeichnisse und nach der Flurkarte im Urkastaster von 1830 ist der Lohbusch im Hermannswinkel zu orten.<sup>89</sup> Der Hofname mit dem suffix -lo bzw. -loh ist ein Einzelfall in diesem Gelände; in der nach Norden angelagerten Hellwegebene häufen sich Hofnamen auf -loh in den Gemarkungen von Geseke und Salzkotten.<sup>89</sup>

Außer dem Hof Schonenlo sind im Hermannswinkel „drei anevale“ (Hausstätten) des Stiftes Böddeken zwischen 1454 und 1479 bezeugt, darunter der Hof „to deme groten Silbeke und kerkhof und capellenstede“.<sup>90</sup> Unterhalb des Hofgeländes, vor der Wegespinne am Lipperweg, ist die „we-se thom silbeke“ zu orten.

Diese Höfegruppe in einem keilförmigen Vorsprung des Silbekerfeldes nach Osten ist als Kern des hochmittelalterlichen Dorfes (villa) *Silbeke* zu sehen. Hier lag vermutlich die erste curia (Haupthof), die diesen Namen hatte und in dem Güterverzeichnis des Grafen Siegfried von Bomeneburg aus dem Jahr 1144 als Eigengut des Walter, gnt. corrigia (Riemen), aufgeführt wird, dessen sechs Höfe, darunter Silbeche und Steinhau, dem Grafen Siegfried frei dienten.<sup>90</sup> „Kerkhof und capellenstede“ deuten hier auf den Sitz des ersten Ministerialen dieses Namens. Beide Dienstmännenfamilien und ihre Träger überdauerten nicht das 13. Jahrhundert.

An diesem Siedlungskern konzentrierte sich auch der Besitz des Stiftes, später des Klosters Böddeken bei Paderborn. Er gehörte

zu der Villacation Borchlere, auch Sunderoder Borchleramt genannt, das einen großen, weitgestreuten Besitz des Stiftes zusammenfaßte und erblicher Lehnsbesitz der Familie von Buriglere geworden war.<sup>91</sup>

Im Jahr 1278 besteht der Besitz in Silbeke aus zwei Mansen (Bauernstellen).<sup>92</sup> Die eine Manse wird von einem Colonen mit Namen Walter bewirtschaftet; die zweite bebaut, bevor sie wüstfällt, Werner in Silbeke. Walter hat die jährliche Pacht in Geld zu entrichten, für die wüstliegende Hufe des Werner wären im Fall einer Inbetriebnahme auch ein Schaf und ein Lamm abzugeben für die freie Schaftrift, die das Stift Böddeken hier besaß.

Kurz nach 1300 droht dem Stift Böddeken der Verlust des Besitzes in Silbeke, als Gottschalk von Borchlere, ohne Zustimmung der Äbtissin, die Villication an den Edelherrn Bertold von Büren verkauft.<sup>93</sup> Bertold ist zu diesem Zeitpunkt Vogt in Stift Böddeken und nutzt seine Machtstellung dazu, sich Stiftsbesitz anzueignen. Nach Einspruch kommt es im Jahr 1307 zu einem Vergleich, der dem Stift den Landbesitz in Silbeke sichert, jetzt unbelastet von Vogtei- und Lehnsverpflichtungen. Auch in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts sind zwei Güter des Stiftes Böddeken in Silbeke bezeugt, die Äbtissin und Kapitel in Erbpacht vergeben: Im Jahr 1313 kauft Antonius Kaken, nachmaliger Freigraf der Edelherrn von Büren, von seinem Vorpächter Conradus dictus de Stormede ein Stiftsgut in Silbeke erblich für jährlich 36 Scheffel.<sup>94</sup> Zu der gleichen Summe geht im Jahr 1333 das zweite Gut ins Kölnische an Heinemann von Brunwardinghusen aus Rüthen.<sup>95</sup>

Über die Beschaffenheit der Güter, ob Hofgefüge oder nur Hofland, werden keine Angaben gemacht. Mitte des 14. Jahrhunderts werden in einem Böddeker Lagerbuch für das Borchleramt „mansi sine curte“ aufgelistet; darunter befinden sich drei in Silbeke.<sup>96</sup>

In der Zeit des Niederganges von Stift Böddeken, ehe die letzten Stiftsdamen es verließen, war der Knappe Hinrich de Weßler mit der An- und Verpachtung der Böddeker Ländereien in Silbeke betreu.<sup>97</sup> Dies gibt er in einer öffentlichen Anhörung zu Proto-

koll, die im Jahr 1437 in Büren stattfand. Hinrich de Weßler, hochbetagt in Varnholte als Einsiedler lebend, wird in Büren als Zeuge gehört.

Die letzten 200 Jahre (1400–1600) Grundherrschaft Böddeken in Silbeke waren gekennzeichnet durch Aufstieg und Abstieg. Die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts war im „campua silbeke quondam villa Silbeke“ geprägt von den Aktivitäten der Augustiner-Chorherren, die das ehemalige Stift Böddeken im Jahr 1409 übernommen hatten, dessen Grundbesitz zu sammeln, zu arondieren und zu vergrößern. Aus dem Jahr 1440 ist ihr letzter Besitzerwerb in Silbeke bezeugt.<sup>98</sup> Sie bleiben in der Verpfändungsurkunde anonym. Ein Schnadprotokoll und ein Länderverzeichnis weisen die Augustiner als Käufer aus.<sup>99</sup>

Im Jahre 1453 geht von ihnen die Initiative aus, die Grenze zwischen den Grundherrschaften Böddeken und Büren im Silbekerfeld durch Vorsteine (Grenzmarkierungen) kenntlich zu machen. Vermutlich gab es Schwierigkeiten in der Abgrenzung, die man beheben wollte. Ländereien jenseits der Grenze wurden unter beiden Grundherrschaften ausgetauscht: „Ok alle stucke landes dey wy hadden in der van bodeken lande hebbe wy en vryg overgewen ewelike to besitten. Un gelike vele landes van dem eren tho dem unsen weder entfangen.“<sup>100</sup>

Die Bemühungen der Grundherrschaft Böddeken galten einer Region, über die seit 1400 drei verheerende Fehden und Kriege hinweggegangen waren. Menger von Grafen, der Villikus von Böddeken zu sein beanspruchte und länger als zwei Jahrzehnte Pächter von drei Mansen in Silbeke fast ohne Zahlungsverpflichtung (acht Scheffel Hafer jährlich) war, setzte seine eigenen Interessen gegen die des Klosters.<sup>101</sup> Beharrlich versuchte er, wie die villici in alter Zeit, dem Kloster Äcker streitig zu machen. Bedrängnis kam auch von den Edelherren von Büren, die seit 1500 wieder alte Besitzrechte einforderten.

Als im 16. Jahrhundert ein Niedergang in Kloster Böddeken beginnt, schwindet der Einfluß dieser Grundherrschaft, deren Tätigkeit das Silbekerfeld vor der endgültigen Verbuschung bewahrt und dort Vorreiter

in modernen Landleihformen war. Um 1600 sind für das Kloster Böddeken im Silbekerfeld nurmehr 100 Morgen bezeugt. Sie stammen nicht aus dem frühen Stiftsbesitz von „drei guten, freien Mansen“, sondern aus dem Neuerwerb von 1440.<sup>102</sup>

„Unser Haus und Hof zu dem Silbeke“, die zu diesem Zeitpunkt in den Besitz des Klosters Böddeken übergehen, sind *Lüttiken Silbeck* gleichzusetzen. Für diesen Hof, dem Sitz der letzten Dienstmannen im Westen der Herrschaft Büren, ermöglichen die Archivalien eine genaue Ortung.

Der Hof lag nördlich des Dorfes Eickhoff am Beginn der Clüser Gosse. Dort steht ein Feldkreuz des Krienerhofes „by deme Schurenbusche tegen Afrodes Hofe“.<sup>103</sup> Über den Schurenbusch heißt es um 1700, daß er ein paar Ruthen breit und lang und mit Sträuchern bewachsen gewesen sei.<sup>104</sup> Bevor man den Busch zu Ende des 19. Jahrhunderts rodete, hieß er Kerkenbusch. Als niemand mehr von Töllen Scheune (Scheure) wußte, benannte man das Buschwerk nach dem Kirchweg von Eickhoff nach Steinhausen, an dem die wüstgefallene, verbuschte Hofstelle lag.

Für Affrods Hauswerk oder Lüttiken Silbeck läßt sich eine lange Besitzerreihe aufstellen, die in dem häufigen Besitzwechsel die mißliche Lage der im Spätmittelalter ausgehenden Ministerialität widerspiegelt. Im Jahr 1373 versetzt Herbold de Stotere aus einem ehemals begüterten Burgmannengeschlecht in Rüthen seine Güter in diesem Bereich an den Ritter Friedrich von Brenken, darunter ein Gut in Silbeke, „dat Kake van Sylbeke van my in manstat to lene hadde“.<sup>104</sup> Im Jahr 1390 wird als Mannlehen der Edelherren von Büren-Wewelsburg für „Storm van dem Sylbecke“ ein Hof aufgeführt<sup>105</sup>, der „Kaken was“ und „auf dem der Kake was“.<sup>106</sup> Eine Lehnbindung an die Ritter von Brenken wird jedoch nicht erwähnt. Die Erben des Antonius Kaken, der in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts Burgmann auf der Wewelsburg und Freigraf der Edelherren von Büren gewesen war, hatten den Familienbesitz vergrößert, so daß man von den Kakenhöfen bei Büren sprach. Um 1400 gehören die Kakenhöfe der Familie Muldesborn. Durch die Zweitehe der Belike von Muldesborn mit Henrich Af-

frode, der diese Höfe als Erbe seiner Stiefkinder Gert und Belike Muldesborn widerrechtlich versetzt, wieder einlöst und dann von seinem Stiefsohn Gert erwirbt, kommen sie um die Jahrhundertmitte an Johann, den einzigen Sohn Hinrichs und Letzten der Familie von Affrode.<sup>107</sup> Was Johann von Affrode im Jahr 1454 als „myne gut to dem Silbecke“ an die Stadt Büren verkauft, wird im Jahr 1472 ein letztes Mal in der Überlieferung Lüttiken Silbeck genannt. Diesen Hofnamen benutzten die Erben der Belike von Muldesborn, als sie, achtzehn Jahre nach dem Verkauf, von der Stadt Büren nochmals die Verkaufssumme einfordern.<sup>108</sup>

Das Hofland von Lüttiken Silbeck im Besitz der Stadt Büren ist bis zur Allodifizierung im Jahr 1848 nie spezifiziert worden. Bei der ersten Verleihung an die Stadt Büren, d. h. den ersten Bürgermeister von Büren, war man sich einer Lehnbindung an das Haus Brenken wieder bewußt. Die Edelherren von Büren werden als Oberherren des Hofgutes Silbecke bezeichnet.<sup>109</sup> Offensichtlich wußte die Grundherrschaft Brenken nichts Genaueres über dieses Afterlehen, wie auch ein zweites Brenkener Lehen, das Barbes- oder Boabes Gut in Silbecke, verlorengegangen war.<sup>110</sup>

Die Aufforderungen der Freiherrn von und zu Brenken, das Lehngut Silbecke nach Parzellen zu spezifizieren, wiederholen sich erfolglos anlässlich jeder Neubeleihung bis in das 19. Jahrhundert hinein. Insgesamt wurden 22 Mutscheine für die Stadt Büren über das Hofgut Silbecke ausgestellt.<sup>111</sup>

In den Archivalien der Herrschaft Büren ist in einem Lehnsreversal aus dem 18. Jahrhundert die einzige Kennzeichnung des Lehens zu finden, das im Jahr 1454 als „Gut zu dem Silbecke“ der Stadt Büren von Johann von Affrode verkauft wurde.<sup>112</sup> Dort besteht dieses Lehen aus den vier Holzungen *Sievern*, *Lange Recke*, *Kettelbusch* und *Flakenholz*. Alle vier Gehölze lagen westlich und südlich des kleinen Silbekerfeldes entlang der Territorialgrenze und waren wertmindere Hudewälder. Sie kamen teils erst durch einen Holztausch zwischen Friedrich von Hörde und Johann von Affrode im Jahr 1468 in dessen Besitz. Die Gründe für diese Lehnsverdunkelung liegen offen. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts war zumindest

das kleine Silbekerfeld, verödet und verdreischt, ohne erkennbare Besitzgrenzen. Die Stadt Büren mußte den im Jahr 1454 erworbenen Landbesitz, der sie zum Eigner bis an die Territorialgrenze machte, schon bald gegen die Bürener Edelherren verteidigen; denn in der Endphase des Hauses Büren, unter den Edelherren Johann dem Jüngeren und Johann dem Älteren, dessen Sohn Joachim und Enkel Moritz, wird das Familiengut arrondiert und vergrößert.

## 5. Der Weiler Eickhoff

In die letzte Siedlungsphase im Silbekerfeld, in der man Höfe und Hausstellen im östlichen Randbereich errichtete, gehört als neue Siedlung der Weiler *Eickhoff*. Hier gab es seit fränkischer Zeit ein Freistuhlgut, das zu der Freigrafschaft Langenstraße-Eiden gehörte.<sup>113</sup> Im Jahr 1553 ist Johann Cryn auf 20 Morgen Freistuhland bezeugt.<sup>114</sup> Die Entwicklung vom Einzelhof zum Kleinweiler Eickhoff begann mit der Verlegung des *Ekhoves* aus dem großen Silbekerfeld an den Schultenspring, annähernd 450 m südlich des alten Freistuhlhofes. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts hatte sich die Lücke zwischen beiden Höfen durch Ansiedlung von zwei Halbspänner- und drei Kötterstellen geschlossen.<sup>115</sup> In einer Prozeßakte von 1551 wird der Kleinweiler beschrieben als „der Eickhoff und ein paar Häuser drumherum“. Die Eingesessenen von Eickhoff werden „die Hausleute auf dem Silbekerfeld“ genannt. Die Schatzungsliste des Herzogtums Westfalen aus dem Jahr 1565 bezeichnet den Weiler Eickhoff als Silbekerfeld.

Die Halbspänner und Kötter im Weiler Eickhoff, und anteilig auch der Krienerhof, bewirtschafteten meierrechtlich Pachtländereien der Stadt Büren im kleinen Silbekerfeld und dem südlich angrenzenden Kettelbuschfeld, dem Flurbereich der Wüstung Rölinghusen. Die Zuweisung an Pachtland betrug im Schnitt 20–24 Morgen in Einzelparzellen. Damit war die Gewinnung im kleinen Silbekerfeld eingeleitet.

## 6. Zusammenschau

### 6.1 Silbecke-Silbekerfeld

Im Jahr 1011 bezeichnet Silbiki einen Teil des Almegaus, im Jahr 1144 einen Haupt-



hof (curia) und am Ende des Jahrhunderts einen Dienstadel der Edelherrn von Büren. Im 13. und 14. Jahrhundert werden Güter und Höfe lokalisiert als *in* oder *zu Silbeke* gelegen. Silbeke ist in diesen Jahrhunderten ein teilweise von Wäldern eingegrenztes Ackerareal mit locker gefügten Einzelhöfen und Kampblöcken<sup>116</sup> im Besitz mehrerer Grundherrschaften. Eine begrenzte Ortslage hat Silbeke nicht gehabt. Von der Mitte des 14. Jahrhunderts an wird „tom Silbeke“ üblich. „Tom“ kennzeichnet Silbeke als Geländebezeichnung.

Die Canoniker von Kloster Böddeken, die nach Übernahme des ehemaligen Stiftes in Silbeke erst mit Beginn des 15. Jahrhunderts tätig werden, bleiben bei der Vorstellung von einem einheitlichen Siedlungsgefüge, wenn sie in Abgaberegistern „in Silbeke, in dem einstigen Ort (in loco, in villa) Silbeke, Altensilbeke“ schreiben. Der Schwerpunkt des Böddeker Besitzes in Silbeke lag ja in der einzigen Konzentration von vier Höfen im Hermannswinkel. In einem Einzelfall wird Silbeke im Jahr 1546 eine Bauerschaft genannt.<sup>117</sup>

Silbekerfeld ist nicht altersgleich mit Silbeke. Es ist in den Archivalien erst mit Beginn des 15. Jahrhunderts zu finden und in ursächlichem Bezug zu dem Wüstungsprozeß zu sehen: Die Äcker der wüstgefallenen Einzelhöfe mit eigenem Hofnamen werden nun wieder unter der alten Regionalbezeichnung zusammengefügt. Nach 1600 vermerken die Länderregister nur noch Silbekerfeld, jetzt als Flurnamen. Die wechselnde Schreibweise wie Smerkerfeld, Simkerfeld, Sibbekerfeld, Siekerfeld zeigt, daß man von dem mittelalterlichen Silbeke nichts mehr wußte.

## 6.2 Silbeke als Teil des Almegaues

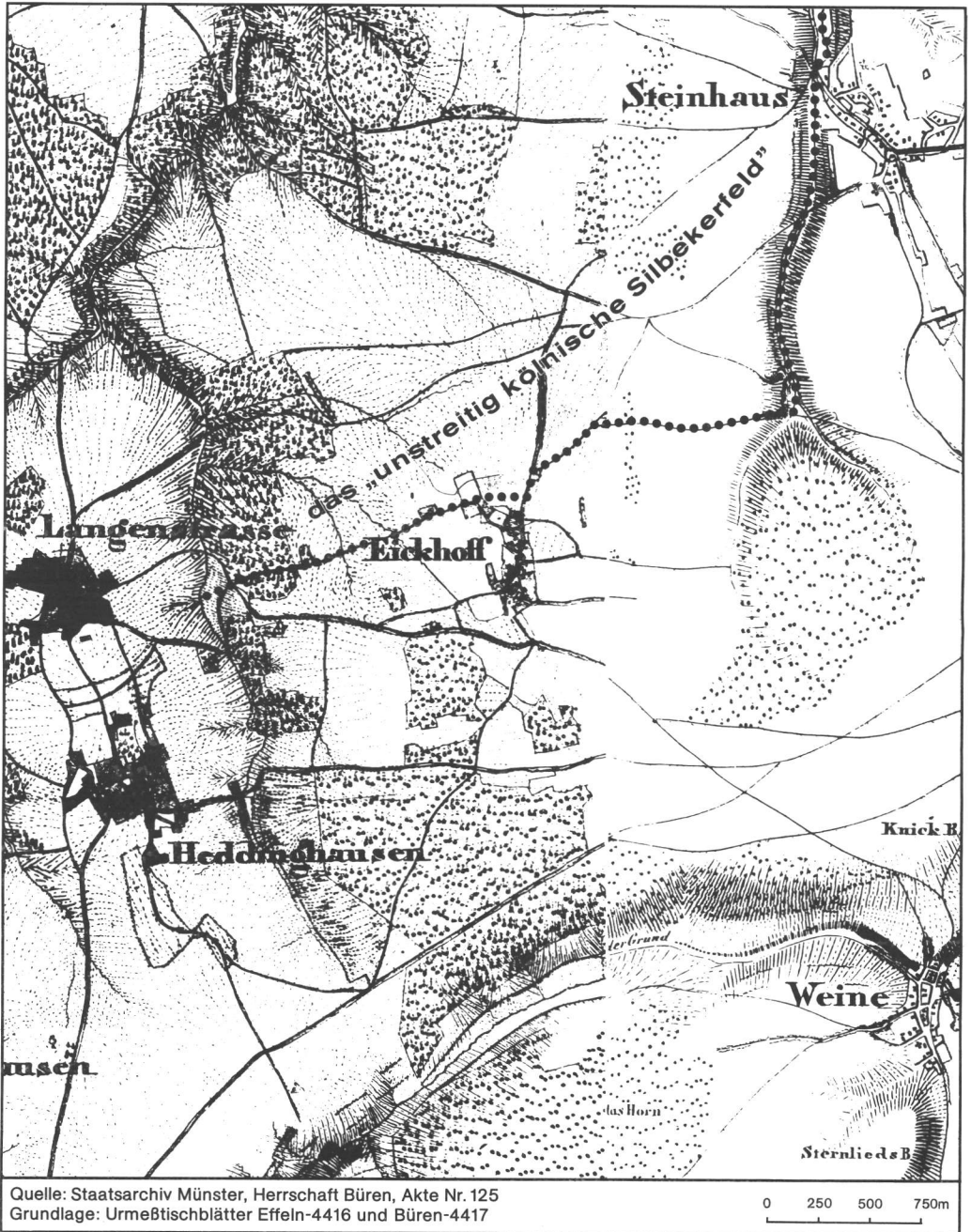
*Silbiki* in der Grafschaft des Hahold wird von den Historikern im Almegau angesiedelt, von A. HÖMBERG im westlichen Teil.<sup>118</sup> Für Lage und Ausmaß des haholdschen Anteils gibt es einen Hinweis in den Verhandlungen, die in den Jahren 1637/38 zwischen dem Erzstift Köln und dem Hochstift Paderborn um die Zugehörigkeit des Silbekerfeldes geführt wurden.<sup>119</sup> Eine kurfürstliche Kommission bezeichnet als „unstreitig kölnisch“ den Teil (Abb. 4), der im Süden von

der Eickhoffer Kuhdrift begrenzt wird, die von kölnischer Seite als ehemalige Landwehr mit Grenzcharakter gesehen wurde; von Eickhoff entlang einer Landwehr bis an den Schurenbusch, von dort über den grünen Weg bis an den Lipperweg vor der Waldung Schorn, dann der Osterschledde folgend bis in den Norden von Steinhausen und weiterhin zwischen dem Geseker Gehölz und der Brenkermark verlaufend. So begrenzt, lag der haholdsche Grafschaftsanteil *Silbiki* zwischen den Ursprungsbereichen der Wester- und der Osterschledde. Im Norden schloß er an den Waldbesitz des Stiftes Geseke an, das die Haholde auf ihrem Familiensitz gegründet hatten. Um die Jahrtausendwende mag er, begünstigt durch hohe Bodenqualität und Lage am überregionalen Lipperweg, Schwerpunkt im noch unerschlossenen Almegau gewesen sein, bis sich durch die Stadtgründung der Edelherrn von Büren und durch eine Kirchengründung auf ihrem Hof Stenhus an der Osterschledde neue Mittelpunkte mit Sogwirkung bildeten. Für die Siedlung Silbeke kam die Zeit nie endender Grenzkämpfe, die sich über drei Jahrhunderte hinzogen. Um 1500 war die mittelalterliche Höfelandschaft siedlungsleer.

## 6.3 Der Wüstungsprozeß

Ein erstes Wüstfallen ist für die Mitte des 13. Jahrhunderts anzunehmen.<sup>120</sup> Die Auffassung von H. KAMPSCHULTE<sup>121</sup>, dort sei im Jahr 1254 Bischof Simon von Paderborn in Gefangenschaft gekommen, beruht jedoch auf einer Verwechslung von Silbeke mit Sulpike, d. h. Zülpich, wohl veranlaßt durch die Wortähnlichkeit und die Duplizität der Fälle: Bischof Simon, der im Jahr 1254 den kurkölnischen Grenzbereich westlich von Silbeke mit Krieg überzogen hatte und zwischen Soest und Dortmund in Gefangenschaft geriet, wurde im Jahr 1267 auch bei Sulpike gefangengenommen.<sup>122</sup>

In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts wird die Mehrzahl der Höfe, Güter, Erbpachtrechte und Renten im Bereich des Silbekerfeldes und in seinem Umland verpfändet und veräußert. Mit dieser Mobilität geht eine deutliche Einflußnahme aus dem Rütthener Raum im kölnischen Westfalen einher, die sich darstellt in Belehnungen, Pachtübernahmen und Aufkäufen und an-



Quelle: Staatsarchiv Münster, Herrschaft Büren, Akte Nr. 125  
 Grundlage: Urmeßtischblätter Effel-4416 und Büren-4417

Abb. 4: Von Kurköln beanspruchtes Silbekerfeld

dauert bis um die Mitte des 15. Jahrhunderts.

Sein größtes Ausmaß erreicht der Wüstungsprozeß in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, wesentlich ausgelöst durch die drei großen Fehden in jener Zeit. In der zeitlichen Verschiebung des Wüstungsablaufs gegenüber vielen Landschaften Westfalens, auch dem Sintfeld, ähnelt das Silbekerfeld dem Sauerland.<sup>123</sup> Die Gründe dafür mögen unterschiedlicher Art sein.

Alle elf Hofstellen blieben permanent wüst. Strauchwerk überwuchs die alten Siedelplätze als Subvegetation. Als sogenannte Büsche durchsetzten diese Dreische die Gemarkungen von Steinhausen und Eickhoff, bis man sie nach der Flurbereinigung um die Mitte des 19. Jahrhunderts rodete. Die Flurkarten des Urkatasters bezeugen den Lohbusch, den Ravensbusch, den Alhörnbusch, den Schurenbusch, den Neitenbusch und einige kleine unbenannte Büsche.

Die Äcker der Bauernstellen (Mansen) und Haupthöfe (curtis) wurden nur temporär wüst. Insbesondere die Böddeker Canoniker ließen die Äcker sogleich nach den Fehden wieder unter den Pflug nehmen. Sie verpachteten pauschal zu günstigen Bedingungen und richteten auf verdreichten Flächen Schaftriften ein. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts war das Land in bäuerlichen Händen. Zuerst in Zeit-, dann in Erbpacht, war es zumeist schmal parzelliert ausgegeben im wesentlichen an die bäuerliche Besitzklasse der Halbspänner aus Steinhausen, Eickhoff und Langenstraße. Es gehörte verschiedenen Grundherrschaften und wurde von den Pächtern zusammengefaßt zu neuen bäuerlichen Wirtschaftseinheiten.

#### Anmerkungen

- 1) H. KLEINN, 1961
- 2) Staatsarchiv Münster, Herrschaft Büren, Akten Nr. 125, S. 192
- 3) W. MÜLLER-WILLE, 1966
- 4) H. SCHULTE, 1937
- 5) Mitteilung des Landeigentümers Schulte-Meier aus Eickhoff
- 6) H. KLEINN, 1961, S. 181
- 7) Ebenda, S. 81
- 8) H. BAHLOW, 1965, S. 448
- 9) Urmeßtischblatt Nr. 4416 von 1839
- 10) K. SCHOLZ, 1983
- 11) Die frühe Gleichsetzung von Silbeke u. Silbekerfeld, wie A. HÖMBERG sie annimmt, wird durch die Archivalien nicht bestätigt.
- 12) Vita Meinwerici Episcopi Patherbrunnensis v. TENCKHOFF, S. 25, XVI
- 13) Ebenda S. 95 f., CLXXII; H. BANNASCH, 1972, S. 309 f.
- 14) H. ROTHERT, Bd. 1, 1981, S. 199
- 15) J. S. SEIBERTZ, Quellen zur westfälischen Geschichte, Bd. 1/2, S. 235
- 16) St. A. Ms., Mscr. VII 4501
- 17) Diözesanarchiv Paderborn, Großes Böddeker Copiar IV 1381–1452
- 18) St. A. Ms., Mscr. VII 4501
- 19) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 155
- 20) Ebenda Nr. 125
- 21) Westfälische Schatzungs- und Steuerregister, Bd. 2, Teil 1
- 22) Begleittext zu dem Schatzungsregister
- 23) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 125
- 24) R. OBERSCHELP, S. 12 ff, GRUPEN, Origines Pyrmont., Cap. IX
- 25) R. OBERSCHELP, 1963, S. 16
- 26) St. A. Ms., Bü. A. Nr. 744
- 27) Ebenda, Nr. 456
- 28) Ebenda, Bü. Urk. Nr. 174
- 29) A. FAHNE, 1859–63
- 30) J. S. SEIBERTZ, Der Oberfreistuhl zu Arnsberg, WZ, Bd. 17, 1856
- 31) E. SCHMEKEN, 1961
- 32) St. A. Ms., Bü. Akten, Schnadprotokolle
- 33) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 125
- 34) Die Kellnerei in Arnsberg war die höchste Finanzbehörde in Westfalen; ihr unterstand das Gogericht Rüthen. Dazu: W. GREGOR, 1911
- 35) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 125
- 36) Diözesanarch. Paderborn, Böddeker Lagerbuch III
- 37) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 125
- 38) Diözesanarch. Paderborn, Böddeker Lagerbuch III
- 39) Auskunft G. MÜLLER (Kommission f. Mundart u. Namenforschung, Münster)
- 40) St. A. Ms., Urkunden und Akten der Herrschaft Büren
- 41) J. S. SEIBERTZ, UB II, Nr. 556, 113
- 42) St. A. Ms., Bü. Urk. Nr. 185, 186; J. BENDER, 1937
- 43) Diözesanarchiv, Großes Böddeker Copiar IV
- 44) St. A. Ms., Mscr. VII, E
- 45) Archiv Hinnenburg, G Urk. Nr. 104
- 46) Archiv Schloß Schwarzenrabens, Urk. Nr. 83
- 47) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 125
- 48) Ebenda Nr. 744
- 49) F. VIEGENER, 1927, Bl. IV
- 50) Quellen zur Geschichte von Stift und Freiheit Meschede, Urk. Nr. 119
- 51) Inventar der nichtstaatl. Archive, Bd. 3, Heft I Kreis Büren
- 52) Diözesanarchiv Paderborn, Findbuch Holthausen

- 53) St. A. Ms., Bü. A. Nr. 125  
54) Ebenda  
55) Ebenda Nr. 456  
56) Ebenda Nr. 744  
57) St. A. Ms., Mscr. VII 5102 E  
58) J. S. SEIBERTZ, UB Bd. 2 Nr. 665 und Nr. 795, Fußnote 558  
59) Diözesanarchiv Paderborn, Urkunden des Klosters Holthausen  
60) Ebenda  
61) Ebenda  
62) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 125  
63) Ebenda Nr. 744  
64) H. BARTMEIER, 1983  
65) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 456  
66) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 243  
67) Ebenda; Domkapitel Paderborn Nr. 141, 17  
68) Diözesanarchiv Paderborn, Urkunden des Klosters Holthausen  
69) Ebenda, Stahlkammer  
70) St. A. Ms., Urkunden Holthausen bei Büren Nr. 62  
71) St. A. Ms., Bü. Urkunden Nr. 185 u. 186  
72) Ebenda, Mscr. VII, 5102 E  
73) Archiv Erpernburg, A 151, Länderverzeichnis des Meiers Göbbeler  
74) Urneßischblatt, Urkataster  
75) Diözesanarchiv Paderborn, Urkunden des Klosters Holthausen  
76) St. A. Ms., Urkunden des Klosters Dalheim  
77) Ebenda, Bü. Akten Nr. 456  
78) Ebenda Nr. 125  
79) J. BENDER, 1937  
80) Diözesanarchiv Paderborn, Urkunden des Klosters Holthausen  
81) St. A. Ms., Bü. Urkunde Nr. 87; Akten Nr. 125  
82) J. S. SEIBERTZ, Quellen zu westf. Geschichte, Bd. 1, S. 148: Güterverzeichnis des Klosters Brede-  
lar; A. HÖMBERG, Adelssitze, Heft 15, S. 10  
83) St. A. Ms., Bü. Urk. Nr. 184  
84) Ebenda, Mscr. 4501  
85) Ebenda Bü. Akten Nr. 125  
86) St. A. Ms., Bü. Urk. Nr. 306  
87) Ebenda, Akten Nr. 125  
88) Ebenda, Nr. 744  
89) Zeitschrift f. v. Gesch., Bd. 35, 1877  
90) Diözesanarchiv Paderborn, Böddeker Lagerbuch III  
90) Kindlinger, Münstersche Beiträge, 3/2, Urkunden Nr. 13  
91) St. A. Ms., Mscr. VII, 4501  
92) WUB IV, Nr. 1509  
93) Inv. III, 1, S. 127, Nr. 65  
94) Ebenda, S. 128, Nr. 67  
95) Mscr. VII, 4501: Hoc bonum habuit capellam sibi annexam in loco.  
96) St. A. Ms., Mscr. VII, 4501  
97) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 125  
98) Ebenda, Akten u. Urkunden der Herrschaft Büren, Mscr. VII 4501  
99) Ebenda, Akten Nr. 125; Diözesanarchiv Paderborn, Böddeker Lagerbuch III  
100) Ebenda, Urk. Nr. 346  
101) Ebenda, Mscr. VII 4501  
102) Ebenda, Akten Nr. 456  
103) Diözesanarchiv Paderborn, Böddeker Lagerbuch III  
104) Archiv Erpernburg; Inv. III, 1, S. 171, Nr. 126  
105) St. A. Ms., Bü. Urk. Nr. 185, 186  
106) Ebenda, Mscr. VII 5102 E  
107) Ebenda, Nr. 5102, 5 B  
108) Ebenda, Bü. A. Nr. 125  
109) Archiv Erpernburg, Aktenband 209  
110) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 774  
111) Archiv Erpernburg, Aktenband 209  
112) Dazu Anmerkung 110  
113) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 243 und 456  
114) Ebenda  
115) Ebenda  
116) W. MÜLLER-WILLE, 1981  
117) St. A. Ms., Bü. A. Nr. 125  
118) W Z. Bd. 100, S. 116 f.; H. BANNASCH, 1972, S. 56 f.  
119) St. A. Ms., Bü. Akten Nr. 125  
120) W U B IV, Nr. 1509  
121) Zeitschrift f. vaterl. Geschichte u. Altertumskunde, Bd. 23, 1863  
122) NIESERT, Münstersche Beiträge, I, 2, S. 258 ff.  
123) M. BALZER, 1983, S. 259 ff.

## Literatur

- Abel, W.** (1955): Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters. Stuttgart  
**Abel, W.** (1967): Wüstungen in Deutschland, Zeitschr. f. Agrargeschichte u. Agrarsoziologie, Sonderheft 2  
**Bannasch, H.** (1972): Das Bistum Paderborn unter den Bischöfen Rethar und Meinwerk. Paderborn  
**Bahlow, H.** (1965): Deutschlands geographische Namenwelt. Frankfurt  
**Balzer, M.** (1977): Die Besitzverhältnisse in der Paderborner Feldmark. München

- Balzer, M.** (1983): Grundzüge der Siedlungsgeschichte (800–1800). In: **W. Kohl** (Hg.): Westfälische Geschichte, Bd. 1. Düsseldorf  
**Bartmeier, H.** (1983): Heimatgeschichte von Langenstraße-Heddinghausen. Lippstadt  
**Bender, J.** (1848): Geschichte der Stadt Rüden. Werl, Nachdr. 1937  
**Fahne, A.** (1859–63): Geschichte der Dynasten, Freiherrn und Grafen von Bocholtz, 4 Bde. Köln

- Gregor, W.** (1911): Die alte Oberkellnerei Arnberg. Diss. Münster
- Henkel, G.** (1973): Die Wüstungen des Sintfeldes. Paderborn
- Henkel, G.** (1974): Geschichte und Geographie des Kreises Büren. Paderborn
- Hömbert, A.** (1938): Siedlungsgeschichte des oberen Sauerlandes. Geschichtliche Arbeiten zur westfälischen Landesforschung, 3. Münster
- Hömbert, A.** (1955): Ortsnamenkunde und Siedlungsgeschichte. Westfälische Forschungen, Nr. 8. Münster
- Hömbert, A.** (1950): Geschichte der Comitate des Werler Grafenhauses. Westfälische Zeitschrift, Bd. 100
- Hömbert, A.** (1972–78): Geschichtliche Nachrichten über Adelsitze und Rittergüter im Herzogtum Westfalen. Hefte 4, 6, 15, 16. Münster
- Hömbert, A.** (1943–52): Studien zur Geschichte der mittelalterlichen Kirchenorganisation in Westfalen. Westfälische Forschungen, 6. Bd.
- Hömbert, A.** (1975): Text zur Gaukarte 800–1100. In: Geschichtlicher Handatlas von Westfalen. Münster
- Jansen, M.** (1900): Cosidromius Gobelini Person. Münster
- Kleinn, H.** (1961): Die Schledden auf der Haarabdachung zwischen Soest und Geseke. Spieker, Nr. 11. Münster
- Lappe, J.** (1916): Die Wüstungen der Provinz Westfalen. Münster
- Lienen, B.** (1981): Oberr- und Niederntudorf zwischen Hochmittelalter und früher Neuzeit. Staatsarbeit a. d. Hochschule Bielefeld
- Mertens, K.** (o. J.): Die Wüstungen des Hochstiftes Paderborn. Maschinenschrift im Staatsarchiv Münster, WL 389
- Müller-Wille, W.** (1981<sup>2</sup>): Westfalen. Landschaftliche Ordnung und Bindung eines Landes. Münster
- Müller-Wille, W.** (1966): Bodenplastik und Naturräume Westfalens. Spieker, Nr. 14. Münster
- Oberschelp, R.** (1963): Die Edelherren von Büren bis zum Ende des 14. Jahrhunderts. Geschichtliche Arbeiten zur Landesforschung, Bd. 6. Münster
- Rother, H.** (1981): Westfälische Geschichte, Bd. 1. Gütersloh
- Scharlau-Mortensen, H.** (1949): Der siedlungskundliche Wert der Kartierung von Wüstungsfuren. Nachrichten d. Akademie d. Wissenschaften, Jg. 1949, 11
- Schmeken, E.** (1961): Die sächsische Gogerichtsbarkeit im Raum zwischen Rhein und Weser. Diss. Münster
- Schneider, H.** (1936): Die Ortschaften der Provinz Westfalen bis zum Jahr 1300. Münstersche Beitr. z. Geschichtsforschung.
- Scholz, K.** (1983): Das Spätmittelalter. In: **W. Kohl** (Hg.): Westfälische Geschichte. Düsseldorf
- Schulte, H.** (1937): Die geologischen Verhältnisse im östlichen Haarstrang. Abhandlungen a. d. Landesmuseum d. Provinz Westfalen, 8. Jg., H. 1
- Stadt Wünnenberg** (Hg.) (1987): Heimatbuch der Stadt Wünnenberg
- Timmermann, O.** (1957): Grundherrliche Einflüsse auf das Altsiedelland im Spiegel wenig beachteter Flurnamen. Soester Zeitschrift
- Timmermann, O.** (1960): Beispiele für Aussagevermögen und Aussagekraft von Flurnamen. Berichte z. deutschen Landeskunde, 24
- Viegner, F.** (1927): Die Waldgenossenschaften der Stadt Rüthen. Diss. Münster
- Winkelmann, W.** (1984): Beiträge zur Frühgeschichte Westfalens. Gesammelte Aufsätze. Münster

## Quellen

Ungedruckt

Staatsarchiv Münster (St. A. Ms.): Herrschaft Büren (Bü), Akten (A) und Urkunden (U); Klöster Böödeken, Dalheim, Holthausen; Stifte Busdorf, Geseke; Domkapitel Paderborn; Manuskripte 4501, 5102; Grafschaft Rietberg

Diözesanarchiv Paderborn: Böödeker Archivalien; Pfarrarchiv Büren; Archivalien des Klosters Holthausen

Archiv des Altertumsvereins Paderborn: Codices von Böödeken

Archiv Erpernburg

Archiv des Katasteramtes Paderborn: Urkataster Büren, Steinhausen, Eickhoff

Gedruckt

Annales Paderbornenses v. Schaten, Bd. 1–2; Inventare der nichtstaatlichen Archive der Provinz Westfalen, Kreis Büren, Münster 1915 (Inv. III,1); Schatzungsregister des 16. Jahrhunderts für das Herzogtum Westfalen, Teil 1, Münster, 1971; Kindlinger, N.: Münstersche Beiträge zur Geschichte Deutschlands, Bd. 3/2, Münster 1793; Prinz, J.: Urkundenbücher des Stiftes Busdorf in Paderborn, 1. und 2. Lfg., 1975/1984; Seiberts, J.S.: Urkundenbuch zur Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogtums Westfalen, Bd. 1–3, 1839–54; Seibertz, J. S.: Quellen zur westfälischen Geschichte, Bd. 1–2, 1857–61; Vita Meinwerici Patherbrunnensis, hg. v. F. Tenckhoff, Hannover 1921; Westfälische Urkundenbücher, Bd. IV u. VII; Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde, gnt. Westfälische Zeitschrift (WZ)



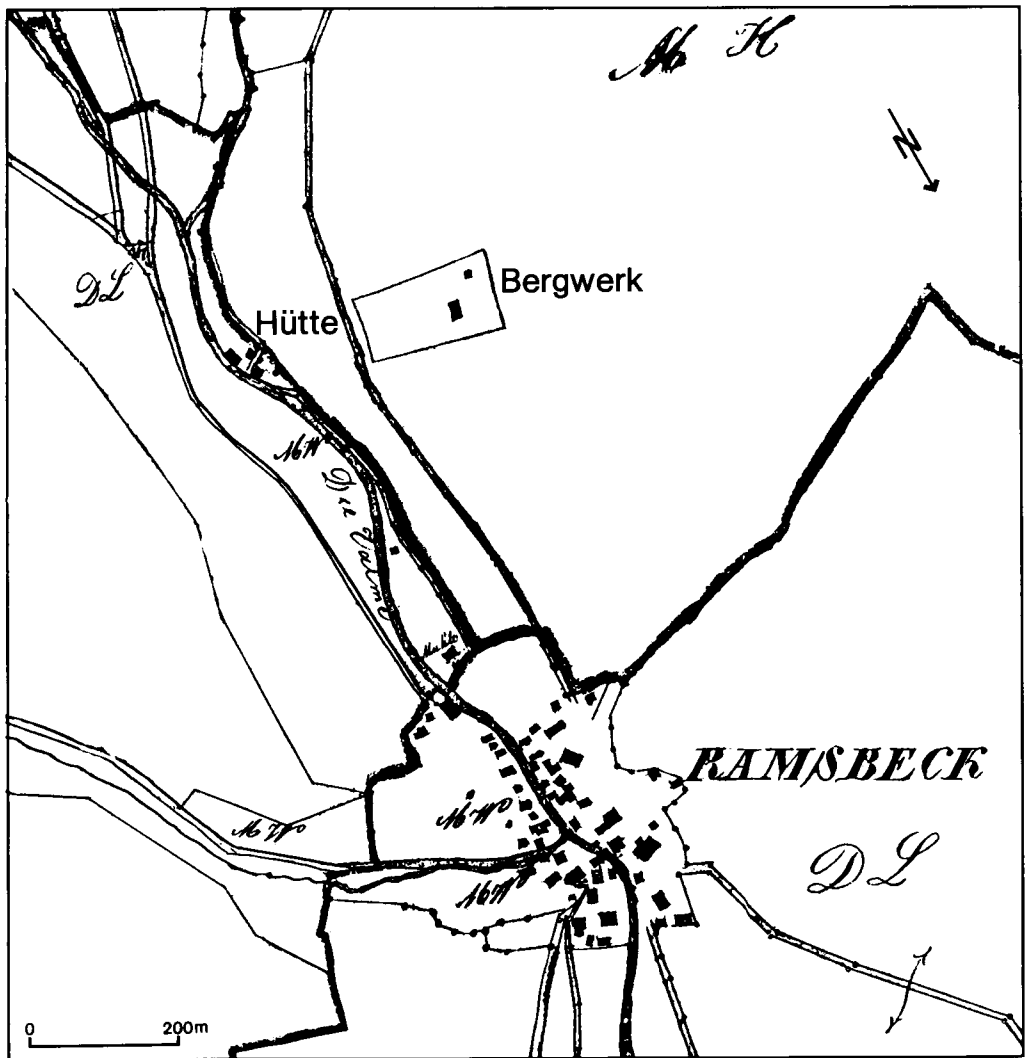
## Die Industriesiedlungen des 19. Jahrhunderts im Ramsbecker Bergland

von Reinhard K ö h n e , Meschede

Das Ramsbecker Bergland, benannt nach der Ortschaft Ramsbeck in der Gemeinde Bestwig im mittleren Ruhrtal, liegt am Nordrande des Hochsauerlandes. Es besteht aus mitteldevonischen Sedimenten, deren quarzitische Sandsteine, sandige Tonschiefer, Diabase und flaserigen Tonschiefer in dem SW-NO-streichenden Ostsauerländer Hauptsattel am Ende des Devons aufgefaltet wurden. Im Oberkarbon und erneut im Tertiär kam es zu weiteren Aufwölbungen und Dehnungen, wodurch das S-N-orientierte Flußsystem der südlichen Nebenflüsse der Ruhr sich tief eingeschnitten hat. Die Reliefenergie von den Talauen bis zu den um 700 m hohen Bergkuppen liegt bei 100 – 150 Metern. In den Klüften und Gängen des vielfach gefalteten und verworfenen Gebirges kommen hydrothermal entstandene Erze vor, die überwiegend aus Bleiglanz, Zinkblende und gelegentlich auch aus Kupferkies und Pyrit bestehen.

Die Ramsbecker Höhen mit Bastenberg (745 m) und Dörnberg (709 m) liegen im Luv der vorherrschenden Westwinde und erreichen Jahresniederschläge von 1000 – 1200 mm. Infolge der Höhenlage übersteigen die Jahresdurchschnittstemperaturen 7 – 8 ° C nicht mehr und begrenzen die Vegetationsperiode auf 200 – 240 Tage. Der als potentielle natürliche Vegetation zu erwartende artenarme Buchenwald mit bachbegleitenden Erlenwäldern ist durch die mittelalterliche Rodung weitgehend verschwunden. Als Baumart überwiegt heute die Rotfichte, und die meisten landwirtschaftlichen Flächen sind in den letzten 20 Jahren als Grenzertragsflächen in Weihnachtsbaumkulturen mit Blaufichten umgewandelt worden.

Die Anfänge des Ramsbecker Bergbaus lassen sich urkundlich als ein Wechselspiel örtlicher Privatinitiativen und landesherrlicher Förderung nachvollziehen. Die bei Winterberg-Silbach, Olsberg-Wiemeringhausen, Olsberg-Wulmeringhausen und Bestwig-Ramsbeck in der Mitte des 16. Jh.s entdeckten Erzvorkommen führten zwischen 1533 und 1559 zu vier Bergordnungen der Kölner Kurfürsten, mit denen sie den Betreibern der Silber- und Bleibergwerke besondere Privilegien gewährten. Die Territorialherren wollten durch diese Förderung die Einnahmen aus dem Bergregal und die Silbererzeugung für die Münzprägung erhöhen. Genutzt wurden im Mittelalter vornehmlich die N-S-streichenden Brauneisenerzgänge, denen Blei- und Zinkerze beigefügt sind, die gelegentlich aber auch in ein silberarmes Glasurbleierz übergehen können. Die Brauneisensteinvorkommen waren die Rohstoffgrundlage für die Eisenverarbeitung auf den Hämmern in Ramsbeck, Heringhausen, Gevelinghausen und Wehrstapel. Von größerer wirtschaftlicher Bedeutung sind jedoch die W-O-streichenden Ramsbecker Dichterze aus feinverwachsenen Blei- und Zinkerzen, die nesterförmig und in geringer Mächtigkeit zwischen Henne- und Negertal vorkommen. Im Ramsbecker Bereich liegen die Anfänge des Bergbaus am West- und Nordhang des Bastenberges. Dort finden sich außer zahlreichen Pinggen, in denen man mit senkrechten Tagesschächten den Erzgängen nachging, bereits aus früher Zeit der Venetianer- und Bernhard-Stollen, die man noch mit Schlägel und Eisen in das Gestein schlug. Das Schwarzpulver wurde beim Stollenbau erst unter dem Kurfürsten Maximilian Heinrich (1621–1688) eingeführt.



**Abb. 1: Ramsbeck 1827**  
(Quelle: Urkataster)

Die erste Phase des Ramsbecker Bergbaus wurde, wie überall im Herzogtum Westfalen, durch den Dreißigjährigen Krieg beendet. Infolge der Einziehung der Bergleute zum Kriegsdienst und des Abbruchs vieler Handels- und Verkehrsverbindungen kam der Bergbau zum Erliegen. Eine Bestandsaufnahme des Bergmeisters Engelhardt aus dem Jahre 1668 zeigt, daß auf den Gruben „Bastenberg“ und – östlich der Valme – „Ries“ und „Dörnberg“ die Förderung noch nicht wieder aufgenommen worden war. Auch die Hütte oberhalb Ramsbeck, auf der Blei, Kupfer und Silber verhüttet worden waren, hatte den Betrieb noch nicht wieder aufgenommen. Die Prägung des Ramsbecker Ausbeutetalers unter dem Kurfürsten

Clemens August von Köln (1723 – 1761) im Jahre 1759 läßt auf einen gewissen Aufschwung des Bergbaus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts schließen. Indessen verhinderten die Unberechenbarkeit der durch Störungen und Verwerfungen häufig unterbrochenen Erzgänge wie auch eine Vielzahl von Unternehmern eine effektive Ausbeutung.

Mit der Übernahme der zuvor dilettantisch betriebenen Bergaufsicht durch Preußen im Jahre 1815 begann die frühindustrielle Phase des Ramsbecker Bergbaus. Auf Initiative des preußischen Oberbergrates Buff kam es zu einer Fusion der vielen kleinen Grubenfelder und zur Vereinigung ihrer Besitzer zu der kapitalstärkeren Ramsbecker Gewerk-



schaft. Das führte zwischen 1815 und 1839 zur Ausweitung und Modernisierung der Betriebsanlagen. Neue Stollen am Bastenberg und Dörnberg erhöhten die Förderung. Die Aufbereitung der Erze wurde durch ein Pochwerk an der Valme verbessert und auch die alte Bleihütte erweitert.

Auf die Struktur der ländlichen Siedlungen hatten die bergbaulichen Aktivitäten bis zu diesem Zeitpunkt nur einen geringen Einfluß ausgeübt. Die etwa 100 Beschäftigten kamen täglich aus den Orten der Umgebung, in denen ihnen kleine Kotten eine wirtschaftliche Grundlage im agraren Bereich boten. Die Altsiedlung *Ramsbeck* war 1829 eine Weilersiedlung, hervorgegangen aus der hochmittelalterlichen Rodung von Waldviehbauern. Bestimmendes Element der Ortstopographie ist die Anlehnung an die schmale Talau der Valme, deren Quertal kaum die Breite von 40 m überschreitet. 1825 bestand der Ort aus 9 Bauernhöfen, die die geringe Talerweiterung am Zusammenfluß von Valme und Brabecker Bach weitabständig mit unregelmäßigem Grundriß besetzen (Abb. 1). Daß der Bergbau bei der spätmittelalterlichen Verdichtung der Ortslage eine Rolle gespielt hat, belegt die urkundliche Erwähnung eines „Bergkbotten“ im Schatzregister von 1563, der aber im Register von 1536 noch nicht aufgeführt wurde. In einem Einkünfteverzeichnis der Pfarrei Velmede um 1658 sind in „Rammesbeke“ 13 Güter abgabepflichtig, darunter eines „auf der Hütten“ und eines „am Hammergraben“.

Seit dem 14. Jahrhundert erfolgte eine Trennung von Erzgewinnung und Verhüttung. Damit verbunden war die Verlagerung der Weiterverarbeitung von den Bergkuppen und Siepen talabwärts zu den größeren Bachläufen, deren ausgedehnter Einzugsbereich zu einer konstanteren Wasserführung und längerer Betriebsdauer für wasserradbetriebene Produktionsanlagen führte. 1825 existierten in Ramsbeck eine Mahl- und eine Ölmühle sowie wegen der Brandgefahr etwa 500 m flußabwärts die Hütte an der Valme im Flurteil Werdern. Die Wohnsiedlungen für die im Eisen- und Metallgewerbe tätige Bevölkerung waren in die weitabständig angelegten Althöfe mit ihren Nebengebäuden integriert, die Kotten

und jüngeren Ausbauten besetzten in hochwassergefährdeter Lage den durch einen beiderseitigen Randweg erschlossenen Ufersaum der Valme.

Die Ausweitung von Betriebsanlagen und Produktion war eng verknüpft mit dem Versuch, das Ramsbecker Revier im großindustriellen Maßstab zu einer führenden Montanregion in Mitteleuropa auszubauen. 1850 hatte der Rheinisch-Westfälische Bergwerksverein zu Arnsberg die Ramsbecker Gewerkschaft aufgekauft. Wegen der fehlenden Rendite kam es schon 1854 zu einem Weiterverkauf an die Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen, deren Aktienmehrheit in französischer und belgischer Hand lag. Ihr Direktor Heinrich Stephan Barnard, der sich Marquis de Sassenay nannte, beabsichtigte den Ramsbecker Raum zum größten Industriekomplex im Bereich der Metallgewinnung zu entwickeln. Geplant war die Erschließung neuer Grubenbaue, die Errichtung von 25 Pochwerken zur Erzaufbereitung und der Bau zweier Großhütten in Ramsbeck und Ostwig mit einer Gesamtkapazität von 30000 t Bleierzen. Der Versorgung der Belegschaft sollten mehrere Großmagazine und Großbäckereien dienen. Um das zu erwartende Transportvolumen zu bewältigen, baute man eine eigene Pferdehaltung mit 275 Pferden auf; denn der Anschluß an das überregionale Eisenbahnnetz konnte nur auf schlechten Hohlwegen über den Arnsberger Wald zu dem etwa 50 km entfernten Lippstadt gewonnen werden, das seit 1850 Bahnstation war. Das notwendige Investitionskapital beschaffte sich die Gesellschaft durch die Neuausgabe von Aktien an den europäischen Börsen. Die Beschäftigtenzahl war zwar bis 1853 auf 317 angestiegen, sollte aber auf mindestens 1800 erhöht werden. Deshalb wurden im Harz und in Sachsen auswanderungswillige Bergleute angeworben und zur Übersiedlung ins Sauerland veranlaßt.

Die chaotischen Gründerjahre 1854/55 wurden in der zeitgenössischen Literatur zutreffend als „Schwindelzeit, Zeit des kalifornischen Wunderglaubens oder Franzosenzeit“ charakterisiert, da die Verwaltung dem beginnenden Bauboom weder organi-

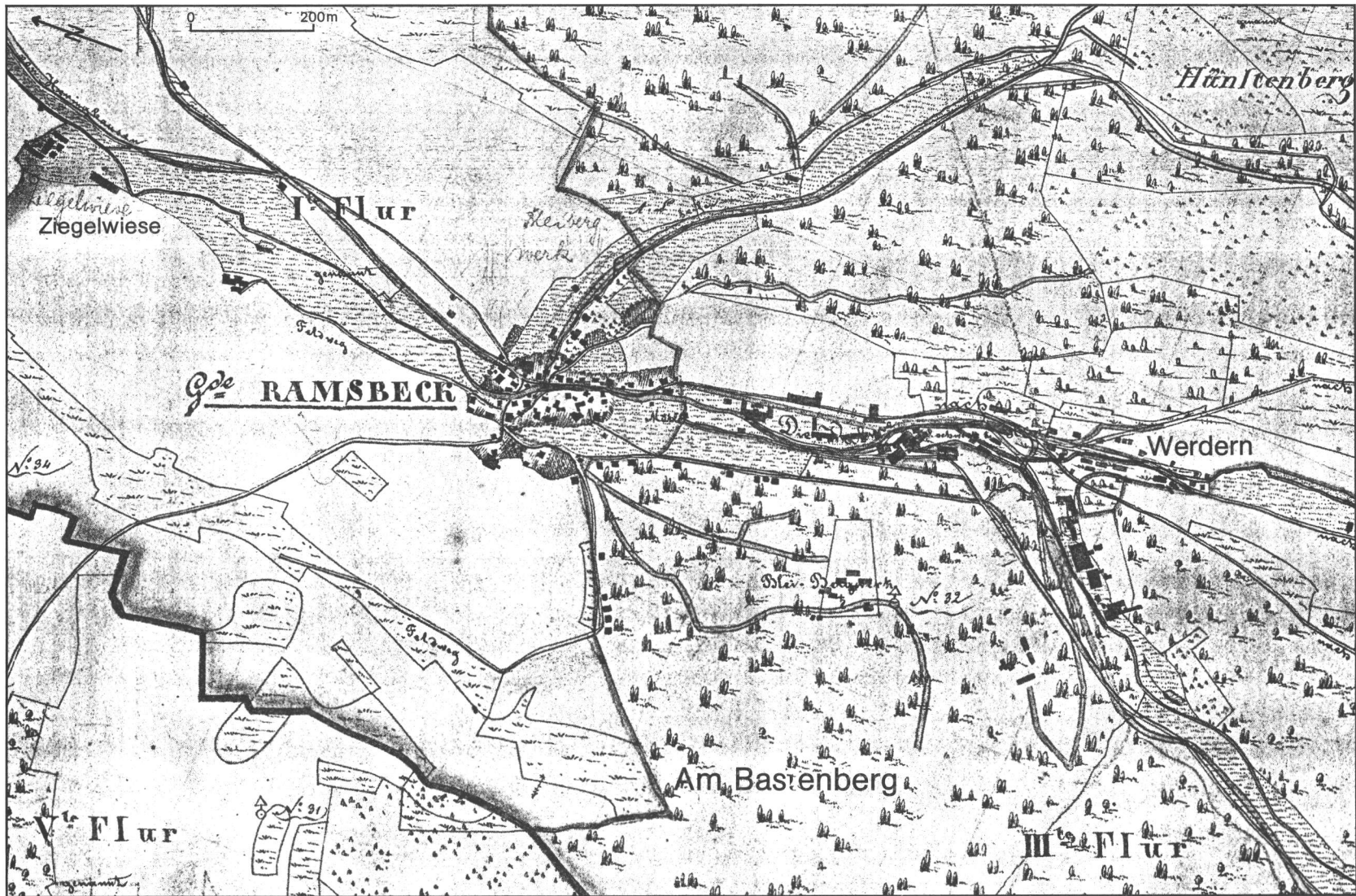


Abb. 2: Ramsbeck um 1855  
(Katasterkarte, erg. durch R. KÖHNE)

satorisch noch finanziell gewachsen war. Vom südlichen Ortsrand Ramsbecks etwa 1000 m flußaufwärts entstanden neue Betriebsanlagen bandförmig auf beiden Seiten der Valme, um die Wasserkraft mit Wasserrädern und Turbinen zu nutzen. Die neuen Aufbereitungs- und Verhüttungsanlagen lagen transportgünstig neben Förderstollen am Osthang des Bastenberges (Abb. 2).

Neben Ramsbeck sollte *Ostwig* ein zweiter Schwerpunkt der Weiterverarbeitung werden. Ostwig liegt an der Einmündung der Elpe in die breite Talsohle der Ruhr. Der Gutsweiler Ostwig zählte um 1830 19 Häuser mit 235 Einwohnern. Prägendes Element war der adelige Gutsbetrieb des Frh. von Lüninck am nördlichen Ortsrand. Außer einer Mahl-, Öl- und Sägemühle gab es noch zwei gute Schieferbrüche. Auf einer 14 ha großen Wiesenfläche am Südrand des Dorfes entstand ein weiterer großer Werkskomplex (Abb. 3). In schmalen, bis zu 80 m langen Hallen sollten 52 Röst- und 24 Hochöfen der Friedrich-Wilhelm-Hütte und Marienhütte, die Pferdehaltung und der Ochsenstall, das Magazin und ein Verwaltungsgebäude mit Kasino errichtet werden. Entscheidendes Standortkriterium war die Nähe zu der im Ruhrtal bereits geplanten Eisenbahnlinie. Da aber die erhoffte Erzförderung aus den Gruben am Elpetal ausblieb und die Finanzen nicht ausreichten, konnte die große Hüttenanlage nicht in Betrieb gehen. Nur die turmartigen Reste des auf dem Steinberg errichteten Kamins, in den über lange Kanäle am Hang die schwermetallhaltigen Rauchgase der Hütte abgeleitet werden sollten, erinnern an umweltfreundliche Auflagen der preußischen Gewerbeaufsicht. Die Hüttengebäude wurden bereits 2 Jahre später wieder abgerissen.

Ähnlich erging es den geplanten 25 Pochwerken, von denen nur 15 in Angriff genommen worden waren. In Betrieb gehen konnten schließlich nur sieben in den Tälern der Valme und Elpe. Teilweise, wie im Fall Ziegelwiese, bildeten diese wasserbetriebenen Aufbereitungsanlagen Kristallisationspunkte für industrielle Klein- und Einzelsiedlungen. Um die neu geworbene Arbeiterbevölkerung auch unterbringen zu können, begann die Aktiengesellschaft zu Stolberg und in Westfalen in der Nähe der wich-

tigen Grubenbauten Arbeiterkolonien anzulegen. Folgende Bauvorhaben wurden 1854/55 begonnen: Ramsbeck 17 Häuser mit 70 Wohnungen, Andreasberg 35 Häuser mit 140 Wohnungen, Heinrichsdorf 12 Häuser mit 40 Wohnungen, Alexander 9 Häuser mit 35 Wohnungen, Elpe 8 Häuser mit 32 Wohnungen und Ostwig 10 Häuser mit 10 Wohnungen – insgesamt also 91 Häuser mit 327 Wohnungen. Damit gehören die Bergarbeiterkolonien im Ramsbecker Bergland zu den ältesten in Nordrhein-Westfalen, da im Ruhrgebiet der zecheneigene Bergarbeiterwohnungsbaubau erst 1855 auf der Zeche Concordia in Oberhausen beginnt.

Während in Ramsbeck, Ostwig und Elpe die Neubausiedlungen im Randbereich der alten Ortskerne errichtet wurden, entstanden Andreasberg, Heinrichsdorf und Alexander als Neugründungen auf der grünen Wiese. Wichtigster Standortfaktor war die Nähe zur benachbarten Grube, um Kraft und Zeit der Bergarbeiter zu schonen. So wurde *Andreasberg* neben der Grubeneinfahrt „Dörnberg“ am Nordwesthang des Stüpel in einer Höhenlage von 450 m (Abb. 4) angelegt. Zunächst sollte die Neugründung den Namen Neu-Dörnberg erhalten, wurde dann aber doch nach dem Präsidenten der Bergbaugesellschaft, Andreas Köchlin, benannt. Zur Unterscheidung von St. Andreasberg im Harz entschied man sich endgültig für Neu-Andreasberg.

Die Bebauung orientierte sich an einem schräg zum Hang verlaufenden überörtlichen Verbindungsweg nach Bestwig und einem in der Feldflur endenden Stichweg. Etwa die Hälfte der 54 Hauseinheiten ordnete man traufenständig entlang des Erschließungsweges auf beiden Seiten der Straße an (vgl. Abb. 4). Auf der Höhe des Sattels zwischen Stüpel (731 m) und Am Löh (514 m) erlaubten geringe Ebenheiten an der Abzweigung nach Wasserfall und in einem nordöstlichen Sektor zwischen den Wegen nach Hardt und Bestwig die zwei- oder dreizeilige parallele Reihung zu kleineren Vierteln. Der geringe Bauwuch unter den Gebäuden und die dichte Bebauung der „Viertel“ erklärte sich aus dem Prinzip der optimalen Ausnutzung des angekauften Geländes. Die Wasserversorgung sicherten 5 Brunnen, die neben den Häuserzeilen gegraben worden waren: Angelegt im Hang-



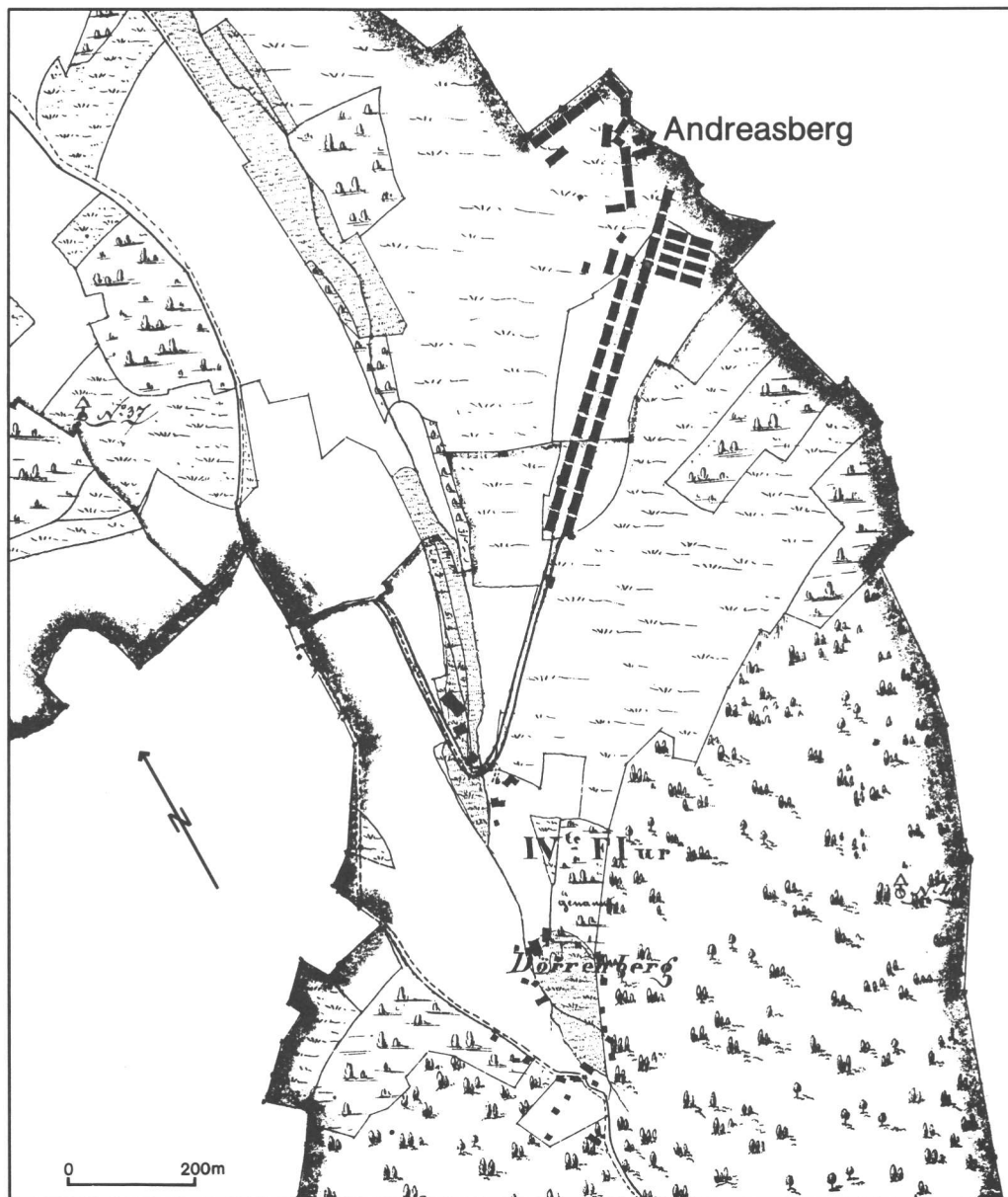
Abb. 3: Ostwig um 1857  
(Katasterkarte, erg. durch R. KÖHNE)

schutt der wenig wasserwegsamem Selscheider Tonschiefer, kam es wegen der starken Abhängigkeit der Grundwasserführung von den Niederschlägen immer wieder zu Versorgungsproblemen; Abwässer liefen frei auf die Straße.

Die Hauseinheiten aus einstöckigen Gruppenbauten von 30,20 x 8,56 m Grundfläche mit je 8 Wohnungen bestanden ursprünglich aus Holzfachwerk mit teilweiser Be-

schieferung. Sie waren auf grobgeschichteten Bruchsteinsockeln ohne Verputz errichtet und hatten im Dachgeschoß noch ausgebauten Kammern. Die Gefache waren ursprünglich mit luftgetrockneten Lehmsteinen ausgefüllt, die auf der Ziegelwiese im Valmetal geformt worden waren. Die Dächer deckte man anfangs mit teergetränkter Pappe ein. Diese Leichtbauweise konnte den rauen Klimabedingungen nicht lange standhalten. Da die Lehmsteine unter dem





**Abb. 4: Andreasberg um 1854**  
(Katasterkarte, erg. durch R. KÖHNE)

Einfluß des Schlagregens zerflossen und die Dachdeckung sich auflöste, wurden die Häuser wind- und wasserdurchlässig und mußten schon bald durch Verbretterungen und Verschieferungen saniert werden. Wegen der geringen Haltbarkeit sind nur 19 Bauten in der ursprünglich einstöckigen Bauweise erhalten. 1952 wurde das letzte Haus im sogenannten „Schwarzen Viertel“

abgerissen, mit dem Abbruch des Viertels hatte man bereits 1937 begonnen.

Die bauliche Entwicklung der Kolonie war abhängig von der wirtschaftlichen Erfolgsrechnung der Bergbaugesellschaft. In den Jahren 1923/24 und 1931/33 mußte die Grube wegen der inflationären Entwicklung oder auch aus lohtaktischen Gründen stillgelegt werden. Da in der Zeit der national-

sozialistischen Diktatur die Erzförderung aus dem Bemühen um wirtschaftliche Autarkie heraus vom Staat subventioniert wurde, unterstützte man auch die bauliche Sanierung und Umgestaltung der Bergbausiedlung. 1937 entstanden 12 Siedlungshäuser in der Hißmecke, wobei erstmalig Bergleute bewußt als Hauseigentümer von der Bau- und Siedlungsgenossenschaft Meschede gewonnen wurden. Zwar hatte schon bei der Gründung 1854 die Bergbaugesellschaft in Aussicht gestellt, Wohnungen nach vier Jahren in Eigentum zu überführen, jedoch blieben wegen des geringen Lohnniveaus die Bewerber aus. Die Nationalsozialisten verfolgten nun das Ziel, die hohe Fluktuation unter den Bergleuten zu stoppen und den kommunistischen Einfluß, der sich bei den Wahlen mit relativ hohen Anteilen für die KPD niedergeschlagen hatte, zurückzudrängen. So kamen 1938 sechs weitere Vierfamilienhäuser hinzu. In der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg gingen dann sieben Siedlungshäuser in Privateigentum über und die Neubausiedlung „Oben auf der Wiemhufe“ dem Trend zu einer freundlicheren Gestaltung des zuvor durch die langen Einheitsbauten sehr monotonen Ortsbildes entgegen.

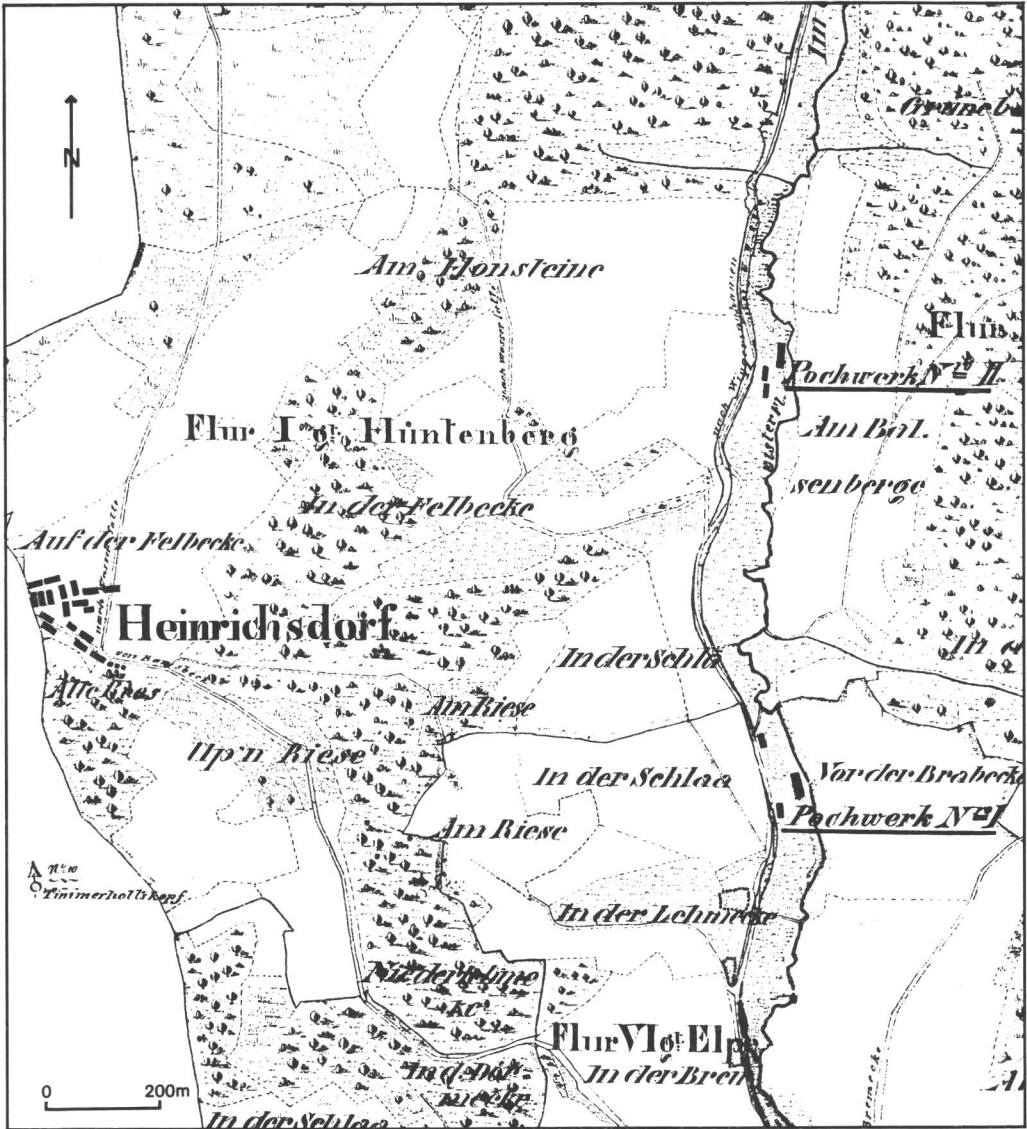
Weitere Impulse entstanden aus zunehmender Überführung von Werkshäusern in Privateigentum. Bauliche Akzente setzten im Ortsbild die neue katholische und evangelische Kirche 1963, die den angeworbenen Bergleuten bereits 1854 versprochen worden waren. Ein Jugendfreizeitdorf der evangelischen Kirche, ein Tagungs- und Erholungsheim der internationalen Polizei-Assoziation und 8 Fremdenverkehrsbetriebe profitieren von der reizvollen landschaftlichen Lage und der Verschönerung des Ortsbildes durch zahlreiche Privatinitiativen. Schon um die Jahrhundertwende hatte der Gasthof Krüger in Neu-Andreasberg mit der landschaftlichen Schönheit der Ortslage und der Umgebung geworben.

Die Umwandlung der Bergmannssiedlung zum Wohn- und Ferienort wurde durch die Schließung der Ramsbecker Grube im Jahre 1974 beschleunigt. Die Entwicklung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt hatte die Erzförderung unrentabel gemacht. Nunmehr betrieb die Gemeinde zielstrebend die

Umfunktionalisierung der Ramsbecker Grube in ein Besuchermuseum und im Jahre 1987 konnte der 1 500 000. Besucher begrüßt werden. Der Wechsel vom produktiven in den tertiären Sektor ist richtungsweisend für alte Industrieräume mit einem natürlichen Potential für landschaftsgebundene Erholung.

Die Bergmannskolonie *Heinrichsdorf*, benannt nach dem Generaldirektor der Aktiengesellschaft, Henry de Sassenay, entstand 1854 in unmittelbarer Nähe der südlich gelegenen Grube „Alte Ries“ (Abb. 5). Sie liegt in der Feldflur des Flurteils „Auf der Felbecke“ auf einem Sattel zwischen dem Hohenstein (681 m) und „Auf 'm Riese“ (661 m) an der Gabelung des Verbindungsweges von Ramsbeck nach Elpe mit dem Höhenweg nach Wasserfall. Auf dem Höhepunkt der Ortsentwicklung gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es in Heinrichsdorf 22 Häuser, darunter 16 rechteckige lange Einheitsbauten, die auch in Neu-Andreasberg das Ortsbild prägten. Auch sie bestanden ursprünglich aus 8 Wohnungen je Haus, mit Flur, Küche, Schlafzimmer und Keller.

Durch Abwanderung von „ausländischen Beschäftigten“ aus dem Harz, aus Sachsen und aus dem Siegerland sowie der Verlagerung des Bergbaus zu den 7 km entfernten besseren Gruben „Dörnberg“ und „Aurora“ standen Wohnungen leer, die durch Beseitigung der Trennwände auf vier Wohnungen reduziert werden konnten. Der Hintereingang wurde zur Einrichtung von Stallungen genutzt, in denen noch bis 1945 etwa 150 Ziegen gehalten wurden. Soweit die Bewohner aus Bauernfamilien stammten, waren sie in der Regel mit einem Stück Vieh und einer Parzelle als Erbteil abgefunden worden. Diese agrare Nahrungsbasis gab der von Krisen gefährdeten Beschäftigung im Erzbergbau eine gewisse Stabilität. Unfertige Bauten und die leichte Bauweise führten dann bis 1939 zum Abbruch von 6 Häusern. Gestoppt wurde die rückläufige Tendenz durch die Wiederinbetriebnahme der Grube „Am Ries“ im Rahmen der autarken Rohstoffpolitik des Deutschen Reiches. Seit die Werkswohnungen 1952 in das Eigentum der Mieter übergingen, hat sich das Ortsbild durch die Pflege der Bausubstanz und eine Sanierung der Verkehrssituation (1987)



**Abb. 5: Heinrichsdorf um 1854**  
(Katasterkarte, erg. durch R. KÖHNE)

zum Positiven hin entwickelt. Außer den Mietshäusern der Bergbaugesellschaft errichteten auch Berg- und Hüttenleute in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts 5 kleinere Privathäuser.

Der westliche Ortsbereich, in der Gemeinde Bestwig gelegen, erhielt den Namen Sengershausen nach dem Haldensteiger Senger, der den dortigen Gasthof 1870 aufkaufte. Heinrichsdorf ist zusammen mit Elpe seit 1975 Ortsteil der Stadt Olsberg, dessen Be-

wohner zu den Industriestandorten des mittleren Ruhrtals auspendeln.

Die Erwerbsmöglichkeiten, die sich aus der reizvollen landschaftlichen Vielfalt und der Nähe zum Freizeit- und Erholungsschwerpunkt Elpetal mit der Freizeitanlage „Fort Fun“ ergeben, werden erst von zwei Betrieben mit 29 Betten genutzt.

Mit der Wiederaufnahme der Erzförderung auf den Gruben „Alexander“ und „Glücks-

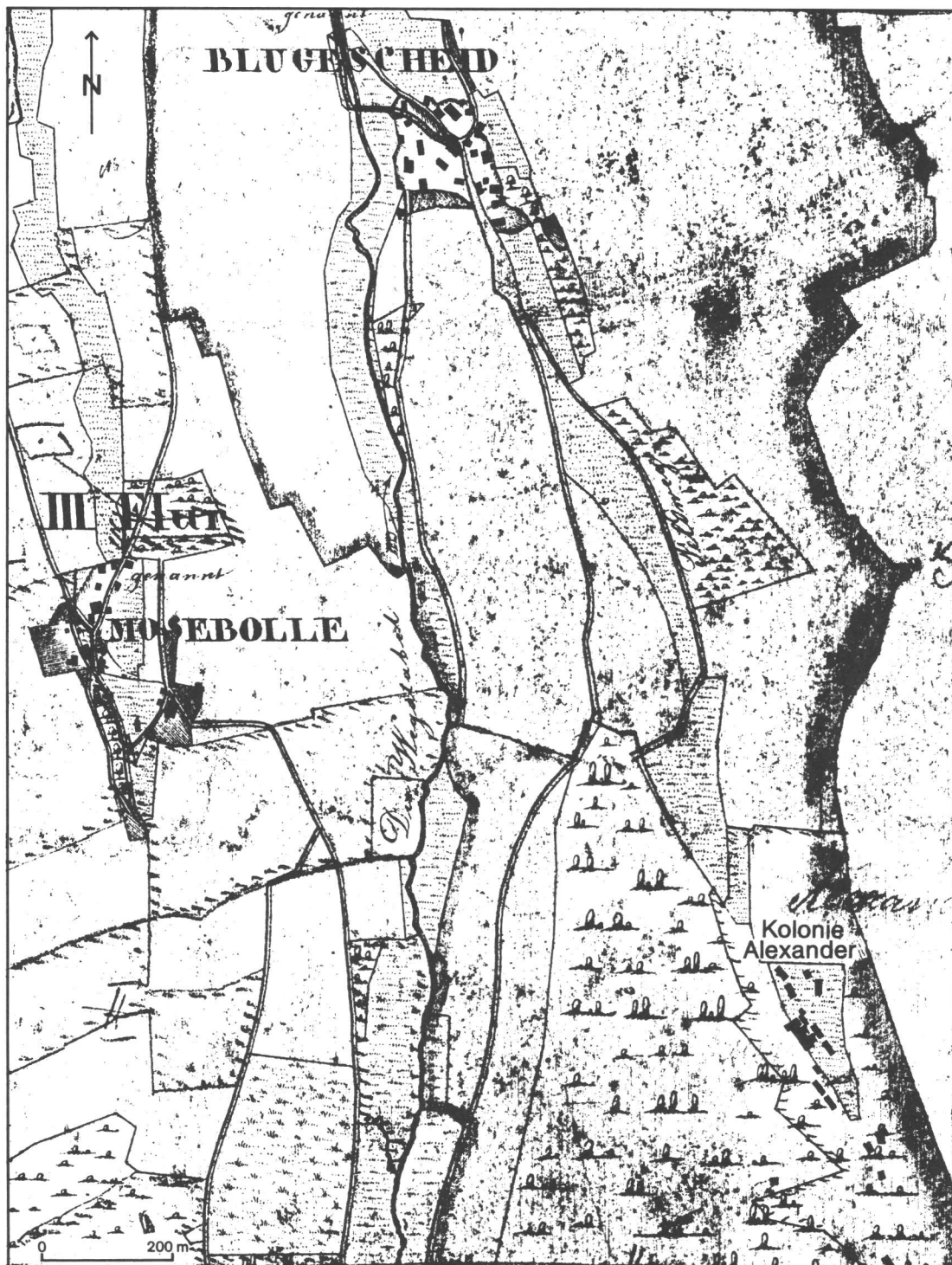


Abb. 6: Kolonie Alexander um 1854  
 (Katasterkarte, erg. durch R. KÖHNE)



anfang“ am Westhang des Bastenbergs begann die Bergbaugesellschaft im Jahre 1854 die Ansiedlung der Kolonie *Alexander* (Abb. 6). Der Bergbau war 1840 zum Erliegen gekommen, weil die schwermetallhaltigen Grubenwässer erhebliche Schäden auf den Wiesen im Nierbachtal verursachten und die Bergwerksgesellschaft den Auflagen zum Bau von Schönungsteichen aus finanziellen Gründen nicht nachkommen konnte. Oberhalb der Aufbereitungsanlage Alexanderwäsche im Talschluß des Nierbachtals bei 450 m Höhenlage wuchs auf einer Außenweide des kleinen Weilers Blüggelscheidt (Stadt Meschede) die Bergarbeiterkolonie Alexander, deren 9 Langhäuser und 7 kleinere Gebäude in isohypsenparalleler Reihung und unregelmäßigen Abständen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Förderschacht der Grube „Alexander“ angeordnet wurden. Die wenigen Photodokumente, die erhalten geblieben sind, zeigen Fachwerkkonstruktionen mit Bruchsteinsockel wie in Neu-Andreasberg und Heinrichsdorf. Offensichtlich benutzte man in allen drei Kolonien einen genormten Einheitstyp beim Hausbau. 1939 waren die abbauwürdigen Erzvorkommen erschöpft, und die Förderung verlagerte sich nach den ergiebigeren Gruben „Dörnberg“, „Willibald“ und „Aurora“ östlich der Valme. Der Verlust der wirtschaftlichen Basis führte in den 50er Jahren zur Sprengung der Betriebsanlagen und Häuser. Nur die Abraumhalde der Aufbereitungsanlage erinnert noch an die Industriegüstung, deren frühere Ortslage heute größtenteils mit Wald bedeckt ist.

Die industriellen Siedlungen haben seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein neues Element in die von mittelalterlichen Weilern und vereinzelt Hütten- oder Hammerwerken an den Flußläufen geprägte Sied-

lungsstruktur gebracht. Am nördlichen und südlichen Ortsrand von Ramsbeck bildeten sich gemischte Wohn- und Gewerbebereiche. Es entstanden auch reine Wohnsiedlungen für Arbeiter an den Hängen oder Sätteln in exponierter Lage in Höhen zwischen 450 und 630 m. In allen Fällen waren sie den Förderanlagen unmittelbar zugeordnet in deutlicher Distanz von den bäuerlichen Altsiedlungen. Außer einer gewissen Ausrichtung auf überörtliche Verbindungswege ist ein einheitlicher Grundriß nicht zu erkennen. Als Richtlinie für die Bebauung galt offensichtlich das Prinzip der optimalen Ausnutzung der erworbenen Grundflächen durch Reihung und Verdichtung von genormten Baukörpern. Die Billigbauweise und das Fehlen der Infrastruktur und der Versorgungseinrichtungen waren nicht allein der Bauwut der Gründerphase zuzuschreiben, sondern entsprangen frühkapitalistischem Gewinnstreben. Die Sozialgeschichte des Ramsbecker Bergbaus ist an anderer Stelle erschöpfend behandelt worden. Die hochgespannten Erwartungen in die Neugründungen kommen in einem Bericht aus der Berliner Nationalzeitung vom 16. 1. 1855 zum Ausdruck. „Das Bergwerksetablisement Andreasberg ist erst seit Mai 1854 entstanden. Man baut dort 80 Arbeiterhäuser, jedes zu 8 Wohnungen und hat den Grundriß so angelegt, daß sich hieraus eine Stadt mit einigen tausend Wohnungen entwickeln kann.“ Die Einwohnerzahl schwankte im 19. Jahrhundert zwischen 551 und 658, steigerte sich bis 1938 auf 778 und ist bis 1988 – infolge Abwanderung – auf 630 zurückgegangen. Von städtischem Charakter konnte schon um die Jahrhundertwende keine Rede mehr sein. Wegen der schlechten Arbeitsbedingungen und der geringen Lebenserwartung der Bergleute galten die Bergmannskolonien im Volksmund als „Witwen- und Waisendörfer“.

#### Literatur

- Haas, S.** (1979): Andreasberg im Sauerland. Ramsbeck  
**Haber, E.** (1883): Der Blei- und Zinkbergbau im Bergrevier Brilon. Siegen  
**Klipsch, N.** (1987): Schwermetallbelastung im Raum Ramsbeck. Münster  
**Hömberg, A. K.** (1938): Siedlungsgeschichte des oberen Sauerlandes. Münster

- Kohle, F. J.** (1958): Die Gemeinde Velmede. Bigge  
**Liebrecht** (1868): Topographisch-statistische Beschreibung nebst Ortschaftsverzeichnis des Regierungsbezirks Arnsberg. Arnsberg  
**Tochtrop, Th. u. H. G. Schmidt** (1979): Blei und Zink im Hoch und Tief. Ramsbeck  
**Beschreibung der Bergreviere** Arnsberg, Brilon und Olpe sowie der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont. Bonn 1890



# Probleme und Potentiale peripherer Siedlungen

## Das Beispiel Elsoff (Wittgensteiner Land)\*

von Gerhard H e n k e l , Michael F r a n k e und Thomas H ö g n e r

Seit gut hundert Jahren hat der ländliche Raum gegenüber dem Staatsganzen an Einwohnern, an Fläche, an Wirtschaftskraft und politischem Gewicht eingebüßt. Wissenschaftliche und politische Fragestellungen zum ländlichen Raum geraten deshalb zunehmend in eine „randliche“ Position. Daß der ländliche Raum in einem Industriestaat wie der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr an dessen Kriterien, d. h. Urbanisierung und Verdichtung, gemessen wird, äußert sich z. B. an Begriffsdefinitionen. In der staatlichen Raumordnung wie in manchen Wissenschaften gilt der ländliche Raum heute als „Restkategorie“ gegenüber den Verdichtungsgebieten.

Daß es den ländlichen Raum trotz ständiger Umwandlungs- und Schrumpfungsmeldungen noch gibt, belegt zumindest die Statistik: Bezeichnet man als ländlichen Raum alle Gebiete bis zu 100 Einwohnern je qkm, so umfaßt er in der Bundesrepublik rund 80 % der Fläche und 50 % der Bewohner.<sup>1</sup> Es bleibt also die Aufgabe, über die Gegenwart und Zukunft dieser Flächen und Menschen nachzudenken.

Da die Restkategorie des ländlichen Raumes von sehr unterschiedlichen Strukturen und Entwicklungsperspektiven geprägt ist, bekennt man sich inzwischen allgemein zu einer Gliederung nach drei Gebietskategorien<sup>2</sup>, die – konsequent – nach dem Einflußbereich von Verdichtungsgebieten erfolgt: Nach den ländlichen Räumen innerhalb und am Rande der großen und mittelgroßen Verdichtungsgebiete, den ländlichen Räumen

im Umkreis leistungsfähiger Zentren (Oberzentren) folgen schließlich die peripheren ländlichen Räume ohne leistungsfähige Zentren. Letztere bilden somit den Rest vom Rest, das Schlußlicht – aus der Perspektive der Verdichtungsgebiete – in der Rangordnung des Industriestaates.

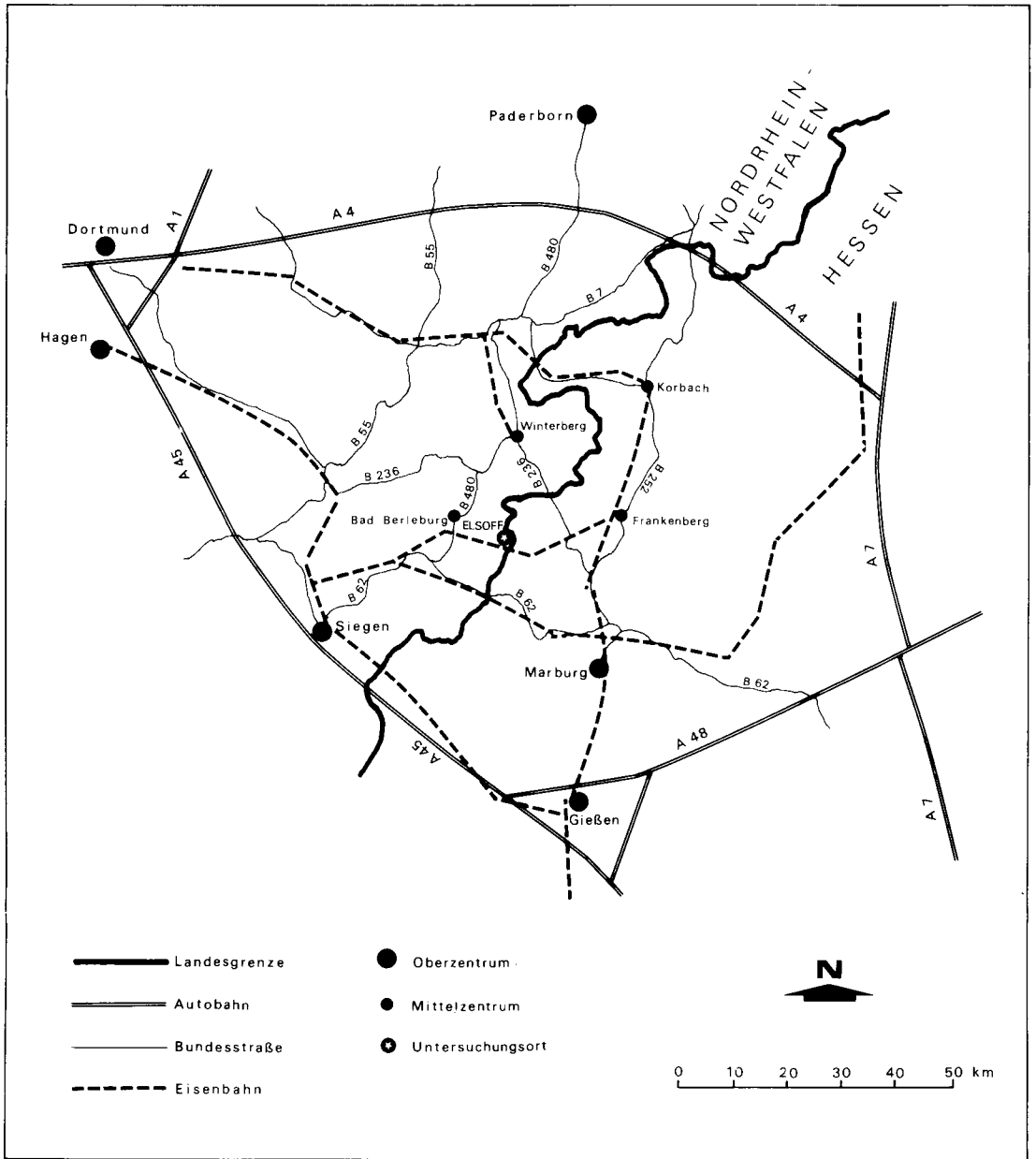
Warum nun gerade die Beschäftigung mit derart Randlichem? Immerhin leben heute noch ca. 7 Millionen Menschen in den peripheren Räumen der Bundesrepublik, deren Zukunft nicht zuletzt auch von wissenschaftlichen Betrachtungen und der einschlagenden Raumordnungspolitik abhängig sein wird. Außerdem spiegeln Periphereräume Kontraste und Widersprüche der Industriegesellschaft, wie sie hier sonst kaum zu beobachten sind: Die Vorstellungen schwanken zwischen „heiler Welt“ und „Armenhaus der Nation“.

Das Dorf *Elsoff* besitzt modellartig die natur-, wirtschafts- und sozialgeographischen Bedingungen und Potentiale eines peripheren Ortes in der urbanisierten Bundesrepublik. Das Beispiel kann exemplarisch darlegen, welche speziellen Vor- und Nachteile periphere Siedlungen sowohl für deren Bewohner als auch die Verdichtungsgebiete und damit den Gesamtstaat besitzen.

### 1. Die naturräumlichen und wirtschaftsgeographischen Ressourcen

Elsoff ist ein abgelegenes, schwer erreichbares Dorf des Mittelgebirges. Aus der Sicht der westfälischen und rheinischen Großstädte liegt es – in Nordrhein-Westfalen – „hinter“ dem Kamm des Rothaargebirges, einer bedeutsamen Natur- und Kulturgrenze zwischen dem nordwestlichen und mitt-

\* Nachdruck mit freundl. Genehmigung aus: Essener Geogr. Arbeiten, Bd. 1, 1982, S. 163–207



**Abb. 1: Die verkehrsgeographische und zentralörtliche Lage Elsoffs**

leren Deutschland. Dessen südöstliche Abdachung ist das Wittgensteiner Land, noch Mittelgebirgsland, aber allmählich zu den Hessischen Senken überleitend.

Überregionale Verkehrslinien wie Autobahn und Eisenbahn sind von Elsoff weit entfernt (Abb. 1). Zum nächstgelegenen Au-

tobahnanschluß Wenden an der BAB 45 Hagen – Gießen beträgt die Entfernung 65 km, was durch Straßendurchfahrten und mehrere Ortsdurchfahrten einer Fahrtzeit von ca. 1 Stunde – bei offenem Wetter! – entspricht.

Die Diskrepanz zum Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 wird deutlich, in dem eine

Verdichtung der vier- und mehrspurigen, autobahngleichen Straßen gefordert wird, so daß im allgemeinen keine größere Entfernung als 10 km zur nächsten Bundesautobahn besteht.

Elsoff befindet sich somit außerhalb des räumlichen Wirkungsgrades einer Autobahn, der mit 30 km Abstand angegeben wird.<sup>3</sup> Es ist daher verständlich, daß nahezu alle befragten Elsoffer Bürger<sup>4</sup> den Bau der geplanten Autobahn Olpe – Bad Hersfeld (BAB 4) wünschen, der inzwischen aus schwerwiegenden ökologischen Bedenken zurückgestellt worden ist.

Ähnlich peripher liegt Elsoff zum Eisenbahnnetz. Die Distanz zum nächstgelegenen Bahnhof Bad Berleburg an der wenig bedeutsamen eingleisigen Strecke Kreuztal–Frankenberg beträgt 16 km. Der Anschluß an das überregionale mehrgleisige Netz erfolgt in Marburg (ca. 45 km entfernt) oder Kreuztal/Siegen (ca. 60–65 km).

Die Stellung Elsoffs im Netz der zentralen Orte und Entwicklungsachsen unterstreicht die peripheren Lagemerkmale: Die Verkehrsdistanz zum nächsten Oberzentrum in Nordrhein-Westfalen – Siegen – ist mit ca. 65 km ungewöhnlich groß. Geringfügig vermindert wird dieser Lagenachteil durch das etwas nähere nordhessische Oberzentrum Marburg (ca. 45 km). Laut Landesentwicklungsplan I/II des Landes Nordrhein-Westfalen gehört Elsoff, das selbst ohne zentrale Funktionen ausgewiesen ist, zum Versorgungsbereich des 16 km entfernten Bad Berleburg, das als Mittelzentrum eingestuft wird. Einen gewissen Ausgleich bietet der benachbarte hessische Ort Hatzfeld/Eder (5 km), der für Elsoff darüber hinaus die Funktionen eines Grundzentrums wahrnimmt.

Die topographische Lage des Dorfes Elsoff (ca. 390 m ü. NN) wird im wesentlichen durch den Bach Elsoff<sup>5</sup> geprägt, dessen Tal sich durch den Zufluß des Mennerbach und des kleineren Freielsbach zu einer passablen Siedlungsfläche verbreitert. Die Talverbreiterung im Mündungsbereich Mennerbach-Elsoff ist Keimzelle und Kern des Taldorfes (Abb. 2 und Bild 1). Die Häuser stehen in unmittelbarer Bachnähe, wie zum Trotz gegen die gelegentlichen Hochwas-

ser.<sup>6</sup> Von weitem sichtbar steht die Kirche ca. 15 m über dem Dorf auf dem von Elsoff und Mennerbach herauspräparierten Talsporn.

Die natürlichen Ressourcen des Mittelgebirgsdorfes Elsoff sind vergleichsweise sehr begrenzt. Da lokale Bodenschätze fehlen, die zu einer wirtschaftlichen Basis hätten beitragen können, bleibt die Land- und Forstwirtschaft als einzige, seit Jahrhunderten genutzte Möglichkeit. Die in Elsoff betriebene Land- und Forstwirtschaft war und ist jedoch einigen Extrembedingungen ausgesetzt.

Die Naturdeterminanten Klima und Boden werden hinsichtlich ihres Wertes für die landwirtschaftliche Nutzung in der Bodenklimazahl (Werteskala 1 – 100) zusammengefaßt, die in Elsoff beim niedrigen Durchschnittswert 27 liegt (vgl. HEIDTMANN u. a., S. 62 ff.). Die Zuordnung in die Rubrik „schlechte Böden“ (Bodenklimazahl 15–30) wird vor allem durch die flachgründigen Verwitterungsböden des Rheinischen Schiefergebirges, die stellenweise nur 15 bis 20 cm mächtig sind, sowie das niedrige Temperaturmittel in der Vegetationszeit von Mai bis August (14–15 °C) und zusätzlich hohe sommerliche Niederschlagsmengen verursacht.

Eine weitere Belastung für die Landwirtschaft bringt die Naturdeterminante Relief. Bei Extrempunkten von 372 und 644 m ü. NN ergibt sich für die 22,5 qkm große Elsoffer Gemarkung eine Reliefenergie von 272 m. Durch die zahlreichen Zertalungen sind die Höhenverhältnisse auf engem Raum oft starkem Wechsel unterworfen. In Verbindung mit den niedrigen Bodenklimazahlen sind daher große Teile der landwirtschaftlich genutzten Fläche als sog. „Grenzertragsböden“<sup>7</sup> zu bezeichnen. Im Jahre 1968 wurden im Rahmen einer Agrarstrukturellen Vorplanung 34 % der LF Elsoffs als Grenzertragsböden eingestuft (ALSHUTH u. a., S. 36). Zusätzliche Erschwernisse der Landwirtschaft liegen in der Größenstruktur der Betriebe, der Anzahl der Flurstücke je Betrieb sowie den beengten Hofverhältnissen. Die landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur in Elsoff zeigt im Vergleich mit dem Bundesgebiet oder dem Land

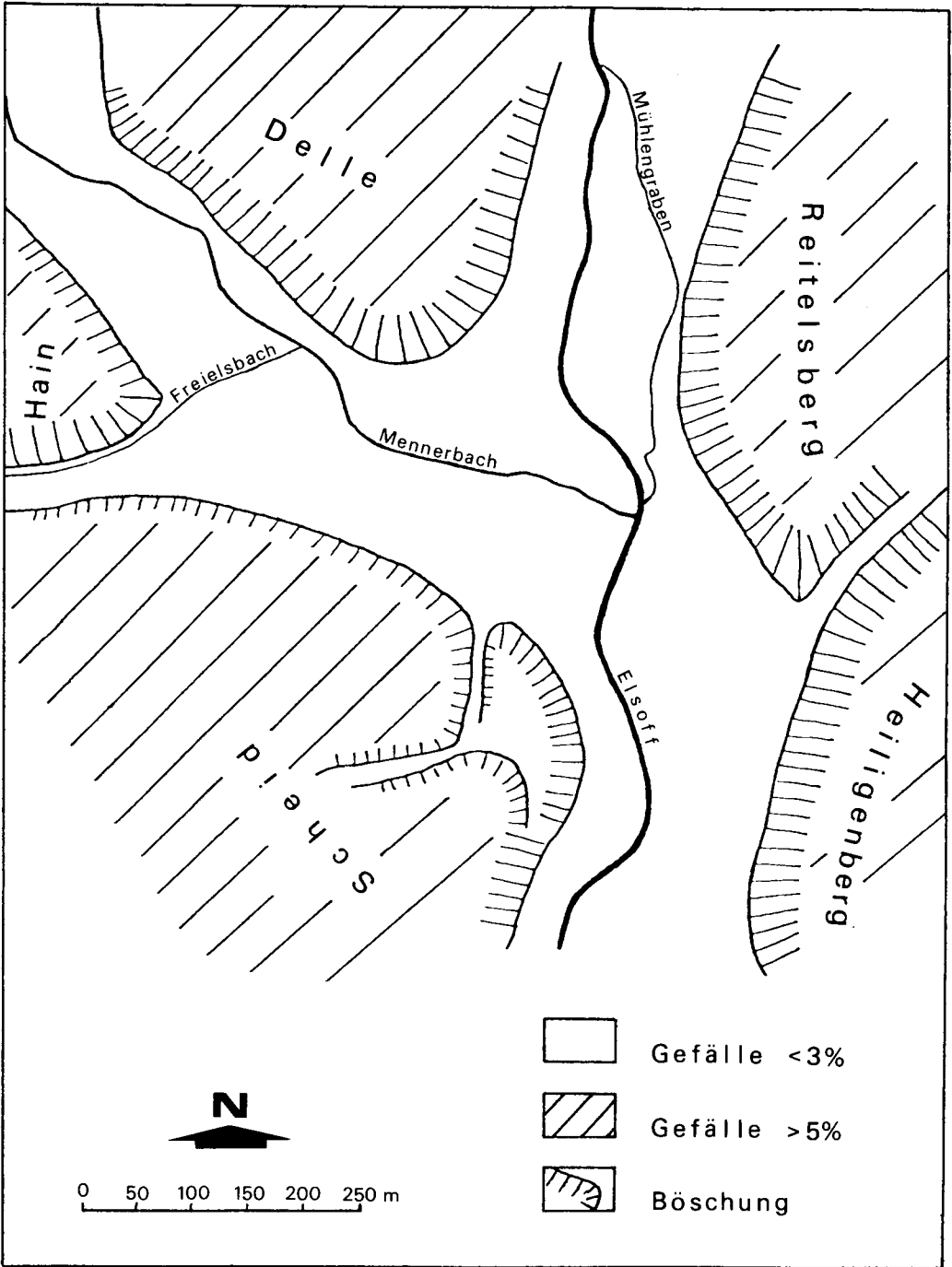


Abb. 2: Die geotopologische Dorflage Elsoffs

**Tabelle 1 Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe**

	Betriebsgröße in ha LF				
	unter 2 %	2 – 5 %	5 – 10 %	10 – 20 %	über 20 %
Elsoff					
1949	12,5	32,4		55,1	–
1955	7,0	36,4		56,6	–
1960	8,8	24,8	49,6	16,8	–
1965	9,3	29,7	43,2	17,8	–
1973	7,2	27,9	42,3	21,6	0,9
NRW					
1980	17,0	17,6	14,7	20,5	30,2
BRD					
1949	25,2	30,9	22,5	14,3	7,1
1980	17,0	18,5	17,8	21,7	25,0

Quellen: LUCAS, 1958; HEIDTMANN u. a., Bd. II, 1967; Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW; Agrarbericht 1981

**Tabelle 2 Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe**

BR Deutschland ha LF	Elsoff ha LF
1949 8,06	1956 6,60
1960 9,34	1965 6,63
1966 10,50	1968 7,90
1970 11,67	1971 7,90
1980 15,26	1973 7,18
1980 NRW 16,53	

Quellen: wie Tab. 1, außerdem Agrarstrukturelle Vorplanung Elsofftal, 1973

Nordrhein-Westfalen eine starke Dominanz der Klein- und Kleinstbetriebe (Tab. 1 u. 2): 1973 verfügten immerhin 77,4 % aller Betriebe über eine Betriebsfläche unter 10 ha.

Ein bedeutsamer Hemmfaktor für die Elsoffer Landwirtschaft besteht in einer sehr ausgeprägten Flurzersplitterung (Tab. 3). So hatte im Jahre 1973 fast die Hälfte aller Betriebe elf und mehr über die Gemarkung verstreute Flurstücke zu bewirtschaften. Dies beinhaltet vielfach erhebliche Entfernungen zwischen Betrieben und Wirtschaftsflächen, die zusätzlich durch ein mangelhaft ausgebautes Flurwegenetz belastet sind. Durch das in Durchführung befindliche Flurbereinigungsverfahren sind hier jedoch in absehbarer Zeit Verbesserungen zu erwarten. Die belastenden Randbedingungen der Landwirtschaft werden

nicht nur in der Statistik offenbar, sie sind auch den Elsoffern selbst sehr bewußt, wie eine Befragung der landwirtschaftlichen Betriebsleiter bestätigte (Tab. 4). Bemerkenswert ist jedoch, daß die beengten Dorf- und Hofverhältnisse (vgl. Bild 2), die den modernen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen nicht mehr zu genügen scheinen, von den Landwirten selbst kaum als Mangel angesprochen werden.

Resümiert man die erheblichen Belastungen der Elsoffer Landwirtschaft und betrachtet daraufhin die Entwicklung der Betriebe in den vergangenen Jahrzehnten, stößt man auf eine zunächst erstaunliche Konsequenz: Im Vergleich zur Bundes- und Landesebene blieb die Abnahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Elsoff sehr begrenzt. Während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1949 bis 1971 im Bund um 40,4 % und im Land NRW um 45,4 % sank, verzeichnen wir für Elsoff von 1949 bis 1973 lediglich eine Abnahme um 18,4 % (von 136 auf 111 Betriebe). Derzeit bestehen noch ca. 80 landwirtschaftliche Betriebe<sup>8</sup> – einschließlich der Hofgruppe Christianseck –, davon werden jedoch nur fünf im Haupterwerb betrieben. Auch der in Bund und Land zu beobachtende Trend der „Gesundschumpfung“ der Betriebe zu großflächigen Vollerwerbsbetrieben ist in Elsoff kaum ausgeprägt (vgl. Tab. 5). Die strukturell und durch ihre natürlichen Bedingungen belastete Landwirtschaft Elsoffs

**Tabelle 3 Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe mit Anzahl der jeweiligen Flurstücke je Betrieb in Elsoff 1973**

Anteil der Betriebe in %	32,43	20,72	46,85
Anzahl der Flurstücke	1 – 5	6 – 10	über 11

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Landwirtschaftszählung Düsseldorf 1974, S. 311

**Tabelle 4: Erschwernisse der Elsoffer Landwirtschaft nach Meinung der Betriebsleiter**

N = 44 (Mehrfachnennungen möglich)	% der Nennungen
Hanglage der Parzellen	75,0
Flurzersplitterung	63,6
schlechte Bodenqualität	38,3
große Entfernung zwischen Betrieb und Parzellen	31,8
klimatische Gegebenheiten	25,0
unzureichendes Wegenetz	18,2
beengte Dorflage	4,5

Quelle: Eigene Erhebung 1981

konnte diesen allgemeinen Trend zu marktgerechten Betriebsformen und -größen nicht nachvollziehen. Die Folge war hier zwar eine Abkehr von der Landwirtschaft als alleiniger Erwerbsquelle und eine gleichzeitige Hinwendung zu einträglicheren Arbeiten (besonders im sekundären Sektor), zugleich blieb aber die Landwirtschaft in Form der Nebenerwerbslandwirtschaft erhalten.

Der landwirtschaftliche Nebenerwerb stellt derzeit die absolut dominierende Erwerbsform in Elsoff dar. Die Landwirtschaft wird heute überwiegend zur Eigenversorgung und Kapitalsicherung und nicht zuletzt aus Traditionsgründen weitergeführt. Mit dieser von der Norm der modernen Landwirtschaft abweichenden Entwicklung

belegt das Beispiel Elsoff exemplarisch die Situation der Peripherräume.<sup>9</sup> Derartige Diskrepanzen zwischen „normalen“ und „peripheren“ Trends machen deutlich, welche grundsätzlichen Schwierigkeiten einer „globalen“ Agrarpolitik entgegenstehen.

Zum aufgezeigten Beharrungstrend der Landwirtschaft in Elsoff gehört auch die Tatsache, daß hier nur eine relativ geringe Abnahme der LF – um 6,3 % von 1956 bis 1973 – zugunsten von Aufforstungen zu registrieren ist. Der Anteil der Brachflächen liegt in Elsoff mit 0,66 % (1981) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 1,3 % (1978). Nahezu alle landwirtschaftlichen Betriebe in Elsoff verfügen neben der landwirtschaftlich genutzten Fläche (73 % Grünland, 27 % Ackerland) zusätzlich über Waldbesitz, der insgesamt zu 96 % aus Fichten, dem „Brotbaum“ Wittgensteins, besteht. Die Ausstattung mit z. T. erheblichen Waldflächen, die 55,7 % der Elsoffer Gemarkung ausmachen, stellt unter den gegebenen Marginalbedingungen eine lohnende Zuerwerbsquelle und sichere Kapitalanlage für die Landwirtschaft dar und stützt ohne Zweifel deren „Beharrungstendenzen“.

Insgesamt stehen in Elsoff derzeit (1981) 103 Arbeitsplätze zur Verfügung. Dies bedeutet, daß theoretisch 45 % der erwerbstätigen Wohnbevölkerung Arbeitsplätze im Ort besitzen. Den größten Anteil der lokalen

**Tabelle 5 Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen Betriebe**

	Elsoff				NRW	BR Deutschland		
	1956 %	1965 %	1973 %	1981 %	1977 %	1965 %	1973 %	1980 %
Vollerwerb	59,3	29,7	–	9,8	47,4	40,8	42,9	49,8
Zuerwerb	–	–	31,5	11,8	41,6	25,8	17,7	10,8
Nebenerwerb	40,7	70,3	67,6	78,4	11,0	33,4	39,4	39,4

Quellen: HEIDTMANN u. a., Bd. II, 1967; Agrarbericht 1981; Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW; Eigene Erhebung 1981 (für Elsoff)



Arbeitsplätze stellt mit 46,6 % der primäre Wirtschaftsbereich (Land- und Forstwirtschaft), gefolgt vom sekundären Sektor mit 30,1 %. Dessen Arbeitsstätten werden fast ausschließlich von einem Bauunternehmen und einem Sägewerk gestellt. Eine Reihe ehemals bestehender kleinerer Handwerksbetriebe hat in den vergangenen Jahrzehnten ihren Betrieb aufgegeben. Einzelne Kleinbetriebe laufen mit dem jetzigen (älteren) Inhaber aus, da keine Nachfolge besteht.

Knapp ein Viertel der lokalen Arbeitsplätze Elsoffs ist dem tertiären Bereich zuzuordnen, d. h. vor allem dem Einzelhandel, dem Gaststätten- und Fremdenverkehrsgewerbe. Die beabsichtigte Entwicklung des Fremdenverkehrs als zweitem oder drittem wirtschaftlichen Standbein steckt noch in den Anfängen. Für 1980 wurden ca. 7000 Übernachtungen ermittelt. Es fehlt an manchen spezifischen Voraussetzungen: Zur ungünstigen Verkehrslage kommt ein erhebliches Defizit an Freizeiteinrichtungen und fremdenverkehrsspezifischer Infrastruktur (Übersicht 1 u. 2, Bild 3). So wird beispielsweise im gastronomischen Bereich das Fehlen eines Cafés, eines Ausflugslokales sowie eines gehobenen Restaurationsbetriebes von den Gästen bemängelt. Die naturräumlichen Voraussetzungen für eine lokale Entwicklung des Fremdenverkehrsgewerbes sind nahezu optimal. Hinsichtlich der von KIEMSTEDT zur Berechnung des V-Wertes<sup>10</sup> verwendeten Faktoren Waldränder, Gewässerränder, Reliefenergie, Nutzungswechsel und Klima sind für den Raum Elsoff hohe bis höchste Werte zu veranschlagen.<sup>11</sup> Angesichts der bisherigen Fremdenverkehrsentwicklung bleibt das knappe Fazit: Das reichlich vorhandene natürliche Erholungspotential Elsoff wurde bislang noch kaum „genutzt“.

Das lokale Defizit an Arbeitsplätzen führt zwangsläufig zum Auspendeln, das in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark zugenommen hat. Betrug der Anteil der Auspendler an der Gesamtzahl der Elsoffer Erwerbstätigen im Jahre 1961 noch 22 %, so stieg er über 46,6 % (1970) bis auf 53,7 % im Jahre 1981 an. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der Einpendler an der Gruppe der am Ort Arbeitenden von 31,9 % (1961)

auf 8,5 % (1970) und schließlich 7 % im Jahre 1981. Derzeit läßt sich für den Ort ein Pendlersaldo von 116 Personen errechnen. Die Zielorte der 105 Elsoffer Auspendler liegen überwiegend im westfälischen, aber auch im hessischen Grenzgebiet (Abb. 3). Die zurückzulegenden Entfernungen zu den auswärtigen Arbeitsplätzen scheinen zumutbar (Tab. 6), wenngleich man bei unzureichendem öffentlichen Personennahverkehr auf den eigenen PKW angewiesen ist. 90 % der beruflichen Auspendler Elsoffs benutzen nach eigenen Angaben (1981) den eigenen PKW, 0,8 % den Werksbus, 1,8 % den Postbus und 7,8 % fahren in Fahrgemeinschaften.

Da in Elsoff lediglich noch eine Grundschule besteht, sind auch viele Schüler zum Auspendeln gezwungen. Von 105 Elsoffer Schülern allgemeinbildender Schulen und Fachschulen waren 1981 insgesamt 77 Schüler auf den Besuch auswärtiger Schulen und damit den täglichen Schulbus angewiesen.

Ein besonderes Problem der peripheren Region ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Der Landesentwicklungsbericht NRW 1976 (S. 45) weist im Kreise Siegen einen Anteil der unter 20jährigen an den Arbeitslosen von 13 bis 15 % aus, der damit um 2 bis 4 % über dem Landesdurchschnitt liegt.

## 2. Die lokale Infrastruktur

Die Ausstattung Elsoffs mit öffentlicher und privater Infrastruktur (Übersicht 2) hat sich in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt eher verschlechtert. Als ein großer Nachteil wird von der Bevölkerung die kommunale Gebietsreform von 1975 empfunden. Elsoff verlor die politische Selbständigkeit und damit die Gemeindeverwaltung einschließlich eines Standesamtes zugunsten der neuen Großgemeinde Bad Berleburg<sup>12</sup> (16 km entfernt). Daß zugleich der Kreissitz von Bad Berleburg in das 65 km entfernte Siegen verlegt wurde, bedeutet nicht nur eine vielfach beklagte Entwicklung zur Bürgerferne und Verwaltungsanonymität, sondern auch „Tagesreisen“ der nichtmotorisierten Elsoffer zu „ihrer“ Verwaltung in Siegen.

Mit der Eingemeindung Elsoffs wurde auch die ursprüngliche Planung aufgegeben, die

## Übersicht 1 Fremdenverkehrsrelevante Einrichtungen in Elsoff

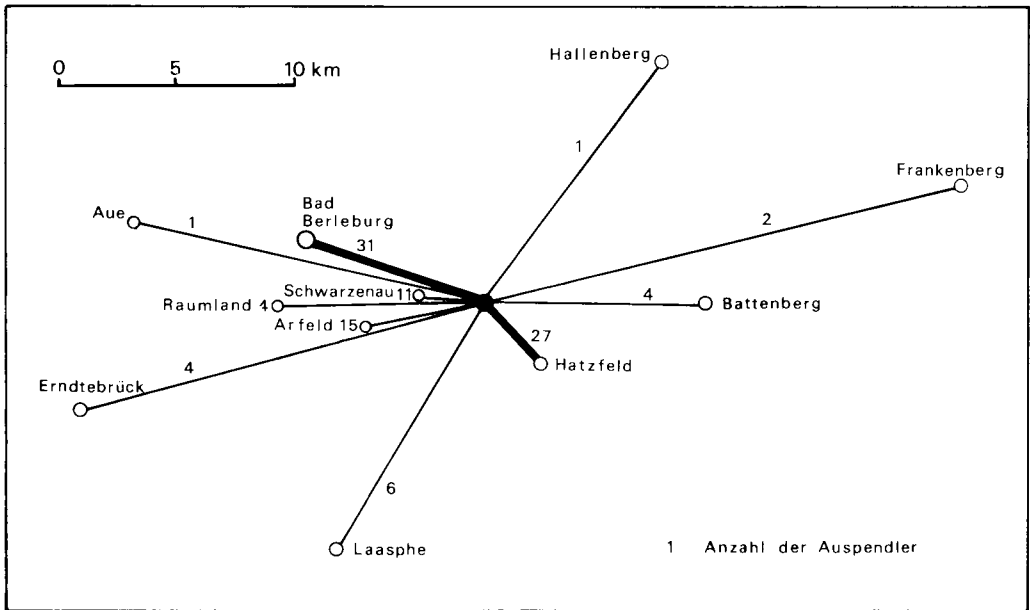
Gaststätten	× 4		Grillplatz	×	
davon mit Restauration	× 1		Wanderkarte/-plan	×	
Café/Ausfluglokal	-	9-10 km	Wanderparkplatz	×	
Gemeinschaftshaus	-		Skilanglaufloipen	×	
Schutzhütten	×		Campingplatz	-	2 km
Wildgehege	×		Waldlehrpfad	-	
Freibad	-	10 km	Verkehrsverein	×	
Hallenbad	-	10 km	nächster Bahnhof DB	-	16 km
Wassertretbecken	×		Omnibus-Anschluß	×	

× vorhanden (evtl. Anzahl) – nicht vorhanden (vorhanden in ... km Entfernung); Quelle: Eigene Erhebung 1981

## Übersicht 2 Die Infrastrukturausstattung von Elsoff

Art der Einrichtung	vorh. nicht vorh.	nächstegelegene Einrichtung
<b>Öffentliche Einrichtungen:</b>		
Post	×	
Polizei	-	Bad Berleburg 16 km
Feuerwehr	×	
Verwaltungsabteilungen	-	Bad Berleburg 16 km
Öffentl. Fernsprecher	×	
Nächster Bahnhof	-	Bad Berleburg 16 km
Nächster BAB-Anschluß	-	Wenden 65 km
Öffentl. Verkehrsbedienung	×	
Grundschule	×	
Versammlungsräume	×	
Bücherei	-	Bad Berleburg 16 km
Volkshochschule	-	Bad Berleburg 16 km
Theateraufführungen/Kino	-	Bad Berleburg 16 km
Kindergarten	i. B.	
Krankenhaus	-	Bad Berleburg 16 km
Gemeinschaftshaus	i. B.	
Sportplatz	×	
Turnhalle	×	
Frei-/Hallenbad	-	Battenberg/Berl. 10/16 km
Zentrale Wasserversorgung	-	
Zentrale Abwasserbeseitigung	-	
Geregelte Müllabfuhr	×	
<b>Private Dienstleistungen:</b>		
Gaststätten	×	
Bank/Sparkasse	×	
Versicherungsagentur	×	
Kfz-Reparaturwerkstatt	-	Hatzfeld/Berl. 5/16 km
Tankstelle	-	Schwarzenau/Hatzf. 3/5 km
Lebensmittelladen	×	
Fachgeschäft	×	
Bäckerei	-	Hatzfeld 5 km
Fleischerei	-	Hatzfeld 5 km
Friseur	-	Hatzfeld 5 km
Drogerie	-	Hatzfeld 5 km
Café	-	Laibach 9 km
Praktischer Arzt	-	Schwarz./Hatzf. 3/5 km
Facharzt/Zahnarzt	-	Hatzfeld/Berl. 6/16 km
Apotheke	-	Hatzfeld 5 km

× vorhanden i. B. in Bau – nicht vorhanden; Quelle: Eigene Erhebung 1981



**Abb. 3: Zielorte der Elsoffer Berufspendler**

**Tabelle 6**  
**Entfernung Wohnort/Arbeitsstätte der**  
**Elsoffer Auspendler**

Entfernung in km	Anzahl	%
1 – 5	17	13,8
6 – 10	43	35,0
11 – 20	44	35,8
21 – 45	18	14,6
über 45	1	0,8

Quelle: Eigene Erhebung 1981

traditionsreiche Elsoffer Schule<sup>13</sup> zu einer Mittelpunktschule für das Elsofftal auszubauen. Noch im Jahre 1972 wies die 1963 neu errichtete Schule 198 Schüler und fünf Lehrer auf. Gegenwärtig dient sie – nach baulicher Erweiterung – als Grundschule für Elsoff und einige Nachbargemeinden.

Ein besonderes Infrastrukturproblem des ländlichen Raumes stellt der öffentliche Personennahverkehr dar.<sup>14</sup> Die Zielvorgabe des Bundes, „eine befriedigende Bedienung der Fläche mit öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere durch die Verknüpfung der Zentralen Orte mit ihrem Verflechtungsbereich“<sup>15</sup>, zu ermöglichen, stößt ständig auf volks- und betriebswirtschaftliche Hemmnisse. Denn „alle technischen,

politischen und planerischen Überlegungen, Experimente und praktischen Beispiele führten stets zu dem Ergebnis, daß eine Flächenbedienung mit kurzen Zeitfolgen für relativ dünnbesiedelte Gebiete rentabel nicht möglich ist“.<sup>16</sup> Besonders deutlich trat dieser Zwiespalt zwischen ökonomischen Bedingungen einerseits und Raumordnungszielen andererseits bei der Konzeptionierung von Streckenstilllegungen durch die Deutsche Bundesbahn zutage. Von einer solchen Stilllegung betroffen ist auch der Raum Elsoff, seitdem die Bundesbahnstrecke Bad Berleburg–Hatzfeld–Frankenberg, die Verbindungen nach Kassel und Marburg schuf, auf die Bedienung durch Busse umgestellt wurde.<sup>17</sup>

Bedeutungsvoll ist für Elsoff der Anschluß an das Omnibus-Liniennetz der „Verkehrsgemeinschaft Westfalen-Süd“, womit vor allem die mannigfachen Schülertransporte gewährleistet sind. Andere Funktionen wie Einkaufen oder Besuche kultureller Veranstaltungen kann der Busverkehr nur sehr bedingt erfüllen. So ist beispielsweise die letzte Verbindung ab dem Mittelzentrum Bad Berleburg nach Elsoff um 18.15 Uhr gegeben, so daß der Besuch einer abendlichen Veranstaltung dort ausgeschlossen ist.

**Tabelle 7 Bedarfsdeckung der Elsoffer Haushalte mit privaten Dienstleistungen**

Ort	Geschäfte des ..... Bedarfs			Arzt	Apotheke
	tägl. %	period. %	episod. %	%	%
Elsoff	92,6	25,9	17,8	3,4	–
Bad Berleburg	33,3	63,0	35,2	13,7	17,2
Schwarzenau	7,4	–	–	58,1	–
Hatzfeld	6,5	18,5	25,9	6,8	66,4
Frankenberg	–	5,6	5,6	0,9	–
Siegen	–	8,3	10,2	–	–
Allendorf	–	–	2,8	–	–
Biedenkopf	0,9	1,8	0,9	–	–
Arfeld	0,9	–	–	–	–
Laisa	–	1,8	–	–	–
Kassel	0,9	0,9	1,8	–	–
Marburg	–	1,8	2,8	0,9	–
Großhandel	–	–	0,9	–	–
Versand	–	18,5	11,1	–	–
sonstige	8,3	24,1	36,1	16,2	16,4
			N = 108		N = 117

Quelle: Eigene Erhebung 1981

Die Versorgung Elsoffs durch private Dienstleistungen weist große partielle Unterschiede auf (vgl. Übers. 2). Ökonomisch und bedeutungsmäßig im Vordergrund stehen der Einzelhandel und die ärztliche Versorgung. Trotz einer errechneten Rentabilitätsschwelle von mindestens 1000 Einwohnern pro Geschäft<sup>18</sup>, unter welcher lediglich ein Betrieb im Nebenerwerb rentabel ist, existieren in Elsoff vier Geschäfte: zwei Lebensmittelläden, ein Selbstbedienungsgeschäft mit umfassendem Warensortiment sowie ein Schuhgeschäft. Die Analyse der Einkaufsgewohnheiten der Elsoffer Haushalte (Tab. 7) belegt für den Bereich der täglichen Bedarfsdeckung eine weitgehende Orientierung auf die im Ort bestehenden Geschäfte. Gelegentlich tritt der Einkauf auf dem Weg zur Arbeitsstätte, z. B. in Bad Berleburg, hinzu. Weitverbreitet ist noch die Bedarfsdeckung mit Grundnahrungsmitteln aus der Eigenproduktion (Fleisch, Wurst, Obst, Gemüse, Milch, Brot). Dieses Selbstversorgungsprinzip gilt auch für viele Dienstleistungen in Haus und Hof, wobei nachbarschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit eine bedeutsame Kostenersparnis ergeben. Der periodische Bedarf der Elsoffer Bevölkerung wird größtenteils im zugeordneten Mittelzentrum Bad Berleburg ge-

deckt. Der Anteil Elsoffs in dieser Sparte erklärt sich durch das örtliche Schuhgeschäft. Die Deckung des episodischen Bedarfs beschränkt sich im Ort auf die Branche Baumaterialien durch das lokale Bauunternehmen.

Bis zum Jahre 1977 stand den Elsoffern ein praktischer Arzt zur Verfügung. Nach Schließung dieser Praxis ist die ärztliche Versorgung des Elsofftales als vollkommen unzureichend zu bezeichnen, da die Ausweichpraxen in Schwarzenau und Hatzfeld kapazitär überlastet sind. Die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten wird durch einen Zubringerdienst der Hatzfelder Apotheke sichergestellt.

### 3. Die Gebäudesubstanz

Zur Infrastruktur im weiteren Sinne zählt auch die Qualität der Siedlungs- und Gebäudestruktur. Von seinem Grundriß her gehört Elsoff zum Typ des relativ dicht bebauten Haufendorfes mit einem der Topographie und den Bächen angepaßten unregelmäßigen Straßen- und Wegenetz (Bild 2). Der vorwiegend anzutreffende Haustyp in Elsoff ist das queraufgeschlossene Mitteldeutsche Einheitshaus, das traditionell in Fachwerkbauweise – meist auf massivem Natursteinsockel – errichtet wurde (Bild 4).

**Tabelle 8 Alter der Elsoffer Gebäude**

Entstehung	Gebäude	
	Anzahl	%
vor 1800	47	36,7
1800 – 1909	38	29,7
1910 – 1945	13	10,2
1946 – 1980	30	23,4
<b>Gesamt</b>	<b>128</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Eigene Erhebung 1980

Bemerkenswert hoch ist das Alter der meisten Elsoffer Gebäude (Tab. 8). Zwei Drittel aller Häuser des Ortes sind vor 1910 entstanden; dies ist eine Relation, die man in der Bundesrepublik nur noch selten antreffen wird. Bis heute dominieren daher in Elsoff die Fachwerkbauten mit 73 % eindeutig gegenüber den Massivbauten mit 27 %. In der Farbgebung des Fachwerks überwiegen die braun-weißen Töne (44 %) gegenüber den schwarz-weißen (39 %). 99 % der Gebäude tragen ein Satteldach, wobei die Dachneigung in der Regel zwischen 44 und 50 Grad liegt. Traditionelle Dacheindeckung und Wandverkleidung – meist der Wetterseite – ist der schwarz-graue Naturschiefer, der lokal abgebaut wurde und bis heute den Farbton des Ortsbildes bestimmt.<sup>19</sup>

Bei dem hohen Anteil alter Gebäude in Elsoff gewinnt die Frage nach deren Erhaltungszustand besonderes Gewicht. Eine Gesamterhebung des äußeren Erhaltungszustandes der Elsoffer Gebäude wurde nach den vier Einstufungen sehr gut, gut, renovierungsbedürftig und baufällig<sup>20</sup> vorge-

nommen. Das Ergebnis muß angesichts der Dominanz alter Gebäude überraschen (Tab. 9): 87,1 % aller Gebäude sind derzeit in einem guten oder sehr guten Zustand.<sup>21</sup> Nicht ein einziger Bauteil eines Hauses in Elsoff kann als baufällig bezeichnet werden. Lediglich 12,9 % der Gebäude sind renovierungsbedürftig, meist lassen sich diese jedoch mit geringem Aufwand, z. B. durch Streichen der Fenster, wieder in einen guten bis sehr guten Zustand versetzen.

Die Analyse der Gebäudenutzung (Tab. 10) belegt die schon dargestellte Wirtschaftsstruktur des Ortes. 82 Gebäude (= 36,5 %) werden noch von der Landwirtschaft, z. T. mit Wohnfunktionen verbunden, genutzt. An der Spitze liegen jedoch inzwischen die reinen Wohngebäude mit 44 %. Mit Ausnahme der beiden kleinen Neubaugebiete „Delle“ und „Unterm Steimel“, die nur mit Wohnhäusern besetzt sind, ist der gesamte Ort durch eine Nutzungsmischung gekennzeichnet. Erheblichen Anteil hieran haben die landwirtschaftlichen Wirtschaftsgebäude.

Ein nicht unwesentliches Siedlungspotential wird durch den Denkmalwert manifestiert. Als Denkmale im baulichen Bereich gelten Gebäude oder Ensemble, „an deren Erhaltung und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht. Ein öffentliches Interesse besteht, wenn die Sachen bedeutend für die Geschichte des Menschen, für Städte und Siedlungen oder für die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse sind und für die Erhaltung und Nutzung künstlerische, wissenschaftliche, volkskundliche oder städtebauliche Gründe vorliegen“.<sup>22</sup>

**Tabelle 9 Erhaltungszustand der Gebäude in Elsoff**

Bauteil	sehr gut <sup>1</sup>		gut		renovierungsbedürftig	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Außenhaut	39	33,6	59	50,9	18	15,5
Dach	37	31,9	72	62,1	7	6,0
Öffnungen	31	26,7	65	56,0	20	17,3
arithmetisches Mittel der Einzelbewertung unmittelbare		30,7		56,4		12,9
<b>Gesamt-Bewertung</b>	<b>35</b>	<b>30,2</b>	<b>67</b>	<b>57,6</b>	<b>14</b>	<b>12,2</b>

<sup>1</sup>Bewertungskriterien s. Anm. 20)

Quelle: Eigene Erhebung 1980



**Bild 1:** Drei Bäche bestimmen seit altersher Dorfstruktur und Dorfleben. Für die Dorfbewohner bedeuten die Bäche stetige Auseinandersetzung (wegen Hochwassers), für die Besucher besondere optische Reize. Hier die Elsoff in der Ortsmitte (Aufn.: Högner 1980).



**Bild 2:** Haufendorfartiger Grundriß und relativ enge Bebauung prägen den Ort im Inneren. Es würde die Lebensqualität des Dorfes mindern, versuchte man, es mit breiteren und geraderen Straßen autogerecht zu machen. Vogteistraße als Hauptstraße (Aufn.: Franke 1980).





**Bild 3:** Zu den ersten Ansätzen einer Fremdenverkehrsentwicklung Elsoffs gehören die drei Ferienhäuser in der Mennertalstraße (Aufn.: Franke 1981).



**Bild 4:** Der für Elsoff charakteristische Haustyp ist das queraufgeschlossene Mitteldeutsche Einheitshaus mit gemischter Wohn-/Wirtschaftsfunktion (Aufn.: Högner 1979).

**Tabelle 10 Nutzung der Gebäude in Elsoff**

Nutzung	Anzahl	%
Wohnen	99	44,0
Wohnen/Landwirtschaft	33	14,7
Landwirtschaft	49	21,8
Öffentl. Dienstl.	4	1,8
Öffentl. Dienstl./Wohn.	1	0,4
Private Dienstl.	7	3,1
Private. Dienstl./Wohn.	12	5,3
Gewerbe	4	1,8
Geräteschuppen/Garage	13	5,8
leerstehend/in Bau	3	1,3
total	225	100,0

Quelle: Eigene Erhebung 1981

In der Liste des Landeskonservators Westfalen-Lippe<sup>23</sup> sind 32 Elsoffer Gebäude als Baudenkmale eingetragen, die wiederum zu 9 Gebäudegruppen oder Ensembles zusammengefaßt sind. Mit Ausnahme der Pfarrkirche handelt es sich dabei ausschließlich um „normale“ Bauern- oder Bürgerhäuser.<sup>24</sup> Insgesamt sind damit ca. 28 % aller heutigen Gebäude des Ortes Baudenkmale. Mit diesen hohen absoluten und relativen Werten nimmt Elsoff unter den ländlichen

Siedlungen – zumindest in Westfalen – eine Sonderstellung ein.

In einer darüber hinaus durchgeführten Erhebung der mannigfachen baulich-formalen Dorfstrukturen wurden sämtliche Gebäude Elsoffs sowohl in ihrem Eigenwert (als Individuum) als auch in ihrem Situationswert (Wert eines Gebäudes für seine bauliche Umgebung) erfaßt. Folgende fünf Bewertungsstufen wurden dabei angewendet: überregional bedeutend, lokal bedeutend, erhaltenswert, ohne Wert, störend.<sup>25</sup> Im Ergebnis sind 63,8 % bzw. 73,3 % aller Gebäude als lokal bedeutend und erhaltenswert einzuordnen (Tab. 11). Daß der Situationswert der Gebäude höher liegt als der Eigenwert, ist vor allem damit zu erklären, daß störende Veränderungen an Gebäuden sich im Ensemble nicht so stark auswirken wie bei der Einzelbetrachtung. Kein Gebäude kann als „überregional bedeutend“ bezeichnet werden. Und dennoch ist Elsoff durch die Geschlossenheit des gesamt-dörflichen Ensembles, die noch starke landwirtschaftliche Prägung und weitgehend fehlende Umformung durch maßstabsfremde Neubauten aus der Sicht der Denkmalpflege das vielleicht interessanteste Dorf in Westfalen.

**Tabelle 11 Denkmalwert der Elsoffer Gebäude (nach Eigenwert und Situationswert)**

Denkmalwert	Gebäude errichtet						
	bis 1910 (74,1 %)		nach 1910 (25,9 %)		Gesamt		%
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Eigenwert:							
Lokal bedeutend <sup>1</sup>	35	40,7	–	–	35	30,2	63,8
erhaltenswert	37	43,0	2	6,7	39	33,6	
ohne Wert	14	16,3	25	83,3	39	33,6	36,2
störend	–	–	3	10,0	3	2,6	
Gesamt	86	100,0	30	100,0	116	100,0	100,0
Situationswert:							
lokal bedeutend <sup>1</sup>	30	34,9	–	–	30	25,9	73,3
erhaltenswert	47	54,6	8	26,7	55	47,4	
ohne Wert	9	10,5	13	43,3	22	19,0	26,7
störend	–	–	9	30,0	9	7,7	
Gesamt	86	100,0	30	100,0	116	100,0	100,0

<sup>1</sup>Bewertungskriterien s. Anm. 25

Quelle: Eigene Erhebung 1980



#### 4. Strukturen der Bevölkerung

Die Bevölkerungsentwicklung Elsoffs seit dem letzten Jahrhundert bis heute zeigt den für periphere Orte typischen Verlauf, der im wesentlichen durch Stagnation gekennzeichnet ist (vgl. Tab. 12). So hat sich die Bevölkerungszahl von 780 Einwohnern im Jahre 1843 bis zum Jahre 1981 lediglich um 60 (d. h. 7,7 %) auf 840 Einwohner erhöht. Bei der bekannt hohen Geburtenrate in ländlichen Siedlungen bedeutet dies – zumindest phasenweise – starke Abwanderungen, die besonders für die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zu belegen sind.<sup>26</sup> Die nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreich zugewanderten Heimatvertriebenen, die kurzfristig einen starken Bevölkerungsanstieg verursacht hatten, konnten nur zu einem geringen Teil in Elsoff gehalten werden. Der Ort erwies sich aufgrund seiner schmalen ökonomischen Basis als „Durchzugsgebiet“ und Zubringer für die Ballungsgebiete an Rhein und Ruhr.<sup>27</sup>

Seit ca. 20 Jahren ist die Bevölkerungsentwicklung Elsoffs durch relativ geringe Schwankungen gekennzeichnet. Entsprechend der von BÖTTCHER u. a. (S. 96 f.) vorgeschlagenen Typisierung von Bevölkerungsveränderungen ist der Ort von 1961 – 1975 dem Typus „stagnierend mit Tendenz zur Schrumpfung“ zuzuordnen. Die Bevölkerungsbewegung der folgenden Jahre von 1975–1980 zeigt insgesamt eine leicht positive Bilanz (s. Tab. 13). In der Quote der Lebendgeborenen (je 1000) liegt Elsoff im Durchschnitt der Jahre 1975–1980 bei 10,5 und damit immer noch über dem Durchschnitt des Landes NRW mit 9,4 und des Kreises Siegen mit 10,3.<sup>28</sup> Allerdings wird die hohe Geburtenquote in Elsoff derzeit durch die altersstrukturell bedingte hohe Sterbefallquote aufgehoben, so daß die natürliche Bevölkerungsbilanz gegenwärtig geringfügig negativ ausfällt.

Die gegenwärtige Altersstruktur der Elsoffer Bevölkerung ist gekennzeichnet durch eine Schwächung der produktiven Altersgruppen der 18- bis 65jährigen bei abnehmenden Anteilen der unter 15jährigen und gleichzeitig starker Zunahme der über 65jährigen (vgl. Tab. 14). Innerhalb der „defizitären“ Gruppe der 18- bis 65jährigen ist die Elsoffer Bevölkerungspyramide zusätz-

**Tabelle 12: Bevölkerungsentwicklung Elsoffs von 1732 bis 1981<sup>1</sup>**

Jahr	Einwohner	abs. Veränd.
1732	400	
1818	447	+ 47
1831	681	+ 234
1839	729	+ 48
1843	780	+ 51
1852	704	- 76
1853	700	- 4
1858	715	+ 15
1867	747	+ 32
1871	745	- 2
1885	755	+ 10
1895	704	- 51
1905	735	+ 31
1925	783	+ 48
1933	796	+ 13
1939	757	- 39
1946	1169	+ 412
1950	1098	- 72
		(306 Heimatvertr.)
1956	883	- 215
		(194 Heimatvertr.)
1961	862	- 21
		(92 Heimatvertr.)
1965	877	+ 15
1970	865	- 12
1975	830	- 35
1981	840	+ 10

<sup>1</sup>) Einschließlich Christianseck

Quellen: REEKERS 1956; LUCAS 1958; HEIDTMANN u. a., Bd. II, 1967; Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik; Stadtverwaltung Bad Berleburg (Daten ab 1970)

lich durch ein „Fehlen“ der 20- bis 40jährigen belastet.<sup>29</sup> Das Problem der starken Überalterung der Bevölkerung zeigt sich deutlich bei einem Vergleich mit den Landeswerten: Der Elsoffer Altersquotient war 1970 mit 1,47 (vgl. Tab. 14) erheblich ungünstiger als der Landesdurchschnitt von 1,89. Die Zahlen für 1980 (Elsoff 1,11 und Land NRW 1,21) belegen die unverändert negative Trendrichtung.

#### 5. Soziales Verhalten und Identifikation mit dem Ort

Angesichts der bisher dargestellten, überwiegend schwierigen wirtschaftlichen und demographischen Randbedingungen stellt sich die Frage nach der „Reaktion“ der El-

**Tabelle 13 Bevölkerungsbewegung von Elsoff vom 1. 1. 1975 bis 31. 1. 1980**

Natürliche Bevölkerungsbewegung				Wanderungen			
Geburten		Sterbefälle		Zuzüge		Abwanderung	
Anzahl	je 1000 E.	Anzahl	je 1000 E.	Anzahl	je 1000 E.	Anzahl	je 1000 E.
44	10,5	47	11,2	112	26,7	97	23,2
Natürliche Bevölkerungsbilanz				Wanderungsbilanz			
total		- 3		+ 15			
Bevölkerungsbilanz gesamt				+ 12 E.			

Quelle: Berechnung nach Daten der Stadtverwaltung Bad Berleburg

**Tabelle 14 Altersstruktur der Bevölkerung Elsoffs**

	1950	1961	1970	1980
a) Anteil der unter 15jährigen	25,0 (22,6 )	24,5	24,8	21,0 (17,8 )
b) Anteil der über 65jährigen	9,7 ( 8,8 )	14,2	16,9	18,9 (14,7 )
A. Altersquotient a : b	2,58 ( 2,57)	1,73	1,47 (1,89)	1,11 ( 1,21)

In Klammern: Angaben für NRW

Quellen: Berechnung nach Daten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik sowie der Stadtverwaltung Bad Berleburg

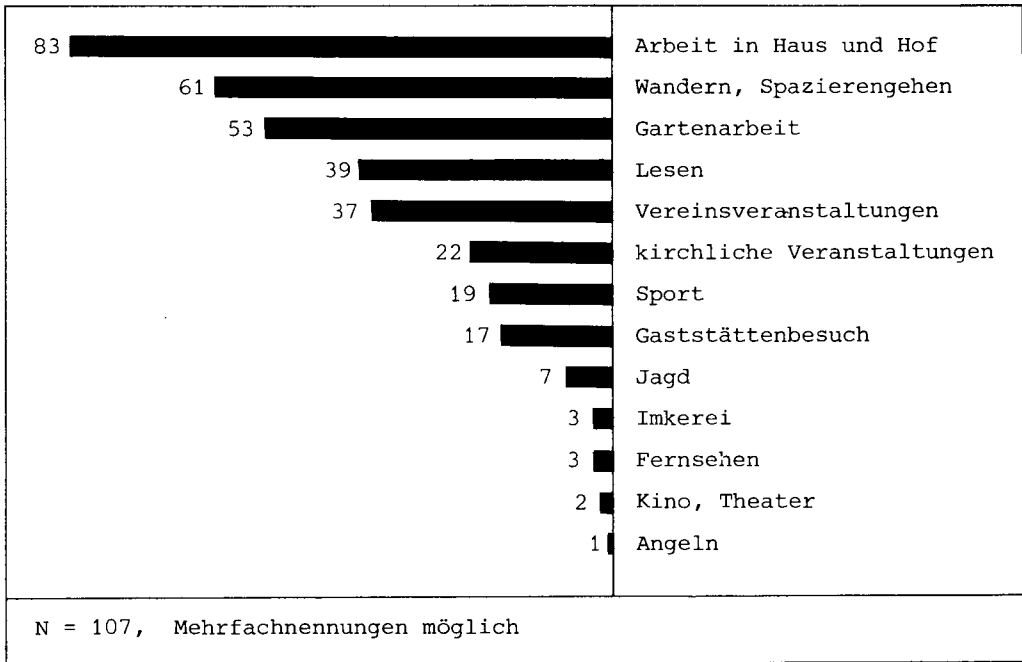
soffer Bevölkerung, nach deren sozialem Verhalten und Identifikation mit dem eigenen Ort. Im besonderen wurden dabei die Kriterien Freizeitverhalten, Vereinsleben, Kommunikation und Identifikation berücksichtigt.<sup>30</sup>

Die recherchierten Freizeitaktivitäten der Elsoffer Bevölkerung ergeben – zumindest aus der gewohnten städtischen Perspektive – einige Überraschungen (Abb. 4). So erhält offenbar der Freizeitbegriff, der in der Regel als „von Arbeit freie Zeit“ definiert wird, in Elsoff eine abweichende inhaltliche Füllung: Vor dem Hintergrund der außerlandwirtschaftlichen Betätigung wird die Arbeit in Haus und Hof, die im Umfeld der Nebenerwerbslandwirtschaft zu leisten ist, als Freizeit betrachtet. Mit 83 % aller Nennungen liegt diese „Arbeit“ an der Spitze der „Freizeitaktivitäten“. Auch der hohe Anteil der Bewirtschaftung und Pflege der noch zahlreichen Obst- und Gemüsegärten muß unter diesem Aspekt gesehen werden.

Bei den Tätigkeiten, die sich auf den üblichen „Kulturkonsum“ beziehen, ist die häufige Nennung des Lesens und der sehr geringe Anteil des Fernsehens auffällig. Die Häufigkeit des Lesens wird wohl durch das miteinbezogene Lesen von Tageszeitungen,

Illustrierten und Fachzeitschriften (vor allem des „Bauernblatts“) zu erklären sein. Der geringe Fernsehkonsum ist zumindest z. T. auf die überwiegenden und vorrangigen „Freizeit-Arbeiten“ in Haus, Hof und Garten zurückzuführen.

Einen hohen Stellenwert innerhalb der dörflichen Sozialstruktur besitzt das lokale Vereinsleben. Neben den unterschiedlichen, jeweils spezifischen Zielsetzungen dienen die dörflichen Vereine allgemein der Geselligkeit, der Kommunikation, der Traditionswahrung, aber auch der Vermittlung dörflicher Werte und Normen, die in der Regel von den „Vorständen“ gesetzt werden. Von 107 befragten Haushaltsvorständen in Elsoff sind 1981 82,2 % Mitglied eines dörflichen Vereins; Mehrfach-Mitgliedschaften – bis zu 6 Vereinen pro Person – sind die Regel. Nach der Zahl der Nennungen existieren ein Schützenverein (59 Nennungen), ein Sportverein (36), ein Gesangsverein (35), ein Heimatverein (30), eine Freiwillige Feuerwehr (20), ein Kirchenchor (5) und ein Fischereiverein (3). Die Spitzenstellung nach Größe und Ansehen unter den Elsoffer Vereinen nimmt der Schützenverein wahr, dessen Schützenfeste die alljährlichen Höhepunkte im gesellig-kulturellen



**Abb. 4: Freizeitaktivitäten der Elsoffer Haushaltsvorstände (in Prozent der Nennungen)**

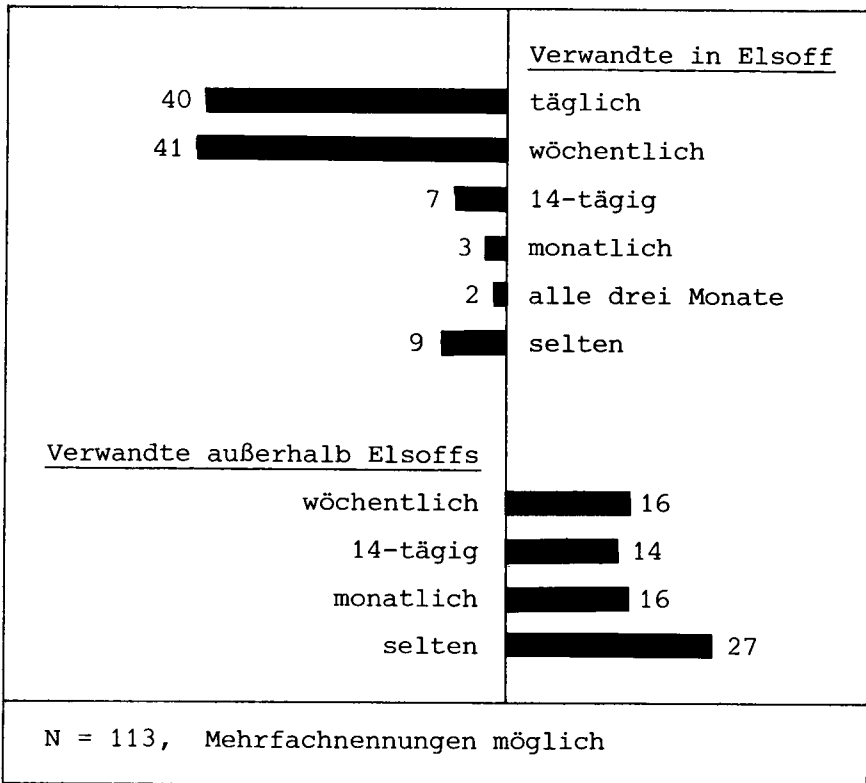
Dorfleben darstellen. Ein normatives Muß für den heranwachsenden Elsoffer ist die Mitgliedschaft in der örtlichen Feuerwehr, die als „einzige nutzbringende“ Vereinigung betrachtet wird. Die Feuerwehr vermittelt zugleich ein hohes Maß an Sozialprestige. So werden die Beförderungen innerhalb der Wehrhierarchie, die nach regelmäßiger Teilnahme an den Wehrübungen und erfolgreichen Prüfungsleistungen ausgesprochen werden, stets über die Lokalpresse bekanntgegeben.

Die Dichte der innerdörflichen Kommunikation läßt sich nicht zuletzt an den verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Beziehungen ablesen. Das sehr starke Netz verwandtschaftlicher Beziehungen innerhalb der Elsoffer Bevölkerung wird einmal durch die geringe Anzahl der vorkommenden Familiennamen belegt. Darüber hinaus gaben 90 % der befragten Haushaltsvorstände die Ansässigkeit von Verwandten in Elsoff an, 84 % hatten zusätzlich oder ausschließlich Verwandte im näheren Einzugsbereich von 30 km, lediglich 3 % konnten beides nicht vorweisen. Diese

sehr ausgeprägte räumliche Nähe erlaubt eine hohe Besucherfrequenz der Verwandten untereinander (Abb. 5).

Die gleiche Aussage läßt sich für den sekundären Kommunikationskreis der Freunde, Bekannten und Nachbarn treffen. Auf die Frage „Wie oft haben Sie persönlichen Kontakt zu Ihren Nachbarn?“ gaben zur Antwort: oft/mindestens jede Woche (88 % der Befragten), von Fall zu Fall/mindestens jeden Monat (8 %), selten (1 %), keinen engeren Kontakt (3 %). Der häufige nachbarschaftliche Kontakt dient nicht allein der Kommunikation, sondern auch der konkreten Nachbarschaftshilfe, die u. a. bei Ernte- und Bauarbeiten, Stalldiensten und in der Alten- und Krankenbetreuung geleistet wird.

Die Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Wohnort ist ein von Wissenschaft und Planung vielfach ignoriertes Tatbestand. Dies haben u. a. die Wogen des Widerstandes gegen die zurückliegenden Gemeindeauflösungen im Zuge der Gebietsreform bewiesen. Der Begriff Identifikation bedeutet „Sich-sicher-Fühlen, Vertraut-Sein, Zu-



**Abb. 5: Besuchsfrequenz der Elsoffer Haushaltsvorstände zu ihren Verwandten (in Prozent der Nennungen)**

frieden-Sein, Sich-heimisch-Fühlen, Bescheid-Wissen. Die Identifikation mit einem Raum oder Ort zeigt also an, daß der Bewohner ein inneres Verhältnis dazu hat, daß es sein Ort ist“ (STOLTENBERG, S. 34).

Der Identifikationsgrad ist u. a. von den Faktoren Ortsgebürtigkeit, Wohndauer, Wohnzufriedenheit, arbeitsmäßige Bindung an den Ort, Bewertung des lokalen Wohn- und Freizeitwertes, Vorhandensein sozialer Kommunikation und emotionale Bindung an den Ort abhängig. Eine Analyse der Gebürtigkeit der Haushaltsvorstände in Elsoff ergab, daß 66,1 % der Männer – gegenüber 37,3 % der Ehefrauen – seit Geburt im Ort leben. Die Differenz erklärt sich durch die stärkere Bindung der Elsoffer Männer an Hof- und Grundbesitz, die bei den Frauen in der Regel entfiel. Die von auswärts zugeheirateten Ehepartner rekrutieren sich zu ca. 90 % aus benachbarten Dörfern der Region, so daß insgesamt eine sehr hohe lokale

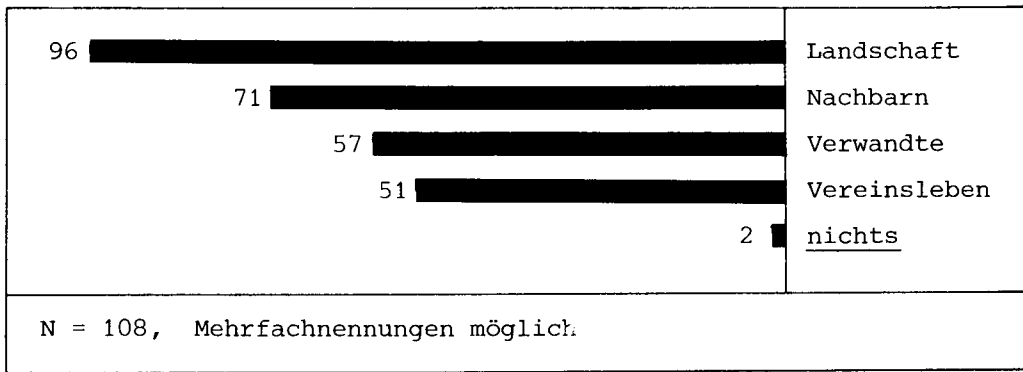
bzw. regionale Gebürtigkeit festzustellen ist.

Als weitere Komponente wurde die Dauer der Ortsansässigkeit nachgefragt (Tab. 15). 93,8 % der Befragten leben seit mehr als 10 Jahren und immerhin noch 84,1 % seit mehr als 20 Jahren in Elsoff, was zumindest auf eine potentiell hohe Ortsbezogenheit hin-

**Tabelle 15 Ortsansässigkeit der Elsoffer Haushaltsvorstände**

Ortsansässigkeit in Jahren	Anzahl	%
unter 1	–	–
1 – 5	5	4,4
6 – 10	2	1,8
11 – 15	3	2,7
16 – 20	8	7,1
über 20	25	22,1
seit Geburt	70	62,0

Quelle: Eigene Erhebung 1981



**Abb. 6: Ortstypische Komponenten, die bei einem eventuellen Wezug aus Elsoff vermisst würden (in Prozent der Nennungen)**

weist. Auf die Frage nach ihrem Wohnort nach Wunsch bezeichneten von 110 Haushaltsvorständen 97 (88,2 %) das Dorf als den bevorzugten Wohnorttyp, während 12 (10,9 %) die Kleinstadt favorisierten. Nur ein einziger möchte gern am Rande der Großstadt leben, niemand innerhalb der Großstadt.<sup>31</sup>

Es lag nun nahe, die affektiv-emotionale Ortsbezogenheit der Elsoffer mit spezifischen „Argumenten“ zu belegen. Hierzu wurde die Frage vorgelegt, welche ortstypischen Komponenten bei einem eventuellen Wezug aus Elsoff vermisst würden (Abb. 6). Die eindeutig höchstrangige Einschätzung des naturlandschaftlichen Potentials durch die Befragten überrascht, da man diese Priorisierung eher bei städtischen Besuchern vermutet. Den Elsoffern ist also der Wert ihrer naturnahen Landschaft durchaus bewußt. Auf den anschließenden Rangstufen folgen die sozial-kommunikativen „Werte“ der Nachbarn, Verwandten und Vereine, deren Vorteile man ebenfalls einzuschätzen weiß.

Die starke Ortsbezogenheit der Bewohner wurde zusammenfassend bestätigt mit der Frage, wie man sich selbst bezeichnen würde (Tab. 16). 76,4 % der Befragten bezeichneten sich als „Elsoffer“. Neben der lokalen spielt auch die regionale Identifikation eine bedeutsame Rolle; 63,2 % fühlen sich ausschließlich oder zusätzlich als „Wittgensteiner“. Die so nachhaltig empfundene Verbindung mit dem natur- und wirtschaftsgeographisch vielfach benachteiligten Wittgensteiner Land unterstreicht das hohe Maß

an Selbstbewußtsein und Identifikation der Elsoffer Bevölkerung mit ihrem engeren und näheren Lebensraum. Alle Maßnahmen, die zur Störung der Identifikation beitragen können, werden von der Bevölkerung mit größter Skepsis betrachtet. In diesem Sinne ist auch mancher Vorbehalt gegenüber der bevorstehenden Flurbereinigung<sup>32</sup> sowie die offenkundige Ablehnung der Kommunalen Gebietsreform (Abb. 7) zu beurteilen. Als Hauptnachteil der Gebietsreform werden die Entfremdung/Entfernung der Verwaltung sowie die Vernachlässigung der Ortsteile angeführt.

## 6. Zusammenfassung

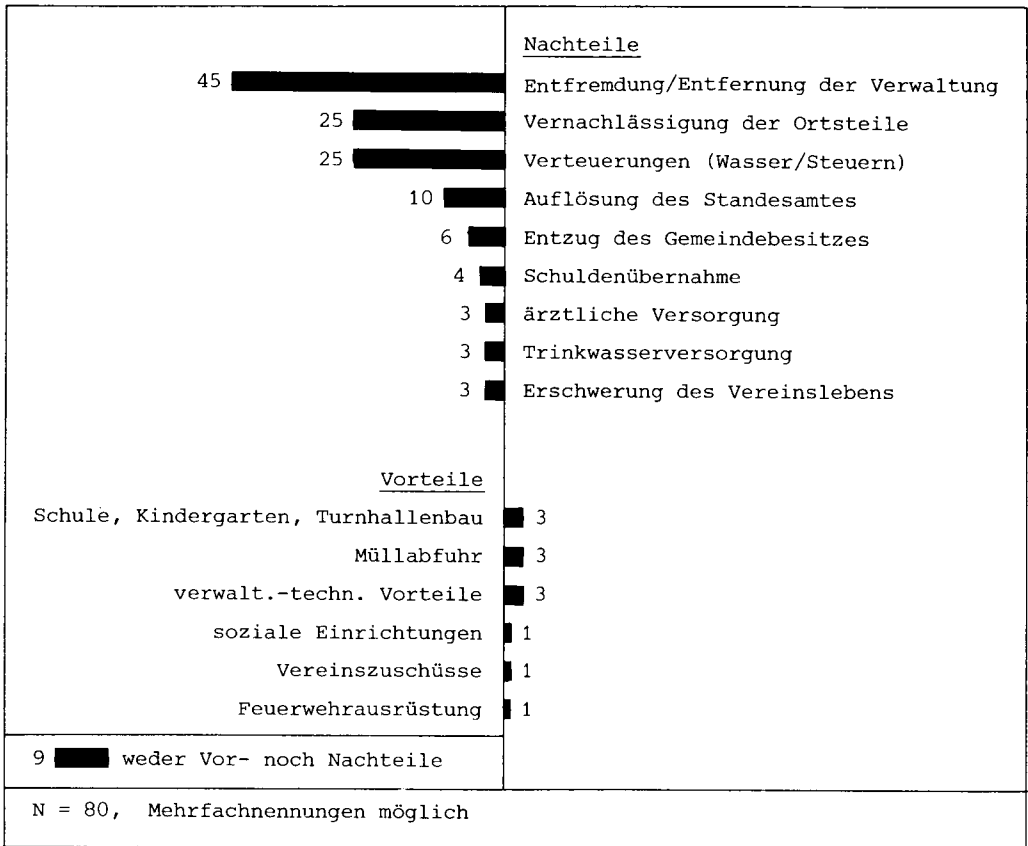
Das sich darbietende Bild des peripheren Dorfes Elsoff im Jahre 1981 ist diffizil. Die wirtschafts- und sozialgeographischen Gewichte und Bedingungen wechseln je nach Aspekt und Betrachtungsperspektive. Das Ergebnis spiegelt in mancher Weise die raumordnungspolitische Diskussion, die von erheblichen Diskrepanzen geprägt ist:

**Tabelle 16 Selbst-Bezeichnung der Elsoffer Haushaltsvorstände**

Bezeichnung	Anzahl	%
Elsoffer	81	76,4
Wittgensteiner	67	63,2
Westfale	7	6,6
Deutscher	3	2,8
„Erdbewohner“	1	0,9
keine	2	1,9

N = 106, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Eigene Erhebung 1981



**Abb. 7: Vor- und Nachteile der Eingemeindung Elsoffs nach Meinung der Haushaltsvorstände (in Prozent der Nennungen)**

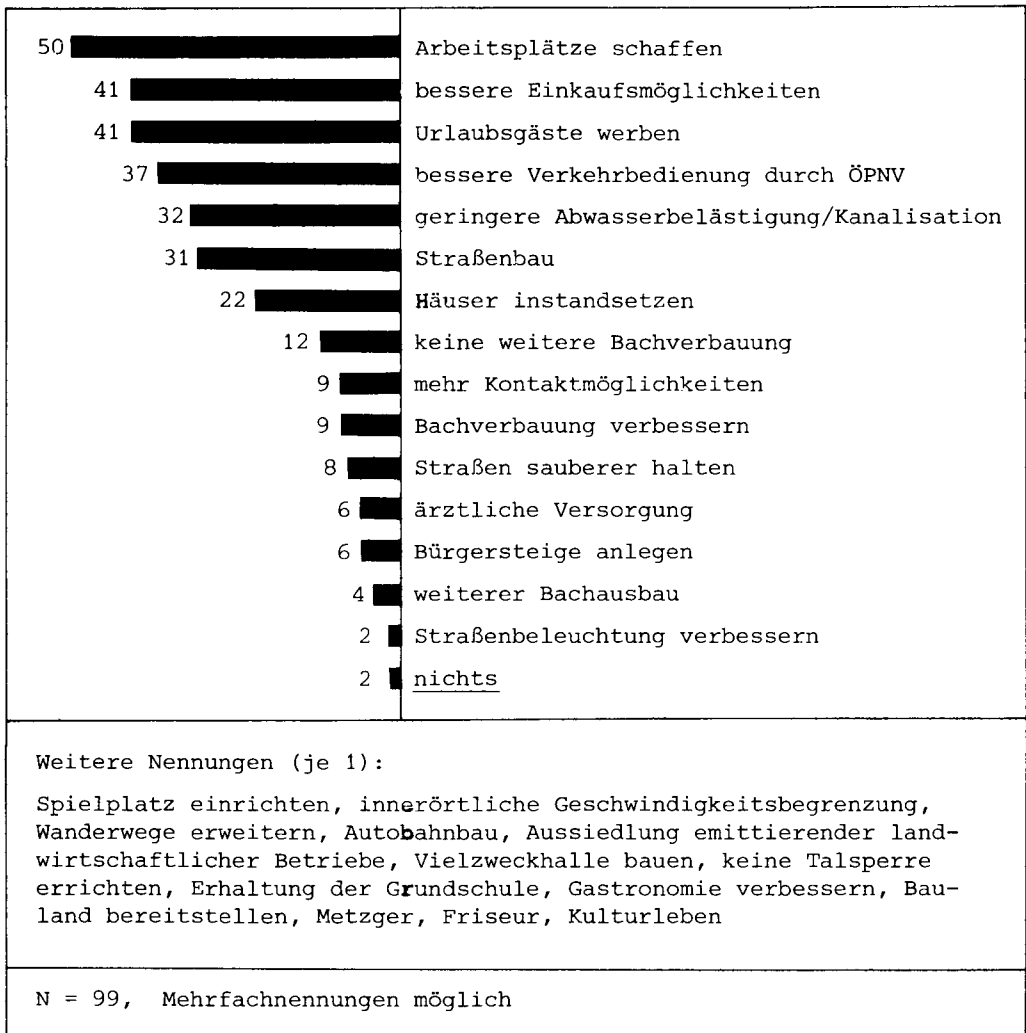
der periphere Raum als „sterbender Raum“ und „Armenhaus der Nation“ oder aber als „heile Welt“<sup>33</sup> und „zukunftssträchtiges Reservat der Industriegesellschaft“?

Für Elsoff lassen sich die folgenden Bedingungen und Potentiale von allgemeiner Bedeutung für den peripheren Raum zusammenfassen: Es gibt hier die naturgeographischen Bedingungen, die erhebliche Nachteile für die Landwirtschaft bedeuten, die zugleich aber ein hohes, der lokalen Bevölkerung durchaus bewußtes Potential an natürlichen Ressourcen beinhalten. Die naturnahe Landschaft, die auch günstige Voraussetzungen für den bisher kaum entwickelten Fremdenverkehr bietet, steht in der Skala der benannten ortstypischen Werte an erster Stelle.

Es gibt verschiedene Trends in der bundesdeutschen Landwirtschaft, die in Elsoff

kaum oder sogar entgegengesetzt wirksam sind. So sind hier die Tendenzen zu Betriebsaufgaben und Betriebsvergrößerungen gegenüber dem Bundesdurchschnitt erheblich schwächer ausgeprägt. Während im Bundesdurchschnitt die Nebenerwerbsbetriebe stark zurückgegangen sind, haben sie in Elsoff sowohl absolut als auch relativ zugenommen.

Es gibt die verkehrs- und wirtschaftsgeographischen Bedingungen, die der Bevölkerung z. T. große Belastungen durch Nebenerwerb, Pendlerwege bis hin zu Abwanderungen zumuten. Auf der anderen Seite zeigen sich sozialökonomische Phänomene, wie die ausgeprägte Nachbarschaftshilfe und ein hohes Maß an „Jobkombinationen“<sup>34</sup>, die manche der Belastungen auszugleichen vermögen, so daß insgesamt ein relativ hoher Lebensstandard erreicht wird



**Abb. 8: Ortsbezogene Verbesserungsvorschläge der Elsoffer Haushaltsvorstände (in Prozent der Nennungen)**

(z. B. besitzen über 90 % der Haushalte ein eigenes Haus!) und eine wirtschaftliche Zufriedenheit herrscht: 25,7 % der befragten Haushaltsvorstände bezeichnen ihre finanzielle Lage als gut, 67,6 % als mittelmäßig und nur 6,7 % als schlecht.

Die überlieferte Bausubstanz Elsoffs ist zumindest z. T. Gegenstand unterschiedlicher Interessen. Die (Außen-)Sicht des Landeskonservators mißt der lokalen Bausubstanz einen hohen Stellenwert zu; aus der Perspektive der Denkmalpflege ist Elsoff das vielleicht interessanteste Dorf in Westfalen. Aus der (Binnen-)Sicht vieler Dorfbewoh-

ner stellen die überlieferten Baukörper eher Belastungen dar<sup>35</sup>; man möchte so gern um- oder ausbauen, wie es in der kleinen Neubaubiedlung am Dorfrand erlaubt ist (vgl. auch Bild 7, das diesen Konflikt deutlich spiegelt).

Die verschiedenartigen und z. T. einander bedingenden Vor- und Nachteile des Lebens im Periphererraum sind der lokalen Bevölkerung sehr bewußt (vgl. Abb. 6 u. Tab. 4). Zugleich besteht ein hohes Maß an Selbstbewußtsein und Identifikation mit dem Ort und der Region, die als (stabilisierender)

Faktor der Siedlungsstruktur durchaus ernst zu nehmen sind.

Die aktualgeographische Analyse des Dorfes Elsoff unterstreicht die Notwendigkeit, neben den üblicherweise recherchierten „Randbedingungen“ auch die Motive und Sichtperspektiven der Dorfbewohner zu erfassen. Nur so werden beispielsweise auch die vielfach erheblichen Diskrepanzen zwischen Außensicht und Binnensicht des Dorfes deutlich. Allein die ortsbezogenen Verbesserungsvorschläge der Elsoffer (Abb. 8) beweisen, wo sinnvoll raumordnungspolitische Strategien für den ländlichen Raum grundgelegt werden können. Globale Erhebungen, Wertungen und Strategien sind wegen ihrer Pauschalierungsgefahren von geringerem Nutzen als regionale und lokale Analysen und Politiken.<sup>36</sup>

**Zusammenfassung:** In einem Industriestaat wie der Bundesrepublik Deutschland gerät der (periphere) ländliche Raum wirtschaftlich und politisch zunehmend zur „Restkategorie“ gegenüber den Verdichtungsgebieten. Wissenschaftliche Betrachtungen und Raumordnungsprogramme sind daher – konsequent – überwiegend aus der zentralen Perspektive der Verdichtungsräume angelegt. Damit bleiben manche lokalen und regionalen Ressourcen unberücksichtigt. Der vorliegende aktualgeographische Beitrag versucht deshalb, im Periphererraum neben den üblicherweise recherchierten „Randbedingungen“ die Lebensgewohnheiten und Vorstellungen der dortigen Bevölkerung zu erfassen. Dabei werden Diskrepanzen zwischen Außensicht und Binnensicht des peripheren Dorfes deutlich. Das hier als Beispiel gewählte Dorf Elsoff besitzt modellartig die natur-, wirtschafts- und sozialgeographischen Bedingungen und Potentiale eines peripheren Ortes in der urbanisierten Bundesrepublik.

#### Anmerkungen:

- 1) Strategien für den ländlichen Raum, 1980, S. 14
- 2) vgl. u. a. GANSER, 1980, S. 5 ff.
- 3) Entwicklung ländlicher Räume, 1974, S. 123
- 4) Die umfangreichen Erhebungen zur formalen, wirtschaftlichen und sozialen Dorfstruktur Elsoffs wurden in den Jahren 1980 und 1981 durchgeführt. Vgl. FRANKE und HÖGNER
- 5) Der Bach- und zugleich Ortsname Elsoff, der in mittelalterlichen Urkunden als „villa Elsaphu“ erscheint, wird etymologisch als „Erlenbach“ gedeutet.
- 6) Als letztes großes Hochwasser haftet das von 1925 im Bewußtsein der Elsoffer.
- 7) „Als Grenzertragsflächen sind Flächen oder Gebiete einzureihen, die wegen ungünstiger natürlicher Ertragsbedingungen oder betriebswirtschaftlicher Gegebenheiten nicht mehr nachhaltig ökonomisch ge-

nutzt oder verbessert werden können, so daß auf Dauer die Bewirtschaftungskosten die erzielten Beiträge übersteigen.“ Flurbereinigung und Landespflege, S. 13

- 8) Schätzung aufgrund der Betriebserhebung 1981. Die zuständige Landwirtschaftskammer in Erndtebrück konnte mit einer eigenen Schätzung diesem Wert zustimmen.
- 9) Ähnlich hohe Anteile der Nebenerwerbslandwirtschaft treten in NRW neben den westfälisch-hessischen Grenzgebieten auch in der Eifel auf. Vgl. dazu BÖTTCHER u. a., Abb. 3, S. 26
- 10) Vielfältigkeitswert einer Landschaft; vgl. KIEMSTEDT: Zur Bewertung natürlicher Landschaftselemente für die Planung von Erholungsgebieten. Hannover 1967
- 11) Eine exakte Erhebung zur Berechnung des V-Wertes von Elsoff wurde nicht vorgenommen. Vgl. aber hierzu MEYER (1973, S. 273 ff.), der diesbezügliche Angaben für den Altkreis Wittgenstein, zu dem auch Elsoff gehörte, zusammengestellt hat.
- 12) Von vielen Elsoffern wird auch der Verlust des Körperschaftswaldes, der bis 1975 im Besitz der Gemeinde war und dann an die Stadt Bad Berleburg überging, als ein gravierender Negativposten der Eingemeindung genannt.
- 13) Bereits für das Jahr 1584 liegt ein urkundlicher Beleg über die Existenz einer Dorfschule in Elsoff vor. Vgl. FRANKE, S. 219
- 14) Vgl. dazu die empirischen Erhebungen von KLUCZKA u. a. (1981)
- 15) Raumordnungsbericht 1974, hg. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, S. 96
- 16) BALDAUF, S. 42
- 17) Vgl. Landesentwicklungsbericht NRW 1979, S. 73 und „Frankfurter Rundschau“ vom 5. 2. 1981
- 18) Vgl. BÖTTCHER u. a., S. 48 ff. Für den „mittelgroßen Selbstbedienungsladen“ wird dort eine notwendige Bevölkerungsbasis von 6000 Einwohnern angegeben. Es sind jedoch erhebliche Zweifel angebracht, ob diese für den städtischen Raum errechneten Daten auch in ländlichen Räumen Geltung besitzen.
- 19) Auf weitere Einzelheiten der Detailaufnahmen aller Gebäude Elsoffs soll in diesem Rahmen nicht weiter eingegangen werden. Vgl. HÖGNER
- 20) Hierbei wurden die folgenden Bedingungen zugrunde gelegt (vgl. auch Ortsbildinventarisierung, 1976, S. 166): *Sehr gut:* Das Äußere des entsprechenden Bauteils befindet sich in bautechnisch und optisch optimalem und gepflegtem Zustand. Es zeigen sich keinerlei Mängel, z. B. das Dach ist erst in jüngster Zeit eingedeckt worden, die Fenstergewände und -rahmen sind frisch gestrichen. *Gut:* Das Äußere des entsprechenden Bauteils ist optisch und technisch in annehmbarem Zustand. Es weist keine Mängel auf, die seine Funktion beeinträchtigen könnten. *Renovierungsbedürftig:* Das Äußere des entsprechenden Bauteils weist geringe bis unerhebliche bautechnische oder ästhetische Mängel auf, z. B. stellenweise abgeplatzter oder stark verschmutzter Putz oder Anstrich, Fehlen einzelner Platten auf dem Dach oder an der Verkleidung. Das Haus hat normale Unterhaltungs- oder Pflegearbeiten nötig und sollte gele-



- gentlich einer Renovierung unterzogen werden. *Baufällig*: Das entsprechende Bauteil weist schwerwiegende bautechnische und ästhetische Mängel auf. Eine sofortige Restaurierung oder Sanierung ist notwendig, um das Haus vor weiterem Verfall zu bewahren.
- 21) Zu diesem hohen Wert trägt sicherlich der Umstand bei, daß 91,2 % aller Elsoffer Familien im eigenen Hause wohnen.
  - 22) § 2 Abs. 1 des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 11. 3. 1980
  - 23) Liste der Baudenkmäler und erhaltenswerten Objekte in dem Dorf Elsoff. Hg.: Der Landeskonservator von Westfalen-Lippe. Münster 1977 (unveröffentlicht)
  - 24) Über die lange vernachlässigte, heute wieder mehr beachtete Denkmalpflege auf dem Lande vgl. u. a.: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, GEBHARD und WIELAND
  - 25) Hierbei wurden folgende Kriterien berücksichtigt (vgl. auch Ortsbildinventarisierung, 1976, S. 96): *Überregional bedeutend* ist ein Gebäude, wenn es sich z. B. um einen der wenigen oder den einzigen Zeugen eines bestimmten Baustils oder einer Bauweise in einer Region handelt. Dabei kann es sich um sehr alte Gebäude, um Gebäude besonderer architektonischer Qualität oder um solche handeln, die in der überregionalen Geschichte eine besondere Stellung einnehmen. *Lokal bedeutend* ist jeder Vertreter der traditionellen Bauform und Bauweise einer bestimmten Siedlung. Von wichtigen Blickachsen im inneren Ortsbild wird er erfaßt, sein Beitrag zu einem Ensemble ist von Bedeutung. *Erhaltenswert* ist ein Gebäude, das das Ortsbild positiv prägt, jedoch wegen einer Verkleidung oder durch Umbaumaßnahmen, aber auch wegen eines noch nicht sehr hohen Alters für eine Siedlung von nur untergeordneter Bedeutung ist. In Einzelfällen wäre nach einer Restaurierung (nicht Rekonstruktion!) eine Höherstufung möglich. *Ohne Wert* sind Gebäude, die nach Umbaumaßnahmen der ortstypischen Bebauung nicht mehr entsprechen. Sie wirken sich aber, z. B. aufgrund ihrer Lage oder Proportion, auf das innere oder äußere Ortsbild noch nicht störend aus. Auch Neubauten ohne störenden Charakter sind hier eingestuft. *Störend* sind die Gebäude, die in Proportionen, Material, Standort usw. eine beeinträchtigende Wirkung auf das Ortsbild ausüben. Nur eine Beseitigung des Gebäudes könnte hier Abhilfe schaffen. Da es sich jedoch meist um Neubauten handelt, kann diese Möglichkeit nicht in Betracht gezogen werden.
  - 26) Die im 19. Jh. in allen westfälischen und hessischen Dörfern zu verzeichnenden Abwanderungsverluste zugunsten der Industriegebiete an Rhein und Ruhr sind für Elsoff von GÜCKER 1979 beschrieben worden.
  - 27) M. FRANKE hatte Anfang 1981 in Elsoff die Gelegenheit, ein Klassentreffen ehemaliger Elsoffer Schüler des Abschlußjahrgangs 1956 mitzuerleben. Von den ungefähr 30 anwesenden Teilnehmern wohnen heute nur noch 3 in Elsoff.
  - 28) Die Angaben für das Land NRW und den Kreis Siegen beziehen sich jeweils auf das Jahr 1977. Kreisstandardzahlen 1978.
  - 29) Vgl. dazu auch GATZWEILER S. 15 f., der die Abwanderung der 18- bis 29jährigen als wesentlichen bundesweiten Indikator peripherer Räume bezeichnet.
  - 30) Die zu diesem Zweck – mittels Fragebogen – durchgeführten schriftlichen Befragungen der Elsoffer Bevölkerung wurden Anfang 1981 vorgenommen. Die Befragungen richteten sich jeweils an alle Elsoffer Haushaltungsvorstände.
  - 31) Nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts bezeichnen 77 % der Bundesbürger, die auf dem Dorf wohnen, dies als ihrem Wunsch entsprechend. Nur 8 % würden gern in Mittel- oder Großstädte ziehen. Vgl. STOLTENBERG, S. 31
  - 32) „Die Flurbereinigung – Ich bezweifle, ob es besser wird. Ein Acker ist mehr als ein Stück Land, mit ihm sind Erinnerungen und verwandtschaftliche Beweise verknüpft, die verlorengehen.“ Schriftl. Anmerkung eines Elsoffer Bürgers auf die Frage nach zukünftigen Schwierigkeiten für die Elsoffer Landwirtschaft
  - 33) In einem in Kürze (Stand: 1981) erscheinenden aufwendigen Buch über „noch schöne deutsche Dörfer“ ist selbstverständlich Elsoff als Beispiel vertreten.
  - 34) J. UHLMANN sieht darin besondere Arbeitsplatzpotentiale im ländlichen Raum. In: Strategien für den ländlichen Raum, S. 53
  - 35) Vgl. dazu den sehr praxisnahen Beitrag von M. FRITSE „Schmuckstück oder aales G'lump. Denkmal-schutz auf dem Lande“ in der FAZ vom 7. 6. 1980
  - 36) Vgl. hierzu HENKEL 1982. Hier wird die Notwendigkeit begründet, in der Politik des ländlichen Raumes die bislang dominierenden zentral-gelenkten und normierten Fachpolitiken zugunsten einer **entwicklungsorientierten** Dorfpolitik auf regionaler und lokaler Ebene abzulösen.

## Literatur

Agrarstrukturelle Vorplanung Elsofftal im Kreis Wittgenstein (1973): Alertshausen, Beddelhausen, Diedenshausen, Elsoff. Hg.: Landesentwicklungsges. NRW. Bearb. Alshuth, Groote, Terbrüggen, Wrede. Dortmund.

**Baldhauf, G.** (1980): Ortsplanung im ländlichen Raum. Aufgaben, Inhalte, Instrumente. Stuttgart.

**Bender, R. J.** (1979): Wasgau/Pfalz. Untersuchungen zum wirtschaftlichen und sozialen Wandel eines verkehrsfernen Raumes monoindustrieller Prägung. Mannheimer Geogr. Arb., 5

**Böttcher, F.-J., M. Büssmaker u. F. Merk** (1979): Funktionswandel in ländlichen Siedlungsräumen. Schriften „Materialien“ des ILS, Bd. 4.003. Dortmund

**Brüscke, W., L. Vogler u. W. Wöhlke** (1973): Prozesse zur Kulturlandschaftsgestaltung: Empirische Untersuchung zu raumrelevanten Verhaltensweisen gesellschaftlicher Gruppierungen am Beispiel von neun ländlichen Gemeinden des Kreises Eschwege. In: Marburger Geogr. Schr., 60, S. 327–353

Deutsche Kunst und Denkmalpflege. 37. Jg. 1/1979 (Themenheft zur Denkmalpflege auf dem Lande)

- Dorferneuerung. Hg.: Bundesmin. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Reihe B: Flurbereinigung. Landwirtschaftsverlag, Münster 1979
- Das Ende des alten Dorfes? – Hg.: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Kohlhammer Taschenbücher, Bd. 1051. Stuttgart 1980
- Entwicklung ländlicher Räume. Schriftenreihe „Studien zur Kommunalpolitik“ des Instituts für Kommunalwissenschaften Bd. 2. Bonn 1974
- Flurbereinigung und Landespflege. Hg.: Bundesmin. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Bearb. Arbeitskreis „Flurbereinigung und Landespflege“. Landwirtschaftsverlag, Münster 1974
- Franke, M.** (1981): Analyse der sozio-kulturellen und ökonomischen Dorfstrukturen mit prognostischen Perspektiven einer erhaltenden Erneuerung von Elsoff/Stadt Berleburg. Geogr. Staatsarbeit für das Lehramt. Essen
- Frise, M.** Schmuckstück oder aales G'lump. Denkmalschutz auf dem Lande. FAZ vom 7. 6. 1980
- Ganser, K.** (1980): Strategien zur Entwicklung peripherer ländlicher Räume. ASG-Materialsammlung, Nr. 144. Göttingen
- Gatzweiler, H. P.** (1979): Der ländliche Raum. Benachteiligt für alle Zeiten? Geogr. Rundschau. 1, S. 10–16
- Gebhard, H.** (1976): Denkmalschutz auf dem Land. In: Denkmalschutz. Internationale Probleme – Nationale Projekte. Texte + Thesen, Bd. 69, S. 99–111. Zürich
- Gebhard, H., H. Biesterfeld u. M. Brennecke** (1974): Umweltgestaltung im ländlichen Raum. KTBL-Schrift, 80. Münster
- Grüneisen, K. G. u. a.** (1979): Dörflicher Strukturwandel in der Diskussion. KTBL-Schrift, 235. Münster
- Gücker, E.** (1979): Elsoff im Wittgensteiner Berg- und Waldland. Aus der Geschichte des Dorfes und der ehemaligen Vogtei. Bad Berleburg – Elsoff
- Heidmann, W., A. Gehrke u. H. von Renner** (1967): Struktur- und Entwicklungsmöglichkeiten des Landkreises Wittgenstein. Bd. I und II. Göttingen
- Hellberg, H., H. G. v. Rohr u. J. Uhlmann** (1979): Bevölkerungs- und Arbeitsplatzabnahme in peripheren ländlichen Regionen. Konzepte und Maßnahmen einer stabilisierungsorientierten Entwicklungssteuerung. Literaturanalyse. GEWOS. Mskr.druck. Hamburg
- Henkel, G.** (1978): Dörfer im Wandel. Zur Problematik der Entwicklung ländlicher Gemeinden in peripheren Regionen. Beiträge zum ländlichen Bau- und Siedlungswesen, Bericht 20. Selbstverlag der TU. Hannover
- Henkel, G.** (1978): Die Entsiedlung ländlicher Räume Europas in der Gegenwart. Fragenkreise. Paderborn
- Henkel, G.** (1979): Der Dorferneuerungsplan und seine inhaltliche Ausfüllung durch die genetische Siedlungsgeographie. In: Berichte z. dt. Landeskunde, 53,1, S. 95–117
- Henkel, G.** (1982): Dorferneuerung und Dorfpolitik in den 80er Jahren. In: Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 19. Bayreuth (im Druck).
- Högner, T.** (1980): Analyse der baulich-formalen Dorfstruktur und prognostische Perspektiven einer erhaltenden Erneuerung von Elsoff/Stadt Bad Berleburg. Geogr. Staatsarbeit für das Lehramt. Essen
- Ilien, A. u. U. Jeggle** (1978): Leben auf dem Dorf. Opladen
- Kluczka, G., R. Betz u. G. Kühn** (1981): Nutzung und Perspektiven privater und öffentlicher Infrastruktur in peripheren ländlichen Räumen. Veröff. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung; Beiträge 50. Hannover
- Konieczny, G. u. E. Rolli** (1979): Bürgerbeteiligung in der Dorferneuerung. KTBL-Schrift, 242. Münster
- Kurowski, E.** (1981): Gestaltwandel ländlicher Siedlungen. Schriftenreihe des Bundesmin. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Reihe B: Flurbereinigung, H. 70. Münster
- Lucas, O.** (1958): Planungsgrundlagen für den Landkreis Wittgenstein. Natur, Bevölkerung und Wirtschaft in Karten, Bildern und Zahlen. Berleburg/Münster
- Meyer, J.** (1973): Fremdenverkehr und Regionalentwicklung dargestellt am Beispiel der Kreise Büren und Wittgenstein in Nordrhein-Westfalen. Diss. d. Landwirtschaftlichen Fakultät. Bonn
- Ortsbildinventarisierung. Aber wie? Hg.: Institut für Denkmalpflege an d. Eidgenöss. TH. Zürich 1976
- Planung im ländlichen Raum. KTBL-Arbeitsblätter. Münster 1976 ff.
- Reekers, S.** (1956): Westfalens Bevölkerung 1818–1955. Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden und Kreise im Zahlenbild. Veröff. des Provinzialinst. f. westfäl. Landes- und Volkskunde; Reihe I: Wirtschafts- und verkehrswissenschaftliche Arbeiten, H. 9
- Sättler, M. u. a.** (1981): Entwicklungschancen ländlicher Räume. Schriften des Bundesmin. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Reihe A: Angewandte Wissenschaft, H. 247. Münster
- Scheuch, E. K.** (1962): Das Interview in der Sozialforschung. In: Handbuch der Empirischen Sozialforschung, Bd. I, S. 136 ff. Stuttgart
- Simons, D.** (Hg.) (1979): Dorffibel, Vorschläge und Beispiele zur Gestaltung ländlich geprägter Orte. Stuttgart
- Stoltenberg, E.** (1978): Das Dorf als Wohnstandort. In: Unser Dorf – Lebensraum heute und morgen. Kleine ASG-Reihe. Nr. 17, S. 31–37. Göttingen
- Strategien für den ländlichen Raum. Wege zur Stabilisierung strukturschwacher ländlicher Gebiete. GEWOS-Schriftenreihe, NF 33. Hamburg 1980
- von Wahl, D.** (1980): Abwanderung und Selbstimage im ländlichen, peripheren Raum. Lehrstuhl Wirtschaftsgeogr. und Regionalplanung der Univ. Mskr.druck. Bayreuth
- Walk, F.** (Hg.) (1981): Planung im ländlichen Raum. Intern. Grüne Woche Berlin 1980, H. 17
- Warthorst, A.** (1976): Einkaufsgewohnheiten in kleineren ländlichen Gemeinden. In: Berichte z. dt. Landeskunde, 50, S. 221–244
- Wehling, H.-G.** (1978): Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und fachdidaktische Hilfen. Analysen, 22. Opladen
- Wieland, D.** (1978): Bauen und Bewahren auf dem Lande. Hg.: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz. Stuttgart
- Zillenbiller, E.** (1978): Ziele und Aufgaben der Dorferneuerung. In: Die Gemeinde. Organ des Gemeindetages Baden-Württemberg, 21, S. 772–782

# Altenhudem

## Vom Bauerndorf zum Zentrum von Lennestadt\*

Von Günther Becker, Lennestadt

### 1. Größter Ort im östlichen Kreis Olpe

Altenhudem, der Zentralort der Stadt Lennestadt, ist seit über 100 Jahren der einwohnerreichste Ort im Osten des Kreises Olpe. Heute zählt er rd. 4200 Einwohner, 500 mehr als der Nachbarort Meggen, der zweitgrößte Wohnplatz der Stadt. In der zweiten Hälfte der 1870er Jahre übernahm Altenhudem in der Einwohnerentwicklung der Dörfer des Hundem-Lenne-Gebietes die Führung, nachdem für etwa ein Vierteljahrhundert der aufstrebende Bergbauort Meggen die Spitzenstellung eingenommen hatte. Noch 1875 zählte Meggen 1332, Altenhudem mit Altenohl 1315 Einwohner. Zehn Jahre später war die Bewohnerzahl Altenhundems bereits auf 1735 angewachsen, während die Meggens erst 1436 betrug.

Bis in die 1960er Jahre nahm die Bevölkerung Altenhundems ständig zu. Nach der Volkszählung von 1961 hatte der Ort 4653 Einwohner. Innerhalb von 100 Jahren bedeutete das ein Einwohnerplus von 4000 Menschen. Als am 1. Juli 1969 das Gesetz über die kommunale Neugliederung des Kreises Olpe in Kraft trat und damit Altenhudem der neuen Stadt Lennestadt eingegliedert wurde, zählte man in Altenhudem jedoch nur noch 4326 Einwohner.

### 2. Bäuerliche Vergangenheit

Wer heute durch den „sanierten“ Ortskern Altenhundems geht und auf die drei bis fünf Stockwerke hohen Geschäfts- und Wohn-

häuser an der Helmut-Kumpf-Straße und der unteren Hundemstraße oder auch auf das 1981 – 1984 erbaute Rathaus blickt, muß schon einige Phantasie aufwenden, wenn er sich vorstellen will, daß hier einmal strohgedeckte Bauernhäuser – armselige Kötterhütten, Scheunen und Remisen gestanden haben. Nichts mehr erinnert hier noch daran, daß Altenhudem eine lange bäuerliche Vergangenheit gehabt hat und seinem Ursprung nach eine Ansiedlung von Bauern ist – wie fast alle Orte in der näheren und weiteren Umgebung.

Über die Entstehung Altenhundems und seine Frühzeit wissen wir nichts. Erst 1379 wird erstmals ein Einwohner – „Henneken Pystes Sohn van Aldenhudeme“ – in einer Urkunde des von Speeschen Archivs in Ahausen (bei Heggen) erwähnt. Sie ist gleichzeitig das erste schriftliche Dokument, in dem überhaupt der Name Altenhudem vorkommt. Allein im Gebiet der Stadt Lennestadt gibt es 20 Orte, die schon vorher urkundlich bezeugt sind, darunter Elspe und Oedingen, die als erste Orte im heutigen Kreis Olpe bereits im Jahr 1000 genannt werden. Aus der relativ späten Erwähnung auf eine späte Gründung schließen zu wollen, wäre jedoch abwegig. Siedlungsgeschichtliche Vergleiche sprechen vielmehr dafür, daß Altenhudem schon vor der ersten Jahrtausendwende bestanden hat. Über seine Größe gibt erstmals ein Steuerregister („Schatzregister“) aus dem Jahr 1536 Auskunft, das die Namen der steuerpflichtigen Hausväter des Dorfes nennt. Danach zählte es immerhin schon 27 Schatzpflichtige in etwa 24 Häusern. Die Einwohnerzahl dürfte bei etwa 150 gelegen haben.

\* Erstveröffentlicht im Geschäftsbericht 1987 der Volksbank Lennestadt eG (1988). Überarbeitete Fassung.

Daß die Bevölkerungszahl in den folgenden 300 Jahren nur langsam wuchs, lag nicht allein daran, daß die Kindersterblichkeit hoch war und immer wieder todbringende Krankheiten wie Pest und Rote Ruhr grassierten, sondern war vor allem eine Folge des engen Nahrungsspielraums. Die Landwirtschaft, nach herkömmlichen Methoden betrieben, war und blieb die Hauptexistenzgrundlage. Doch konnten von einer landwirtschaftlichen Tätigkeit allein nur wenige leben. So waren Fuhrgeschäfte, eine handwerkliche Tätigkeit oder Köhlerei vielfach eine zusätzliche Einnahmequelle. Nach einer 1810 angestellten Erhebung waren von 58 Erwerbstätigen 17 Fuhrleute, 11 Ackerbauern und 8 Tagelöhner; 4 Männer waren im Hammergewerbe beschäftigt, 3 arbeiteten als Leineweber.

Noch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war Altenhundem ein kleines Bauerndorf. Seine Höfe lagen in einem dreieckigen Bereich mit den Eckpunkten Schneiders Hof, heutiger Bahnhofsvorplatz und Haus Mühle. Nach einer Gebäudezählung aus dem Jahr 1797 hatte Altenhundem 35 Wohn- und 32 Nebenhäuser. 1817 – ein Jahr nach der Eingliederung des bis 1802 zum Kurfürstentum Köln, dann für 14 Jahre zu Hessen-Darmstadt gehörenden Sauerlandes in das Königreich Preußen – zählte der Ort 41 Wohnhäuser und 329 ausschließlich katholische Einwohner. Unter den Orten des heutigen Stadtgebietes Lennestadt und der jetzigen Gemeinde Kirchhundem stand er damit der Einwohnerzahl nach an sechster Stelle nach Saalhausen (470), Heinsberg (463), Elspe, Oberhundem (je 412) und Bilstein (377).

### 3. Straßenbau in den 1840er Jahren

Sein ungewöhnlich starkes Wachstum seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts verdankt Altenhundem seiner verkehrsgeographisch vorteilhaften Lage an der Vereinigung des Hundem- und Lennetals. Sie kam jedoch erst zum Tragen, als Ende der 1830er Jahre mit dem Bau talgebundener befestigter Landstraßen begonnen wurde, die nach und nach die alten unbefestigten und ausgefahrenen Talwege ersetzten. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einem modernen Straßensystem im Hundem-Lenne-Gebiet

war die Anlage der Lennetalstraße Altena-Grevenbrück-Altenhundem, die 1840 dem Verkehr übergeben werden konnte. 1847 wurden die durch das Hundem- und Olpetal führende Straße Altenhundem-Welschen Ennest-Krombach und eine befestigte Straßenverbindung nach Saalhausen fertiggestellt. Ein Jahr später erhielt das Dorf eine eigene Posthalterei, die auf dem Mühlengut eingerichtet wurde. Bis dahin wurde die Post von Bilstein aus zugestellt.

### 4. Anschluß an das Eisenbahnnetz

Zu einer spürbaren Besserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung kam es jedoch erst mit dem Bau der von Hagen über Altenhundem nach Siegen führenden Ruhr-Sieg-Bahn, die 1861 in Betrieb genommen wurde. Als erste Bahnlinie des Sauerlandes verband sie das Steinkohlenrevier an der Ruhr mit dem siegerländischen Eisenerzgebiet. Sie gab dem wirtschaftlichen Leben der an ihr gelegenen Stationsorte neue Impulse. Für Altenhundem, das im damaligen Amtsbezirk Kirchhundem zunächst die einzige Bahnstation blieb, bedeutete der Beginn des Eisenbahnzeitalters im Sauerland den Aufstieg zum Verkehrs- und Wirtschaftszentrum des Hundem-Lenne-Gebietes.

Welchen Eindruck die stürmische Entwicklung des Dorfes auf die Zeitgenossen machte, schildert der sauerländische Dichter Friedrich-Wilhelm GRIMME in der zweiten Auflage (1886) seines Buches „Das Sauerland und seine Bewohner“ mit folgenden Sätzen: „Du lieber Herr! Was doch die Eisenbahn für Wandlungen schafft! In meinen jüngeren Jahren habe ich kaum den Namen dieses Dorfes gekannt, und meistens wurde er mit der besten Nummer sauerländischen Schinkens in Verbindung gesetzt. Aber längst ist der Ort nebst dem ganzen unteren Lennetal dem Weltverkehr erschlossen, er selbst schaut jetzt aus anderen Augen und viel vornehmer in die Welt hinaus und hat den ehemals hundertmal mehr genannten Nachbarort Kirchhundem in die Schranken der Bescheidenheit gewiesen.“

### 5. Eisenbahnerdorf

Auch in den folgenden Jahrzehnten sollte Altenhundem noch vom Ausbau des deut-

schen Eisenbahnnetzes profitieren. 1887 wurde die eingleisige „Sekundärbahn“ Altenhundem-Fredeburg in Betrieb genommen, die 1911 einen Anschluß an die Ruhrtal-Bahn erhielt. Am 30. Juni 1914, zwei Tage nach den Schüssen von Sarajevo, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führten, rollte ein erster Zug auf der ebenfalls neuen Bahnstrecke Altenhundem-Birkelbach ins Wittgensteiner Land. In die gleiche Zeit fällt eine erhebliche Erweiterung des Bahnhofsbereichs.

Wie tiefgreifend sich innerhalb weniger Jahrzehnte die wirtschaftliche und soziale Struktur Altenhundems gewandelt hatte, verdeutlichen einige Sätze, die ein Chronist um 1875 für ein „Beiheft zur Statistik der Kaiserlichen Postexpedition in Altenhundem“ schrieb: „Die Hebung des Verkehrs in Altenhundem, besonders nach der Ruhr-Sieg-Bahn, zog auch viele Geschäftsleute an, und bestehen hierselbst jetzt sehr viele Handlungen und Geschäfte. Nur der kleinere Theil der Bevölkerung treibt noch Oeconomie. Der bei weitem größte Theil aber liegt dem Handel und Gewerbe ob. Außerdem sind auch im hiesigen Orte viele Beamte, besonders Eisenbahnbeamte angestellt.“

Als diese Zeilen geschrieben wurden, war noch die 1852 von dem Siegener Gewerken H. A. Schulte an der Hundemstraße erbaute Carolinhütte in Betrieb. 1855 beschäftigte sie 45 Arbeiter und produzierte 35 000 Zentner Roheisen. 1886 mußte das nach einem Besitzerwechsel in Heinrichshütte umbenannte Hüttenwerk stillgelegt werden, weil es mit den Hochöfen des Siegerlandes nicht konkurrieren konnte. Vier Jahre vorher hatte man noch eine 640 Meter lange Drahtseilbahn gebaut, mit der Hochofenschlacke befördert wurde. Länger in Betrieb blieb ein um 1800 auf dem Altenohl erbautes Hammerwerk. Es wurde Ende des 19. Jahrhunderts in ein Walz- und Hammerwerk umgewandelt. 1918 ging es in den Besitz der Gutehoffnungshütte Oberhausen über, die es später stilllegte.

Es waren vor allem die durch die Entwicklung Altenhundems zum Eisenbahnknoten mit einem Bahnbetriebswerk entstandenen Arbeitsplätze, die zu einem starken Bevölkerungsanstieg führten. Nach dem „Adreßbuch für die Stadt und den Kreis Olpe“ von

1899 waren bei der Station Altenhundem, der Güterabfertigung und der „Königlichen Eisenbahn-Betriebswerkstätte Altenhundem“ insgesamt 302 Männer beschäftigt, darunter 37 Lokführer, 54 Lokomotivheizer, sieben Rangiermeister, sechs Rangierarbeiter, 54 Bremser und 32 Hilfsbremser. Mit gutem Recht konnte man Altenhundem, das zur Zeit etwa 2000 Einwohner hatte, auch noch in der ganzen ersten Hälfte unseres Jahrhunderts als Eisenbahnerdorf bezeichnen. An Fabriken gab es um 1900 das schon erwähnte Walzwerk auf dem Altenohl und eine Zigarrenfabrik.

Die starke Zunahme der Bevölkerung, die sich eines allmählich wachsenden Wohlstandes erfreuen konnte, wirkte sich nicht nur auf das aufblühende Geschäftsleben aus, sondern führte auch zur Schaffung neuer kirchlicher, sozialer und kultureller Einrichtungen.

## 6. Kirchliche Entwicklung

Mit der Industrialisierung und dem Bahnbau hatten sich im Lennetal auch viele Protestanten niedergelassen. Die 1858 gegründete evangelische Kirchengemeinde Grevenbrück-Meggen errichtete alsbald zwischen Altenhundem und Meggen ein Gotteshaus; einige Jahre später baute sie in der Nähe an der Ortsgrenze Altenhundem-Meggen ein eigenes Schulhaus für die bereits 1861 eingerichtete evangelische Schule.

Die Altenhundemer Katholiken gehörten damals noch zur Pfarrei Kirchhundem. Zwar hatte Altenhundem 1783 eine eigene Schulvikarie erhalten, doch war ein um 1800 erstellter Antrag, sie in eine Pfarrei umzuwandeln, zurückgewiesen worden. Verzögert durch den 1872 ausgebrochenen Kulturkampf, kam es erst 1893 zur Abpfarung von Kirchhundem und zur Gründung der St.-Agatha-Pfarrei Altenhundem. Da die Kapelle auf dem Marktplatz für den sonntäglichen Gottesdienst längst viel zu klein war, wurde 1900/01 „auf der Legge“ die immer noch das Ortsbild prägende katholische Pfarrkirche errichtet. Schon 1890 konnte ein auf Betreiben der Kapellengemeinde errichtetes Krankenhaus am Wimbberg seiner Bestimmung übergeben werden; 1911/12 baute die Gemeinde ein eigenes Ju-

gendheim. Zur gleichen Zeit bekam Altenhundem eine Rektoratschule, die drei Jahre später, 1914, ein eigenes Schulgebäude erhielt; aus ihr ist das heutige Gymnasium der Stadt Lennestadt hervorgegangen.

## **7. Zwischen den Weltkriegen**

Nach dem Ersten Weltkrieg und den ihm folgenden Not- und Inflationsjahren kam es erst in der zweiten Hälfte der 20er Jahre zu einer neuen, die Bedeutung Altenhundems weiter fördernden Bautätigkeit sowie zu einer Kräftigung seiner zentralen Funktionen. Erstaunlich, was hier in dem halben Jahrzehnt von 1926 – 1931 alles entstanden ist. 1926/1928 wurde mit dem Bau der Straße Altenhundem-Kockmecke-Bilstein die langersehnte Straßenverbindung mit dem Veisedetal geschaffen. In die Jahre 1927 bis 1929 fallen der Bau eines Zollamtes und eines Postgebäudes, die Errichtung einer katholischen Volksschule und eine Erweiterung des Krankenhauses. 1928 wurde ein Lichtspielhaus eröffnet.

Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929, die zu einer bis dahin ungekannten Massenarbeitslosigkeit führte, wurde auf Initiative des aus Altenhundem stammenden Ministerialdirektors im preußischen Landschaftsministerium, Dr. Wilhelm Arnoldi, im Rahmen von Notstandsarbeiten die Straße Kockmecke-Hohe Bracht gebaut und 1930 der Aussichtsturm auf der Hohen Bracht errichtet. Dr. Arnoldi verdankt Altenhundem auch die 1929 angelegte staatliche Vogelschutzstation, die später als Vogelschutzwarte anerkannt wurde. 1930 erfolgte der Bau einer Landwirtschaftsschule, die 1964 aufgelöst wurde. In dem Gebäude befinden sich jetzt die Kunsterziehungsräume des Gymnasiums. Der Schützenverein Altenhundem errichtete 1930/31 die Sauerlandhalle, nachdem die alte Schützenhalle abgebrannt war. Von den in den folgenden Jahren entstandenen Gebäuden ist eine 1939/40 errichtete Kleiderfabrik zu nennen, in der sich heute ein SB-Warenhaus befindet.

## **8. Kriegszerstörungen – Wiederaufbau – Strukturwandel**

In den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs (1939 – 1945) war der Eisenbahnkno-

ten Altenhundem Ziel zahlreicher Luftangriffe. Bei den Bombardierungen am 22. Februar und 5. März 1945 wurde eine Reihe von Wohnhäusern im Ortskern zerstört. Tieffliegerangriffe und Beschuß beim Einmarsch der Amerikaner am 9. April 1945 hinterließen weitere Trümmer in anderen Teilen des Ortes. 16 Häuser mit 39 Wohnungen waren total zerstört, weitere 45 schwer beschädigt.

Die Jahre nach 1945 standen zunächst im Zeichen des Wiederaufbaus und der Wohnraumbeschaffung durch Errichtung von Neubauten vor allem in den Randbereichen des Ortes. Als größere Neubauten entstanden in den fünfziger Jahren auf dem Ochsenbruch ein erstes Fabrikgebäude der Firma Hensel (1952/54), am Biertappen ein neues Gebäude für das damalige Progymnasium (1956) und an der Straße nach Bilstein das Missionshaus Maria-Königin der Missionare von der Heiligen Familie (1957/59), zu dem seit 1967 ein privates Gymnasium gehört.

Während im Zeichen des nachhaltigen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Altenhundem das geschäftliche und gewerbliche Leben aufblühte, wirkten sich Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Bundesbahn negativ auf den Eisenbahnknotenpunkt aus. 1964 wurde der Personenverkehr auf der Strecke Altenhundem-Schmallenberg eingestellt und 1965, nach Schließung der Hüttenwerke Siegerland in Langenei, auch der Güterverkehr auf dem verbliebenen Teilstück Altenhundem-Langenei aufgegeben. Die Bahnverbindung nach Birkelbach und Erndtebrück war schon im Zweiten Weltkrieg durch die Benutzung des Heinsberger Tunnels für militärische Zwecke unterbrochen worden. Nach dem Krieg war wegen verschiedener Brückensprengungen in den letzten Kriegstagen der Bahnverkehr nur noch auf dem Streckenabschnitt Altenhundem-Würdinghausen möglich. Bereits 1958 verkehrte zwischen den beiden Orten der letzte Personenzug; der Güterverkehr wurde zum Jahresende 1980 eingestellt. Ein einschneidendes bahngeschichtliches Ereignis war die Elektrifizierung der Ruhr-Sieg-Bahn. Mit der Aufnahme des Elektrolokbetriebs im Mai 1965 en-





**Bild 1: Ortsmitte von Altenhundem um 1890**



**Bild 2: Ortskern von Altenhundem 1986**

dete für das Lennetal nach mehr als 100 Jahren das Dampflokalzeitalter. Für Altenhundem bedeutete das den schmerzlichen Verlust des Bahnbetriebswerks, dem die einstige Entwicklung Altenhundems zum Eisenbahnerort in erheblichem Maße mit zu verdanken war. 1983 wurde auch die Bahnmeisterei in Altenhundem aufgelöst. Inzwischen hat als weitere Einrichtung der Bundesbahn die Güterabfertigung ebenfalls ihre Pforten geschlossen.

Der Weitsicht einiger Kommunalpolitiker und Verwaltungsbeamten ist es zu verdanken, daß die Gemeinde Kirchhundem, zu der Altenhundem bis 1969 gehörte, in den sechziger Jahren, teils auch schon früher, sich intensiv mit strukturfördernden Maßnahmen befaßte. Sie zielten darauf ab, die Verkehrsverhältnisse im Bahnhofsbereich und im nahen Ortskern zu verbessern, die zentralen Funktionen Altenhundems auszubauen und den Ortskern zu sanieren. Zu den damals in Angriff genommenen Projekten gehörten die Errichtung eines Hallenbades auf dem Ohl zusammen mit der Gemeinde Elspe, die Anlage eines Busbahnhofes in Altenhundem und die städtebauliche Neugestaltung des Marktplatzbereichs und der unteren Hundemstraße.

Im Juli 1964 erläuterte der damalige Kreisplaner vor den Gemeindevertretern Kirchhundems das mit den für Altenhundem erstellten Planungsentwürfen anvisierte Ziel: die „Schaffung einer echten Ortsmitte und einer Dominante mit städtebaulichem Wert“. Die Ortskernsanierung begann Ende 1966. Zu den Großbaumaßnahmen der sechziger Jahre gehörte die Errichtung eines neuen Krankenhausbauwerkes mit 215 Betten, 1967/68 erweitert um ein Schwesternwohnheim. Der Busbahnhof, dessen Bau man wegen der prekären innerörtlichen Verkehrssituation für besonders dringlich hielt, konnte erst im Sommer 1970 fertiggestellt werden.

### **9. Auf dem Weg zur Stadt**

Im Februar 1966 hielt der damalige Kreisrechtsrat Dr. Grünewald einen öffentlichen Vortrag zum Thema „Altenhundem auf dem Wege zur Lennestadt“. Erstmals erfuhr bei dieser Gelegenheit eine breitere Öffentlich-

keit, was das von den zuständigen Behörden für den Entwicklungsraum Altenhundem-Meggen-Maumke erarbeitete planerische Konzept vorsah: einen die Struktur des östlichen Kreises Olpe stärkenden neuen städtischen Zentralort, gebildet aus den drei Orten des Planungsgebietes, der in der Lage sein sollte, Versorgungsaufgaben für ein Gebiet mit 40 000 Einwohnern wahrzunehmen. Das Verwaltungszentrum solle auf der Talsohle zwischen Altenhundem und Meggen entstehen.

Als Dr. Grünewald vortrug, wie man sich im Olper Kreishaus und in den Amtshäusern in Kirchhundem und Grevenbrück die politische und strukturelle Neuordnung des Kreises vorstelle, gab es bereits seit einem halben Jahr eine von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eingesetzte Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Landes. Sie entwickelte ihre eigenen Vorstellungen zu einer Verwaltungsneugliederung des Kreises Olpe, die indessen bei den kommunalen Parlamenten weitgehend auf Ablehnung stieß. Es kam dann aber doch so, wie es das vom Innenminister vorgelegte „Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Olpe“ vorsah: Im Osten des Kreises wurden zwei Kommunen gebildet, die Stadt Lennestadt und die Gemeinde Kirchhundem, welche sich weitgehend mit dem Gebiet des aufgelösten Amtsbezirks Kirchhundem deckte. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Juli 1969 endete die 125jährige Zugehörigkeit Altenhundems, Kickenbachs und Langeneis zu der 1843/44 gebildeten politischen Gemeinde Kirchhundem.

### **10. Altenhundem wird Stadtzentrum**

In den zwei Jahrzehnten, die seit der Gründung der Stadt Lennestadt vergangen sind, hat sich das Bild der Bebauung völlig verändert. Vom Bahnhofsbauwerk und der katholischen Pfarrkirche abgesehen, gibt es im Bereich zwischen Busbahnhof, Post und R-Kauf-Center nur noch an der Südseite der Helmut-Kumpf-Straße Gebäude, die älter sind als 25 Jahre.

Von entscheidender Bedeutung für die weitere Sanierung und eine in geordneten Bahnen verlaufende Entwicklung des Ortskerns Altenhundems war der Beschluß des Rates



vom 5. Juni 1974, „aufgrund des vorhandenen Bestandes an zentralen Einrichtungen, des Umfanges der öffentlichen und privaten Investitionen, der weit fortgeschrittenen Sanierung des Ortskerns sowie im Hinblick auf die verkehrsmäßige Verflechtung“ den Stadtteil Lennestadt 1 (Altenhundem) „zum Schwerpunkt der städtebaulichen Entwicklung und damit zum Standort der Stadt Lennestadt im Sinne der vorläufigen Richtlinien“ zu bestimmen.

Nach einer Bilanz vom April 1987 wurden seit dem Beginn der Sanierung auf einer Fläche von rd. 15000 qm von privaten Bauherren ca. 40000 qm Geschoßfläche für Geschäfte, Wohnungen und Büros geschaffen (1969 ca. 18000 qm) und weitere 6300 qm Geschoßfläche von der öffentlichen Hand (Stadt Lennestadt, Bundespost). Die Gesamtinvestitionen allein für Hochbaumaßnahmen beliefen sich auf rd. 90 Mio. DM; weitere 40 Mio. DM wurden in der Rubrik „unrentierliche Mittel“ ausgewiesen. Für eine detaillierte Darstellung der einzelnen Sanierungsschritte und der jüngeren baulichen Entwicklung ist hier nicht der Ort. Erinnert sei jedoch an einige Großbauten der letzten 20 Jahre, die neben anderen Baumaßnahmen Altenhundem den Ruf eintrugen, eine ständige Baustelle zu sein: 1969–1972 Bau der Kreisberufsschule; 1969–1973 Bau einer Realschule „Auf'm Ohl“ zwischen Altenhundem und Meggen; 1973–1976 Bau einer Tiefgarage unter dem Marktplatz und dem Heinrich-Cordes-Platz; 1974–1977 Baumaßnahmen zur Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs der Bundesstraße 517; Errichtung eines 205 m langen Brückenbauwerks der B 236 neu über der Bahnlinie, dem Hundemfluß und einem neuen Teilstück der L 715 (dieser Großbaumaßnahme fielen 18 Häuser zum Opfer); 1975–1982 Bau der Umgehungsstraße B 236 neu ab Dr.-Arnoldi-Straße bis B 517 neu, Verlegung des Lennelaufs, Errichtung einer Brücke über die

Lenne und Bau einer Fußgängerunterführung zum Wigey; 1977–1979 Bau einer Hauptschule „Auf'm Ohl“ zwischen Altenhundem und Meggen; 1981–1984 Bau des Rathauses auf dem ehemaligen Gelände der Post, des Zollamtes und einer Baustoffhandlung; 1984–1986 Errichtung eines neuen Postgebäudes zwischen Hundemstraße und Schneidershof.

Auch außerhalb des Ortskerns gab es in Altenhundem in den letzten zwei Jahrzehnten eine rege Bautätigkeit. Zu den Schwerpunkten gehörten die Baugebiete „Am Birkey“, „An der Vogelwarte“, „Rübecke“ und das Gewerbegebiet „Wigey“.

Die Architektur des neuen Stadtzentrums wird von Einheimischen wie von Ortsfremden recht unterschiedlich beurteilt. Lange überwog eine entschiedene Ablehnung. Inzwischen hört man jedoch häufiger auch differenzierende Bewertungen und zustimmende Äußerungen. Dieser Meinungswandel hat ganz offenkundig seine Gründe. Es läßt sich nicht übersehen, daß Planer und Architekten aus den Fehlern der 60er Jahre, als ausdruckslose Betontechnik und Flachdächer Mode waren, gelernt haben. So hat sich in den letzten Jahren eine Bauweise durchgesetzt, die gefälligere Formelemente verwendet und von der Bevölkerung positiver beurteilt wird.

Unbestritten ist, daß Altenhundem dank seiner städtebaulichen Neuordnung und seinem Aufstieg zum Verwaltungssitz einer 27000 Einwohner zählenden Stadt an Bedeutung und Attraktivität für die Umlandbevölkerung erheblich gewonnen hat. Mit seinen vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten und seinem Angebot an privaten und öffentlichen Dienstleistungen erfüllt der Ort inzwischen die Aufgaben eines Mittelzentrums, wie es der Landesentwicklungsplan I/II des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht.

#### Literatur

**Becker, G.** (1974): Lennestadt. Zur Vergangenheit und Gegenwart einer jungen sauerländischen Stadtgemeinde. In: Sauerl. Gebirgsbote, 76. Jg., S. 25 – 30 u. 56 f.

**Becker, G.** (1984): Der lange Weg zum Lennestädter Rathaus. In: Der lange Weg zum Lennestädter Rathaus. Festschr. zur Einweihung des neuen Rathauses der Stadt

Lennestadt am 1. Juni 1984, S. 31-68. Hg.: Stadt Lennestadt

**Becker, G. u. G. Wünsche** (1985): Fotografisches und Kulinarisches aus Altenhundem. Hg.: Pfarrgemeinde St. Agatha Altenhundem, Lennestadt

**Becker, G.** (1989): Altenhundem und die Eisenbahn. Zur Geschichte eines Verkehrsknotenpunktes im Sauerland. In: Die Eisenbahn im Sauerland (Red. A. Bruns), S. 273-

297. Hg. v. Schieferbergbau- und Heimatmuseum Schmallenberg-Holthausen. Schmallenberg-Holthausen

**Danneberg, H.** (1983): Standort-, Markt- und Tragfähigkeitsuntersuchung der Stadt Lennestadt und ihres Raumes. Standortsituation und Perspektiven des Einzelhandels unter besonderer Berücksichtigung der geplanten Errichtung eines Warenhauses. Düsseldorf

**Krebber, H.** (1972): Lennestadt – Kommunales und wirtschaftliches Mittelzentrum im Lennetal. In: Sauerland, Zs. d. Sauerländer Heimatbundes, Nr. 2. S. 26-29

**Landesentwicklungsgesellschaft** Nordrhein-Westfalen für Städtebau, Wohnungswesen und Agrarordnung GmbH (1976): Ergebnisbericht über vorbereitende Untersuchungen gemäß § 4 StBauFG – Durchgeführt im Auftrage der Stadt Lennestadt im Ortsteil Altenhündem. Dortmund

**Stadt Lennestadt** (Hg.): Statistischer Bericht. (Erscheint jährlich, erstmals für 1977)

**Stadt Lennestadt** (Hg.) (1980): Verwaltungsbericht 1969-1979

**Stadt Lennestadt** (Hg.) (1989): 20 Jahre Stadtverwaltung Lennestadt – Leistungsbilanz und Ausblick

# Arnsberg: Die Reichweiten räumlicher Kenntnisse und Orientierungen in einer Großgemeinde

von Peter Weber, Münster

## 1. Einleitung

Im Rahmen der kommunalen Neugliederung sind durch Verwaltungsakte Gemeinden in räumlichen Dimensionen geschaffen worden, die in vielen Fällen die Möglichkeiten der unmittelbaren Ortsbezogenheit ihrer Bewohner überfordern. TREINEN verlangt schon 1965 in seiner Studie über die „symbolische Ortsbezogenheit“ einen „definierbaren Ort“ als Kategorie der unmittelbaren Raumbezogenheit bzw. des Heimatgefühls. Der „definierbare Ort“, an dem sich lokale Identität entwickelt, wird jedoch in der einschlägigen Literatur hinsichtlich seiner distanziellen und inhaltlichen Substanz unterschiedlich definiert (vgl. ROMEISS-STRACKE 1984, GREVERUS 1980, MEIER-DALLACH 1980, BARTELS 1981, 1984, BAUSINGER und KÖSTLIN 1980). Er wird sowohl mit eng begrenzten Wohnquartieren und Stadtteilen als auch mit modernen Groß-Gemeinden identifiziert. Die Schwierigkeit, die Reichweite lokaler Identität zu bestimmen, dürfte damit in Zusammenhang stehen, daß es verschiedene Ebenen der lokalen Identität gibt: neben den funktionalen Aktions- und Verflechtungsräumen der Bewohner stehen die „Sozial- und Kommunikationsbeziehungen“ und die „normativ-symbolische Ebene“ (vgl. ROMEISS-STRACKE 1984, S. 41). Aus diesen verschiedenen Ebenen leiten sich distanziell unterschiedlich weitreichende Wahrnehmungen, Kenntnisse, Aktivitäten und Beziehungen ab, die es sinnvoll erscheinen lassen, die räumlichen Dimensionen lokaler Identität als etwas sehr Subjektives und Individuelles zu begreifen.

Im folgenden soll am Beispiel der Stadt Arnsberg überprüft werden, in welchen

Raumdimensionen lokale Bindung erreicht wird und inwieweit die verschiedenen Ortsteile einer modernen Großgemeinde im Orientierungsspektrum der Bewohner präsent sind.

Die Untersuchung basiert auf Erhebungen, die im Rahmen einer repräsentativen 2-Prozent-Flächen-Stichprobe aller Haushalte (= 605 Befragungen) der Stadt Arnsberg 1986 durchgeführt wurden. Neben der Erfassung von Daten zur Wohnzufriedenheit und zum Wanderungsverhalten sollten Informationen ermittelt werden, die ersichtlich machen, welche Kenntnisse in den einzelnen Ortsteilen von den gesamtstädtischen Strukturen bestehen. Dies erfolgte zum einen durch einen standardisierten Fragebogen und zum anderen durch Bildserientests bzw. durch sog. „mental maps“. (Die heutige Stadt Arnsberg umfaßte 1986 ca. 78 000 Einwohner. Sie setzt sich seit der kommunalen Neugliederung 1975 aus sehr heterogenen Ortsteilen zusammen, wobei der Zusammenschluß der beiden Hauptzentren „Neheim“ und „[Alt-]Arnsberg“ bis heute eine deutliche Polarisierung hinterlassen hat. Zusammen mit den beiden Nebenzentren Hüsten und Oeventrop bilden diese vier Ortsteile die wichtigsten Siedlungsschwerpunkte Arnsbergs. Daneben treten 10 kleinere Ortsteile mit einer gewissen Grundversorgung sowie einige isolierte Wohnsiedlungsbereiche. Die Gemeindefläche umfaßt ca. 193 qkm).

## 2. Ortskenntnis als Grundlage der Ortsbezogenheit

Die Identifikation mit der räumlichen Umwelt wird wesentlich durch die Vertrautheit

mit ihr beeinflusst. Es stellt sich deshalb die Frage, inwieweit in einer Großgemeinde wie Arnberg, die als polyzentrisches Siedlungsgebilde mit einer nicht leicht überschaubaren Siedlungsstruktur gekennzeichnet werden kann, eine allgemeine Ortskenntnis gegeben ist.

Im Rahmen der Erhebungsaktion von 1986 wurde deshalb auch die Beurteilung der „Wohn- und Lebensverhältnisse“ in den verschiedenen Ortsteilen erfragt; die Befragten sollten also eine Bewertung des eigenen Ortsteils und der übrigen Ortsteile vornehmen.

Die Ergebnisse lassen eine erstaunlich schwache Kenntnis der fremden Ortsteile der eigenen Gemeinde erkennen. Etwa drei Viertel aller Befragten verfügen nicht über eine genauere Vorstellung von den Wohn- und Lebensverhältnissen in den fremden Ortsteilen. Es deutet sich eine einseitige Kenntnis *nur* der näheren räumlichen Umwelt bzw. des eigenen Ortsteils an. Auch von den vier Siedlungsschwerpunkten liegen entsprechend ihrer Zentralität sehr unterschiedliche Kenntnisgrade vor. In Tabelle 1 ist eine Aufgliederung der Befragten nach den westlichen und östlichen Wohnbereichen vorgenommen worden. Es zeigen sich bemerkenswerte Gegensätze, die auf enge Wahrnehmungsgrenzen hindeuten. Neheim weist zwar den höchsten Bekanntheitsgrad auf, dennoch erklärt fast ein Viertel der Befragten der östlichen Ortsteile, daß ihnen eine Beurteilung wegen mangelnder Kenntnis unmöglich ist. Für (Alt-)Arnberg ist umgekehrt in den westlichen Stadtteilen der Grad der Unkenntnis mit 34,4

Prozent sehr hoch. Am Beispiel des im östlichen Stadtgebiet gelegenen kleineren Siedlungsschwerpunktes Oeventrop wird deutlich, daß die Einwohner der peripheren Ortsteile über einen geringen Bekanntheitsgrad in der eigenen Gemeinde verfügen.

Hinsichtlich der Bewertung der Wohn- und Lebensqualität kann festgestellt werden, daß die Ortsteile des jeweiligen Nahraums besser beurteilt werden als die entfernteren Ortsteile. Dies gilt für sämtliche Ortsteile (auch die in der Tab. 1 nicht aufgeführten) mit der einzigen Ausnahme Hüsten, das überhaupt die schlechteste Bewertung erhält und aus dem umgebenden Nahbereich besonders schwach eingestuft wird.

Eine genauere Analyse der Kenntnis der eigenen Gemeinde auf der Basis von neun Ortsteilen (siehe Abb. 1) stützt die Vermutung, daß die Wahrnehmung der räumlichen Umwelt sehr enge distanzielle Grenzen hat: Jenseits des eigenen Ortsteils nimmt die Kenntnis der übrigen eigenen (politischen) Gemeinde ab, und zwar in einer signifikanten Abhängigkeit von der Distanz und/oder der Zugänglichkeit.

In Tabelle 2 ist die Kenntnis von neun Ortsteilen durch die Befragten von vier Ortsbereichen (Herdringen u. a., Neheim, [Alt-] Arnberg, Oeventrop) in einen Zusammenhang gebracht und durch (Rang-)Korrelationskoeffizienten charakterisiert.

Daraus läßt sich ableiten, daß bemerkenswerte Kenntniskontraste bei den vier untersuchten Ortsbereichen auftreten, die so ausgewählt wurden, daß auch periphere Ortsteillagen einbezogen sind. Die westlichen

**Tabelle 1**                      **Kenntnis und Bewertung der Wohn- und Lebensverhältnisse in vier Ortsteilen Arnbergs**

Siedlungsschwerpunkte	Westliche Ortsteile (n = 217)		Östliche Ortsteile (n = 267)	
	Kenntnis %	Note 1 – 6	Kenntnis %	Note 1 – 6
(Alt-)Arnberg	65,6	2,50	94,8	2,28
Neheim	98,1	2,80	77,1	3,39
Hüsten	85,4	4,31	70,8	4,00
Oeventrop	16,0	3,03	63,3	2,63

Quelle: Eigene Erhebungen 1986

Ortsteile (Herdringen u. a. und Neheim) verfügen über einen ähnlichen Kenntnisstand bezüglich der neun Arnberger Ortsteile (+ 0,54: allerdings ist dieser Koeffizient bei  $n = 9$  noch nicht auf dem 95%-Niveau gesichert). Sehr eindeutig ist die gleiche Kenntnisverteilung bei den östlichen Ortsteilbeispielen (Alt-)Arnsberg und Oeventrop (+ 0,85).

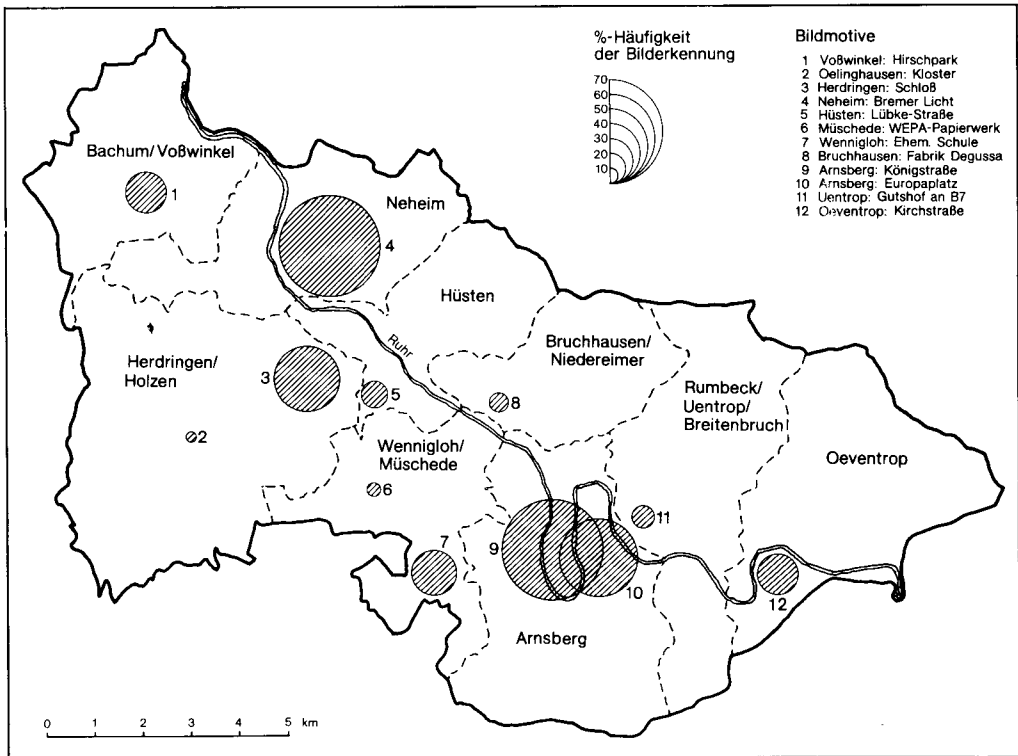
Beim Vergleich der westlichen mit den öst-

lichen Ortsteilbeispielen wird dagegen völlig gegensätzlicher Kenntnisstand offenkundig. Die Befragten von Neheim erreichen beispielsweise mit einem Rang-Korrelationswert von  $r = -0,95$  ein fast diametral kontrastiertes Kenntnisbild: Westliche Ortsteile kennen die östlichen nicht, östliche Ortsteile kennen die westlichen nicht, was nichts anderes heißt, als daß Ortsbezogenheit deutlich enger begrenzt ist als die Dimensionen moderner Großgemeinden.

**Tabelle 2 Korrelation der Kenntnis der neun Ortsteile Arnbergs durch die Befragten von vier Ortsbereichen**

	Herdringen (mit Holzen, Voßwinkel, Bachum)	Neheim	(Alt-)Arnsberg	Oeventrop
Herdringen u. a.	--	0,54	-0,58	-0,70
Neheim		--	-0,83	-0,95
(Alt-)Arnsberg			--	0,85
Oeventrop				--

Quelle: Eigene Erhebungen 1986



**Abb. 1: Arnberg: Grad der Erkennung der Bildmotive (605 Befragte)**

### 3. Bilderkennung und Ortsbezogenheit

Zu den Umweltelementen, die raumbezogene Identifikation ermöglichen, gehört das bauliche Umfeld. Dieses setzt sich aus sehr unterschiedlichen materiellen Artefakten zusammen, die von architektonischen Ensembles bis zu einzelnen Bildelementen reichen und in ihrer jeweiligen Gesamtheit die Einzigartigkeit und kulturelle Einmaligkeit eines Raumes ausmachen.

Zugleich kommt der Welt der Artefakte eine sozialisierende Bedeutung zu; sie „erhält eine wichtige Funktion in der Tradierung intersubjektiver Sinngehalte“ (WERLEN 1987, S. 217). Daraus wird gefolgert, daß die Kenntnis und Erkennungsfähigkeit von Artefakten als Alltagssymbole etwas aussagt über die Vertrautheit und Identifizierung mit der räumlichen Umwelt. Zur Messung der (bild-)symbolischen Identifikation mit dem territorialgebundenen Sozialsystem „Gemeinde“ (vgl. TREINEN 1965) wurden Bildmotive gesammelt, die 12 verschiedenartige, aber typische materielle Artefakte der Stadtgemeinde Arnsberg repräsentieren. Die in Bild 1 u. 2 dargestellten 12 Bildmotive sollten möglichst weit über das Gemeindegebiet gestreut sein, mußten aber auch die Bedingung einer „mittleren“ Bekanntheit erfüllen.

Diese Bildserie wurde zunächst den 605 Befragten vorgelegt mit der Bitte, die abgebildeten Bildelemente möglichst präzise zu bezeichnen. Knapp 40% der Bildmotive konnten benannt und richtig erkannt werden. Der Grad der Erkennung der Bildmotive ist in Abbildung 1 dargestellt. Die höchsten Erkennungswerte werden bei den Bildmotiven „Bremer Licht“ in Neheim (Nr. 10 = 67,9%) und in (Alt-)Arnsberg die „Königstraße“ (Nr. 1 = 66,8%) sowie das „Brückencenter“ (Nr. 12 = 52,3%) erreicht. Auch das Bildmotiv „Herdringen: Schloß“ wird überdurchschnittlich gut (43,7%) erkannt. Deutlich geringer ist der Bekanntheitsgrad der abgebildeten Artefakte aus Wennigloh („Ehem. Schule = 30,4%), Oeventrop („Kirchstraße = 27,1%) und Voßwinkel („Hirschpark“ = 27%). Die restlichen Bilder werden von weniger als einem Fünftel aller Befragten erkannt, wobei das „Papierwerk“ in Müschede (Nr. 9 = 9,2%) und das „Klo-

ster“ in Oelinghausen (Nr. 2 = 8,1%) die niedrigsten Werte der Bekanntheit aufweisen.

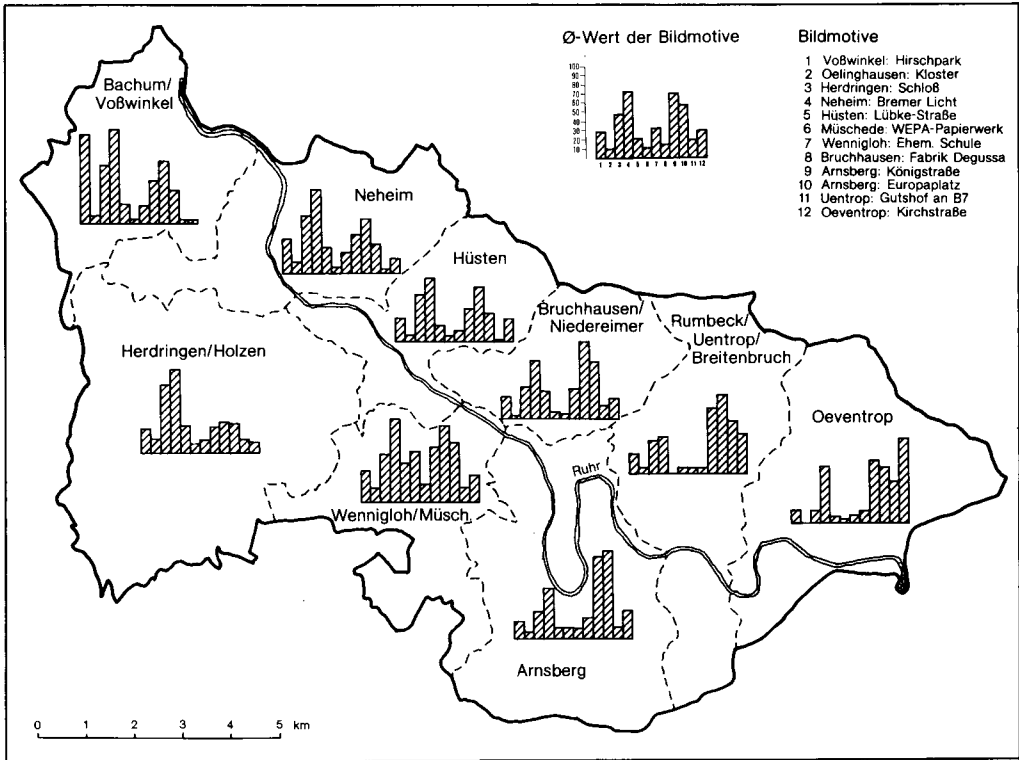
Man könnte vermuten, daß die Erkennung der Bilder entscheidend vom Bildgehalt und von der objektiven Bedeutung der abgebildeten Gegenstände abhängt. Das ist jedoch nicht oder nur teilweise der Fall. Vielmehr scheint die Bedeutung landschaftlicher und architektonischer Gegebenheiten in ihrer Symbolwertigkeit für nur einen eng begrenzten Nahraum zu liegen.

Dieser Erklärungsansatz wird zum einen durch die Aussagen der Abb. 2 bestätigt: Dort ist die Bilderkennung nach Ortsteilen dargestellt. Dabei sind für jeden Ortsteil die %-Anteile der Erkennung der Bilder berechnet. Es wird deutlich, daß die jeweils räumlich nächstgelegenen Bildmotive am besten erkannt werden. Um dies graphisch zu verdeutlichen, wurden die Säulendiagramme in Abbildung 2 so aufgebaut, daß die westlichen Standorte der Bildmotive nach links, die östlichen nach rechts und die zentralen mittig angeordnet sind.

Die mittlere Verteilung weist eine fast symmetrische zweigipfelige Struktur auf, wobei die Bildmotive der beiden Hauptsiedlungszentren (Alt-)Arnsberg und Neheim als wichtigste Merkzeichen hervortreten. Diese mittlere Verteilung entspricht der Bevölkerungsverteilung und entsprechend auch der gezogenen Flächen-Stichprobe.

Von besonderem Interesse sind jedoch die Erkennungswerte der verschiedenen Ortsteile. Es zeigen sich spezifische Abweichungen von der quasisymmetrischen Gesamtverteilung und dies insbesondere in den peripheren östlichen und westlichen Ortsteilen. Diese Besonderheit kommt in Abb. 2 darin zum Ausdruck, daß die Einwohner der westlichen Stadtteile die in der Nähe lokalisierten Artefakte am besten erkennen, während die Bewohner der östlichen Ortsteile Arnsbergs die im Osten aufgenommenen Bildmotive wiedererkennen. Die zentralen Ortsteile weisen konsequenterweise Muster auf, die dem Gesamtmittel entsprechen.

Zum anderen wurde im Rahmen der Befragung ermittelt, welche der vorgegebenen



**Abb. 2: Arnsberg: Bilderkennung nach Ortsteilen**

Bildmotive in besonderer Weise typisch für das Stadtbild von Arnsberg sind.

Wie aus Tabelle 3 ersehen werden kann, sind die stadtbildtypischen Bildelemente im wesentlichen identisch mit denjenigen Bildmotiven, die am besten erkannt werden (vgl. Abb. 1): die Königstraße in (Alt-)Arnsberg erreicht mehr als ein Viertel aller Nennungen und liegt deutlich vor dem „Bremer Licht“ in Neheim (18,2%), dem „Europaplatz“ in (Alt-)Arnsberg und dem „Schloß“ in Herdringen. Bei der Einzelanalyse der vier ausgewählten Ortsteile Neheim, (Alt-)Arnsberg, Herdringen (u. a.) und Oeventrop wird wiederum erkennbar, daß den nächstgelegenen Bildobjektiven die höchsten Typisierungswerte gegeben werden. Auch hier zeichnen sich die westlichen Ortsteile (Neheim und Herdringen) ebenso durch gleichartige Bewertungen ( $r = + 0,86$ ) aus wie die östlichen Ortsteile (Alt-)Arnsberg und

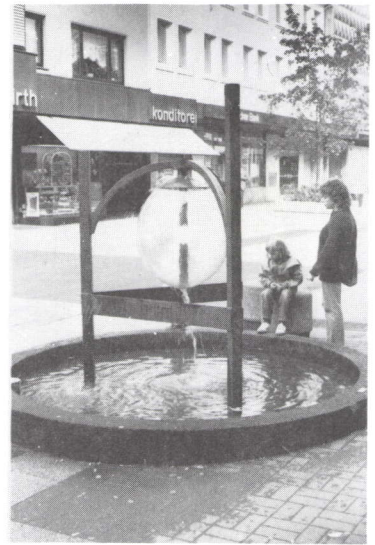
Oeventrop mit einer Korrelation von  $r = + 0,81$ .

#### **4. Bildlokalisierung: Die Grenzen der Orientierungsfähigkeit im Alltag**

Die Orientierung des Menschen in seiner räumlichen Umwelt ist gebunden an ein System von Merkzeichen. Die Vertrautheit mit solchen Merkzeichen kann nicht nur über ihre Wahrnehmung und ihre Bewertung gemessen werden, sondern auch über die Fähigkeit, sie in ihrer Verteilung im Raum, in ihren Distanzverhältnissen zu bestimmen. Es soll untersucht werden, ob eine größere Vertrautheit mit den Raumstrukturen im Aktivitätsbereich, ob eine traditionsbezogene Raumbindung und ob Alltagserfahrungen in der Lebensumwelt zur Fähigkeit führen, bekannte und auffallende materielle Artefakte genauer zu lokalisieren. In der vorliegenden Untersuchung sollten die Pro-



1. Voßwinkel: Hirschpark



4. Neheim: Bremer Licht



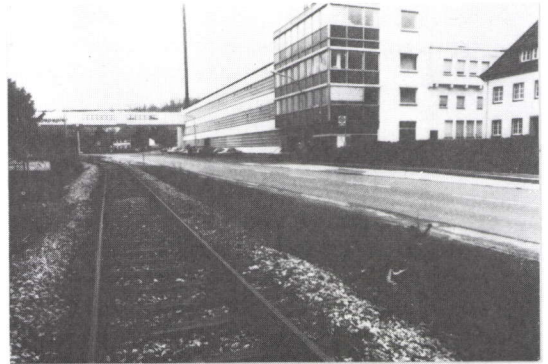
2. Oelinghausen: Kloster



5. Hüsten: Lübke-Straße



3. Herdringen: Schloß



6. Müschede: Papierwerk

**Bild 1: Motive aus Arnsberg**





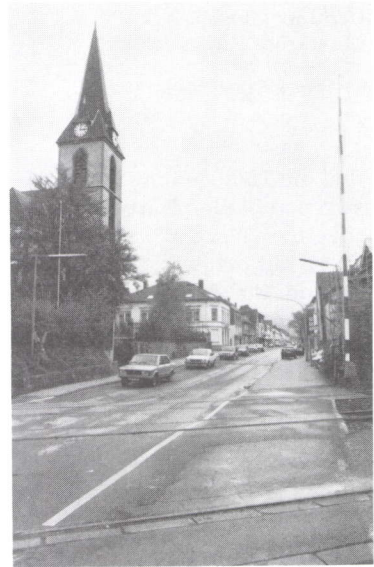
7. Wennigloh: Ehem. Schule



10. Arnsberg: Europaplatz



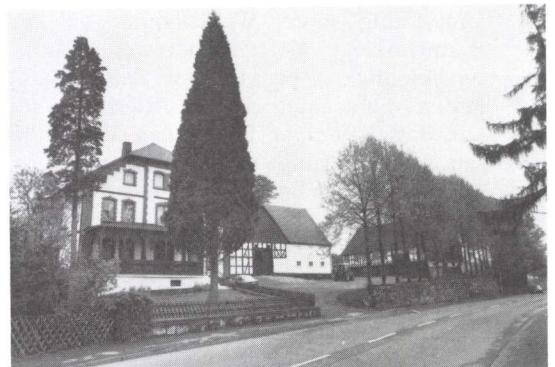
8. Bruchhausen: Fabrik Degussa



12. Oeventrop: Kirchstraße



9. Arnsberg: Königstraße



11. Uentrop: Gutshof an der B 7

**Bild 2: Motive aus Arnsberg**

**Tabelle 3 Arnsbergs typische Bildmotive – bewertet durch vier Ortsteile (Mehrfachnennungen)**

Bildmotive	alle Befragten (n = 605)	Neheim (n = 151)	(Alt-) Arnsberg (n = 165)	Herdringen u. a. (n = 61)	Oeventrop (n = 65)
1. Voßwinkel: Hirschpark	1,2	0,9	0,5	1,5	0
2. Oelinghausen: Kloster	1,8	0,9	1,6	5,8	0
3. Herdringen: Schloß	13,3	18,2	8,9	26,1	2,9
4. Neheim: Bremer Licht	18,2	31,8	8,8	24,6	5,8
5. Hüsten: Lübke-Straße	2,4	1,6	1,6	2,9	0
6. Müschede: Papierwerk	4,9	8,9	2,6	2,9	2,9
7. Wennigloh: Ehem. Schule	1,5	1,6	1,6	1,5	0
8. Bruchhausen: Fabr. Degussa	6,0	10,0	3,1	10,1	2,9
9. Arnsberg: Königstraße	27,6	20,0	34,6	20,3	26,4
10. Arnsberg: Europastraße	16,4	1,6	29,8	4,3	20,6
11. Uentrop: Gutshof B 7	3,4	0,9	4,2	0	5,8
12. Oeventrop: Kirchstraße	3,3	0,9	2,6	0	23,3

Quelle: Eigene Erhebungen 1986

banden die 12 abgebildeten Artefakte möglichst genau in eine Kartenskizze eintragen, welche die Umriss der Großgemeinde Arnsberg mit den wichtigsten Wasserläufen (Ruhr und Röhr) und mit der Trasse der Autobahn A 46 enthielt.

Von den 605 Befragten sah sich gut ein Drittel nicht imstande, eine Lokalisierung der Bildmotive vorzunehmen. Dabei ist bemerkenswert, daß von der Gruppe der männlichen Befragten nur jeder fünfte, von der etwa gleichgroßen weiblichen Befragtengruppe aber jede zweite die Bildlokalisierung verweigerte. Diese Ungleichheit scheint die Kritik zu bestätigen, die sich darauf richtet, daß dieses Instrument der Umsetzung von Wahrnehmungen und Kenntnissen in Karten schon wegen der unterschiedlichen praktischen Zeichenfähigkeiten nicht tauglich sei. Allerdings fällt auf, daß diejenigen Probanden, die an diesem Lokalisierungstest beteiligt waren (n = 380) sehr ähnliche Ergebnisse erzielten.<sup>1)</sup>

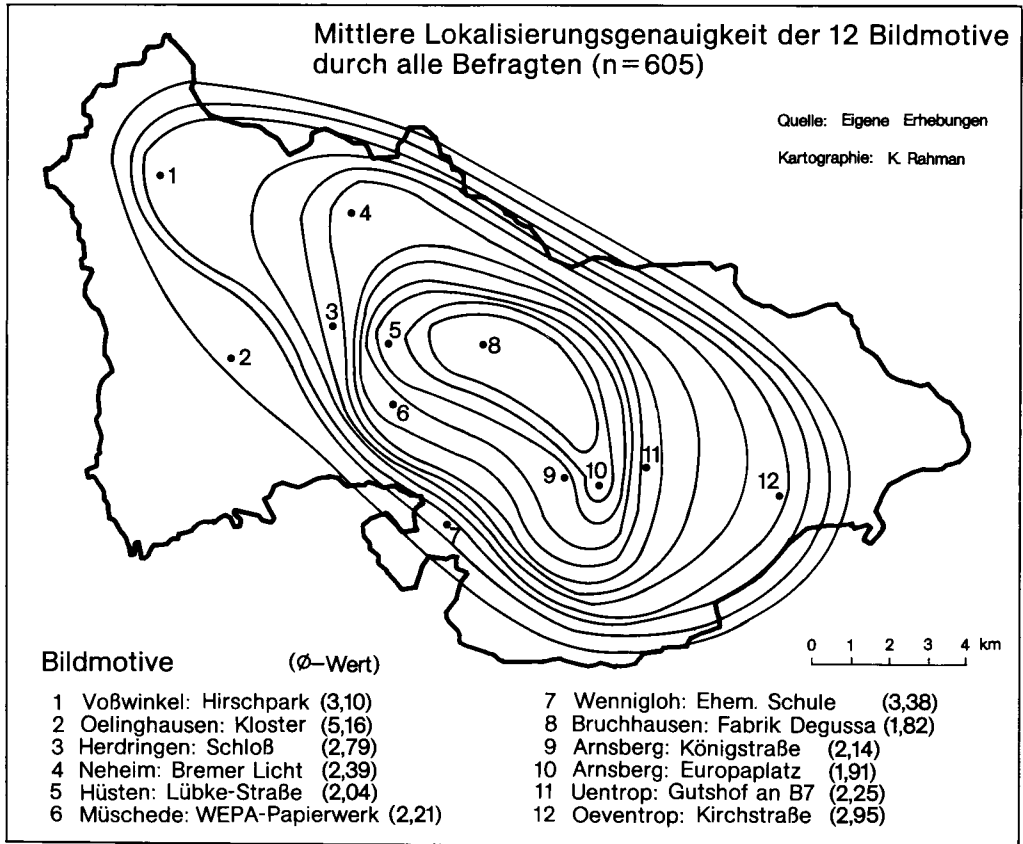
Die Lokalisierungsgenauigkeit, die im Mittel aller Bildmotive bei 2,5 km liegt, wurde für verschiedene Teilgruppierungen überprüft und ergab nur geringe Abweichungen vom Gesamtmittelwert: Frauen (n = 299) 2,63 km, Männer (n = 306) 2,39 km; über 40 Jahre (n = 390) 2,65 km, unter 40 Jahre (n = 215) 2,30 km; Wohndauer unter 10 Jahre

(n = 57) 2,61 km, Wohndauer über 10 Jahre (n = 543) 2,45 km.

Da auch die Streuungswerte im Durchschnitt für die einzelnen Gruppierungen sehr ähnlich sind, erscheinen die Analysen der Lokalisierungskarten sinnvoll und ihre Ergebnisse interpretierbar.

Die Lokalisierungsgenauigkeit der verschiedenen Bildmotive weist jedoch beträchtliche Unterschiede auf. In Tabelle 4 sind die entsprechenden Daten für die 12 Bildmotive zusammengestellt. Der mittlere Lokalisierungsfehler schwankt zwischen 1,82 km (Bild 8) und 5,12 km (Bild 2). Eine raumspezifische Betrachtung zeigt, daß die zentralgelegenen Untersuchungsobjekte die geringsten Abweichungen (von 1,82 – 2,25) und damit genauesten Lokalisierungen aufweisen, während die peripheren Standorte die ungenauesten Lageeintragungen auf sich vereinigen. Eine Skizzierung der Linien gleicher Lokalisationsgenauigkeit (vgl. Abb. 3) ergibt folgerichtig ein annähernd konzentrisches Muster, das die Umriss der Gemeindefläche in etwa nachzeichnet.

Es wäre nun denkbar, daß ein enger Zusammenhang besteht zwischen dem Erkennen der Bildmotive und der Fähigkeit, sie in der zweidimensionalen Abbildung zu lokalisieren. Tatsächlich besteht aber kein signifi-



**Abb. 3: Arnsberg: Bildlokalisierung**

**Tabelle 4 Lokalisationsgenauigkeit der Bildmotive (in km)**

Bildmotive	alle Befragten (n = 605)	Summe der 4 ausgewählten Ortsteile (n = 442)	Neheim (n = 151)	(Alt-) Arnsberg (n = 165)	Herdringen Voßwinkel Bachum (n = 61)	Oeventrop (n = 65)
1. Voßwinkel: Hirschpark	3,10	3,01	2,84	4,23	1,72	4,03
2. Oelinghausen: Kloster	5,12	5,80	4,54	6,79	3,24	(8,75)
3. Herdringen: Schloß	2,79	2,85	2,71	2,75	2,79	4,21
4. Neheim: Bremer Licht	2,39	2,41	1,78	2,77	1,33	4,32
5. Hüsten: Lübke-Straße	2,04	1,79	1,46	1,76	1,34	2,87
6. Müschede: Papierwerk	2,21	1,96	2,03	2,48	1,08	3,63
7. Wennigloh: Ehem. Schule	3,38	4,52	5,08	2,61	(5,11)	5,48
8. Bruchhausen: Fabr. Degussa	1,82	1,79	1,57	1,67	1,55	3,10
9. Arnsberg: Königstraße	2,14	2,03	2,03	1,88	1,74	2,35
10. Arnsberg: Europaplatz	1,91	1,81	1,59	1,60	1,62	2,71
11. Uentrop: Gutshof B 7	2,25	2,14	4,81	1,68	3,56	1,81
12. Oeventrop: Kirchstraße	1,94	2,88	3,85	2,62	(2,10)	2,45
Durchschnitt	2,51	2,58	2,86	2,73	2,41	3,82

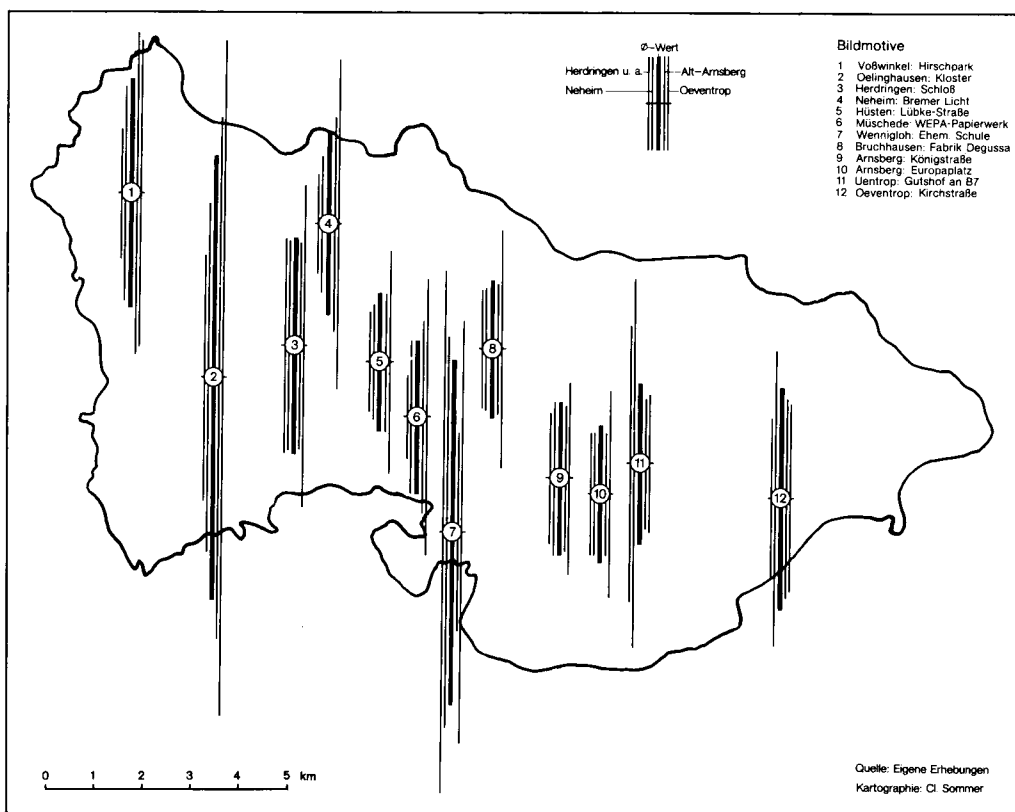
Quelle: Eigene Erhebungen 1986

kanter Zusammenhang zwischen diesen Beobachtungskategorien: Eine Überprüfung mit Hilfe der einfachen Rang-Korrelationsmethode (VON PEARSON und SPEARMAN) ergibt einen Wert von  $r = 0,084$  und zeigt damit keine lineare Beziehung zwischen beiden Datenreihen an. Es scheint sich vielmehr auch hier zu bestätigen, daß die räumliche Orientierungsfähigkeit eher durch die Phänomene der Distanz und der Zugänglichkeit bestimmt wird. Intensive Raumbezüge werden nicht gleichzeitig innerhalb einer Großgemeinde mit einer Flächengröße von etwa  $190 \text{ km}^2$  entwickelt, sondern beschränken und konzentrieren sich auf kleinere Raumeinheiten.

Diese distanzielle Dimension von Raumbezügen kann durch die Betrachtung einzelner Ortsteile genauer charakterisiert werden. Im folgenden werden deshalb wieder die vier Ortsbereiche Neheim, (Alt-)Arnsberg, Herdringen u. a. sowie Oeventrop näher analysiert.<sup>2)</sup>

Die Darstellung der Lokalisierungsfehler in Abb. 4 verdeutlicht, daß die Orientierungsfähigkeit mit wachsender Distanz abnimmt. Für jeden Standort der 12 abgebildeten Bildelemente sind die mittleren Abweichungen in senkrechten Stabdiagrammen aufgetragen, wobei um den graphisch herausgehobenen Mittelwert der untersuchten vier Ortsteile (mit 433 Befragungen) nach links die westlichen Ortsteile und nach rechts die östlichen Ortsteile aufgezeichnet sind.<sup>3)</sup>

Es zeigen sich wieder auffallende Regelmäßigkeiten, indem die westlich lokalisierten Bildgegenstände durch die westlich gelegenen Ortsteile richtiger räumlich zugeordnet werden (und somit die kleineren mittleren Abweichungsradien aufweisen) als die östlichen. Auf der anderen Seite sind im östlichen Stadtgebiet die Lokalisierungen der Abbildungen durch die dort wohnenden Befragten besser und mit geringeren mittleren Abweichungen durchgeführt worden.

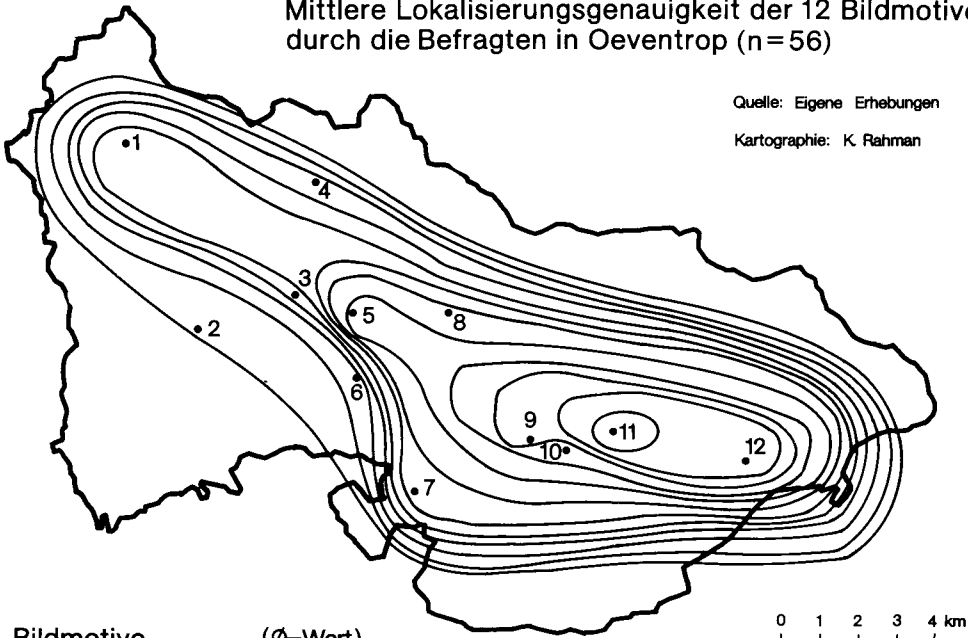


**Abb. 4: Arnsberg: Mittlere Lokalisierungsgenauigkeit der Bildmotive**

Mittlere Lokalisierungsgenauigkeit der 12 Bildmotive durch die Befragten in Oeventrop (n=56)

Quelle: Eigene Erhebungen

Kartographie: K. Rahman



Bildmotive (Ø-Wert)

- |                                    |                                      |
|------------------------------------|--------------------------------------|
| 1 Voßwinkel: Hirschpark (4,03)     | 7 Wennigloh: Ehem. Schule (3,63)     |
| 2 Oelinghausen: Kloster (8,75)     | 8 Bruchhausen: Fabrik Degussa (3,10) |
| 3 Herdringen: Schloß (4,81)        | 9 Arnsberg: Königstraße (2,53)       |
| 4 Neheim: Bremer Licht (4,32)      | 10 Arnsberg: Europaplatz (2,71)      |
| 5 Hüsten: Lübke-Straße (2,87)      | 11 Uentrop: Gutshof an B7 (1,81)     |
| 6 Müschede: WEPA-Papierwerk (5,48) | 12 Oeventrop: Kirchstraße (2,45)     |

Abb. 5: Arnsberg-Oeventrop: Bildlokalisierung

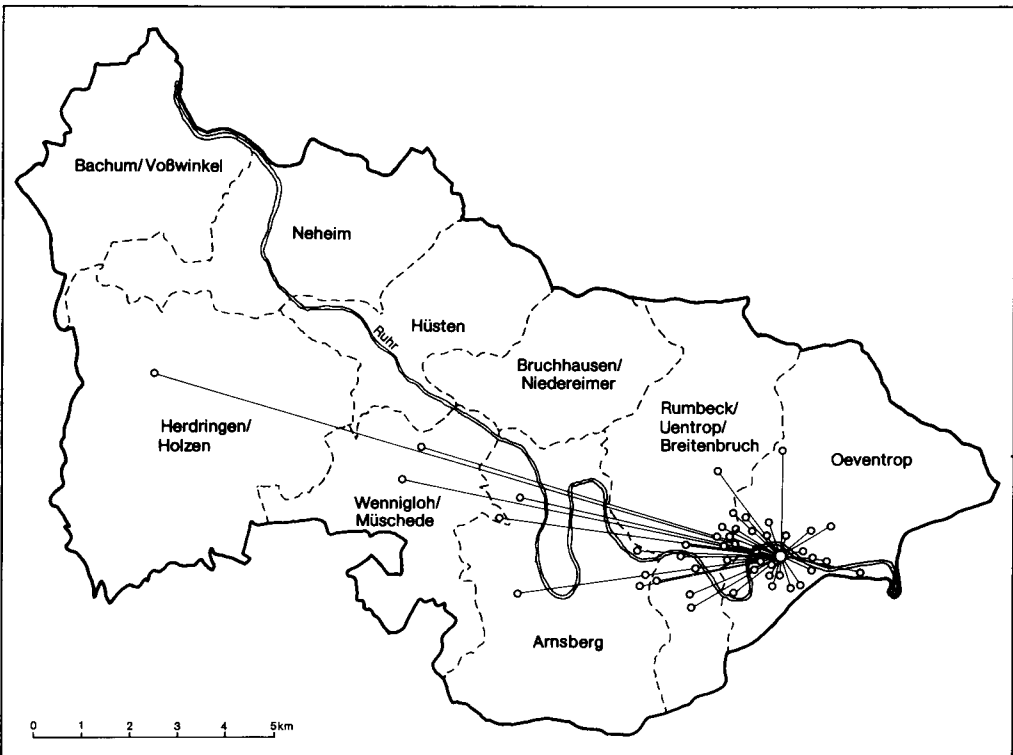


Abb. 6: Arnsberg-Oeventrop: Lokalisierung des Bildmotivs „Kirchstraße Oeventrop“

Analog zur Abbildung 3 ist in Abbildung 5 für den peripher gelegenen Ortsteil Oeventrop eine Eintragung der Linien gleicher Lokalisationsgenauigkeit vorgenommen worden. Als Ergebnis zeigt sich ein Bild, das die Asymmetrie der Lokalisierungsfehler sehr klar zum Ausdruck bringt. Die Befragten aus Oeventrop können die abgebildeten Gegenstände im Nahbereich mit einer relativ hohen Standorttreue lokalisieren, während die im westlichen Stadtgebiet befindlichen Objektstandorte mit wachsender Entfernung immer ungenauer plazierte werden. Auffallend ist dabei, daß das Bildobjekt aus dem eigenen Ortsteil (Nr. 12) nicht so gut verstandortet wird wie das Objekt Nr. 11 im benachbarten Ortsteil: Die Einzelanalyse der Lokalisationspunkte läßt erkennen (vgl. Abb. 6), daß die Befragten aus Oeventrop den eigenen Wohnstandort (Bild 5) von der östlichen Randlage wegnehmen, ihn damit stärker zentralisiert in der Stadtgemeindefläche einpassen und dadurch eine geringere Lokalisierungsgenauigkeit verursachen. Vier von fünf Befragten verschieben den eigenen Wohnplatz in Richtung Zentrum der Stadtgemeinde Arnberg.

## 5. Ergebnisse

Auf mehreren Betrachtungsebenen läßt sich am Beispiel der Stadt Arnberg nachweisen, daß für ihre Bewohner nicht die Großgemeinde als Ganzes Orientierungsmittelpunkt ist, sondern daß kleinere Raumeinheiten die intensivsten Raumbeziehungen erzeugen. Gemeinden, wie sie im Zuge der kommunalen Neugliederung mit riesigen Gemeindeflächen entstanden sind, überfordern die Identifikationsfähigkeit ihrer Bewohner. Im Fall Arnberg wird die Segmentierung noch durch die Polarisierung der beiden Hauptzentren Neheim und (Alt-) Arnberg verstärkt, die trotz aller kommunalpolitischen Verklammerungen fortbesteht. Auch die in Teilbereichen erkennbare funktionale Differenzierung der beiden Hauptzentren hat die gewachsenen Eigenständigkeits nicht aufheben können. Die Analyse des Kunden-Einzugsbereichs des Brückencenters in (Alt-) Arnberg zeigt beispielsweise sehr klar die Beschränkung des Kunden-Einzugsbereichs auf die östliche Hälfte des Gemeindegebiets (vgl. KERFS 1988).

Sowohl die Analyse der allgemeinen Kenntnis der verschiedenen Ortsteile sowie der Erkennung von ortsbezogenen Bildelementen als auch die Überprüfung der Fähigkeit, erkannte Bildelemente in einer Gemeinde-Umrißkarte zu lokalisieren, bestätigen eine ortsteilbezogene (und nicht eine gemeindebezogene) Raumorientierung. Daraus ist abzuleiten, daß eine lokale Bindung in Raumdimensionen im Maßstab von einem oder wenigen benachbarten Ortsteilen besteht.

Den Maßnahmen einer kommunalpolitischen „Gegensteuerung“ im Sinne einer Orientierung der Bewohner auf die Gesamtgemeinde mit dem Ziel einer Identifikation mit der Gesamtgemeinde dürften bei vergleichbaren siedlungsstrukturellen Gegebenheiten enge Grenzen gesetzt sein.

## Anmerkungen

<sup>1)</sup> Bei der Berechnung wurde so verfahren, daß die Lokalisierungen der Bildmotive in ihrer Distanz von der tatsächlichen Lage im Kartenbild ausgemessen und auf km-Beträge umgerechnet wurden.

<sup>2)</sup> Die in der Tab. 4 aufgeführten Werte der vier Ortsteile bezüglich der Lokalisierungsgenauigkeit weisen zum Teil bemerkenswerte Abweichungen von denjenigen Ergebnissen auf, die auf der Basis aller Probanden ermittelt wurden. Da in den kleineren peripheren Ortsteilen im Rahmen der 2%-Haushaltsbefragung nur relativ kleine Stichproben im Umfang von n=56 bzw. n=61 gezogen wurden, ergeben sich bei einzelnen Bildmotiven sehr kleine Datenmengen, deren Benutzung ein hohes Aussagerisiko zur Folge hat. Werte, die auf weniger als 5 Lokalisierungsmessungen beruhen, sind in Tab. 4 in Klammern gesetzt.

<sup>3)</sup> Die Stabdiagramme wurden im gleichen Maßstab dargestellt wie der Flächengrundriß der Stadtgemeinde Arnberg. Die mittlere Streuung der Lokalisierungen ist somit direkt in das Kartenbild zu übersetzen.

## Literatur

**Bartels, D.** (1981): Menschliche Territorialität und Aufgabe der Heimatkunde. In: **Riedel, W.** (Hg.): Heimatbewußtsein. Erfahrungen und Gedanken. Beiträge zur Theoriebildung, S. 7–13. Husum

**Bartels, D.** u. a. (Hg. 1984): Lebensraum Norddeutschland, Kiel (= Kieler Geographische Schriften, Bd. 61)

**Bausinger, H.** u. **K. Köstlin** (Hg. 1980): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur. Volkskunde-Kongreß in Kiel 1979. Neumünster

**Friedrich, K.** u. **H. Wartwig** (1984): Räumliche Identifikation – Paradigma eines regionsorientierten Raumordnungskonzeptes. In: **Friedrich, K.; H.-D. May** u. **H. Wartwig**: Beiträge zum Konzept einer regionalisierten Raumordnungspolitik, S. 73–142. Darmstadt (= Darmstädter Geographische Studien, H. 5)

**Greverus, I.-M.** (1980): Lokale Identität durch Dorferneuerung. In: **Bausinger, H.** u. **K. Köstlin** (Hg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, S. 157–166. Volkskunde-Kongreß in Kiel 1979. Neumünster

**Kerfs, G.** (1988): Der Hauptgeschäftsbereich in Alt-Arnsberg. Funktionale Ausstattung und Kundenverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Einkaufszentrums „Brückencenter“. Münster (SI-Hausarbeit im Fach Geographie)

**Meier-Dallach, H.-P.** (1980): Räumliche Identität – Regionalistische Bewegung und Politik. In: Informationen zur Raumentwicklung; hg. von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumplanung, H. 5, S. 301–313

**Niederer, A.** (1980): Bestimmungsgründe regionaler Identifikationsprozesse. Zur Problematik der Identität kleiner Gemeinden. In: **Bausinger, H.** u. **K. Köstlin** (Hg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, S. 147–153. Volkskunde-Kongreß in Kiel 1979. Neumünster

**Nokielski, H.** (1979): Räumliches Verhalten und Stadtteilidentität. In: **Rohe, K.** u. **H. Kuhr** (Hg.): Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet, S. 219–235. Königstein (= Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik, Bd. 16)

**Romeiss-Stracke, F.** (1984): Freizeitorientierte Wohnumfeldverbesserung und lokale Identität. In: Freizeit, hg. vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bd. 5.001, Handlungsfeld Freizeit. Ausschnitte aus der freizeitpolitischen Problemlandschaft, S. 31–62. Dortmund

**Romeiss-Stracke, F.** (1984): Heimat. Zur Renaissance eines Begriffes. Arbeitspapier für die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

**Schöller, P.** (Hg. 1984): Auswirkungen der kommunalen Neugliederung dargestellt an Beispielen aus Nordrhein-Westfalen. Bochum (= Materialien zur Raumordnung, Bd. 28)

**Treinen H.** (1965): Symbolische Ortsbezogenheit. Eine soziologische Untersuchung zum Heimatproblem, Köln und Opladen

**Weber, P.** u. **P. Schnell** (1988): Arnsberg. Wanderungsverhalten und Wohnzufriedenheit. Ergebnisse eines Untersuchungsprojektes von 1986/87. Münster (unveröff. Manuskript)

**Werlen, B.** (1987): Gesellschaft und Raum. Grundlagen handlungstheoretischer Sozialgeographie. Stuttgart (= Erdkundliches Wissen, 89)





# Jüngere Entwicklungstendenzen und Entwicklungsmaßnahmen in der Landwirtschaft des Kreises Olpe

Von **Berndt Högermeyer, Olpe**

In dem Bericht der Landesregierung zur Entwicklung ländlicher Regionen in Nordrhein-Westfalen vom August 1987 wird ausgeführt, daß die primäre Aufgabe einer zukunftsgerichteten Politik für den ländlichen Raum vor allem darin liegt, das vorhandene Naturpotential dieser Gebiete zu erhalten und zu pflegen und zugleich ihr ökonomisches Entwicklungspotential im Interesse der Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse auszuschöpfen und auszubauen. Wenn man bedenkt, daß 80 Prozent der Landesfläche land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, macht das die zentrale Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft für die Entwicklung des ländlichen Raumes deutlich. Und so wird denn auch als ein Ziel der Landespolitik für die ländliche Region „die Erhaltung möglichst vieler landwirtschaftlicher Betriebe unter besonderer Berücksichtigung ihrer ökologischen Aufgaben“ genannt.

Die Landwirtschaft befindet sich jedoch in einer schwierigen Situation. Die Zukunft vieler bäuerlicher Familienbetriebe scheint ungewiß. Die Überschüsse in der EG nehmen zu; die gegenwärtige Agrarpolitik ist kaum noch finanzierbar. Die Einkommen der Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland haben sich praktisch seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr verändert. Der Abstand zu vergleichbaren Gruppen außerhalb der Landwirtschaft ist auf über 40 Prozent im Durchschnitt angewachsen.

Aufgrund der klimatischen, topographischen, geologischen und strukturellen Voraussetzungen sind vor allem Mittelgebirgsregionen, wie Sauer- und Siegerland, von dieser Entwicklung besonders hart betrof-

fen. Durch die sich ständig verschlechternden agrarpolitischen Rahmenbedingungen wird es hier für die Landwirte immer schwerer, ein ausreichendes Einkommen aus der Landwirtschaft zu erzielen. Da auch der Arbeitsmarkt kaum andere Einkommensmöglichkeiten bietet, sind zahlreiche bäuerliche Existenzen gefährdet, Betriebsaufgaben und Abwanderungen können die Folge sein.

Die jüngeren Entwicklungstendenzen geben Auskunft darüber, mit welcher Geschwindigkeit der Strukturwandel in der Landwirtschaft fortschreitet. Die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe führt seit 1969 für den Landesteil Westfalen-Lippe die sozialökonomischen Betriebserhebungen durch, in denen in regelmäßigen Abständen in einer Fragebogenerhebung alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als fünf Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche erfaßt werden. Die Ergebnisse werden kreisweise zusammengestellt. Wegen der kommunalen Neuordnung und ihrer Auswirkungen auf die Kreisgrenzen sind jedoch nur die Ergebnisse der Erhebungen 1977, 1982 und 1988 unmittelbar miteinander vergleichbar. Am Beispiel des Kreises Olpe sollen diese jüngeren Entwicklungstendenzen dargestellt werden.

Wenn die Land- und Forstwirtschaft auch in Zukunft ihren geforderten Beitrag zur Erhaltung der Infrastruktur und der Sozialfunktionen Landschaft und Erholung erbringen sollen, werden spezielle Maßnahmen zur Sicherung der Existenz möglichst vieler bäuerlicher Familienbetriebe und zur Erhaltung der historisch gewachsenen bäuerlichen Kulturlandschaft erforderlich.

Über derzeitige Maßnahmen und darüber hinaus erforderliche soll im folgenden informiert werden (s. Abschnitt 4).

### 1. Natürliche Standortverhältnisse

Zum Verständnis einer Analyse von Entwicklungstendenzen in einem bestimmten Raum gehört auch ein Wissen um die natürlichen Standortverhältnisse. Diese sollen im folgenden kurz erläutert werden.

Die bergig hügelige Oberflächenstruktur des Kreises zählt geologisch zum Rechtsrheinischen Schiefergebirge. Der felsige Untergrund besteht aus sandig-tonigen, zum Teil auch kalkigen Meeressedimenten, die, durch gebirgsbildende Kräfte gehoben, gefaltet, geschiefert und teilweise gegeneinander versetzt, später aus dem Meer gehoben und zu Festland wurden. Anschließend kam es durch mehr oder weniger intensivere Abtragungen zur Ausbildung der heutigen reliefbetonten Landschaftsformen mit tiefgeschnittenen Kerbtälern. Die über dem Untergrundgestein lagernde Deckschicht besteht vorwiegend aus Hang- und Hochflächenlehmen, die auf Kuppen, schmalen Höhenrücken und an Steilhängen von geringer Mächtigkeit sind. In weniger ausgeprägten Mittelhanglagen und flach ausgemuldeten Tälern findet man vorwiegend tiefgründigere Lehme, vermengt mit Steinen und Grus.

Die einstmals im gesamten Kreisgebiet vorhandenen Lößaufwehungen wurden später durch Wind und Wasser wieder abgetragen. Reste der zu Lößlehm verwitterten Ablagerungen sind mit Hanglehm vermengt worden. Größere Vorkommen dieser Bodenart finden sich heute noch im Bereich Attendorn und Finnentrop. Durch die Lößlehmbeimengungen ist die natürliche Ertragsfähigkeit der Böden erheblich verbessert worden. In den Fluß- und Bachtälern bestehen die Ablagerungen aus Kies, Sand, Schluff und Steinen vermengt mit Hanglehm. Darüber lagern mehr oder weniger mächtige Schichten mit Auenlehmen.

Charakteristisch für die klimatischen Bedingungen des Kreises sind hohe Jahresniederschläge (1000–1200 mm), relativ niedrige Jahresmitteltemperaturen (6–8 Grad C) sowie in gefährdeten Lagen Nacht-

fröste bis in den Juni hinein. Dies beeinträchtigt sowohl die Landwirtschaft als auch die Forstwirtschaft. Der Getreidebau wird durch hohe Niederschläge und durch die kurzen Vegetationsperioden stark eingeschränkt. Gut wirtschaftlich nutzbar sind die landwirtschaftlichen Flächen vorwiegend für den Futterbau.

Wichtige Faktoren für den Wasserhaushalt sind neben dem Klima die Geländegestaltung, die Böden und ihre Nutzung, die Pflanzendecke sowie die Beschaffenheit der Untergrundgesteine mit Grundwasserleitern. Für die Grundwasserneubildung bestehen nur im Bereich der Massenkalkvorkommen (Attendorn-Helden-Dünschede-Grevenbrück-Fretter), in einigen kleineren Teilgebieten bei Drolshagen und Kirchhundem sowie in breiten Flußtälern mit Auenlehmböden günstige Verhältnisse. Gebiete ohne nennenswerte Grundwasservorkommen überwiegen. Sie sind maßgebend für die hohen Abflussmengen aus den Niederschlägen und dem daraus resultierenden dichten und verzweigten Gewässernetz. Aus den lockeren Gesteinen treten verbreitet Quellen zu Tage. Die Entwässerung fast des gesamten Kreisgebietes ist über Bäche und Hauptvorfluter zur Lenne hin ausgerichtet.

Zum Ausgleich der Wasserführung wurden im Zuge des Autobahnbaus einige kleine Hochwasserrückhaltebecken gebaut. Bigge- und Listertalsperre dienen in erster Linie der Sicherung der Wasserführung der Ruhr; die Listertalsperre ferner der Trink- und Brauchwasserversorgung. Im Gebietsentwicklungsplan Olpe von 1977 sind 105 Gewinnungsanlagen mit einer Schutzgebietsfläche von rund 10700 Hektar (gleich 15 Prozent der Kreisfläche) vorgesehen. Bislang wurden 14 Wasserschutzgebiete mit 2770 Hektar Schutzgebietsfläche (= vier Prozent der Kreisfläche) behördlich festgesetzt. Hauptbetroffene von der Schutzgebietsverordnung sind Land- und Forstwirte, deren Bodennutzung und Betriebsführung durch Nutzungsbeschränkung in vielen Fällen beeinträchtigt ist.

Der Boden entscheidet in Verbindung mit den jeweiligen klimatischen Verhältnissen über die land- und forstwirtschaftlichen

Nutzungsmöglichkeiten. In Hanglagen befinden sich Bodentypen wie Braunerde, Rendzina und Pseudogley, während in den Tälern verschiedene Variationen des Gleyes und brauner Auenböden verbreitet sind. Bodenartlich sind diese als steinige, grusige, schluffige oder sandige Lehm Böden einzuordnen. Im Bereich der Kalksteinverwitterung herrschen jedoch schwere (tonige) Lehme vor. Die leichteren Böden bestehen aus lehmigen oder stark lehmigen Sanden.

Die Hängigkeit der Flächen ist im hiesigen Mittelgebirgsraum ausschlaggebend für die Nutzungseignung. Oberflächengefälle, Gründigkeit und Bodenwasserhaushalt stehen dabei häufig in engem Zusammenhang. Mit zunehmender Hängigkeit wird die Bearbeitung der Flächen erheblich erschwert oder sogar ausgeschlossen.

Von der Gesamtfläche des Kreises werden 60 Prozent als Wald (Hochsauerlandkreis = 54 Prozent Wald) und nur 28 Prozent landwirtschaftlich genutzt (Hochsauerlandkreis = 36 Prozent LN). Das Acker-Grünlandverhältnis unterscheidet sich mit 20 zu 80 erheblich vom Landesdurchschnitt Nordrhein-Westfalen (66 zu 34). Dies entspricht einer Landwirtschaftsfläche von 19960 Hektar bei einer Waldfläche von 42500 Hektar. Weitere 8540 Hektar (= zwölf Prozent) sind Bebauung, Verkehrswege und Wasserfläche.

## **2. Entwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1977 – 1988**

Das Ausmaß des Strukturwandels in der Landwirtschaft läßt sich insbesondere an der Entwicklung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ablesen. Darüber hinaus gehen die Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur der Betriebe, der Betriebsgrößen und Wirtschaftsflächen, der Pachtverhältnisse, der Struktur der Viehhaltung sowie die Entwicklung der Ausbildung der Betriebsleiter und ihrer Nachfolger wichtige Aufschlüsse über die Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft eines bestimmten Raumes.

### **2.1 Sozialökonomische Struktur**

Die Entwicklung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Kreis Olpe und ih-

re sozialökonomische Struktur ist in Tabelle 1 wiedergegeben. Es werden die sozialökonomischen Betriebstypen Haupterwerbsbetrieb – dazu gehören Vollerwerbsbetriebe, Übergangsbetriebe und Zuerwerbsbetriebe – und Nebenerwerbsbetrieb unterschieden. Abgrenzungskriterien sind die außerlandwirtschaftliche Tätigkeit der Betriebsleiter und die Höhe des Betriebsinkommens. Ist ein Betriebsleiter mehr als 960 Stunden/Jahr außerlandwirtschaftlich erwerbstätig, spricht man unabhängig vom Einkommen von einem Nebenerwerbsbetrieb. Für die Unterscheidung in Vollerwerbsbetrieb und Übergangsbetrieb – beide werden hauptberuflich bewirtschaftet – ist die Höhe des Betriebseinkommens entscheidend. Während der Vollerwerbsbetrieb ein ausreichendes Betriebseinkommen erzielt und damit günstige Entwicklungsmöglichkeiten hat, besitzt der Übergangsbetrieb aufgrund schlechter Einkommensverhältnisse ungünstige Entwicklungsmöglichkeiten. Der Zuerwerbsbetrieb schließlich wird auch hauptberuflich bewirtschaftet; der Betriebsleiter ist jedoch weniger als 960 Stunden/Jahr außerlandwirtschaftlich erwerbstätig.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, sank im Erhebungszeitraum 1977 – 1988 die Zahl der Betriebe von 900 auf 739, d.h. ca. 18 Prozent oder gut 1,6 Prozent pro Jahr. Vergleicht man jedoch die beiden Zeiträume 1977 – 1982 und 1982 – 1988, so wird deutlich, daß sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft des Kreises erheblich beschleunigt hat. Betrug die Abnahme der Zahl der Betriebe im ersten Erhebungsabschnitt ca. 1,4 Prozent pro Jahr, so steigerte sie sich im zweiten Abschnitt auf fast zwei Prozent pro Jahr. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind die Übergangsbetriebe, die um insgesamt 38 Prozent abnahmen. Die Zahl der Vollerwerbsbetriebe sank zwar insgesamt um 13 Prozent, konnte sich jedoch im letzten Erhebungsabschnitt stabilisieren. Etwas ungewöhnlich verlief die Entwicklung bei den Nebenerwerbsbetrieben. Während im ersten Erhebungsabschnitt die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe zunahm, sank sie im zweiten Abschnitt wieder auf den alten Stand zurück. Insgesamt ist jedoch eine ständig steigende Tendenz bei

**Tabelle 1: Sozialökonomische Struktur der Betriebe 1977 – 1988**

Erhebungsjahr	Betriebe insgesamt			
	Anzahl	5 – 20 ha %	20 – 50 ha %	50 ha %
1977	900	67	31	2
1982	836	66	31	3
1988	739	62	33	5

Erhebungsjahr	Haupterwerbsbetriebe (HE)			Nebenerwerbsbetriebe	Verhältnis HE : NE %
	VE <sup>1</sup>	UE <sup>2</sup> insges.	HE		
1977	179	370	549	351	61 : 39
1982	159	295	454	382	54 : 46
1988	156	231	387	352	52 : 48

<sup>1</sup> VE = Vollerwerbsbetriebe<sup>2</sup> UE = Übergangsbetriebe, einschl. der nur in geringer Zahl vorhand. Zuerwerbsbetriebe (ZE)**Tabelle 2: Betriebsgrößen und Wirtschaftsflächen der Betriebe 1977 – 1988**

	Betriebe gesamt	Haupterwerbsbetriebe			Nebenerwerbsbetriebe (NE)	
		VE	UE	ZE		
ha Gesamtfläche/Betrieb	1977	34,6	66,9	33,1	30,7	19,5
	1982	35,3	67,6	38,0	33,7	20,0
	1988	38,6	75,3	38,9	37,6	22,0
ha LF/Betrieb	1977	17,7	31,6	17,3	16,1	11,1
	1982	18,3	32,4	21,1	16,3	11,0
	1988	20,4	40,3	20,3	19,0	11,8
ha FN/Betrieb	1977	16,9	35,3	15,8	14,6	8,4
	1982	17,0	35,2	16,9	17,4	9,0
	1988	18,2	35,0	18,6	18,6	10,2

dem Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an der Gesamtbetriebszahl zu erkennen.

Die hier dargestellte Entwicklung ist auf eine häufig zu beobachtende Handlungsweise in der Landwirtschaft zurückzuführen. Oft vollzieht sich nämlich die Betriebsaufgabe in der Praxis in zwei Schritten. Beim Erreichen des Rentenalters geht die bereits extensivierte Bewirtschaftung des Betriebes vom Vater auf den Sohn über. Der Sohn, der einen außerlandwirtschaftlichen Hauptberuf hat, führt den Betrieb als Nebenerwerb zunächst ohne größere Umstellung weiter, wobei die Arbeit nach wie vor überwiegend von der älteren Generation erledigt wird. Wenn die ältere Generation dazu nicht mehr in der Lage ist, wird der

Betrieb weiter umorganisiert (Abstockung von Fläche und Vieh, Aufgabe der Milchviehhaltung) oder ganz aufgegeben.

Diese schrittweise Betriebsaufgabe führt zu einer veränderten Betriebsgrößenstruktur. Seit 1977 verzeichneten die Betriebe mit einer Größe von 5 – 20 Hektar, die im Kreisgebiet Olpe mit ca. 65 Prozent den Schwerpunkt bilden, einen Rückgang von fünf Prozent; Betriebe mit 20 – 50 Hektar dagegen einen leichten Zuwachs von zwei Prozent und Betriebe mit mehr als 50 Hektar von drei Prozent. Es läßt sich somit deutlich eine Verschiebung zu Betrieben mit größeren Betriebsflächen erkennen. Die Gründe für diese Entwicklung (vgl. Tab. 1) liegen in der Einkommenssituation. Der anhaltende

Druck auf die Erzeugerpreise, höhere Kosten, Umweltschutzaufgaben und Produktionskontingentierungen haben zu deutlichen Einkommensverlusten in der Landwirtschaft geführt.

## 2.2 Betriebsgrößen und Wirtschaftsflächen

Die vorab dargestellte Entwicklung zu größeren Betriebseinheiten läßt sich auch aus Tabelle 2 ablesen. So stieg die durchschnittliche Betriebsgröße aller Betriebe über 5 Hektar von 1977 – 1988 um 4 Hektar, wobei der Anteil der bewirtschafteten Waldfläche für alle Betriebstypen mit 47 Prozent recht hoch ist. Das weist auf die große Bedeutung der Forstwirtschaft für die landwirtschaftlichen Betriebe des Kreises hin: 90 Prozent aller Betriebe bewirtschaften neben der landwirtschaftlichen Nutzfläche auch Wald. Die Entwicklung bei der bewirtschafteten Waldfläche in den verschiedenen Betriebstypen ist jedoch etwas unterschiedlich. Während die Waldfläche bei den Vollerwerbsbetrieben leicht abnahm, stieg sie bei allen anderen Betriebstypen an. Daraus ist ein Hang zur Aufforstung im Zuge der Extensivierung der Bewirtschaftung bzw. der Betriebsaufgabe abzuleiten.

Die Zunahme bei den landwirtschaftlichen Flächen pro Betrieb ist in erster Linie auf die Vollerwerbsbetriebe zurückzuführen. Diese haben Flächen von abstockenden oder aufgebenden Betrieben übernommen und so ihre Einkommenssituation gefestigt. Der Vergleich der Flächenausstattung der verschiedenen Betriebstypen stellt die Bedeutung der Betriebsgröße für die Einkommensgrundlage deutlich heraus.

## 2.3 Pachtverhältnisse

Die bisher geschilderte Entwicklung muß zwangsläufig zu einer Veränderung der Pachtverhältnisse führen. Aus Tabelle 3 läßt sich die Entwicklung des Pachtflächenanteils bei den landwirtschaftlichen Betrieben des Kreises ablesen. Er liegt hier ohnehin deutlich über dem westfälischen Durchschnitt und nahm seit 1982 noch einmal eine kräftige Aufwärtsentwicklung. Bemerkenswerterweise ist eine Zunahme des Pachtflächenanteils bei allen Betriebstypen zu beobachten, am stärksten jedoch bei den Vollerwerbsbetrieben. Das kann als deutlicher

Hinweis auf die Landauffangtätigkeit dieser Betriebe gewertet werden, von denen heute 89 Prozent mit durchschnittlich 19,6 Hektar Pachtfläche wirtschaften, was einem Pachtflächenanteil von 43 Prozent der Betriebsfläche entspricht.

## 2.4 Viehhaltung

Die Veränderung der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe hat auch eine Veränderung des Viehbesatzes zur Folge. In einem Kreis mit 80 Prozent Grünland muß der Hauptviehhaltungszweig zwangsläufig die Milchkuhhaltung sein, da über diesen Produktionszweig der höchste Einkommensbeitrag für den Betrieb zu erzielen ist. In 52 Prozent der Betriebe, also in jedem zweiten, werden daher Milchkühe gehalten. Jedoch ist auch hier die Entwicklung stark rückläufig, wie Tabelle 4 verdeutlicht. So hat sich die Zahl der Milchkuhhalter seit 1977 fast halbiert. Diese Entwicklung ist insbesondere auf das Verhalten der Übergangs- und Nebenerwerbsbetriebe zurückzuführen, was wiederum die These von der Betriebsaufgabe in zwei Schritten eindrucksvoll bestätigt. Am geringsten hat die Zahl der Milchviehhalter bei den Vollerwerbsbetrieben abgenommen. Gleichzeitig stieg jedoch hier die Zahl der Kühe pro Betrieb am stärksten. Diese steigende Intensität bestätigt den allgemeinen Trend in der Landwirtschaft zu höheren Produktionseinheiten.

Parallel zur Abnahme der Zahl der Milchviehhalter hat die Zahl der Mutterkuhhalter seit 1977 erheblich zugenommen (Tab. 5). Auch diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit der Betriebsaufgabe in zwei Schritten. Es sind überwiegend Übergangs- und Nebenerwerbsbetriebe, die sich zunehmend der Mutterkuhhaltung als extensiver Form der Grünlandnutzung widmen. Sie ist weniger arbeitsintensiv, aber auch weniger einkommensträchtig und dient in erster Linie der Nutzung des Grünlandes und somit der Offenhaltung der Landschaft.

Andere Viehhaltungszweige haben im Kreis wenig Bedeutung. Zwar halten rund 64 Prozent aller Betriebe auch Mastrinder, jedoch in sehr geringer Intensität. Die Zahl der Schweinehalter ging ständig zurück; hier

**Tabelle 3: Entwicklung des Pachtflächenanteils 1977 – 1988**

Erhebungsjahr	Betriebe insges.			Haupterwerbsbetriebe						Nebenerwerbsbetriebe		
	mit Pacht %	ha Pacht- fläche/ Betrieb	Pacht- flächen- anteil %	VE-Betriebe			UE- u. ZE-Betriebe			mit Pacht %	ha Pacht- fläche/ Betrieb	Pacht- flächen- anteil %
				mit Pacht %	ha Pacht- fläche/ Betrieb	Pacht- flächen- anteil %	mit Pacht %	ha Pacht- fläche/ Betrieb	Pacht- flächen- anteil %			
1977	75	8,0	33	86	14,0	37	80	7,0	31	66	5,0	29
1982	75	8,0	33	88	14,0	37	83	8,5	36	64	4,0	25
1988	79	9,6	37	89	19,6	43	86	8,5	36	69	4,9	29

**Tabelle 4: Milchkuhhaltung 1977 – 1988**

Erhebungsjahr	Betriebe insges.		Haupterwerbsbetriebe (HE)						Nebenerwerbsbetriebe	
	Halter	Stck./Halter	VE		UE		ZE		Halter	Stck./Halter
			Halter	Stck./Halter	Halter	Stck./Halter	Halter	Stck./Halter		
1977	739	10,9	152	20,6	287	10,6	34	9,4	266	5,9
1982	560	13,9	125	25,6	190	15,1	35	12,0	210	6,1
1988	391	18,9	126	32,7	132	15,9	16	19,2	117	7,5

**Tabelle 5: Entwicklung anderer Viehhaltungszweige 1977 – 1988**

Erhebungsjahr	Mutterkühe		Mastrinder Verkauf pro Jahr		Zuchtsauen		Mastschweine Verkauf pro Jahr	
	Halter	Stck./Halter	Halter	Stck./Halter	Halter	Stck./Halter	Halter	Stck./Halter
1977	109	5,0	774	7,2	76	9,6	245	56,8
1982	151	7,1	649	7,5	55	15,1	134	121,1
1988	267	9,0	471	8,2	44	23,0	89	211,8

ist jedoch auch der Trend zu größeren Produktionseinheiten zu erkennen.

## 2.5 Ausbildung der Betriebsleiter und Nachfolger

Die Ausbildung von Betriebsleitern und Nachfolgern (Tab. 6) zeigt deutliche Unterschiede. Diese werden bereits bei Vergleich der Schulbildung sichtbar. Von den Nachfolgern verfügen doppelt so viel über die Fachhochschulreife bzw. Hochschulreife wie die Betriebsleiter; ein deutlicher Hinweis auf die Tendenz zu höherer Schulbildung in der Landwirtschaft.

Analysiert man die landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Ausbildung von Betriebsleitern und Nachfolgern untereinander, so erkennt man, daß 60 Prozent (440) der Betriebsleiter und nur 30 Prozent (81) der Nachfolger eine landwirtschaftliche Berufsausbildung erlangten. Anders zeigt sich das Bild bei einer qualifizierten außerlandwirtschaftlichen Ausbildung: Diese erlangten bzw. streben nur 31 Prozent (231) der Betriebsleiter, aber 69 Prozent (203) der Nachfolger an. Schlüsselt man die Ausbildung für die einzelnen Betriebstypen auf, so hat sowohl bei Betriebsleitern als auch bei den Nachfolgern von VE-Betrieben die landwirtschaftliche Ausbildung einen hohen Stellenwert. Sie soll schließlich zu einer erfolgreichen Betriebsführung beitragen. Daraus läßt sich die Absicht erkennen, die UE-Betriebe auch in Zukunft weiter im Haupterwerb zu bewirtschaften. Bei den UE- und NE-Betrieben zeigen sich dagegen drastische Abweichungen. In den UE-Betrieben sind 45 Prozent der Nachfolger nicht mehr an einer landwirtschaftlichen Ausbildung interessiert, und von den Nachfolgern der NE-Betriebe streben nur noch zwei Prozent eine landwirtschaftliche Ausbildung an.

Die außerlandwirtschaftliche Ausbildung wird von den Nachfolgern der VE-Betriebe zu 60 Prozent und bei denen der UE-Betriebe zu fast 90 Prozent in Anspruch genommen. Möglicherweise wird sich ein Teil der UE-Betriebe in den nächsten Jahren zum Nebenerwerbsbetrieb entwickeln oder einige NE-Betriebe werden ganz aus der Landwirtschaft ausscheiden. Von den Betriebsleitern wie auch den Nachfolgern sind über

**Tabelle 6: Ausbildung der Betriebsleiter und Nachfolger 1988**

FHSR <sup>1</sup> HSR <sup>2</sup>		landw. Ausbildung				außerlandw. Ausbildung				außerlandw. Erwerbstätigkeit	
Zahl insgesamt	ges.	ges.	VE	UE	NE	ges.	VE	UE	NE		
familieneigene Betriebs- leiter	738	64	440	87	77	35	231	11	10	55	362
Nachfolger (ab 16. Lj.)	299	132	81	81	32	2	203	19	60	94	164

<sup>1</sup> FHSR = Fachhochschulreife<sup>2</sup> HSR = Hochschulreife**Tabelle 7: Ausbildung der Nachfolger 1977 – 1988**

Erhebungs- jahr	FHSR HSR Betr.	landw. Ausbildung			außerlandw. Ausbildung		
		Betr.	VE	UE	Betr.	VE	UE
1977	24	37	84	46	54	20	46
1982	29	31	68	51	63	22	44
1988	44	27	81	32	68	19	60

die Hälfte außerlandwirtschaftlich tätig. Je ungünstiger die Entwicklung eines landwirtschaftlichen Betriebes beurteilt wird, desto eher bemühen sich Betriebsleiter und Nachfolger um einen Beruf außerhalb der Landwirtschaft.

Die der Tabelle 7 zu entnehmende Entwicklung der Ausbildung der Nachfolger unterstreicht noch einmal die vorab aufgezeigten Tendenzen (vgl. Tab. 6). In den vergangenen sechs Jahren stieg der Wert der Schulbildung um 15 Prozent, d. h. fast jeder fünfte Nachfolger hat oder möchte die Fachhochschulreife bzw. die Hochschulreife erlangen. Beim Vergleich der landwirtschaftlichen mit der außerlandwirtschaftlichen Ausbildung hat letztere bei den Nachfolgern an Attraktivität zugenommen. In den VE-Betrieben verfügen 14 Prozent mehr Nachfolger über eine landwirtschaftliche Fachausbildung, wohingegen bei den UE-Betrieben die außerlandwirtschaftliche Ausbildung um 16 Prozent zugenommen hat.

### 3. Voraussichtliche Entwicklung

Für die Beurteilung der zukünftigen Ent-

wicklung der landwirtschaftlichen Betriebe im Kreis Olpe können Art und Umfang des bisherigen Strukturwandels wichtige Erkenntnisse liefern. Die Einschätzung des zukünftigen Strukturwandels kann sich allerdings nicht allein auf die in der Vergangenheit festgestellte Entwicklung stützen. Von großer Wichtigkeit sind hier die Veränderungen der für die Landwirtschaft geltenden Rahmenbedingungen:

1. Auf allen wichtigen landwirtschaftlichen Märkten gibt es erhebliche Überschüsse. Da der Verbrauch stagniert bzw. zurückgeht (Rückgang und Änderung der Altersstruktur der Bevölkerung) und die Erzeugung weiter steigt, ist auf absehbare Zeit eine Umkehrung dieser Situation nicht in Sicht.

2. Aufgrund der Haushaltslage in der EG und in der Bundesrepublik ist in Zukunft mit einer Einschränkung der bisher auf wichtigen Märkten geltenden Preis- und Absatzgarantien zu rechnen. Reale Einkommensverbesserungen durch höhere Preise sind in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß die landwirtschaftlichen Einkommen real sinken, weil die Betriebskosten weiter steigen



(Ausgaben für Dünger, Maschinen, Reparaturen, Gebäude, Löhne etc.).

3. Der außerlandwirtschaftliche Arbeitsmarkt wird bis Anfang der 90er Jahre von einem Überangebot an Arbeitskräften bestimmt sein.

Die beiden zuerst genannten Rahmenbedingungen üben Druck auf die Einkommen der landwirtschaftlichen Erzeuger aus. Insbesondere Hofnachfolger müssen sich bei der Berufswahl fragen, ob es unter Umständen sinnvoll ist, den Beruf des Landwirtes anzustreben. Dabei spielen sicherlich auch Entwicklungen im kommenden 5-Jahres-Zeitraum eine Rolle. Hinsichtlich des Milchmarktes ist von Bedeutung, ob es zu einem funktionierenden und flexiblen Quotensystem mit dynamischer Preispolitik kommt. Auch die Entwicklung bei den Waldschäden und, damit zusammenhängend, auf dem Holzmarkt wird die Überlegung mit beeinflussen. Ausschlaggebend könnte auch die Entwicklung der Pachtpreise für LF sein, vor allem Baumschulbetriebe treten durch ständige Ausweitung ihrer Anbauflächen insbesondere auf ackerfähigen Standorten in Konkurrenz zu rein landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben und tragen somit erheblich zu einer Pachtpreissteigerung bei. Schließlich wird auch eine eventuelle weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit im außerlandwirtschaftlichen Bereich (35-Stunden-Woche), die eine Landbewirtschaftung im Nebenberuf erleichtern würde, in den Entscheidungsprozeß in den Höfen mit einfließen (Tab. 8).

Unter Berücksichtigung aller Umstände ist damit zu rechnen, daß sich der Strukturwandel im Kreis Olpe in den nächsten fünf Jahren fortsetzen wird. Die Einkommenslage wie auch die arbeitswirtschaftliche Situation der Familie ist in vielen UE- und NE-Betrieben so ungünstig, daß die Hofnachfolger nicht bereit sein werden, den

ererbten Betrieb wie bisher weiterzubewirtschaften. Sie werden daher trotz der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt einen außerlandwirtschaftlichen Beruf erlernen und in aller Regel auch ausüben, da sie bei entsprechender Tüchtigkeit auf dem Arbeitsmarkt eine gute Chance haben. Es ist dann eine Frage der Betriebsgröße und Organisation, der familiären Verhältnisse sowie der zur Verfügung stehenden Freizeit, ob die Betriebe aufgegeben oder im Nebenberuf weiterbewirtschaftet werden.

Insgesamt sagt die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe bis zur nächsten Sozialökonomischen Betriebserhebung im Jahre 1993 eine Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe über 5 Hektar im Kreis Olpe um 11,1 Prozent voraus. Das würde einer jährlichen Abnahmerate von 2,2 Prozent entsprechen und somit einen weiterhin verstärkten Strukturwandel für die Landwirtschaft des Kreises bedeuten. Die Frage ist sicherlich gerechtfertigt, ob unter diesen Bedingungen die Landwirtschaft des hiesigen Raumes den eingangs erwähnten Anforderungen gerecht werden kann.

#### 4. Maßnahmen für die Landwirtschaft

Es ist zu befürchten, daß bei der dargestellten Entwicklung ein Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche bevorsteht. Da die Erhaltung und Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft jedoch von einem flächendeckenden Netz existenzfähiger Nebenerwerbs- und Haupterwerbsbetriebe abhängt, sind zu ihrer Sicherung und Entwicklung besondere Maßnahmen und Hilfen durch EG, Bund, Land, Kreis und Gemeinden erforderlich.

##### 4.1 Derzeitige Maßnahmen

Auf der Grundlage entsprechender Richtlinien der EG, des Bundes und des Landes

**Tabelle 8: Voraussichtliche Entwicklung der Betriebe bis 1993**

Betriebe insges. 1988	Prognose für 1993									
	Betriebe insges. N	VE-Betriebe		UE-Betriebe		NE-Betriebe		Auslauf od. Aufgabe		
		N	%	N	%	N	%	N	%	
739	657	152	23	131	20	374	57	82	11,1	

NRW über die Landwirtschaft in Berggebieten und in bestimmten benachteiligten Gebieten sollen mit einer verstärkten Investitionsförderung, vor allem aber mit der Ausgleichszulage die Einkommensverhältnisse produktionschwacher Betriebe verbessert werden. Die Höhe der Ausgleichszulage ist unterschiedlich und richtet sich nach dem Grad der Benachteiligung in der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen durch Pferde-, Rindvieh-, Schaf- und Damtierhaltung. Neben der Ausgleichszulage können Landwirten in benachteiligten Gebieten unter bestimmten Voraussetzungen auch erhöhte Zuschüsse und erhöhte zinsgünstige Darlehen nach dem „Einzelbetrieblichen Förderungsprogramm“ (EFP) oder nach dem „Agrarkreditprogramm“ (AKP) gewährt werden.

#### 4.2 Zusätzlich erforderliche Maßnahmen

Es ist erkennbar, daß die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, den Strukturwandel in vernünftigen Grenzen zu halten. Zusätzliche Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft im Mittelgebirgsraum könnten wie folgt aussehen:

Hauptberufliche Landwirte sind in Höhengebieten in Ermangelung einkommenswirksamer Alternativen auf Grünlandnutzung mit Milchproduktion angewiesen. Daraus ergibt sich die Forderung nach Bereitstellung zusätzlicher Milchkontingente für entwicklungsfähige Haupteinwerbsbetriebe. Freiwerdende Milchkontingente aus dem Mittelgebirge sollten in der Mittelgebirgsregion verbleiben.

Der organisierte überbetriebliche Maschineneinsatz ist im Sauer- und Siegerland nur wenig entwickelt. Die Landwirte kaufen teure Maschinen, die oft nur im eigenen Betrieb auf kleinen Flächen oder im Rahmen nachbarschaftlicher Maschinengemeinschaften eingesetzt werden. Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ist daher die Arbeit der Maschinenringe zu intensivieren. Neben der Förderung des Maschineneinkaufs sollten die Kosten des Geschäftsführers aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Den Landwirten sollte des weiteren die Möglichkeit gegeben werden, freie Maschi-

nen und Arbeitskapazitäten besser auszulasten und kostengünstig einzusetzen. Sie könnten Arbeiten im kommunalen Bereich übernehmen, z. B. Straßen- und Wegeränder mähen, Winterdienste durchführen, Gräben und Kanäle reinigen etc. Da hier Probleme in versicherungs- und steuerrechtlicher Hinsicht bestehen, sollten diese aufgeführten Arbeiten landwirtschaftlichen Tätigkeiten gleichgesetzt und zugerechnet werden.

Die flächendeckenden, bestandskräftigen bzw. in Aufstellung befindlichen Landschaftspläne weisen nach Lage, Umfang und Art Flächen aus, die offengehalten werden sollen. Geeignete Landwirte könnten im Rahmen dieser Festlegungen Arbeiten übernehmen, z.B. Grünlandpflege durch extensive Viehhaltung oder Mahd, Gehölzpflege und Gewässerunterhaltung. Es handelt sich in allen Fällen um Dienstleistungen gegen entsprechende Bezahlung. Die extensive Viehhaltung wäre durch Ausgleichszahlungen zu honorieren. Darüber hinaus könnte ein wirkungsvoller Beitrag zur Erhaltung des Landschaftsbildes, zum Schutz des Bodens und der Natur die Gewährung von Prämien für eine extensive Bewirtschaftung offenzuhaltender Flächen sein. Zusammen mit anderen Einkommenskombinationen und der Ausgleichszulage würde so ein Gesamteinkommen erreicht, das einer großen Zahl von Voll-, Zu- oder Nebenerwerbsbetrieben ihre Existenz sichert und sie damit in die Lage versetzt, ihre Funktionen im Bereich Umwelt- und Naturschutz erfüllen zu können.

#### 5. Zusammenfassung

Der Land- und Forstwirtschaft kommt insbesondere in der Mittelgebirgsregion für die Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft eine zentrale Bedeutung zu. Ziel der Landesregierung ist es daher, möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten. Die jüngeren Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft des Kreises Olpe zeigen jedoch, daß dieses Ziel schwer zu realisieren ist. Der Strukturwandel hat sich verstärkt. Jährlich geben im Kreis Olpe z.Z. ca. 2 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über 5 Hektar auf. Die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe nimmt prozentual zu. Der

Trend bei der bewirtschafteten Fläche und bei der Viehhaltung geht zu immer größeren Produktionseinheiten. Mehr und mehr Betriebsnachfolger auf den Höfen durchlaufen eine außerlandwirtschaftliche Berufsausbildung.

Um den beschleunigten Strukturwandel aufzufangen, reichen die derzeitigen Maß-

nahmen für die Landwirtschaft nicht aus. Zusätzliche Maßnahmen, die kostensenkend und einkommenswirksam sind, müssen zur Durchführung gelangen, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe auch in Zukunft ihren wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Gestaltung des ländlichen Raumes leisten sollen.

#### **LITERATUR**

Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Land und Forstwirtschaft im Kreis Olpe – Strukturgutachten 1985

Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Westfalens Landwirtschaft im Wandel 1973 – 1977; Beiträge zur Sache 13/78

Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Westfalens Landwirtschaft im Wandel 1977 – 1982; Beiträge zur Sache 22/83

Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Westfalens Landwirtschaft im Wandel 1982 – 1988; Beiträge zur Sache 33/89



# Einflüsse von Wirtschaft, Politik und Jagd auf Westfalens Wälder – insbesondere auf die Wälder des Süderberglandes – in den letzten Jahrhunderten\*)

von Hans-Jürgen Wegener, Münster

## 1. Eigentumsformen des Waldes

Rund ein Viertel der westfälisch-lippischen Landesfläche ist mit Wald bedeckt. 71 % gehören Privaten, 17 % Körperschaften, 10 % dem Land und 2 % dem Bund. Nur beispielhaft sei anhand des Staats- und Gemeinewaldes dargestellt, wie sehr sich die Politik auf die Eigentumsformen ausgewirkt hat.

Die meisten Gemeinewälder bestanden im 18. Jh. schon als Gemeindeeigentum. Die Stadtwälder von Beverungen, Blomberg, Dortmund, wahrscheinlich auch Hallenberg, sicher Hirschberg, Lemgo, Neheim, Salzuflen, Warstein und Winterberg sind Lehen, später Erblehen, oft Schenkungen, mit denen der Landesherr häufig den Zweck verband, das belehnte oder beschenkte Gemeinwesen lebensfähig zu halten, damit es zum Schutz des landesherrlichen Territoriums beitragen konnte (HESMER 1958).

Daß diese zusammenfassende Feststellung nicht im entferntesten die verschlungenen Pfade andeutet, die vom Lehen zum städtischen Waldbesitz heutiger Prägung geführt haben, beweist die Stadt Winterberg, die um ihren Besitz noch lange kämpfen mußte. Erst 1832 wurde ihr der Wald, den sie schon Jahrhunderte bewirtschaftete, durch einen Prozeß endgültig zugesprochen.

Im Mittelalter kamen zahlreiche Waldbesitzungen städtischer Siedlungen dadurch zustande, daß infolge der allgemeinen Unsicherheit verstreut liegende Höfe und Hofverbände aufgegeben wurden und die Städ-

te schließlich – nach Generationen – z. B. durch Kauf oder Schenkung der Erbanteile der Nachfahren eingegliedert Bürger in den Besitz der untergegangenen Siedlungen kamen. Dies war um so leichter, je mehr für die umwohnenden Lehnsherren die Besitzungen durch das Abwandern ihrer Dienstpflichtigen an Wert verloren. In Brakel, Höxter, Brilon, Kallenhardt, Lemgo, Menden, Niedermarsberg, Rüthen und Steinheim kann man die Entstehung des städtischen Waldbesitzes auf solche Entwicklungen zurückführen.

Des weiteren ließen sich die Städte von den mit ihnen verbundenen Märkern städtischen Schutz und prozessuale Hilfe bezahlen; sei es durch die Übertragung von Eigentumsrechten, sei es durch Einflußnahme in die Verwaltung der Marken. Brilon mag als Beispiel gelten. Manche Stadt ist allerdings auch schon bei ihrer Gründung Besitzerin der Waldmark mit Holz-, Hude- und Mastnutzung geworden. Arnsberg, gegründet 1238, ist ein Beispiel dafür. Die Waldmark wurde hier – nach altem Markenrecht – vom Rat der Stadt geleitet. Bei der fast allenthalben vorhandenen Verzahnung gemeindlichen Waldbesitzes und markengenossenschaftlichen Eigentums wird verständlich, wie schwer es ist, die Entstehung vieler Waldbesitze zu datieren. Meist sind es Generationen währende Prozesse der Eigentumsumschichtung, die schließlich zu dem heutigen Zustand geführt haben.

Zeitlich klarer einzuordnen ist der Eigentumserwerb von Kommunen, die ihren Wald durch die Ablösung von Berechtigungen bekamen, wie z. B. Erkeln, Lügde und Otbergen, vielleicht auch Bad Driburg, oder ihn aus säkularisiertem Kirchenvermögen

\*) Öffentlicher Vortrag vor dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster, am 8. 11. 1988

vom Staat gekauft haben, wie z. B. Bredenborn und Wiedenbrück, oder schließlich solchen, deren Wald aus der Separation stammt, wie das u. a. bei Medebach der Fall ist. In Westfalen-Lippe gibt es heute rund 75.000 Hektar Kommunalwald.

Die 54.000 Hektar Staatswald (11 % der Waldfläche) sind aus säkularisiertem Besitz, Markenteilungen und Ankäufen vornehmlich im 19. Jh. hervorgegangen. Der Staatswald verdankt seine Entstehung mehr jüngerem politischem Geschehen als jahrhundertalter Tradition. Hätte es keinen Frieden von Lunéville, keine Reichsdeputation und keine Säkularisation gegeben, wären die Staatsforsten bestenfalls bestaunte Kuriositäten unserer Besitzstruktur.

Staatswald ist auch das Sondervermögen des Landes. Hinter dieser so nüchtern klingenden Bezeichnung verbirgt sich die Aufhebung des Jesuitenordens 1773. Die Stiftsforsten Büren, der Münstersche Studienfonds, der Beckum-Ahlensche Klosterfonds und der Stiftswald Keppel gehören zum Sondervermögen des Landes Nordrhein-Westfalen, die dem Kultusminister unterstehen und von der Landesforstverwaltung betreut werden.

Das Durchschnittsalter unserer Wälder mag bei 60 Jahren liegen – niemand hat es errechnet. Zu den Senioren zählen alte Eichenwälder, die vor 180 Jahren gepflanzt wurden, Buchenwälder aus der Zeit der 1848er Revolution, 120jährige Kiefern- und nur etwas jüngere Fichtenbestände. Flächendeckend sind die Altbestände rar geworden. Als Einzelbäume begegnen sie uns öfter, im Wald, in Parks, an den Höfen, als Solitäre in Weiden, an Hecken und auf Dorfplätzen. Um die 1000jährige Eiche ranken sich Sagen und Erzählungen, um den entfernter liegenden alten Wald kaum. Um dessen Geschichte – um Forstgeschichte – soll es in diesem Beitrag gehen. Man kann auch beim alten Wald aus der ehemals gepflanzten Baumart, derem Wuchsverhalten, aus dem Bodenzustand, aus Gräben, Wällen und Wald-Feld-Grenzen Geschichte ablesen und weiß aus Aufschrieben, Wirtschaftskarten, Inventuren, aus Gerichtsurteilen über Waldfrevler und aus alten Ge-

setzen und Verordnungen viel über forstgeschichtliche Vorgänge.

## 2. Wirtschaftswald und Urwald

Der von den Menschen seit Jahrhunderten bewirtschaftete Wald stellt einen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Ausschnitt aus dem möglichen Leben des Waldes dar. Einen Ausschnitt, in dem die Menschen in Geschichte und Gegenwart immer wieder einmal örtlich und zeitlich die Grenzen dessen überschritten haben oder überschreiten, was der Natur noch zumutbar ist.

Ohne menschlichen Eingriff wüchse bei uns Urwald. Aus den Ergebnissen moderner Urwaldforschung in vielen Teilen der Welt – in Nordamerika z. B. wurden große Waldgebiete zu Nationalparks erklärt, bevor sie forst- und holzwirtschaftlich genutzt werden konnten – und aus jahrzehntelanger Beobachtung von Urwaldrelikten, z. B. im Osten und Südosten Europas – als markantes Beispiel sei der von der russisch-polnischen Grenze durchzogene Urwald von Bialowieza genannt –, ist hinlänglich bekannt, daß von Menschenhand weitgehend unberührte Waldökosysteme etwas vom Hauch der Ewigkeit haben. In feinkörniger Abwechslung besteht der Urwald aus Verjüngungs-, Optimal-, Alterungs- und Zerfallsphasen, die, bezogen auf einen Baum oder eine Baumgruppe, vom ersten Samenkorn bis zum Zerfall 500 Jahre betragen können. Alle Phasen sind kleinflächig-mosaikartig in allen nur denkbaren Stadien im Urwald vorhanden – der Urwald gleicht einem „perpetuum mobile“.

Solche Wälder behutsam mit dem Wissen unserer Zeit zu beobachten, ist wichtig und eröffnet uns notwendige Perspektiven zum verantwortungsvollen Umgang mit den uns anvertrauten Gütern, d. h. den Wirtschaftswäldern unserer Zeit, die oft zu bedarfsbezogen und leistungsgetrimmt erscheinen und sich damit Wertvorstellungen unserer Konsumgesellschaft anpassen.

Diese Feststellung ist natürlich keine Absage an unseren Wirtschaftswald. Wer einmal versucht hat, in den wenig berührten Wäldern Skandinaviens oder Kanadas eine Wanderung zu machen, erinnert sich, daß

gute Kondition und ausgeprägter Orientierungssinn gefragt sind. Nur selten finden sich begehbare Wege; die Wälder sind menschenabweisend, oft ist es schwer in sie einzudringen.

Was sind wir in Mitteleuropa dagegen verwöhnt! Vom jagdlichen Pirschpfad über den Hohlweg, der dem Schleppen des geernteten Holzes dient(e), bis hin zum Wanderweg und der lastwagenfähigen Holzabfuhrstraße sind alle Übergänge vorhanden. Unsere Wälder sind einladend weil der Mensch jahrhundertlang in ihnen gewirtschaftet und aus dem Wald Nutzen gezogen hat.

Höhen und Tiefen menschlichen Wirkens zeichnen sich in unseren Wirtschaftswäldern ab. Nicht alles gefällt oder ist waldbaulich und ökologisch vertretbar, was geschehen ist. Um das Ergebnis menschlichen Handelns zu verstehen, muß man in längeren Zeiträumen – bis zu zwei Jahrhunderten –, in den Gewohnheiten unserer Urgroßväter, in den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten der damaligen Zeit denken. Erst dann kann man sachgerecht urteilen und beurteilen.

### **3. Wald: nicht „nur“ Ökosystem und Wirtschaftsobjekt**

Wirtschaft, Politik und Jagd haben den Wäldern stets ihren sichtbaren Stempel aufgedrückt, wovon noch zu berichten sein wird. Unsichtbar am Objekt selbst bleibt die gefühlsbetonte Einstellung zum Wald, die aber stets mitschwingt.

In Mythen, Sagen und Märchen ist der Wald oft düster, tief, gefährlich, aber zugleich auch bergend, wohltuend und heilend, gut und böse. In der Barockmalerei entstehen heroische Landschaften, Bäume werden zu wichtigen Ausdrucksmitteln. Im Rokoko werden die Bäume feingliedriger; Hirten Szenen, Darstellungen von Spielen im Park entstehen. Zum zentralen Bildthema wird der Wald in der Romantik. Märchen- und Sagenstoffe zeigen Beschaulichkeit, Stille, Geheimnis und Einsamkeit des Waldes. Parkartige Wälder mit Burgen gehören zum Ideal der Zeit. Der Impressionismus wendet sich von dieser Sicht des Baumes und des Waldes mehr ab. Die Momentaufnahme der Natur unter bestimmten Lichtverhältnissen

erlangt Bedeutung. Mit dem Jugendstil kommt ein neues Lebensgefühl auf. Der Idealismus der Jugend wirkt sich auf das allgemeine Leben stärker aus. In der Kunst sind schöne Formen, ornamentale Muster mit Natur- und Pflanzenmotiven, schlanker Baumwuchs mit stilisierter verzweigter Krone bestimmend (KILIAN 1986).

An diese Gefühlwelt, diesen Hang zum Natürlichen, knüpfte die Reformpädagogik an, die ihre Anfänge am Ende des 19. Jh.s hatte. Hermann LIETZ eröffnete sein erstes Landschulheim 1889 in Ilsenburg am Harz: „Die Natur ist hier herrlich: Vor uns die Berge, an unserem Wohnhaus die Ilse mit Wasserfall, die Ufer bewaldet ....“.

Die gleichen Wurzeln hatte die Wandervogelbewegung, die 1895 vom Gymnasiallehrer Hermann HOFFMANN in Berlin-Steglitz gegründet wurde. Wandern drückte eine geistige Haltung aus. Der Auszug aus den Städten in die Wälder war Protest und Suche nach einem neuen Menschen in der Naturerfahrung (GRAF 1987). Was sich aus diesen Jugendbewegungen im Laufe der Jahrzehnte gut und mißbräuchlich entwickelte, gehört zu unserer jüngeren Geschichte. Die „Deutsche Waldjugend“ ist natürlich kein direktes Kind – vielleicht ein Enkel –, aber sie drückt doch einiges davon aus, was schon in der Wandervogelbewegung eine Rolle spielte. Es ist interessant, die Broschüren der „Deutschen Waldjugend“ daraufhin einmal zu lesen.

Auch dies gehört hierher: 1904 entstand in Berlin-Grunewald die erste Waldschule; 1930 gab es deren 70. Die Gedanken, die diese Gründungen belebten, drehten sich um die Gesundheit der Schüler, die durch Bewegung, Sport, frische Luft, angemessene Ernährung und das Leben außerhalb der Stadt, im Walde, gekräftigt werden sollten (GRAF 1987). Unsere Jugendwaldheime sind mit diesen Waldschulen vergleichbar; aber auch sie bilden wiederum ein eigenes, modernes Glied in einer langen Entwicklungskette.

Die vorgenannten Aspekte zeigen auf ihre Art, daß sich Wald in unseren Breiten nicht losgelöst vom Denken und Fühlen der Menschen, von Zivilisation, Industrie und Wirt-

schaft, Politik und Machtansprüchen, fürstlichem und bürgerlichem Vergnügen entwickeln kann und konnte. Hauptgegenstand der Betrachtung sollen im folgenden jedoch die Einflüsse von Wirtschaft, Politik und Jagd sein.

#### **4. Siegerländer Niederwaldwirtschaft und Holzkohleverbrauch**

Die Siegerländer Niederwaldwirtschaft ist ein interessantes Beispiel, an dem man diese Einflüsse auf eine ganze Landschaft, speziell natürlich auf deren Wald, darstellen kann. Niederwald besteht aus Stockausschlag, indem die Stubben geernteter Bäume wieder kräftig austreiben; Hochwald dagegen entwickelt sich aus Samen (Eicheln, Bucheckern usw.)

Die Siegerländer Niederwaldwirtschaft war auf eine schnelle Holzerzeugung für die Eisen- und Erzverhüttung ausgerichtet. Ihre Anfänge liegen in vorchristlicher Zeit. Niederwaldwirtschaft war schon bei den griechisch-römischen Schriftstellern bekannt und soll den waldwirtschaftlichen Nutzbetrieb der Römer dargestellt haben (TRIER 1952). Siegerländer Holzkohle-Funde aus der La-Tène-Zeit untermauern den Zusammenhang zwischen Eisenindustrie und Niederwaldwirtschaft (LORSBACH 1955), die wohl wegen der Völkerwanderung bald nach Christi Geburt zum Erliegen gekommen ist. Erst im Hochmittelalter entdeckte man die Vorräte neu. Waldschmieden wurden in den Quellmulden der Berge angelegt; das Eisen wurde in Rennfeuern und kleinen Gebläseöfen gewonnen. Energiequelle war das Holz.

Im 14. Jh. begann man die Wasserkraft für das Antreiben der Blasebälge zu nutzen, erreichte höhere Temperaturen, konnte das Erz besser ausnutzen und brauchte natürlich als Energiequelle noch mehr Holz und Holzkohle. Im 15. Jh. war der Holzbedarf schon so groß, daß er im Siegerland und den unmittelbar benachbarten Gebieten nicht mehr gedeckt werden konnte. Die Auswirkungen auf den Wald kann man sich vorstellen!

Aber nicht nur der Holzbedarf stieg, auch die Bevölkerung und ihre Bedürfnisse

wuchsen. Äcker und Weiden standen in dem dichtbewaldeten Land mit seinen engen und nassen Tälern nicht ausreichend zur Verfügung. Da entwickelte sich eine geniale Mehrfachnutzung, eine Waldfeldwirtschaft, die „Haubergsnutzung“, auf den Höhen und an den Hängen inmitten der Niederwälder, die eine solche Kombination erlaubten.

Der Niederwald wurde alle 16-25 Jahre genutzt. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Holz die richtige Stärke zur Verkohlung und die Wurzelstöcke schlugen am besten wieder aus. Darüber hinaus konnte ein zweites Produkt gewonnen werden, die Lohrinde der Eiche. Das führte zu einer lebhaften Entwicklung des einschlägigen Handwerks, hatte doch die Siegerner Zunft der „Löher“ und Schuhmacher bereits 1487 47 Mitglieder, wie HESMER (1958) in seiner Monographie über die nordrhein-westfälische Forstwirtschaft nachweist.

Nach der Nutzung des Waldes wurde zwischen den Baumstubben Getreide gesät, das mit der Sichel geerntet werden mußte, um den inzwischen wieder sprießenden jungen Holzwuchs aus den Wurzelstöcken nicht zu gefährden. Wenn dieser dem Maul des Viehs entwachsen und der Schatten für das Getreide zu groß war, das Gras aber noch gut wuchs, dienten die Flächen für einige Jahre der Viehweide, um dann wieder zu Wald und nach 16-25 Jahren wiederum im Kahlschlag genutzt zu werden. Die Mehrfachnutzung begann von neuem.

Dieses System war empfindlich und durch übermäßiges Gewinnstreben Einzelner leicht zu stören. Man regelte es daher in allen Einzelheiten und mit genauer Darstellung der Rechte und Pflichten aller Beteiligten in einer Waldordnung, die SCHENK in seiner „Juristisch-ökonomischen Abhandlung von den Haubergen des Fürstentums Nassau-Siegen“ 1774 beschreibt. Man wollte die natürlich nachwachsenden Quellen keinesfalls versiegen lassen. Dazu gehörte die kluge Bestimmung, daß wegen des zunehmenden Holz mangels keine neuen Eisen- und Erz hütten mehr angelegt werden durften, wie HÖMBERG (1938) in seiner „Siedlungsgeschichte des oberen Sauerlandes“ mitteilt.



Der Bedarf und damit der wirtschaftliche Wert von Holz- und Holzkohle stiegen. Im Siegerland wurden nach HESMER zwischen 1790 und 1840 jährlich etwa 12.000 Wagen Holzkohle verbraucht. Ein unerhörter Boom. Nach Eröffnung der Ruhr-Sieg-Bahnstrecke 1861, mit der die Steinkohle kam, gab es schlagartig eine Wende. Der ökonomische Wert der Buche fiel; die Steinkohle trat an ihre Stelle. Sie war seit Jahrhunderten bekannt, wurde aber erst in entfernteren Gebieten stärker verwendet, als die systematische bergmännische Gewinnung und ihr Transport zum Verbrauchsort – beides erforderte erhebliche Investitionen – Fortschritte gemacht hatten.

Die wirtschaftliche Entwicklung hatte Holz und Holzkohle binnen kurzem von der ihnen zugewachsenen Schlüsselposition verdrängt. Haupteinnahmequelle der Waldbesitzer war fortan neben dem Brennholz hauptsächlich die Eichenlohrinde, die sich zu einem ganz wichtigen Geschäftszweig entwickelte, bis durch Fortschritte in der Chemie am Ende des 19. Jhs auch der Lohrindenverbrauch stark zurückging und die Rentabilität der Wälder weiter sank. Nun begann eine Umwandlung größeren Umfangs zugunsten rentabler Fichten. Als dann in der Mitte unseres Jahrhunderts auch noch der Brennholzabsatz stagnierte, nahm die Umwandlung von Laubniederwäldern in Nadelhochwälder an Intensität zu. Inzwischen ruht die Umwandlung von Laubniederwäldern in Fichtenhochwälder fast ganz, weil wieder Brennholz gebraucht und die teure Laubholzaufforstung vom Land Nordrhein-Westfalen gut gefördert wird.

Örtliche und überregionale Wirtschaftsvorgänge, Wirtschafts-, Verkehrs- und staatliche Investitionspolitik verursachten die tiefgreifenden Veränderungen der Wälder – man kann schon sagen der Landschaft dieser Region –, nimmt doch hier der Wald ca. 60 % der Fläche ein.

In einem nochmaligen Rückblick auf die Zeit des großen Verbrauchs an Holzkohle durch den wachsenden Bedarf an Eisen ist anzumerken, daß schließlich überall im Lande Holzkohle gewonnen wurde. Zunächst packte man in die Kohlenmeiler nur abständiges Holz. Später wurde man groß-

zügiger und verkohlte verbotenerweise auch wertvolle Stämme, was zu einer Qualitätsverminderung der Waldbestände führte.

Der Umgang mit der landesherrlichen Waldfläche vor Ort oblag damals den Ämtern. In weiten Teilen des Landes galt seit dem 13./14. Jh. die Amtsverfassung; Drost und Amtmänner standen den Ämtern vor. Die zur Verwaltung gehörenden Rentmeister befaßten sich vornehmlich mit der landesherrlichen Vermögensverwaltung. So bunt und vielfältig die Verwaltung war, so unterschiedlich war auch ihre Sorge für den Wald. Die zuständigen Amtdrosten kümmerten sich wenig – auch wenn sie bei ihrem Dienstantritt ausdrücklich die treue Fürsorge für die landesherrlichen Forsten versprechen mußten –, die Rentmeister mehr, aber anderenorts auch Dorfrichter, Verwaltungs- und Gerichtsbeamte, Vögte und Holzknechte mit unterschiedlichem Ergebnis um den landesherrlichen Vermögensteil Wald.

Amtmänner und ihre Helfer wiesen die Bäume für den Kohlholzeinschlag an und kassierten je Festmeter ein Anweisgeld. Je länger, dicker und größer der Baum, desto größer war auch der persönliche Nutzen, wie AMEDICK (1909) in seiner „Beschreibung des Forst- und Jagdwesens im Hochstift Paderborn im 17. und 18. Jahrhundert“ berichtet. Kein Wunder, daß die fürstbischöflichen Hofkammern mit zunehmender Rohstoffverknappung und fortschreitender Waldverwüstung neue Wege anstrebten.

Der Paderborner Bischof nahm 1705 zunächst einmal den „Ortsbeamten“ das Recht, allein und nach eigenem Ermessen in fürstlichen Wäldern Holz anzuweisen. Ein Oberförster im neugeschaffenen Oberförsteramt bei der Hofkammer in Neuhaus hatte fortan, mit bischöflicher Plackaxt ausgerüstet, Fachbeistand zu leisten. Man versprach sich von ihm darüber hinaus rentmeisterunabhängige Informationen über die forstlichen Verhältnisse im Hochstift und die bessere Durchsetzung der bischöflichen Anordnungen. Eine schwierige Aufgabe, denn Amtdrosten und Rentmeister waren mit der forstlichen Kontrolle nicht einverstanden und die bischöfliche Regierung selbst ließ es an Unterstützung

fehlen. Dazu kam, daß Glas- und Eisenindustrie, Landwirtschaft und Berechtigungswesen – alles potente Holz- und Waldverbraucher – ihre wichtigen Interessen durch forstlichen Einspruch eingeschränkt sahen (KRAAYVANGER 1904).

Nur wenige Forstleute waren allerdings auch zu dieser Zeit anerkannt kompetent; das berufliche Rüstzeug der Männer vor Ort gering, Pflichteifer und Zuverlässigkeit nicht überwältigend, die Bezahlung schlecht und die fürstbischöfliche Verwaltung ohne Durchsetzungskraft. Der Wald war der alten Ordnung entglitten und neues war noch nicht zur Stelle. Die Menschen richteten sich daran aus.

Das Kohlholz wurde schließlich Ende des 18. Jh.s so zur Mangelware, daß z. B. Kurköln 1762 (HESMER 1958) wegen des erhöhten Eigenbedarfes einen Holzkohleausfuhrstopp erließ, der u. a. das hochentwickelte energieabhängige Gewerbe der Grafschaft Mark in arge Bedrängnis brachte. Das war auch die Zeit, in der man in der Mark wegen Holz Mangels den Bau von Fachwerkhäusern verbot und die Anlage von lebenden Hecken um die Grundstücke anstelle von Holzzäunen anordnete. Mehr noch: Bei steigendem Eichenholzbedarf wurde der Verbrauch für Bau und Handwerk zuerst eingeschränkt. Während man Eiche noch mit Gewinn exportierte, durfte das Holz um 1700 vielerorts zum Bau nur noch dort verwendet werden, wo es infolge sehr hoher Beanspruchung durch keine andere Holzart ersetzt werden konnte. Im Innenausbau mußte z. B. bei der Belegung von Stallböden und der Herstellung von Tränken, Krippen und anderen ländlichen Gebrauchsgegenständen auf die Eiche verzichtet werden (KÜRSCHNER 1976).

In Blomberg durfte Eichenholz im vorigen Jahrhundert nur an Bürger abgegeben werden; Auswärtige mußten sich mit Fichtenholz begnügen. Zu dieser Zeit hatte allerdings z. B. in Fredeburg die Fichte schon das Eichenbauholz verdrängt (HERZOG 1963).

Noch ein interessantes Schlaglicht: Bei der preußischen Gebietsneuordnung nach dem Wiener Kongreß gab die Wittgensteiner Holzkohleerzeugung schließlich einen

wichtigen Ausschlag für die Zuordnung dieses Ländchens zum Regierungsbezirk Arnberg.

50 Jahre später – die Ruhr-Sieg-Bahnstrecke war gerade fertiggestellt (1861) – kam Steinkohle ins Land und der Holzkohleverbrauch ging schlagartig zurück. Buchenholz war nicht mehr zu auskömmlichen Preisen abzusetzen. Nach dem Krieg 1870/71 war das noch einmal anders. Die Industrie nahm einen starken Aufschwung und selbst unmodernere Betriebe, die noch mit Holzkohle arbeiteten, florierten für einige Jahre, was den Holzabsatz wieder belebte. Das bald erneut eintretende Absatztief versuchte man durch die Herstellung von Eisenbahnschwellen – der Bahnausbau stand in voller Blüte – zu überwinden. Da das Holz noch nicht ausreichend zu imprägnieren war und schnell verrottete, wurde der Versuch jedoch wieder aufgegeben. Die Buche war über Jahrzehnte nichts mehr wert. Im Sauerland, im Rothaargebirge, im Sieger- und im Wittgensteiner Land ersetzte man sie in großem Stil durch die als Bauholz so geeignete und begehrte Fichte. Eine grundlegende Veränderung der Wälder und damit unserer Landschaft!

## 5. Glashütten und Fichtenanbau

Besonders in Ostwestfalen war der Glasbedarf durch den Driburger und andere Brunnen besonders groß. Holz war im Überfluß vorhanden, Sand und Salz leicht zu beschaffen und der Wunsch nach rentabler Nutzung der Wälder lebendig. 1713 wurde bekannt gemacht, daß die Hofkammer Paderborn als Anreiz für die Errichtung neuer Hütten die erste Holzausstattung kostenlos zur Verfügung stellen wolle (AMEDICK 1909). Wanderglashütten waren es, die 10-15 Jahre – je nach Ergiebigkeit der Waldbestände – an einem Ort blieben, das brauchbare Holz nutzten und dann 20-30 km weiterzogen. Der Glasmeister und seine Mitarbeiter lebten monatelang weitab im tiefen Wald, begleitet allein von ihrem Vieh. Zum ruinösen industriellen Holzeinschlag kam also noch die Waldweide mit allen ihren Folgen (Kahlflächen und locker bestockter Wald), und das in einer Zeit, in der Bauholz durch den Bevölkerungsanstieg knapp wurde.

Hier mußte etwas unternommen werden. Fürstbischof Franz Egon von Fürstenberg ging im Bistum Paderborn diese Frage an. Er war ein engagierter Verfechter des Fichtenanbaus, den ihm Braunschweiger Forstleute nahegebracht hatten. Diese Holzart wurde durchgesetzt – gegen erhebliche Widerstände aus der Bevölkerung, denn unter Fichten wuchs kein Gras mehr zur Viehweide, und der Rückgang masttragender Bäume für die Schweinemast erschien als ein Angriff auf die Lebensgrundlagen –, aber woher sollte auch sonst das künftige Bauholz kommen?

Zwischen dem geistlichen Stand und den damaligen Förstern bestand offenbar eine enge forstfachbezogene Zusammenarbeit, wie aus alten Forsteinrichtungswerken hervorgeht. Aus Bredelar wird z. B. berichtet, daß den ersten Fichtenanbau im Jahre 1795 ein Zisterziensermönch vornahm, der den Samen aus seiner böhmischen Heimat mitbrachte. In Lippe wurde zur Abwicklung einer Samenbestellung aus der Gegend von Gotha ein Pfarrer als Vertrauensperson gedungen, und in Neuenheerse machte der Stiftspastor und „Holzherr“ mit dem Fichtenanbau durch Saat Ende des 18. Jh.s einen Anfang.

Die Beispiele ließen sich vermehren. Sie zeigen, daß die Geschichte vom „Preußenbaum“ (Fichte), von den „Darmstädter Tannen“ und von der napoleonischen Fichteneinführung nur bedingt stimmt. Hessen und Preußen haben zweifellos das forstpolitische und forstwirtschaftliche Rad zu Beginn des 19. Jh.s in Westfalen in sehr viel schnellere Umdrehungen gebracht; die Notwendigkeit des Fichtenanbaus zur Deckung des Bauholzbedarfs hatten jedoch weitsehende, für das Allgemeinwohl verantwortliche Männer schon vorher erkannt, die vor allem das Ausmaß der Waldverwüstung mindern wollten.

Es begann im übrigen hier und da auch romantischer: Die Prinzessin Friederike von Schwarzburg-Sondershausen brachte z. B. 1795 als Heiratsgut aus ihrer thüringischen Heimat ihrem Mann, dem Grafen Friedrich zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, eine erkleckliche, aber nicht genau bekannte Menge Fichtensaatgut mit. Damit

wurde der Grundstein für die später nachgezogenen guten Wittgensteiner Fichtenbestände gelegt (SPÄHLINGER 1981).

## 6. Schiffbau und Eichennutzung

Gravierende Wirtschaftseinflüsse auf den Wald sind auch aus dem Münsterland bekannt. Hier spielte die Eichennutzung für den Schiffbau eine große Rolle. Die einschlägigen holländischen und britischen Werften regten die Exportfreudigkeit der Landesherren über Gebühr an. Der leichte Wassertransport nach Holland und die Ems hinab bis nach Papenburg und Friesland führte in erreichbarer Entfernung längs der Flüsse fast zur totalen Nutzung der Bestände. Allein aus den Gebieten um Lüdinghausen und Beckum wurde noch Anfang der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts jährlich für mehr als 100.000 Reichstaler Eichenholz nach Holland exportiert. Die um 1700 noch weitgehend mit Eichenwäldern bedeckte Haard z. B. war nach der Abholzung für den Schiffbau zum fast reinen Heidegebiet geworden. Später wurden derartige Flächen oft mit Nadelbäumen wieder aufgeforstet. Angemerkt sei, daß für den Bau eines mittleren Kriegsschiffes am Ende des 18. Jh.s rd. 5.000 cbm qualitativ guten Eichenholzes nötig waren. England hatte eine Kriegsflotte von 1.000 Schiffen und eine Handelsflotte von 10.000 Seglern. In der Schlacht von Trafalgar im Jahre 1805 gingen 130 Schiffe und damit 1/2 Million cbm Holz unter, das entspricht 4.000 ha Wald!

Die Nutzung der Eiche brachte vielfach Heideflächen hervor. An Aufforstung dachte man nicht zumal in großem Umfang eine Haltung von Schafen zur Deckung des stark steigenden Wollebedarfs aufkam. 1818 gab es z. B. im Altkreis Tecklenburg 25.000 Schafe (um 1900 nur noch den vierten Teil). Ende des 19. Jh.s begann man mit Kiefern aufzuforsten; andere Baumarten ließen der devastierte Boden und die Tatsache, daß man auf freier Fläche pflanzen mußte, nicht zu.

Das Stichwort Heide und Verheidung erinnert an die Ginsburger Heide im Rothaargebirge, die durch Wilhelm I. von Nassau, den Schweiger, in die Geschichte eingegangen

ist. Wilhelm I. stellte hier 1568 sein Heer von 6000 Mann zur „Befreiung der Niederlande“ zusammen und zog dann gegen Herzog Alba. Militärische Aktivitäten und die traditionelle intensive Viehhaltung auf der Ginsburger Heide zur Versorgung der nahe gelegenen Ginsburg haben vermutlich durch Überweidung und Bodenverfestigung zur Entwicklung einer hochheideähnlichen Vegetation geführt und der Landschaft den Namen gegeben. Mit Ausnahme des Hochmoores ist als ursprüngliche Vegetation Buchenwald mit Eiche und Bergahorn anzunehmen.

## 7. Grubenholz und Kiefernutzung

Im Münsterland spielte auch die Kiefer ab der Mitte des vorigen Jahrhunderts eine sich ständig vergrößernde Rolle, und zwar als Grubenholz. Beim Streckenausbau unter Tage war sie wegen ihrer „Warnfähigkeit“ – bei zunehmendem Bergdruck warnt sie durch lautes Reißen des Holzes die arbeitenden Bergleute – sehr beliebt.

Grubenholz hatte eine gute Konjunktur, was sich auch in der mitteleuropäischen Agrarkrise zeigte. Seit 1875 kam in vermehrtem Maße ausländisches Getreide zu niedrigen Preisen auf den deutschen Markt. Die Bismarck'schen Schutzzölle aus dem Jahre 1879, die die Lage der Landwirtschaft vorübergehend verbesserten, baute sein Nachfolger Caprivi ab, um die Lebensmittelpreise niedrig zu halten. Aus diesem Grunde und infolge der weltweiten Getreideschwemme in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts sanken die Einnahmen der Landwirtschaft außerordentlich stark. Dieser Zeit verdankt ein erheblicher Anteil der 90- bis 100jährigen Eichenbestände des Münsterlandes seine Entstehung. Namentlich die größeren landwirtschaftlichen Betriebe versuchten alle entbehrlichen Flächen der damals unrentablen Landwirtschaft zu entziehen und aufzuforsten. Man wollte Eichen- und Kieferngrubenholz erzeugen. Dieser Sinneswandel hin zur Forstwirtschaft war nicht nur der schlechten Lage der Landwirtschaft und den stark fallenden Wollepreisen zu verdanken, sondern auch dem immensen Grubenholzbedarf zum Ende des vorigen Jahrhunderts. Heute gehören Kiefernbestände in Grubenholzdi-

mensionen zu den Problemwäldern der Waldbesitzer. Grubenholz ist seit etwa 20 Jahren kaum noch verkäuflich; die Technik geht neue Wege.

In den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts kam die Kiefer noch einmal in den Sog wirtschaftlicher Entscheidungen. Die Autarkiebestrebungen der nationalsozialistischen Herrschaft führten zur Rodung zahlreicher Kiefernbestände auf nicht ganz armen Sandböden. Man brauchte den Boden zur Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, um weniger abhängig von Lebensmittelleinfuhren zu sein. Manche dieser Flächen sind nach dem Kriege wieder zu Wald geworden, andere Flächen wurden zusätzlich gerodet, da die Betriebe mehr erzeugen wollten und darüber hinaus die schweren Maschinen auf den leichten Böden bessere Chancen haben. – Vermutlich bringt das Ende unseres Jahrhunderts durch den Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche wiederum Entwicklungen, die von erheblichen Flächenverschiebungen zwischen Land- und Forstwirtschaft gekennzeichnet sind.

## 8. Streunutzungs-, Holz- und Weideberechtigungen

Für den Waldboden waren die *Streuberechtigungen* die größte Geißel. Vielfach beschränkten sie sich zunächst auf Forstunkräuter und Moos, später aber holte man sich auch Laub- und Nadelstreu, oft sogar die oberste Bodenschicht als Stallstreu für das Vieh. Entsprechend rücksichtslos wurde die Heide genutzt, immer öfter, immer tiefer angesetzt. Stroh war nicht genügend da und wurde häufig verfüttert; die Stallstreu kam später auf die Felder zur Düngung. Schon in den ersten Buschordnungen der Kurfürsten wurde diese als Heidehaken bezeichnete Plaggennutzung im Walde verboten. In den Außenländereien, den Heidbergen, war hingegen alle 20 bis 25 Jahre die vollständige Plaggenschälung erlaubt. Ende des 18. Jh.s durfte auch dies nicht mehr sein; man hatte übergenutzt. Das Allgemeine preußische Landrecht, die Gemeinheitsteilungsordnungen und das preußische Landeskulturedikt enthielten einschlägige Bestimmungen.

*Holzberechtigungen* für Nutz- und Brennholz trafen den Wald allenthalben; hauptsächlich alle unfruchtbaren Bäume, also alle außer Eiche und Buche, konnten genutzt werden. Letztere waren als Grundlage für die Schweinemast seit alters her vollkommen unverzichtbar. In der Oberförsterei Böddecken z. B. gab es 1850 weder Eschen, Ulmen, Ahorne noch Hainbuchen, die älter als 20 Jahre waren. Räumden und Blößen herrschten dort vor, wo „unfruchtbare“ Bäume bestandesbildend gewesen waren.

Man bemühte sich zwar um Ausgleich, so durfte z. B. nach der Paderborner Holzordnung von 1669 die ärmere Bevölkerung Birken, Erlen, Hainbuchen und von den Buchen die untersten Schattäste entnehmen, woraus jedoch die Verpflichtung entstand, den Waldboden zur Aufnahme von Eicheln und Bucheckern aufzuhacken (F. E. Hardehausen). In Attendorn – ein weiteres Beispiel – wurde laut Ratsverordnung am Stadttor geprüft, ob auch tatsächlich nur das angegebene Holz geschlagen worden war. Nicht befolgte Anordnungen ahndete man beim ersten Mal mit Einsperren bei Wasser und Brot, beim zweiten Mal durch öffentliche Ausstellung auf dem Marktplatz mit dem gefrevelten Holz von 9 bis 10 Uhr unter Aufsicht des Stadtdieners (F. E. Attendorn).

Die *Weideberechtigungen* gehörten zum eigentümlichen Besitzstand der Berechtigten und waren Grundlage der Viehhaltung. Rindvieh, Schafe, Schweine und Pferde durften in den Wald. Weideberechtigungen waren zu allen Zeiten üblich, nur gab es früher weniger Vieh und die straffe Ordnung der Markengenossenschaften verhinderte Überweidungen, wie sie im 19. Jh. auftraten. In der Försterei Bilstein z. B. weideten 1826 auf 750 Hektar Staatswald 915 Stück Rindvieh, 350 Schafe und 175 Schweine; das waren zwei Stück Vieh auf dem Hektar Waldboden.

Die Schweinemast war lange Zeit vermutlich überhaupt die wichtigste Waldnutzung; ihre nachteilige Auswirkung auf den Wald hielt sich in Grenzen. Die Erlöse lagen nach BARTHELMES (1972) zwanzigmal so hoch wie die aus Holz. Die Zahl der Schweine, die man eintreiben konnte, richtete sich nach der Menge an Eicheln und Bucheckern auf

den Bäumen, d. h. nach der Ergiebigkeit der Mast. Über den Fruchtanhang mußte man rechtzeitig Bescheid wissen, um die Zahl der einzutreibenden Schweine festlegen zu können, die wiederum Rückschlüsse auf die zu erwartenden Einnahmen ermöglichte. Die westfälische Holz- und Waldordnung von 1666 enthielt allerdings das Verbot, Probestämme zur Prüfung zu fällen und empfahl die Besteigung der Bäume (NAUMANN). War die Zahl der „berechtigten“ Schweine bestimmt, so bekamen diese zur jederzeitigen Erkennung ein Brandzeichen; ungenehmigter Eintrieb wurde bestraft. Ställe durften in der Waldmark nicht eingerichtet werden; abends und morgens mußte getrieben werden.

In der Davert war zeitweise das Sammeln von zwei Maltern Eicheln zur Aussaat Vorbedingung für den Eintrieb. Hier unterschied man auch zwischen Ober- und Untermast. Bei der Obermast hatte das Schwein einen Ring im Rüssel zu tragen, damit Boden und Grashude nicht zerstört wurden. Nur wenige Grundherren hatten auch das Recht zur Untermast.

Mast und Waldweide haben unsere Wälder stark geprägt. Je breitkroniger der Mastbaum, desto mehr Eicheln oder Bucheckern erzeugt er; je weitständiger die Bäume stehen, desto mehr Gras wächst, je mehr Sonnenlicht einfällt, desto besser schmeckt es.

Gegen eine übermäßige Ausnutzung der Berechtigungen gab es kaum Mittel. Die Gerichte hatten die „gute alte Zeit“ im Auge und entschieden häufig zu ungunsten des Waldes, zumal die Wünsche der viehhaltenden Bauern den Außenstehenden mehr einleuchteten als die neuen Gedanken forstlicher Landespfleger.

Erst 1840/41 konnten sich z. B. die Neuenehser Forstleute mit der begründeten Forderung durchsetzen, in Mastjahren – und nur in ihnen war eine Naturverjüngung möglich – nicht nur 1/8 der weidebelasteten Flächen, sondern 1/5 einzäunen zu können. Ohne Zaun hätte das Vieh alle Pflänzchen abgefressen. In der Oberförsterei Wünnenberg mußte sogar einmal Militär gegen Berechtigungsauswüchse eingesetzt werden!

Die Ablösung der Berechtigungen wurde mit aller Konsequenz durchgeführt, wobei man sich die Erreichung dieses Zieles etwas kosten ließ. Die Oberförsterei Bredelar hat z. B. zwischen 1803 und 1830 40 % ihrer gesamten Waldfläche – das waren rund 1.250 Hektar – für die Ablösung von Berechtigungen abgeben müssen. Ende des 19. Jh.s war die Ablösung fast abgeschlossen und die Voraussetzung für eine geordnete Forstwirtschaft gegeben. Fürwahr eine landeskulturelle Leistung ersten Grades!

### 9. Waldverwüstung und Nachhaltigkeitsidee

Die häufig verwüstende Beanspruchung der Wälder in den letzten Jahrhunderten lag nach Meinung der Merkantilisten vorwiegend am zügellosen Gemeingebrauch der Marken und an der fehlenden Initiative gemeinsam Genutztes auch gemeinsam wieder in Produktion zu bringen. In der Tat hatte sich die alte Bindung an die Markengenossenschaften stark gelockert, oft war sie gar nicht mehr erkennbar. Man glaubte, daß die Überführung der Marken in Privateigentum des Rätsels Lösung sei und forcierte – beginnend im 18. Jh. – die Markenteilung als vermeintlich wichtigste Hilfe für die Landwirtschaft.

Die Waldverwüstung des 18. Jh.s blieb aber kein Problem der Land- und Forstwirtschaft. Sie gab auch zu allgemeinwirtschaftlichen Sorgen Anlaß, insbesondere befürchtete man, durch die Holznot eine Beeinträchtigung, gar einen Zusammenbruch des Bergbaues, der Eisen- und Glasindustrie und vieler anderer Wirtschaftszweige. Auch der Nationalökonom W. SOM-BART beschäftigte sich in seinem Werk über den modernen Kapitalismus mit diesem Problem (1902). Das Beispiel der Grafschaft Mark zeigt, in welche Bedrängnis die Industrie tatsächlich durch den Holzmangel kommen konnte.

Die Wirtschaftskrise, die auch den englischen Nationalökonom und Sozialphilosophen R. MALTHUS zu vielbeachteten wirtschaftspessimistischen Aussagen brachte, war eine Holzversorgungskrise großen Ausmaßes und zugleich die Geburts-

stunde der Nachhaltigkeitsphilosophie der Forstwirtschaft, deren Aussage „Man darf nicht mehr nutzen als nachwächst“ noch heute gültig ist. Die Nachhaltigkeitsidee wurde zur richtungweisenden Maxime. Ihre Verwirklichung allerdings – der Wiederaufbau der devastierten Wälder, die Ablösung der Berechtigungen, die Übergänge zum Hochwaldbetrieb und von der Brennholz- zur Nutzholzwirtschaft – mußte zu Reibungen führen, denn

- die Einschränkungen des ungezügelten Holzverbrauchs erforderten ein Umdenken für alle,
- die Abschaffung der Waldheide ließ in der Landwirtschaft Existenzsorgen aufkommen,
- die Aufforstung der baumlosen, weiten Heideflächen hatte den Rückgang der Schafhaltung zur Folge und
- die Fach- und Vermögensaufsicht mehrten im Gemeindewald die Furcht vor einer Aushöhlung der Selbstverwaltung.

Nachdem der Wald trotz aller Schwierigkeiten durch höhere Einsicht, konsequente Politik und letztlich den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt eine Atempause bekommen hatte, brachte die Industrialisierung eigene und neue Probleme mit sich.

### 10. Waldrauchschäden (Stichworte)

1845 erschien in einer Forstfachzeitschrift ein Bericht über Waldschäden durch Metallhütten im Harz.

1849 erhielt Prof. Stöckradt den Auftrag, die Waldschäden zu untersuchen, die durch die Freiburger Hüttenwerke entstanden waren. Stöckhardt, Pharmazeut und seit 1847 Inhaber des Lehrstuhles für Agrikulturchemie und landwirtschaftliche Technik an der Akademie für Forst- und Landwirte in Tharandt, erkannte Schwefeldioxid als Assimilationsgift durch Untersuchungen in der Umgebung einer Bleihütte im Erzgebirge.

1861 bemerkte man im Grillenburger Wald bei Tharandt auffallende Erkrankungen durch Hüttenrauch.

1881 rechnete man bereits mit 4.500 ha Schadfläche im Oberharz durch die Hüttenwerke Clausthal, Lautenthal und Altenau. Die Schäden fielen hauptsächlich auf, seitdem schwefelige amerikanische Erze verwendet wurden.

1883 erschien die erste große Landschaftsuntersuchung über Rauchschäden von dem Tharandter Prof. Julius von Schröder unter dem Titel „Die Beschädigung der Vegetation durch Rauch und die Oberharzer Hüttenrauchschäden“.

1889 wurde auf einem Bergrücken bei Freiberg in Sachsen die Halsbrücker Esse errichtet. Dieser 140 m hohe Schornstein war zur damaligen Zeit der höchste der Welt. Erhebliche Rauchschäden, vornehmlich aus der seit 1612 bestehenden Halsbrücker Hütte, hatten den Bau notwendig gemacht.

1895 lief ein erster Prozeß wegen der Beschädigung der Wälder durch Rauch. Die von Thiele-Winkler'sche Forstverwaltung in Kattowitz klagte gegen eine größere Zahl von oberschlesischen Berg- und Hüttenwerksbesitzern.

1905 bewies der Inhaber des Lehrstuhls für forstliche Pflanzenchemie in Tharandt, Wislicenus, in einem Gutachten beim Oberlandesgericht Dresden am Beispiel einer Ziegelei im Erzgebirge nach, daß Fluorwasserstoff ein noch weit gefährlicheres Gas sei als Schwefeldioxid.

Die Aufzählung könnte man fortsetzen. Die Daten wurden in der Folge immer dichter, die Schäden deutlicher. Bereits in den 1950er Jahren war z. B. von 40.000 Hektar geschädigter Waldfläche im Einzugsbereich des Ruhrgebietes auszugehen. Die Schädigung des Ökosystems Wald wird inzwischen so ernst genommen, daß sich Parlamente aller Ebenen damit befassen. Nicht nur Waldbesitzer und Forstleute vertrauen darauf, daß die Politik alles tut, um die drohenden Gefahren abzuwenden.

### **11. Bodenreinertragslehre**

Die zu Beginn unseres Jahrhunderts von Forstprofessor Endres, München, vertretene Bodenreinertragslehre brachte einen erwähnenswerten wirtschaftspolitischen Ein-

bruch in die Forstwirtschafts- und Waldpflegepolitik. Sie sah die günstigste Verzinsung des Waldbodenkapitals in der frühen Nutzung schwacher Kiefern- und Fichtenbestände. Die Lehre fand Anhänger und brachte politische Auswirkungen zunächst in Bayern. Die Bayerische Staatsforstverwaltung wurde wegen ihrer sparsamen Holznutzung und der Anhäufung von Holzvorräten getadelt. Man forderte höchste Rentabilität bei der Bewirtschaftung der Staatsforsten und propagierte die Fichte als rentabelste Baumart. Politische Schubkraft bekamen die Gedanken 1908 durch den sog. Antrag Törring. Graf Törring-Jettenbach war Mitglied der bayerischen Kammer der Reichsräte, der ersten Kammer des bayerischen Landtages, und selbst Waldbesitzer. Er hatte eine schlüssige Beweisführung vorgelegt, und der Antrag wurde von der Kammer der Reichsräte angenommen. Der bayerische Finanzminister erklärte sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden. Eine Denkschrift der bayerischen Staatsforstverwaltung konnte zwar die Auswirkungen des Antrages abmildern, nicht aber die höheren Nutzungen und Absenkungen der Umtriebszeit – also die Nutzung junger Bestände – verhindern. Die Folgen waren ein Rückgang der Naturverjüngung und die Zunahme der Fichten.

Die Bodenreinertragslehre, die Gegner und Befürworter fand, blieb nicht auf Bayern beschränkt. Der Aufschwung des Fichtenanbaus zu dieser Zeit ist auch in den Wäldern Westfalen-Lippes abzulesen. Überall dort zu unserer Freude, wo der richtige Standort gewählt wurde und wir von den Erträgen dieser Bestände leben; zu unserem Ärger dort, wo sie wider besseren forstlichen Wissens hingepflanzt wurden und zu durchbrochenen, krankheitsanfälligen und insektenbefallenen Beständen geführt haben. Die Bodenreinertragslehre ist heute Geschichte; einige ihrer Prinzipien sind aber lange lebendig geblieben.

### **12. Wild und Jagd**

Der Wert der Wildbanngebiete, der Sundern oder Sondern, für die Erhaltung unserer Wälder ist unbestritten. Hier galt ausschließlich das Recht des Landesherren an der hohen Jagd; der Wald war Mittel zum

Zweck. Die Jagd spielte eine wichtige Rolle, hatte aber noch nicht die Bedeutung wie in der Barockzeit, die als der Höhepunkt jagdlicher Kultur gilt. Man erfreut sich heute an den herrlichen Jagdschlössern aus dieser Zeit. Der Aufwand an Menschen, Pferden, Hunden und Jagdgerät erreichte im Barock bemerkenswerte Dimensionen. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß es auch Jagdbäcker, Jagdbarbiere, Jagdchirurgen, Jäger-Feldkaplane, Jagdköche, Jagdpfeifer, Jagdsattler, Jagdschmiede, Jagdschneider und viele Helfer mehr gab.

Die Jagdleidenschaft der Landesherren war meist größer als deren forstliches Interesse. Zur Ausübung der eigenen Jagd kam der umstrittene Anspruch auf das allgemeine Jagdregal. Grund genug jedenfalls für den hohen Stellenwert des Jagdpersonals, von dem man auch forstliche Aufgaben miterledigen ließ. Das westfälische Jagd- und Forstamt in Hirschberg hatte um 1620 als Chef einen Jägermeister, als Mitarbeiter einen Jagdadvokaten und einen Forstschreiber, wobei der letztere nach *FEAUX DE LACROIX* (1913) stets ein Mann von höherer Bildung, die Seele des Amtes und die rechte Hand des Chefs war. Vor Ort waren Wildförster und Jäger in Erbämtern tätig.

Der Landesherr beanspruchte das Recht der hohen Jagd im ganzen Land. Aus unterschiedlichen Gründen waren etliche Klöster, Städte und Adelsfamilien mehr oder weniger stark am Recht der hohen Jagd beteiligt. Brilon z. B. hatte dieses Recht; die Hirschgeweihe an der Rathausfront zeugen davon. Kallenhardt hatte es auch, mußte allerdings die Decken erlegter Hirsche an den Landesherren abgeben. Andere hatten eine Keule des erlegten Stückes zu liefern, die Zahl der Variationen könnte Seiten füllen.

Wie wichtig das Recht der hohen Jagd war, zeigt folgende Episode: 1673 waren der Stadt Warstein die Stadtrechte abgesprochen worden, weil sie sich die hohe Gerichtsbarkeit angemäßt hatte. Nach einigen Jahren erhielt die Stadt die Rechte zurück, aber erst als der Magistrat ausdrücklich anerkannt hatte, daß er künftig auf die Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit verzichten und die hohe Jagd nicht beanspruchen würde.

Viel hört man von den Wildmengen in dieser Zeit. Wie es wirklich war, ist schwer nachzuweisen. In den dichtbewaldeten, urwaldähnlichen Refugien gab es sicherlich viel Wild. Allerdings sorgten die Wölfe, die es noch bis zum ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts bei uns gab, für natürlichen Abgang. Wo Waldweide und Schweinemast eine große Rolle spielten war so viel Unruhe, daß sich der Wildbestand in Grenzen hielt. In Koppeljagdbezirken, in denen sowohl der Landesherr wie auch sonstige Berechtigte die hohe Jagd ausübten, stand das Beutemachen an erster Stelle. Nachhaltige Wildhege war nicht gefragt und auch die allenthalben im Sauerland und in Ostwestfalen übliche Brackenjagd war keinesfalls wildschonend.

Eine Entscheidung Friedrichs des Großen aus dem Jahre 1768 deutet auch auf viel Wild hin. Die Eingesessenen der Kirchspiele Kierspe, Halver, Hüllscheid, Ohle, Werdohl und Lüdenschied hatten sich wegen der starken Wildschäden auf ihren Äckern und Wiesen durch Rot-, Reh- und Schwarzwild beschwert. Friedrich der Große entschied, daß die Bauern das Wild ohne Beachtung der Schonzeit abschießen könnten. Das Jagdrecht des Absolutismus begann zu bröckeln. Die Auswirkungen der französischen Revolution und der Säkularisation förderten diese Entwicklung. Im Revolutionsjahr 1848 erschien ein neues Jagdgesetz. Es hob das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ohne Entschädigung auf. Jagdrecht war nun klarer Ausfluß des Eigentums! Die Abschaffung der Schonzeitvorschriften kam hinzu.

Die hiermit verbundenen Freiheiten – jeder jagte wie er wollte – führten zu einschneidendem Raubbau am Wildbestand. Das Rotwild wurde in manchen Gegenden vollkommen ausgerottet, das Rehwild ungeheuer dezimiert.

Das Gesetz von 1848 war nur 1 1/2 Jahre gültig; der Umgang mit der Freiheit ist eben schwer. 1850 wurde ein Jagdpolizeigesetz erlassen, das wiederum Schonzeiten, dazu auch Jägerlaubnisscheine einführte, Mindestjagdflächen festlegte und die Bildung gemeinschaftlicher Jagdbezirke forderte. Das wilde Jagen war beendet und der Aufbau des Wildstandes begann langsam wie-



der. Die alten, jetzt über 100jährigen Waldbestände, zeigen als Ergebnis kaum Wildschäden.

Bis zur Jahrhundertwende beobachtete man vielerorts sporadisch vorkommendes Rotwild, hier und da aber auch schon handfeste Schältschäden. Zwischen den Kriegen – so verzeichnen es die Forstbetriebswerke – waren die Rotwildbestände in weiten Bereichen schon stark angewachsen. Jagdliches Denken und Handeln in der Weimarer Zeit, das Gedankengut des Reichsjagdgesetzes von 1934, die mangelnde Jagd auf das Wild im Zweiten Weltkrieg und die an die Barockzeit erinnernde Überbetonung der Jagd sowie des Trophäenkultes bei besorgniserregender Gleichgültigkeit gegenüber dem Wald nach dem Kriegsende kennzeichneten fortan die Lage.

Verbiß- und Schältschäden sind in diesem Jahrhundert enorm gestiegen. Nicht einmal die Pflanzungen der Hauptholzarten wachsen ohne Zaun. Die Eintönigkeit der nicht eingezäunten Wälder steigt, da Mischbaumarten dem Wild fast regelmäßig zum Opfer fallen.

## LITERATUR

**Amediek, B.** (1909): Das Forst- und Jagdwesen im Hochstift Paderborn. Münster

**Barthelmeß, A.** (1972): Wald: Umwelt der Menschen. München

**Féaux de Lacroix, K.** (1913): Geschichte der hohen Jagd im Sauerland. Dortmund

Forsteinrichtungswerke Staatswald (unveröffentl.): Altenbeken, Böddecken, Bredelar, Brilon, Büren, Hardehausen, Hilchenbach, Neuenheerse, Obereimer, Wünenberg

Forsteinrichtungswerke von Kommunalwaldbesitzen (unveröffentl.): Arnsberg, Attendorn, Bad Driburg, Bad Salzuflen, Beverungen, Blomberg, Brakel, Bredenborn, Erkeln, Hallenberg, Hirschberg, Höxter, Kallenhardt, Lügde, Medebach, Menden, Neheim, Neuenheerse, Ottbergen, Rüthen, Steinheim, Warburg, Warstein

**Graf, V. u. W.** (1987): Auf dem Waldlehrpfad. In: Waldungen (Ausstellungskatalog). Berlin

**Herzog, H.** (1963): Stadtwald Fredeburg in Vergangenheit und Gegenwart. Fredeburg

**Hesmer, H.** (1958): Wald und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Hannover

**Hömbert, A.** (1938): Siedlungsgeschichte des oberen Sauerlandes. Münster

**Hömbert, A.** (1968): Wirtschaftsgeschichte Westfalens. Münster

Wir haben in unseren Breiten vermutlich noch nie einen so hohen Wildbestand gehabt wie seit dem Zweiten Weltkrieg. Rot- und Damwild, in diesem Jahrhundert in die freie Wildbahn gelangtes Sika- und Muffelwild und vornehmlich das weithin vorkommende Rehwild verursachen erhebliche Schäden am Wald. Da das Phänomen schon seit 70 Jahren besteht, sollte es in der vorliegenden forstgeschichtlichen Betrachtung nicht unerwähnt bleiben.

Es kam mir bei der Behandlung dieses Themas nicht nur darauf an, einige interessante Aspekte aus der Forstgeschichte aufzuzeigen. Ich wollte vielmehr zu einer differenzierteren Betrachtung unserer Umwelt anregen und hoffe, daß man bei Spaziergängen oder Wanderungen in unseren westfälisch-lippischen Wäldern daran denken mag, daß der Wald, der uns heute Schatten spendet, von Menschen gegründet wurde, die unter ganz anderen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen lebten und arbeiteten und ihr Tun nicht mit unserem Erfahrungsschatz und aus der Sicht unserer Tage allein zu beurteilen ist.

**Kilian, U.** (1986): Baum und Wald in der Kunst. In: Wald und Holz im Wandel der Zeit (Ausstellungskatalog). Trier

**Kraayvanger, Th.** (1904): Die Organisation der preussischen Justiz und Verwaltung im Fürstentum Paderborn. Paderborn

**Kürschner, K.** (1976): Ein Beitrag zur Geschichte des Reinhäuser Waldes. Dissertation Göttingen

**Lorsbach, J.** (1955): Hauberge und Haubergsgenossenschaften des Siegerlandes. Dissertation Münster

**Naumann, G.:** Die Geschichte der Bilsteiner Forsten bis 1900. Unveröffentl. Referendararbeit. o. O.

**Pardun, H.** (1988): Die Grundzüge des Jagdrechts, insbesondere im kurkölnischen Sauerland, während des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Jagd und Wild im kurkölnischen Sauerland. Arnsberg

**Schenck, J. H.** (1774): Juristisch-ökonomische Abhandlung von den Haubergen des Fürstentums Nassau-Siegen. Siegen

**Sombart, W.** (1902): Der moderne Kapitalismus. Leipzig

**Spahlinger, D.** (1981): Die Möglichkeit vermehrter Fichtenaturverjüngung in NRW. Unveröffentlicht

**Trier, J.** (1952): Holz, Etymologien aus dem Niederwald. Köln/Münster (= Münstersche Forschungen, H. 6)

**Weyergraf, B.** (1987): Deutsche Wälder. In: Waldungen (Ausstellungskatalog). Berlin



## Wald und Wild im Südsauerland\*

von **Karl-Josef Luster-Haggene y**, Kirchhundem

Die Wälder und die Forst- und Holzwirtschaft spielten seit jeher eine wesentliche Rolle im Sauerland und insbesondere in seinem Süden. Mit über 50 000 ha Wald = 62 % seiner Gesamtfläche gehört der **Kreis Olpe** zu den waldreichsten der Bundesrepublik, deren Waldanteil nur 29 % beträgt.

Die **Beziehungen zwischen Wald und Menschen** haben im Laufe der Jahrhunderte große Wandlungen erfahren. Zu Beginn der Rodungsperioden noch als Kulturhindernis angesehen, diente später der Wald der Versorgung mit Brenn-, Werk- und Bauholz, daneben als Viehweide, der Gewinnung von Holzkohle für die Erzverhüttung und das Schmiedegewerbe und der Lohrinde für die Gerberei. Von großer Bedeutung, vor allem im Mittelalter, war auch die Jagd. Überbeanspruchung des Waldes als Folge von Bevölkerungszunahme und Industrialisierung führten Ende des 18. Jahrhunderts zu einem allgemeinen Mangel an Holz. Es begann die Ära einer neuzeitlichen Forstwirtschaft mit dem Ziel einer nachhaltigen Erzeugung der benötigten Holzarten in größtmöglichen Mengen und bestmöglicher Güte.

Im nun beginnenden Industriezeitalter begann der großflächige Anbau der **Fichte**, die heute ca. 80 % der Bestockung einnimmt und trotz aller Anfeindungen besser ist als ihr Ruf. Sie liefert in kürzeren Umtriebszeiten höhere Nutzholzerträge und auch die Schutz- und Umweltfunktionen der Fichte sollten nicht unterschätzt werden. Kein Baum ist lärmdämmender als die Fichte. Sie filtert Schwefeldioxyd in dreimal stärkerem Maß als Laubbäume. Ein Hektar Fichtenwald filtert in seinem Leben 36 t Staub aus

der Luft und erzeugt 20 t Sauerstoff. Es ist daher kein Wunder, wenn Sanatorien und Heilstätten vornehmlich gerade in Gebieten mit geschlossenen Fichtenbeständen eingerichtet werden.

Waldwirtschaftliche Bedeutung hat außerdem die Zwischennutzung von Jungfichten als Weihnachtsbäume. So wurde **Rinsecke** zum größten Umschlagplatz Westdeutschlands für Weihnachtsbäume, die von hier in das Ruhrgebiet, Rhein-Main-Gebiet, nach Berlin, ja sogar ins Ausland verschickt werden.

Aus dieser Erfahrung entstand ein neuer Erwerbszweig, die **Anzucht von Forstpflanzen**. 80 % aller Forstpflanzenbetriebe in Nordrhein-Westfalen liegen im Kreis Olpe, der nach Schleswig-Holstein das größte Anzuchtgebiet Westdeutschlands ist.

Erste Funktion des Waldes war die **Erzeugung des Rohstoffes Holz**, der immer knapper wird, womit die Holzgewinnung noch größere Bedeutung bekommt. Der Holzverbrauch in Europa ist seit der Mitte dieses Jahrhunderts ständig im Steigen; dabei nehmen weltweit Waldbestand und Holzvorrat ab. Die Bundesrepublik muß bereits heute die Hälfte ihres Holzbedarfes importieren. Neueste Erkenntnisse legen dem Wald heute als zweite Funktion die **Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen** für Menschen und Wirtschaft bei: Die Gesunderhaltung von Boden und Wasser, Klima und Luft. Der dritte Schwerpunkt ist schließlich der **Erholungswert des Waldes**, der bei unserem Zivilisationsstand von großer Bedeutung, ja hier und da vorrangig ist. Die Naturparkgebiete „Ebbegebirge“, „Homert“ und „Rothaargebirge“ machen daher

\* Nachdruck aus: Panorama-Park Kurier 1983/84, S. 13

rd. 90 % des Kreisgebietes aus. In ihnen liegen 11 Naturschutzgebiete und 130 Naturdenkmale mit einer Gesamtfläche von rd. 100 ha. Ein ordnungsgemäß auf Holzherzeugung ausgerichteter Wald dient in aller Regel gleichzeitig der **Schutz- und Erholungsfunktion**. Noch ist der Wirtschaftswald auch Erholungswald und zugleich die größte, schönste, sicherste, vielseitigste und umweltfreundlichste „Fabrik“ im Kreis Olpe.

Aber was wären diese naturnahen Waldungen ohne unser heimisches **Wild**! Wenn auch die Lebensbedingungen der freilebenden Tiere durch forstliche Monokulturen, durch Intensivierung der Landwirtschaft, durch Ausdehnung der Orte, der Industrien und des Verkehrs und durch steigenden Fremdenverkehr ständig schlechter geworden sind, so hat sich doch – nachdem schon im Mittelalter die urigen Tierarten Auerochs, Wisent und Bär ausgerottet wurden – noch ein artenreicher und zum Teil zunehmender **Hochwildbestand** erhalten. Die Jagdgesetze sorgten dafür, daß in den zusammenhängenden Revieren des Rüsperwaldes das Rotwild noch regelmäßig seine Fährte zieht und als Wechselwild auch in

den Raum Wenden, Attendorn und Drolshagen kommt.

Im gesamten Kreis Olpe ist auch das Schwarzwild zu Hause, sein Bestand hat sich nach der früheren starken Bejagung wegen landwirtschaftlicher Schäden wieder gehoben. Trotz erheblicher Verluste im Straßenverkehr nimmt der Rehwildbestand zu und liegt heute etwa um 50 % höher als vor dem Kriege.

Die **Niederwildarten** Hase, Fasan, Kaninchen und Rebhuhn spielen der Landschaftsstruktur entsprechend eine geringere Rolle. Sorgen bereiten die Tollwut bei Fuchs und Dachs, das vermehrte Auftreten des nächtlichen, räuberischen Waschbären sowie das Verschwinden der Rauhfußhühner infolge der Biotopveränderungen. Das Haselhuhn wird immer seltener, und der Ruf des balzenden Auerhahnes ist längst verstummt.

Die Biotopveränderungen sind auch der Grund für den Rückgang gerade der Vögel in Feuchtgebieten – Schnepfe, Brachvogel, Reiher – sowie der Verringerung des einstmals sprichwörtlichen Fischreichtums in den Sauerländer Bächen und Flüssen durch Abwasserverschmutzung.

## Die Jagd im südwestfälischen Bergland

von Reinhard K ö h n e , Meschede

Die Anfänge der Menschheit liegen sicherlich nicht in Südwestfalen, denn die ersten Menschen in diesem Raum mußten vor 100 000 Jahren hart um die Sicherung von Leben und Nahrung kämpfen. Die Existenz der Neandertaler hing entscheidend von der Jagd ab. Funde aus den Kulturhöhlen der Kalkgebiete lassen auf familienähnliche Gruppen schließen, deren Männer auf das Großwild der Tundra, wie Mammut, Wollhaariges Nashorn, Ur, Wildpferd, Elch und Höhlenbär, jagten. Als wichtiges Werkzeug verwendeten sie den Faustkeil. Das gestellte Wild wurde mit Lanzen erlegt oder in Fallgruben gefangen.

Gegenüber dem Fallensteller und Nahjäger der älteren Steinzeit ermöglichen neue Jagdwaffen in Form von Speeren, Harpunen, Pfeil und Bogen in der jüngeren Altsteinzeit (30 000–10 000 v. Chr.) die Verfolgungsjagd mit Fernwaffen in der deckungsarmen Tundra.

Durch die Klimaerwärmung der Nacheiszeit verändern sich auch die Flora und Fauna des Berglandes. Birke, Kiefer und Hasel siedeln sich an. Darauf folgt um 5000 v. Chr. im nacheiszeitlichen Wärmeoptimum der Eichenmischwald. Funde aus der mittleren Steinzeit in Form von Geweihbeilen, zunächst vom Ren, später vom Rothirsch und vom Reh, zeigen den Wandel der Jagdbeute von der Tundren- zur Waldfauna an. Die Rastplätze dieser Jägerbevölkerung befinden sich in der Nähe von Quellmulden, hochwasserfrei auf den Flußterrassen; sie wurden in der Nähe von günstigen Wildwechsellern angelegt. Offensichtlich folgte man in Form eines Jagdnomadismus dem Großwild auf seinen jahreszeitlichen Wan-

derungen nach günstigen Futterplätzen. Während diese Jagdzüge das Gebirgsland nur randlich und vereinzelt erschlossen, weisen die Funde aus der jüngeren Steinzeit auf eine gleichmäßigere Eroberung hin. Der kulturgeschichtliche Fortschritt von Ackerbau und Viehzucht brachte zunächst nur einen geringen Landschaftswandel. Nach den Funden handelte es sich um ein Jagd-Hirtenbauerntum, das bereits gelernt hatte, sich die lebensnotwendige Beute durch Zähmung von Wildtieren besser verfügbar zu machen. Die Abhängigkeit von der Jagd wurde dadurch entscheidend gemildert. Bestand und Zusammensetzung der Tierwelt waren bis zu diesem Zeitraum nur in geringem Maße beeinflußt worden. Sicherlich traten die wenigen Menschen der Eiszeit durch die Bevorzugung der Höhlen als Wohnplatz in Konkurrenz zu den tierischen Höhlenbewohnern wie Bär, Löwe oder Tiger. Dadurch wurde aber höchstens eine Verdrängung dieser Arten in einer bis auf die Kalkmulden höhlenarmen Landschaft bewirkt. Ursache für das Verschwinden vieler Tierarten war der Vegetationswandel nach der letzten Eiszeit von der Kältesteppe zum Waldland.

Auch die Menschen der Bronzezeit waren Viehhirten wie in der Jungsteinzeit. Aber schon um 1000 v. Chr. endet diese Besiedlungsphase. Vermutlich waren der Rückgang der Durchschnittstemperaturen und die damit verbundene Ausbreitung der Buche von den höheren Lagen in die Niederungen und der Rückgang der Eichelmast die Ursache für die Siedlungsaufgabe dieses auf Schweinehaltung angewiesenen Viehbauerntums. Die Jagd hatte zu diesem Zeitpunkt sicherlich schon eine doppelte Aufga-

be. Das Großraubwild mußte wegen der Viehbestände auf der Waldhude bekämpft werden, und das Nutzwild diente der zusätzlichen Fleischversorgung.

Bis zum Beginn der Eisenzeit gibt es keine Hinweise auf Dauersiedlung. Die neuen Einwanderer bringen den Ackerbau in die Kalkmulden und im 4. Jahrhundert v. Chr. auch die Eisenverhüttung in den Bereich der manganreichen Eisenerze des Siegerlandes. Durch Waldrodung und Holzkohlegewinnung wird zum erstenmal, wenn auch räumlich und zeitlich begrenzt, der Lebensraum der Wildtiere vom Menschen eingeengt. Aber schon in den ersten sieben Jahrhunderten der frühgeschichtlichen Zeit ist das Gebirgsland wieder siedlungsleer, wenn man das aus der Fundlücke der Archäologie folgern darf. Erst im 8. und 9. Jahrhundert setzte in der sächsischen Landnahme und fränkischen Eroberung eine erneute Rodungstätigkeit ein, die bis ins 13. Jahrhundert andauerte. Ausgenommen von diesem Rodungsprozeß waren nur die Waldungen in klösterlichem und adeligem Besitz, in denen die Fürsten das ursprünglich jedem Freien zustehende Jagdrecht zu einem Privileg machten. So war der Arnsberger Wald, der um das Jahr 1000 schon als Luerwald urkundlich erwähnt wird, ursprünglich viel ausgedehnter und reichte von Brilon bis Iserlohn, von der Möhne im Norden bis zur Lenne im Süden. Diese Forsten wurden gebannt, und es war bei strenger Strafe verboten, dort zu jagen und zu fischen. Um das Wild der „Hohen Jagd“, das Rot-, Schwarz- und Auerwild, zu schonen, waren Bären, Wölfe, Luchse und Füchse als Raubtiere vom Forstbann ausgenommen; der Bannforstherr mußte lediglich benachrichtigt werden. Die Jagd auf das niedrige Wild, eines vornehmen Adligen nicht würdig, wurde weiterhin durch die Markengenossen ausgeübt. Allgemein wurde das Wild von Hunden aufgespürt und dann „auf die Garne“ gehetzt. In den Netzen tötete man die Tiere mit Spießen, Fangeisen und Keulen. Als Jagdhund wurde bevorzugt die noch heute im Sauerland gezüchtete „Olper Bracke“ eingesetzt. Neben diesen gewöhnlichen Jagdmethoden kam Mitte des 18. Jahrhunderts unter französischem Einfluß die Parforcejagd auf. Hierbei wurde das Wild von der Hundemeute und den berittenen

Jägern so lange verfolgt, bis es sich den Hunden stellte und der oberste Jagdherr den Hirsch mit dem Hirschfänger tötete. Bei der Hirschjagd hetzte man mit Windhunden und „Spionen“, einer Art Hühnerhund. Zur Sauhatz verwendete man Saubeiler und Saupacker. Außer der Hetzjagd wurde aber auch die Lockjagd, z. B. mit gezähmten, besonders gezeichneten Hirschen, betrieben.

Da die Siedlungs- und Rodungstätigkeit von den Niederterrassen her die Auwälder eroberte, verlor der Elch als erste Schalenwildart seinen Lebensraum. Er ist schon im 11. Jahrhundert ausgestorben. Auch der Auerochs kam sicherlich nur noch vereinzelt vor. Wegen der Bevorzugung des begehrteten „Friedwildes“ gehörte die Dezimierung des Raubwildes zu den wichtigsten Aufgaben der Jäger. So wurde der Braunbär im 16. Jahrhundert ausgerottet. Über das Verschwinden weiterer Großtiere unseres Raumes lese man im Kapitel „Ausgestorbene Säuger und Vögel“ nach (FELDMANN 1976).

1668 schreibt der Arnsberger Rudolf von Essel in einem Bericht über die Wildschäden auf den Feldern der Bauern: „Es ist sonst allenthalben in dieser Wildnis (Arnsberger Wald) ein solch großer Vorrath an Wilde, daß es unmöglich zu einiger Zeit kann ausgetilget werden oder auch merklich vermindert werden.“ Kaum zweihundert Jahre später war dieser Zustand erreicht. Mitte des 19. Jahrhunderts war das Rot- und Schwarzwild im Bergland fast ausgerottet. Nur dort, wo adliger Großgrundbesitz in geschlossenen Waldgebieten um Herdringen, Berleburg und Waldeck das Schalenwild hegte, waren noch geringe Restbestände vorhanden. Die Übertragung des Jagdrechtes an die Grundeigentümer und die Einführung von Feuerwaffen, die man vorher häufig als unwaidmännisch abgelehnt hatte, weil sie angeblich das Wild „verstänkerten“, führten zunächst zu einem Rückgang bei allen Wildarten. Gesetze waren zwar vorhanden, wurden aber wenig beachtet. 1850 bekräftigte das „Jagdpolizeigesetz zum Schutze des Wildstandes“ die schon in einer kurkölnischen Verordnung von 1765 festgesetzten Hege- und Schonzeiten. 1866 schränkte man die Brackenjagd ein, und 1861 wurde eine Verordnung zum

Schutz der nützlichen Vögel erlassen. Vorteilhaft war die zu Beginn des 19. Jahrhunderts begonnene gemeinsame Verpachtung der kleinen Grundflächen in Form von gemeinschaftlichen Jagdbezirken. Dadurch wurde eine großräumige Bejagung im Reviersystem begonnen.

Parallel zu diesen rechtlichen Maßnahmen entwickelte sich ein bedeutender Landschaftswandel: die Wiederbewaldung durch Aufforstung, die sich zunächst nur auf die zahlreichen Heide- und Wildländer erstreckte, später aber auch die Grenzertragsböden erfaßte. Nieder- und Mittelwälder, aus der traditionellen Siegerländer Haubergswirtschaft entwickelt, wurden zunehmend in Hochwälder umgewandelt. Während vor 100 Jahren das Laubholz, vorwiegend die Buche (zu 70 %), dominierte, nimmt heute die Fichte diese Stellung ein. Die sich ausbreitende Fichtenmonokultur verminderte die Kraut- und Staudenschicht am Boden und entzog dadurch zuallererst den Waldhühnern die Lebensgrundlage. Während Hasel-, Birk- und Auerwild im 19. Jahrhundert recht zahlreich vorhanden waren, insbesondere auf den ausgedehnten Heiden und in den lichten Laubwäldern der Hochlagen, erfolgte mit der zunehmenden Verfichtung ein stetiger Rückgang. Trotz Jagdverbots ist der Restbestand von Birk- und Auerwild zwischen 1960 und 1970 erloschen. Wiedereinbürgerungsversuche mit skandinavischem Auerwild im Ebbegebirge verliefen nicht erfolgreich, da die Einbürgerung nicht nachhaltig genug betrieben wurde.

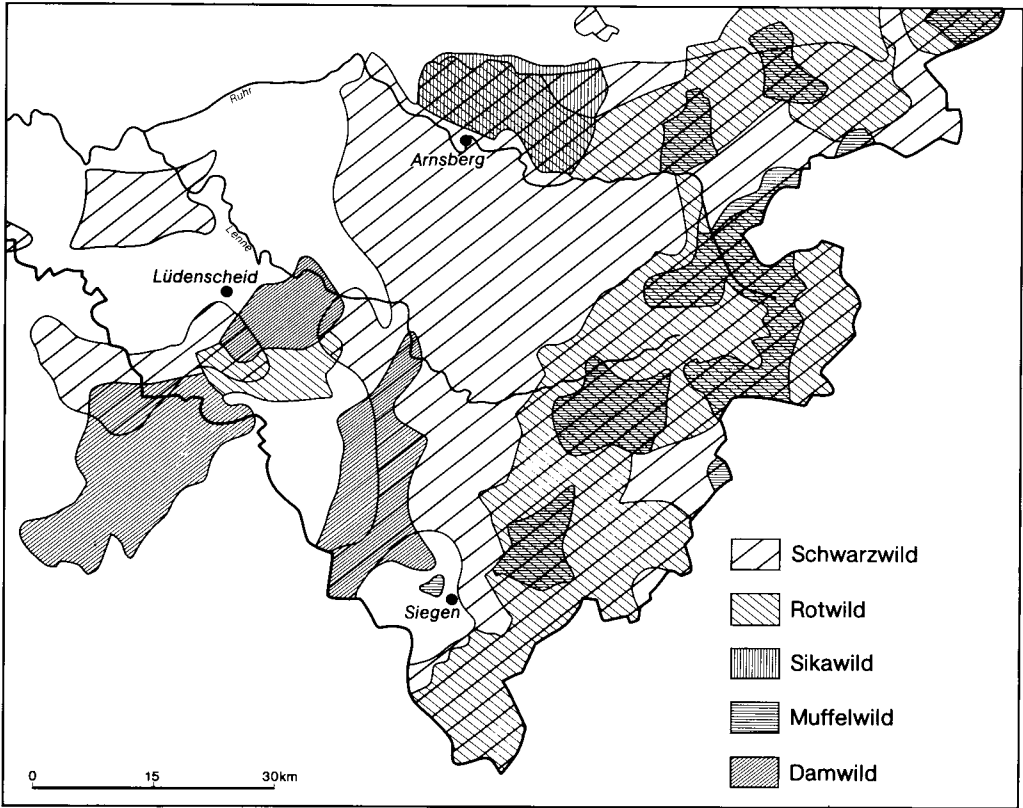
Seit 1980 läuft ein Wiedereinbürgerungsversuch der Forschungsstelle für Jagdkunde NW in der Hunau bei Schmalleben-Bödefeld. Begleitende Biotopschutzmaßnahmen des Naturschutzes haben den Versuch mit 40 überlebenden Tieren und einer ersten Brut bisher erfolgreich verlaufen lassen.

Haselwild hält sich nur noch vereinzelt in Rückzugsgebieten des Siegerlandes. Auch diese Waldhuhnart wird nur überleben können, wenn es gelingt, ihren Biotop in den früheren Haubergsniederwäldern vor der Umwandlung in Fichtenmonokulturen zu bewahren. Die Zunahme des Schwarzwildes schafft zusätzliche Gefahren für die Er-

haltung dieser seltenen Bodenbrüter. In dem Bemühen um die Rettung dieser schon lange von der Jagd verschonten Vogelarten wird die Verlagerung des jagdlichen Aufgabenbereichs von der Regulierung von Wildarten zur ihrer Erhaltung deutlich.

Völlig anders wirkte sich die Waldumwandlung auf das Schalenwild aus. Die dichten Pflanzwälder der Fichte bieten im Jugendstadium ideale Deckung und Tageseinstände. Die Kahlschlagswirtschaft schafft für etwa vier bis sechs Jahre große Äsungsflächen auf den jeweiligen Blößen. So wurde es bald notwendig, das zunehmende Schalenwild zu bewirtschaften, um für die Land- und Forstwirtschaft tragbare Wilddichten zu erhalten. Grundlage der Abschlußfestsetzung ist die Frühjahrszählung. Während das standorttreue Rehwild relativ leicht zu ermitteln ist, ist die Bestandsermittlung bei Rot-, Muffel- und Sikawild schwierig, da diese Arten einen größeren Aktionsradius haben und dadurch die Gefahr der Mehrfachzählung entsteht. Die Schwierigkeit von Zählung und Bejagung äußert sich in der Erfüllung des festgesetzten Abschusses. Mit Ausnahme des wanderfreudigen Muffelwildes wird bei den anderen Schalenwildarten das Abschlußsoll nur zu 75 % erfüllt.

Diese Hege mit der Büchse ist notwendig, da die Spitzenregulatoren Bär, Wolf und Luchs nach ihrer Ausrottung in unserer Zivilisationslandschaft durch die Jagd ersetzt werden müssen. Denn für alle Schalenwildarten können Zuwachsraten in Höhe von etwa 70 bis 80 % des Frühjahrsbestandes an weiblichem Wild angenommen werden. Dieser Zuwachs muß vom Jäger geerntet werden, da das Jungwild zwar in der Aufzuchtperiode ideale Nahrungsverhältnisse in den Wäldern und der künstlichen Krautschicht der landwirtschaftlichen Flächen vorfindet, im Winter indessen die abgeernteten landwirtschaftlichen Flächen den Lebensraum um ein Drittel einschränken, da in den kahlen Feldfluren Schwarzbrache vorherrscht. Dann ist das Wild auf einen äsungsarmen Nadelwald angewiesen, der in den Hochlagen zudem etwa 80 bis 90 Tage unter Schnee liegt. In dieser vegetationsarmen Notzeit ist der Jäger durch das Gesetz verpflichtet, das Wild zu füttern.



**Abb. 1 Schalenwildbezirke** (nach UECKERMANN 1986)

Von den autochthonen Wildarten ist das Rehwild in ganz Südwestfalen verbreitet. Mit einer Jahresstrecke von 20000 Stück (Streckendurchschnitt der Jahre 1980 – 1985) ist das Reh aus jagdwirtschaftlicher Sicht die wichtigste Wildart. Als Kulturfolger erweist es sich trotz der zunehmenden Beeinträchtigung seines Lebensraumes als anpassungsfähig. Bei einer Wilddichte von 8 – 10 Stück auf 100 ha dürfte sich die Gesamtpopulation auf etwa 45000 Stück belaufen.

Wenn auch im 19. Jahrhundert weite Gebiete völlig frei von Schwarzwild waren, so kommt es doch heute, zumindest als Wechselwild, mit Ausnahme des Nordwestens, wieder im gesamten Süderbergland vor (vgl. Abb. 1). Die Kerngebiete liegen in den geschlossenen Waldgebieten des Arnberger Waldes und des Rothaargebirges. Hegemaßnahmen haben dazu geführt, daß z. B. im Hochsauerlandkreis sich die Strecke gegen-

über 1975 von durchschnittlich 600 auf rund 1000 Stück erhöht hat. Der Abschluß mit etwa 2200 Stück jährlich greift zu 70% in die Altersklasse unter 2 Jahren ein, um ältere Bachen und Keiler heranreifen zu lassen. Allerdings werden keine Abschlußzahlen festgesetzt, da die hohe Vermehrungsrate eine scharfe Bejagung erfordert, um unzumutbare Wildschäden auf landwirtschaftlichen Flächen zu vermeiden. Die Gesamtgröße des Bestandes ist wegen der ausgedehnten nächtlichen Wanderung nur schwer zu schätzen, dürfte aber erfahrungsgemäß etwa doppelt so hoch sein wie der jährliche Abschluß, also bei 2500 Stück Schwarzwild liegen.

Während das Rotwild im 19. Jahrhundert vom Aussterben bedroht war, wird der Gesamtbestand im Arnberger Wald und im Rothaargebirge zwischen Arnberg, Brilon, Bad Berleburg und Siegen auf etwa 2200 Stück geschätzt. Unter dem Eindruck zu-



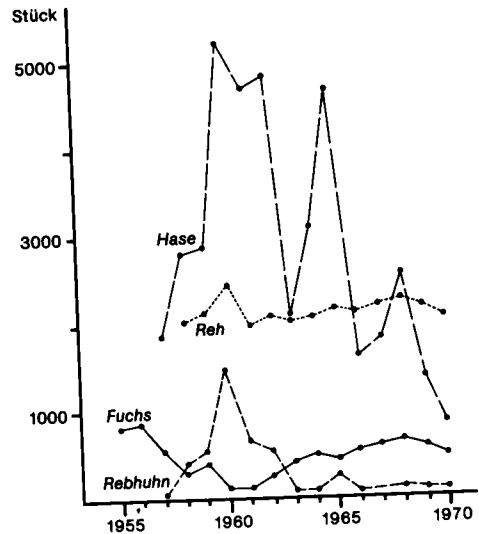
nehmender Schäl- und Verbißschäden in den Wäldern sind die Abschlußzahlen in den siebziger und achtziger Jahren von 500 auf rund 1000 Stück Rotwild im Jahr erhöht worden. Da das heutige Verbreitungsgebiet mit den Naturparks und den vom Erholungsbetrieb ausgehenden Störungen identisch ist, wird das Wild an der regelmäßigen Nahrungsaufnahme auf den Freiflächen gehindert. Daher schält es vermehrt die Baumrinde in den jungen Fichtenstangenhölzern, wodurch es für die Forstwirtschaft zur größten Problemwildart geworden ist. Um den Fortbestand der schon durch die neuen Waldschäden bedrohten Waldflächen zu sichern, werden von den Forstverwaltungen weitere Reduktionsabschüsse gefordert. Außer den allochthonen Hochwildarten, wie Rot- und Schwarzwild, sind seit Beginn des 20. Jahrhunderts Sika-, Muffel- und Damwild durch gewolltes oder ungewolltes Einsetzen in die freie Wildbahn gelangt.

Im Jahre 1936 entkamen aus einem 1893 bei St. Meinolf am Möhnesee eingerichteten Wildgatter einige Stück Sikawild, die durch die Öffnung des Gatters im Jahre 1945 zu einem freilebenden Bestand von etwa 1000 Stück angewachsen sind. Da man vom Sikawild als Nahrungskonkurrenten des Rotwildes eine Verstärkung der Schälchäden in den intensiv genutzten Wirtschaftswäldern des Arnsberger Waldes befürchtet, mußten durch die Erhöhung der Abschüsse von etwa 100 zu Beginn auf etwa 500 zum Ende der siebziger Jahre die Zunahme und Ausbreitung des Bestandes dieser robusten asiatischen Kleinhirschart begrenzt werden.

Das ursprünglich im Mittelmeerraum beheimatete Muffelwild mit einem Gesamtbestand von rund 700 Tieren verdankt sein Vorkommen gezielten Einbürgerungen zwischen 1930 und 1981 im östlichen Gebirgsraum zwischen Brilon und Siegen. Das Gesamtvorkommen ist innerhalb der Rotwildbezirke auf neun Einzelvorkommen inselartig aufgeteilt. Da die Population reine Waldgebiete mit hohem Fichtenanteil besiedelt hat, kommt es zur Nahrungskonkurrenz mit dem Rotwild, und da das Muffelwild vorzugsweise an den Wurzelanläufen der Baumstämme schält, wird eine Bestandserhöhung durch erhöhte Abschluß-

quoten mit etwa 200 Tieren jährlich verhindert (in 1975 nur 88 Tiere).

Damwild gibt es im Kreis Olpe und an der westlichen Grenze des Märkischen Kreises, über die es aus dem oberbergischen Vorkommen her einwandert. Die Population wird in einem besonderen Damwildbezirk noch geschont, um einen jagdlich nutzbaren Bestand aufzubauen.



**Abb. 2: Niederwildstrecken des Kreises Meschede 1955 - 1970** (Entwurf: R. KÖHNE)

Während die Schalenwildpopulationen hauptsächlich durch Festsetzung von Abschlußquoten oder zusätzlich, wie beim Rehwild, durch Verkehrsverluste (in 1984/85 21% der Jagdstrecke) reguliert werden, wirken sich beim Niederwild auch andere Regulatoren nachhaltig auf den Wildbestand aus. Die Entwicklung der Niederwildbestände im früheren Landkreis Meschede zwischen 1955 und 1970 zeigt erhebliche Rückgänge beim Hasen und Rebhuhn (Abb. 2). Nach einem Höhepunkt von mehr als 5000 erlegten Hasen im Jagdjahr 1959/60 fällt die Streckenkurve in den siebziger Jahren auf etwa 1000 zurück. Die höchsten Jagdstrecken wurden in dem extremen Trockenjahr 1959 erzielt, das die Überlebenschancen der Junghasen in der feuchtkühlen Mittelgebirgsregion deutlich verbesserte. Naßkalte Sommer und lange Winter

in den sechziger Jahren beschleunigten den Niedergang in der Folgezeit bis auf ein Fünftel der zuvor möglichen Jagdnutzung. Da das Maximum der Hasenstrecke mit einem Minimum an erlegten Füchsen zusammenfällt, spielen auch Räuber-Beute-Beziehungen eine wichtige Rolle.

Einen ähnlichen Verlauf zeigt das Ergebnis der Rebhuhnbejagung. Auch hier folgte nach einem Höhepunkt im Trockenjahr 1959 ein rapider Rückgang, der in den achtziger Jahren regional zu einem völligen Aussterben der Population geführt hat. Außer den durch Raubwild und naßkalte Witterung in der Aufzuchtperiode verursachten Verlusten wurde der Biotop des Rebhuhns im Offenland durch die nach 1960 einsetzende Intensivlandwirtschaft radikal verändert. Die Flurbereinigung beseitigte die landschaftlichen Kleinstrukturen, und der Pestizideinsatz entzog den Jungtieren die unerläßliche Eiweißversorgung aus der Insektenwelt. 1988 haben die Jäger die Bejagung auf freiwilliger Basis eingestellt.

Die jagdliche Verfolgung des Fuchses mit durchschnittlich 5200 erfolgt, sowohl um den Feinddruck auf das Niederwild zu verringern als auch um die auf Haustiere und Menschen übertragbare Tollwut zurückzudrängen. Die 1955 erstmalig im Süderbergland aufgetretene Krankheit ist, wie der Rückgang der Strecken in den sechziger und siebziger Jahren zeigt, ein wesentlicher Regulator der Fuchsbestände. Da von den Veterinärbehörden angeordnete Baubegassungen nicht zu einem Erlöschen der Tollwut führten, werden seit 1985 großflächig Schluckimpfungen mit präparierten Ködern durchgeführt. Der hohe Grad der Immunisierung bei Kontrollfüchsen (75% in 1986) und der signifikante Rückgang der Neuausbrüche von Tollwut lassen langfristig auf ein Erlöschen der Tollwuterkrankungen hoffen.

Unter den jagdlich relevanten Tierarten erlaubt der starke Rückgang der Hasenbesätze nur noch gelegentliche Jagdbeute in guten Hasenjahren. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre wurden durchschnittlich 6300 Hasen im Jahr erlegt, was einer Abschöpfung von 15 Hasen auf 1000 ha entspricht. Auf den warmen Lößböden in den

Agrarsteppen der Soester Börde können hingegen Strecken von 100 – 150 Hasen auf 1000 ha ermöglicht werden.

Unter dem Federwild steht die Stockente mit einer Strecke von 5300 Vögeln an erster Stelle. Von besonderer Bedeutung sind der Hochsauerlandkreis und der Kreis Olpe mit jeweils 1300 – 1400 Enten. Zahlreiche Gewässer, die in der Regel nur gering belastet sind, sowie Talsperren als Winterquartiere bieten dieser anpassungsfähigen Entenart günstige Biotopbedingungen. Die Ringeltaube bevorzugt die niedrigeren Regionen des westlichen Sauerlandes mit ausgedehnten landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die jährliche Strecke von 9000 – 12000 Ringeltauben ist erforderlich, um bei steigenden Streckenzahlen die Schäden an Sonderkulturen in Grenzen zu halten.

Untersucht man die Verteilung der bejagbaren Tierarten im Süderbergland, so sind die Niederwildarten Hase, Kaninchen, Reh und Fuchs sowie beim Flugwild Stockente und Ringeltaube überall verbreitet, allerdings mit deutlich höheren Dichten im westlichen Unterland und zunehmender Ausbreitungstendenz des Schwarzwildes. Die Kerngebiete des Schwarzwildes liegen indessen in Bereichen mit hohem Waldanteil im Ost- und Nordsauerland. Im Gegensatz dazu bleibt das Rotwildvorkommen auf die geschlossenen Waldgebiete des Rothaar- und Ebbegebirges sowie des Arnsberger Waldes beschränkt. Im Rahmen von Rotwildbezirken wird seine Bestandsdichte und Verbreitung durch Reduktionsabschüsse jagdlich kontrolliert. Auch das Sikawildvorkommen im Arnsberger Wald und die Muffelwildvorkommen des Arnsberger Waldes und des Rothargebirges sind anthropogen entstanden und werden jagdwirtschaftlich an einer weiteren Arealausweitung gehindert.

Somit ergibt sich eine Zweiteilung der Jagdregion auf der asymmetrisch von Südosten nach Nordwesten verlaufenden Abdachung des Mittelgebirges. Die unterländisch-colline Stufe ist überwiegend vom Niederwild mit dem Reh als wichtigster Schalenwildart geprägt. Die oberländisch-montane Hochwildregion besetzt in exzentrischer Lage die von Fichten-/Buchenwä-

dern geprägte Dachstufe mit einer autochthonen Rot- und Schwarzwildpopulation und mosaikartig eingefügten Sika- und Muffelwildvorkommen.

Die Jagdwirtschaft im Südergebirge ist traditionell eng mit der Forst- und Landwirtschaft verbunden und auch heute noch fester Bestandteil der ländlichen Kultur. Da das Jagdrecht an das Grundeigentum gebunden ist, fließen aus der Nutzung dieses Rechtes etwa 16,3 Millionen DM in die Kassen der privaten und öffentlichen Grundeigentümer. Zusätzliche 2,4 Millionen DM wandern in Form der Jagdsteuer in die Haushalte der Kreise. Mit einem durchschnittlichen Pachtpreis von DM 38 gehört das Sauer- und Siegerland zu den teuersten Jagdlandschaften der Bundesrepublik. Das gegenüber dem Durchschnitt zwei- bis dreimal höhere Preisniveau erklärt sich aus der wirtschaftlichen Zuordnung zum Ballungsraum an Rhein und Ruhr.

Die Jagdausübung obliegt etwa 9000 Jägern, die in 1100 Revieren mit einer Durchschnittsgröße von 380 ha in ihrer Freizeit jagen. Das flächendeckende Reviersystem mit zwei bis drei Jägern, die eine Jagdfläche von 100 ha beaufsichtigen, wird zunehmend auch für ökologische Kontroll- und Beobachtungsaufgaben im Bereich des Artenschutzes eingesetzt. Die Vollschonung der früher als „Jagdschädling“ verfolgten Greifvögel und Graureiher hat seit 1970 wesentlich zu ihrer Bestandserhaltung beigetragen. Das jagdliche Handeln der Zukunft wird sich vornehmlich auf das Abschöpfen des Zuwachses oder die Reduktion der Schalenwildbestände verlagern müssen, um Schäden auf bewirtschafteten Flächen zu vermeiden. Durch Schonung gefährdeter Tierarten und Optimierung ihres Lebensraumes kann die Jagd dazu beitragen, die Artenvielfalt des südwestfälischen Berglandes zu erhalten.

#### Literatur

**Köhne, R.** (1976): Die Jagd in Südwestfalen. In **Feldmann R.:** Tierwelt im südwestfälischen Bergland, S. 31. Kreuztal

**Feldmann, R., R. Schröpfer, H. Vierhaus** (1984): Die Säugetiere Westfalens. Münster

**Ueckermann, E.** (1986): Statistiken und Karten der Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadensverhütung des Landes NW. Bonn

**Statistische Angaben** der Kreise Siegen-Wittgenstein, Olpe, Soest, Märkischer Kreis, Hochsauerlandkreis 1989



## Die Bedeutung einer alten Territorialgrenze für die heutige Verflochtenheit des Bergisch-Märkischen Industriegebietes\*

von Peter Schöller †

Industriegeographisch stellt die Schiefergebirgslandschaft zwischen Solingen und Iserlohn-Lüdenscheid den Kern des bergisch-märkischen Industriegebietes dar, das den Raum zwischen Ruhr und Sieg, rheinischem Terrassenrand und Lenne umfaßt und mit dem Ruhrbezirk eng und vielseitig verflochten ist. Der einheitliche Kernraum wird wirtschaftlich bestimmt von der Eisen- und Metallverarbeitung in Klein- und Mittelbetrieben, die in der Weiterentwicklung alter metallgewerblicher Traditionen einen hohen Grad von Spezialisierung erreicht haben. Er basiert heute auf dem Standortfaktor qualifizierter Facharbeiter und der günstigen Lage zwischem dem Kohle und Halbzeug, Strom und Gas liefernden Ruhrbezirk und dem Siegerländer Manganerzgebiet. Auch im Absatz der eigenen Erzeugnisse wirkt sich diese zentrale Lage innerhalb des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebietes mit seinem starken Eigenbedarf fördernd aus. Eingelagert in dieses umfassende Gebiet der Kleineisenindustrie ist die Textilindustriezone um Wuppertal und Lennep. Von geringerer Bedeutung für den Gesamttraum sind die alten Tuch- und Veredelungsindustrien von Hückeswagen, Hagen und Herdecke. Die Textilindustrie ist mit dem Gebiet der Eisenindustrie insofern funktional verbunden, als sie die Beschäftigung überschüssiger weiblicher Arbeitskräfte ermöglicht.

Den hohen Grad der innerwirtschaftlichen Güterverflechtung und die Bedeutung des alten bergisch-märkischen Kernraumes für

den gesamten rheinisch-westfälischen Wirtschaftsorganismus haben alle das Gebiet betreffenden wirtschaftsgeographischen und volkswirtschaftlichen Arbeiten immer wieder betont. Doch scheint es wichtig, die geschichtlichen Grundlagen und Kräfte in ihrer Bedeutung für die Gestaltung der Industrielandschaft zu überprüfen und in ihren Auswirkungen zu untersuchen. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Bedeutung der seit dem 14. Jahrhundert als Territorialgrenze zwischen dem Herzogtum Berg und der Grafschaft Mark festgelegten Grenzscheide zwischen rheinischem und westfälischem Raum, die das physisch-geographisch ganz einheitliche Süderbergland quer von NNW nach SSW durchzieht.<sup>1</sup> Es soll versucht werden, die heutige Verflochtenheit und die Differenzierung des Kerngebietes unter Berücksichtigung der Verschiedenheiten im Volksschlag, der wirtschafts- und verkehrsgeographischen Lage, der in allen Elementen mittelbar, daneben aber auch unmittelbar wirksamen politisch-historischen Kräfte festzustellen und genetisch zu verstehen. Denn das kann vorausgesetzt werden, daß auch die Wirtschaftslandschaft nicht nur Werk und Ergebnis der ihr immanenten Kräfte ist, sondern daß Nah- und Fernwirkungen sie beeinflussen haben und von ihr ausgegangen sind.

Für die erste Periode des gewerblichen Lebens, die etwa bis zum Dreißigjährigen Krieg gerechnet werden kann, sind allerdings unzweifelhaft die natürlichen Bedingungen maßgebend gewesen. Die Standortgegebenheiten Wasser, Erz und Holzkohle ermöglichten ein materialorientiertes Landgewerbe, das im ganzen Süderberg-

\* Nachdruck aus: Petermanns Geogr. Mitteilungen, 97. Jg., 1953, S. 187-194

land zwischen Ruhr und Sieg älteste Ursprünge zu haben scheint. Für das Siegerland ist latène-zeitliche Eisenverhüttung gesichert. Zahlreiche große Schlackenhaufen zwischen Wupper und Ennepe zeigen in der chemischen Analyse ein hohes Alter, sind aber noch nicht sicher einzuordnen.<sup>2</sup>

Auch der Zeitpunkt der ersten Nutzung der Wasserkraft für die Eisenschmelzen und später dann für die Bearbeitung ist trotz eingehender Forschungen nicht sicher nachzuweisen. Als 1525 zur Schonung der Fischerei die Anlage von neuen Wehren verboten wurde, erging zugleich der Befehl, die „seit Menschengedenken“ angelegten Wasserwerke zu beseitigen. Die erste Wasserkraftnutzung geht also mindestens bis ins 15. Jahrhundert zurück und hat sich im märkischen Ennepe-Volme-Gebiet etwa zur selben Zeit wie im Wuppersystem auf bergischem Boden durchgesetzt.

Auf den gleichen bodenständigen Anfängen des Eisengewerbes bilden sich am Ende des Mittelalters drei Kerngebiete heraus, die bereits Produktionsdifferenzierungen und den Einfluß von Lage- und Verkehrsbeziehungen andeuten: Solingen, Breckerfeld und Altena – Lüdenscheid – Iserlohn.

Solingen, das schon im 15. Jahrhundert eine fortgeschrittene Berufssonderung zwischen Schmieden, Schleifern und Schwertfeuern erkennen läßt, und wo die Anfänge zunftmäßiger Ordnung schon im 14. Jahrhundert zu vermuten sind, zeigt früh ein Hervortreten der Verarbeitung zu Fertigwaren. Die Nutzung der Wasserkraft erfolgt hier in erster Linie von den Schleifkotten in den Tälern.

Auch in Breckerfeld ist im 15. Jahrhundert das Eisen- und Stahlgewerbe die Existenzgrundlage des Ortes. Aber hier überwiegt die Produktion – in erster Linie die Knüppelstahlbereitung – gegenüber der Klingen- und Messerfertigung. Kaufleute der Breckerfelder Stahlgilde sind im 14. Jahrhundert in Antwerpen, Brügge, Thorn, Riga und Nowgorod nachgewiesen. England ist das Hauptexportgebiet. Auf dem englischen Markt liegen schon um 1500 märkische und bergische Stahlprodukte in erbittertem Kampf um den Absatz. Breckerfeld scheint

es nicht gelungen zu sein, das beanspruchte Monopol der Stahlbereitung auch für das Bergische Land wirksam werden zu lassen.<sup>3</sup>

Ist Breckerfeld der wirtschaftliche Mittelpunkt des westlichen Sauerlandes bis Halver, Kierspe und Meinerzhagen, so erscheint Lüdenscheid als Zentrum der mittelalterlichen Osemunderzeugung, als Kern des Gebietes der wandernden „Iserchmitte“, die Nester von Eisenstein, Rasen- und Sumpferz in Renn- und Luppenfeuern verhütten und das gefrischte, zu einem Stabe ausgeschmiedete Osemundeisen nach Lüdenscheid liefern, wo es zu grobem Draht ausgezogen wird. Diese dezentralisierte Osemundwirtschaft steht in enger Wechselbeziehung zur ländlichen Einzelhofsiedlung und hat das heutige Siedlungsbild durch Nachwirkungen insofern mitbestimmt, als bei der beharrlichen autochtonen Weiterentwicklung des Industrieraumes die über das ganze Gebiet punkthaft verstreuten Schmieden als kleine gewerbliche Anlagen mit veränderter Funktion erhalten geblieben sind. Lokale Arbeitsteilung verbindet Lüdenscheid mit Altena und Iserlohn, wo das gröbere Lüdenscheider Erzeugnis weiterverarbeitet und zu mittlerem und feinem Draht ausgezogen wird. Iserlohner Nadeln und Kettenpanzer werden zum bedeutenden Handelsgut, das vor allem über Soest und Dortmund in den Fernhandel kommt.

Für den Absatz und Handel der bergischen und Breckerfelder Stahlerzeugnisse besitzt Köln dagegen die Vorrangstellung. Köln als führender Platz im westlichen Quartier der Hanse und bedeutendste Stadt Deutschlands im 15. und 16. Jahrhundert ist Vermittler im Seeverkehr und Hansehandel. Nach Kölner Quellen ist aber neben Breckerfelder Stahl und Stahlwaren, die zeitweilig über Wesel geleitet werden, auch der Draht die wichtigste Halbfertigware der sauerländischen Ausfuhr nach Westen, für die vom Kölner Großmarkt Wein, Tuche und Spezereiwaren ins Süderbergland zurückgehen.<sup>4</sup>

Der Überblick über das Gesamtgebiet am Ausgang des Mittelalters zeigt also, daß die natürlichen Verhältnisse hier den Menschen schon früh zur außeragrarischen gewerblichen Tätigkeit angeregt haben und daß die Bewohner des Süderberglandes auf rheini-

scher wie auf westfälischer Seite diese Voraussetzungen und Möglichkeiten genutzt und über die Eigenversorgung hinaus ein bedeutendes Exportgewerbe entwickelt haben. Dem Zentralraum zwischen Wupper und Volme als Hauptproduktionsgebiet stehen die Randlandschaften mit stärker verarbeitender Wirtschaftsstruktur gegenüber: Solingen auf der bergischen, Altena und Iserlohn auf der sauerländischen Flanke. Daß im Mittelraum Breckerfeld seine führende Stellung als Zentrum der Stahlbereitung schon im 16. Jahrhundert verliert, hat wohl seinen letzten Grund nicht nur im Niedergang der Hanse und dem Verlust des englischen Marktes, wie oft betont wird<sup>5</sup>, sondern im Anbruch einer neuen Wirtschaftsepoche, auf die man sich hier nicht umzustellen vermag!

Dieser zweite Abschnitt in der wirtschaftsgeographischen Entwicklung des Süderberglandes, der etwa in der Mitte des 17. Jahrhunderts beginnt, wird charakterisiert durch das Absterben einer der Wurzeln des alten Eisengewerbes: Die bodenständigen Erzlagerstätten versiegen. Zu gleicher Zeit breitet sich eine Produktionsform immer weiter aus und wird weiterentwickelt, die wohl lange vorher bestanden hat, ohne daß ihr jedoch wirtschaftsprägende Bedeutung zukam: Die Wasserhammerwerke übernehmen die Stahlbereitung und -veredelung. Beides trägt dazu bei, daß die Wasserkraft nunmehr in erster Linie standortorientiert wirkt. Das Eisengewerbe wandert ab in die Täler. Hier entstehen hintereinandergereiht zahlreiche Wasserwerke zum Recken, Breiten und Raffinieren des Stahls; Kotten, die mit ihren Hammerteichen, Stauwehren und Wasserrädern noch heute in manchem Tal erhalten und für die alte Wirtschaftslandschaft bezeichnend sind. Auf den Höhen bleiben nur die Schmiedewerkstätten. Neben dem Standortfaktor der Wasserkraft tritt in dieser zweiten Epoche der Arbeiterfaktor immer stärker hervor, weil Arbeitsgang und Verarbeitung an den Schmied immer höhere Anforderungen stellen.

Wichtig ist aber vor allem, daß mit der Ablösung der „Epoche der kleinen Handleistung“ durch das „Zeitalter der Massenlei-

stung mit Hand und Wasserkraft“ nun vom Handel her die kapitalistische Durchdringung des Gewerbes beginnt. Dezentralisierte Produktion, aber Zentralisierung des Absatzes im oft kaufmännisch geleiteten Großbetrieb ist das Wesen des Verlagsystems, das nun aus den Schranken der Zünfte ausbricht und den Absatz des Landhandwerks organisiert.

Der kommerziell-kapitalistische Einbruch in die Wirtschaftsstruktur des Süderberglandes erfolgt bezeichnenderweise von der Westseite, dem Bergischen Land. Frühe Handelsdurchdringung aufgrund der günstigeren Lage zur Verkehrsachse des Rheintales, aber auch calvinistischer Wirtschaftsgeist und geistig-kulturelle Einflüsse sind für die rheinische Durchdringung der bergischen Bevölkerung und die Entwicklung des Handelsunternehmertypus maßgebend gewesen, während auf der westfälisch-märkischen Seite Beharrung bei den alten überlieferten Wirtschaftsformen, der Orientierung nach der Produktion, weniger nach dem Markt, erhalten bleiben. Dem beweglichen und geschäftstüchtigen Handelsunternehmer des Bergischen, der allen Neuerungen offen ist und sich durch eine große Anpassungsfähigkeit an Konjunktur und Mode auszeichnet, steht der konservative Fabrikant des märkischen Gebietes gegenüber. Er hält an der Produktionsweise und den stabilen Stapelartikeln fest, die ihm eine lange Familientradition überliefert hat. Immer erst dann, wenn sich eine Neuerung endgültig durchgesetzt hat, nimmt man sie auf, hält daneben aber noch so lange am alten fest, wie die Rentabilität des Betriebes es erlaubt. Daß diese konservative Art aber auch positive Folgen für den Wirtschaftsraum gezeitigt hat, zeigt die Entwicklung der märkischen Kleiseisenindustrie in späterer Zeit. Ihr hoher Leistungsstand ist gerade durch das beharrliche Festhalten an denselben Artikeln, durch die große Erfahrung vieler Generationen bestimmt. Diese sozialgeographische Differenzierung zwischen Bergischem und Märkischem Land ist aber nicht nur stammesmäßig im Volksschlag bedingt, sondern in starkem Maße geschichtlich-kulturell geprägt: Eben durch die Kontinuität der Grenze blieb die seit der Besiedlung des Landes wirksame verschiedene Ausrichtung der beiden Gebiete nach

wesensverschiedenen Zentralräumen erhalten. Die Kulturraumgrenze zwischen rheinischem und westfälischem Verkehrsgebiet wurde für die wirtschaftliche, politische und kulturell-geistige Differenzierung der Bevölkerung ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Unterscheidung zwischen dem Handels- und dem Produzentenunternehmertypus bestätigt sich in der folgenden Zeit, die gekennzeichnet ist durch die Vormachtstellung der bergischen Wirtschaft in Betriebsweise, Organisation und Kapitaleinsatz, entscheidend aber im Vertrieb und Handel. Der Rückgang und schließliche Ausfall des Breckerfelder Wirtschaftsgebietes in der neuen Epoche scheint mir der Angelpunkt für die gesamte weitere wirtschaftsgeographische Entwicklung zu sein.

Während sich nämlich im Remscheider und Solinger Gebiet die Wasserhämmer im 17. Jahrhundert trotz Verboten durchsetzen können, hat der kurzsichtige Kampf der Breckerfelder Stahlschmiede gegen die neuen Hammerwerke Erfolg. Das Verbot der Errichtung neuer Hämmer wird befolgt. Der Breckerfelder Stahlhandel bleibt so nicht mehr konkurrenzfähig. Das Fehlen kaufmännischer Initiative und modern-kapitalistischer Organisationsformen kommt hinzu. Damit gehen die Absatzmärkte an die bergische Industrie verloren. Schließlich kommt um die Wende des 16. zum 17. Jahrhundert der Breckerfelder Stahlhandel ganz zum Erliegen.

Dieser erbitterte Kampf der Städte und der alten ständischen Zunftordnung gegen alle Neuerungen und Umwälzungen, vor allem gegen die neuen kapitalistischen Wirtschaftsformen und ihre überstädtischen Unternehmer ist ja ein Grundzug der Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Zeitalter des „Frühkapitalismus“. Auch im Bergischen Land bestehen strenge Zunftgesetze gegen den Stahlbezug für die Klingen- und Messerschmiederei in Solingen und für die Sichel- und Sensenherstellung im Remscheid-Lüttringhausen-Cronenberger Gebiet aus den verfemten Wasserhämmern. Aber einmal setzen sich diese Zunftbestimmungen nie ganz durch, weil aus dem Wirtschaftswillen der Bevölkerung starke Kräfte dagegenstehen und die kapitalistischen

Formen bereits Eingang gefunden haben, zum anderen wirkt hier durch die Realteilungssitte ein ganz anderer Zwang zur gewerblichen Tätigkeit. Eine Rückbildung zur agrarischen Wirtschaft, wie sie teilweise im Breckerfelder Gebiet zu verfolgen ist, kann hier nicht stattfinden.

In Solingen, wo die Zunftkontrolle schärfer als jenseits der Wupper durchgeführt werden kann, führt das Verbot der neuen Stahlveredelungsformen zu einer verstärkten Hinwendung zur Weiterverarbeitung und zum Handel. Zur Nutzung der Wasserkraft entstehen in den Tälern zahlreiche neue Schleifkotten, denen das Schleiferprivileg, das auch für die Remscheider Erzeugnisse Gültigkeit hat, reichlich Beschäftigung garantiert. Zugleich liegt hier im reformierten Solingen der Schwerpunkt für den Vertrieb der bergischen Stahlwaren. Die Solinger Kaufleute haben das Vorrecht, auch Remscheider Waren zu führen, während den Remscheider Kaufleuten der Vertrieb von Solinger Waren verboten ist. Noch bis ins 18. Jahrhundert hinein ist das östliche bergische Industriegebiet im Auslandshandel fast ganz auf die alten Handelshäuser Solingens angewiesen.<sup>6</sup>

Im Bezirk von Remscheid, Cronenberg und Lüttringhausen, wo die Sichel- und Sensenindustrie führend ist, nimmt die Entwicklung durch die Wirksamkeit des „Standortfaktors Grenze“ einen anderen Gang. Ist hier auch der Beschluß des Cronenberger Handwerksgerichtes von 1604, den unter dem Wasserhammer gereckten Stahl nicht zu verwenden, nie ganz durchgeführt worden, so führen doch Erschwerungen, Hemmnisse und Kämpfe im Sensengewerbe zu einer Abwanderung bergischer Rohstahlschmiede in das durch den Ausfall Breckerfelds in gewissem Sinne zum industriellen Vakuum gewordene westmärkische Gebiet, als dort die Anfänge aktiver merkantilistischer Wirtschaftspolitik wirksam werden. Unter der Förderung der preußischen Regierung kommt es zur Verlagerung einer bereits erprobten Industrie über die Grenze. Roh-, Reck- und Raffinierstahlprozeß und die Sensenschmiederei fassen Fuß im Heilenbecke- und Ennepetal.

Für den Einfluß politischer Kräfte auf das Wirtschaftsleben ist es wichtig, daß die Zeit



der verschärften politischen Trennung von Berg und Mark unter Pfalz-Neuburg und Brandenburg mit dem Aufkommen des Merkantilismus zusammenfällt. Wohl ist im Erbvertrag von 1666 die wirtschaftliche Einheit beider Länder aufrechterhalten worden. Handel und Wandel sollen nicht gesperrt oder gehemmt werden. Der gegenseitige freie Wirtschaftsaustausch – „mutuum commercium“ – wird von beiden Seiten garantiert. Die Wirtschaftsgrenzen des bergisch-märkischen Raumes liegen an Rhein und Weser.<sup>7</sup> Trotzdem hat, wie gezeigt werden wird, der Grundsatz „mutuum commercium“ nie unangefochten bestanden. Er konnte praktisch nicht durchgeführt werden, weil die Interessen der Merkantilpolitik beider Territorien sich überschneiden. Störungen, Streitigkeiten und Zölle haben besonders im 18. Jahrhundert den freien Wirtschaftsverkehr gehemmt und die gegenseitige Ein- und Ausfuhr behindert.

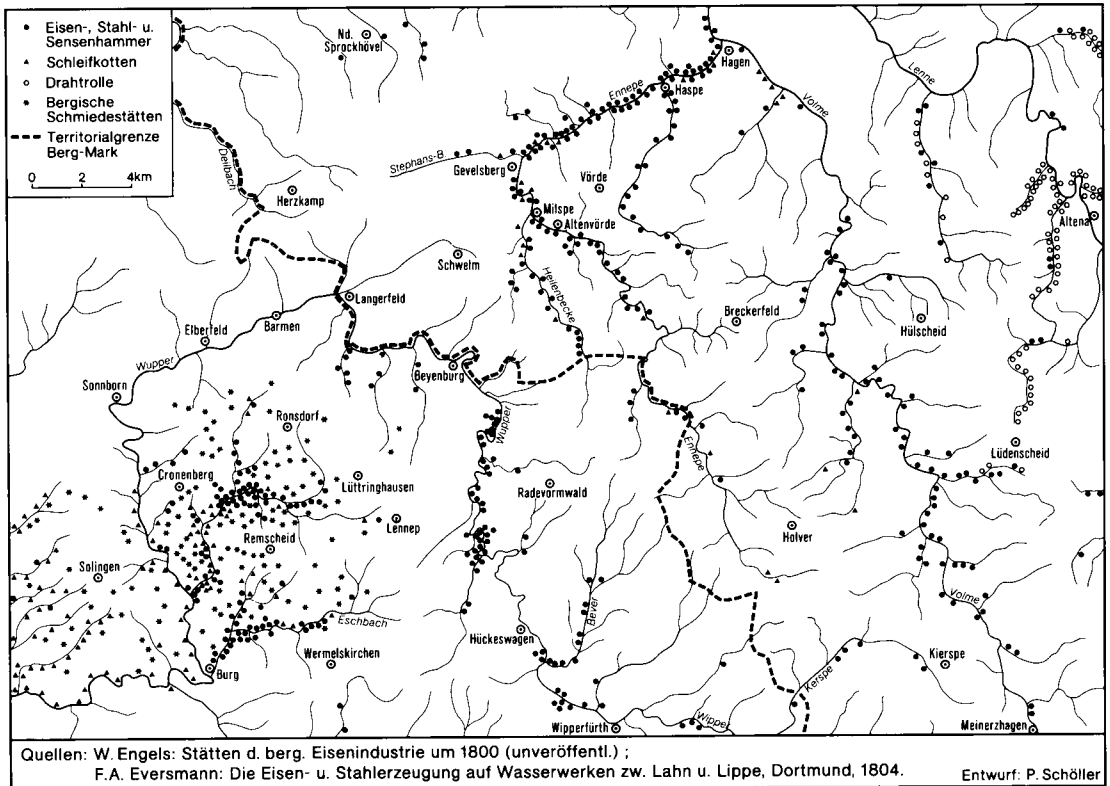
Denn das Interesse des Fiskus an der Wirtschaft steht im Merkantilzeitalter voran. Das Staatsinteresse verlangt anfangs die Stützung der Zünfte und die Beibehaltung der wirtschaftlichen Trennung von Stadt und Land oder doch die strenge Bindung des ländlichen Gewerbes an die Landzunft. Aber die steigenden Bedürfnisse moderner Staaten mit Behördenorganisation und Heerwesen, die Tendenz, das eigene Territorium zu einer wirtschaftlich unabhängigen Zoll- und Verkehrseinheit zusammenzuschließen, erfordern eine aktive staatliche Gewerbe- und Industrieförderung auch auf dem platten Land und die Begünstigung der neuen kapitalistischen Betriebs- und Handelsformen.

Die Heranziehung neuer Verarbeitungs- und Fertigwarenindustrien geschieht auf preußischer Seite in erster Linie durch eine ausgeprägte Bevölkerungspolitik, die in der Ansiedlung fremder Facharbeiter durch Gewährung von Vergünstigungen, Privilegien und Prämien die Produktionskraft und damit den Wohlstand und die Steuerkraft des Landes heben will. Die besondere Ausbildung dieser Populationspolitik im Märkischen Land kann m. E. wohl nur durch die politische Vergesellschaftung mit kulturgeographisch verschieden entwickelten Landesteilen verstanden werden. In den

östlichen Teilen Preußens war der Populionismus entwickelt worden; er hatte sich dort bewährt und wurde nun, zu einer selbstverständlichen Methode merkantilistischer Wirtschaftspolitik geworden, auch in Cleve und Mark wirksam, wo er bedeutende geographische Auswirkungen nach sich zog:

CLEMENS BERTRAM, IBACH und BRAND sind die Namen der Remscheider Hammerschmiede, die als Neubegründer des märkischen Stahlgewerbes am Ende des 17. Jahrhunderts zu gelten haben. Ihnen folgen Freunde und Verwandte, gelockt durch Prämien, staatliche Subventionen bei der Anlage von Hammerwerken, Anweisung von Hausplätzen, Hergabe von Bauholz, befristete Steuerfreiheit, Befreiung vom Militärdienst, prohibitive Zölle – also all die Mittel, welche die staatliche Gewerbe- und Industriepolitik einzusetzen hatte. Vor allem die Gewährung der Gewerbefreiheit wirkt stark anziehend. 1732 wird die Ausbreitung des Eisengewerbes auf dem platten Land außerhalb der städtischen Bannmeilenzone erlaubt und damit das Aufblühen der jungen Industrie gefördert.

Wurde die Bevölkerungspolitik der preußischen Regierung als ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Fortschritt genannt, so darf nicht unerwähnt bleiben, daß andere staatliche Maßnahmen in Verbindung mit den Grenzverhältnissen zu einer Bevölkerungsabwanderung aus der Mark ins Bergische führen. Durch die stark angezogene Steuerschraube für die heimische Industrie, in erster Linie aber durch die Kantonspflichtigkeit, „saugt das Bergische immerfort am Märkischen“.<sup>8</sup> Es ist nach den zeitgenössischen Quellen etwas ganz Gewöhnliches, daß die Militärdienstpflichtigen sich rechtzeitig ins „Ausland“ retten. Ehe man sich „zu den Preußen ziehen“ läßt, kann man „über die Wupper gehen“.<sup>9</sup> Die preußischen Werbekommandos müssen sich zeitweilig in der Mark recht übel aufgeführt haben. Aus vielen Orten sind Berichte bekannt, nach denen Männer überfallen und zum Soldatendienst gepreßt wurden. War ihnen die Flucht ins Bergische gelungen, wandte man oft genug „Sippenhaftung“ an. Männer und Frauen wurden nachts „im Hembede“ auf die Wache geschleppt, miß-

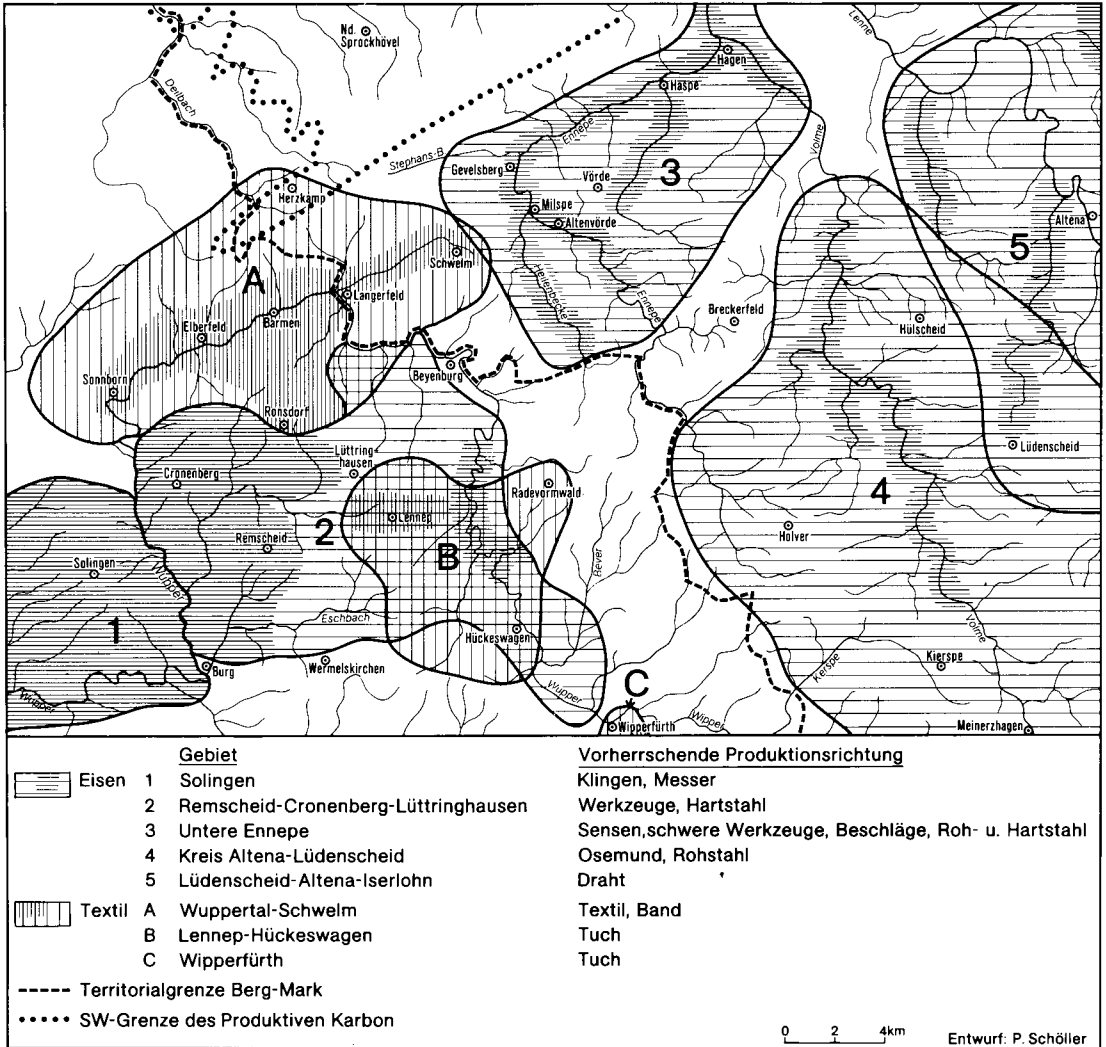


**Abb. 1: Standorte der bergisch-märkischen Eisenindustrie um 1800 (zwischen Solingen und Altena)**

handelt und eingesperrt. Die Bevölkerung wehrte sich. Aus dem 18. Jahrhundert sind Volksaufstände in den Gerichten Hagen, Herdecke, Schwelm und Altena bekannt, bei denen regelrechte Schlachten geliefert wurden. Wenn auch die Behauptung KUEMELS übertrieben sein dürfte, daß „in den metallgewerblichen Orten des Herzogtums Berg damals die Hälfte der Untertanen märkische Untertanen waren, die als kräftige junge Arbeiter vor den preußischen Werbemännern reißaus genommen hatten“<sup>10</sup>, so dürfte doch, nach allen Quellen zu urteilen, der Bevölkerungsverlust der Mark bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts sehr beträchtlich und recht spürbar gewesen sein. Als schließlich das Wohl der Industrie auf dem Spiele steht, verfügt der König 1748 die Militärfreiheit für alle märkischen Schmiede, 1787 die allgemeine Werbefreiheit für die Gerichte Schwelm, Hagen und Lüdenscheid.

Nun wandern viele der geflüchteten jungen Leute in ihre Heimat zurück, bringen aber

zugleich Kenntnisse, Fertigkeiten und Anregungen aus dem Bergischen mit, so daß im Endresultat durch staatliche Einwirkungen wiederum starke industrielle Befruchtungen spürbar sind. Besonders im Kleinschmiedehandwerk haben die Rückwanderer neue Produktionsmethoden und neue Artikel eingeführt, ja zum Teil ganz neue Industrien aufgebaut. „Seitdem der König den Fabrikendistrikten Werbefreiheit gegeben hat, hat die Volksmenge und der Flor derselben, besonders im Hochgericht Schwelm, sehr sichtbar zugenommen“, stellt MÜLLER 1789 fest.<sup>11</sup> Die Sensenindustrie an der Enneperstraße zählt 1754 bereits 120 Sensenhämmer, davon 81 in Gericht und Stadt Hagen, 30 im Gericht Schwelm. Den Sensenschmieden folgen Kleinschmiede aus dem Bergischen. Die Industrie größerer Werkzeuge (Feuerzangen, Schaufeln, Sägen, schwerer Hämmer, Ambosse, Pfannen, Riegel usw.) und Baubeschläge wird zwischen Schwelm und Hagen heimisch. Es bildet sich die Industrieland-



**Abb. 2: Wirtschaftsräume der bergisch-märkischen Eisenindustrie um 1800 (zwischen Solingen und Altena)**

schaft von Schwelm – Milspe – Voerde – Gevelsberg – Haspe – Hagen, deren Produktionseinrichtungen bis heute im wesentlichen die gleichen geblieben sind.

Bezeichnend für die Auswirkung der sozial-geographischen Bedingungen ist es, daß sich die Verpflanzung feinerer Industrien nicht durchsetzt. Die Schlittschuhfertigung, die 1736 im Gevelsberger Gebiet durch Remscheider Schleifer aufgenommen wird, geht ebenso ein, wie die durch Solinger Meister nach Eilpe bei Hagen (1661) und Wetter (1661–63) für den Heeresbedarf her-

übergezogene Klingen- und Messerindustrie keinen Bestand hat. Hierin zeigt sich auch, daß sich die Arbeitsorientierung der Eisen- und Stahlindustrie im 18. Jahrhundert immer mehr vertieft und auf die Standortwahl einwirkt. Entscheidend sind nicht allein die staatlichen Eingriffe ins Wirtschaftsleben. Die Bevölkerungsstruktur gibt die sozialen Möglichkeiten, wie die Wasserkraft der Ennepe und ihrer Nebenbäche die natürliche Voraussetzung der Standortverlagerung bietet.

Aber noch andere Faktoren spielen hinein. Die Remscheider Industrie weicht an den

Produktionsort minderer Kosten aus. Geringere Arbeitskosten sind einmal durch ein niedrigeres Lohnniveau im industriellen und bevölkerungsärmeren Märkischen Land gegeben, zum anderen durch die geographische Lage und Ausstattung, welche die Rohstoffversorgung beeinflußt. Der eigene Bergbau im Bergischen ist durch die starke Ausbeute schon im 16. Jahrhundert bedeutungslos geworden. Erzbezug aus dem Oberbergischen, der Mark und dem Siegerland ist erforderlich. Teilweise wird das Siegerländer Roheisen in der Mark zu Rohstahl verarbeitet und dann an die bergischen Raffinierhämmer geliefert. Auch das im Herdfrischprozeß gewonnene Osemund-Schmiedeeisen aus dem Märkischen und Kölnischen Sauerland ist ein wichtiges Einfuhrgut der bergischen Industrie. Der Rohstoffbezug der jungen westmärkischen Industrie jenseits der Grenze muß sich demgegenüber billiger gestalten. Zu der günstigeren Erzlage kommen geringere Preise für Holzkohle, bis dann am Ende des 18. Jahrhunderts die Steinkohle zuerst in der Raffinierstahlerzeugung Verwendung findet und die Standortgunst der Ennepetaler Eisenindustrie im 19. Jahrhundert in entscheidender Weise unterstreicht.<sup>12</sup>

Die Rückwirkungen dieser in so verschlungener Weise durch die Grenze mitbestimmten Aufwärtsentwicklung auf die Remscheider Ausgangsindustrie sind wiederum in den Arbeiten von Wilhelm ENGELS zu finden. Die erste unmittelbare Folge ist der Niedergang der bergischen Sensenindustrie. Noch einmal wird später dort ein Versuch mit der Fertigung gehämmert Stahlsensen steiermärkischer Art gemacht; aber auch diese Produktion kann sich gegen das mit niedrigeren Löhnen, Kohle- und Stahlpreisen billiger arbeitende und staatlich geförderte märkische Stahlsensengewerbe nicht lange halten.

Den Todesstoß versetzt der alten bergischen Sensenzunft schließlich der Wirtschaftsgeist im eigenen Lager. Der bergische Handelsunternehmer schaltet sich ein, zuerst im Rohstoffbezug. Schon 1715 besitzen die Hammerwerksbesitzer an der oberen Wupper bei Kräwinklerbrücke und Hückeswagen, die der günstigen Verkehrsbeziehungen und besseren Kraftgrundlage wegen hierher

ausgewichen sind, in der Vermittlung des Siegerländer und Märker Stahls und Eisens eine gewisse Monopolstellung, die sie zu willkürlichen Preissteigerungen gebrauchen. Dazu kommt, daß Mitglieder der Sensenzunft als Verleger in der Mark arbeiten lassen und daß bergische Kaufleute den Vertrieb märkischer Sensen übernehmen. Die kommerziellen Fähigkeiten und kaufmännischen Unternehmereigenschaften können in den sauerländischen Wirtschaftskreisen nicht in gleicher Weise angeregt, entwickelt oder übertragen werden wie die produktionstechnischen Neuerungen. Ein starker, leistungsfähiger Kaufmannsstamm mit größeren Exportgeschäften entsteht nicht im Ennepetaler Raum. Den Nahabsatz besorgen Winterberger Hausierhändler, für den Auslandshandel bedient man sich Solinger und Remscheider Handelshäuser. Von den nach Berg gelieferten Waren geht ein großer Teil, etwa ein Viertel der Gesamtausfuhr der Mark, auf bergische Rechnung weiter nach Westeuropa und Übersee.<sup>13</sup> Den märkischen Kaufleuten rät man zu dieser Zeit, zur Empfehlung ihrer Waren der Anschrift hinzuzufügen: „Hagen bei Remscheid“.<sup>14</sup>

Dafür kann aber der preußische Fabrikenkommissar EVERS-MANN im Jahre 1800 für den märkischen Bezirk Schwelm feststellen: „... ich darf kühn behaupten, daß in keiner Gegend die Oekonomie in Anwendung des Wassers auf Räder einen höheren Grad der Vollkommenheit erreicht hat.“<sup>15</sup> – Die sozialgeographische Differenzierung wird deutlich!

Indem aber der bergische Handelsunternehmer den Absatz der märkischen Produzenten übernimmt, wirkt er mit an der Zerstörung der Grundlagen des heimischen Parallelgewerbes, trägt jedoch zugleich bei zur Umstellung dieser Industrie auf feinere Werkzeugsarten und zur Intensivierung und Ausbreitung des bergischen Handels! Ein vielseitiges Kleinschmiedehandwerk entsteht im 18. Jahrhundert im Remscheider Raum. Aber nicht nur in der Tendenz zur Verfeinerung und Spezialisierung (Sägen, Feilen, Bohrer usw.) unterscheidet es sich vom sauerländischen Schmiedehandwerk, sondern auch im Wechsel der Sorten, der Fähigkeit zur Marktanpassung und Pro-

duktionsumstellung, gefördert durch die beherrschende Stellung, die nun die Kaufmannschaft im Wirtschaftsleben Remscheids erringt. Die hier angedeuteten charakteristischen Strukturzüge der Remscheider Werkzeugindustrie sind im wesentlichen bis heute erhalten geblieben. Die Standortdifferenzierungen zwischen bergischer und märkischer Kleineisenindustrie in der Gegenwart reichen in ihren Grundlagen also in die Zeit der noch wirksamen bergisch-märkischen Territorialgrenze zurück.

Faßt man das wirtschaftsgeographische Bild vom Ende des 18. Jahrhunderts zusammen und vergleicht es mit dem von vor zweihundert Jahren, so fällt auf, daß sich nur der zentrale Raum beiderseits der Grenze stärker verändert hat. Solinger Industrie und Handel im Westen, Osemundbezirk um Lüdenscheid und Drahtfabrik von Lüdenscheid – Altena – Iserlohn haben sich auf alten Grundlagen eigenständig weiterentwickelt. Im mittleren Gebiet bildeten Umlagerungen und Strukturänderungen einen durch Rohstoffbeziehungen, Verlag, Handel und Arbeiteraustausch eng verbundenen Wirtschaftsraum über die rheinisch-westfälische Grenze hinweg und, durch die Grenze beeinflusst, zwischen Remscheid und Hagen. Endlich stehen jedoch alle Teile des Gesamtgebietes in Wechselbeziehung miteinander, der Hartstahlbezirk zwischen Solingen, Gevelsberg und Hückeswagen mit dem Halbstahlbezirk zwischen Hagen, Altena und Meinerzhagen.

Die Analyse hat ergeben, daß der Standortfaktor Grenze mit der Vertiefung der Arbeitsorientierung und zunehmender staatlicher Wirtschaftspolitik an Bedeutung zunimmt, in seiner Wirksamkeit hemmend nach der einen, begünstigend nach der anderen Seite wirkt, jedoch die Gesamtentwicklung des Gebietes fördert: Die Industrie der schweren Fertigwaren wandert zum volkswirtschaftlich „richtigen“ Standort geringerer Produktionskosten ab, die bergische Industrie stellt sich auf leichtere Qualitätsfabrikate um. Die kulturell und auch konfessionell beeinflusste Unternehmer- und Bevölkerungsstruktur unterstützt diese Bewegung, die also nicht nur eine Funktion von Entfernung und Produktionskosten ist.

Wie im kleinen ein Talzug oft einen ganzen Verarbeitungsprozeß umfaßt, das herangeführte Knüppeleisen vom Rohstahlhammer zu den benachbarten Reck-, Breite- und Raffinierhämmern weiterwandert, in Klipperwerken und Schleifkotten die letzte Bearbeitung erfährt, um als Fertigware über die Großhandelshäuser abgesetzt zu werden, so ist gleichsam der ganze Wirtschaftsraum der Kleineisenindustrie zwischen Solingen und Iserlohn, den bedeutendsten Exportstädten, eine funktionale Wirtschaftseinheit geworden, deren Teile eng aufeinander angewiesen sind.

Es ist hier nicht möglich, die wirtschaftsgeographischen Auswirkungen der politischen Verwicklungen zur napoleonischen Zeit im einzelnen zu verfolgen. Meist handelt es sich in der Wirtschaft dieser Zeit auch nur um – allerdings sehr starke – Konjunkturschwankungen infolge der französischen Schutzzollgesetzgebung und der Kontinentalsperre. In einzelnen Fällen aber sind doch Standortverlagerungen erfolgt, die bis in die gegenwärtige Zeit nachwirken.

Besonders stark war die hauptsächlich auf Westexport eingestellte bergische Industrie nach 1806 getroffen worden. Abwanderung und Übersiedlung zahlreicher Fabrikanten und Arbeiter ins linksrheinische Gebiet, wo eine geschützte und bevormundete Industrie gute Arbeitsmöglichkeiten und gesicherten Absatz fand, war die Folge. Filialgründungen der Remscheider Werkzeug- und Solinger Klingenindustrie, aber auch des bergischen Textilgewerbes auf der linken Rheinseite dienten einmal zur Maskierung eines umfangreichen Schmuggels zugunsten der alten Produktionsstätten, haben aber im Endergebnis doch – und das ist vor allem in der Baumwollindustrie von München-Gladbach zu spüren – die Wirtschaftskräfte im Ausweichraum gestärkt und bereichert und damit zur Ausbildung und Entwicklung des größeren rheinisch-westfälischen Industriegebietes beigetragen. Die Gefährdung der bergischen Industrie zu der Zeit, als sie von ihren Rohstoff- und Absatzmärkten abgeschnitten war, scheint aber auch der Abwanderung von Unternehmen und Arbeitern über die mär-

kische Grenze ins Preußische wiederum förderlich gewesen zu sein. Jedenfalls tritt bei der Diskussion der preußisch-französischen Handelsabkommen in märkischen Wirtschaftskreisen immer wieder das Argument auf, daß bei einem günstigen Zolltarif Frankreich – Preußen die bergischen Unternehmer sich noch zahlreicher in der Mark ansiedeln würden.<sup>16</sup>

So hat die Grenze wohl auch in dieser Zeit das Zusammenwachsen von Berg und Mark nur gefördert. Schließlich fiel in der folgenden Zeit die Territorialgrenze. Die bergisch-märkische Grenze, die nie Wirtschaftsgrenze gewesen sein sollte, aber de facto doch eine solche geworden war, wurde 1814 im Rhein-Weser-Zollverband endgültig ihrer wirtschaftstrennenden Funktionen entkleidet und zur Provinzgrenze degradiert. Das Zollgesetz vom 26. Mai 1818 brachte schließlich auch den Fall der Wesergrenze. Ein einheitliches modernes Handelssystem entstand; jede Beschränkung im Verkehr zwischen den preußischen Provinzen wurde beseitigt. Der bergisch-märkische Wirtschaftsraum schloß sich immer enger zusammen. Die Beziehungen zur Kohle und zum Ruhrgebiet, wo Territorialgrenzen schon am Ende des 18. Jahrhunderts regelrecht überbaut worden waren<sup>17</sup>, wurden enger geknüpft. Neben Solingen und Remscheid, Lüdenscheid und Iserlohn, Schwelm und Ennepetal traten Hagen und Gevelsberg und nördlich davon Velbert und Hattingen als Wirtschaftszentren heraus.

Doch die Grundstruktur der Industrieverteilung vor 1800 ist in wesentlichen Zügen bis heute erhalten geblieben. So kann als Ergebnis festgestellt werden, daß an der heutigen Verflechtung und Ausgestaltung der Wirtschaftslandschaften staatlich-politische Kräfte in den Auswirkungen der rheinisch-westfälischen Grenze in starkem Maße beteiligt gewesen sind und bis in unsere Tage lebendig nachwirken. Nicht Trennung, sondern Zusammenschluß mit Differenzierung hat die Grenze geschaffen. Sie hat die Industrieentwicklung nicht in verschiedene Bahnen gelenkt, aber sie hat die Standortgegebenheiten beeinflußt und auf die Schwerpunktbildung und funktionale Verbindung der Industrieräume eingewirkt.

#### Anmerkungen

- 1) „Die rheinisch-westfälische Grenze zwischen Ruhr und Ebbegebirge. Ihre Auswirkungen auf die Sozial- und Wirtschaftsräume und die zentralen Funktionen der Orte“ behandelt eine Dissertation von SCHÖLLER, die im Juli 1951 von der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn angenommen wurde und im Laufe dieses Jahres (1953) in den „Forschungen zur deutschen Landeskunde“ (Verlag des Amtes für Landeskunde, Remagen) erscheinen wird.
- 2) MUNDORF, der die „Sinderhops“ im Wupper- und Ennepegebiet kartiert hat, beschäftigt sich eingehend mit Alter und Bedeutung der frühen Eisenverhüttung.
- 3) Aus den Akten „Grenzverh. Nr. 22, Cleve-Mark XX“; Staatsarchiv Düsseldorf.
- 4) Eine quellenmäßig ausgezeichnet belegte Darstellung der Handelsbeziehungen zwischen Köln und Westfalen gibt DÖSSELER.
- 5) 1589 Aufhebung des Hanseprivilegs in England
- 6) Für diesen und den folgenden Abschnitt sind die von ENGELS durchgeführten Untersuchungen von grundlegender Wichtigkeit.
- 7) Noch 1768 bestimmte eine Kabinettsordre Friedrichs II., daß der preußische Westen als Ausland zu gelten habe, um den Schmuggel auszuschließen und die Wirtschaft der Ostprovinzen zu fördern. Das bedeutete, daß alle Waren, deren Einfuhr aus dem Ausland auch sonst verboten war, wie Garn, Siamosen, wollene Tücher usw., nicht im preußischen Osten abgesetzt werden durften. Die zugelassenen Waren genossen Zollvergünstigungen. Praktisch herrschte jedoch im Handelsverkehr ein ungeheures Durcheinander, weil Sondervergünstigungen, Verschärfungen, Verbote und Erlaubnisse miteinander abwechselten.
- 8) Aus der „Chorographie von Schwelm“ von 1789 des Schwelmer Pfarrers MÜLLER, S. 76
- 9) Als stehende Redewendungen im Schwelmer Gebiet erhalten
- 10) KUEMMEL, S. 23
- 11) MÜLLER, S. 76
- 12) Mit der humorvollen Bemerkung: „Es scheint, als hätten unsere Vorfäter die Landesgrenze nach dem Ausgehenden der Steinkohle bestimmt“, kennzeichnet der preußische Fabrikkommissar EVERS-MANN im Jahre 1804 die verschiedene Rohstoffausstattung beider Territorien. Zu dieser Zeit ist die Steinkohle bereits zu einem entscheidenden Faktor im Produktionsprozeß geworden, während zur Mitte des 18. Jahrhunderts die Holzkohle beim Frischen des Eisens noch nicht ersetzt werden konnte. Durch erhöhte Zollbelastung nutzten die preußischen Behörden die Abhängigkeit der bergischen Industrie von diesem wichtigen Kraftstoff zur Förderung des eigenen Gewerbes aus.
- 13) Nach den Ergebnissen von WIRTH
- 14) Zitiert aus dem „Westfälischen Anzeiger“ von 1798 nach UHLMANN-BIXTERHEIDE, W.: Wege, Verkehr und Reisen an der Enneperstraße in alter Zeit. (Jb. Westf. Mk. 1927)
- 15) F. A. EVERS-MANN [10], S. 116f.

- 16) Über die Verhandlungen berichtet WIRTH, S. 40 u. 48 ff.
- 17) Als Symbol der Verschmelzung kann die Gutehoffnungshütte Oberhausen gelten, die 1781 aus der Verbindung der Antoni-Hütte auf kölnischem (Recklinghauser) Boden und der benachbart auf preußischem Boden liegenden Hütte entstand.

## Literatur

**Asbeck, M.:** Die Sensenindustrie an der Enneperstraße. Hamburg 1923

**Aubin, H., TH. Frings u. J. Müller:** Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden. Bonn 1926

**Böhmer, E.:** Geschichte der Stadt Schwelm. Schwelm 1950

**Dösseler, E.:** Der Handel und Verkehr Westfalens mit Köln zur Hansezeit. (Jb. d. Köln. Gesch.-Vereins 18, 1936)

**Drotboom, G.:** Wirtschaftsgeographische Betrachtungen über die Auswirkungen der Napoleonischen Kontinentalsperre auf Industrie und Handel. Diss. Bonn 1906

**Dütschke, G.:** Abriß einer Heimatkunde des Kreises Schwelm. Schwelm 1911

**Eichholz, S.:** Entstehungsgeschichte der Städte des Bergischen Landes. Diss. Bonn 1948

**Engels, W.:** Mittelalterliche Verkehrswege und neuzeitlicher Straßenbau im Remscheider Gebiet und seiner weiteren Umgebung. Remscheid 1939

**Engels, W. u. P. Legers:** Aus der Geschichte der Remscheider und Bergischen Werkzeug- und Eisenindustrie. 2 Bde. Remscheid 1823

**Eversmann, F. A.:** Die Eisen- und Stahlerzeugung auf Wasserwerken zwischen Lahn und Lippe. Dortmund 1804

**Helmrich, W.:** Die innerwirtschaftliche Verflechtung von Rheinland-Westfalen. Düsseldorf 1949

Das Ruhrgebiet. Wirtschaft und Verflechtung. Münster 1949

**Hymmen, R. v.:** Geschichtlich-statistische Beschreibung des früheren Kreises Hagen. Hagen 1889

**Jacobi, Fr. H.:** Bericht über die Industrie der Herzogtümer Jülich und Berg aus den Jahren 1773/74, hrg. v. W. Gebhard (Z. d. Berg. Gesch.-Vereins, Bd. 18. 1882.)

**Kraus, TH.:** Rheinisches Schiefergebirge, Niederrheinische Bucht und Ruhrgebiet. In: Handb. d. Geogr. Wiss., hrg. v. F. Klute, Bd. Deutschland II. Potsdam 1940

**Kuemmel, A.:** Geschichte des Kreises Altena. Altena 1911

**Kürten, W. v.:** Die Industrielandschaft von Schwelm, Gevelsberg und Milspe-Voerde. Diss. Köln 1939

**Kuske, B.:** Wirtschaftsentwicklung Westfalens in Leistung und Verflechtung mit den Nachbarländern bis zum 18. Jahrhundert. Münster 1943

Die Eigenart der Nordrhein-westfälischen Wirtschaft. In: Recht, Staat, Wirtschaft. Stuttgart und Köln 1949

**Lindner, W. E.:** Das Zollgesetz von 1818 und Handel und Industrie am Niederrhein. Diss. Bonn 1911

**Meister, A.:** Die Grafschaft Mark. 3 Bde. Dortmund 1909

**Mundorf, V.:** Die Wirtschaft im rheinisch-westfälischen Grenzgebiet Wupper, Volme und Ennepe. Diss. (M) Köln 1946

**Müller, F. Cr.:** Chorographie von Schwelm. Anfang und Versuch einer Topographie der Grafschaft Mark, 1789. Schwelm 1922

**Müller-Wille, W.:** Das rheinische Schiefergebirge und seine kulturgeographische Struktur und Stellung. (Dt. Arch. f. Landes- und Volksk., 6. Jg. 1942)

Raum Westfalen, Der ~, im Auftr. d. Prov. Westf. hrg. v. Aubin, Bühler, Kuske, Schulte. 3 Bde. Berlin 1931

**Redlich, O.:** Quellen zur Rechts- und Wirtschafts-geschichte der rheinischen Städte. Bonn 1928

**Rüeswald, K. u. W. Schäfer:** Geographische Landeskunde Westfalens. Paderborn 1937

**Schellewald, J.:** Aus der Vorzeit Halvers. I. Halver 1898

**Schloemann, F.:** Geschichte von Gevelsberg. Gevelsberg 1907

**Schmidt, F.:** Quellen zur Geschichte der Stadt und des Kirchspiels Lüdenscheid. (M) 1937-40

**Schmidt, G.:** Kraftquellen und Wirtschaft im Kreise Schwelm. Diss. Köln 1925

**Schmöller, G.:** Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs d. Gr. und Preußens überhaupt von 1680 bis 1786. (Jb. f. Gesetzgebung, Verw. u. Volksw. VIII, Leipzig 1884)

**Schönneshöffer, B.:** Geschichte des Bergischen Landes. Elberfeld 1895

**Scotti, J. J.:** Sammlung der Gesetze und Verordnungen . . . Jülich, Kleve, Berg. IV. T. Düsseldorf 1821/22

**Spethmann, H.:** Das Ruhrgebiet. 3 Bde. Berlin 1933

**Steinbach, F.:** Studien zur westfälischen Stammes- und Volksgeschichte. Jena 1926

**Tobien, W.:** Bilder a. d. Geschichte von Schwelm. Schwelm 1890

**Voye, E.:** Geschichte der Industrie im märkischen Sauerland. 4 Bde. Hagen 1908 f.

**Wirth, M.:** Die Industrie der Grafschaft Mark und die französische Schutzzollgesetzgebung 1791 bis 1813. Diss. Münster 1914

Geschichtlicher Handatlas der Deutschen Länder am Rhein. Mittel- und Niederrhein. Bearb. v. J. Neissen, hrg. v. K. Meisen, F. Steinbach u. L. Weisgerber. Köln 1950

Industrie-Standortkarten bei der Landesplanungsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1949

Herrn Rektor **Wilhelm Engels**, dem verdienten Remscheider Heimatforscher, danke ich für zahlreiche Spezialarbeiten und Vortragsmanuskripte über die Entwicklung der Werkzeugindustrie, die er mir freundlicherweise zur Verfügung stellte.





# Die Entwicklung der kurkölnisch-siegerländer Grenze und raumwirksame Differenzierungen der Kulturlandschaft

von Peter Meintz, Dortmund

## I.

Die geographische Grenzforschung hat seit den Untersuchungen von SCHWIND (1950), SCHÖLLER (1953), LENZ (1961) und anderen breite Anerkennung gefunden. Zahlreiche Beiträge haben seither im Hinblick auf eine funktional ausgerichtete Forschung Wirkungen von Grenzen in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und geistig-kultureller Hinsicht deutlich machen können (MEINTZ 1988). Dennoch bleiben empirisch angelegte, sowohl funktionale und strukturelle als auch genetische Aspekte einbeziehende Untersuchungen bis heute die Ausnahme. Sicherlich haben unzureichende Verfügbarkeit der Quellen, die Erfordernisse interdisziplinärer Zusammenarbeit und auch das im Zuge beendeter Neugliederungsmaßnahmen abgenommene Interesse den Blick auf andere Fragen der historisch-geographischen Forschung gelenkt.

In Nordrhein-Westfalen sind zahlreiche Verwaltungsgrenzen auf historische Territorialgrenzen zurückzuführen; man kann von einer weitgehend „historischen Prägung moderner Verwaltungsgrenzen“ sprechen (BLOTEVOGEL u. a. 1978).

Sind derartige historisch verankerte Verwaltungsgrenzen zugleich auch Konfessions- und/oder Kulturraumgrenzen sowie als Grenzen zentralörtlicher oder wirtschaftlicher Einheiten von Bedeutung, stellt sich die Frage nach deren planerischem Stellenwert. Hierbei sind Schlagworte wie Raumbewußtsein, Zugehörigkeitswille, Identifikation, Kontakt Räume, Kommunikationsräume und Raumorientierung mit Inhalten zu füllen (MEINTZ 1988).

Im folgenden soll versucht werden, wesentliche Aspekte zur Genese und kulturgeographischen Bedeutung der kurkölnisch-siegerländer Grenze herauszuarbeiten. Anschließend werden dann ausgewählte Beispiele zur Raumdifferenziertheit entlang der Kreisgrenze darzustellen sein.

## II.

Die kurkölnisch-siegerländer Grenze entspricht grob etwa dem Verlauf der Grenze zwischen den naturräumlichen Haupteinheiten „Westsauerländisches Bergland“ und „Siegerland“. Zeigen noch Relief, Jahresgang der Lufttemperaturen, Niederschläge und Phänologie relativ einheitliche Muster, so ergeben sich hinsichtlich der Oberflächengestalt, der Bodenverhältnisse, der Hydrologie und der Bodenschätze bedeutsame kulturgeographisch wirksame Differenzierungen entlang der Grenze.

## III.

Im weiteren Bereich der ursprünglich als natürlich empfundenen Grenze trafen im *Frühmittelalter* Mainzer, Kölner und Trierer Macht- und Einflußzonen aufeinander; der Grenzraum war einer jener Großräume, die sich zwischen den kulturräumlichen Kernräumen herausgebildet hatten; von einer Grenze in territorialer Hinsicht kann jedoch noch nicht die Rede sein. Erst die Formung leistungsstarker Territorialstaaten ließ die Grenze zur linienhaft festgelegten Grenze zwischen nassauischem und kurkölnischem Besitz werden. Die Grenze war nun weltliche wie kirchliche Verwaltungsgrenze, blieb aber hinsichtlich Wirtschaft, Verkehr und Kultur bis zur Refor-

mation ohne weitreichende Raumbedeutung. Breite Durchdringungs- und Übergangszonen hinsichtlich verwandtschaftlicher Verflechtungen und Religion stützen diese Auffassung.

#### IV.

Erst die *Reformation* und *Gegenreformation* ließen die kurkölnisch-siegerländer Grenze zur Trennungsgrenze werden: Die nunmehr durch die Überlagerung von Sprach-, Territorial- und Konfessionsgrenze voneinander getrennten Länder erwiesen sich zunehmend als divergent in ihrer Landesentwicklung. Die Grenze wurde zu einer scharfen Trennungsgrenze, an der insbesondere religiös-kulturelle und politische Bindungen der Bevölkerung gegenläufige Entwicklungsprozesse zeigten. Als bedeutungsvolle zentripetale Kräfte scheinen die territoriale Geschlossenheit und die konfessionellen Bindungen von Einfluß gewesen zu sein.

Wirtschaftsräumlich war der Grenzraum Olpe/Siegen zu Beginn der Territorialzeit noch Bestandteil des funktional zusammengehörigen Wirtschaftsraumes Siegerland. Strukturell war das engere Siegerland in erster Linie ein Land der Eisenerzeugung, und das Olper Land wurde bestimmt durch die Produktion; die Verhüttung war im Vergleich zum Siegerland unbedeutend. Die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben werteten die Grenze auf. Zollbestimmungen, Handelsrestriktionen (Import- und Exportverbote) und die gesetzliche Regelung wichtiger Produktionszweige ließen die Grenze auch zur wirtschaftsräumlichen Trennungslinie werden, ohne jedoch den wirtschaftlichen Austausch über die Grenze hinweg gänzlich unmöglich zu machen.

Zentralistische Tendenzen im Wirtschaftsleben verstärkten sich während der Territorialzeit und gefährdeten die Einheit in funktionaler Hinsicht. Im Zusammenwirken mit geistig-kulturellen und politischen Strömungen mußte somit die trennende Wirkung der Grenze deutlich zunehmen. Früher verbindende Faktoren wie verwandtschaftliche Verflechtungen und regionale Handelsbeziehungen treten immer mehr in den Hintergrund; sie wurden zu

unbedeutend, um die trennende Wirkung der Grenze abzuschwächen oder gar aufzuheben.

#### V.

Die territorialen Umwälzungen während und nach der *französischen Herrschaft* haben den südwestlichen Raum in völlig neue, geographisch relevante Raumzusammenhänge gebracht. Sowohl der Altkreis Siegen, der 1815 an Preußen gefallen war, als auch der Kreis Olpe, der nach nahezu 14jähriger hessischer Herrschaft 1816 zu Preußen kam, waren 1817 in die *Provinz Westfalen* eingegliedert worden. Damit mußte sich die Bedeutung der ehemaligen Landesgrenze zwischen dem Herzogtum Westfalen und dem Fürstentum Nassau-Siegen zwangsläufig verändern.

Im Anschluß an die territoriale Neuordnung versuchte der *Preußische Staat* die Verwaltung zu reorganisieren; hierbei blieben im Olper Land mehrere Ortschaften zu größeren politischen Gemeinden zusammengefaßt, im Siegerland hingegen entsprachen sich politische Gemeinden und Ortschaften. Ursächlich für diese ungleiche Verwaltungsgliederung waren die Grundsätze der Preußischen Verwaltungs- und Gemeindeordnung, nach denen bestehende Verwaltungsgrenzen weitgehend erhalten werden sollten; somit konnten die Verwaltungsstrukturen der vorpreußischen Zeit die politische Raumgliederung bis hin zur kommunalen Neugliederung der Gegenwart beeinflussen.

Die Landesentwicklung erfuhr durch die Eingliederung der ehemaligen Territorien in einen großen modernen Staatskörper, wie ihn die Provinz Westfalen darstellte, tragfähige Neuerungen und richtungsweisende Impulse:

– Zunehmend enger waren die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftsstruktur einerseits und der Entwicklung des Verkehrsnetzes andererseits geworden; bevölkerungs-, wirtschafts- und verkehrsstrukturelle Veränderungen konzentrierten sich auf die zentralen Räume der Landkreise. Die grenznahen Gemeinden orientierten ihre Beziehungen vorwiegend

in Richtung dieser Zentren, so daß ältere zentripetale Kräfte in veränderter Form weiter bestehen konnten.

- Der soziale und wirtschaftliche Wandel in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s (Industrialisierung) sowie die Differenzierung und Bürokratisierung des öffentlichen Lebens vermehrten die Aufgaben der Verwaltung und vervielfachten den Verkehr der Bevölkerung mit den Behörden. Es lag im Zuge der Zeit, daß sich dabei die wichtigsten Verwaltungsaufgaben immer stärker zu höheren Instanzen verschoben. Die Kreisgrenze zwischen Olpe und Siegen verlor dadurch an Bedeutung.

Nicht mehr staatlich determinierte, sondern administrative und persönlich-kommunikative Trennungskräfte, die mehr aus geistig-kulturellen Bindungen hervorgegangen waren, beeinflussten die Landesentwicklung und Kulturgeographie im Grenzraum.

Überkommene wirtschaftliche Grenzstreitigkeiten wurden abgebaut; an deren Stelle traten zunehmend politische Gegensätze, die, einsetzend mit der Epoche des Kulturkampfes, aus den verschiedenen konfessionellen, sozialen und kulturellen Haltungen der Bevölkerung erwuchsen.

Die kurkölnisch-siegerländer Grenze blieb bis in die Gegenwart hinein Kreisgrenze. Veränderte politisch-staatliche Rahmenbedingungen während des späten 19. und der ersten Hälfte des 20. Jh.s modifizierten die räumliche Bedeutung der Grenze, so daß von kontinuierlichen Grenzfunktionen nur bedingt die Rede sein kann. Wesen und Eigenart eines Staates beeinflussen den Stellenwert und die Bedeutung einer Grenze im Sinne von Auf- und Abwertung, Zentralismus und Selbstverwaltung sowie Einheit und Einräumigkeit der Verwaltung.

## VI.

Es kann als gesichert angesehen werden, daß die Grenze zwischen den Kreisen Olpe und Siegen eine bedeutende *Kulturraumgrenze* (MEINTZ 1988, S. 108 f) ist. Deutliche Divergenzen in der Sprachentwicklung,

konfessionelle Gegensätzlichkeit und politisch-territoriale Trennung haben die Räume beiderseits der Grenze über Jahrhunderte hinweg bestimmt. Seit der Reformation entwickelte sich eine Kontakt- und Kommunikationsgrenze, die durch sozialstrukturelle Elemente (z. B. Konfession, Eigentumsverhältnisse, Bodenverbundenheit u. v. m.) wesentlich beeinflusst wurde. Diese Kontakt- und Kommunikationsgrenze war aus den geistig-kulturellen, politischen und geschichtlichen Bindungen heraus erwachsen und von Trennungskräften bestimmt, die divergente Formen der Landesentwicklung nachhaltig mittrugen.

Wirtschaftsräumlich kommt der Grenze dagegen kaum Bedeutung zu. Sie trennt zwei unterschiedlich strukturierte Räume, die funktional aber zusammen gehören. Die Dominanz der Eisenwirtschaft und entsprechende Kulturlandschaftsprozesse zeugen industriegeographisch mehr Arbeitsteilung und Verflochtenheit als Trennung.

## VII.

Im folgenden sollen zentrale Aspekte der *Bevölkerungsentwicklung* im Gebiet der Grenze exemplarisch dargestellt werden. Die Darstellung geht davon aus, daß die räumlichen und natürlichen Bevölkerungsbewegungen in den Kreisen Siegen und Olpe deutliche Divergenzen zeigen (vgl. Tab. 1 und 2). Hierbei kann nicht auf alle Determinanten der Entwicklung eingegangen werden, sondern es werden wesentliche Aspekte herausgearbeitet.

Im Grunde haben wir es im Einflußgebiet einer alten Territorialgrenze mit einem Sonderfall zu tun, der grundsätzlich nicht als allgemeingültig gelten darf; denn zu bedeutend und einmalig sind die besonderen kulturellen, geistigen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Wenn auch allgemeingültige Wandlungen wie der Abbau konfessioneller, wirtschaftlicher und sozialer Disparitäten den Grenzraum erfaßt und beeinflusst haben, so muß die Bevölkerungsentwicklung dennoch als individuell begriffen werden.

Tabelle 1

## Bevölkerungsbilanzen der Kreise Olpe, Siegen und Wittgenstein 1818 – 1970

Zeitraum	Bevölkerung Ende der Zeiträume			Zu- und Abnahme								
	Olpe	Siegen	Wittg.	Gesamt			Geburtenüberschuß			Wanderungssaldo		
	Olpe	Siegen	Wittg.	Olpe	Siegen	Wittg.	Olpe	Siegen	Wittg.	Olpe	Siegen	Wittg.
1818 – 1843	25561	42952	21380	4150	9852	5279	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1843 – 1858	27854	48479	21120	2293	5527	-260	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1858 – 1871	30931	59773	19771	3077	11294	-1349	4394	8372	3211	-1317	2922	-4560
1818 – 1871	30931	59773	19771	9520	26673	3670	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1871 – 1885	35718	77666	20781	4769	17887	992	7120	16036	3680	-2351	1851	-2688
1885 – 1905	44939	106475	24121	9221	28809	3340	13498	32399	7427	-4277	-3590	-4087
1905 – 1925	59946	129503	27493	15007	23028	3372	15328	27237	5616	-321	-4209	-2244
1871 – 1925	59946	129503	27493	28991	69724	7704	35946	75672	16723	-6949	-5948	-9019
1925 – 1939	66923	149019	28563	6977	19516	1070	12091	19382	4518	-5114	134	-3448
1939 – 1946	81987	159390	41475	15094	10371	12912	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1946 – 1950	85660	180093	42221	3673	20703	746	2932	5526	1399	741	15177	-653
1925 – 1950	85660	180093	42221	25714	59609	14728	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1950 – 1961	95314	215538	42493	9654	35445	272						
1961 – 1970	119827	239132	45530	24513	23594	3037						
1950 – 1970	119827	239132	45530	34167	59039	3309						

k. A. = keine Angaben bzw. Angabe nicht sinnvoll

Quelle: MEINTZ 1988

Tabelle 2 Zu- und Abnahme der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt auf 1000 der mittleren Bevölkerung 1818 – 1954

Zeitraum	Zu- oder Abnahme der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt auf 1000 der mittleren Bevölkerung <sup>1)</sup>											
	Gesamt				Geburtenüberschuß				Wanderungssaldo			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
1818 – 1843	7,1	10,4	11,3	11,0	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1843 – 1858	5,7	8,1	- 0,8	6,5	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1858 – 1871	8,1	16,0	- 5,1	9,2	11,5	11,9	12,1	10,5	-3,4	4,1	-17,2	- 1,3
1871 – 1885	10,2	18,6	3,5	15,0	15,2	16,7	13,0	14,8	-5,0	1,9	- 9,5	0,2
1885 – 1905	11,4	15,6	7,4	23,6	16,7	17,5	16,5	19,5	-5,3	- 1,9	- 9,1	4,6
1905 – 1925	14,6	10,0	6,7	14,3	14,9	11,8	11,1	13,4	-0,3	- 1,8	- 4,4	0,9
1925 – 1939	7,9	10,1	2,7	6,2	13,7	10,0	11,5	9,4	-5,8	0,1	- 8,8	- 3,2
1939 – 1946	27,1	9,0	49,5	9,6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1946 – 1950	11,3	31,5	4,6	27,5	9,0	8,4	8,6	6,6	2,3	23,1	- 4,0	20,9
1950 – 1954	9,0	19,8	6,4	19,1	9,6	8,5	9,6	6,2	-0,6	11,3	-16,0	12,9

I = Kreis Olpe – seit 1832 ohne Gmd. Valbert; II = Kr. Siegen; III = Kr. Wittgenstein; IV = Prov. Westfalen

<sup>1)</sup> Nach REEKERS 1956

Quelle: MEINTZ 1988

Tabelle 3

## Geburtenraten in den Pfarrgemeinden 1818 – 1970

Jahre	Wenden		Hünsborn		Freudenberg Stadt				Oberholzklau		Olpe Stadt	
	Katholische Pfarreien				evangelische Pfarreien							
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
1818 – 1843	43	1					39	3	40	2		
1843 – 1858	33	1					33	1	30	2		
1859 – 1871	41	1					34	3	36	2		
1871 – 1884	42	1			40	2	39	3	31	4	27	5
1885 – 1894	36	1			35	2	32	4	34	3	25	5
1895 – 1904	39	1			33	2	39	1	32	3	39	1
1905 – 1925	36	1			24	4	20	5	26	3	35	2
1925 – 1932	33	2	35	1	27	3	23	5	26	4	13	6
1933 – 1939	29	2	41	1	–	–	17	4	22	3	–	–
1939 – 1945	20	2	25	1	13	5	14	4	17	3	7	6
1946 – 1950	18	2	18	1	16	4	13	5	17	3	11	6
1950 – 1960	21	3	25	1	24	2	18	5	21	4	16	6
1961 – 1970	27	2	37	1	21	3	18	5	20	4	16	6

A = Geburtenrate im Jahresdurchschnitt B = Rang

Quelle: MEINTZ 1988, S. 153

Wie überall in Deutschland sanken auch im Grenzraum die Geburtenraten (Tab. 3). Sie wiesen im langjährigen Durchschnitt seit 1818 eine Halbierung auf, wobei aber beiderseits der Grenze deutliche Unterschiede zu beobachten waren. Besonders bedeutungsvoll ist, daß die katholische Bevölkerungsgruppe häufig eine höhere Geburtenrate aufwies als die evangelische. Extrem ausgeprägt war dieser Unterschied in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also in einer Epoche, in der das Denken und Handeln der Bevölkerung deutlich konfessionsorientiert bzw. durch konfessionelle Bindungen determiniert waren. Sicherlich beinhalten darüber hinaus auch weitere soziale und wirtschaftliche Aspekte Ansätze, um die divergente Entwicklung zu begründen; aber es scheint doch sehr fraglich, ob unter einer kleinräumlichen Betrachtung die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten ausgeprägt genug waren, um die zweifelsfrei vorliegenden Unterschiede des Geburtenniveaus beiderseits der Grenze zu erklären.

Die Tabelle verdeutlicht die grundsätzlichen Unterschiede hinsichtlich der Entwicklung der Geburtenrate. Sie zeigt, daß nur in Ausnahmefällen die Geburtenrate auf der Siegerländer Seite der Grenze in ihrer Höhe an die der Olper heranreichte.

Ausnahmefälle lagen besonders um die Jahrhundertwende und zu Beginn des 19. Jahrhunderts vor. Hier dürften in erster Linie gleichgerichtete wirtschaftliche – insbesondere agrarwirtschaftliche – und soziale Rahmenbedingungen die demographischen Prozesse gleichsinnig beeinflußt haben. Unter langfristiger Perspektive kann es durchaus sein, daß das generative Verhalten der Protestanten sehr viel deutlicher und früher als das der Katholiken durch ökonomische Gegebenheiten beeinflußt war. Es ist nämlich nicht von der Hand zu weisen, daß es in Epochen wirtschaftlichen Aufschwungs zur Angleichung der Geburtenraten gekommen ist. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen hingegen war der Unterschied i. d. R. besonders ausgeprägt.

Auch der Grad der *Urbanisierung* sowie die *zentralörtliche Stellung* der Gemeinden müssen in die langfristige Betrachtung zur Entwicklung der Geburtenraten einfließen. Langfristig betrachtet hatte die katholische Pfarrgemeinde Freudenberg die niedrigste und die Agrar- und Arbeiterwohngemeinde Hünsborn die höchste Geburtenrate. Wenden als zentraler Ort des Amtes erreichte langfristig Geburtenraten, die zwischen denen der städtischen und denen der ländlichen Beispielgemeinden eingeordnet werden können.

**Tabelle 4**

**Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Pfarrgemeinden 1818 – 1970**

Zeitraum	Wenden						Freudenberg (ev.)						Oberholzklau					
	A	B	C	D	E	F	A	B	C	D	E	F	A	B	C	D	E	F
1818 – 1843	2273	2638	365	437	119,7	43	1119	1541	402	221	54,9	39	910	1176	313	251	80,2	40
1843 – 1858	2673	2853	215	246	114,4	33	1541	1870	329	273	83,0	33	1176	1111	-65	142	-218,5	30
1858 – 1871	2853	2783	-70	417	-995,7	41	1870	2026	156	282	180,0	34	1111	1229	118	150	127,1	36
1871 – 1885	2753	2927	144	556	316,7	42	2026	2808	782	498	63,7	39	1229	1360	131	207	158,0	31
1885 – 1894	2927	3128	201	310	154,2	36	2808	3159	351	434	123,6	32	1360	1446	86	230	267,4	34
1895 – 1904	*	*	*	610	*	39	3159	3954	670	511	76,3	39	1446	1759	123	227	184,6	32
1905 – 1925	*	*	*	1486	-292,8	36	3954	4204	225	746	331,6	20	1759	1970	190	389	204,7	26
1950 – 1960	4347	4339	-222	650	292,8	21	6273	7339	361	374	103,6	18	2822	3079	468	325	69,4	21
1961 – 1970	4339	6356	1744	784	45,0	27	7339	7986	746	326	43,7	18	3079	3875	846	289	34,2	20

\* 1902 erhielt Hünsborn eigene Kirchenbücher; damit war eine Zuordnung von Kirchenbüchern auszahlung und amtlicher Statistik nicht möglich. Zwischen 1920 und 1922 erfolgten weitere Abpfarrungen; die hierdurch verursachte Neugliederung der Pfarrbezirke erlaubt keine Bilanzierung der Bevölkerungsentwickl.

- A Einwohner zu Intervallbeginn
- B Einwohner zu Intervallende entsprechend der nächstgelegenen Angabe in der amtl. Statistik
- C Gesamtbevölkerungszunahme
- D Geburtenüberschuß nach Kirchenbüchern
- E Geburtenrate nach Kirchenbüchern
- F Geburtenrate in % von C

Quelle: MEINTZ 1988

Im 20. Jahrhundert ergaben sich für die evangelischen Kirchengemeinden grundsätzlich vergleichbare Zusammenhänge. Die Geburtenrate war in den mehr städtisch orientierten Gemeinden deutlich höher als in den ländlichen.

Im 19. Jahrhundert hingegen müssen Wanderungsphänomene im Rahmen zunehmender Verstädterung Einfluß auf die Geburtenrate gehabt haben. Verschiebungen des Altersaufbaus durch Zuwanderung junger Arbeitskräfte sind der entscheidende Faktor. Hier besteht sicherlich ein wichtiger Unterschied zwischen der Siegerländer und kurkölnischen Seite. Im Olper Land gab es im 19. Jahrhundert, sieht man von der Stadt Olpe ab, keine Zuwanderung.

Bevölkerungsgeographisch muß die Grenze somit in zweierlei Hinsicht als *Trennungsgrenze* aufgefaßt werden: einerseits trennte sie Räume tendenziell unterschiedlichen generativen Verhaltens, andererseits war der Einfluß städtischer Lebensformen auf der Siegerländer Seite deutlich höher als auf der Kurkölnischer Seite.

Nicht nur Zuwanderung mit entsprechenden Folgen für den Altersaufbau der Bevölkerung, sondern auch geringe Anteile von in der Landwirtschaft arbeitenden und grundbesitzenden Einwohnern sind als differenzierendes Element von Bedeutung. Ebenso muß der Einfluß entwicklungsgeschichtlicher Faktoren bei der Begründung von divergenten Geburtenraten entlang der Grenze berücksichtigt werden. Hierzu findet sich in der einschlägigen Literatur eine Vielzahl von Belegen über den Einfluß sozialer Gesichtspunkte auf das generative Verhalten (SCHWARZ 1972, MAYER 1972, MACKENROTH 1953, BLOTEVOGEL/SCHÖLLER 1978).

Die bisherigen Ausführungen führen zu der Frage nach den Auswirkungen der unterschiedlichen Geburtlichkeit auf die Entwicklung des Bevölkerungsstandes in zeitlicher und räumlicher Hinsicht. Zur Beantwortung dieser Frage ist es zunächst notwendig, sich ein Bild von den *Wanderungsbewegungen* der Bevölkerung zu machen. Die zugänglichen Quellen gestatten dies aber nicht mit der notwendigen Genauigkeit; denn die Kirchenbücher und die amtliche Bevölkerungsstatistik erlauben nur eine

Errechnung kleinräumlicher Bevölkerungsbewegungen. Hierbei war eine Vielzahl von statistischen Erhebungsdefiziten nicht zu umgehen, so daß die errechneten Bevölkerungsbilanzen nur Annäherungswerte enthalten, die eine vorsichtige Interpretation notwendig machen (vgl. MEINTZ 1988, S. 158). Somit darf die Tabelle 2 nur genutzt werden, um wesentliche Tendenzen, Trends und Zusammenhänge herzuleiten, wobei der exemplarische Charakter des kurkölnischen-siegerländer Grenzraumes nicht vergessen werden darf.

Im Gegensatz zu den beiden Agrargemeinden Wenden (Kreis Olpe) und Oberholzklau (Kreis Siegen) wurde das Bevölkerungswachstum in Freudenberg über die Geburtenüberschüsse hinaus (vgl. Tab. 4) auch durch Wanderungsgewinne getragen. Dabei war im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und sozialen Wanderungen die Relation zwischen natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen äußerst veränderlich; es lag keine kontinuierliche Zuwanderung vor, sondern diese erfolgte in deutlich ausgeprägten Schüben.

Bei langfristiger Betrachtung fielen in der Stadt Freudenberg Epochen mit hohen Geburtenraten immer in Zuwanderungsphasen, d. h. in Perioden erwerbsmäßiger Entspannung. Es führt wohl nicht zu weit, wenn hier erwerbsorientierte Verhaltensweisen als ausschlaggebend angenommen werden.

Auch in den beiden Agrargemeinden ist es zu Anpassungsprozessen zwischen der Höhe der Geburtlichkeit und dem Erwerbspotential gekommen, wobei aber im Gegensatz zum Ablauf in Freudenberg nie der Fall eintrat, daß Abwanderungen ausblieben.

In diesem Zusammenhang müssen die tendenziell höheren Geburtenraten auf der kurkölnischen Seite dazu beigetragen haben, daß das Ungleichgewicht zwischen Geburtenrate und Erwerbspotential hier langfristig sehr viel größer als auf der Siegerländer Seite wurde. Besonders deutlich wird dies bei einer überschlägigen Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung zwischen 1818 und 1925 (MEINTZ 1988, S. 159 und Tabelle 37). Die Bevölkerung der kurkölnischen Gemeinde Wenden erzielte zwischen

1818 und 1925 einen absoluten Geburtenüberschuß von etwa 4000 Personen, wobei der Gesamtzuwachs nach amtlicher Statistik aber bei nur etwa 830 Einwohnern gelegen hat. In Oberholzklau wuchs die Bevölkerungszahl gleichzeitig von 910 auf 1759, also um 849 Einwohner. Diesem Zuwachs stand ein Geburtenüberschuß von ca. 1600 Personen gegenüber.

Diese Fakten belegen, daß bei langfristiger Betrachtung die Abwanderung in Wenden ein sehr viel größeres Ausmaß als in Oberholzklau besaß.

Zu berücksichtigen bleibt noch, daß im siegerländischen Oberholzklau der absolute Bevölkerungszuwachs relativ größer als in Wenden war. Bei geringerem Geburtenüberschuß, kleinerer Gesamtbevölkerungszahl und niedrigerer Geburtenrate als im kurkölnischen Wenden müssen hier wirtschaftlich determinierte räumliche Bevölkerungsbewegungen vorgelegen haben.

Tendenzielle Unterschiede im Stellenwert der Geburtenüberschüsse blieben auch zwischen 1925 und 1970 bestehen: Wendens Bevölkerung nahm um etwa 5200 Einwohner zu, wovon ca. 4000 auf Geburtenüberschüsse entfielen, was etwa 77 % des Gesamtzuwachses entspricht. In Oberholzklau hingegen wuchs die Bevölkerung um ca. 2000 Einwohner. Davon resultierten aber nur etwa 53 % aus Geburtenüberschüssen (etwa 1300 Einwohner). Als zentrales Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die Bevölkerungsentwicklung beiderseits der Grenze zwischen 1818 und 1970 in zeitlicher wie räumlicher Hinsicht deutliche Divergenzen aufweist.

## VIII.

Im *politischen Bereich* nahm das Siegerland über lange Zeit eine Sonderstellung in Deutschland ein; zwischen 1881 und 1930 vertraten der Berliner Hofprediger STOEKER und seine Nachfolger (vgl. BUSCH 1978) den Wahlkreis Siegen/Wittgenstein/Biedenkopf im Reichstag. STOEKERS konservative, christlich-soziale Bewegung (Tab. 5), die sich von den Konservativen gelöst hatte, entwickelte sich seit der Jahrhundertwende zur dominierenden Partei im Siegerland, i. d. R. erreichte sie bei den Wahlen zum Reichstag die einfache Mehrheit.

**Tabelle 5 Die Bedeutung der dominierenden Partei bei den Reichstags- und Bundestagswahlen in den Kreisen Olpe und Siegen**

Wahltermin	Dominierende Partei <sup>1)</sup>			
	Krs. Siegen	Krs. Olpe	% - Stimmenanteil	
			Siegen	Olpe
20. 2. 1890	Konservative	Zentrum	42,4	92,9
15. 7. 1893	Konservative	Zentrum	43,0	X
16. 6. 1898	Stoecker (CS)	Zentrum	49,7	X
16. 6. 1903	Stoecker (CS)	Zentrum	50,9	91,1
25. 1. 1907	Stoecker (CS)	Zentrum	50,2	91,4
12. 1. 1912	Stoecker (CS)	Zentrum	52,4	90,4
19. 1. 1919	VP <sup>2)</sup>	Zentrum	51,8	83,8
6. 6. 1920	Deutschnationale	Zentrum	39,5	77,6
4. 5. 1924	Deutschnationale	Zentrum	45,7	X
20. 5. 1928	Deutschnationale	Zentrum	34,0	65,4
14. 9. 1930	Evang. Volksdienst	Zentrum	30,5	X
31. 7. 1932	NSDAP	Zentrum	49,5	69,8
6. 11. 1932	NSDAP	Zentrum	46,5	68,2
5. 3. 1933	NSDAP	Zentrum	53,1	69,1
14. 8. 1949	CDU	CDU	39,5	54,5
6. 9. 1953	CDU	CDU	44,8	69,2
15. 9. 1957	CDU	CDU	50,9	74,0
17. 9. 1961	SPD	CDU	41,2	71,4
19. 9. 1965	CDU	CDU	45,1	68,3
28. 9. 1969	SPD	CDU	48,0	65,0
19. 11. 1972	SPD	CDU	49,0	63,2
3. 10. 1976	SPD	CDU	45,9	65,8

<sup>1)</sup> Definiert als Partei mit einfacher Mehrheit im Kreisgebiet; <sup>2)</sup> Deutschnationale bzw. Deutsche Volkspartei

Die christlich-soziale Partei muß als eine der zahlreichen „politischen Splittergruppen“ angesehen werden, die aber im Gegensatz zur Mehrzahl der „Kleinstparteien“ über eine starke regionale Stellung verfügte. STOECKERs Erfolg im Siegerland gründete sich auf eine Vielzahl von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren. Die wirtschaftliche Führungsschicht war bodenständig und z. T. „genossenschaftlich“ organisiert, die Arbeiterschaft war aufgrund der Realteilung ebenfalls überwiegend bodenständig, orientierte sich an historisch gewachsenen Bindungen und sah in STOECKERs Bewegung eine mit der Tradition in Einklang stehende politische Partei. „Der Mittelstand“ (Handwerker, Kaufleute und mittlerer Gewerkenstand) votierte für STOECKER, da dieser eine aktive Mittelstandspolitik forderte, um die bedrohliche Konzernbildung und den Verfall eines „leistungsfähigen Mittelstandes“ aufzuhalten. Neben diesen primär wirtschaftlichen Hintergründen muß religiösen Bindungen, insbesondere pietistischen und freikirchlichen, eine

besondere Bedeutung zugemessen werden. Die Ablehnung jeder Form des Radikalismus – diesen verkörperte in erster Linie die Sozialdemokratie – gründete sich hauptsächlich auf strenge Verhaltensregeln der Gemeinschaftsbewegung. Die Mehrzahl der Siegerländer sah in der STOECKERschen Bewegung die Verkörperung der charakteristischen Verhaltensgrundsätze „christlich, sozial, national und konservativ“, die seit Generationen im Siegerland große Bedeutung hatten (BUSCH 1978, SCHÖLLER 1955, WEBER 1977, MEINTZ 1988). Grundsätzlich blieb auch während der Weimarer Republik das Siegerland weltanschaulich-politisch stabil. Zwar war die christlich-soziale Partei seit 1918 in der sich neu formierenden Deutschnationalen Volkspartei aufgegangen, aber im Siegerland führte dies nicht zu einem Bruch mit der christlich-sozialen Vergangenheit; im Gegenteil, in der Agitation für die Deutschnationalen erblickte man die Fortsetzung der früheren christlich-sozialen Politik (BUSCH 1978, S. 122).



Bis etwa 1930 blieben die Deutschnationalen die dominierende Partei des Siegerlandes, vermochten ihre herausragende Stellung jedoch nicht zu halten. Bei den Wahlen zum Reichstag bzw. zur Nationalversammlung war ihr Stimmenanteil von 51,8 % (1919) über 45,7 % (1924) auf 30 % (1928) gesunken. Damit blieben die Deutschnationalen immer noch deutlich vor den anderen Parteien: Sozialdemokratie 20,4 %, Zentrum 15,3 % und alle übrigen Parteien jeweils unter 10 %.

Bei der Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 war der Stimmenanteil der NSDAP im Siegerland mit 15246 Stimmen (22 %) bereits höher als im Reichsdurchschnitt (18,3 %). Nachdem die NSDAP im Siegerland eine Parteiorganisation aufgebaut und sich auch bei Teilen der ehemals christlich-sozialen Wählerschaft durchgesetzt hatte, wurde sie zur dominierenden Partei (St. = Stimmen):  
Reichspräsidentenwahl:

1. Wahlgang:	13. 3. 32	30 630 St.	41,8 %
2. Wahlgang:	19. 4. 32	38 635 St.	53,1 %
Landtagswahl:	24. 4. 32	38 973 St.	53,7 %
Reichstagswahl:	5. 3. 33	41 863 St.	53,1 %

Der Weg der NSDAP zur dominierenden Partei und der zeitgleiche Niedergang des Ev. Volksdienstes beendeten die fünfzigjährige christlich-soziale Vorherrschaft im Siegerland. Eine Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer und psychologischer Aspekte mag diesen parteipolitischen Wandel plausibel machen; aber im Gegensatz zur Entwicklung im Reich muß im Siegerland, das eine alte christlich orientierte Parteienstruktur aufwies, die parteipolitisch neutrale Haltung der evangelischen Verbände und landeskirchlichen Vereinigungen besondere Berücksichtigung finden.

Der Zusammenbruch hob die Sonderstellung des Siegerlandes auf, dennoch kann von einem Abbruch der politischen Tradition nur bedingt die Rede sein. Zweifellos war die parteipolitische Konsolidierungsphase der späten 40er und frühen 50er Jahre ein Neubeginn – der alte Gegensatz zwischen katholischer und protestantischer Bevölkerung (Zentrum bzw. christlich-sozial/deutschnational) verlagerte sich zunächst auf CDU (kath.) und SPD (prot.) –, aber die hohen Stimmenanteile der CDU in prote-

stantisch-ländlichen Gebieten resultieren nach wie vor aus religiösen Bindungen. Ausgeprägte Religiosität und Kirchlichkeit führten auch im protestantischen Lager zur Stimmenabgabe für die CDU; denn die überkonfessionelle, konservativ-christliche CDU stand der politischen Tradition des Siegerlandes sicherlich sehr viel näher als die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Insbesondere die Haltung der SPD zu kirchenpolitischen Fragen (Schulfrage, Mischenfrage, Verhältnis Kirche/Staat) stieß bei der konservativen und kirchlich gebundenen Landbevölkerung auf Ablehnung.

Erst die Öffnung der SPD (Godesberger Programm 1959 – Aufgabe „kirchenfeindlicher“ Positionen) veränderte das Wahlverhalten im Siegerland: die Wahlergebnisse 1957 und 1961 machen die Bedeutung der Entwicklung der SPD zur Volkspartei und die Folgen im Siegerland deutlich. Schon der Beitritt G. Heinemanns zur SPD im Mai 1957 hatte der SPD bei der Bundestagswahl im September 1957 deutliche Stimmengewinne im Siegerland gebracht. Die programmatischen Festschreibungen zum Themenbereich „Kirche und Staat“ sowie die deutliche Abgrenzung gegen den Kommunismus im Godesberger Programm der SPD ermöglichten im Siegerland „erdruftchartige“ Stimmengewinne (MEINTZ 1988, S. 202 u. Tabellen 59, 60):

Bundestagswahl 1957

SPD 28,7 % CDU 51,4 %

Bundestagswahl 1961

SPD 39,8 % CDU 37,6 %.

Im Gegensatz zum Kreis Siegen verlief die parteipolitische Entwicklung im Kreis Olpe sehr viel stabiler; die Stimmenanteile des vorherrschenden Zentrums und die mangelnde Bedeutung der mit ihr konkurrierenden Parteien weisen auf eine politische Stabilität hin, die mehr als 80 Jahre Bestand hatte und nur durch die Machtergreifung der NSDAP unterbrochen werden konnte. Selbst bei den Reichstagswahlen im März 1933 konnte das Zentrum, obwohl die NSDAP mittels der Kampfgruppen Druck ausübte und die wirtschaftliche Lage verheerende Ausmaße angenommen hatte, in nahezu allen Gemeinden die absolute Mehrheit verteidigen. Links- und rechtsradikale Parteien konnten zwar Bedeutung erlangen,

Tabelle 6

## Wahlergebnisse im Kreis Olpe 1948 – 1976

Wahl	Wahl- beteiligung %	Gültige Stimmen nach Parteien in %			
		SPD	CDU	FDP	Sonst.
KW 17. 10. 1948	76,4	23,1	53,5	1,2	22,2
KrW 17. 10. 1948	76,6	23,5	52,0	3,5	21,0
BW 14. 8. 1949	87,7	18,1	54,5	3,1	24,3
LW 16. 6. 1950	87,9	19,7	57,6	6,1	16,6
KW 9. 11. 1952	83,5	18,4	62,8	4,2	14,6
KrW 9. 11. 1952	83,6	20,0	52,8	9,6	15,3
BW 6. 9. 1953	91,9	17,3	69,2	4,5	8,9
LW 27. 6. 1954	83,6	19,6	63,0	6,7	10,7
KW 28. 10. 1956	83,7	19,2	64,2	4,2	10,4
BW 15. 9. 1957	92,7	17,9	74,0	2,6	5,5
LW 6. 7. 1958	87,1	20,8	72,1	3,1	4,1
KW 19. 3. 1961	84,6	19,4	68,3	0,4	12,0
KrW 19. 3. 1961	84,6	22,6	67,1	5,3	5,2
BW 17. 9. 1961	92,7	20,9	71,4	6,2	1,5
LW 8. 7. 1962	83,8	23,9	68,8	3,6	3,7
KW 27. 9. 1964	83,6	24,9	62,9	0,8	11,4
KrW 27. 9. 1964	83,6	27,2	62,3	4,1	6,4
BW 19. 9. 1965	92,1	25,5	68,3	4,4	1,7
LW 10. 7. 1966	84,6	31,0	65,2	3,8	–
BW 28. 9. 1969	90,9	30,0	65,0	2,6	2,6
KW 8. 11. 1969	76,4	29,8	64,3	0,2	5,8
LW 14. 6. 1970	81,0	27,1	69,7	2,0	1,1
BW 19. 11. 1972	93,8	32,6	63,2	3,7	0,5
KW 4. 5. 1975	90,2	30,7	65,9	–	3,4
LW 4. 5. 1975	90,6	28,2	68,5	2,7	0,6
BW 3. 10. 1976	94,8	29,7	65,8	4,1	0,4

Quelle: MEINTZ 1988

aber ihre Rolle blieb sowohl im Vergleich zum Siegerland als auch im Hinblick auf die Entwicklung im Reich nahezu unbedeutend.

Im Gegensatz zur Rolle des Evangelischen Volksdienstes blieb die katholische christlich-soziale Bewegung als schlagkräftige Interessensvertretung in den Augen der Bevölkerung bestehen. Sicherlich hat hier auch die größere Bedeutung im Reich – anders als beim Evangelischen Volksdienst – eine mittragende Rolle gespielt. Entscheidend aber war wohl, daß im Gegensatz zur Haltung kirchlicher Verbände und Gruppen des Siegerlandes die katholischen Gruppen und die Kirche ihre ablehnende Haltung gegenüber rechts- und linksextremen Parteien nie aufgaben.

Nach dem Zusammenbruch konnte die CDU und zunächst auch die 1945 neuge-

gründete Zentrumspartei an die christlich-soziale, konservative Tradition anknüpfen: der Kreis Olpe entwickelte sich, nachdem Zentrum und CDU vereinigt waren, zu einer starken CDU-Hochburg. Auch im Siegerland hatten christlich orientierte Wählergruppen mehrheitlich die zwar überkonfessionelle, aber zunächst doch deutlich katholisch orientierte CDU – ein protestantisches Pendant zum Zentrum fehlte ja – bevorzugt. Im Gegensatz zum Siegerland konnte die SPD im Kreis Olpe aber zwischen 1957 und 1961 keine deutlichen Stimmengewinne erreichen; den Sozialdemokraten gelang es dort nicht, die Reformbestrebungen des Godesberger Programms in Stimmengewinne umzusetzen. Katholische Wähler (Kreis Olpe) zeigten sehr viel weniger als protestantische Neigung, sozialdemokratische Kandidaten zu wählen (MARCINIAK 1978, S. 119 ff; WOYKE 1985, S. 51 ff; MEINTZ 1988, S. 193 ff); (Tabelle 6 und 7).

Tabelle 7

## Wahlergebnisse Kreis Siegen 1948 – 1976

Wahl	Wahl- beteiligung %	Gültige Stimmen nach Parteien in %			
		SPD	CDU	FDP	Sonst.
KW 17. 10. 1948	69,0	36,9	42,1*	6,9	14,0
KrW 17. 10. 1948	70,0	35,6	42,0*	8,8	13,6
BW 14. 8. 1949	79,0	29,1	38,9*	7,5	24,5
LW 16. 6. 1950	66,8	27,3	36,8*	23,8	12,1
KW 9. 11. 1952	75,2	26,0	37,1*	13,3	23,5
KrW 9. 11. 1952	76,1	29,3	34,4*	17,1	19,2
BW 6. 9. 1953	86,1	22,9	45,2*	14,6	17,4
LW 27. 6. 1954	68,4	30,4	37,8*	19,7	12,1
KW 28. 10. 1956	74,0	31,1	34,2*	14,6	20,1
KrW 28. 10. 1956	77,0	34,1*	32,6	16,5	16,8
BW 15. 9. 1957	87,2	28,7	51,4*	10,9	9,0
LW 6. 7. 1958	76,2	37,6	45,2*	12,4	4,8
KW 19. 3. 1961	76,8	34,1	38,4*	13,7	13,8
KrW 19. 3. 1961	77,8	39,8*	38,2	14,8	7,1
BW 17. 9. 1961	87,0	41,2*	37,6	16,5	4,7
LW 8. 7. 1962	71,6	49,3*	38,2	10,0	2,5
KW 27. 9. 1964	74,5	40,4*	37,7	12,0	10,0
KrW 27. 9. 1964	76,2	46,6*	36,6	12,1	4,6
BW 19. 9. 1965	87,0	41,6	45,1*	10,0	3,3
LW 10. 7. 1966	73,7	52,1*	38,4	9,5	–
BW 28. 9. 1969	86,3	48,0*	40,7	6,4	4,8
KW 8. 11. 1969	68,6	45,2*	40,5	9,2	5,1
LW 14. 6. 1970	70,6	49,4*	42,5	6,0	2,1
BW 19. 11. 1972	91,0	48,7*	39,3	11,1	0,8
KW 4. 5. 1975	86,0	44,0*	43,8	8,1	4,1
LW 4. 5. 1975	86,3	45,9	46,0*	7,1	1,0
BW 3. 10. 1976	91,7	45,9*	43,4	10,0	0,7

\* Relative Mehrheit der gültigen Stimmen

Quelle: MEINTZ 1988

## IX.

Bewertet man abschließend die kurkölnisch-siegerländer Grenze aus kulturhistorischer Sicht, so dürften folgende Grenzwirkungen als raumrelevant angenommen werden:

– Die aufgrund von Konfession, Sprache und Territorientwicklung entstandene Kulturraumgrenze zeigt bis in die Gegenwart hinein Wirkungen, die in erster Linie im Bereich Raum- und Regionalbewußtsein liegen dürften. So sind z. B. Raumorientierung, Zugehörigkeitswille und Identifikation in großem Maße eine Folge geschichtlich gewachsener Raumstrukturen; oft sind historische Muster bis heute sichtbar geblieben und lassen den Schluß zu, daß die Persistenz historischer Raumbeziehungen im Grenzraum Bedeutung hat.

– Als Beispiele für historisch verankerte Differenzierungen können Aspekte der Bevölkerungsentwicklung und des politischen Verhaltens herangezogen werden.

– Im Bereich der Bevölkerungsbewegungen haben historisch verankerte Verhaltensunterschiede bis in die Gegenwart hinein Spuren hinterlassen. Besonders im Bereich der natürlichen Bevölkerungsbewegungen zeigen sich deutliche Divergenzen.

– Politische Mehrheitsverhältnisse und damit das Stimmverhalten der Bevölkerung lassen sich nur unter Einbeziehung der Konfessionsgrenze verständlich machen. Wirtschaftliche und soziale Divergenzen sind im Grenzraum nicht entwickelt genug, um die deutlichen politischen Unterschiede zu erklären.

– Es liegt nahe anzunehmen, daß auch im wirtschaftlichen Bereich Verhaltensunterschiede entlang der Grenze vorliegen. Hierzu lassen sich aber bisher nur wenige gesicherte Erkenntnisse darstellen. Die Kulturreiseforschung müßte hierzu entsprechende Ansätze weiter verfolgen, um die Grenzwirkungen in wirtschaftlicher Hinsicht aufzuheben. Hierbei dürften zu erwartende Dif-

ferenzierungen sicherlich mehr im Verhalten der Bevölkerung als in Strukturunterschieden zu suchen sein.

– Die These von einer bis heute im Bewußtsein der Bevölkerung lebendig gebliebenen Grenze hat Berechtigung, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß zentrale Aspekte moderner Kulturlandschaftsprozesse die heutige Kreisgrenze nicht betreffen.

#### Literatur (Auswahl)

Vorstehender Aufsatz entnommen aus:

**Meintz, P.** (1988): Das Kölnische Heck im Raum Wenden-Freudenberg. Der Einfluß einer alten Konfessionsgrenze – Zur Sozialgeographie des Olper Landes und des Siegerlandes. Olpe (= Schriftenreihe des Kreises Olpe, Nr. 13)

**Blotevogel, H. H.** (1975): Zentrale Orte und Raumbeziehungen in Westfalen vor der Industrialisierung. Paderborn (= Bochumer Geographische Arbeiten, H. 18)

**Blotevogel, H. H.** u. **P. Schöller** (1978): Bevölkerungsentwicklung 1837 – 1970 in den Gemeinden. Hannover (= Veröffentlichung d. Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung, Dt. Planungsatlas, Bd. 1: Nordrhein-Westfalen, Liefg. 13)

**Busch, H.** (1964): Die Stoeckerbewegung im Siegerland. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-sozialen Partei. Marburg

**Busch, H.** (1978): Das Problem einer christlichen Politik in den Siegerländer Wahlkämpfen während der Weimarer Zeit. In: Jahrb. f. Westf. Kirchengeschichte, Bd. 71, S. 119 – 165

**Lenz, K.** (1961): Beziehungen und Verflechtungen von Bevölkerung und Wirtschaft im hessisch-westfälischen

Grenzgebiet. In: Ber. z. dt. Landeskunde, 27, S. 107 – 149  
**Mackenroth, G.** (1953): Bevölkerungslehre. Berlin u. a.

**Marciniak, F.** (1978): Wahlverhalten in Nordrhein-Westfalen. Eine statistisch-ökologische Analyse. Köln und Wien (= Sozialwissenschaftliches Forum, 5)

**Mayer, K.** (1972): Einführung in die Bevölkerungswissenschaften. Stuttgart

**Schöller, P.** (1953): Die rheinisch-westfälische Grenze zwischen Ruhr und Ebbegebirge. Münster

**Schöller, P.** (1955): Einheit und Raumbeziehungen des Siegerlandes. In: **Petri, F.** u. a.: Das Siegerland. S. 75 – 122. Münster

**Schwarz, K.** (1972): Demographische Grundlagen der Raumforschung und Landesplanung. Hannover (= Abh. d. Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung, 64)

**Schwind, M.** (1950): Landschaft und Grenze. Bielefeld

**Weber, B.** (1977): Sozialräumliche Entwicklung des Siegerlandes seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Sozialgeographische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Veränderung sozialer Kommunikationsnetze (Heiratsverflechtungen). Bonn (= Arbeiten zur Rhein. Landeskunde, H. 43)

**Woyke, R.** (1985): Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Leverkusen

# Das Siegerland als Beispiel wirtschaftsgeschichtlicher und wirtschaftsgeographischer Harmonie?

## Überprüfung eines kulturlandschaftlichen Exempels

von Hartmut Eichenauer, Siegen

### 1. Problemaufriß und Aufgabenstellung

Die politische und wissenschaftliche Diskussion, die seit Anfang der 70er Jahre angesichts „erhöhter Gefahr für die Menschheit“ und für das Geosystem Erde um „Wege in der Gefahr“ (von WEIZSÄCKER; siehe da auch S. 13) bzw. Wege aus der Gefahr geführt wird, umfaßt – was ihre sachlichen, räumlichen und zeitlichen Perspektiven betrifft – ein breites Spektrum. Auf der einen Seite wird dieses Spektrum von holistischen Betrachtungsweisen und globalen Überichten begrenzt (BAADE; MEADOWS/MEADOWS, ZAHN, MILLING; BASLER; MESAVOVIĆ, PESTEL; BELL; GRUHL; SONNEMANN; TINBERGEN u. a.; PIES; Geobal 2000), auf der anderen Seite steht das Interesse am Detail, am sachlich und räumlich Kleinen (stellvertretend für die Literatur, die zu diesem Thema erschienen ist, sei hier auf E. F. SCHUMACHER „Small is beautiful“ verwiesen). Während die einen die Alternativen zur krisenhaften Gegenwart als etwas gänzlich Neues in die Zukunft hinein entwerfen („Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium“, 4/85), suchen die anderen die Muster für humane Lebensraumgestaltung in der Vergangenheit und diskutieren sie unter Bezug auf historische Beispiele.

Beispiele für die sowohl sachlich beschränkte wie regional begrenzte und auch historisch ausgerichtete Diskussion enthält ein Sammelband in der Reihe „Technologie und Politik“, dem „Magazin zur Wachstumskrise“ (vergl. DUVE). Aus den in diesem Band enthaltenen Beiträgen hebt sich der Aufsatz von Rolf-Jürgen GLEITSMANN zum Thema „Rohstoffmangel und Lösungsstra-

tegien, das Problem vorindustrieller Holzknappheit“ dadurch hervor, weil er die drei genannten Perspektiven – die Konzentration auf das sachliche Detail, auf das Regionale und auf das historische Beispiel – in sich vereinigt (GLEITSMANN 1980, S. 104–154). Für einen sachlich eng begrenzten Gegenstandsbereich – Rohstoffmangel, Holzknappheit – thematisiert er sowohl die „Regionalität der Ereignisse“ (S. 107) wie die „Berücksichtigung und Einbeziehung historischen Geschehens“ (S. 136). Was diesen Beitrag außer seiner allgemeinen Bedeutung für die Diskussion von Wachstums- und ökologischen Krisen wichtig macht, ist die Beschäftigung mit der Siegerländer Haubergswirtschaft (S. 129–135). Für GLEITSMANN ist bedeutsam, sie „als regionales historisches Beispiel einer weitgehend regenerativen Nutzung der Zentralressource Holz und damit als historisches Beispiel der gleichzeitigen weitgehenden Bewältigung der Problemkreise ‚Ressourcenknappheit‘ und ‚Landschaftszerstörung‘ im Rahmen eines funktionsfähigen, aufeinander bezogenen Agrikultur-Manufaktur-Gefüges der Gesamtwirtschaft zu betrachten“ (S. 129).

Für Problemaufriß und Aufgabenstellung der hier vorgelegten Arbeit ist darüber hinaus aber wichtig, daß sowohl dieser wie auch ein zwei Jahre später publizierter Beitrag von GLEITSMANN, der sich ausschließlich mit der „Haubergswirtschaft des Siegerlandes als Beispiel für ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft“ beschäftigt (1982, S. 21–54), die „aktuelle Bedeutung historischer ... Konzeptionen“ hervorhebt (GLEITS-

MANN 1980, S. 136). Hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes seines Aufsatzes aus dem Jahr 1980, „also der vorindustriellen Holzknappheit mit den Aspekten ‚Rohstoffmangel‘ und ‚Lösungsstrategien‘, drängt sich die Berücksichtigung und Einbeziehung historischen Geschehens in die heftig entbrannte aktuelle Debatte um Strategien zur Behebung des Zentralressourcenmangels der Industriegesellschaften förmlich auf“ (S. 136). Für das von ihm gewählte regionale Beispiel, die Siegerländer Haubergswirtschaft, hebt er ausdrücklich hervor: „Sie ist trotzdem für uns auch heute noch, bzw. wieder (!), so außerordentlich interessant, da sie, anders als die unter langfristigen Gesichtspunkten als gescheitert zu betrachtenden Spar- und Verlagerungsstrategien, einen Weg zur Bewältigung des Zentralressourcenmangels aufzeigt, der eine sanfte, d. h. regenerative und umweltschonende Ressourcennutzung darstellt“ (1982, S. 22). So gesehen, hat sie für ihn geradezu exemplarischen Charakter. „In diesem Sinn sollte die Haubergswirtschaft auch in der aktuellen Umwelt- und Ressourcendebatte Beispielcharakter besitzen und evtl. Argumentationslücken schließen helfen“ (S. 51).

Umfangreicher noch als GLEITSMANN, der nur die Siegerländer Haubergswirtschaft in ihrer aktuellen Bedeutung diskutiert, hat FICKELER schon etwa dreißig Jahre früher den Beispielcharakter des gesamten Siegerlandes hervorgehoben (1954). Dabei lag für ihn der Kern der exemplarischen Bedeutung des Siegerlandes in der „wirtschaftsgeschichtlichen und wirtschaftsgeographischen Harmonie“.

Der hier vorgelegte Beitrag ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem Aufsatz FICKELERS, und zwar durch eine neue Sicht der historischen Siegerländer Kulturlandschaft und ihrer Entwicklung im Industriezeitalter. In die kritische Überprüfung werden auch die beiden genannten Beiträge von GLEITSMANN – soweit sie das Siegerland betreffen – mit einbezogen.

Die kritische Auseinandersetzung vollzieht sich in drei Schritten, und zwar

– in der Darstellung des FICKELERSchen Konstrukts von der „wirtschaftsgeschichtli-

chen und wirtschaftsgeographischen Harmonie“ des Siegerlandes,

– in der Überprüfung und Widerlegung dieses Konstrukts durch eine erneute Sachanalyse des strukturellen und funktionalen Gefüges der traditionellen Siegerländer Kulturlandschaft und seiner Entwicklung in den vergangenen 130 Jahren,

– in der Kritik der von FICKELER und GLEITSMANN angenommenen exemplarischen Funktion des Siegerlandes an ausgewählten Beispielen.

Das Ziel von Sachanalyse, Überprüfung und Kritik soll sein, die beispielhafte Bedeutung des Siegerlandes als Ganzes bzw. von Teilbereichen zu relativieren und ihren „utopischen“ Charakter herauszustellen.

Unter Siegerland wird hier – ungeachtet der Problematik der nun schon mehr als dreißig Jahre alten Abgrenzung – der grenzüberschreitende „Siegerländer Wirtschaftsraum“ im Dreiländereck von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen verstanden, wie ihn FICKELER (1954, S. 16) und LUCAS (1955, Karte 15) definiert haben. Er umfaßt den gesamten ehemaligen Stadt- und Landkreis Olpe und des ehemaligen Landkreises Wittgenstein in Nordrhein-Westfalen und des Dillkreises in Hessen sowie den gesamten Nordwestteil des Kreises Altenkirchen in Rheinland-Pfalz, den sog. „Oberkreis“ einschließlich der Gemeinde Wissen.

## **2. Fickelers Konstrukt von der „wirtschaftsgeschichtlichen und wirtschaftsgeographischen Harmonie“ des Siegerlandes**

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das Siegerland noch den Charakter eines Montanreviers. Im Jahr 1950 bestanden noch zehn Spateisensteingruben, fünf sog. „reine“ Eisenhütten („Reine“ Eisenhütten waren Betriebe der eisen-schaffenden Industrie, die nur aus einem Hochhofen bestanden, also nicht mit einem Stahl- und/oder Walzwerk in einer Betriebseinheit verbunden waren; sie erzeugten zumeist Spezialroheisen) sowie drei kombinierte Hochofen-, Stahl- und Walz-

werke (Institut für Raumforschung 1954, Blatt 1–7; Industrie- und Handelskammer Koblenz, Außenstelle Betzdorf, 1965). Um 1950 gab es immer auch noch Betriebe der vor- und frühindustriellen Manufaktur, so z. B. Leimsiedereien und Gerbereien. Zur gleichen Zeit waren auch alte Formen der Feld-, Wiesen- und Waldnutzung immer noch intakt. Noch wurden auf den Talböden die Bewässerungswiesen gepflegt und zweimal im Sommer geschnitten; und noch war keine der an den Hängen gelegenen Ackerterrassen brachgefallen; noch wurde auch in den darüber gelegenen Haubergen Holz geschlagen, Getreide gesät und geerntet; noch wurden im Sommer täglich Viehherden aus den Dörfern zur Waldweide in die Hauberge getrieben oder auf Weideflächen geweidet, die in die Hauberge hineingerodet worden waren.

Diese Beispiele von traditionellen Formen der Montanwirtschaft und Manufaktur sowie der Wiesen-, Acker- und Waldnutzung lassen sich durch Daten zu Wirtschaftsstruktur und Flächennutzung des Siegerlandes belegen. Im Jahr 1950 hatte die Montanindustrie mit 17010 Beschäftigten einen Anteil von 37,5% an der Gesamtzahl aller Industriebeschäftigten, darunter 4639 Bergleute, das waren 10,2%, und 12371 Beschäftigte in der eisenschaffenden Industrie, das waren 27,3% (Inst. f. Raumforsch., a. a. O.; Industrie- u. Handelskammer Koblenz, a. a. O.). Zur gleichen Zeit bestanden im Stadt- und Landkreis Siegen 9848 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 8152 Zwerg-, Kleinst- und Kleinbetriebe mit einer Betriebsgröße von weniger als 0,5 bis 2 ha, die alle im Nebenerwerb geführt wurden. Im primären Sektor, in der Land- und Forstwirtschaft, wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch 9079 Erwerbspersonen gezählt, das waren 16,0% aller Erwerbspersonen im Stadt- und Landkreis Siegen (FICKELER, a. a. O., S. 32; Statist. Landesamt NRW 1949, S. 8/9, 76–81). In dieser Zahl der Erwerbspersonen waren alle die nicht berücksichtigt, die Landwirtschaft im Nebenerwerb betrieben und die darum je nach ihrem Haupterwerb von der Statistik den sekundären oder tertiären

Wirtschaftsabteilungen zugerechnet wurden. Ein Indiz dafür ist auch die Tatsache, daß an den 9079 Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft die Männer nur einen Anteil von 42%, die Frauen dagegen einen Anteil von 58% hatten.

Zur gleichen Zeit, in der sowohl das Bild der Kulturlandschaft wie auch die Wirtschafts- und Sozialstruktur immer noch tiefgreifend von traditionellen Elementen geprägt waren, erschien der oben genannte Aufsatz von FICKELER, in dem – mit eindeutig exemplarischer Absicht – „Das Siegerland als Beispiel wirtschaftsgeschichtlicher und wirtschaftsgeographischer Harmonie“ dargestellt wurde. FICKELER beschreibt sowohl Hauptphasen der Siegerländer Wirtschaftsgeschichte wie auch einzelne Wirtschaftsbereiche. Seine Absicht ist aber nicht Analyse, also nicht Zerlegung der rd. 2000jährigen Wirtschaftsgeschichte in historische Längs- und Querschnitte, nicht Gliederung des Siegerländer Wirtschaftsraumes in Teilräume, sondern Synthese. Hauptthema ist die historische und aktuelle Verflechtung von „Bergbau und Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Wassernutzung, Bodenmelioration und Fischereiwirtschaft“ sowie die Verflechtung von „Wirtschaft und Landschaft“ (S. 15, 16, 49). Zentrale Begriffe der Synthese, der Idee von der Verflechtung aller Elemente des primären und sekundären Milieus, sind „Harmonie“ – „wirtschaftsgeschichtliche, wirtschaftsgeographische Harmonie“ bzw. „Wirtschaftsharmonie“ – und „Gleichgewicht“ – „Wirtschaftliches Gleichgewicht“ (S. 48), die FICKELER in jedem Zeitabschnitt der Siegerländer Wirtschaftsgeschichte – und somit auch zu seiner Zeit um 1950 – verwirklicht sieht. Die synthetische Schau, die Idee von der totaler Verflechtung, von Harmonie und Gleichgewicht veranschaulicht er in einem Schema, das er sowohl in historisch-genetischer Sicht als stammbaumartiges Schema einer rd. 100jährigen Entwicklung von 1850 bis 1950 wie auch in räumlich-funktionaler Sicht als modellartiges Schema aktueller Verflechtungen der Gefügeelemente verstanden wissen will (S. 49) (Abb. 1).

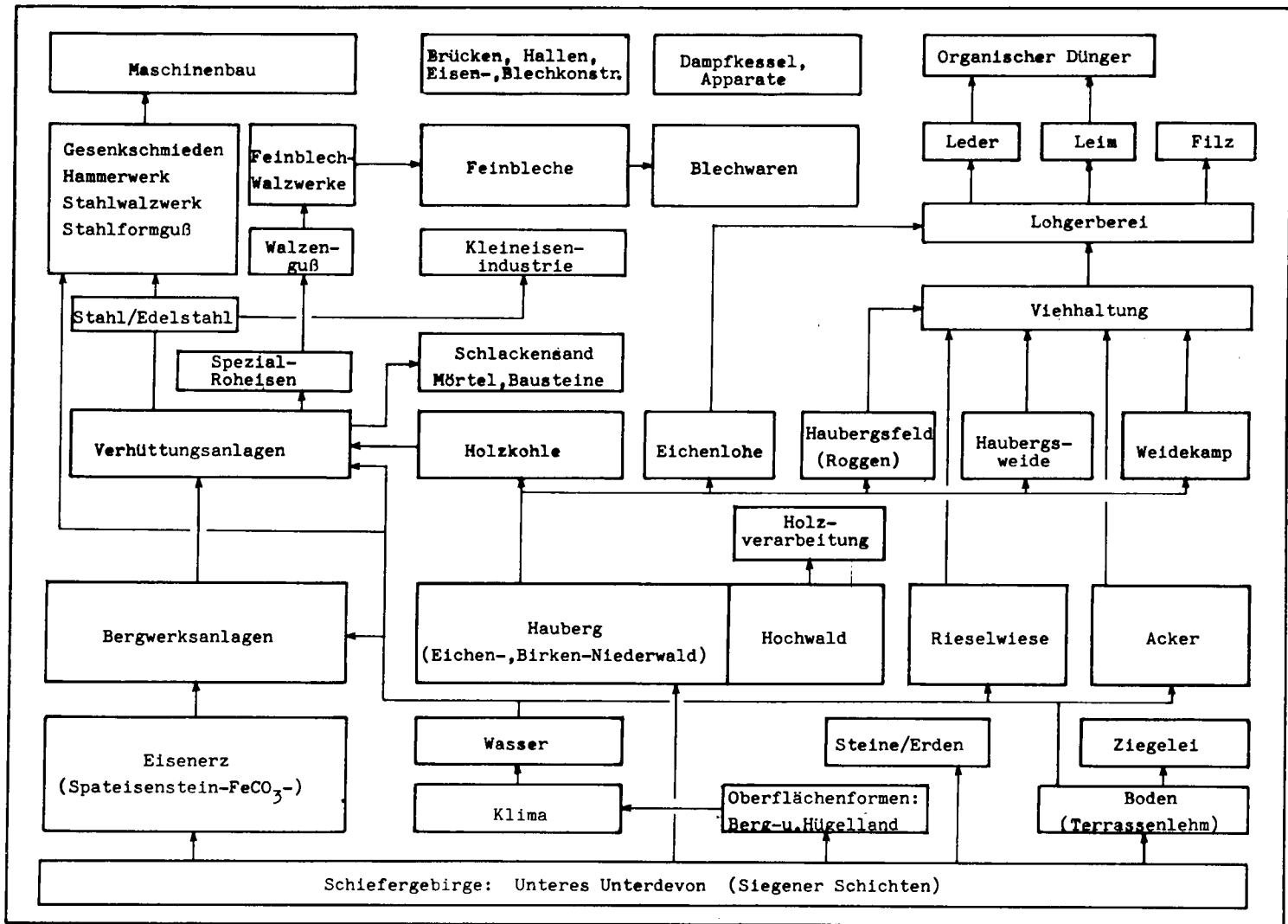


Abb. 1: Wirtschaft und Landschaft des Siegerlandes: Geschichtliche Verflechtung (nach FICKELER 1954)



### 3. Kritik des Fickelerschen „Harmonie“- und „Gleichgewichts“-Konstrukts in seiner historischen und zeitgenössischen Bedeutung

Bis heute sind weder dieses Schema noch FICKELERS Auffassung von der „wirtschaftsgeschichtlichen und wirtschaftsgeographischen Harmonie“ des Siegerlandes kritisch überprüft worden. Im folgenden soll darum untersucht werden, ob und inwieweit das Schema für den Anfang der 50er Jahre noch gelten konnte und ob sich die gesamtäumliche Situation, d.h. die Gesamtheit aller Wirtschafts-, Sozial- und Infrastrukturen und die Vielfalt aller internen und externen Abhängigkeiten und Interdependenzen, überhaupt noch mit den beiden Begriffen „Harmonie“ und „Gleichgewicht“ fassen ließen.

Mit Begriffen des modernen Systemdenkens beschrieben wäre – nach der Darstellung von FICKELER – das Siegerland um 1950 ein geschlossenes System gewesen, denn es fehlt jeglicher Hinweis auf Außenbeziehungen. Tatsächlich war aber das Siegerland seit langem schon ein offenes System. Somit wäre das Schema nach fast allen Seiten hin zu öffnen. Es gab – wie von FICKELER richtig dargestellt – innere Kreisläufe. Es gab aber eben auch äußere Kreisläufe; und ohne diese äußeren Kreisläufe, z.B. ohne außenwirtschaftliche Beziehungen, wäre das Siegerland nicht lebensfähig gewesen. Die Siegerländer Industrie, die Eisenerzgruben, die Betriebe der eisenschaffenden und der eisenverarbeitenden Industrie, aber auch alle anderen Industriebetriebe, letztendlich die gesamte Wirtschaft und die privaten Haushalte sind z.B. auf Energiebezug von außen angewiesen gewesen. Seit 1861, seit Fertigstellung der Eisenbahnlinie von Hagen nach Siegen, die den Bezug von Steinkohle und Koks aus dem Ruhrrevier für die Siegerländer Industrie ermöglichte, sichern ausschließlich die Bahnverbindungen sowie die später erfolgten Anschlüsse an die deutschen Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetze die Energieversorgung des Siegerlandes; dieser Sachverhalt wird aber in FICKELERS Schema nicht erwähnt. Schon vor 1870 ist nämlich die traditionelle Energieresource Holzkohle sowohl für den Verhüttungsprozeß, d.h. für die Erzeugung von

Roheisen, wie in den Stahl-, Walz- und Hammerwerken als Energieträger bedeutungslos geworden. Offen war das System aber nicht nur wegen des Energiebezuges, sondern auch wegen des Bezuges von Rohstoffen, von Halbzeug und Fertigwaren für die Siegerländer Industrie sowie von Konsumgütern für die privaten Haushalte; auch dieser Sachverhalt wird im Schema von FICKELER nicht dargestellt. Schließlich kann auch wegen des Versandes von Eisenerz an die Hochofenwerke an Rhein, Ruhr und Saar sowie wegen der Ausfuhr von Halbzeug und von industriellen Fertigprodukten das Siegerland nicht mehr als ein geschlossenes System angesehen werden. Aber auch historisch hat das Siegerland niemals als ein geschlossenes System, als System einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft existiert. Selbst das vorindustrielle „Agrikultur-Manufaktur-Gefüge“ bzw. „Agrikultur-Gewerbe-System“ (GLEITSMANN 1980, S. 129; 1982, S. 38) war seit Jahrhunderten von außenwirtschaftlichen Beziehungen abhängig. Auch schon vor 1861, ehe die neue Ruhr-Sieg-Bahnlinie dem Siegerland den ungehinderten Zugang zu den Steinkohlefeldern des Ruhrreviers und damit zu den neuen Energieressourcen des Industriezeitalters eröffnete, war das Siegerland trotz seiner hohen Eigenproduktion durch intensive Haubergsnutzung zur Einfuhr von Holzkohle, d.h. zum Energieimport gezwungen gewesen. Wie stark die Abhängigkeit von äußeren Energielieferanten, von den Nachbarregionen Sayn-Altenkirchen, Sayn-Wittgenstein und Kurkölnisches Sauerland, war, zeigt sich daran, daß zwischen 1790 und 1849 jährlich etwa 7000 Wagen (Fuhrwerke) Holzkohle, das sind 58% des gesamten Verbrauchs der vorindustriellen Eisen- und Stahlhütten und -hämmer, von dort eingeführt werden mußten (FICKELER S. 22; vergl. dazu auch GLEITSMANN 1980, S. 132; 1982, S. 37). Der Energiebezug aus den Nachbarregionen bedeutete allerdings keine einseitige Abhängigkeit. Als Gegenleistung für den Holzkohlebezug lieferte das Siegerland Eisenerz in diese Regionen.

Neben diesem kleinräumigen Güteraus-tausch von Holzkohle und Eisenerz bestanden aber auch weiträumige Wirtschaftsbeziehungen. Die Produkte der Siegerländer

eisenschaffenden Gewerbe, das Halbzeug der Eisen-, Stahl- und Reckhämmer, gingen an verarbeitende Betriebe im Bergischen und Märkischen; weitere Marktgebiete waren Mittel- und Ostdeutschland, nieder- und oberdeutsche Räume sowie das benachbarte europäische Ausland. Es muß nicht weiter erläutert werden, daß auch schon vor Beginn des Industriezeitalters im Gegenzug Konsumgüter zur Versorgung der Siegerländer Bevölkerung eingeführt wurden (Abb. 2).

Als Zwischenergebnis der Kritik an FICKELERS Darstellung kann also festgehalten werden:

- Das Siegerland war um 1950 kein geschlossenes System.
- Es war aber auch vorher schon, selbst Jahrhunderte vor Beginn des Industriezeitalters, ein offenes System.
- Angesichts der vielen notwendigen Außenbeziehungen, die ja nicht immer nur wechselseitige, sondern oft auch einseitige waren und damit Abhängigkeit von externen Einflüssen bedeuteten, können die Siegerländer Raumnutzungs-Strukturen nicht mit den Merkmalen „Harmonie“ und „Gleichgewicht“ charakterisiert werden.

Das gilt auch, wenn man die anderen Gefügeelemente der Siegerländer Kulturlandschaft analysiert und hinsichtlich ihrer Stabilität und Verlässlichkeit als Stützen des gesamträumlichen Gefüges bewertet. Auf den ersten Blick waren alle Elemente des traditionellen „Agrikultur-Gewerbe-Gefüges“ – mit Ausnahme der Holzkohleproduktion, die nur noch als beinahe museale Reliktform an einem einzigen Meilerplatz im oberen Siegtal anzutreffen ist – um 1950 scheinbar immer noch intakt. Bei eingehender Analyse wird aber deutlich, daß alle diese traditionellen Elemente gleichzeitig aber auch nicht mehr voll intakt waren, d. h. jeweils einzeln reduziert und damit nicht mehr zu wechselseitigem Leistungsaustausch mit anderen Gefügeelementen voll wirksam waren (vgl. Abb. 4 u. 6).

#### Steine und Erden

Zwar wurden um 1950 beim Wiederaufbau kriegszerstörter Gebäude wie auch bei Neu-

bauten die Sockel zum Teil mit Siegerländer Grauwacke und Basalten gemauert, aber schon vor dem Zweiten Weltkrieg war die gewerbliche Natursteinproduktion in Grauwacke-, Tonschiefer- und Basaltbrüchen eingestellt worden (Abb. 4 und 6).

#### Ziegelei

Noch wurden, um die durch Kriegszerstörungen bedingte Nachfrage zu befriedigen, im Siegerland an wenigen Stellen Terrassenlehme abgebaut und Ziegel gebrannt. An anderen Stellen aber waren die „Lehmkaute“ und Ziegeleien längst schon stillgelegt. Hier wie bei den Natursteinen deckte das interne Angebot nicht mehr die Nachfrage, so daß das Siegerland auf den Import externer Baustoffe angewiesen war (Abb. 4 u. 6).

#### Hauberg

Anfang der 50er Jahre wurden die Hauberge – nach weit verbreiteter Auffassung das zentrale Bindeglied des traditionellen „Agrikultur-Gewerbe-Gefüges“ – nach alten juristisch kodifizierten Regeln und genossenschaftlichen Organisationsformen in ihrer vielfältigen Funktion genutzt. Um 1950 waren sie immer noch „Kohlwald“, allerdings nur noch in der reduzierten Bedeutung als Brennholzlieferant für die privaten Haushalte. Sie waren auch immer noch „Hackwald“, nämlich zusätzliche Anbaufläche für Getreide. Die Hauberge waren außerdem immer auch noch „Weidewald“, d. h. zusätzliche Weidefläche neben den in den Wald gerodeten Weideflächen, den sog. Weidekämpfen. Schließlich waren sie immer auch noch „Schälwald“, d. h. Lieferant von Eichenrinde, der sog. Lohe, die sich – getrocknet und gemahlen – als natürliches Gerbmittel für die Ledererzeugung in den sog. Lohgerbereien eignete (Abb. 4 u. 6).

#### Lohgerberei

An traditionellen Standorten in Freudenberg, Siegen und Hilchenbach bestanden auch noch Leder-Manufakturen, die nach alten Rezepten und in zeitaufwendigem Arbeitsablauf mit Hilfe des natürlichen Gerbmittels der geschroteten und gemahlene Eichenlohe hauptsächlich aus Rinderhäuten hochwertiges Leder erzeugten. Aber schon Jahrzehnte vorher war die Standortgunst der heimischen Loheproduktion und

der davon abhängigen Lohgerberei existentiell gefährdet. Schon vor der Jahrhundertwende konkurrierte ein anderes natürliches Gerbmittel, das aus dem südamerikanischen Quebracho-Holz gewonnen wurde, mit der Eichenlohe. Nach der Jahrhundertwende, als chemische Schnellgerbmittel den Gerbprozeß beschleunigten und verbilligten, verlor dann die Eichenlohe immer mehr an Bedeutung (Abb. 3, 4 und 6).

Nach vordergründig physiognomischen Merkmalen war die alte, vielfältige Haubergsnutzung mit ihren vielen Verflechtungen mit anderen Wirtschaftsbereichen um 1950 scheinbar immer noch voll intakt. Da aber wegen der Substitution von Holzkohle durch andere Energien und von Eichenlohe durch andere Gerbmittel entscheidende Funktionsminderungen eingetreten waren, war auch die ehemalige Haubergsfläche stark verringert worden. Um 1950 war rd.  $\frac{1}{3}$  der gesamten Holzbodenfläche, die ehemals ganz vom Birken-Eichen-Niederwald der Hauberge eingenommen war, in Hochwald, und zwar meistens in Nadelwald, umgewandelt worden (FICKELER, S. 28). Weil dadurch diese umgewandelten Flächen nicht mehr wie früher für die Waldweide zur Verfügung standen, weil dadurch also alte Huderechte, d.h. Weiderechte, nicht mehr wahrgenommen werden konnten, wurden im Zuge einer sog. Hudeablösung mit beginnender Haubergsumwandlung in Fichtenhochwald seit der Jahrhundertwende Weidekämpfe in den Hauberg hineingerodet, um Ersatzweideflächen zu schaffen (HAAS 1958, S. 18) (Abb. 3, 4 u. 6).

#### **4. Konservierung traditioneller Kulturlandschaftselemente durch Retardation**

Anders als der Hauberg in seiner Funktion als Kohlwald, Schälwald, Hackwald und Weidewald, anders als Lohgerberei, als Natursteingewinnung und Ziegeleien, die zum Teil schon seit Jahrzehnten unter dem Druck externer Faktoren stark reduziert waren, waren andere Elemente des Siegerländer Agrikultur-Gefüges – nämlich Rieselwiesen, Äcker, Weidekämpfe und Viehhaltung – um 1950 noch voll intakt, zum Teil sogar quantitativ ausgeweitet (Abb. 4). Außer der ersten Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzflächen zu Lasten des

Hauberg-Niederwaldes, durch die im Zuge der Hudeablösung seit der Jahrhundertwende neue Grünlandflächen geschaffen wurden, sind in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die landwirtschaftlichen Nutzflächen durch eine weitere Haubergsrodung noch einmal vergrößert worden (Diese Rodungsaktion, bei der 1430 ha Haubergs-Niederwald gerodet wurden, wurde nach dem damaligen nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke auch „Lübke-Rodung“ genannt. Vgl. DOEPNER 1957, S. 591). Dabei wurden zu meist an Ackerflächen angrenzende Haubergsflächen gerodet, die Ackerflächen also durch Veränderung der Feld-Wald-Grenze um ehemalige Haubergsflächen vergrößert. Der Grund dieser Rodungen lag in der außergewöhnlichen, kriegsbedingten Situation der Nachkriegsjahre. Durch Zuzug von Evakuierten aus den zerstörten Städten des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie durch Zustrom von Flüchtlingen aus Mittel- und Ostdeutschland war die Einwohnerzahl des Kreises Siegen-Land und -Stadt von 149003 im Jahr 1939 auf 180070 im Jahre 1950 gestiegen (LÜBKING 1973, S. 3). Die normale Tragfähigkeit der Siegerländer Agrarproduktion war zu schwach, die gestiegene Einwohnerzahl mit zu versorgen. Da außerdem externe Märkte ausgefallen und früher übliche Einfuhren von außerhalb stark reduziert waren, war die Versorgung der Bevölkerung gefährdet. Die Vergrößerung der Anbaufläche, der sog. Nährfläche, sollte also dem Zweck dienen, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Auch nach der Beschreibung traditioneller Elemente in der Siegerländer Kulturlandschaft um 1950 und nach der Analyse von Veränderungen, die einzelne dieser Elemente im Industriezeitalter durchgemacht haben, sowie auch nach der Kritik des FICKELERSCHEN Konstrukts von der „wirtschaftsgeschichtlichen und wirtschaftsgeographischen Harmonie“ des Siegerlandes bleiben Fragen offen.

– Warum sind um 1950 so viele Einzelelemente der traditionellen Siegerländer Kulturlandschaft tatsächlich immer noch intakt?

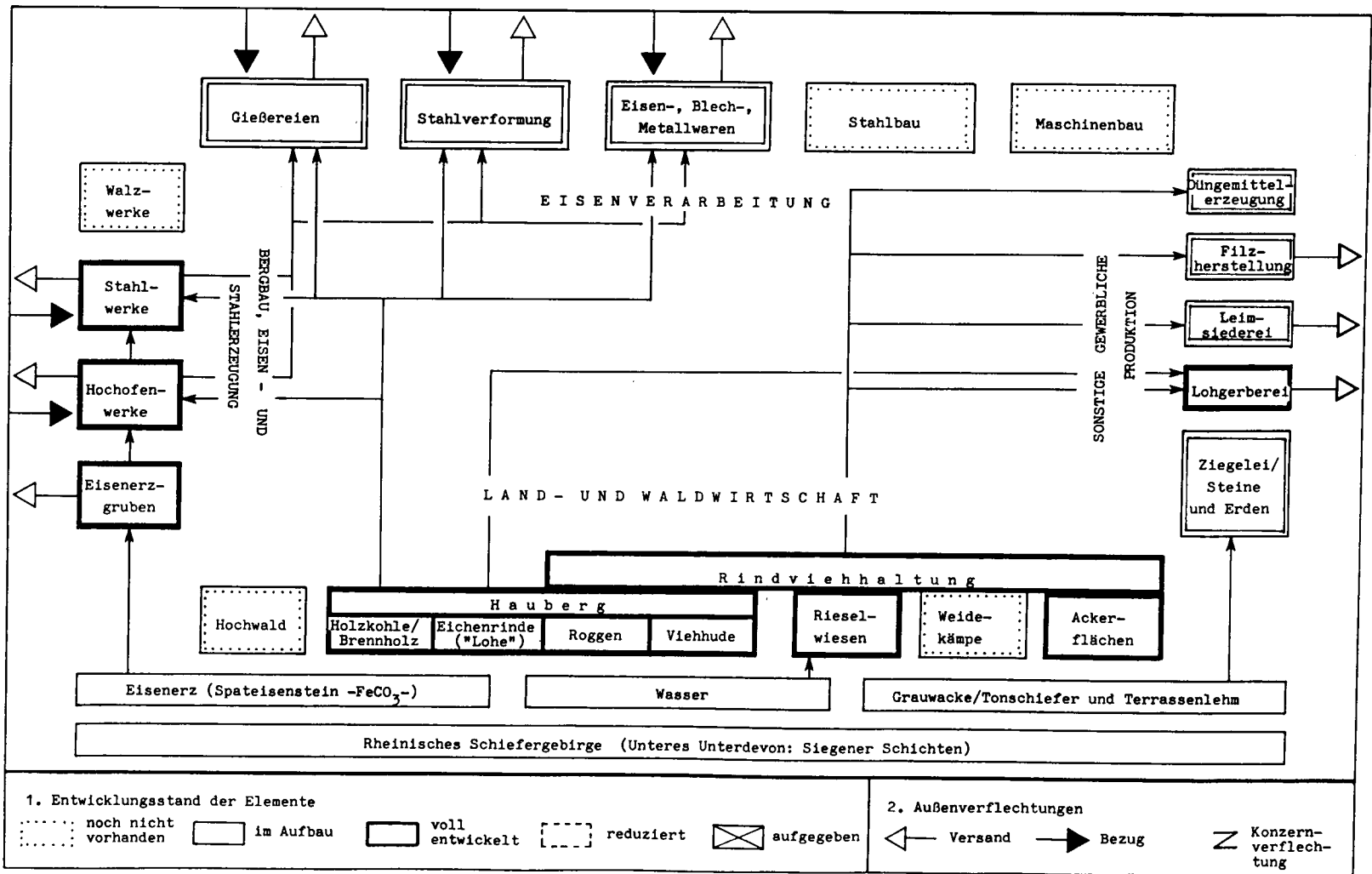


Abb. 2: Entwicklung des traditionellen Siegerländer Agrikultur-Manufaktur/Industrie-Gefüges (Stand: um 1850)

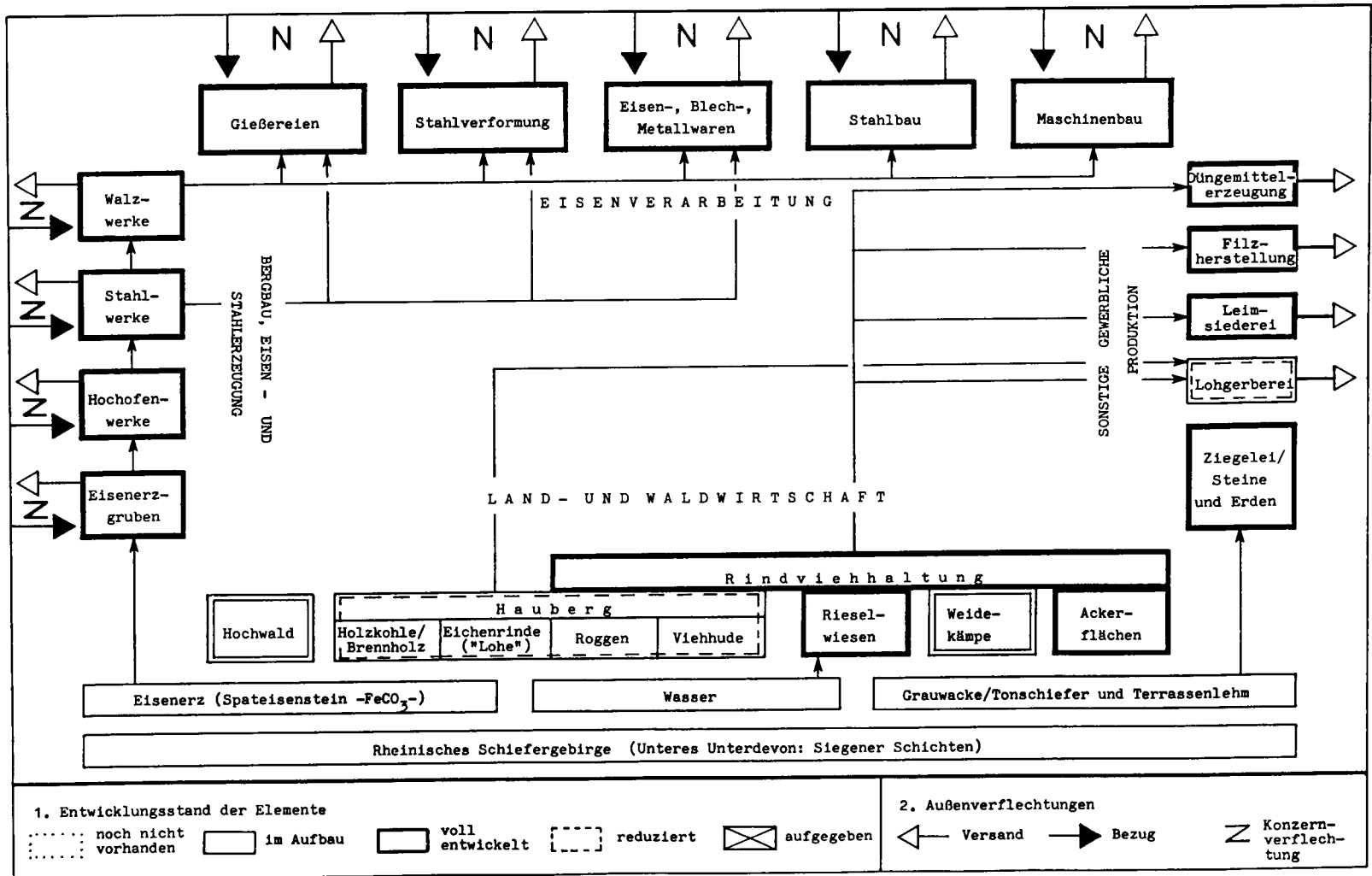


Abb. 3: Entwicklung des traditionellen Siegerländer Agrikultur-Manufaktur/Industrie-Gefüges (Stand: vor 1914)

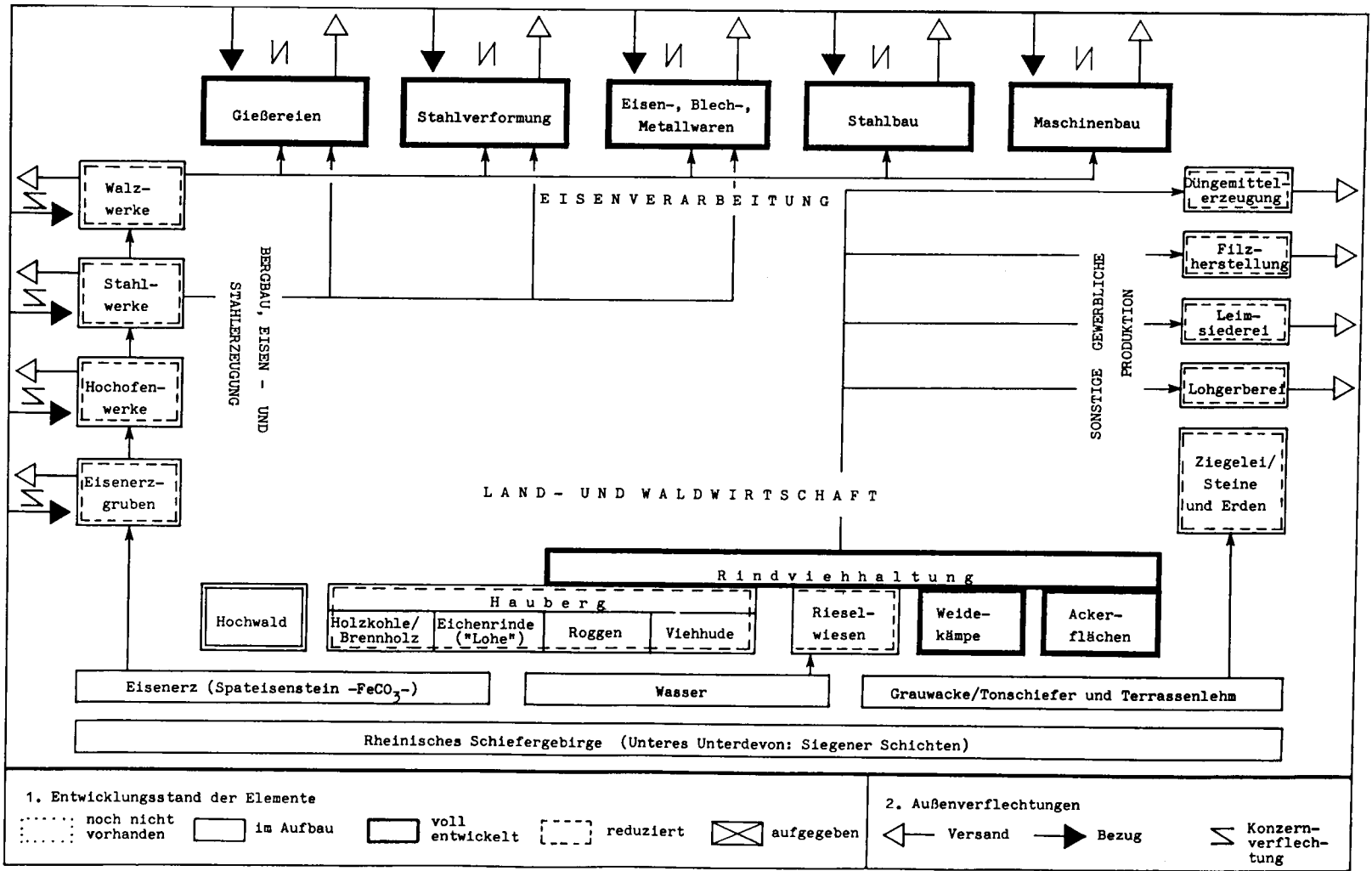


Abb. 4: Entwicklung des traditionellen Siegerländer Agrikultur-Manufaktur/Industrie-Gefüges (Stand: um 1950)

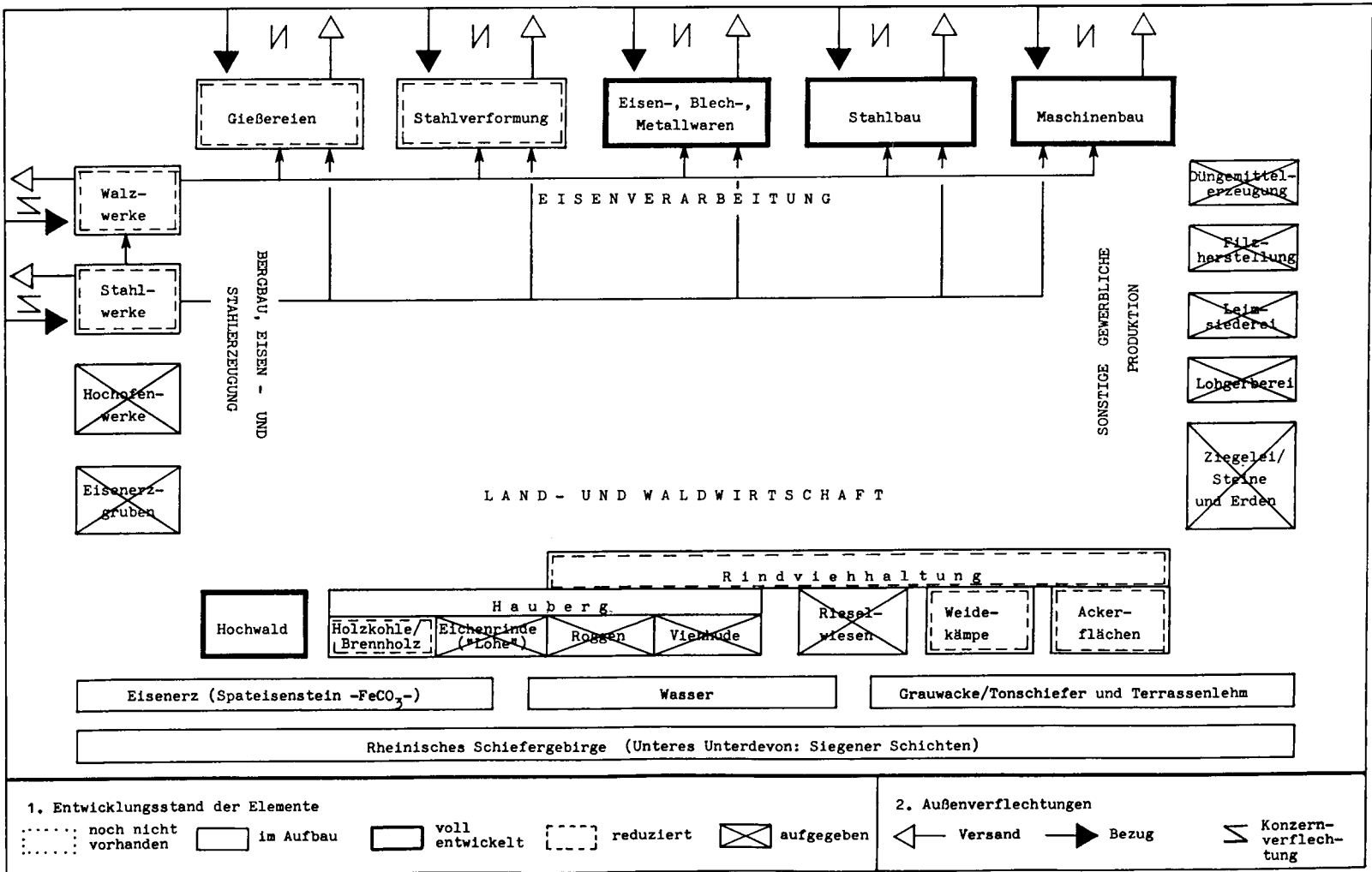


Abb. 5: Entwicklung des traditionellen Siegerländer Agrikultur-Manufaktur/Industrie-Gefüges (Stand: 1987)

- Warum sah FICKELER noch in der ersten Hälfte der 50er Jahre das Gesamtgefüge des Siegerlandes im Zustand der Harmonie und des Gleichgewichts?
- Warum aber werden schon wenig später, ab 1955, traditionelle Strukturen und Gefügeteile aufgelöst, und warum brechen interne funktionale Verknüpfungen endgültig zusammen?
- Warum war es und ist es auch heute noch möglich, dem Siegerland die Funktion eines Kulturlandschaftlichen Exempels zuzuerkennen?

Ein zentraler Erklärungsansatz für diese Fragen liegt im Phänomen der Retardation. Es ist nicht zu übersehen, daß die Kriege dieses Jahrhunderts und die jeweils nachfolgenden Krisenjahre das Tempo von Entwicklungsprozessen verlangsamt und sowohl das endgültige Auslaufen traditioneller Gegebenheiten wie auch den Beginn neuer Entwicklungen verzögert haben. Das Festhalten an alten Formen der Nutzung eigener natürlicher Ressourcen bis in die Mitte dieses Jahrhunderts, also an Haubergs-, Acker- und Wiesenutzung nach der alten Art, entsprang nicht nur einer freibestimmten Übereinkunft der wirtschaftenden Akteure, die Kulturlandschaft des Siegerlandes in einen Zustand von Harmonie und Gleichgewicht zu überführen und in ihm zu belassen. Die Verhaltensmuster der Siegerländer Bevölkerung wie auch die Landnutzungsmuster im Bild der Siegerländer Kulturlandschaft müssen heute als im wahren Sinn „notwendige“ Folgen von Reaktionen auf äußere Einflüsse, als Antworten auf Herausforderungen von außerhalb neu interpretiert werden.

Mit Retardation, mit der Verzögerung eines normalerweise längst ausgelaufenen Prozesses, lassen sich z.B. auch die Restbestände der Siegerländer Montanindustrie zu Anfang der 50er Jahre erklären. Ihren Höhepunkt hatte diese Industrie lange vorher, nämlich schon vor dem Ersten Weltkrieg. Im Jahr 1913 arbeiteten auf 94 Eisenerzgruben 13836 Bergleute; sie förderten 2606021 t Eisenerz; das waren immerhin 5% des Gesamtverbrauchs der deutschen eisen-schaffenden Industrie (Mitteilungen des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, H. 36, 1914). Zur gleichen Zeit umfaßte die

eisen-schaffende Industrie noch 19 Hoch-ofenwerke, davon 15 „reine“ Eisenhütten außerhalb einer Betriebseinheit mit Stahl- und Walzwerken, 4 SM-Stahlwerke, 3 Puddel-Stahlwerke, 17 Walzwerke, davon 10 „reine“ Walzwerke, und 7 Hammerwerke (BENNAUER 1935, S. 10; Mitteilungen des Berg- u. Hüttenmännischen Vereins, a. a. O.) (Abb. 3 u. 6). Nur wenig später machte die Weltwirtschaftskrise, die durch die 20er Jahre hindurch bis zum Anfang der 30er Jahre dauerte, die Standort- und Struktur-schwächen der Siegerländer Montanindustrie deutlich. Auf stark geschrumpften Binnen- und Außenmärkten unterlagen die Siegerländer Betriebe dem Druck in- und ausländischer Konkurrenz mit deren Struktur- und Standortvorteilen. Durch das sog. „Gruben- und Hüttensterben“ der 20er und 30er Jahre reduzierte sich die Anzahl montanwirtschaftlicher Betriebe vom Höchststand 1913 bis zum Jahre 1950 wie folgt: Eisenerzgruben von 94 auf 10, Hochofenwerke von 19 auf 8, Stahlwerke von 7 auf 3, Walzwerke von 17 auf 5 und Hammerwerke von 7 auf 3 Betriebe (Inst. f. Raumforschung, a. a. O.; Industrie- u. Handelskammer Koblenz, a. a. O.).

Dabei wäre selbst dieser Zustand der Siegerländer Montanindustrie am Anfang der 50er Jahre normalerweise nicht mehr intakt, hätten nicht politisch bedingte Rahmenbedingungen die Standortgegebenheiten der Schwerindustrie im Siegerland quasi künstlich stabilisiert und damit den ökonomisch notwendigen Schrumpfungsprozeß verzögert. Zur Retardation, zur Verzögerung des nach dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Schrumpfungs- und Auflösungsprozesses, trugen demnach sowohl die Autarkiestrebungen und die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches wie auch der Wiederaufbau Europas und die Wiederbelebung außereuropäischer Märkte nach dem Zweiten Weltkrieg bei (Abb. 4 u. 6).

##### **5. Die Auflösung des traditionellen Kulturlandschaftsgefüges und ihre Auswirkung auf die exemplarische Funktion des Siegerlandes**

Nach der Diskussion des FICKELERSchen Schemas sowie nach einer ersten Auseinandersetzung mit seinen Zentralbegriffen



„Harmonie“ und „Gleichgewicht“ kann als Zwischenergebnis festgehalten werden:

1. Das Struktur- und Funktionsgefüge der Siegerländer Wirtschaft um 1950 ist im Vergleich mit dem vorindustriellen Agrikultur-Manufaktur-Gefüge nur noch scheinbar intakt. Tatsächlich ist es schon weitestgehend verändert, was auch FICKELER im Text ausführlich beschreibt. Die traditionellen Formen der Acker-, Wiesen- und Waldnutzung sowie der Industriewirtschaft sind nur noch Relikte. Ihre fortdauernde Existenz verdanken sie allein künstlicher Retardation (Abb. 4 u. 6).

2. Seit Beginn seiner Industrialisierung ist das Siegerland nicht mehr als geschlossenes System anzusehen. Selbst vor Beginn des Industriezeitalters ist es das – wegen seiner außenwirtschaftlichen Beziehungen – im eigentlichen Sinn nie gewesen (vgl. Abb. 2). Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sind fast alle seine Gefügeelemente in den Sog außengesteuerter Abhängigkeit geraten. Dabei haben sich Systemöffnung, Verlust der regionalen Selbstständigkeit und Übergang zur Abhängigkeit von externen Steuerungsgrößen nacheinander und auf mehreren Ebenen vollzogen:

– Substitution eigener Ressourcen durch Importe

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ist eine der bodenständigen Ressourcen nach der anderen, mit der sich das Siegerland früher ganz oder in hohem Maß selbst versorgen konnte, durch Einfuhr von außen abgelöst worden (z. B. Holz bzw. Holzkohle durch Steinkohle, später durch Elektrizität und Gas, Eichenlohe durch natürliche und chemische Schnellgerbmittel, Natursteine und Ziegel aus Auelehm durch eingeführte Baumaterialien) (Abb. 2, 3, 4 u. 6).

– Schwächung von Erzeugung und Ausfuhr industrieller Produkte durch Konkurrenzdruck auf äußeren Märkten

Siegerländer Eisenerze sowie Roheisen, Rohstahl und Walzstahl, aber auch Leder, Leim und Filz verlieren – da durch regionale Standortnachteile belastet – ihre Wettbewerbsfähigkeit auf ihren alten Märkten und geraten zunehmend unter den Druck externer Konkurrenten.

– Verlust der regionalen Selbstständigkeit durch Verflechtung mit externen Kapitaleignern

Die nach 1861 fertiggestellten Eisenbahnlinien können als Symbol dienen, wie sehr sich das Siegerland aus Gründen der Energiesicherung an die Steinkohlenfelder des Ruhrreviers gebunden hat. Sie vermögen aber auch zu symbolisieren, wie sehr sich die Schwerindustrie des rheinisch-westfälischen Industriegebiets zur Sicherung ihrer Rohstoffbasis mit den Eisenerzgruben und der eisenschaffenden Industrie des Siegerlandes verbunden hat. Schon bald nach Fertigstellung der Eisenbahnlinien beginnt durch Beteiligung wie durch Aufkauf oder Neugründung von montanindustriellen Unternehmen die zunehmende Verflechtung des Siegerlandes mit externen Kapitalgesellschaften und damit der Verlust der regionalen Selbstständigkeit (KELLENBENZ, SCHAWACHT 1974, S. 103) (Abb. 3, 4).

Angesichts der vielen Außenbeziehungen um 1950, der überregionalen Verflechtungen, der Systemöffnung an so vielen Stellen, der einseitigen Abhängigkeit von externen Steuerungsfaktoren, kann FICKELERS Annahme von „wirtschaftlichem Gleichgewicht“ für 1950 nicht mehr akzeptiert werden. Da auch viele Elemente nicht mehr mit anderen innerhalb des Siegerlandes interdependent verflochten sind, sondern jeweils mit externen Elementen und zumeist auch einseitig abhängig sind, kann auch FICKELERS zweite Annahme von der „wirtschaftsgeographischen Harmonie“ nicht mehr aufrecht erhalten werden (Abb. 4).

Damit wird aber – was bisher zum Konsens in der historisch-landeskundlichen und geographisch-landeskundlichen Diskussion über das Siegerland gehörte – die Annahme einer „positiven“ exemplarischen Funktion des Siegerlandes, wie sie zuletzt von GLEITSMANN (1980, 1982) betont wurde, fragwürdig. Daraus abgeleitet, bedürfen auch folgende Fragen einer Erklärung:

– Hat das Siegerland jemals exemplarische Funktion gehabt?

– Wenn es sie vielleicht doch einmal hatte: wann und auf welche Weise wurde diese Funktion ungültig?

– Läßt sich aus der Perspektive neuerer ökologischer Umweltdiskussion daraus heute etwas begreifen; d. h. lassen sich daraus möglicherweise Ziele, Instrumente

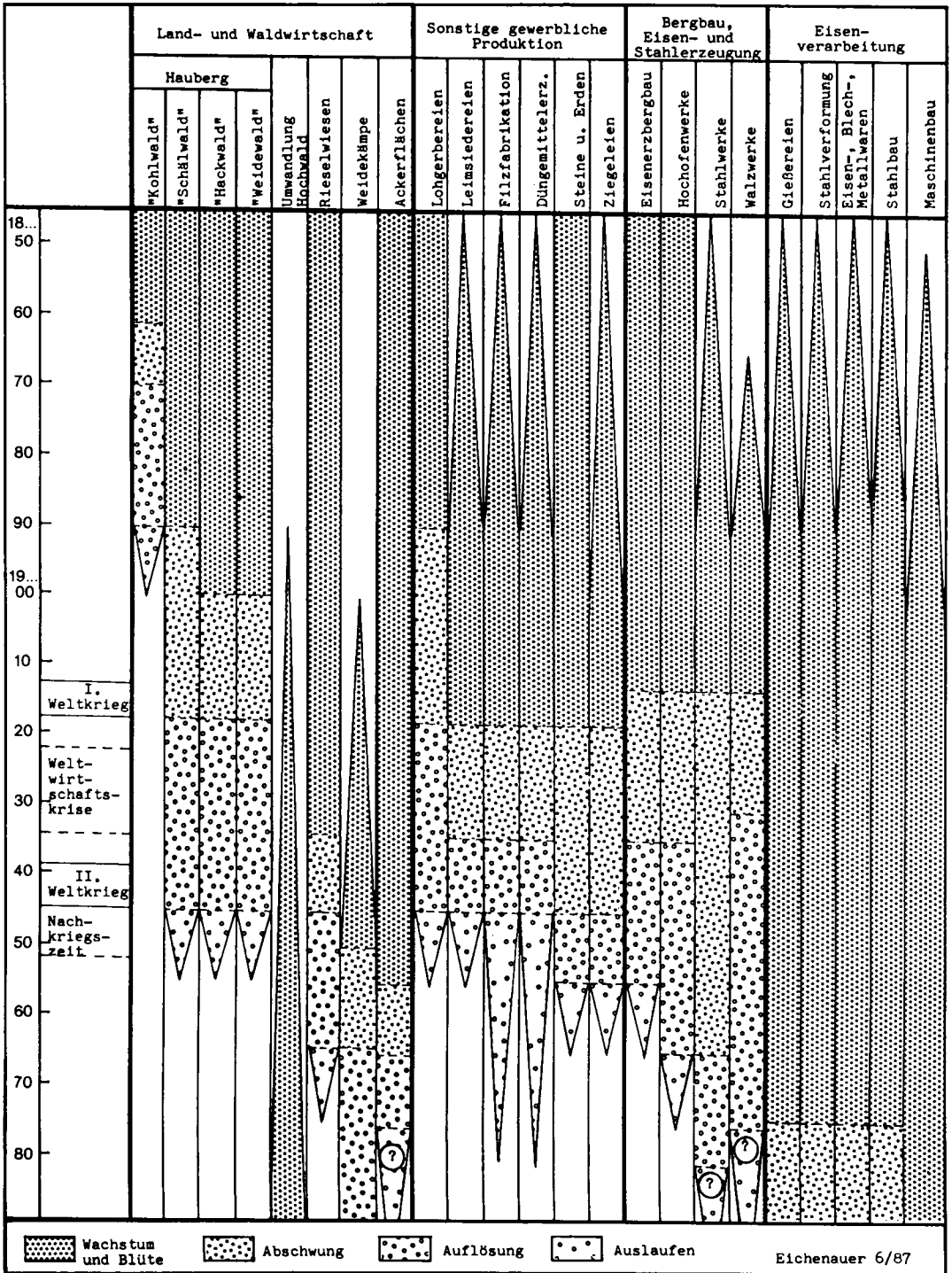


Abb. 6: Entwicklungsphasen traditioneller Elemente der Siegerländer Wirtschaft im Industriezeitalter

und Verfahrensweisen für eine neue umweltschonende, menschenwürdige Lebensraumgestaltung ableiten?

Zu dem Zweck werden drei Sachgebiete exemplarisch analysiert, nämlich die Bereiche „Energie aus dem Hauberg“, „Nebenerwerbslandwirtschaft“, „Betriebs- und Besitzstruktur der Industrie“.

## 6. Kritik der exemplarischen Funktion des Siegerlandes

### 6.1 Energie aus dem Hauberg (Beispiel 1)

Energie ist schon immer ein problematisches, ein teures und meistens auch ein knappes Gut gewesen. Weltweit und über alle Epochen hinweg lassen sich drei Lösungsstrategien unterscheiden, das Problem der Knappheit zu meistern: Sparstrategien, Verlagerungsstrategien und die Strategien der „sanften“, ressourcenschonenden Nutzung sich regenerierender Energieträger (GLEITSMANN 1980, S. 121; 1982, S. 22). Unter Sparstrategien ist die bewußte Reduzierung des Energieverbrauchs, d.h. die Anpassung des Konsums an das knappe Energiedargebot zu verstehen. Mit Verlagerungsstrategien läßt sich die Erschließung neuer Energiequellen, d.h. die Verlagerung der Energiebedarfsdeckung von einem knappen Energieträger auf einen mit größerem, manchmal unbegrenzt scheinendem Angebot (also z.B. von Holzkohle auf Steinkohle oder von fossilen Energieträgern auf Atomkraft) bezeichnen. Anders als die Verlagerungsstrategien, die – so der weltweite Überblick – dauernde Energiebedarfsdeckung hauptsächlich durch die Nutzung fossiler und mineralischer, also durch abiotische und damit nicht regenerierbare Energieträger zu sichern suchen, nutzen die Strategien der dritten Art Energieträger, die sich fortwährend regenerieren. Aus heutiger ökologischer Sicht können diese Strategien als eine Art der „sanften“, ressourcenschonenden und damit umweltschonenden Energienutzung verstanden werden, zumindest auf der Seite der Energiegewinnung. Ihr Hauptkennzeichen ist, daß durch sie nicht mehr Energie konsumiert wird, als das biotische System fortwährend produziert. Es versteht sich von selbst, daß der Verbrauch den natürlichen Zuwachs nicht

übersteigen darf, daß also dem Wunsch nach Verbrauchssteigerung und Übernutzung ein bewußter Sparwille entgegengesetzt werden muß (GLEITSMANN 1980, S. 129–138).

Vor Beginn des Industriezeitalters ist der Energiebedarf der privaten Haushalte und der eisengewerblichen Betriebe des Siegerlandes durch die Strategien 1 und 3 – d. h. durch Sparen und durch „sanfte“, regenerative Nutzung der natürlichen Ressource Holz – gesichert worden. Hauptenergiequelle neben den fließenden Gewässern, deren Wasserkraft für den Antrieb von Gebläsen, Hämmern und Mühlen genutzt wurde, waren die Niederwälder der Siegerländer Hauberge. Aus ihnen konnte, da sie sich jeweils durch Stockausschlag regenerierten, laufend Holz für die Erzeugung von Holzkohle und für den Hausbrand der privaten Haushalte entnommen werden. Landesherrliche Ordnungen und genossenschaftliche Organisationsformen garantierten, daß keine Übernutzung, kein Raubbau und damit keine Walddevisierung wie in anderen Räumen Europas erfolgte.

Aus heutiger Sicht können folgende positive Aspekte der vorindustriellen Energiegewinnung und -bedarfsdeckung im Siegerland hervorgehoben werden:

- die Deckung des Energiebedarfs durch den sich regenerierenden Energieträger Holz,
- die „sanfte“, d. h. die schonende Nutzung dieser Zentralressource,
- die Verfügbarkeit über eigene Energiequellen, d. h. das hohe Maß der Selbstversorgung.

Tatsächlich war aber das Siegerland vor 1861, vor dem Bahnbau, nicht Energie-selbstversorger. Bei einer Eigenproduktion von etwa 5000 Wagen im Jahr mußten immer noch rd. 7000 Wagen aus den Nachbargebieten eingeführt werden. Die eigene Produktion deckte also nur zu 42% den Bedarf (FICKELER, S. 22). Der hohe Anteil des Bezugs von außen bedeutete auch schon vorindustriell Abhängigkeit von externen Faktoren und Beschränkung der regionalen Selbständigkeit (vgl. Abb. 2). Aber selbst ressourcenschonende Eigenproduktion und Bezug von außerhalb haben nie den Energiebedarf

der vorindustriellen Eisengewerbe decken können. Seit der Ersterwähnung der vorindustriellen Eisen- und Stahlhütten und -hämmer ist schriftlich belegt, daß sie wegen Energiemangels oft nur wenige Wochen im Jahr produzieren konnten, ihre Produktionskapazität also real niemals voll ausgenutzt werden konnte. Energiemangel, die sog. „Kohlennot“, war ein Jahrhunderte währendes Problem (BÖTTGER 1950).

Danach muß eigentlich die positive Sicht von der Anwendung der ersten Strategie, der Sparstrategie, im vorindustriellen Siegerland teilweise korrigiert werden. Das durch Energiemangel erzwungene Sparen durch Produktionsdrosselung und -anpassung hatte zwar den positiven Effekt, die heimische Zentralressource Holz zu schonen; es war aber doch nur ein unfreiwilliges Sparen, ein künstlicher Konsumverzicht. Der schonende Umgang mit der zentralen Energiereource Holz entsprang also nicht dem freien Willen der Siegerländer sich zu bescheiden, d. h. freiwillig und durch Einsicht das natürliche Potential, das Ökosystem zu schützen und zu erhalten und auf wirtschaftliches Wachstum zu verzichten. Auch schon die Betreiber der vorindustriellen eisenschaffenden Betriebe wollten Wachstum. Ihr Drängen auf eine Bahnverbindung des Siegerlandes mit dem Ruhrrevier, d. h. auf Zugang zu neuen Energiequellen und auf uneingeschränkte Energieversorgung – exemplarisch belegt durch eine Reihe von Denkschriften, mit denen sie nach 1840 den baldigen Eisenbahnanschluß des Siegerlandes forderten (Denkschrift zur Begründung einer Deutz-Gießener Eisenbahn ..., 1953. Vergl. dazu DITT/SCHÖLLER 1955, S. 161; KRUSE 1924, S. 148–157) – macht doch deutlich, daß im Siegerland kein anderer Wirtschaftsgeist herrschte. Die später als beispielhaft gewürdigte „protestantische Verzichtsethik“ befähigte zwar die Siegerländer Unternehmer, auf vieles zu verzichten, um das eigene Kapital zu mehren; ein Verzicht auf eben diese Kapitalvermehrung selbst, auf fortwährendes wirtschaftliches Wachstum war aber darin nicht eingeschlossen (VORMWEG 1963, S. 35; DIETRICH 1984). Auch im Wertesystem des Siegerländers, in der Hierarchie seiner Lebensziele hat der bewußte Schutz der Umwelt

um der Umwelt willen immer nur eine untergeordnete Rolle gespielt; das läßt sich an der rd. 140jährigen Industrieentwicklung bis auf den heutigen Tag an vielen Beispielen belegen. Darum scheint es nur bedingt richtig, der Siegerländer Haubergswirtschaft, selbst da, als sie vor 1860 noch voll intakt war, die Qualität eines Exempels zuzuerkennen, wie es die neuere ökologisch beeinflusste Wirtschafts- und Sozialgeschichtsforschung anzunehmen bereit ist (GLEITSMANN 1980, S. 129, 135; 1982, S. 22).

Besonders problematisch scheint es aber, in der heutigen Energiediskussion auf den Beispielcharakter der Siegerländer Hauberge als Energielieferanten zu reflektieren. Die Waldfläche des Siegerlandes (hier nur das engere Verbreitungsgebiet der ehemaligen Siegerländer Haubergswirtschaft, der ehemalige Landkreis Siegen in seinen Grenzen vor 1975) beträgt 42900 ha, das sind 66% des gesamten Gebietes. Aber nur noch 11584 ha, das sind 27% der Waldfläche oder 17,8% der Gesamtfläche, sind heute von Niederwald bestanden, der – da er sich relativ schnell durch Stockausschlag regeneriert – in ca. 18–20jähriger Umtriebszeit zur Brennholzgewinnung genutzt werden könnte (nach Angaben der Unteren Forstbehörden im Kreis Siegen-Wittgenstein, Forstämter Siegen-Süd und Siegen-Nord). Tatsächlich wird auch wieder seit Anfang der 70er Jahre, seit dem drastischen Anstieg der Energiekosten, in den Restbeständen des nicht in Hochwald umgewandelten Niederwaldes Holz geschlagen. Das Holz dieses Niederwaldes, der Reliktform des Siegerländer Haubergs, wird von Privathäusern verfeuert. Für diese bedeutet es, da zum Selbstkostenpreis gewonnen, eine zum Teil erhebliche Entlastung des Haushaltsbudgets von Energiekosten. Anders aber als um 1950, als das Haubergsholz Wärmeenergie zum Kochen, zum Wäschewaschen und zum Baden lieferte, dient das Holz aus den Niederwäldern inzwischen ausschließlich zur Raumheizung, besonders zum Feuern von Kachelöfen und offenen Kaminen. Zu mehr würde aber auch das heute in den ehemaligen Haubergen gewonnene Holz nicht reichen; das beweist eine Untersuchung mit dem Titel „Energie aus dem Hauberg“ (WINGEN 1982). Die Publikation ist aus einer Stu-

dienarbeit hervorgegangen, die am Institut für Energietechnik der Universität-Gesamthochschule-Siegen angefertigt wurde. Danach entspricht die heute auf rd. 12000 ha ehemalige Haubergsfläche gewonnene Holzmenge von 46000 fm Brennholz (32200 fm Eiche und 13800 fm Birke), das sind 32292 t Holz, einem Äquivalent von 11086,5 t Heizöl. Bei einem Verbrauch eines Vier-Personen-Haushalts für Raumheizung und Warmwasserbereitung von ca. 4000 l leichtem Heizöl im Jahr würden bei Substituierung des Heizöls durch Holz nur 3340 Vier-Personen-Haushalte, d.h. insgesamt nur 13360 Personen des ehemaligen Kreises Siegen versorgt werden können (WINGEN, S. 99–107). Bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 215000 Einwohnern reichte das Haubergs Holz heute also nur noch für 6,2% aller Haushalte. Da aber der private Haushalt weitaus mehr Energie verbraucht als nur für Raumheizung und Warmwasserbereitung, also z.B. für alle elektrisch betriebenen Haushaltsgeräte, ist die Energie aus dem Hauberg gegenwärtig nur noch eine außerordentlich kleine Restgröße bei der Energieversorgung der privaten Haushalte. In der regionalen Energiebilanz – den Energieverbrauch der öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaftsbetriebe mit eingerechnet – kann demnach die Energie aus dem Hauberg heute überhaupt keine Rolle mehr spielen. Auch zukünftig wäre angesichts des heutigen Energiebedarfs – selbst wenn die immer noch durchgeführte und auch zukünftig beabsichtigte weitere Umwandlung des Niederwaldes in Hochwald unterbrochen würde – der Übergang zu einer „sanften“, regenerativen, ressourcenschonenden Energie-Selbstversorgung im Siegerland ganz und gar unmöglich. Darum wird sich auch der Wunsch nach dezentraler Energieversorgung, werden sich regionale Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der Energieeinfuhr, die es ja auch historisch niemals vollständig gegeben hat, nicht mehr erfüllen lassen.

Auch vor mehr als 30 Jahren, als FICKELERS Aufsatz vom Siegerland als ein „Beispiel wirtschaftsgeschichtlicher und wirtschaftsgeographischer Harmonie“ erschien, konnte die traditionelle Siegerländer Haubergswirtschaft, obwohl doch nach Augenschein noch voll intakt, nicht mehr als ein Beispiel

gelten. Erst recht kann heute ihren Restbeständen keine exemplarische Bedeutung hinsichtlich umweltschonender Energieerzeugung und hinsichtlich regionaler Autonomie bei der Energiebedarfsdeckung mehr abgewonnen werden (Abb. 5).

So wie der Hauberg, das Kernstück des traditionellen Agrikultur-Gewerbe-Gefüges und der Kulturlandschaft des Siegerlandes, haben sich auch andere Elemente gewandelt, ihre Funktion als Stützen des gesamt-räumlichen Gefüges eingebüßt und damit ihre exemplarische Funktion für die Formulierung vorbildhafter Raumnutzungsmodelle verloren.

## 6.2 Nebenerwerbslandwirtschaft (Beispiel 2)

Das Bindeglied vieler Elemente des traditionellen Agrikultur-Gewerbe-Gefüges im Siegerland war der Siegerländer Arbeiter-Bauer. Im Hauptberuf überwiegend im Eisenerzbergbau, in der eisenschaffenden oder in der eisenverarbeitenden Industrie beschäftigt, hatten er und die mithelfenden Familienangehörigen das ganze Jahr über zusätzlich mühselige und zeitaufwendige Arbeiten im Haus und in der Hofstelle, auf den Bewässerungswiesen, auf den Feldern und im Hauberg zu verrichten. Arbeits- und Lebensrhythmus waren von einer Vielzahl arbeitsintensiver Aktionen im Raum bestimmt. Aus der Perspektive des sog. „Aktionsräumlichen Ansatzes“ (vergl. dazu „Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen“ des 42. Dt. Geographentags in Göttingen, vor allem DEITERS / HEINRITZ 1980, S. 427–429) und des „Time-space-Ansatzes“ (WÄRNERYD 1979, S. 29–36) wird für den Siegerländer Arbeiter-Bauern und seine Familie deutlich, daß früher – und so auch noch um 1950, als aufgrund der erwähnten Retardation die traditionellen Feld-, Wiesen- und Ackernutzungen beinahe noch voll intakt waren – ein großer Teil des täglichen Zeitbudgets für den Hauptberuf sowie für die Arbeit im Haus, auf Feldern und Wiesen und im Hauberg, d.h. also für die Produktion aufgewandt werden mußte. Freie Zeit im eigentlichen Sinn, über die die gleichen Familien oder ihre Nachkommen heute in so hohem Maße verfügen, gab es nicht oder nur in ganz geringem Umfang, weder als freien

Feierabend noch als freies Wochenende oder als Jahresurlaub. In dem Maß, wie die natürlichen Ressourcen intensiv genutzt wurden, wurde auch die Ressource Mensch intensiv beansprucht. Unter den klassischen Produktionsfaktoren war der Faktor Arbeit außerordentlich hoch. Die nach Art und Maß so umfangreiche Arbeit war eine außerordentlich wichtige Bestimmungsgröße für die Lebenszeit, d. h. für deren tägliche, wöchentliche, monatliche und jährliche Zyklen, und für den Lebensraum der Siegerländer Arbeiter-Bauern.

Noch bis in die 50er Jahre wurde in allen Haubergen, soweit nicht schon in Hochwald umgewandelt, Holz geschlagen, zum Teil auch noch Vieh geweidet und Roggen angebaut. Auf den Bewässerungswiesen, die noch nicht von Industriebetrieben überbaut waren, wurden die Be- und Entwässerungsgräben gepflegt und auch noch zweimal im Jahr Heu gemacht. Alle Hang- und Terrassenäcker waren mit Brotgetreide und Kartoffeln bestellt; außer der üblichen kurzfristigen Schwarz- oder Grünbrache gab es also keine nennenswerte Brache (Abb. 4 u. 6).

Doch nur wenig später, schon ab 1955, zeigten sich erste „Auswirkungen der Industriekonjunktur auf die Siegerländer Agrarlandschaft“ (MONHEIM 1959). Heute, nur etwa 30 Jahre später, sind die traditionelle Acker-, Wiesen- und Haubergsnutzungen stark reduziert oder ganz aufgegeben. Holz aus den Niederwäldern der ehemaligen Hauberge wird – wie erwähnt – nur noch auf einer Fläche von etwa 12000 ha geschlagen, das sind 60 % der noch um 1950 geschlagenen Fläche. Seit 1950 sind mehr als 8000 ha, das sind  $\frac{2}{3}$  der damaligen Haubergsfläche, in Hochwald umgewandelt oder in andere Nutzungen überführt worden (WINGEN, S. 67/68) und Angaben der Unteren Forstbehörden im Krs. Siegen-Wittgenstein, Forstämter Siegen-Süd und Siegen-Nord). Auch die heute noch geschlagenen Niederwaldflächen werden sich nicht mehr wie früher durch Stockausschlag regenerieren können. Alle zuletzt geschlagenen Niederwaldflächen werden mit anderen Hölzern, meistens mit Nadelhölzern, aufgeforstet und somit in eine andere Art von Wald überführt. Auch da, wo man den Niederwald durchwachsen läßt, ihn also allmählich ohne Schlagen, Ro-

dung und Neuaufforstung in Laubhochwald überführt, wird er letztendlich der traditionellen Niederwaldwirtschaft entzogen. Der Hauberg als Kohlwald und Schälwald, als Hackwald und Weidewald ist lange schon tot. Irgendwann in naher Zukunft wird darum im Waldbild des Siegerlandes nichts mehr an den Niederwald erinnern (Abb. 5 und 6).

Noch tiefgreifender sind die Veränderungen an den ehemaligen Bewässerungswiesen. Nachdem während der ersten Phase ihrer jüngsten Entwicklung die traditionelle Bewirtschaftung aufgegeben worden war, sind sie während der zweiten Entwicklungsphase entweder in Wohnbau-, Gewerbe-, Industrie-, Verkehrs- und Sonderbauflächen oder aber in Weideland umgewandelt bzw. aufgeforstet worden. Alle die Flächen, die nicht in die genannten Nutzungen überführt wurden, sind brachgefallen. Schon 1980 gab es keine einzige Bewässerungs- oder Rieselwiese mehr (Ergebnis empirischer Untersuchungen, die Studenten des Faches Geographie an der Universität-Gesamthochschule-Siegen auf Anregung des Verf. schon in den Jahren 1975 – 1977 durchführten. Dabei wurden flächendeckend alle ehemaligen Bewässerungswiesen im früheren Land- und Stadtkreis Siegen parzellengenau kartiert; vergl. dazu GRZESCHIK 1977; HEUPEL 1977; HORZELLA 1977. Eine etwa zehn Jahre später durchgeführte Untersuchung bestätigt den Befund der o.g. empirischen Untersuchungen; vergl. DÖRPINGHAUS 1984) (Abb. 4, 5, 6).

Daneben hat auch die Bewirtschaftung der Hang- und Terrassenäcker stark abgenommen. Auch diese sind nach vorheriger Aufgabe der traditionellen Bewirtschaftung entweder in andere Nutzungen überführt worden – zumeist die gleichen wie die bei den Bewässerungswiesen genannten – oder aber brachgefallen. Der Anteil der langfristigen Brache an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche beträgt mittlerweile über 30 %, in einzelnen Gemeindeteilen der Gemeinden Burbach, Neunkirchen, Wilnsdorf aber schon mehr als 40 %, in Gemeinden des industrialisierten Hütten-tals, in Niederschelden, Eiserfeld, Weidenau, Geisweid, seit langem sogar schon 100 % (RIEMANN u. a. 1971, S. 17, 35, 51, 85).

Dieser Nutzungswandel ehemaliger Acker-, Wiesen- und Haubergsflächen und das hohe Maß an Sozialbrache sind herausragende Indikatoren, den tiefreichenden Wandel der sozioökonomischen Rahmenbedingungen und den Umbau der Raum- und Siedlungsstruktur zu veranschaulichen. Sie sind zugleich aber auch Ausdruck des Wandels in den Werten und Einstellungen der ehemaligen Siegerländer Arbeiter-Bauern, d.h. ihres Verhaltens gegenüber dem Raum (spatial behaviour) wie auch ihres realen Verhaltens im Raum (behaviour in space).

Aus der Perspektive des „time-space-Ansatzes“ (WÄRNERYD 1979) betrachtet, unterscheiden sich die Muster der individuellen Lebenszeit- und Lebensraumgestaltung der Siegerländer Bevölkerung stark von denen der ehemaligen Arbeiter-Bauern. Der individuelle Aktionsraum innerhalb der Wohngemeinde, der früher – zu Zeiten der intakten Feld-, Wiesen- und Haubergswirtschaft – das gesamte Gemeindegebiet umfaßte, ist nunmehr außerordentlich stark geschrumpft und reicht selten noch über die Wohnung und das nahe Wohnumfeld hinaus. Aus dem Grund ist heute für die Nachkommen der Siegerländer Arbeiter-Bauern ein großer Teil der eigenen Gemeinde, da nicht mehr von ihnen bearbeitet, gleichsam ein Stück Fremde. Nicht zuletzt dieser mangelnde handgreifliche Umgang mit Boden, Wasser, Pflanzen und Tieren erklärt, warum sie im wahren Sinn des Wortes so wenig vom Heimatraum im besonderen und von der naturnahen Landschaft, von ihrer Gefährdung und von der Aufgabe ihrer Pflege im allgemeinen begreifen. Während früher viele Arbeitsstunden im Jahresgang eines Siegerländer Arbeiter-Bauern auf naturnahe Feld-, Wiesen- und Haubergsnutzung sowie auf Viehhaltung verwendet wurden, stehen heute für die individuelle Lebenszeit, nach Reduzierung der Tages- und Wochenarbeitszeit im Hauptberuf und nach Verlängerung des Jahresurlaubs – die sog. reproduktive Zeit mit Schlaf, Mahlzeiten und Körperpflege nicht einmal gerechnet –, unvergleichlich mehr Stunden als freie Zeit zu beliebiger Verfügung. Hier – in der großen Summe frei verfügbarer Zeit, die ja nicht nur von außen gewährt, sondern auch zur Erfüllung individueller Bedürfnisse ausdrücklich gefordert wurde und noch ge-

fordert wird – liegt ein wichtiger Schlüssel für das Verständnis der Sozialbrache im engeren und des umfassenden Kulturlandschaftswandels im weiteren.

Die traditionelle Nutzungsvielfalt von Äckern, Wiesen und Haubergen – in ihrer ehemals intakten Form als Exempel für natur-schonende und landschaftspflegende Nutzungen, für Nutzungsgleichgewicht und regionale Selbständigkeit gelobt – war also nur um den Preis einer starken Arbeitsbelastung zu haben. Heutige Wachstums- und Zivilisationskritik sowie ökologische Diskussion, die die historischen Belastungen und Restriktionen zur Aufrechterhaltung traditioneller Strukturen und Gefüge – wie etwa die der äußersten Energieersparnis – nicht mit beachtet und bewertet, wird sich davor hüten müssen, die exemplarische Bedeutung historischer Zustände überzubewerten und als Vorbild für aktuelle Lebensraumgestaltung in die Gegenwart zu übertragen.

### 6.3 Betriebs- und Besitzstruktur der Industrie (Beispiel 3)

In FICKELERS Darstellung vom „Siegerland als Beispiel wirtschaftsgeschichtlicher Harmonie“ (S. 16, 47, 48) waren Montanindustrie, Eisenerzbergbau und eisenschaffende Industrie wesentliche Elemente, das traditionelle Agrikultur-Gewerbe-Gefüge in Harmonie, d.h. im Zustand eines regionalen Gleichgewichts zu halten (Abb. 1). Eisenerzbergbau und eisenschaffende Industrie waren demnach also wichtige Elemente, dem Siegerland den Charakter eines Exempels zuzuerkennen. Im folgenden soll darum auch noch kurz, wie schon oben zuvor bei der Energieversorgung und bei der Nebenerwerbslandwirtschaft, die exemplarische Funktion der traditionellen Siegerländer Industriewirtschaft kritisch überprüft werden.

Im Jahr 1950 bestanden – hauptsächlich aus Gründen der schon erwähnten Retardation – noch 10 Eisenerzgruben, 8 Hochofenwerke, 3 Stahlwerke und 5 Walzwerke mit insgesamt 10010 Beschäftigten, das waren 37,5% aller Industriebeschäftigten (Institut für Raumforschung, a.a.O.; Industrie- und Handelskammer Koblenz, a.a.O.). Doch in

der um 1950 noch so bedeutenden Montanindustrie gab es, wie es das FICKELERSche Schema vermuten lassen könnte, seit langem schon keine regionale Selbständigkeit mehr. Die Siegerländer Montanindustrie war eng mit der Montanindustrie an Rhein und Ruhr verflochten. Alle Eisenerzgruben, die kombinierten Hochofen-, Stahl- und Walzwerke und die sog. „reinen“ Walzwerke waren im Besitz auswärtiger Kapitalgesellschaften. Auch die kleinen, „reinen“ Hütten mit jeweils nur einem Hochofen wurden indirekt, aber doch nachhaltig von den großen Ruhr-Konzernen, die den Markt beherrschten, kontrolliert (Abb. 3 und 4). Schon kurz nach 1950 geriet die Siegerländer Montanindustrie – was Drittes Reich, Zweiter Weltkrieg und Nachkriegsjahre um etwa 20 Jahre verzögert hatten – erneut, diesmal aber verschärft, unter den Druck deutscher und ausländischer Konkurrenz. Angesichts der Schwierigkeiten der Siegerländer Eisenerzgruben – z.B. geringer Fe-Gehalt der Erze, große Teufe, geologisch schwierige Lagerstätte – und der Verkehrsferne der Siegerländer eisenschaffenden Industrie hinsichtlich Binnenwasserstraßen und Häfen, Energiebasis und Märkten hatte die Konkurrenz alle Standortvorteile auf ihrer Seite. Im Bezug auf den optimalen Standort von Erzförderung und Eisen- und Stahlerzeugung war das Siegerland nicht mehr wie seit Jahrhunderten Kernland, sondern Peripherie. Nach 1950 lagen also Standortvorteile und Kapitalmehrheit außerhalb des Siegerlandes. Die externen Kräfte waren stärker geworden als die internen. Die Siegerländer Montanindustrie unterlag somit ganz der Außensteuerung. Das erklärt, warum dieser Zweig der traditionellen Siegerländer Wirtschaft seitdem in nur 30 Jahren bis auf eine Restgröße geschrumpft ist. Schon 1963 wurde die letzte Eisenerzgrube geschlossen, 1978 erlosch der letzte Hochofen, Ende der 70er Jahre wurde das letzte Siemens-Martin-Stahlwerk stillgelegt. Heute sind nur noch ein Elektro-Stahlwerk mit Stranggießanlage, ein stark verkleinertes Warmwalzwerk und ein Kaltwalzwerk übriggeblieben (Abb. 4, 5, 6). Die Gesamtzahl aller Beschäftigten in der eisenschaffenden Industrie ist bis zum Jahre 1980 auf 12031, das sind 24,5 % aller Industriebeschäftigten, gesunken (ECKERT

1982, S. 16). Auch diese Zahl wird sich, da weitere Rationalisierungen und Betriebsstillegungen bevorstehen, noch verringern. Angesichts der Schwierigkeiten der europäischen Stahlindustrie ist es fraglich, ob der so stark geschrumpfte, dezentrale Stahlstandort Siegerland überhaupt auf Dauer erhalten werden kann. Darüber wird angesichts der totalen Konzernverflechtung der Siegerländer Betriebe der eisenschaffenden Industrie mit den Stammfirmen an Rhein und Ruhr auf jeden Fall nicht im Siegerland entschieden.

So wie bei den Restbetrieben der eisenschaffenden Industrie unterliegt auch die eisenverarbeitende Industrie in starkem Maß der Außensteuerung. Schon 1980 waren, die eisenschaffende Industrie mit eingerechnet, 39,6 % der industriellen Arbeitsplätze konzerngebunden, d.h. in der Hand von Industriebetrieben, die auswärtigen Gesellschaften teilweise oder ganz angehören (FGU-Kronberg Unternehmensberatung GmbH, 1981, S. 56/57 u. Tabelle 16) (Abb. 5). Das ist, wie schon am Beispiel der Montanindustrie gezeigt werden konnte, nicht immer so gewesen. Bis Mitte des vergangenen Jahrhunderts waren die Siegerländer Rohstoffgewinnung, Energieerzeugung und eisengewerblichen Produktionsstätten ganz in der Hand von Einheimischen (vgl. Abb. 2). Vor- und frühindustrielle Besitz- und Betriebsstruktur dieser Produktionsstätten waren – nach heutigen Maßstab – ausschließlich mittelständisch. Diese Betriebsstruktur entsprang aber nicht nur freiem Unternehmerwillen (wie ja auch der damalige sparsame Umgang mit eigenen Energieressourcen nicht nur freiwillig war). Der Wunsch nach der Vermehrung des eigenen Betriebsertrags und nach Wachstum war gewiß auch schon in vor- und frühindustriellen Unternehmen angelegt. Aber noch standen dem gewichtige Restriktionen entgegen, so z. B. Energieknappheit, mangelnde Verkehrserschließung, technologische Unterentwicklung, Kapitalmangel. Die Industrialisierung hat Restriktionen aufgehoben und das latent vorhandene Wachstumsdenken aktiviert. Im Wunsch nach Wachstum, in der Wachstumsdynamik liegt offensichtlich ein menschliches Grundprinzip, das sich im Industriezeitalter wie nie zuvor



entfalten konnte und von dem auch das Siegerland erfaßt wurde. Teilhabe am Wachstum, teilnehmen wollen am Zuwachs bedeutete für die Siegerländer eisen-schaffende und eisenverarbeitende Industrie, sich die Wachstumsvoraussetzungen zu schaffen, über die sie selbst nicht verfügten. Wie überall in Deutschland sind auch im Siegerland zwei Strategien angewendet worden, Wachstumsbedingungen zu schaffen und Wachstum zu verwirklichen. Die eine hat am Prinzip des selbständigen mittelständischen Kleinbetriebs festgehalten. Die andere hat das Prinzip verwirklicht, bodenständige Betriebe mit auswärtigen, meist größeren Firmen zu vereinigen. Absicht dieser Strategie war, Wachstumsvorteile, die man in der Beibehaltung der Selbständigkeit nicht zu erreichen glaubte, durch Vereinigung zu gewinnen und langfristig zu sichern. Die Verflechtung mit auswärtigen Firmen hat Siegerländer Betrieben immer wieder Vorteile gebracht, und zwar besonders in Zeiten wirtschaftlicher Rezession und Krisen nach und zwischen den Kriegen. Die Verflechtung hat daneben auch die endgültige Stilllegung von Betrieben der eisen-schaffenden Industrie lange Zeit, zum Teil sogar bis heute verzögert. So kann also den oben genannten Gründen für die allgemeine Retardation in der Kulturlandschaftsentwicklung des Siegerlandes bis in die 50er Jahre ein weiterer Grund hinzugefügt werden, der insbesondere die eisen-schaffende Industrie, aber auch die eisenverarbeitende betrifft, nämlich die Bindung an auswärtiges Kapital, an auswärtige Forschungs- und Technologiepotentiale sowie an auswärtiges Management.

Heute aber zeigt sich, daß die Vereinigung mit auswärtigen Partnern nicht nur Vorteile bedeutet; sie bedeutet auch – besonders bei der Bindung an einen stärkeren Partner – zusätzliche Verstärkung externer Einflüsse, wenn nicht sogar Aufgabe der Selbständigkeit und damit potentiell auch Nachteile. Denn genauso wie die Verflechtung mit auswärtigen Großkonzernen die Standorte im Siegerland sicherte, so gilt doch auch, daß der größere Partner in Phasen wirtschaftlicher Stagnation periphere Standorte aufgibt, um die eigene Existenz zu sichern.

Als Ergebnis der Analyse der traditionellen

Siegerländer Industriewirtschaft läßt sich also festhalten:

– Um am industriellen Wachstumsprozeß teilzuhaben, haben sich Siegerländer Industriebetriebe – und nicht nur die der eisen-schaffenden Industrie – mit größeren auswärtigen Betrieben verbunden. Die positiven Effekte dieser Verflechtung sind folgende:

1. Die Verflechtung hat tatsächlich industrielles Wachstum gesichert.
2. Sie hat – bei einer Gruppe Siegerländer Betriebe – Reduzierung und Betriebsstilllegung verzögert, zum Teil bis auf den heutigen Tag.
3. Sie hat – bei einer anderen Gruppe – den Siegerländer Standort dauerhaft gesichert.

– Die Verflechtung mit auswärtigen Großbetrieben bedeutet aber trotz zeitweiliger Vorteile auch reale oder mögliche negative Effekte:

1. Der periphere Standort Siegerland ist, um den eigenen Hauptstandort zu sichern, potentiell immer gefährdet.
2. Der abhängige, extern gesteuerte Siegerländer Betrieb hat sich nicht so entwickelt und hat nicht die Sicherheit, als wenn er selbständig geblieben wäre.

Damit ist auch die exemplarische Bedeutung der traditionellen Siegerländer Industrie, die ja schon historisch angezweifelt werden konnte, heute ganz und gar problematisch. Liegt – wie vorindustriell ausschließlich verwirklicht – die Zukunft des Industriestandorts Siegerland in dezentralen, kleinen, selbständig geführten Mittelstandsbetrieben oder liegt sie in der Verflechtung mit auswärtigen Großbetrieben – und damit auch in der Abhängigkeit von ihnen? Liegt die Zukunft in der Nutzung, aber auch in der bewußten Bewahrung und Erhaltung einmaliger, regionsspezifischer Potentiale – wie es ja historisch schon einmal war, und das um den Preis einer anderen Qualität von Wachstum als an den Standorten der jetzigen Konkurrenten –, oder liegt sie in der Nachahmung fremder Wachstumskonzepte um jeden Preis?

## 7. Ergebnisse

Die kritische Überprüfung des FICKELER-schen Konstrukts von der „wirtschaftsge-

schichtlichen und wirtschaftsgeographischen Harmonie“ des Siegerlandes machte eine erneute Sachanalyse des strukturellen und funktionalen Gefüges der traditionellen Siegerländer Kulturlandschaft und seine Entwicklung in den vergangenen 130 Jahren notwendig. Diese Sachanalyse führte zu folgenden Ergebnissen:

– Das Siegerland war kein „Selbstversorgungs-System“. Bei vielen Gütern bestand kein Gleichgewicht zwischen regionalem Bedarf und regionaler Eigenproduktion. Wo der regionale Bedarf die Leistungsfähigkeit der regionalen Ressourcen überstieg, war das Siegerland auf den Bezug von außen angewiesen, so z.B. bei der Energieversorgung und bei der Versorgung mit Konsum- und Investitionsgütern (Abb. 2, 3, 4, 5).

– Das Siegerland war kein „Selbstbeschränkungs-System“. Es gab kein gewolltes Nutzungsgleichgewicht zwischen Ökosystem – primärem Milieu – und Anthropo-System – sekundärem Milieu – aus Gründen der Schonung der natürlichen Ressourcen. Der Wunsch nach quantitativem Wachstum überwog immer den Willen zur Beschränkung und Sparsamkeit. Wo sparsamer, schonender Umgang mit den einheimischen Ressourcen zu beobachten war, geschah das unter Zwang, nicht aus Gründen freier Einsicht. Sobald Restriktionen aufgehoben wurden und die latent immer vorhandene Wachstumsdynamik sich frei entfalten konnte, führten die Nutzungsansprüche zu tiefgreifenden Belastungen und Schädigungen des Ökosystems.

– Das Siegerland war kein „Selbsterhaltungs-System“. Es bestand kein frei gewähltes Gleichgewicht zwischen notwendigem Raumnutzungs-Aufwand und freiwilliger Nutzungsbereitschaft. Die historische Kulturlandschaft war das Ergebnis intensiver Raumnutzung durch hohen Arbeits- und Zeitaufwand. Sobald die Sozialgruppen, die diesen hohen Aufwand zur Pflege und zum Erhalt traditioneller Raumnutzungsstrukturen zu leisten hatten, dazu existentiell nicht genötigt waren, verfielen die alten Wirtschafts-, Siedlungs- und Sozialstrukturen.

– Das Siegerland war kein „Selbstregulierungs-System“. Es bestand kein innerregionales Gleichgewicht zwischen einheimischen Ressourcen und endogenen Entwicklungspotentialen. Verglichen mit anderen Wirtschaftsräumen hatte das Siegerland Defizite an Human- und Investitionskapital. Wirtschaftliche Entwicklung war nur möglich unter Zuhilfenahme äußerer Kräfte. Das aber führte – je nach Wirtschaftsabteilung und Branche – zum partiellen oder totalen Verlust der regionalen Selbstbestimmung (Abb. 3, 4, 5).

Danach sind FICKELERS und GLEITMANNs Darstellungen des Siegerlandes wie folgt zu korrigieren:

– FICKELERS Darstellung von der „Wirtschaftsharmonie“ und vom „wirtschaftlichen Gleichgewicht“ des Siegerlandes ist ein Konstrukt; es beruht auf einer unzureichenden Interpretation der Realität. Die Analyse der strukturellen und funktionalen Gegebenheiten der historischen Kulturlandschaft sowie ihre Entwicklung im Industriezeitalter falsifiziert dieses Konstrukt.

– FICKELER stellt nur die innerregionalen Interdependenzen der einzelnen Gefügeelemente dar. Aus seiner Sicht erscheint das Siegerland als geschlossenes System einer regionalen Kreislaufwirtschaft (Abb. 1). Diese Sicht ist sowohl räumlich wie funktional zu eng. Sie berücksichtigt nicht die regionalen Defizite, die funktionale Außenverflechtungen notwendig machen und die somit auch Abhängigkeit von äußeren Gegebenheiten begründen (Abb. 2, 3, 4, 5).

– FICKELER läßt die dynamische Perspektive vermissen. Er vernachlässigt sowohl endogene wie exogene Einflußgrößen, d. h. also politische, ökonomische, soziale, kulturelle und religiöse Kräfte, die auf Veränderung drängen. Er verkennet insbesondere den dauernden Wachstumsdruck, d.h. den Wunsch nach wirtschaftlichem Wachstum, der von diesen Kräften ausgeht.

– FICKELER thematisiert und problematisiert das Verhältnis von primärem und sekundärem Milieu zu wenig. Reale Belastungen

und potentielle Gefährdungen des Ökosystems durch anthropogene Eingriffe werden von ihm kaum oder gar nicht beachtet.

- FICKELER und GLEITSMANN überschätzen die exemplarische Funktion der historischen Kulturlandschaft des Siegerlandes, das gilt insbesondere hinsichtlich ihrer aktuellen Bedeutung. Es ist darum auch problematisch, den von ihnen angenommenen exemplarischen Charakter des gesamten Siegerlandes oder von Teilbereichen zum Leitbild für die zukünftige Lebensraumgestaltung zu erheben.

Die Realwelt – aufgedeckt durch erneute Analyse struktureller und funktionaler Gegebenheiten – widerlegt FICKELERS und GLEITSMANN'S Konstrukte und deren Überhöhung als exemplarische Konzepte. Die Konstrukte sind nicht Abbilder der Wirklich-

keit, sondern offensichtlich Projektionen, wie sie sein sollte. So gesehen, sind sie Ausdruck utopischen Denkens, d.h. also Entwürfe einer besseren „Gegenwelt“.

Das utopisch-idealisierte, aus dem Wirklichkeits-Konstrukt gewonnene Konzept verschleiert allerdings allzu leicht die Probleme der realen Welt und die Aufgaben, die für deren zukünftige Gestaltung zu lösen sind. Das Siegerland hat keine herausragende positiv-exemplarische Funktion. Es ist aber sehr wohl ein weiteres regionales Beispiel für die Dynamik, Prozesse und raumwirksamen Folgen des Industriezeitalters. Auch die Siegerländer Kulturlandschaft ist letztlich nur Ausdruck einer Grundkonstante menschlicher Existenz, die weniger von der „Ethik des Verzichts“, sondern vielmehr vom „Haben“ (FROMM 1981) und Wachstum bestimmt ist.

## LITERATUR

**Baade, F.** (1961): Der Wettlauf zum Jahr 2000. Unsere Zukunft: Ein Paradies oder die Selbstvernichtung der Menschheit. Oldenburg, Hamburg

**Basler, E.** (1973): Strategie des Fortschritts. Umweltbelastung, Lebensraumverknappung und Zukunftsforschung. München, Bern, Wien

**Bell, D.** (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt, New York

**Bennauer, W.** (1935): Die Übererzeugung im Siegerländer Eisenbergbau und Hochofengewerbe von 1870–1913. Jena

**Böttger, H.** (1950): Die Holznot der Grafschaft Nassau-Siegen. In: Siegerland, Bd. 27, S. 25–27

**Deiters, J., G. Heinritz** (1980): Aktionsräumliche Ansätze in der Zentralitätsforschung, Einführung und Diskussionsergebnisse. In: 42. Deutscher Geographentag Göttingen. Tagungsber. u. wissenschaftl. Abh. (= Verhandl. d. Dt. Geographentags, Band 42, S. 427–429, Wiesbaden)

**Denkschrift** zur Begründung einer Deutz-Gießener Eisenbahn über Betzdorf, Dillenburg und Wetzlar mit Zweigbahn von Betzdorf nach Siegen. Siegen 1853

**Dietrich, G.** (1984): Max Webers Thesen und die „Siegerländer Mentalität“. In: Siegener Zeitung v. 17. 4. 1984

**Ditt H. u. P. Schöller** (1955): Die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in NW-Deutschland. In: Westf. Forschungen. 8, S. 150–180

**Doepner, D.** (1957): Niederwaldumwandlung im Siegerland. In: Allgemeine Forstzeitschrift, 12. Jg., Nr. 49, S. 587–593

**Dörpinghaus, H.** (1984): Der Nutzungswandel in den Siegerländer Bewässerungswiesen, unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozio-ökonomischen Entwicklungen seit dem Zweiten Weltkrieg. –

Schriftl. Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung f. d. Lehramt Sekundarstufe I. Universität-Gesamthochschule Wuppertal. Wuppertal

**Duve, F.** (Hg.) (1980): Demokratische und autoritäre Technik. Beiträge zu einer anderen Technikgeschichte, Reinbek bei Hamburg (= Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise, 16)

**Eckert, D.** (1982): Die Siegerländer Industrie im Strukturwandel. In: Industrie- und Handelskammer Siegen (Hg.): Wirtschaftskundliche Materialien über die Region Siegen-Olpe-Wittgenstein. Arbeitshilfen für den Unterricht der Fächer Wirtschaftslehre und Erdkunde (= Schriftenr. der IHK Siegen. H. 14, S. VII/1–26)

**FGU-Kronberg** Unternehmensberatung GmbH (1981): Möglichkeiten und Grenzen der regionalen und sektoralen Standortbeeinflussung im Kreis Siegen. Gutachten für den Kreis Siegen. Kronberg

**Fickeler, P.** (1954): Das Siegerland als Beispiel wirtschaftsgeschichtlicher und wirtschaftsgeographischer Harmonie. In: Erdkunde, Arch. f. wissenschaftl. Geographie, Band VIII, Lfg. 1, S. 15–51

**Fromm, E.** (1981): Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. München

**Gleitsmann, R.-J.** (1980): Rohstoffmangel und Lösungsstrategien: Das Problem vorindustrieller Holzknappheit. In: **Duve, F.** (Hg.) (1980): Demokratische und autoritäre Technik. Beiträge zu einer anderen Technikgeschichte. Reinbek bei Hamburg (= Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstums-Krise, 16, S. 104–154)

**Gleitsmann, R.-J.** (1982): Die Haubergswirtschaft des Siegerlandes als Beispiel für ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft. In: Scripta Mercaturae, 16. Jg., H. 1, S. 21–54

Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten. 30. Aufl. Frankfurt

**Gruhl, H.** (1975): Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik. Frankfurt

- Grzeschik, E.** (1977): Nutzungsänderung ehemaliger Bewässerungswiesen im Siegerland. Eine Kartierung heutiger Nutzung (Untersuchungsgebiet Städte Hilchenbach u. Kreuztal). – Schriftl. Hausarbeit z. Ersten Staatsprüfung f. d. Lehramt d. Sekundarstufe I. Universität-Gesamthochschule-Siegen. Siegen
- Haas, U.** (1958): Wandlungen der wirtschafts- und sozialgeographischen Struktur des Siegerlandes im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts. = Forsch. z. dt. Landeskd., Band 108. Remagen
- Heupel, K. G.** (1977): Nutzungsänderung ehemaliger Bewässerungswiesen im Siegerland. Eine Kartierung heutiger Nutzung (Untersuchungsgebiet Gemeinden Netphen und Wilsdorf). – Schriftl. Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung f. d. Lehramt d. Sekundarstufe I. Universität-Gesamthochschule-Siegen. Siegen
- Horzella, V.** (1977): Nutzungsänderung ehemaliger Bewässerungswiesen im Siegerland. Eine Kartierung heutiger Nutzung (Untersuchungsgebiet Stadt Siegen). – Schriftl. Hausarbeit z. Ersten Staatsprüfung f. d. Lehramt d. Sekundarstufe I. Universität-Gesamthochschule-Siegen. Siegen
- Industrie- und Handelskammer Koblenz, Außenstelle Betzdorf (1965): Unveröff. Ms., Geschäftsführer **J. Laux** (über die Wirtschaftsstruktur des Landkreises Altenkirchen, nach Angaben des Statist. Landesamtes f. Rheinland-Pfalz, Bad Ems)
- Institut für Raumforschung (1954): Kreismappe. Statistische Übersichten. Kreise Siegen-Stadt und -Land. Blatt 1–5 und Fortschreibungsblätter. Bad Godesberg
- Kellenbenz, H.** u. **J. H. Schawacht** (1974): Schicksal eines Eisenlandes. Siegen
- Kruse, H.** (Hg.) (1924): Siegen und das Siegerland 1224–1924. Siegen
- Lucas, O.** (1955): Die Wirtschaftsstruktur des Siegerlandes. In: **Petri, F., Lucas, O., Schöller, P.:** Das Siegerland. Geschichte, Struktur, Funktionen. = Veröffentl. d. Provinzialinstituts f. westf. Landes- u. Volkskunde. Reihe I: Wirtschafts- u. verkehrswissensch. Arbeiten. H. 8, S. 55–73. Münster
- Lübking, R.:** (1973): Die Bevölkerung im Kreis Siegen. Entwicklung, Struktur und Sozialräumliche Verdichtungstendenzen. = Oberkreisdirektor Kr. Siegen (Hg.): Statist. Sonderveröffentlichungen. H. 4. Siegen
- Meadows, D., D. Meadows, E. Zahn, P. Milling** (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart
- Mesarović, M., E. Pestel** (1974): Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart
- Mitteilungen des Berg- und Hüttenmännischen Vereins zu Siegen, H. 36, 1914. Siegen
- Monheim, F.** (1959): Auswirkungen der Industrie-Konjunktur auf die Siegerländer Agrarlandschaft. In: Berichte z. dt. Landeskd., Bd. 23, S. 359–382
- Pies, E.** (Hg.) (1979): Überleben wir die Zukunft. Umweltkrise – materielle und ethische Aspekte. Stuttgart
- Riemann, F.** u. a. (1971): Sozialbrüche in Nordrhein-Westfalen. Umfang, Ursachen, Folgerungen. = Landesentwicklung. Schriftenreihe d. Ministerpräsidenten d. Landes Nordrhein-Westfalen. H. 31. Düsseldorf
- Schumacher, E. F.** (1985): Small is Beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Reinbek bei Hamburg
- Sonnemann, T.** (1977): Die Menschheit hat noch eine Chance. Alternativen für die Welt von morgen. Hamburg
- Soziale Utopien: Entwürfe – Projekte – Zukunft = SO-WI. Sozialwissensch. Informationen f. Unterricht u. Studium, H. 4/1985
- Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hg.) (1949): Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse d. Volks- u. Berufszählung v. 29. Okt. 1946 in den Kreisen, Ämtern und Gemeinden = Beiträge z. Statistik d. Landes Nordrhein-Westfalen, H. 2. Düsseldorf
- Tinbergen, J.** u. a. (1977): Der RIO-Bericht an den Club of Rome. Wir haben nur eine Zukunft. Reform der internationalen Ordnung. Opladen
- Vormweg, H.** (1963): Brief aus Siegen. Gottes eigenes Geld. Die Siebenhügelstadt in Südwestfalen. In: Der Monat, Jg. 15, H. 176, S. 33–38
- Wärneryd, O.** (1979): Central place theory from a perspective of time geography. In: Zentrale Orte und ihre Folgen. Ergebnisse des Symposiums anlässlich des 10. Todestages Walter **Christallers** in Darmstadt 30./31. März 1979 = Material zur Angewandten Geographie. Bd. 2, S. 29–36. Hamburg
- Weizsäcker, C. F. von** (<sup>3</sup>1976): Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung. München, Wien
- Wingen, H.** (1982): Energie aus dem Hauberg. Siegen

# Strukturen und Probleme der Wirtschaft im IHK-Bezirk Siegen unter Berücksichtigung von Unterschieden in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe

von Franz-J. M o c k e n h a u p t , Siegen

## 1. Beschreibung der Region – Überblick

Im geographischen Zentrum der Bundesrepublik Deutschland liegt der Wirtschaftsraum Siegen-Olpe-Wittgenstein, ein Verdichtungsgebiet, das nicht nur geprägt ist von dem industriellen Schwerpunkt im Siegerland, sondern auch von dem hohen Freizeitwert einer reizvollen Mittelgebirgslandschaft im Südsauerland sowie im Wittgensteiner Land. Dieser Raum, gelegen zwischen den wichtigen Ballungsräumen Rhein-Main, Rhein-Ruhr und Rhein-Schiette, weist unter logistischen Gesichtspunkten eine überaus günstige Standortlage auf. Verdeutlicht wird dies durch die Tatsache, daß im Umkreis von 150 km Luftlinie Absatzgebiete erreicht werden, in denen annähernd 30 Mio. kaufkräftige Verbraucher zu versorgen sind.

Die Wirtschaftsstruktur der Region ist vor allem geprägt durch den industriellen Bereich, dessen Produktpalette sich wiederum schwerpunktmäßig an der Eisen- und Stahlerzeugung sowie an der Metallverarbeitung orientiert.

Vor allem mittelständische Betriebe prägen die Unternehmensstruktur. Abgesehen von einigen wenigen Großbetrieben der Metallherzeugung und -verarbeitung, des Maschinenbaus und der Elektronik, finden die Beschäftigten der Region ihre Arbeitsplätze zum überwiegenden Teil in Klein- und Mittelbetrieben. Rund 10 % der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, einschl. des Baugewerbes, beschäftigen 100 und mehr Mitarbeiter. Über 80 % der Betriebe haben weniger als 50 Mitarbeiter.

Der Kernraum dieses Wirtschaftsgebietes ist der ehemalige selbständige Kreis Siegen. Er zählt zu den ältesten Industriegebieten Mitteleuropas. Die Eisenerzgewinnung und die Eisenverhüttung, in früheren Jahren Rückgrat der Industrie in diesem Bereich, sind nach Stilllegung der letzten Gruben Anfang der sechziger Jahre vollständig eingestellt worden. Heute wird nur noch von einem großen, konzernabhängigen Betrieb auf Schrottbasis Edelstahl von hoher Qualität erschmolzen. Die Verarbeitung von Eisen und Stahl aber ist, gewachsen auf der langen Tradition, immer noch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Hinzugekommen sind Unternehmen der Investitionsgüterindustrie, insbesondere des Maschinenbaus, die Produkte für höchste Qualitätsansprüche herstellen.

Das Siegerland ist auch das industrielle Herzstück der gesamten Region. Mehr als 50 % des Umsatzes im verarbeitenden Gewerbe im Kammerbezirk werden von den Unternehmen in diesem Raum erwirtschaftet. Die zweite Teilregion ist der Kreis Olpe. Nach dem zweiten Weltkrieg hat sich hier, in dem ehemals landwirtschaftlich geprägten Teilgebiet, eine prosperierende mittelständische eisen-, blech- und metallverarbeitende Industrie entwickelt. Sehr stark vertreten sind Automobilzulieferer sowie Betriebe der Armaturenindustrie. Hinzugekommen sind in den letzten Jahren sehr erfolgreiche Unternehmen der Kunststoffverarbeitung. Eine wichtige Rolle spielt im Kreis Olpe auch der Fremdenverkehr, für den mit der Biggetalsperre Anfang der sechziger Jahre ein großer Attraktionspunkt geschaffen wurde.

**Tabelle 1 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Stand: 30. 6. 1987)**

Verwaltungsbezirk	Arbeitnehmer insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	davon in % in den Wirtschaftsbereichen			
			Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	produzierendes Gewerbe einschl. Baugewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienstleistungen
Kreis Siegen-Wittgenstein	101 990	2,1	0,4	57,1	16,8	25,7
Kreis Olpe	38 071	-0,4	1,1	65,0	12,9	21,0
IHK-Bezirk	140 061	1,4	0,7	59,2	15,7	24,4
NW	5 543 959	1,2	0,8	49,6	18,3	31,3

Die dritte Teilregion des Wirtschaftsraumes ist das Wittgensteiner Land, das im Rahmen der kommunalen Gebietsreform mit dem Kreis Siegen zum neuen Kreis Siegen-Wittgenstein zusammengefaßt wurde. Neben einem ausgewogenen industriellen Standbein, das vor allem durch leistungsstarke mittelständische Betriebe vielfältiger Branchen repräsentiert wird, zeichnet sich die Wirtschaftsstruktur in diesem Bereich vor allem durch die großen Kur- und Rehabilitationszentren in den Kurstädten Bad Laasphe und Bad Berleburg aus.

## 2. Wirtschaftsstruktur im Kammerbezirk

Gemessen an der Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer ist der Kammerbezirk Siegen vor Detmold der zweitkleinste Kammerbezirk in Nordrhein-Westfalen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug Mitte 1987 140 061. Das entspricht einem Anteil von etwas über 2,5 % der Beschäftigten im gesamten Land Nordrhein-Westfalen.

Von allen Beschäftigten sind etwa 100 000 im Kreis Siegen-Wittgenstein tätig. Eine erste Aussage über die Wirtschaftsstruktur im Kammerbezirk vermittelt die Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche (Tab. 1).

Im gesamten Kammerbezirk entfallen fast 60 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf den Bereich des produzierenden Gewerbes (verarbeitende Gewerbe

52,1 %, Baugewerbe 5,8 %, Energie und Bergbau 1,3 %). Im Bereich Handel und Verkehr finden 15,7 % der Beschäftigten einen Arbeitsplatz, und 24,4 % der Arbeitsplätze bieten die Betriebe des übrigen Dienstleistungsgewerbes an. Das sind Kreditinstitute, Versicherungen, Gebietskörperschaften und andere; 0,7 % der Beschäftigten entfallen auf den Bereich Land- und Forstwirtschaft.

Der Anteil von über 50 % der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt erheblich über dem Landesdurchschnitt. Während im Kammerbezirk 52,1 % der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe einen Arbeitsplatz finden, sind das landesweit nur 39,2 %. Selbst im vermeintlich stark industrialisierten Ruhrgebiet entfallen auf das verarbeitende Gewerbe nur 32,1 % der Beschäftigten. Auch unter Hinzurechnung der Bereiche Bergbau, Energie und Bau liegt der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Ruhrgebiet in allen Bereichen des produzierenden Gewerbes mit 50,1 % deutlich niedriger als im Kammerbezirk mit 59,2 %.

Von allen Kammerbezirken in Nordrhein-Westfalen erreicht der Kammerbezirk Siegen mit dieser Quote den höchsten Anteil. Die Kehrseite der Medaille ist: Der Anteil des Dienstleistungsgewerbes sowie des Bereiches Handel und Verkehr ist im Kammerbezirk deutlich niedriger als im Landesdurchschnitt. Während in Handel und Verkehr landesweit 18,3 % der sozialversiche-

Tabelle 2

## Bruttowertschöpfung 1985

Verwaltungs- bezirk	Mio. DM	Verände- rung gegenüber Vorjahr in %	davon in % in den Wirtschaftsbereichen			
			Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	produzieren- des Gewerbe einschl. Bau- gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
Kreis Siegen- Wittgenstein	8 083	2,0	10,3	43,8	13,7	32,2
Kreis Olpe	2 833	7,9	10,5	46,0	11,3	32,2
IHK-Bezirk	10 916	3,4	10,3	44,4	13,1	32,2
Ruhrgebiet	131 304	3,7	18,4	29,8	15,8	36,0
NW	1 783 030	4,3	12,0	33,5	15,3	39,2

rungspflichtigen Mitarbeiter beschäftigt sind, erreicht diese Sparte im Kammerbezirk nur 15,7 %.

Nimmt man den gesamten Dienstleistungsbereich (incl. Handel und Verkehr) zusammen, ergeben sich folgende Werte: Landesdurchschnitt 49,6, Kammerbezirk 40,1, Ruhrgebiet 49,3 %.

Da neue Arbeitsplätze heute vornehmlich im Dienstleistungsbereich geschaffen werden und darüber hinaus dieser Wirtschaftsbereich als besonders prosperierend eingestuft werden kann, ist in dem niedrigen Anteil des Dienstleistungsbereiches oder umgekehrt dem hohen Anteil des produzierenden Bereiches ein Risikopotential für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung im Kammerbezirk Siegen zu sehen.

Innerhalb des Kammerbezirkes ist das Schwergewicht des produzierenden Gewerbes im Kreis Olpe deutlich stärker ausgeprägt als im Kreis Siegen-Wittgenstein (s. Tab. 1). Fast 65 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Kreis Olpe finden ihren Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe. Entsprechend niedrig sind dort die Quoten der Bereiche Handel und Verkehr sowie Dienstleistungen. Der Grund für diesen niedrigen Besatz mit Dienstleistungsbetrieben ist auch darin zu sehen, daß sich zahlreiche dieser Betriebe im engeren Bereich des Oberzentrums Siegen angesiedelt haben und von diesem Standort aus auch Kunden im Kreis Olpe versorgen.

Auch die Verteilung der Bruttowertschöpfung spiegelt diese Grundstruktur inner-

halb des Kammerbezirkes wider (s. Tab. 2). Von der Wertschöpfung des Jahres 1985 in Höhe von 10,9 Mrd. DM in allen Wirtschaftsbereichen entfielen 44,4 % auf das verarbeitende Gewerbe einschließlich Bau, 13,1 % auf den Bereich Handel und Verkehr, 20,3 % auf die Dienstleistungsunternehmen und 11,9 % auf die staatlichen und privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Auch damit erreicht der Kammerbezirk für das verarbeitende Gewerbe einen Spitzenwert in Nordrhein-Westfalen. Nur im Kammerbezirk Hagen ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung mit 46,8 % höher als im Kammerbezirk Siegen. Landesweit liegt der Anteil bei 29,8 %. Wie stark die Abhängigkeit der Region von den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, d.h. Industrie und Bauhauptgewerbe, ist, zeigt auch die Kennziffer zum Industriebesatz: Diese liegt mit 154 Industriebeschäftigten pro 1000 Einwohnern nicht nur beträchtlich über dem Landesdurchschnitt (118), sondern beispielsweise auch höher als in der Problemregion Duisburg mit 142. Innerhalb des Kammerbezirkes ergeben sich für den Industriebesatz folgende Werte: Kreis Siegen-Wittgenstein 154, Kreis Olpe 153.

Auch diese Kennziffern unterstreichen, daß angesichts des unsere Volkswirtschaft generell prägenden Trends hin zu mehr Dienstleistungsbetrieben hier ein erstes Problemfeld der Region liegt.

Tabelle 3

## Die wichtigsten Industriegruppen im Kammerbezirk 1988

Industriegruppe	Umsatzanteil %	Beschäftigtenanteil %	Anteil der Firmen %
Eisenschaffende Industrie	21,1	14,4	5,2
Stahlverformung, Schmieden, Pressen, Ziehereien	10,6	11,1	12,9
Maschinenbau	17,9	20,4	17,8
Elektroindustrie	4,9	8,0	6,6
Eisen-, Blech-, Metallverarbeitung	18,2	17,3	17,8

Wegen der ausgeprägten Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes und dessen Einfluß auf die künftige Strukturentwicklung in der Region soll in den folgenden Ausführungen schwerpunktmäßig dieser Wirtschaftsbereich beleuchtet werden.

### 3. Produzierendes Gewerbe

Die 482 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten erzielten 1988 einen Gesamtumsatz von 12,4 Mrd. DM. Noch einmal zum Vergleich: Nach der letzten Handels- und Gaststättenzählung wurden im Kammerbezirk von den Großhandelsunternehmen 3,2 Mrd. DM, von den Einzelhändlern 3,0 Mrd. DM, von den Gastronomie- und Fremdenverkehrsbetrieben 0,3 Mrd. DM und von den Handelsvermittlungen 60 Mio. DM umgesetzt. Wenn diese Daten wegen der unterschiedlichen Erhebungszeiträume auch nicht absolut vergleichbar sind, vermitteln sie doch einen Eindruck von der überragenden Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes für die Wirtschaftsstruktur im Kammerbezirk.

Bedeutendste Industriegruppen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes sind der Maschinenbau, die eisen-, blech- und metallverarbeitende Industrie und die eisenschaffende Industrie. Umsatzspitzenreiter waren 1988 die Betriebe der eisenschaffenden Industrie mit einem Anteil am Gesamtumsatz im verarbeitenden Gewerbe von über 21% (Tab. 3). Danach folgten die EBM-Betriebe mit einem Anteil von 18,2% und die Betriebe des Maschinenbaus mit 17,9%. Gemessen an den Beschäftigtenzahlen ist der Maschinenbau die wichtigste Industriegruppe. In diesem Bereich finden 20,4% aller Indu-

striebeschäftigten ihren Arbeitsplatz. In den Betrieben der EBM-Industrie sind 17,3% aller Mitarbeiter beschäftigt und in der eisenschaffenden Industrie 14,4%. Problematisch ist, unter Berücksichtigung der eher skeptisch eingeschätzten Zukunftschancen der eisenschaffenden Industrie, deren nach wie vor hoher Umsatz- und Beschäftigtenanteil. Ein besonderes Risiko liegt zusätzlich darin, daß diese Anteile von nur 5,2% aller Betriebe gehalten werden. D. h. wenige große Betriebe, zudem noch Betriebsstätten von Konzernen, deren Sitz nicht im Kammerbezirk liegt, bestimmen das Bild. Der hohe Anteil der Betriebe der eisenschaffenden Industrie (21,1% Umsatzanteil) verdeutlicht also nachdrücklich die Dringlichkeit der von der Kammer schon vor Jahren erhobenen Forderung, die Umstrukturierung und Weiterentwicklung der Wirtschaft im Kammerbezirk zu forcieren.

Noch deutlicher wird die Situation, wenn die eisenschaffende Industrie im engeren Sinne, d. h. ohne die Gruppe der Rohrhersteller, betrachtet wird. 1988 wurden allein von diesen Betrieben der eisenschaffenden Industrie im engeren Sinne 16,1% des Umsatzes im verarbeitenden Gewerbe erzielt. Die relative Bedeutung dieser Industriegruppe ist während der letzten 10 Jahre zwar um 3,8%-Punkte gesunken. Von den rd. 62000 Industriebeschäftigten des Kammerbezirkes sind aber nach wie vor über 11% in diesen Betrieben tätig. Das sind nur knapp 3% weniger als noch vor zehn Jahren. Der Vollständigkeit halber muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß sich der relative Anteil der Beschäftigten in der insgesamt dynamischeren Investitionsgüterindustrie von 62,8% im Jahr 1977 auf



**Tabelle 4 Die wichtigsten Industriegruppen im Kreis Siegen-Wittgenstein 1988**

Industriegruppe	Umsatzanteil %	Beschäftigtenanteil %	Anteil der Firmen %
Eisenschaffende Industrie	26,1	20,2	7,4
Stahlverformung, Schmieden, Pressen, Ziehereien	5,3	6,5	8,3
Maschinenbau	18,6	22,1	20,3
Elektroindustrie	3,3	5,6	6,4
Eisen-, Blech-, Metallverarbeitung	20,8	19,0	19,3

**Tabelle 5 Die wichtigsten Industriegruppen im Kreis Olpe 1988**

Industriegruppe	Umsatzanteil %	Beschäftigtenanteil %	Anteil der Firmen %
Eisenschaffende Industrie	8,8	2,5	1,2
Stahlverformung, Schmieden, Pressen, Ziehereien	19,4	22,9	21,1
Maschinenbau	16,3	16,6	13,5
Elektroindustrie	8,7	13,0	7,0
Eisen-, Blech-, Metallverarbeitung	11,9	12,7	15,2

66,7% im Jahr 1988 erhöht hat. Ende letzten Jahres waren in der eisenschaffenden Industrie unseres Kammerbezirkes (ohne Stahlrohrhersteller) aber immerhin noch rd. 7300 Personen beschäftigt. Davon entfallen auf die beiden großen konzernabhängigen Betriebsstätten von Hoesch und Krupp etwa 5500 Mitarbeiter.

Betrachtet man die Struktur innerhalb des Kammerbezirkes, so ist festzustellen, daß bis auf zwei Unternehmen der eisenschaffenden Industrie alle anderen Betriebe im Kreis Siegen-Wittgenstein ansässig sind. Das aus diesem Industriebereich resultierende Risiko konzentriert sich also schwerpunktmäßig auf den Kreis Siegen-Wittgenstein (Umsatzanteil 26,1%, Beschäftigtenanteil 20,2%, Anteil an den Firmen 7,4%). Gewissermaßen als Ausgleich kann der ebenfalls hohe Anteil der Maschinenbauunternehmen im Kreis Siegen-Wittgenstein angesehen werden (Tab. 4).

Eine ähnlich dominierende Rolle, verbunden mit der Gefahr einer Monostrukturierung, wie sie die eisenschaffende Industrie im Kreis Siegen-Wittgenstein innehat, haben im Kreis Olpe die Zuliefererbetriebe,

die in den Gruppen Stahlverformung, Schmieden, Pressen, Stanzereien und EBM-Industrie zusammengefaßt sind. Besonders hoch ist die Abhängigkeit dieser Gruppe von der Automobilindustrie, für die die Mehrzahl der Betriebe Zulieferteile herstellen. Die Betriebe erzielen zusammen einen Umsatzanteil von 31,3% und einen Beschäftigtenanteil von 35,6%. Im Gegensatz zur Konstellation bei der eisenschaffenden Industrie im Kreis Siegen-Wittgenstein ist damit der Beschäftigtenanteil der Zulieferer im Kreis Olpe zwar deutlich höher, die als Risikokomponente im Kreis Siegen-Wittgenstein anzusehende geringe Zahl der Betriebe der eisenschaffenden Industrie gilt aber nicht für die dominierende Industriegruppe im Kreis Olpe. Die Stahlverformer, Schmieden, Pressen, Stanzereien und EBM-Betriebe stellen 36,3% aller Betriebe. Die Mehrzahl dieser Betriebe sind also kleine und mittlere Unternehmen (Tab. 5).

Die Produktpalette des verarbeitenden Gewerbes ist im gesamten Kammerbezirk durch eine Gemeinsamkeit gekennzeichnet. Der überwiegende Teil der Betriebe stellt Produkte auf hohem technologischen Ni-

veau her, deren Ausgangs- oder Endprodukt aber in enger Verbindung zu Eisen und Stahl steht. Mit einer Produktionsstätte sowie der Absatzorganisation für einen Teilbereich der Produkte ist im Kammerbezirk auch ein international bedeutendes Unternehmen der Kommunikationstechnik ansässig. Auch in anderen Wirtschaftsbereichen haben sich Unternehmen etabliert, die erfolgreich, abseits von den traditionellen Produkten der Region, auf nationalen und internationalen Märkten ihre Erzeugnisse absetzen. Wachstumsbranchen wie Chemie, Feinmechanik, Luft- und Raumfahrt oder Optik sind im Kammerbezirk aber nicht vertreten.

Wurde in den Industriebetrieben in den früheren Jahren die Eisenverarbeitung noch mehr konsumorientiert betrieben – es wurden z. B. Eimer, Wannen, Fässer, Ofenrohre, Milchkannen und Schubkarren hergestellt –, so sind es heute vor allem Investitionsgüter und Investitionszubehör wie z. B. Apparate und Behälter, Apparatebauzubehör, Blech- und Rohrkonstruktionen und Rohre, die von der Mehrzahl der Betriebe angefertigt werden. Große Bedeutung hat im Kammerbezirk die Gruppe der sogenannten konzernunabhängigen freien Rohrerhersteller. Diese Betriebsgruppe reüssierte damit, daß sie vor etwa 30 Jahren erstmals in Europa kunststoffummantelte Stahlleitungsrohre herstellte.

Strukturbestimmende Bedeutung hat heute im Kammerbezirk auch der Spezialmaschinenbau, einschließlich des hochmodernen Werkzeug- und Schwerwerkzeugbaus. Dies gilt sowohl gemessen an der Umsatzleistung als auch an der Beschäftigtenzahl. Weltgeltung hat die Werkzeugmaschinenindustrie im Kammerbezirk. Mit amerikanischer Beteiligung entstand aus der Urzelle eines Siegerländer Unternehmens in der Region der mittlerweile größte Werkzeugmaschinenhersteller Europas.

Das Sieger- und Südsauerland sind darüber hinaus, nicht zuletzt wegen ihrer geographischen Mittelpunktlage, ein günstiger Standort für die bereits erwähnten Automobilzulieferer. Von hier aus können alle größeren deutschen Automobilhersteller transportkostenoptimal erreicht werden, was angesichts der von den Autoproduzen-

ten immer stärker eingeführten „just-in-time-Fertigung“ für die Automobilzulieferer von besonderer Bedeutung ist. Vor allen Dingen im Kreis Olpe haben sich die stahlblech- und kunststoffverarbeitenden Automobilzulieferer niedergelassen.

Eine herausragende Stellung nehmen von den Industriebetrieben im Bezirk die Walzengießerei ein. Diese Unternehmensgruppe stellt 60 % der Gesamtproduktion der Bundesrepublik Deutschland und 25 % der Europäischen Walzengießerei her. So steht z. B. die stärkste Walzenschleudergießmaschine der Welt in dem größten Siegerländer Walzengußbetrieb, mit der eine Fertigung von Walzen mit über 25 Tonnen Gesamtgewicht möglich ist. Die Produktpalette der Walzengießerei umfaßt heute ein Spektrum, das von feinsten Walzen für den Einsatz in Folienwalzwerken zur Herstellung von hauchdünnen Aluminiumfolien bis hin zu Walzen für den Einsatz in schweren Walzgerüsten reicht. Außer Strang- und Schleuderguß werden auch schwere und kompliziert gestaltete handgeformte Gußeisenteile für den Maschinenbau und für die Kunststoffbranche hergestellt. Der NE-Metallguß ist vor allen Dingen im Kreis Olpe zu finden. Hier werden z. B. von einem Betrieb in einem hochtechnisierten Verfahren aus Bronze Rohre in der Dimension von Kugelschreiberminen gezogen. Ausgeprägt ist im Kreis Olpe auch die Herstellung von Spezialarmaturen, die überwiegend im Bauausbaugewerbe und bei Wasserbauunternehmen Verwendung finden.

Unvollständig wäre die Aufzählung der Produktschwerpunkte, wenn nicht auch andere in der Region hergestellte Waren, die mit Eisen und Metall im weiteren Sinne nichts zu tun haben, erwähnt würden. Dies gilt z. B. für die erst in den letzten Jahren stark gewachsene Kunststoffindustrie. So ist im Ostteil des Kreises Olpe, im Tal der Lenne, eine Vielzahl von kunststoffverarbeitenden Unternehmen entstanden, deren Spezialität die Herstellung von Kunststoffschraubverschlüssen für Behältnisse aller Art ist; von Kunststoffflaschen für flüssige Waschmittel bis zu Glaskaraffen für hochwertige Parfüms. Erwähnenswert ist aber auch die holzverarbeitende Industrie im

Wittgensteiner Land. Beschläge für die Möbelindustrie aus diesem Raum sind ebenso gefragt wie Holzbesteck oder Bürsten. Ebenfalls im Wittgensteiner Land angesiedelt ist ein Spezialunternehmen, das Kunststoffsportböden herstellt und dadurch Furore gemacht hat, daß es die Olympiastadien in Moskau und in Los Angeles mit diesen Sportböden ausgestattet hat. Als Spezialität zu erwähnen sind auch die Hersteller elektronischer Steckverbindungen oder spezieller Kabelträgeranlagen für die Verwendung im industriellen Bereich. Diese Betriebe der Elektroindustrie sind im Kreis Olpe angesiedelt. Die Aufzählung der Teilbereiche verdeutlicht trotz der Schwerpunktbildung in bestimmten Bereichen die Breite der industriellen Grundstruktur im Kammerbezirk. Diese wenigen Strukturdaten verdeutlichen aber auch den nach wie vor hohen Grad der Abhängigkeit von der eisenschaffenden Industrie, wenn auch dieser in den letzten Jahren reduziert werden konnte.

Eine ähnlich große arbeitsmarktpolitische Bedeutung, wie sie die eisenschaffende Industrie für den gesamten Kammerbezirk, insbesondere aber für den Kreis Siegen-Wittgenstein, besitzt, hat – wenn auch mit niedrigeren absoluten Zahlen – der Metall Erzbergbau in Meggen für den Ostteil des Kreises Olpe. In diesem einzigen Bergbaubetrieb im Kammerbezirk wurde die Belegschaft in den vergangenen Jahren drastisch reduziert, weil die Rohstoffvorkommen zur Neige gehen. So wie auch dort weiter optimiert werden muß, wäre es illusorisch zu glauben, daß die nach wie vor nicht abgeschlossene Umstrukturierung der Stahlunternehmen in der Bundesrepublik unseren Kammerbezirk völlig unberührt lassen würde. Immerhin werden im Kammerbezirk Siegen noch 10 % aller in Deutschland produzierten Stahlrohre, 40 % der deutschen Produktion von kunststoffbeschichteten und 35 % der feuerverzinkten Bleche hergestellt.

Verantwortungsbewußte regionale Wirtschaftspolitik muß deshalb einerseits selbstverständlich bemüht bleiben, die Stahlstandorte im Kammerbezirk soweit wie möglich zu erhalten. Es geht hierbei nicht nur um Unternehmen und Umsätze,

sondern vor allem um das Schicksal der in diesen Bereichen tätigen Personen. Das Bemühen um die Erhaltung und Sicherung dieser Stahlbasis darf aber nicht den Blick für die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Wirtschaftsstruktur verbauen. Das bedeutet, daß Arbeitsplätze außerhalb von Eisen und Stahl gesichert und möglichst neue, stahlunabhängige Arbeitsplätze in wachstumsträchtigen Bereichen geschaffen werden müssen. Dies kann erreicht werden, indem die Unternehmen in den traditionellen Branchen ihre Produkte „technologisch aufrüsten“ und darüber hinaus die Branchen- und Produktstruktur durch bestehende oder neue Unternehmen aufgefächert und verbreitert wird.

Mit diesen Hinweisen ist das Szenario der Probleme, vor deren Bewältigung die Region steht, noch nicht umfassend beschrieben. Weitere Probleme stehen an. Wie bereits erwähnt, führt die große Zahl konzernabhängiger Unternehmen, auch in den nicht eisenschaffenden Bereichen, dazu, daß wesentliche Fragen über Investitionen oder gar über den Standort außerhalb der Region diskutiert werden. Darüber hinaus hat der negative Wanderungssaldo der Bevölkerung in den letzten Jahren zu einem deutlichen Verlust an Fachkräften und Kaufkraft geführt. Schließlich muß festgestellt werden, daß die Verstärkung der Attraktivität der gesamten Region unerläßlich ist, will sie im immer stärker werdenden Wettbewerb der Regionen mithalten. Dies gilt auch vor dem Hintergrund des ab 1. 1. 1993 wirksam werdenden EG-Binnenmarktes.

#### **4. Lösungsansätze**

Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist für die Region Grundvoraussetzung für eine gesicherte und erfolgreiche weitere Entwicklung. Ansätze zur Bewältigung dieser Herausforderung sind vorhanden und lassen hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

So arbeitet seit mehr als drei Jahren das Technologiezentrum Siegen sehr erfolgreich. Dieses Zentrum unterstützt nicht nur junge Unternehmer während der Gründungsphase, sondern ist vor allem im Bereich des Technologietransfers tätig. Zahlreiche Kontakte und Kooperationsprojekte

zwischen der Universität Siegen und heimischen Unternehmen konnten bisher vermittelt werden.

Ein umfangreiches Programm an Qualifizierungsmaßnahmen wird vor allem im technischen Bereich angeboten. Im BBZ der Kammer z.B. werden zahlreiche Weiterbildungsmaßnahmen angeboten in den Bereichen CNC, Pneumatik, Elektronik, CAD und CAM.

Die insgesamt angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen werden in der Region nicht durch Reibungsverluste zwischen den verschiedenen Trägern und Investitionen behindert. Es finden im Gegenteil zahlreiche Kooperationen statt.

Im Rahmen der von der nordrhein-westfälischen Landesregierung Mitte des Jahres 1987 beschlossenen „Zukunftsinitiative Montanregionen“ war es möglich, das von der Industrie- und Handelskammer Siegen schon seit langem geforderte regionale Handlungskonzept zu formulieren und dafür einen Konsens aller gesellschaftlich und wirtschaftlich relevanten Gruppen der Region zu erreichen. Mit der Aussicht und zum Teil schon der Zusage von finanziellen Förderungen durch das Land Nordrhein-Westfalen wurden im Rahmen dieser Gemeinschaftsaktionen Projekte entwickelt, deren Umsetzung dazu beitragen soll, die Wirtschaftsstruktur unserer Region weiterzuentwickeln und der gesamten Region eine Zukunftsperspektive zu schaffen. Im einzelnen sieht dieses Gemeinschaftsprogramm u.a. folgende Projekte vor:

- Errichtung eines NRW-Zentrums für Sensorensysteme
- Einrichtung eines Labors für Robotertechnik

- Steuerungstechnik und Sensortechnik an Berufsschulen
- Errichtung eines regionalen Instituts für Oberflächentechnik
- Veredelung von technischen Oberflächen
- Labor für moderne Werkstofftechnologien/Oberflächentechnik
- Ausbau des schon seit drei Jahren im Kammerbezirk erfolgreich arbeitenden Technologiezentrums
- Errichtung eines Zentrums für Informationstechnik mit Lernwerkstatt im Technologiezentrum
- Errichtung eines Qualitätssicherungslabors
- Errichtung eines Kunststoffzentrums Nordrhein-Westfalen.

Für einen Teil dieser Projekte wurden bereits Fördermittel in Höhe von etwa 70 Mio. DM bewilligt. Von den im Rahmen der regionalen, konzertierten Aktion erarbeiteten Projekten und deren finanzieller Förderung werden eine Beschleunigung und Verbesserung des Strukturwandels und der Strukturentwicklung erwartet. Dabei ist besonders die Verpflichtung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen auf diese Projekte von großer Bedeutung für die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen. Es ist heute bereits festzustellen, daß für die einzelnen Projekte eine hohe Akzeptanz in der Region besteht und daß auch die Unternehmen aufgeschlossen diesen Maßnahmen gegenüberstehen. Es ist zu erwarten, daß die an der Universität Siegen und im Technologiezentrum geschaffenen und noch zu schaffenden Institute eine sinnvolle Bereicherung der technologischen Infrastruktur der Region darstellen. Verbunden ist mit diesen Maßnahmen auch die Hoffnung, daß die mit dem notwendigen Strukturwandel einhergehenden Probleme in unserer Region beschleunigt bewältigt werden.

# Der Naturpark Arnsberger Wald und seine Besucher

## Potential und Bedeutung für den Fremdenverkehr

von Adolf Schüttler, Detmold

### 1. Der Naturpark

Unter Potential soll hier das gesamte Angebot verstanden werden, das den Fremdenverkehr eines Gebietes ermöglicht und fördert. Dieses „landschaftliche Erholungspotential“ (KESSLER 1980) wird sowohl von naturgegebenen Faktoren bestimmt als auch von den Einwirkungen des Menschen auf die von ihm gestaltete Landschaft, die Kulturlandschaft. Dazu gehört auch die für den Fremdenverkehr so wichtige Infrastruktur. Die Bedeutung eines Gebietes für den Fremdenverkehr zeigt sich darin, wie das touristische Angebot von den Besuchern angenommen und genutzt wird.

Ein besonders hohes Erholungspotential kennzeichnet die *Naturparks*. Das sind „großräumige Gebiete, die sich durch Vielfalt, Eigenart oder Schönheit von Natur und Landschaft auszeichnen und für die Erholung besonders eignen. Naturparke sollen entsprechend ihrem Erholungszweck geplant, gegliedert und erschlossen werden. In diesem Raum ist die Landschaftsplanung nach einheitlichen Kriterien durchzuführen“ (amtliche Definition). Dabei kann es zu Konflikten kommen zwischen der Notwendigkeit, „Vielfalt, Eigenart und Schönheit“ zu erhalten, und den Maßnahmen, die Naturparke „entsprechend ihrem Erholungszweck zu planen, zu gliedern und zu erschließen“, besonders dann, wenn dieses touristische Angebot in großem Maße angenommen wird wie im Arnsberger Wald.

Der Naturpark Arnsberger Wald (Abb. 1) erstreckt sich im Nordosten des waldrei-

chen Sauerlandes über lange Bergrücken, runde Kuppen und kleinere Hochflächenreste hinweg. Nur zwei Rodungsinseln sind in das Waldgebiet eingelagert: eine größere um die Stadt Warstein und eine kleinere um die ehemalige Stadt Hirschberg. Im Gegensatz zu diesem geschlossenen Waldland steht die offene Landschaft nördlich der Möhne, die Haar oder der Haarstrang, mit ausgedehnten Ackerfluren, in denen verstreut viele auch heute noch stark bäuerlich bestimmte Haufendörfer liegen. Noch dichter besiedelt als der Haarstrang ist das südlich an den Arnsberger Wald anschließende Ruhrtal mit zahlreichen aneinandergereihten, z.T. von Industrie bestimmten Ortschaften, darunter den Städten Arnsberg, Meschede und Olsberg.

Der Naturpark Arnsberger Wald umfaßt eine Fläche von 447,8 km<sup>2</sup>. Davon sind 381 km<sup>2</sup> (= 85%) mit Wald bedeckt. Um das vormalige Landschaftsschutzgebiet zu einem Naturpark auszubauen, schlossen sich 1961 die Kreise Arnsberg, Meschede und Soest zu einem Zweckverband „Arnsberger Wald“ zusammen; 1963 traten nach einer Erweiterung des Gebietes die Kreise Brilon und Lippstadt hinzu. Seit der Auflösung der alten Kreise durch die kommunale Neugliederung 1975 besteht der „Zweckverband Naturpark Arnsberger Wald“ aus dem Kreis Soest und dem Hochsauerlandkreis. Federführend ist der Kreis Soest. Aufgabe des Zweckverbandes ist es, den Besucherstrom in geordnete Bahnen zu lenken und den Wert der Landschaft zu erhalten. Der Naturpark soll sinnvoll unter Berücksichtigung der landschaftlichen Gegebenheiten

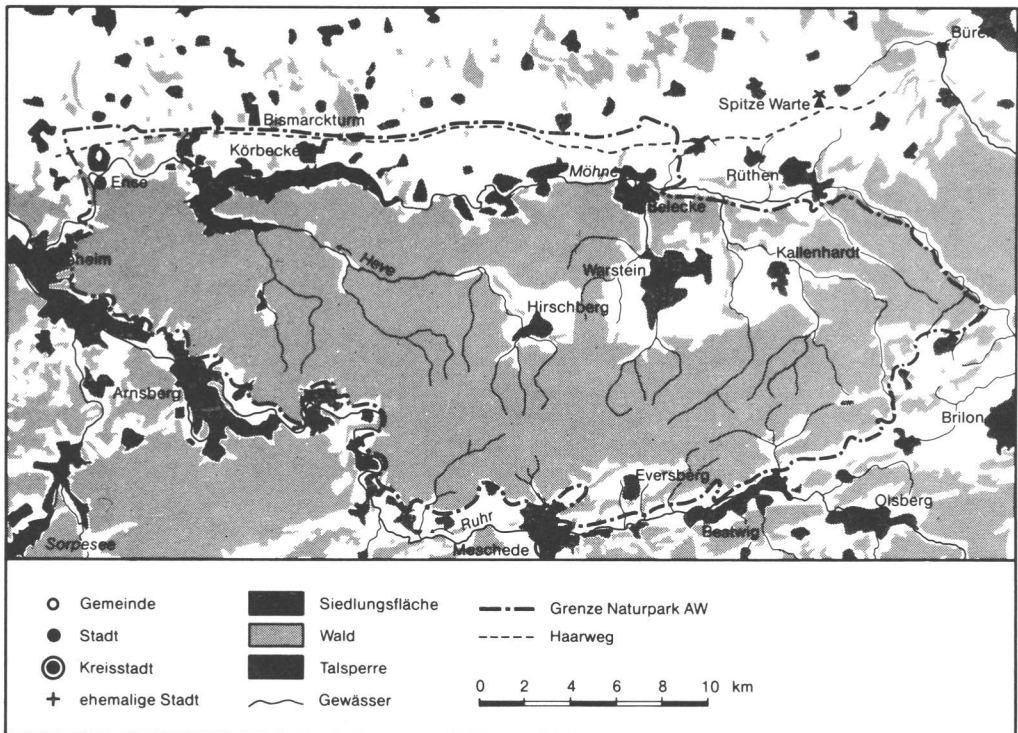


Abb. 1: Der Arnberger Wald

und im Einklang mit den Erfordernissen des Erholungsverkehrs erschlossen werden. Bis zum Jahresende 1980 wurden durch den Zweckverband vielfältige Einrichtungen geschaffen: 93 Parkplätze (24 mit Rastplatz) für fast 4000 PKW, 27 Spiel- und Rastplätze außerhalb von Ortschaften, 220 Rundwanderwege (zus. 850 km), 41 Schutzhütten, 3 Aussichtstürme, 8 Wald- u.a. Lehrpfade (zus. 23 km), 3 Wildgehege (zus. 34 ha), 14 Weiheranlagen (soweit aus Naturparkmitteln gefördert), 9 Waldtrimmpfade (zus. 25 km), 4 Wassertretbecken, 62 Orientierungstafeln, 20 Wanderwegetafeln, 63 Wegesperren/Drehtore, 145 Sitzgarnituren, 1200 Ruhebänke, 885 Papierkörbe (nach Angaben des Zweckverbandes NP Arnberger Wald).

Der Ausbau des Naturparks ist weitgehend abgeschlossen. Hauptaufgabe des Zweckverbandes ist es jetzt, die bisher geschaffenen Erholungseinrichtungen instand zu halten. Die hierzu erforderlichen Arbeiten werden von den im Naturpark gelegenen Gemeinden und Forstbehörden durchgeführt. Auch die im Naturpark gelegenen

Gemeinden haben durch den Ausbau von Gaststätten, Pensionen und zahlreichen Freizeit- und Erholungseinrichtungen zur Ausgestaltung des Naturparks ebenso beigetragen wie zahlreiche private Organisationen, namentlich die örtlichen Heimat- und Wandervereine und der überregionale Sauerländische Gebirgsverein.

Seit der kommunalen Neugliederung (1975) gehört der nördliche Teil des Arnberger Waldes mit zwei Dritteln seiner Fläche zum Kreis Soest, der südliche Teil zum Hochsauerlandkreis. Im Kreis Soest liegen die Gemeinden Ense und Möhnesee (Verwaltungssitz Körbecke) und die Städte Warstein und Rüthen. Diese Gemeinden haben sowohl Anteil am Arnberger Wald als auch an der Haar. Zum Hochsauerlandkreis gehören die Städte Arnberg, Meschede und Olsberg sowie die Gemeinde Bestwig. Ihre Verwaltungsgebiete reichen vom Arnberger Wald über das Ruhrtal bis in das Mescheder Bergland südlich der Ruhr. Der Naturpark Arnberger Wald deckt sich also nicht mit einer oder mehreren Verwaltungseinheiten, was

die Auswertung amtlicher Statistiken sehr erschwert.

Die äußerst günstige Verkehrslage hat die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Naturpark Arnberger Wald sehr gefördert, liegt er doch in guter Erreichbarkeit zum größten deutschen Ballungsraum, dem Ruhrrevier, besonders zu seinem östlichen, westfälischen Teil. Von den Städten Hamm, Lünen, Dortmund, Bochum und Hagen ist der Möhnesee im Arnberger Wald in einer Stunde Fahrtzeit über die Autobahn Dortmund – Kassel zu erreichen.

## 2. Gestein, Relief und Reliefenergie

Berge, Wälder und Wasser bieten äußerst günstige Voraussetzungen für die Entwicklung des Fremdenverkehrs eines Gebietes, besonders dann, wenn sie nicht nur in großen Flächen vorkommen, sondern auch intensiv miteinander verzahnt eine abwechslungsreiche Landschaft gestalten. Gerade die Randsäume der Wälder und Gewässer sind begehrte Ziele der Erholungssuchenden. Das ist im Natupark Arnberger Wald in besonderem Maße der Fall.

Der Wechsel zwischen Wald und offenem Land ist hier in entscheidendem Maße vom Gestein abhängig. Auf dem Haarstrang nördlich der Möhne stehen Kalke und Mergel der Oberen Kreide an (Cenoman und Turon); die Warsteiner Rodungsinsel deckt sich mit der Verbreitung mitteldevonischer Massenkalksteine. Beide Kalkgebiete wurden wegen ihrer relativ günstigen Böden früh besiedelt, und der hier einst ausgedehnte Wald wurde fast vollständig gerodet. Der größte Teil des Arnberger Waldes wird jedoch von Tonsteinen, Grauwacken, Sandsteinen, Kieselkalken und Kiesel-schiefern devonischen und karbonischen Alters aufgebaut. Diese Gesteine liefern weniger günstige, flachgründige, nährstoffarme Böden. Das Relief ist bewegter, steile Hänge erschweren landwirtschaftliche Tätigkeiten. So blieb der Wald erhalten. Dabei spielen aber auch historische Gründe eine Rolle. Die Grafen von Arnberg und die Kurfürsten von Köln nutzten den Arnberger Wald in erster Linie als Jagdrevier und verhielten eine Rodung durch bäuerliche Siedler.

Die für die heutige Landschaft so bestimmende Verteilung verschiedenartiger Gesteine an der Oberfläche ist das Ergebnis weit zurückreichender erdgeschichtlicher Prozesse. Am Anfang der Landschaftsgeschichte des Arnberger Waldes wurden im Devon und Karbon Tone und Sande auf dem Meeresgrund abgelagert, die später zu Tonsteinen, Sandsteinen und Grauwacken verfestigt wurden. Zeitweise dehnte sich hier auch ein riesiges, küstennahes Korallenriff aus. Ihm entstammen die mitteldevonischen Kalkablagerungen des Warsteiner Kalkgebietes.

Vom Ende der Karbonzeit an bis in das Perm hinein wurden alle bisher abgelagerten Schichten durch die variskische Gebirgsbildung gefaltet, gegeneinander verschoben, von Spalten und Brüchen durchsetzt und über den Meeresspiegel angehoben. Dann setzte eine Abtragung dieses Gebirges ein (Abb. 2). Es kam zur Ausbildung einer tiefliegenden Abtragungsfäche, der „Permischen Rumpffläche“. Im Mesozoikum sank das ehemalige Gebirgsland unter den Meeresspiegel; die Rumpffläche wurde zum Meeresboden, auf dem sich zur Zeit der Oberen Kreide Grünsande, Plänerkalke und Plänermergel ablagerten.

In der Tertiärzeit wurden mit dem gesamten Rheinischen Schiefergebirge auch der Sauerländische Gebirgsblock angehoben und die im Hebungsbereich zwischen Ruhr und Möhne auf den älteren Gesteinen aufliegenden Kreideschichten wieder abgetragen. Kleine Reste der ehemaligen Kreideabdeckung in der Warsteiner Gegend auf mitteldevonischen Kalken weisen auf die einstige Verbreitung über das ganze Gebiet hin. So wurden z. B. südlich Kallenhardt „Auf der Sandkaule“ früher kreidezeitliche Grünsandsteine abgebaut und zu Mühlsteinen verarbeitet.

Es ist strittig, ob bei der Abtragung im Sauerland eine einzige, nach Norden geneigte Rumpffläche entstand (EBERT 1961) oder ob sich mehrere treppenförmige, nach Süden ansteigende Flächen bildeten (KÖRBER 1956, HEMPEL 1962). Ein exakter Nachweis wird durch die Auswirkungen der jüngsten Ereignisse der Landschaftsgeschichte erschwert. Im Quartär entstand das heutige, äußerst dichte Gewässernetz. Flüsse und

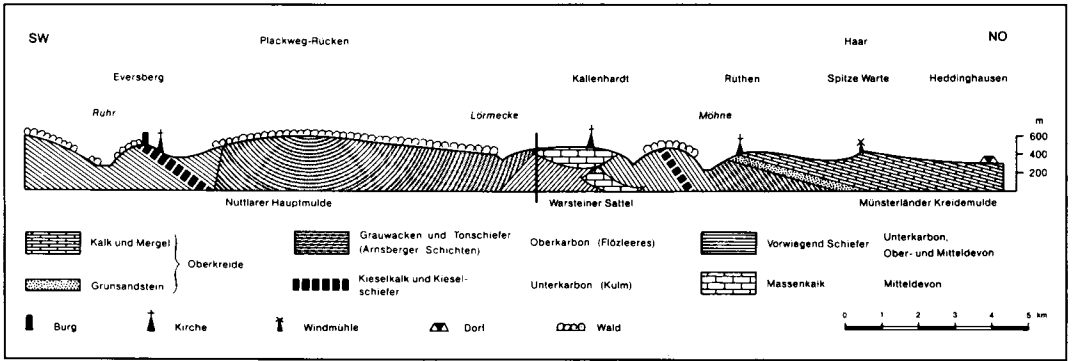


Abb. 2: Querschnitt durch den Arnberger Wald

Bäche schnitten sich tief in den Gebirgskörper ein und lösten die alte(n) Rumpffläche(n) bis auf kleine Reste auf. Dabei wurden die langgestreckten Rücken und Kuppen aus dem Gebirgskörper herausgeschnitten, die den heutigen Landschaftscharakter bestimmen.

Vom Möhnesee im Nordwesten mit einer Wasserspiegelhöhe von 213 m steigen die Höhen des bewegten Reliefs allmählich nach Südosten an bis zu dem langgestreckten West-Ost-laufenden Plackwegrücken mit der Wasserscheide zwischen Möhne und Ruhr. Hier werden die höchsten Lagen des Arnberger Waldes erreicht, am „Haus Sonnenbruch“ im Mescheder Stadtwald mit 559 m und am „Judenkirchhof“ nördlich Eversberg mit 581 m.

Die größeren Gewässer Ruhr, Möhne und auch die untere Heve fließen in Ost-West gerichteten Längstätern, die kleineren folgen nördlich des Plackwegrückens der alten Nordabdachung des Gebirges zur Möhne. Die nach Süden gerichteten Zuflüsse der Ruhr haben nur kurze Laufstrecken; denn die Wasserscheide auf dem Plackwegrücken ist weit nach Süden vorgeschoben worden, weil die nach Norden der Möhne zufließenden Gewässer eine stärkere Erosionswirkung entwickeln konnten. Demzufolge ist das Nord-Süd-Profil durch den Arnberger Wald asymmetrisch. Auf einen längeren allmählichen Anstieg von der Möhne zur Wasserscheide folgt ein kürzerer steiler Abfall zum Ruhrtal.

Im einzelnen zeigt der Formenschatz des Gebirges starke Abhängigkeiten vom Baumaterial. Harte Gesteine wie Grauwacken,

Sandsteine, Kieselschiefer und Kalke leisten der Erosion größeren Widerstand. Sie bilden die höchsten Lagen mit Rücken, Kuppen und Verflachungen (Rumpfflächenreste). Weiche Gesteine, wie Tonsteine und Mergel, wurden schneller und gründlicher abgetragen. Sie bilden Ausräume und flache Senken. So ist das Ruhrtal in einem Ausräum aus weichen Schiefen des Ober- und Mitteldevon angelegt. Über terrassierten unteren Hängen mit drei Terrassenstufen folgen nach Norden steil aufragende Rücken und Kuppen aus äußerst harten karbonischen Kieselschiefern und Kieselkalen (Geistenberg bei Wennemen, Schneisenberg, Hasenberg, Hardt, Eiserkaulen, Eversberg, Hülsenberg, Heinberg, Sengenber bei Nuttlar). Die von Norden kommenden Bäche haben sich zwischen den Kuppen in engen Talkerben eingeschnitten. Auf einer dieser Kuppen liegt die Burg Eversberg in malerischer Lage über dem Ruhrtal. Nach Norden schließt sich an diese Kuppen ein zweiter Ausräum in weichen Schiefen an („Hangende Alaun- und Kulmtonschiefer“ des Unterkarbon). Diese West-Ost-laufende Senke ist weitgehend gerodet und wird vorwiegend landwirtschaftlich genutzt mit hohem Grünlandanteil.

Es folgt nach Norden der dicht bewaldete, langgestreckte paßlose Plackwegrücken, aufgebaut aus den Arnberger Schichten des flözleeren Oberkarbon. Hier wechseln in rascher Folge weiche Tonschiefer mit harten Grauwackenbänken, wodurch das ganze Schichtpaket hart und widerstandsfähig wird. Wo wasserstauende Tonschiefer austreichen, treten häufig Quellhorizonte



auf, wie im Naturschutzgebiet „Hamorsbruch“ am Stimmstamm nördlich Meschede.

Die ältesten Ablagerungen im Arnberger Wald treten im Scheitel des Warsteiner Sattels zu Tage. Das sind mehrere hundert Meter mächtige mitteldevonische Massenkalk mit hohem Kalkgehalt (Abb. 3). Bei der Auffaltung zerbrach der Scheitel des Warsteiner Sattels. Der wegen seiner Härte schwer faltbare Massenkalk wurde in mehreren getrennten Schuppen auf die oberdevonischen Schiefer im Hangenden von Süd nach Nord aufgeschoben. So entstanden zwei West-Ost-streichende Massenkalkschwellen, die durch eine ganz flache Senke in weichen Schiefen voneinander getrennt sind. Beide sind im Gelände und auf den Karten deutlich anhand der großen Kalksteinbrüche zu verfolgen: von Warstein bis „Auf dem Stein“ südlich Suttrop und von Altenwarstein (südlich Warstein) über das „Hohe Liet“ und den „Hohen Stein“ bis

Kallenhardt. Ein drittes, wesentlich kleineres Massenkalkgebiet mit der Bilsteinhöhle liegt im Westen am Bilsteinbach.

Infolge Lösung des Kalkgesteins durch das eindringende Niederschlagswasser wurden Klüfte erweitert und Höhlen gebildet, die durch die Erosion unterirdisch fließender Gewässer vergrößert wurden. Im Warsteiner Massenkalk hat man bisher 21 Höhlen nachgewiesen und zum größten Teil beschrieben und vermessen (Abb. 4). Dabei lassen sich mehrere Höhlen wegen ihrer räumlichen Nachbarschaft und wegen deren unterirdischen karsthydrologischen Verbindungen zu 7 Höhlensystemen zusammenfassen: die Bilsteinhöhlen im Bilsteinfelsen, die Fuchshöhlen im Westertal, das ehemalige Eppenloch im Rangetal (durch den Kalksteinabbau zerstört), die Liet-Höhlen, die Lörmecketal-Höhlen, die Höhle im Hohlen Stein an der Lörmecke und die Höhle im Kattenstein, östlich Kallenhardt.

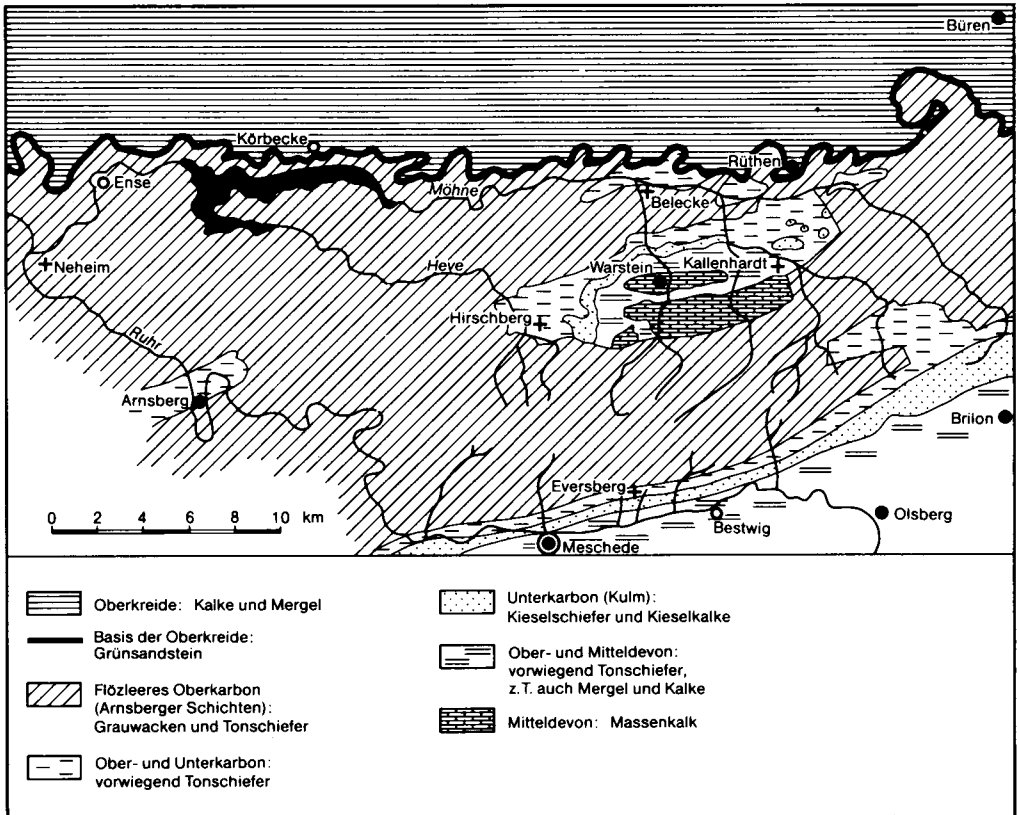


Abb. 3: Arnberger Wald: Gesteine (Geologie)

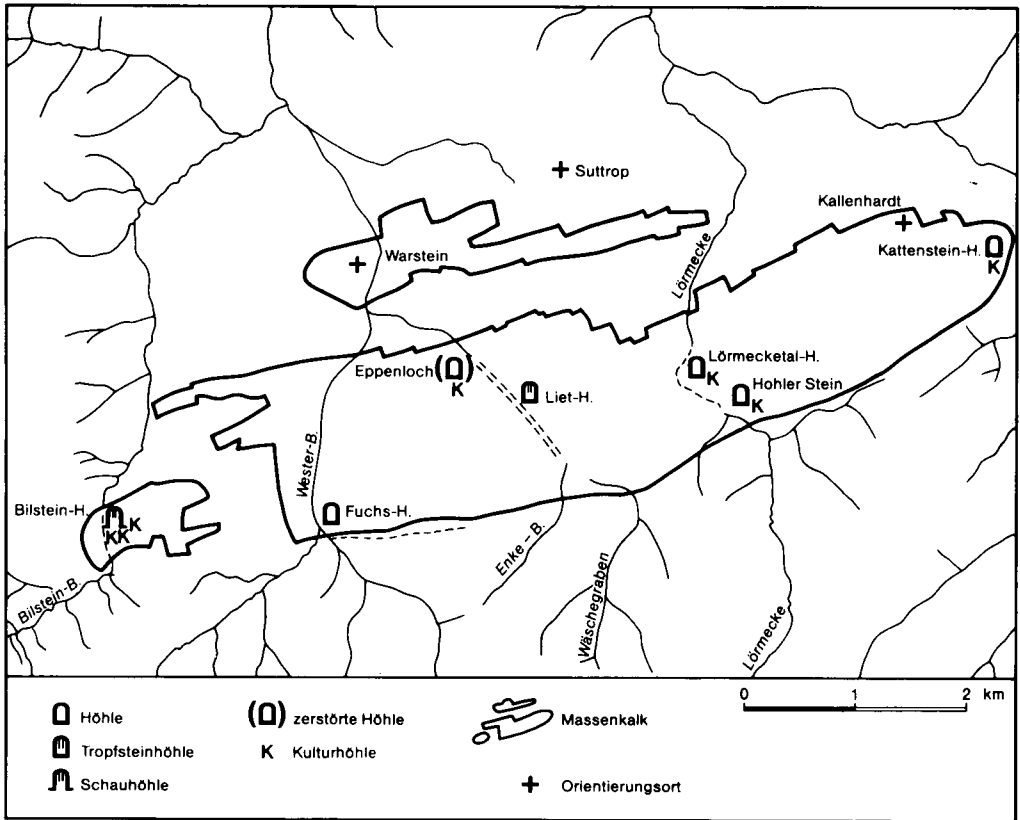


Abb. 4: Höhlen im Massenkalk bei Warstein

In einigen Höhlen hat man Skeletteile vorzeitlicher Menschen und ihre Werkzeuge und Geräte gefunden. Fundstücke sind im Städtischen Museum „Kupferhammer“ in Warstein ausgestellt. Bisher wurden sechs Kulturhöhlen ausgewiesen: drei im Bilsteinfelsen, dazu das Eppenloch, die Schöpershol im Lörmecketal und der Hohle Stein, ebenfalls an der Lörmecke. Das Bilsteinmassiv ist das kleinste, am weitesten im Südwesten gelegene Vorkommen des Warsteiner Massenkalks, das mit drei hohen Felstürmen steil zum Bilsteintal abfällt. Darin hat man bisher vier Höhlen entdeckt, von denen die größte mit Tropfsteinbildungen ausgestattet ist. Ursprünglich dürften sie eine zusammenhängende Höhle gebildet haben, die dann Einstürzen ausgesetzt war. Die Richtung der Höhlengänge ist an Klüfte und Spalten gebunden, vorwiegend quer zur Streichrichtung des Gebirges. Sie wurden durch die Lösung des kohlen-sauren Kalks und durch das fließende Wasser des

Bilsteinbachs erweitert, der heute noch im tieferen Untergrund die Bilsteinhöhle durchfließt. Wasserstandsmarken und gerundete Felswände, besonders am Höhlen- eingang, weisen auf diese Wasserwirkung hin. Heute verschwindet das meiste Wasser des Bilsteinbachs am Fuß des Bilsteinfelsens und tritt 400 m weiter nördlich in zwei Karstquellen wieder zutage. Nur ein geringer Teil des Wassers fließt oberirdisch über einen künstlichen Nebenarm ab. Die Tropfsteinhöhle ist als Schauhöhle dem Publikum zugänglich gemacht worden. Dabei wurde eine der drei Kulturhöhlen durch einen Stollen mit einbezogen. Die *Bilsteinhöhle* ist ein bedeutender Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr geworden. Mit 92000 Besuchern im Jahre 1976 stand sie unter den sauerländischen Tropfsteinhöhlen an dritter Stelle nach der Attahöhle bei Attendorn mit 355000 Besuchern und der Dechenhöhle bei Iserlohn mit 153000 Besuchern. Seit 1973 sind die Besucherzahlen

der Bilsteinhöhle deutlich angestiegen, nachdem im Herbst 1972 die Autobahn Dortmund-Kassel fertiggestellt wurde (Tab. 1). Attraktiv für den Fremdenverkehr sind weitere Einrichtungen in unmittelbarer Nähe der Höhle: das schönste Wildgehege im Arnsberger Wald, ein instruktiver Waldlehrpfad rund um die Kahlenbergsköpfe, dazu ein Restaurant, ausreichende Parkplätze, darunter ein sehr schöner Waldparkplatz mit Rast- und Picknickmöglichkeiten und ein Kinderspielplatz. Auch die viel kleinere, aber malerisch gelegene Höhle im Hohlen Stein im Lörmecketal mit ihren beiden Zugängen ist begehbar.

**Tabelle 1 Besucher der Bilsteinhöhle**

Jahr	Besucher
1962	51 000
1963	54 000
1964	56 000
1965	57 000
1966	56 000
1967	60 000
1968	70 000
1969	71 000
1970	71 000
1971	71 000
1972 <sup>1</sup>	73 000
1973	89 000
1974	94 000
1975	91 000
1976	92 000
1977	94 000
1978	96 000 <sup>2</sup>
1979	82 000
1980	84 000
1981	79 000
1982	84 000
1983	77 000
1984	72 000
1985	76 000
1986	77 000

<sup>1</sup>) Fertigstellung der BAB Dortmund-Kassel im Herbst 1972

<sup>2</sup>) Maximum  
Quelle: Stadtverwaltung Warstein

Rund um den Warsteiner Sattel treten die jüngeren Gesteine des Oberdevon und Karbon zutage. Durch ihr mehr oder weniger widerstandsfähiges Material bedingen sie ein entsprechend wechselhaftes Formenbild. So überragen die bis 467 m steil anstei-

genden Kahlenbergsköpfe im Westen die Warsteiner Massenkalk-Hochfläche. Sie bestehen in ihrem inneren Kern aus den gleichen harten Kulmkieselschiefern und -kalcken, welche auch die steilen Kuppenberge nördlich der Ruhr bedingen. Auf einem schmalen, steil abfallenden Sporn, der von den Kahlenbergsköpfen nach Westen abzweigt, liegt die kleine ehemalige Stadt Hirschberg, umgeben von dem bis zu 300 m tief eingeschnittenen Hirschberger Ausräum, den die Quellbäche der Heve aus weichen Karbonschiefern herausmodelliert haben.

Langgestreckte, Ost-West-gerichtete Rücken zwischen Möhne und Heve, die von Süd-Nord-gerichteten Tälern zerschnitten werden, kennzeichnen den niedrigeren westlichen Teil des Arnsberger Waldes, den sogenannten Unteren Arnsberger Wald, der aus den Grauwacken und Schieferen der Arnsberger Schichten des flözleeren Oberkarbon aufgebaut wird. Die Gipfellagen dachen sich allmählich von Osten nach Westen ab. Rund um den Möhnesee werden keine Höhen über 300 m erreicht (Abb. 5).

Die zahlreichen Bäche im Arnsberger Wald entspringen zu beiden Seiten des wasserscheidenden Plackwegrückens in kleinen flachen Dellen (Ursprungmulden oder Quellmulden). Sie entstanden in der letzten Kalkzeit, als das nordische Inlandeis nach Süden über die Ostsee vordrang, unseren Raum aber nicht mehr erreichte. Damals war hier der Boden bis in größere Tiefen das ganze Jahr über gefroren. Er taute nur im Sommer und nur an der Oberfläche auf. Dann kam das wasserdurchtränkte Material auch auf geringen Hangneigungen ins Rutschen. Große Schuttmengen wanderten ins Tal, wobei die Dellen entstanden, die dann später von der rückschreitenden Erosion der Gewässer angeschnitten wurden.

An die Dellen schließen sich nach unten V-förmige Kerbtäler an mit steilen Hängen, die unmittelbar an den Bachufern ansetzen. Diese ebenfalls eiszeitlich entstandenen Kerben, hierzulande „Siepen“ genannt, haben sich tief in die ursprüngliche(n) Rumpflfläche(n) eingeschnitten und ein dichtes Gewirr von Rücken und Kuppen herausmodelliert. So wurde das Sauerland zum „Land der tausend Berge“.

Unterhalb der Kerbtalstrecken schließen sich Sohlentäler an, wobei eine schmale ebene Talsohle zu beiden Seiten des Baches ansetzt, die nach außen hin von steilen Talhängen begrenzt wird. Auf der Talsohle pendelt der Bach in vielen Mäandern hin und her, wobei er ursprünglich mit wechselnder Wasserführung seinen Lauf immer wieder verlegte. Inzwischen sind die meisten Gewässer künstlich begradigt und in ihrem Lauf endgültig festgelegt. Aber in den Tälern der Heve und der Großen und Kleinen Schmalenau sind noch streckenweise solche naturnahen, baumbestandenen Mäanderstrecken erhalten geblieben und zum Teil unter Naturschutz gestellt.

Ruhr und Möhne sind in die stark gefalteten paläozoischen Grauwacken, Sandsteine und Schiefer eingelagert, begleitet von eiszeitlich aufgeschotterten Terrassen. Aber auf dem rechten Talhang tritt der flachlagernde Rühthener Grünsandstein der Oberen Kreide zutage. Darüber folgen Kalke und Mergel. Der Rühthener Grünsandstein besteht aus grünlich gefärbten, kalkhaltigen Sandsteinen, die an der Küste des Kreidemeeres abgelagert wurden. Sie sind besonders gut unterhalb der alten Stadtmauer von Rühthen aufgeschlossen. Im Gegensatz zu den stark gefalteten Gesteinen des paläozoischen Grundgebirges fallen die Schichten der Oberkreide ganz flach nach Norden ein. Hier endet das Sauerland und mit ihm das Rheinische Schiefergebirge. Die nördlich anschließende Haar ist bereits ein Teil der Münsterländer Kreidemulde und damit der Westfälischen Tieflandsbucht.

Über dem steilen Talhang der Möhne bildet der Grünsandstein eine deutliche Verflächung, die zugleich die höchste Terrasse der Möhne darstellt. Viele kleine, tief eingeschnittene Talkerben zergliedern diese Terrassenfläche in kleine Einzelplateaus. Auf einem solchen liegt der Stadtkern von Rühthen in 380 m Höhe. Weiter nach Norden folgt nach einem flachen Ausraum in weicheren Mergelschichten ein erneuter Anstieg zum Haarstrang, der aus harten Turonkalken aufgebaut wird. Er bildet die Wasserscheide zwischen Ruhr und Lippe und steigt als flacher Rücken von Westen nach Osten allmählich von 280 m nördlich des Möhnesees auf 390 m an der Spitzen

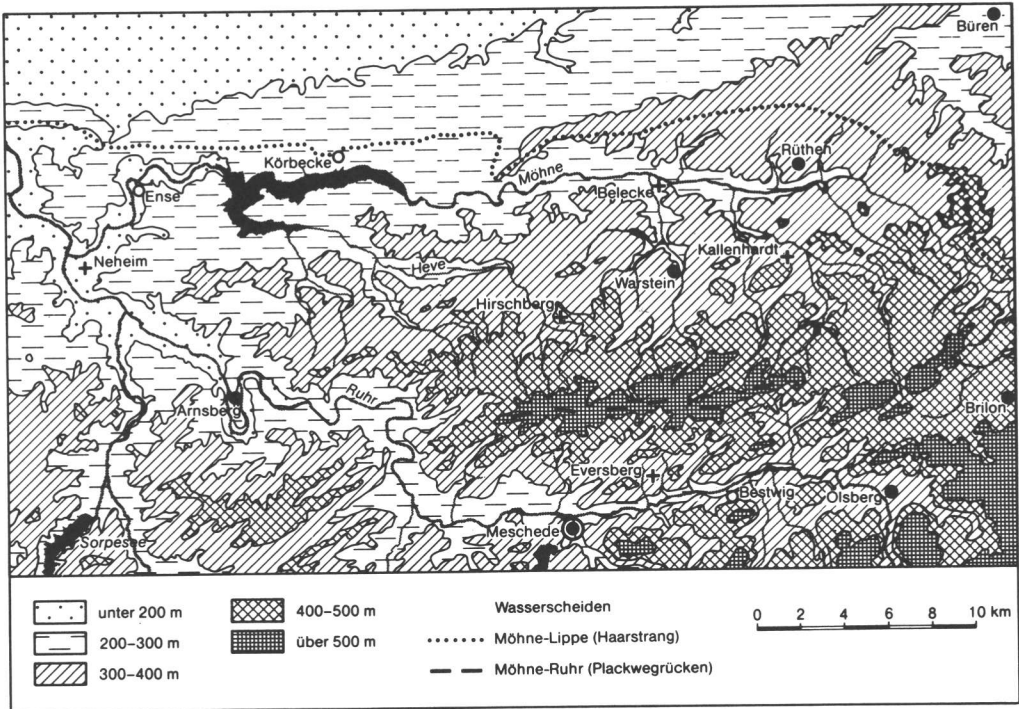
Warte nördlich Rühthen an. So entstand durch intensive Zertalung des alten Gebirgsblocks ein äußerst abwechslungsreicher, zum Teil auch durch die Gesteinsunterschiede bedingter Formenschatz und damit für den Besucher und Betrachter ein ansprechendes interessantes Relief.

Das Relief ist in besonderer Weise „Träger von Formen und Linien und trägt dadurch zur Vielfalt der Landschaft bei. Aufgrund der häufig wechselnden Kulissenwirkung wird die Phantasie des Menschen angeregt“ (KIEMSTEDT 1967, S. 1). Auch hat das Relief unmittelbare Auswirkungen auf die physische Konstitution des Menschen. „So bewirkt der Wechsel von Anstieg, Gefälle und ebenen Flächen im Gelände unterschiedliche Belastungen des menschlichen Organismus, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Raum und das Relief durch eigene Muskelkraft – zu Fuß oder mit dem Fahrrad – erschlossen wird“ (KRENER 1986, S. 43). Die für die Erholung so wichtige Differenzierung des Reliefs wird anschaulich deutlich und meßbar durch die Reliefenergie. Darunter versteht man den auf eine bestimmte Fläche (meist 2 x 2 km) bezogenen absoluten Höhenunterschied. Von den weiten Ebenheiten der Hellwegbörden über die Haar, das Möhnetal zum Plackwegrücken und zu dem stark zertalten Abfall von dort zum Ruhrtal nimmt die Reliefenergie von 20 bis 100 m auf 4 km<sup>2</sup> („wellig“), über 100 bis 200 („hügelig“) bis auf 200 bis 250 m („bergig“) zu. Dabei tritt das breitsohlige Hevetal mit geringeren Werten (60 bis 100 m) deutlich hinter das hügelige Relief im Norden und Süden zurück.

### 3. Klima und Bioklima

Klimatisch liegt der Naturpark Arnsberger Wald im Übergangsbereich vom Tieflandklima der Westfälischen Bucht zum kühlfeuchten Höhenklima des Sauerlandes. Dem etwas wärmeren und trockeneren Unteren Arnsberger Wald im Nordwesten steht der rauhere und feuchtere Obere Arnsberger Wald im Nordosten und Süden gegenüber. Mit der Höhe steigen die Niederschläge von Norden nach Süden an (Tab. 2).

Auf dem 550 bis 580 m hohen Plackwegrücken östlich von Lattenberg ist sogar mit



**Abb. 5: Arnsberger Wald: Höhengschichten und Gewässer**

Niederschlägen über 1000 mm im Jahr zu rechnen; doch liegen hier keine Messungen vor. Mit 800 – 900 mm Niederschlag sind die Täler der Ruhr und Möhne relativ trocken.

Die Talstrecken der Ruhr und Möhne haben unterhalb von 200 m auch recht milde Winter mit durchschnittlichen Januar-Temperaturen von + 1° C. Bis zu den Höhenrücken um 300 m im westlichen Arnsberger Wald fallen sie auf 0° C und weiter bis zum Plackwegrücken auf – 1° C. Die Juli-Temperatur

liegen im Ruhr- und Möhnetal zwischen 16 und 17° C; sie sinken bis zum Plackweg auf 15° C ab.

Für viele im Bergland gelegene Fremdenverkehrsgebiete sind der Wintersport und damit die winterliche Fremdenverkehrssaison von Bedeutung. Voraussetzung dafür ist eine ausreichend lang andauernde Schneedecke, die allerdings in den Mittelgebirgen von Jahr zu Jahr starken Schwankungen unterworfen ist. Im Unteren Arnsberger Wald, also nördlich der Heve, bleibt die Schneedecke im Durchschnitt nur 20 – 40 Tage liegen, die durchaus nicht alle aufeinander folgen; vielmehr wechseln Schneetage mit schneefreien Tagen ab. Auf dem Plackwegrücken hält die Schneedecke etwa 40 – 80 Tage an. Aber erst bei einer Dauer von mehr als 80 Tagen würde sie für die Entwicklung einer auf den Wintersport gegründeten Wintersaison ausreichen. Im Hinblick auf die im benachbarten Hochsauerland gelegenen günstigeren Standorte mit einer Schneedecke von mehr als 80 Tagen ist der Arnsberger Wald benachteiligt, so daß es nicht zur Ausbildung einer ausgeprochenen Wintersaison gekommen ist. Der

**Tabelle 2  
Jahresmenge des Niederschlags**

Station	Höhe m	Niederschlag mm
Niederense	200	825
Möhnetalsperre	215	901
Neuhaus	240	931
Hirschberg	400	968
Lattenberg	443	995
zum Vergleich:		
Soest	100	676
Kahler Asten	835	1454

**Tabelle 3 Bioklimatische Wertstufen**

Nr.	Stufe	Durchschnittl. Windstärke m/sec.	Temperatur		Tage mit > 10 °C Anzahl	Dampfdruck Quecksilbersäule mm	Abkühlungsgröße kcal/cm <sup>2</sup> /sec.	Höhe m	Verbreitung
			Juli °C	Mai-Juni °C					
1	teilweise belastend	< 1,5	> 17,5	> 15,4	> 156	über 11,0	< 10	unter 200	Ballungsgebiete und Industriereviere
2	schonend	1,5 – 2,7	17,5 – 16,7	15,4 – 14,8	156 – 153	10,6 – 10,4	10 – 20	200 – 300	Hellwegbörden, Mönheese, Ruhrtalesohle
3	reizschwach	2,7 – 3,0	16,7 – 16,0	14,8 – 14,2	152 – 147	10,4 – 10,1	20 – 25	300 – 400	Haar, Warsteiner Kalkhochfläche, Untere Hänge des Ruhrtals
4	reizmild	3,0 – 3,5	16,0 – 15,3	14,2 – 13,4	146 – 135	10,1 – 9,8	25 – 30	400 – 500	Arnsberger Wald: mittlere Höhen ohne Plackwegrücken
5	reizmäßig	3,5 – 4,0	15,3 – 14,5	13,4 – 12,4	134 – 127	9,8 – 9,4	30 – 35	500 – 580	Plackwegrücken
6	reizstark	> 4,0	< 14,5	< 12,4	< 127	< 9,4	> 35	700	Hochsauerland

Zusammengestellt von FAUST 1979 und HAVLIK 1985

Wintersport tritt daher hier hinter anderen Freizeitaktivitäten zurück. So gibt es zum Beispiel keinen Skilift im Bereich des Naturparks.

Für den Erholungs- und Fremdenverkehr sind die Ergebnisse der bioklimatologischen Forschung von großer Bedeutung. Die *Bioklimatologie* untersucht die Einflüsse des Klimas auf den menschlichen Organismus. Im Arnsberger Wald folgen mit zunehmender Höhe die bioklimatischen Wertstufen von „schonend“ über „reizschwach“, „reizmild“ bis „reizmäßig“ (Tab. 3). Die darüber liegende Stufe „reizstark“ wird nicht mehr erreicht: Sie ist charakteristisch für das Hochsauerland. Auch die Stufe „teilweise belastend“, die ungünstigste Stufe, fehlt im Arnsberger Wald. Sie tritt in den dichtbesiedelten und industrialisierten Ballungsgebieten auf, wie im Ruhrrevier, dessen Bevölkerung geradezu auf Erholung in den schonenden und reizmittleren bioklimatischen Stufen angewiesen ist.

Das neutrale Schonklima, ohne jede Belastung für den menschlichen Organismus, herrscht großflächig in der Westfälischen Bucht und in den Hellwegbörden vor, umfaßt aber auch die Uferränder des Mönheesees und die Talsohle der Ruhr. Seine schonende Wirkung beruht auf geringen Abkühlungen mit gedämpftem Tagesgang der Temperaturen, auf vermehrter, aber nicht zu intensiver Sonnen- und Himmelsstrahlung und auf reiner Luft. Die „reizschwache Stufe“ in Höhenlagen von 300 – 400 m erstreckt sich über die Haar, die Kalkgebiete von Warstein und Kallenhardt und über die unteren Hänge des Ruhrtals, also wie die Stufe „schonend“ über offenes, waldloses Land. Es folgt weiter nach oben mit zunehmenden Reizstärken das „reizmilde“ Klima zwischen 400 und 500 m im bewaldeten Teil des Naturparks mit Ausnahme des Plackwegrückens. Der Plackwegrücken zwischen 500 und 580 m ragt in die „reizmäßige“ Stufe hinein.

Die im Arnsberger Wald vertretenen Reizstufen sind gegenüber dem Schonklima gekennzeichnet durch einen gemäßigten Tagesgang der Bioklimaelemente, erniedrigte Temperaturen, schwach erniedrigten Sauerstoffpartialdruck, zunehmende Windge-

schwindigkeiten in ungeschützten Lagen, erhöhte Strahlenintensität des Sonnen- und Himmelslichtes, erhöhte Luftreinheit und durch Berg- und Talwindwechsel bei wolkenarmen Hochdruckwetterlagen. Die bioklimatischen Reizstufen des Arnberger Waldes ohne das Schonklima haben Heilwirkungen für Erkältungskrankheiten, Bronchitiden, Asthma, Herz- und Kreislaufkrankheiten, Rheuma, Arthritis, Basedow, Funktionsgleichgewichtsstörungen und Hautkrankheiten.

#### 4. Wald und Wild

Mit einer Waldfläche von 381 km<sup>2</sup> steht der Arnberger Wald unter den neun Naturparks Westfalens an zweiter Stelle hinter dem Naturpark Rothaargebirge mit 735 km<sup>2</sup> (Tab. 4). Im Hinblick auf den Waldanteil von 85% der Gesamtfläche erreicht er sogar den ersten Platz. Er gehört zu den größten zusammenhängenden Waldgebieten der Bundesrepublik Deutschland. Die Zusammensetzung seines Baumbestandes und seiner übrigen Pflanzenwelt ist durch die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Menschen stark verändert worden; aus natürlichem Wald wurde geplanter Forst. So sind z. B. durch forstliche Maßnahmen seit Beginn des 19. Jhs. heute 60% der Waldfläche im Arnberger Wald mit Fichten besetzt. Im ursprünglichen Wald gab es, abgesehen von einigen Wacholderbüschen und wenigen Eiben, nur Laubbäume. Vorherrschend war entsprechend den Boden- und Klimagegebenheiten die Buche, begleitet von der Eiche, besonders in den tieferen Lagen im Nordwestteil des Arnberger Waldes. Auf

den nährstoffarmen Verwitterungsböden der Grauwacken, Sandsteine und Tonschiefer ist der Wald sehr artenarm. Hier stockt der „Artenarme Hainsimsen-Buchenwald“. Oft bilden Hain- und Waldsimsen den einzigen lückigen Bodenbewuchs. Vielfach ist die immergrüne Hülse oder Stechpalme der einzige Strauch. Dann macht der Wald den Eindruck einer weiten, hohen, von Säulen getragenen Halle.

Auf ehemaligen Hutungen entwickelte sich eine Heide aus Besenginster mit eingestreuten, oft übermannshohen Wacholderbüschen, die wegen ihrer spitzen Nadeln vom Weidevieh verschont blieben. Eine solche Wacholderheide wurde am Schnettenberg westlich von Eversberg unter Naturschutz gestellt. 1975 wurden hier 600 Wacholdersträucher mit Höhen bis zu 6 m gezählt (RUNGE 1982, 41).

Viel reicher an anspruchsvollen Arten ist der Perlgras- oder Kalkbuchenwald auf den Kalkböden der Warsteiner Hochfläche, der seinen Namen nach dem häufig auftretenden Perlgras führt. Zu den vorherrschenden Buchen kommen in der Baumschicht Esche, Bergahorn, Vogelkirsche.

Während der Artenarme Hainsimsenbuchenwald heute noch weite Teile des Arnberger Waldes bedeckt, ist der Artenreiche Perlgrasbuchenwald auf den fruchtbaren Kalkböden weitgehend gerodet worden. Aber auf dem Oberhagen östlich der Stadt Warstein ist davon noch ein größeres Stück mit äußerst artenreicher Flora und vielen seltenen Pflanzen erhalten geblieben und

**Tabelle 4 Naturparks in Westfalen**

Naturpark	Fläche km <sup>2</sup>	davon Waldfläche	
		km <sup>2</sup>	%
1 Arnberger Wald	447	381	85
2 Diemelsee	124	62	50
3 Dümmer	396	79	20
4 Ebbegebirge	658	336	51
5 Eggegebirge/südl. Teutoburger Wald	539	323	60
6 Hohe Mark	1009	343	34
7 Nördl. Teutoburger Wald/Wiehengebirge	210	147	70
8 Homert	400	236	59
9 Rothaargebirge	1130	735	65
1 – 9 Gesamt	4913	2621	53

1985 unter Naturschutz gestellt worden. Mitten in diesem Naturschutzgebiet ist ein tiefer Schacht zu sehen. Hier wurde – wie auch an anderen Stellen des Gebirges – hochwertiger Roteisenstein gefördert. 1949 wurde die Eisenerzförderung im Arnberger Wald endgültig aufgegeben.

Nur in den Tälern tritt die Buche zugunsten anderer Waldbäume zurück. In den feuchten Quellmulden bilden sich unter Einfluß von gestautem Oberflächen- und Hangwasser Hangmoore mit Bruchwäldern, wie in dem Naturschutzgebiet am Stimmstamm (53 ha) im Quellgebiet des Bilsteinbaches in einer Höhenlage von 485 bis 552 m. Dort stehen mit Flechten bewachsene Moorbirken auf bis zu zwei Meter mächtigen Torfschichten.

Die schmalen, langgestreckten, heute meist wiesenbedeckten Talsohlen sind von Natur aus bewaldet gewesen, und zwar mit dichten Erlenbruchwäldern. In neuerer Zeit sind auch sie, wie in vielen deutschen Mittelgebirgen, z. T. mit standortfremden Fichten aufgeforstet worden. Naturnahe Talstrecken wurden 1986 in zwei Naturschutzgebieten unter Schutz gestellt. Im Naturschutzgebiet „Möhnesee-Völlinghausen“ entstand am Einfluß der Möhne in den Stausee teils spontan, teils durch Anpflanzung zwischen dem Fluß und dem neu angelegten Wanderweg auf der ehemaligen Trasse der Westfälischen Eisenbahn ein Wald, „der große Ähnlichkeit mit der ursprünglichen, weit verbreiteten Weichholzaue auf zeitweilig überschwemmten Talböden hat“ (STICHMANN 1973, 106). Das andere Naturschutzgebiet „Kleine Schmalenau-Hevesee“ umfaßt den Hevesee und die Mündungen der Heve und der Kleinen Schmalenau. Beide fließen in malerischen Mäandern auf ursprünglich alljährlich überschwemmten

Talsolesen. Hier wächst noch der sonst von Kulturmaßnahmen bedrohte, selten vorkommende Straußfarn, von dem 1971 noch 5000 Exemplare gezählt wurden.

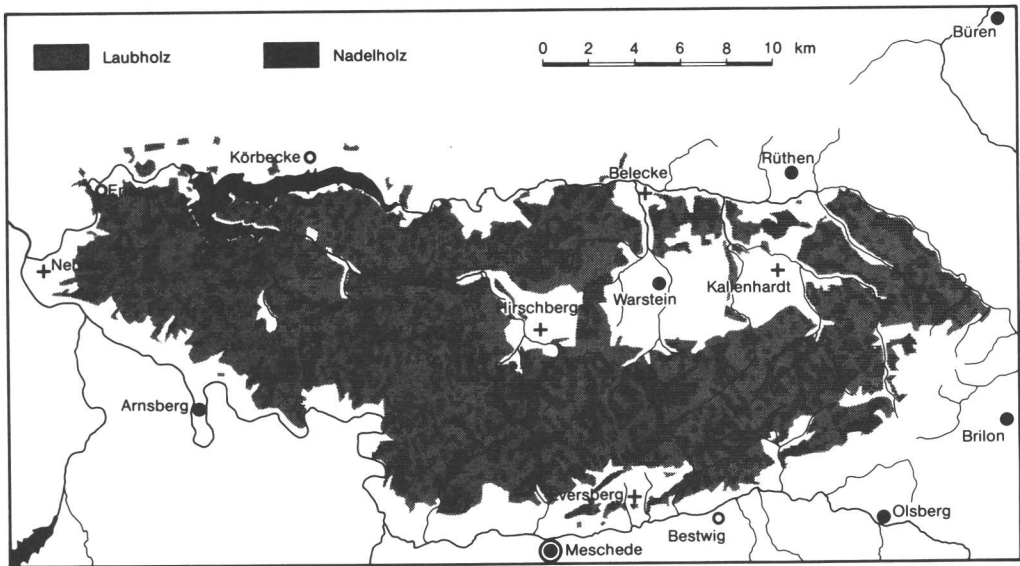
Durch forstliche Maßnahmen hat sich die Zusammensetzung der Holzarten in den letzten 100 Jahren entscheidend verändert, wie es das Beispiel aus dem Warsteiner Stadtwald zeigt (Tab. 5). Leider liegen entsprechende Zahlen für das gesamte Waldgebiet des Arnberger Waldes nicht vor. Durch die Ausdehnung der Fichtenbestände nimmt die Buche, der ursprünglich dominierende Baum des Arnberger Waldes, heute nur noch etwa 20% der Waldfläche ein. Über dem Durchschnitt hoch ist ihr Anteil nur auf den ihr besonders zusagenden nährstoffreichen Kalkböden im Bereich der ursprünglichen Perlgrasbuchenwälder. Gegenüber der Buche tritt der Anteil der Eiche sehr zurück. Er dürfte für den Arnberger Wald bei 8% liegen. Anspruchsvolle Edelhölzer wie Ahorn, Esche, Linde, Wildkirsche und Hainbuche treten als Beimischung und nur auf nährstoffreichen feuchten Böden auf. Viel häufiger sind anspruchslosere Arten, besonders Birken und Erlen, beide auf feuchten Standorten, die Birke auch in steilen Hanglagen. Während die Erlen auch angepflanzt werden, stellt sich die Birke überall spontan ein. Schnellwüchsige Pappeln werden auf Talsolesen, besonders im Möhnetal, angebaut (Abb. 6).

Auffällig und sehr problematisch ist die starke Zunahme der standortfremden Fichte auf Kosten der einheimischen Laubhölzer. Im Arnberger Wald nimmt sie schon über 60% der Waldfläche ein, und es ist anzunehmen, daß noch auf längere Zeit mit einer weiteren Zunahme zu rechnen ist, zumindest im Bereich des bäuerlichen Kleinbesitzes. Durch ihre Schnellwüchsigkeit

**Tabelle 5 Holzarten im Warsteiner Stadtwald 1872 und 1972**

Jahr		Buche	Eiche	Fichte	Erle/Birke	Blößen	Holzboden
1872	ha	1612	661	479	124	60	2936
	%	55	23	16	4	2	100
1972	ha	599	396	2019	85	–	3099
	%	19	13	65	3	–	100





**Abb. 6: Arnberger Wald: Laub- und Nadelholz**  
(Satellitenbild-Auswertung)

bringt sie relativ hohe Erträge. Von seiten der Forstverwaltungen werden Umtriebszeiten von 80–100 Jahren empfohlen, gegenüber 120–140 Jahren bei Buchen und 200–240 Jahren bei Eichen. Aber in den Bauernwäldern liegt das Umtriebsalter für Fichten meist niedriger, oft bei nur 60 Jahren.

Neuerdings gewinnt die Fichte noch – wie erwähnt – weiter an Boden durch die Aufforstung von Wiesentälern, unter anderem im Möhnetal, Hallebachtal, Lottmannshardt und oberen Hevetal. Die Talwiesen sind für die moderne Landwirtschaft von geringer Bedeutung, zumal ihre Pflege einen beachtlichen Arbeitseinsatz erfordert. Die Fichtenforstungen beeinträchtigen aber in negativer Weise das Landschaftsbild und damit die Erholungsfunktion des Naturparks. Nach Heranwachsen der Bestände geht der erwünschte reizvolle Wechsel von Wald – Wiese – Bach verloren. Deswegen bestehen seit einiger Zeit Erstaufforstungsverbote für besonders wertvolle Talpartien.

Da der Arnberger Wald zu den größten zusammenhängenden Waldgebieten in der Bundesrepublik Deutschland gehört, beherbergt er noch beachtliche Bestände an Rot-, Reh- und Schwarzwild, das der Wanderer allerdings nur selten in freier Wildbahn zu

sehen bekommt. Aber in drei gut ausgestatteten *Wildgehegen* sind die Wildtiere jederzeit gut zu beobachten. An der Bilsteinhöhle und am Engelslieth südlich Völlinghausen äsen Rehe und Hirsche in einer parkartigen Landschaft mit Bäumen und Gehölzen. Wanderwege und Ruhebänke ermöglichen müheloses Beobachten. Am Brummerhagen, am Bahnhof Scharfenberg im oberen Möhnetal, suhlen sich Wildschweine in einem lichten Buchenwald.

Eine Besonderheit im Arnberger Wald ist das in Ostasien heimische Sikawild, eine Hirschart, die nach Größe und Gewicht zwischen Dam- und Rehwild einzuordnen ist. Charakteristisch ist ein schwarzer Aalstrich vom Hals bis zur Schwanzspitze und beim Sommerkleid eine helle Tüpfelung. Das Winterkleid ist sehr dunkel und meist ohne Tüpfelung. Im Gegensatz zum Rotwild ist das Sikawild deutlich zutraulicher und kann von Besuchern im Arnberger Wald häufiger beobachtet werden als Hirsche und Rehe. Dieses in Deutschland ungewohnte Wild ist auf eigenartige Weise in den Arnberger Wald gekommen. Im Jahre 1893 kaufte der Baron von Donner bei Hagenbeck in Hamburg ein halbes Dutzend Sika-Hirsche und setzte sie in seinem 600 ha großen Wildgehege in der Nähe seines Jagd-

schlosses „Wilhelmsruhe“ aus. Im Winter 1936 wurde das Gatter durch Schneebruch beschädigt: Nunmehr und seitdem in freier Wildbahn lebend, hat sich das Sikawild bis heute auf über 800 Stück erhöht und über eine Fläche von 100 qkm ausgebreitet, verteilt bis Warstein, Eversberg und Meschede. Aber das Dichtezentrum liegt immer noch im Bereich des ehemaligen Gatters an der unteren Heve. Im Wildgatter an der Engelslieth bei Völlinghausen kann man das Sikawild aus nächster Nähe beobachten. Durch seine starke Vermehrung hat es das Rotwild merklich zurückgedrängt. Mit schätzungsweise 520 Stück ist aber der Arnsberger Wald immer noch eines der größten Rotwildreviere in der Bundesrepublik Deutschland.

Die große Bedeutung des Waldes für den Fremdenverkehr wurde in vielen Untersuchungen der letzten Jahre erwiesen. So sagten 44 % von 2860 Befragten aus, daß sie sich am liebsten im Wald erholten (BICHLMAIER 1969, 35 ff.); weitere 26 % bevorzugten einen Wechsel von Wald und Feld. Innerhalb des Waldes ist der Aufenthalt an Lichtungen, breiten Wegen, Waldwiesen u. dgl. besonders erwünscht. Dafür sprachen sich 51 % aus. Als Hauptgründe für die Beliebtheit des Waldes wurden genannt: saubere Luft (50 %), Ruhe (34 %) und die Möglichkeiten zur körperlichen Bewegung wie Wandern, Spaziergehen, Radfahren, Jogging (36 %). Auch eine Untersuchung des Studienkreises für Tourismus aus dem Jahre 1979 kommt zu einem ähnlichen Ergebnis (SCHNELL 1983, 138). Danach hatten 79 % der befragten Urlauber kurze und 68 % längere Spaziergänge und Wanderungen unternommen. Dem entspricht eine Rangordnung von Erholungsaktivitäten, die KIEMSTEDT 1975 für die Erholung außerhalb der Wasserflächen, also vorwiegend für den Wald, aufgestellt hat: 1. Spaziergehen, 2. Wandern, 3. Radfahren, 4. aktiver Sport, 5. Naturbeobachtung. Alle diese gewünschten Freizeitaktivitäten werden im Arnsberger Wald in großem Umfang ermöglicht. Ihnen dienen schon seit Jahrzehnten die erprobten Wanderstrecken des Sauerländischen Gebirgsvereins (SGV) und die im Zusammenhang mit dem Naturpark angelegten und gepflegten Rundwanderwege und Lehrpfade.

Außer Wald- und Forstlehrpfaden gibt es einen originellen landwirtschaftlichen Lehrpfad im Ortsteil Günne der Gemeinde Möhnese, unmittelbar oberhalb der Sperrmauer, der am Beispiel des Hofes Schulte-Günne anschauliche Auskunft über die Landwirtschaftsstruktur dieses Raumes gibt.

Die Rundwanderwege führen von Parkplätzen mit großen Orientierungstafeln an den Ausgangspunkt zurück und ermöglichen im Gegensatz zu den langen Wanderstrecken des SGV kürzere Weglängen für verschiedenartige Ansprüche. Selbstverständlich lassen sich auch mehrere Rundwanderwege miteinander zu längeren Tagestouren oder gar mehrtägigen Programmen verbinden. Erwünscht und notwendig wären für viele „Rundwanderer“ nicht nur die üblichen Angaben auf den Tafeln über Kilometerlängen und Zeitdauer, sondern auch über Steigungen, was für Behinderte und Ältere von großer Wichtigkeit wäre. Auch sollten besonders interessante Objekte am Wegesrand und vor allem die zu erwartenden Fernblicke auf den Tafeln gekennzeichnet und mit wenigen Worten kommentiert werden. So wäre ein Beitrag zu leisten, Erholung und Bildung zu verbinden, was von vielen aufgeschlossenen Urlaubern sehr begrüßt würde.

Von besonderem Interesse und geradezu Zielpunkte für Wanderungen sind Aussichtspunkte mit weiter Fern- oder Rund-sicht. Vom Bismarckturm auf dem Haarweg nördlich Körbecke, vom Wasserturm auf der Stadtmauer von Rüthen und von der Windmühle auf der Spitzen Warte nördlich Rüthen schaut man nach Norden über die weite Feldlandschaft der kahlen Haar und nach Süden über das Möhnetal auf die Berge und Täler des Arnsberger Waldes. Von dem Turm der Burgruine Eversberg blickt man nach Norden über das mittelalterliche Stadtbild mit seinen Fachwerk- und Schieferbauten und über den südlichen Arnsberger Wald wieder auf den Plackwegrücken. Vom Aussichtsturm auf dem Küppel bei Freienohl sieht man im Norden die weiten Wälder des Naturparks und im Süden über das Ruhrtal hinweg in das Hochsauerland hinein. Vom Piusberg bei Warstein erkennt man die mittelalterliche Höhenstadt und

die neuzeitliche Talstadt. Die Warte westlich von Kallenhardt bietet einen eindrucksvollen Rundblick über die offenen Feldfluren auf dem Massenkalk, die von den ausgedehnten Wäldern auf den Grauwacken und Tonschiefern umrahmt werden (weitere Hinweise zu diesen Aussichtspunkten bei SCHÜTTLER 1982 und MAASJOST 1984).

### 5. Die Möhnetalsperre und die Gemeinde Möhnesee

„Gewässer – Meere, Seen, Flüsse – üben auf den Erholungsuchenden eine besondere Anziehungskraft aus. Wasserflächen machen das Landschaftsbild abwechslungsreicher und damit attraktiver für den Betrachter“ (KULINAT u. STEINECKE 1984, 93). „Seenlandschaften gehören zu den beliebtesten Feriengebieten, vor allem wenn sie mit bewegtem Relief und ausgedehnten Wäldern umgeben sind, eine Verbindung, die man geradezu als ‚Ideallandschaft‘ für den Fremdenverkehr bezeichnen kann“ (PAESLER 1979, 102). Daher sind im Naturpark Arnsberger Wald der Möhnesee und die gleichnamige Gemeinde mit dem Verwaltungssitz in Körbecke zum eindeutigen Schwerpunkt des Fremdenverkehrs geworden. Das gilt sowohl für die Fremdenverkehrseinrichtungen als auch für die Annahme dieser Angebote.

Der Möhnesee ist weit über die Grenzen des Sauerlandes hinaus ein begehrtes Erholungsziel geworden, besonders für das dichtbevölkerte Ruhrgebiet. Bei einer Befragung von 43400 Personen aus dem Ruhrgebiet wurde die Frage gestellt: „Jetzt nenne ich Ihnen Ziele außerhalb des Ruhrgebiets. Sagen Sie mir, ob Sie dort schon waren oder nicht.“ (Deutsches Wirtschaftswiss. Inst. für Fremdenverkehr 1977). 74 % der Befragten nannten an erster Stelle die Möhnetalsperre (Tab. 6), 59 % die Innenstadt von Düsseldorf und 44 % die Biggetalsperre im Sauerland. Die in vieler Hinsicht ähnlich ausgestattete Biggetalsperre, in einer ähnlichen landschaftlichen Umgebung im Naturpark Ebbegebirge, 1965 gebaut, rangiert also im Hinblick auf den Bekanntheitsgrad im Ruhrgebiet weit hinter der bereits 1913 gebauten, früher erschlossenen und auch etwas besser zu erreichenden Möhnetalsperre. Schon zwischen den bei-

den Weltkriegen – als es noch keinen modernen Ferntourismus gab – hatte die Möhnetalsperre durch den Ausflugs- und Sommerfrischeverkehr einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht, der sich besonders bei der Bevölkerung des Ruhrgebietes bis in die Gegenwart „vererben“ konnte. Die neue Biggetalsperre konnte erst allmählich in einem weiteren Umkreis bekannt werden.

**Tabelle 6**  
**Von Bewohnern des Ruhrgebietes besuchte Ziele außerhalb des Ruhrgebietes**

Rang	Ziele	% der Befragten
1.	Möhnetalsperre	73,8
2.	Innenstadt Düsseldorf	58,5
3.	Biggetalsperre	44,0
4.	Dechenhöhle (Iserlohn)	41,9
5.	Innenstadt Münster	41,8
6.	Zoo Wuppertal	41,6
7.	Schloß Burg an der Wupper/Solingen	30,4
8.	Langenberg (Sender)	30,3
9.	Krickeberger Seenplatte/ NP Rhein-Nette	9,8

Befragung von 43400 Personen

Quelle: Dt. Wirtschaftswiss. Institut (1977, 209)

Die räumliche Differenzierung der Befragten ergab – wie zu erwarten – eine Abnahme des Bekanntheitsgrades der Möhnetalsperre innerhalb des Ruhrreviers mit zunehmender Entfernung von Osten nach Westen. Im nahe gelegenen Kreis Unna und der Stadt Hamm waren 93 Prozent der Befragten schon einmal oder mehrmals an der Talsperre gewesen. Im östlichen Revier, vertreten durch die Städte Hagen, Dortmund, Lünen, Wattenscheid, Wanne-Eickel, Bochum, Castrop-Rauxel, Witten und dem Ennepe-Ruhr-Kreis, waren es 79 – 81 Prozent und im Westen des Reviers, in Duisburg, Oberhausen, Moers und dem Kreis Geldern, immer noch 66 Prozent (Tab. 7).

Auch andere Befragungen ließen die engen Beziehungen des Möhneseegebietes zum Ruhrrevier erkennen. Im Jahre 1977 kamen von den Inhabern von Freizeitwohnsitzen am Möhnesee 21 Prozent aus Dortmund, 15 Prozent aus Essen, 12 Prozent aus Hamm, also insgesamt etwa die Hälfte aus dem östlichen Ruhrrevier. 10 Prozent waren in dem

**Tabelle 7: Besucher der Möhnetalsperre aus dem Ruhrgebiet**

Herkunft	Befragte Personen	dav. Besucher der Möhnetalsperre, %
1. Kreis Unna, Hamm	2 000	92,7
2. Ennepe-Ruhrkreis, Hagen	4 000	81,4
3. Dortmund, Lünen	6 000	78,8
4. Wattenscheid, Wanne-Eickel, Bochum, Castrop-Rauxel, Witten	7 000	78,6
5. Kreis Dinslaken, Rees	2 400	73,7
6. Bottrop, Gladbeck, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Herten	6 000	69,4
7. Mülheim, Essen, Kettwig	7 000	68,3
8. Kreis Geldern, Moers	3 000	66,6
9. Duisburg, Oberhausen	3 000	66,3
Gesamt	43 400	73,8

Quelle: Dt. Wirtschaftswiss. Institut (1977, 213)

näher gelegenen Soest zu Hause, insgesamt 13 Prozent in Unna, Werl und Neheim. Viel geringer war der Anteil aus dem ostwestfälischen Ballungsgebiet Bielefeld-Herford wegen der Konkurrenz näher gelegener Ziele im Weserbergland (WITTMERS 1977).

Die Ruhr und ihre Zuflüsse versorgen über 14 Talsperren das Ruhrrevier, den größten deutschen industriellen Ballungsraum, mit Trink- und Brauchwasser. Von diesen ist die Möhnetalsperre mit einem Stauraum von 135 Mio. m<sup>3</sup> die zweitgrößte, nach der Biggetalsperre (einschl. Listersperre) mit 172 Mio. m<sup>3</sup>. Hinsichtlich der maximalen Wasserfläche steht die Möhnetalsperre mit 1037 ha jedoch vor der Biggetalsperre mit 876 ha. Hauptaufgabe der sauerländischen Talsperren ist es, dafür zu sorgen, daß zu jeder Zeit dem Revier genügend Wasser zur Verfügung steht, und daß die Ruhr bis zur Mündung immer eine Mindestwassermenge aufweist. Der Ausgleich zwischen wasserreichen und wasserarmen Zeiten mit Hilfe der Talsperren ist gesetzlicher Auftrag des 1899 gegründeten Ruhrtalesperrenvereins. Als die vorhandenen kleineren Talsperren nicht mehr ausreichten, wurde 1906 der Bau der Möhnetalsperre beschlossen und 1913 vollendet. Man wählte als Standort für die neue Sperre das untere Möhnetal, weil es weit dünner besiedelt und industrialisiert war als das obere Ruhrthal und wegen der verhältnismäßig kurzen Entfernung zu den Wassergewinnungsstellen im unteren Ruhr-

tal. Allerdings nahm man dabei in Kauf, daß der Niederschlag im Bereich der Möhnetalsperre im Vergleich zum regenreicheren Hochsauerland verhältnismäßig gering ist; werden doch in dem kleinen Einzugsgebiet der Möhne erst auf den Höhen des Plackwegs 1000 mm Jahresniederschlag überschritten. Der Untergrund aus den festen Grauwacken der Arnsberger Schichten erwies sich als ausreichend wasserdurchlässig und standfest für die mächtige Stau-mauer.

Die 1000 ha große Wasserfläche des Möhne-sees wurde sehr schnell für die *Wasservögel* ein wichtiger Mauser-, Durchzug- und Überwinterungsplatz, begünstigt durch die Zwischenlage zwischen den nordeuropäischen Brutgebieten und den Überwinterungsräumen am Mittelmeer und in Nordafrika. Alljährlich überwintern hier um die Jahreswende an die 10 000 Wasservögel, vor allem Lachmöwen, Stockenten, Bläßhühner, Reiherenten, Tafelenten, Schellenten, Gänsesäger, Krickenten, Singschwäne und Höckerschwäne. Graureiher und Haubentaucher suchen den See zur Brutzeit auf, und für die Reiherenten ist er ein beliebtes Mauserquartier geworden.

Die im Herbst aus Nordeuropa nach Südwest ziehenden Wasservögel stoßen an der Ruhr-Möhne-Linie auf die markante Grenze des Tieflandes zum Mittelgebirge. Die meisten von ihnen biegen nach Westen um

und versuchen, das bewaldete Bergland zu umfliegen. Dann stoßen sie auf den Möhnesee und die Ruhrtauseen, und viele bleiben um zu überwintern.

Das reiche Vorkommen von Wasservögeln wurde dadurch ermöglicht, daß der Ruhrtalesperrenverein von Anfang an einen Teil des Sees, nämlich das überflutete untere Hevetal, als Regenerationsbereich für Plankton und Fische reservierte und von Störungen durch Angler und Boote freihielt. 1972 wurde der „Hevearm des Möhnesees“ zu einem 256 ha großen Naturschutzgebiet erklärt. Die Ufer wurden nicht bebaut und die Uferwege für den Fahrverkehr gesperrt. Der See ist nur an bestimmten Stellen zugänglich, von denen aus die Wasservögel beobachtet werden können. Mit Ausnahme der Rundfahrboote, die auf festgelegten Routinestrecken verkehren, darf der Hevearm nicht mit Wasserfahrzeugen befahren werden. So blieb hier in nächster Nähe dicht gedrängter Naherholungseinrichtungen eine Zone wohltuender Ruhe erhalten. Am nördlichen Ufer des Hevearms führt ein instruktiver Lehrpfad entlang mit vielseitigen Informationen über die zu beobachtenden Wasservögel und über die Waldbäume und ihre Nutzung. So ist dieses Naturschutz- und Vogelschutzgebiet ein interessantes Angebot für den Fremdenverkehr geworden, das auch angenommen wird. Aber trotz eindeutiger und ausreichender Hinweise werden die Seeufer auch im Naturschutzgebiet Hevearm immer wieder betreten. Während der Sommermonate lagern hier viele Erholungssuchende, baden oder befahren die geschützte Wasserfläche mit Booten. Das sind Nachteile, die sich aus der leichten Erreichbarkeit des Naturparks ergeben.

Im Gegensatz zum Naturschutzgebiet Hevearm zeigen sich am Nord- und Südufer des Hauptsees Ansätze zu einer Uferverbauung, die aber inzwischen gestoppt werden konnte, um allen Erholungssuchenden den Zugang zum See zu ermöglichen und das attraktive Landschaftsbild zu erhalten.

Obwohl die Möhnetalsperre ein künstliches Gewässer ist, hat sich doch dank gezielter Maßnahmen des Ruhrtalesperrenvereins ein arten- und individuenreicher *Fischbesatz* eingestellt. Voraussetzungen sind reiches

Planktonvorkommen, gemäßigte Wassertemperaturen und gute Laichmöglichkeiten. Zur Ergänzung der Bestände hat der Ruhrtalesperrenverein eine Fischzucht eingerichtet, die von einem Berufsfischer betreut wird. Hier werden über den Laich der eigenen Fischbestände Jungfische herangezogen, die dann im Möhnesee und den anderen Talsperren des Ruhrtalesperrenvereins ausgesetzt werden, vor allem Zander, Hechte, Karpfen, Schleie, Maränen, Aale, Saiblinge, Regenbogen-, Bach- und Seeforellen, insgesamt über 6 Millionen Stück pro Jahr. Aus den Fängen des Berufsfischers kann man auf die Zusammensetzung der Fischbestände in der Talsperre schließen. Etwa die Hälfte der Fänge besteht aus Weißfischarten, besonders Plötzen (Rotaugen) und Brassen (Bleie). An zweiter Stelle folgt mit einem Viertel der Fänge die Kleine Maräne (*Coregonus alba* Lin), eine Salmonidenart, die dem Bodenseefelchen verwandt ist. Maränen leben fast ausschließlich von Plankton. So konnten sie sich wegen des reichen Planktongehaltes der Möhnetalsperre ausgezeichnet entwickeln. Für den Aufbau eines guten Fischbestandes sind sie von großer Bedeutung; denn sie dienen als Beutefische für die Raubfische Hecht und Zander, die zusammen 14 Prozent der Fänge ausmachen. Aale machen 8 Prozent aus. Hingegen haben Karpfen und Schleie nur einen geringen Anteil von zusammen 3 Prozent.

Es ist anzunehmen, daß von den zahlreichen Sportfischern etwa genausoviele Fische gefangen werden wie von dem Berufsfischer, an Plötzen und Brassen wahrscheinlich sogar mehr. So ist der reiche und vielseitige Fischbestand auch für die Freizeitangler recht attraktiv geworden. Bei Angelwettbewerben kommen an einem Tage an die 1500 Sportfischer an den Möhnesee.

Mit dem Bau der Talsperre entwickelte sich das bis dahin stille und abgelegene, kaum bekannte untere Möhnetal zu einem immer stärker besuchten Erholungs- und Freizeitgebiet. Zunächst brachte die Eisenbahn über die Strecke Soest-Wamel-Belecke-Warstein und von Neheim immer mehr Menschen an die Möhnetalsperre. In den Ortschaften am nördlichen Seeufer entstanden Gaststätten, Hotels und Privatpensionen für Sommergäste, die meist mehrere Tage blieben.

Aber nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich dieser Fremdenverkehr in entscheidender Weise. Mit der allgemeinen Motorisierung, der Entwicklung des Autoverkehrs, dem Ausbau der Straßen, besonders dem Bau der Autobahn Dortmund-Kassel und ihrer Abfahrt Soest-Arnsberg, nur 6 km nördlich des Möhnesees, wurden der See und seine nächste Umgebung zum Naherholungsgebiet des östlichen Ruhrreviers. Während man heute im Ferienurlaub zu immer weiter entfernten Zielen reist, wird der Möhnesee vor allem kurzfristig zum Wochenende und an Feiertagen aufgesucht. Hier hat heute die Tages- und Halbtageserholung Vorrang vor der mehrtägigen und mehrwöchigen „Sommerfrische“. In zunehmendem Maße wurde dabei auch das bis dahin fast unbesiedelte Südufer für den Fremdenverkehr erschlossen.

Die *Freizeitwünsche* der Besucher sind in erster Linie unmittelbar auf den See ausgerichtet. Hier gibt es vier Strandbäder, drei am Nordufer und eins am später erschlossenen Südufer, außerdem ein Hallenbad in Körbecke, auf der Nordseite des Sees, und ein kombiniertes Frei- und Hallenbad in Brunningsen unmittelbar an der Sperrmauer. An zehn Anlegestegen – acht an dem Nordufer und nur zwei am Südufer – können 822 Segelboote festmachen. Das entspricht einem Boot auf 1 ha Segelfläche. Doch werden darüber hinaus noch weitere Boote ausgesetzt. Zu den Seglern treten neuerdings in zunehmendem Maße Windsurfer. Mehrere Bootsverleiher bieten Segel-, Ruder- und Tretboote an. Während Baden und Segeln im wesentlichen auf den Sommer begrenzt sind, wird der See das ganze Jahr über von Wanderern, Spaziergängern und Anglern aufgesucht. Im südlich anschließenden Waldgebiet gibt es – besonders unmittelbar am Südufer – Parkplätze mit markierten Rundwanderwegen, Schutzhütten, Kinderspielplätze, Trimpfade, Grillplätze. Weniger an Landschaft, Wasser und Wald gebunden sind weitere, zum Teil recht großzügige Einrichtungen auf der dichter besiedelten Nordseite des Sees: Tennisplätze, Minigolfanlagen, Mehrzweckspielfelder, Abenteuerspielplätze, ein vielbesuchtes Freizeitzentrum mit vielseitigem Angebot, die Möhnehalle in Körbecke

für Veranstaltungen bis zu 1000 Teilnehmern und im Ortsteil Echtrop am Haarweg sogar ein Eissportzentrum, ebenfalls mit 1000 Zuschauerplätzen. Es wurde von in der Nähe stationierten kanadischen Truppen gebaut und nach deren Abzug der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das „Haus des Gastes“ in Körbecke hat eine Gymnastikhalle, Lese- und Fernsehräume, Spielzimmer, einen Vortragsraum, vier Kegelbahnen und ein Restaurant. Nach wie vor aber ist die begehbare, vom Fahrverkehr freigehaltene Sperrmauer mit weiten Ausblicken auf den See und in das tiefe Möhnetal hinein für viele Besucher das wichtigste Fahrtziel und Besichtigungsobjekt geblieben.

Seit 1970 entstanden rund um den Möhnesee viele *Freizeitwohnsitze* (WITTMERS 1976). Darunter versteht man „jeden weiteren Wohnsitz, der neben einem Hauptwohnsitz überwiegend während der Freizeit und nur vorübergehend (stunden- oder tageweise, am Wochenende oder während des Urlaubs) benutzt wird“ (RUPPERT 1973). 1975 gab es in der Gemeinde Möhnesee 233 Häuser oder Wohnungen, die als Freizeitwohnsitze in diesem Sinne genutzt wurden, außerdem 624 Wohnwagendauerstellplätze – 63 Prozent aller Stellplätze – auf sieben Campingplätzen am Seeufer, denen eine gleiche Bedeutung zukommt. Von den 233 festen Freizeitwohnsitzen liegen 57 Prozent an dem erst später erschlossenen Südufer. Fast alle Häuser haben Zugang oder zumindest Ausblick auf die Wasserfläche. 1979 wurde hier das Freizeitzentrum „Atrium“ fertiggestellt, das aber leider nicht gut in die Landschaft eingepaßt wurde. Von seinen 90 Appartements wurden 84 als Freizeitwohnsitze verkauft. Die restlichen werden an wechselnde Feriengäste vermietet. Nördlich des Sees gibt es Freizeitwohnsitze in unmittelbarer Ufernähe in Delecke, Körbecke und Wamel, außerdem weiter nördlich hangaufwärts bei Günne, Stockum, Wamel und Völlinghausen. Das größte Wohngebiet für Erholungszwecke ist das „Feriendorf Kettelbötel“ bei Völlinghausen mit 51 Freizeitwohnsitzen.

Aber auch als Erstwohnsitz ist das Möhneseegebiet in letzter Zeit interessant gewor-

den, wobei für die landschaftlich schöne und ruhige Lage längere tägliche Anfahrten zum Arbeitsplatz hingenommen werden. So wuchs durch hohe Zuwanderung die Einwohnerzahl der Gemeinde Möhnensee zwischen 1960 und 1982 von 6200 auf 9211 an. Seit 1970 entstanden auch größere Neubausiedlungen in Körbecke, Delecke, Güne, Stockum, Wamel und Völlinghausen, zum Teil als Erstwohnsitze, zum Teil als Freizeitwohnsitze. Ein großes Familienfreizeitheim mit 240 Betten wurde für die Katholische Arbeitnehmerbewegung in leider sehr exponierter Lage, weithin sichtbar unmittelbar über der Staumauer gebaut. Es ist die Frage, ob eine weiter anhaltende Siedlungsbewegung nicht den Erholungswert dieser schönen Landschaft entscheidend beeinträchtigt oder gar zerstört. Unter diesem Aspekt wird der Plan, in der bisher noch rein ländlichen Ortschaft Westrich ein neues Feriensiedlungs-Großobjekt zu bauen, immer kritischer beurteilt.

1981 hatte die Gemeinde Möhnensee 9206 Einwohner, die ihren ersten Wohnsitz hier hatten. Dazu kamen 2213 Personen mit zweitem Wohnsitz, wobei es sich vorwiegend um Ferienwohnungen handeln dürfte. Nach Schätzungen kommen im Ausflugs- und Durchgangsverkehr alljährlich etwa eine Million Menschen an den Möhnensee und in die gleichnamige Gemeinde. Ein einziger schöner Sommertag kann bis zu 30 000 Besucher bringen!

Die *wirtschaftliche Bedeutung* des Fremdenverkehrs für die Gemeinden des Arnberger Waldes im Vergleich zum Hochsauerland sei anhand von ausgewählten statistischen Angaben zur Infrastruktur verdeutlicht (Tab. 8). Mit einem Angebot von 1472 Fremdenbetten liegt die kleine Gemeinde Möhnensee nur wenig hinter den größeren Städten Arnberg und Meschede mit 1596 und 1689 Betten, bleibt aber erheblich hinter dem Luftkurort Olsberg mit 1934 Betten zurück. Das überragende Angebot hat der Luftkurort und das Wintersportzentrum Winterberg im Hochsauerland mit 8243 Gästebetten.

Noch deutlicher wird die Bedeutung des Bettenangebotes für den Fremdenverkehr, wenn man die Zahl der Gästebetten mit der Zahl der Einwohner in Verbindung bringt. Dann kommen auf 100 Einwohner in der Gemeinde Möhnensee 16,7 Fremdenbetten. Das ist der höchste Wert im Arnberger Wald. Mit weitem Abstand folgen die Städte Warstein, Rüthen und Arnberg mit 2 – 3 Betten auf 100 Einwohner, Meschede mit 5,3, Bestwig mit 8,2 und Olsberg mit 13,8, knapp unter dem Wert von Möhnensee. Aber alle liegen weit hinter Winterberg mit 58,3 Fremdenbetten auf 100 Einwohner. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für eine Gemeinde ist auch daran zu messen, wie hoch der Anteil des Fremdenverkehrsgewerbes an dem gesamten versteuerbaren Umsatz ist. Er liegt für Möhnensee mit 10 % weit über den Werten aller anderen Gemeinden des Arnberger Waldes, die nur zwischen 1,4 und 2,7 % aufbringen. Aber hier ragt Winterberg mit 12 % weit über alle hinaus.

Die Übernachtungszahlen geben einen Hinweis darauf, wie das Angebot der Fremdenverkehrseinrichtungen angenommen und

**Tabelle 8 Fremdenbetten und Umsatz des Fremdenverkehrsgewerbes**

Gemeinde	Fläche km <sup>2</sup>	Einwohner	Fremdenbetten		% - Anteil des Fremdenverkehrsgewerbes am gesamten versteuerbaren Umsatz
			gesamt	auf 100 E.	
Möhnensee	123	9211	1472	16,7	9,8
Warstein	158	28139	720	2,5	2,0
Rüthen	158	11264	263	2,3	2,1
Arnberg	193	77404	1596	2,0	1,4
Meschede	215	31197	1689	5,3	1,9
Bestwig	69	11817	959	8,2	2,7
Olsberg	118	14186	1934	13,8	2,6
Winterberg	148	15370	8243	58,3	12,0

Nach SCHNELL 1986 u. a.

**Tabelle 9 Übernachtungen und Aufenthaltsdauer**

Gemeinde	Übernachtungen*		Aufenthalt Tage
	Mittel 1975 – 80	auf 100 E.	
1. Möhnesee	146 397	1 659	3,8
2. Warstein	87 424	306	4,2
3. Rüthen	14 264	127	4,5
4. Arnsberg	173 923	219	3,2
5. Meschede	222 106	699	5,6
6. Bestwig	82 781	704	4,9
7. Olsberg	251 375	1 756	6,5
-----			
1. – 7. NP Arnsberger Wald	978 270	534	4,7
8. Winterberg	1 165 090	8 250	6,9

\* ohne Campingplätze, Jugendherbergen, Kinderheime  
Quelle: SCHNELL 1986

genutzt wird (Tab. 9). Die Gemeinde Möhnesee steht mit 146 400 Übernachtungen im Durchschnitt der Jahre 1975 – 1980 hinter den größeren Städten Meschede und Arnsberg, aber vor den Städten und Gemeinden Warstein, Rüthen und Bestwig. Führend ist der Luftkurort Olsberg mit 251 000 Übernachtungen. Dennoch reicht der Naturpark Arnsberger Wald nicht an das Hochsauerland heran, wo allein Winterberg 1 165 000 Übernachtungen aufweist und damit den gesamten Arnsberger Wald noch um rd. 200 000 übertrifft.

Ein ganz anderes Bild ergibt die Aufenthaltsdauer. Im Arnsberger Wald haben Möhnesee und Arnsberg die kürzeste Verweildauer mit 3,8 und 3,2 Tagen. In Warstein, Rüthen, Meschede und Bestwig lag die Aufenthaltsdauer zwischen 4,2 (Warstein) und 5,6 (Meschede), in Olsberg aber mit 6,5 fast so hoch wie in Winterberg.

Alle Gemeinden mit Anteil am Naturpark Arnsberger Wald zählen die meisten Übernachtungen im Sommer, da im Gegensatz zum Hochsauerland die Möglichkeiten für den Wintersport begrenzt sind. Um so auffälliger ist der immerhin noch hohe Anteil an Übernachtungen im Winterhalbjahr in der Gemeinde Möhnesee mit 34% nach Arnsberg (39%) und noch vor Meschede (31%), Rüthen (30%) und Warstein (27%). Allerdings geben die Übernachtungszahlen nur Hinweise über mehrtägige Aufenthalte; über die für den Möhnesee und seine Ufer so wichtigen Tagesaufenthalte macht die Statistik keine Aussagen.

Auch die Campingfreunde bevorzugen deutlich den Möhnesee. Im Berichtsjahr 1978/79 übernachteten auf den 6 Plätzen der Gemeinde Möhnesee 39 392 Campinggäste, viermal soviel wie auf den Plätzen in Warstein-Allagen (2747), Rüthen-Kallenhardt (957) und Meschede am Hennesee (5309) zusammen.

Viel gleichmäßiger und ohne Bevorzugung des Möhnesees verteilen sich die Übernachtungen in den Jugendherbergen in Möhnesee (22 006), Rüthen (27 851), Arnsberg (22 025) und Meschede (27 116). Das ist aus den Leitzielen der Jugendherbergen zu verstehen, die mehr auf das Wandern als auf Baden und Wassersport ausgerichtet sind.

Es steht außer Frage, daß eine derartige stürmische Entwicklung des Freizeitverkehrs mit über einer Million Besuchern im Jahr und mit oft über 30 000 an einem einzigen Sommertag auch ernste Gefahren für den Erhalt der Landschaft und damit auch für ihren Freizeitwert mit sich bringt. Die Natur wird bedroht durch Verschmutzung und Beschädigung der Ufer und ihrer Vegetation. Lagernde Besucher und parkende Autos verursachen Schäden im Wald, besonders in Nähe der Straßen und Wege.

Das Sauerland und damit auch der Arnsberger Wald sind Ferenziele auch für die Niederländer geworden. Sie finden hier eine nicht allzu fern gelegene Berg- und Waldlandschaft, die sie sehr schätzen. Doch ist der Möhnesee selbst für sie keine besondere



Attraktion, wie der geringe Anteil an den Urlaubern zeigt. Diese stellten in der Gemeinde Möhnesee im Urlaubsjahr 1979/80 nur 1,9% der Übernachtungen. Im übrigen Arnsberger Wald lag der Anteil weit höher: in Rüthen und Arnsberg bei 9%, in Meschede bei 15% und in Warstein sogar bei 16%. Hier dürften die Bilsteinhöhle und die Höhle im Hohlen Stein als Naturerscheinungen, die in ihrem Lande fehlen, wohl mit von Bedeutung für die Urlaubswahl sein.

Aus Strukturdaten der Besucher in bezug auf ihre Einstellung, ihr Verhalten und ihre Erwartungen entwickelte SCHNELL (1986) für Westfalen fünf regional differenzierte *Urlaubertypen*, darunter einen Typ „Möhnesee“, den er auch als den „Talsperrentyp“ bezeichnet. Ihm gegenüber stellt er einen Typ „Sauerland“, den er in die Untertypen „Südsauerland“ und „Hochsauerland“ unterteilt. Dem Talsperrentyp liegen Daten der Gemeinde Möhnesee zugrunde. Mit dem Südsauerland ist der Besuch des Kreises Olpe gemeint. Dem Hochsauerland entspricht der Hochsauerlandkreis. Dabei dürften die Angaben über das Südsauerland (Kreis Olpe) eher dem Bereich des Naturparks Arnsberger Wald ohne die Gemeinde Möhnesee entsprechen als die des stärker durch Wintersport und winterlichen Fremdenverkehr bestimmten Hochsauerlandkreises.

Im Naturpark Arnsberger Wald ist der Möhnesee-Typ stark an den Wirkungsbereich des Sees gebunden. Aber er unterscheidet sich auch in anderer Hinsicht von dem sauerländischen Besuchertyp: „Die Besucher des Möhnesees sind jünger, in höherem Maße Beamte und Angestellte mit besserem Einkommen, die aus der näheren Umgebung mit der Familie im Wagen anreisen. Entsprechend der besseren Einkommenssituation wird mehr Geld für Übernachtung und Frühstück und andere gastronomische Dienstleistungen ausgegeben. Nahezu 50% der Besucher unternehmen Zweit- und Drittreisen. Die Kurzreiseintensität erreicht bei den Möhneseebesuchern mit 37% ihren höchsten Wert in Westfalen.

Auch in Einstellungen, Erwartungen und Verhalten treten Unterschiede auf. So spielt der Wunsch, aktiv Sport zu treiben, für den

Urlauber am Möhnesee eine große Rolle. Bei der Ortswahl erreichen Gesichtspunkte wie die, daß man auch bei schlechtem Wetter etwas unternehmen kann und Freizeiteinrichtungen am Ort vorhanden sind, einen weitaus höheren Stellenwert als bei den Gästen des Sauerlandes. Andererseits treten die Ruhe am Urlaubsort und das preisgünstige Angebot in der Bedeutung zurück, während dem Aspekt, daß man mit der Familie und mit den Kindern Urlaub machen kann, hohe Bedeutung beigemessen wird. Der Möhneseeurlauber zeigt sich in seiner Freizeit aktiver als nach den Erwartungswerten vermutet werden kann“ (SCHNELL 1986, S. 12).

Die besonders hohe Aktivität des Möhnesee-Typs im Vergleich zu den beiden anderen Urlaubertypen aus dem Sauerland zeigt sich sowohl in den Gründen für die Urlaubswahl als auch in der tatsächlichen Urlaubsgestaltung (Tab. 10 und 11). Höher als die beiden anderen bewertet der Möhnesee-Typ selbstverständlich alle an freie Wasserflächen gebundenen Aktivitäten und Einrichtungen. Aber auch geführte Wanderungen, Baden und Schwimmen in der Halle, Ausflugsfahrten und Besichtigungen, Kegeln, Tennis, Reiten, Benutzung der Trimm-dich-Pfade, Sauna, Waldlehrpfade und Solarium finden höhere Zustimmung und Inanspruchnahme; dagegen sind z. B. „Sich verwöhnen lassen und gut essen“ weniger gefragt.

Auch eine andere Strukturuntersuchung stellte für die Besucher der Möhnetalsperre und die Gemeinde Möhnesee „ein sehr hohes Aktivitätsniveau“ fest (Dt. Wirtschaftswiss. Inst. f. Fremdenverkehr 1977, S. 174):

– „Betätigungen, die relativ hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit bzw. die Ausbildung stellen (wie Tennis, Segeln, Rudern, Angeln) werden in der Regel von mehr als 15% der Befragten ausgeübt, was im Vergleich zur Masse der Erholungsgäste außergewöhnlich ist.

– Schlechtwettereinrichtungen, Freizeitgestaltungsmöglichkeiten werden sehr hoch eingeschätzt.

**Tabelle 10 Generelle Gründe für die Urlaubnahme**

Motive	Besucheranteile in %		
	Möhnesee	südl. Sauerland	Hochsauerland
Abschalten, entspannen	91 (-)	95 (+)	93
Mit Leuten zusammensein	36 (+)	29 (-)	36
Zeit für die Familie, füreinander haben	65 (+)	61 (-)	65 (+)
Sich verwöhnen lassen, gut essen	45 (-)	60 (+)	54
Aktiv Sport treiben	37 (+)	21	15 (-)
Neue Eindrücke gewinnen, etwas erleben	46 (+)	45	40 (-)
Etwas für die Bildung tun	24 (+)	21	18 (-)
Etwas für die Gesundheit tun	91 (-)	93	95 (+)

(+) höchster, (-) niedrigster Wert

Quelle: SCHNELL 1986, S. 14

**Tabelle 11 Verhalten der Gäste im Freizeitbereich**

Ausgeübte Aktivitäten und benutzte Freizeiteinrichtungen	Besucheranteile in %		
	Möhnesee	südl. Sauerland	Hochsauerland
Baden/Schwimmen im Freien	66 x	27	60
Segeln	20 x	1	-
Rudern	16 x	3	-
Angeln	14 x	2	-
Markierte Wanderwege	84	69	87 x
Geführte Wanderungen	84 x	-	27
Baden/Schwimmen in der Halle	24 x	7	7
Ausflugsfahrten, Besichtigungen	19 x	15	18
Kegeln	15 x	6	9
Tennis	14 x	1	1
Reiten	8 x	1	6
Trimm-Dich-Pfad	7 x	1	2
Wildpark/Gehege	5 x	4	-
Sauna	4 x	2	2
Waldlehrpfad	3 x	3 x	2
Solarium	3 x	1	1
Heimabende, Filmabende, Dia-Vorträge	1	1	1
Kneippbecken	1	5	14 x

x = höchster Wert

Quelle: Dt. Wirtschaftswiss. Institut für Fremdenverkehr, München 1977; aus Diagrammen umgerechnet von SCHNELL 1986, S. 14

- Parallel zu einem überdurchschnittlichen Erwartungsniveau ist auch eine höhere Ausgabebereitschaft bei den Gästen der Region „Möhnesee“ zu konstatieren.
- Andererseits ist der Anteil der Gäste, die zwei und mehr Urlaubsaufenthalte pro Jahr einplanen, hier kleiner als in den anderen Fremdenverkehrsregionen Westfalens; neben den längerfristigen Erholungsaufenthalt tritt hier in der Regel in stärkerem Maße der Kurzaufenthalt.

- Großes Gewicht liegt auf einem familiengerechten Angebot; der Anteil der Familien an der Nachfrage insgesamt ist aufgrund der sehr guten Möglichkeit für das Wassererlebnis in jeder Form (steht bei Familien mit Abstand ganz oben in der Rangskala) sehr groß; dies ist angebotsseitig zu berücksichtigen.“

Die mit dem Fremdenverkehr verbundene *Verkehrsentwicklung* ist auch nicht ohne Einfluß auf die Qualität der Freizeiterho-

lung geblieben. Drei Bundesstraßen durchziehen den Naturpark Arnsberger Wald. Die Bundesstraßen 229 von Soest nach Arnsberg und 55 von Rheda-Wiedenbrück über Meschede in Richtung Köln dienen dem Nord-Süd-Durchgangsverkehr. Darüber hinaus ist die B 229 die wichtigste Zufahrt für den Urlaubsverkehr aus dem Ruhrgebiet, seitdem sie die Autobahnauffahrt Soest mit dem Möhnesee verbindet. Von weit geringerer Bedeutung ist die West-Ost gerichtete Bundesstraße 516 am nördlichen Seeufer entlang; denn der gleichgerichtete Fernverkehr geht heute über die Autobahn Dortmund-Kassel und über den weiter nördlich dazu parallel laufenden Hellweg, die Bundesstraße 1. Im Bereich des Möhnesees hat die Bundesstraße 516 vorwiegend die Aufgabe, den lokalen Verkehr

auf die einzelnen Ortschaften zu verteilen. Um das Nordufer vom Durchgangsverkehr zu entlasten und in erste Linie für Freizeit und Erholung zu erschließen, wird sie zur Zeit vom Nordufer des Möhnesees auf den Haarstrang verlegt, wobei der Haarweg zur Bundesstraße ausgebaut wird mit nach Süden zum See abzweigenden Stichstraßen. Park- und Rastplätze könnten dabei die großartigen Fernblicke vom Haarweg vielen Autofahrern erschließen.

Die Gemeinde Möhnesee bemüht sich um Anerkennung als Luftkurort. Auch werden große Anstrengungen gemacht, zusätzlich zu dem stark vorherrschenden Kurzurlaub den längerdauernden Urlaub durch entsprechende Angebote und Werbungen zu entwickeln.

## LITERATUR

**Bauer, J.** (1982): Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und Naturparke. In: Deutscher Planungsatlas I, Nordrhein-Westfalen, Liefg. 34. Hannover

**Becker, Chr.** (1975): Zur Bewertung von Räumen für den Erholungsreiseverkehr. In: **Hofmeister** (1984), S. 255–263

**Becker, Chr.** (1980): Die Anwendung verschiedener Landschaftsbewertungsverfahren auf sechs deutsche Fremdenverkehrsgebiete. In: Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung; Forschungs- u. Sitzber., Bd. 132. Hannover

**Becker, F.** (1972): Bioklimatische Reizstufen für eine Raumberteilung zur Erholung. In: Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung, Forschungs- u. Sitzber., Bd. 76, S. 45–62. Hannover

**Becker-Platen, J. D. u. Lüttig, G.** (1980): Naturraumpotentialkarten als Unterlagen für Raumordnung und Landesplanung. Hannover

**Bichelmaier, Fr.** (1969): Die Nützlichkeit des Waldes als Erholungsraum. In: Veröffentl. d. Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung, Bd. 3, S. 63–70. Hannover

**Bundesforschungsanstalt** für Naturschutz und Landschaftsökologie (1977): Untersuchung zur Belastung der Landschaft durch Freizeit und Erholung. Schriftenr. f. Landschaftspflege u. Naturschutz, Heft 15. Bonn-Bad Godesberg

**Deutsches wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr** (1977): Markt- und Motivforschung für die Ferien- und Erholungsgebiete Nordrhein-Westfalens und Ableitung von konzeptionellen Vorschlägen für die künftige Entwicklung. München

**Faust, R.** (1979): Das Bioklima in Nordrhein-Westfalen. Erläuterungen zu den Karten der bioklimatischen Wertstufen und der Sonnenstrahlung als bioklimatischem Wirtschaftsfaktor. Bad Salzufflen

**Fritz, G.** (1981): Belastung naturnaher Gebiete durch Erholungsverkehr in Nordrhein-Westfalen. In: Schriftenreihe d. Dt. Rates f. Landschaftspflege, Heft 38

**Hanstein, U.** (1972): Die Eignung von Waldrändern für die Erholung. In: Veröffentl. d. Akad. f. Raumforschung u. Landesplanung, Forschungs- u. Sitzber., Bd. 3, S. 71–76. Hannover

**Havlik, D.** (1985): Bioklimatologie. In: **Meynen, E. u. a.** Internationales Geographisches Glossarium

**Hempel, L.** (1962): Das Großrelief am Südhang der Westfälischen Bucht und im Nordsauerland. In: Spieker, Heft 12. Münster

**Hofmeister, B.** (1984): Geographie des Freizeit- und Fremdenverkehrs. Darmstadt

**Hülßen, R.** (1973): Freizeit und Erholung von A–Z. Zusammenstellung und Definition der am häufigsten verwendeten Begriffe und Stichwörter. Göttingen

**Kersberg, H.** (1973): Naturpark Arnsberger Wald – Der Naturraum und seine Erholungsfunktion. In: Natur- und Landschaftskunde Westfalens, 9, S. 1–10

**Kessler, M.** (1980): Fremdenverkehr 1976/77. In: Deutscher Planungsatlas I, Nordrhein-Westfalen, Liefg. 24, Fremdenverkehr. Hannover

**Kiemstedt, H.** (1967): Zur Bewertung der Landschaft für die Erholung. In: Beiträge zur Landschaftspflege, Sonderheft 1. Stuttgart

**Kiemstedt, H.** (1972): Erfahrungen und Tendenzen in der Landschaftsbewertung. In: Akad. f. Raumforsch. u. Landesplanung, Forschungs- und Sitzber., Bd. 76, S. 33–44. Hannover

**Kiemstedt, H.** (1975): Landschaftsbewertung für Erholung im Sauerland. In: Schriftenr. Landes- u. Stadtentwicklungsforschung d. Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund

**Kreuer, W.** (1986): Landschaftsbewertung und Erholungsplanung im Reichswald bei Kleve. Essener Geographische Arbeiten, 13. Essen

- Kulinat, Kl. u. A. Steinecke** (1984): Geographie des Freizeit- und Fremdenverkehrs. Darmstadt
- Maasjost, L.** (1968): Arnsberger Wald und Möhne-See. In: Topographischer Atlas Nordrhein-Westfalen. Bad Godesberg
- Maasjost, L.** (1985): Das Westfälische Land – Einblicke und Ausblicke von seinen Aussichtstürmen und höheren Aussichtsplätzen. Paderborn
- Maier, J.** (1977): Natur- und kulturgeographische Raumpotentiale und ihre Bewertung für Freizeitaktivitäten. In: Geograph. Rundschau, 29, S. 186–194. Braunschweig
- Marks, R.** (1975): Zur Landschaftsbewertung für die Erholung. In: Natur u. Landschaft, Jg. 50, S. 222–227
- Maurmann, K.** (1977): Erholungsgebiete für das Ruhrgebiet in Südwestfalen. In: Natur- u. Landschaftskunde Westfalens, 13, 17–124
- Meynen, E. u. a.** (1985): Internationales Geographisches Glossarium. Stuttgart
- Mittelbach, H.-A.** (1971): Einige Erläuterungen über die Bevölkerungsbefragung „Freizeit im Ruhrgebiet“. Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk. Ms. Essen
- Paesler, R.** (1979): Sozialgeographische Aspekte des Freizeitverhaltens an Seen. In: Mitteil. d. Geographischen Gesellsch. München, 64, S. 101–114. München
- Pötke, P. M.**: Der Freizeitwert einer Landschaft. Quantitative Methode zur Bewertung einer Landschaft für Freizeit und Erholung. In: Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie. Trier
- Runge, F.** (1982): Die Naturschutzgebiete Westfalens. Münster
- Ruppert, K.** (1975): Zur Stellung und Gliederung einer Allgemeinen Geographie des Freizeitverhaltens. In: Geograph. Rundschau, 27, S. 1–6. Braunschweig
- Schnell, P.** (1983 a): Der Fremdenverkehr in Westfalen. In: Festschrift zum 44. Deutschen Geographentag in Münster. Teil I: Textband, S. 129–156. Paderborn (= Münstersche Geogr. Arbeiten, 15)
- Schnell, P.** (1983 b): Freizeit- und Erholungsräume der Ruhrgebietsbevölkerung. In: Festschrift zum 44. Deutschen Geographentag in Münster. Teil II: Exkursionen in Westfalen u. angrenzenden Regionen, S. 151–171. Paderborn (= Münstersche Geogr. Arbeiten, 15)
- Schnell, P.** (1985): Fremdenverkehr – Angebotsstruktur. In: Geographisch-landeskundlicher Atlas von Westfalen, Lieferung 1, Doppelblatt 4 mit Erläuterungen. Münster
- Schnell, P.** (1985): Fremdenverkehr – Nachfragestruktur. In: Geographisch-landeskundlicher Atlas von Westfalen, Lieferung 2, Doppelblatt 5 mit Erläuterungen. Münster
- Schüttler, A.** (1982): Naturpark Arnsberger Wald – Landschaftsführer des Westfälischen Heimatbundes, 9. Münster
- Stichmann, W.** (1973): Das Sikawild, eine ostasiatische Tierart im Arnsberger Wald. In: Natur- u. Landschaftskunde in Westfalen, 9, S. 17–25
- Stichmann, W.** (1975): Naturschutz im Erholungsgebiet – Planungsbeispiel Naturschutzgebiet Hevearm des Möhnesees. In: **Gorki, H. F.** und **A. Reiche** (Hg.): Festschrift für Wilhelm Dege, S. 103–111. Dortmund
- Stichmann, W.** (1979): Der Möhnensee und sein Umland. Freizeitanspruch und Naturschutz. In: Spieker, 26, S. 101–114. Münster
- Wittmer, G.** (1976): Freizeitwohnungen am Möhnensee. In: Natur- und Landschaftskunde in Westfalen, 12, S. 108–116
- Wolf, K.** und **P. Jurczek** (1986): Geographie der Freizeit und des Tourismus. Uni-Taschenbücher 1381. Stuttgart

# Auswirkungen des Baus der Biggertalsperre auf den Fremdenverkehr im Kreis Olpe unter besonderer Berücksichtigung des Ortsteils Olpe-Sondern

von Stephan Tilke, Siegen

## Vorbemerkung

Im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II in NRW entstand im Jahr 1982 eine schriftliche Hausarbeit mit dem Thema „Voraussetzungen und raumwirksame Folgen des Baus der Biggertalsperre unter besonderer Berücksichtigung des Ortsteils Olpe-Sondern“. Die Arbeit wurde von Prof. Dr. A. MAYR vom Institut für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster betreut. Der folgende Aufsatz beinhaltet eine Zusammenfassung derjenigen Kapitel der Staatsexamensarbeit, die sich mit dem Phänomen des Fremdenverkehrs im Kreis Olpe befassen. An einigen Stellen konnte das Zahlenmaterial durch aktuellere Daten ergänzt werden.

## 1. Einleitung

Am 10. 7. 1956 wurden Vorüberlegungen zum Bau der Biggertalsperre durch die Verabschiedung des Biggertalsperrengesetzes durch den Landtag von NRW zum Abschluß gebracht. Im März 1957 begannen die Bauarbeiten, die 1965 durch den Einstau beendet wurden. Der Stauinhalt umfaßt 150 Millionen m<sup>3</sup>, die gesamte Seeoberfläche beläuft sich bei vollem Becken inklusive der Listertalsperre auf 876 ha. Insgesamt wurden im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens auf einer Fläche von 699,9 ha 2400 Einwohner umgesiedelt. 68,45 km Straßen und Wege mußten geändert werden. Die Trasse der Eisenbahnlinie wurde neu gestaltet.

Der Bau der Biggertalsperre im Sauerland durch den Ruhrtalsperrenverein (RTV) beruhte zunächst im wesentlichen auf wasserwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Grundüberlegungen. Schnell erkannte man aber schon im Rahmen der Vorüberlegungen, daß mit der Talsperre die fremdenverkehrswirtschaftliche Ausgangsbasis deutlich verbessert werden konnte. Die engagierten Befürworter eines intensiven Aufbaus des Touristikgewerbes artikulierten schon im voraus wesentliche Punkte, die beachtet werden sollten:

- Das Zielgebiet unterliegt wirtschaftlichen Risiken, da konjunkturelle Schwankungen das Fremdenverkehrsgewerbe erheblich beeinflussen können.
- Die Hauptausgaben der Gäste entfallen auf Unterkunft, Eintrittsgebühren und auf Dienstleistungen, die nur am Zielort selbst möglich sind.
- Die Ausgabenteile verbleiben im Zielgebiet nicht in voller Höhe, da die Bereitstellung der Fremdenverkehrsleistungen wiederum Vorleistungen erfordert.
- Im Zielgebiet treten Fühlungsvorteile auf, d. h. der Umgang mit Fremden hat für die geistige und kulturelle Entwicklung positive Folgen.
- Es eröffnet sich durch den Fremdenverkehr die Chance, das Gefälle zwischen den Verdichtungsräumen einerseits und den ländlichen Gebieten andererseits abzubauen.
- Der Fremdenverkehr im Zielgebiet bietet der Bevölkerung die Möglichkeit, an ihrem bisherigen Wohnort attraktivere Arbeitsplätze zu finden.

Diese Aufzählung der verschiedenen Argumente, sicherlich unvollständig, zeigt deutlich, daß der Fremdenverkehr eine wichtige Funktion übernehmen kann. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung festzustellen, inwieweit der Bau der Biggetalsperre den Fremdenverkehr im Kreis Olpe geprägt und verändert hat. Im Sinne dieser Aufgabenstellung erscheint es sinnvoll, einen Vergleich zwischen dem Erholungsverkehr vor und nach dem Bau der Talsperre durchzuführen. Veränderungsprozesse sollen durch Analysen der Daten aus den Jahren 1955, 1965, 1979/80 und 1984/85 präzisiert werden.

## 2. Der Fremdenverkehr vor dem Bau der Biggetalsperre

### 2.1 Voraussetzungen

Schon vor dem Bau der Biggetalsperre konnte der Kreis Olpe<sup>1</sup> durchaus als eine Erholungslandschaft mit entsprechendem Fremdenverkehr angesehen werden. Trotz der relativ schlechten klimatischen Voraussetzungen mit Regenmaxima im Dezember, Januar und August<sup>2</sup> wies der Untersuchungsraum auch vor dem Bau der Talsperre eine Reihe positiver Faktoren auf: die ansprechende Landschaft, der geringe Industrialisierungsgrad im größten Teil des Kreises (wenig Lärm, keine Luftverschmutzung etc.), der Abwechslungsreichtum des Reliefs und der Vegetation, die Vielfalt der Erholungsmöglichkeiten, Attraktionen (die Attahöhle bei Attendorn, der Aussichtsturm „Hohe Bracht“ bei Altenhundem, ein Wildgehege in Oberhundem, die Listertalsperre u. a.), sportliche Betätigungsmöglichkeiten, ein ausgeprägtes Wanderwegenetz, die Nähe zu den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr sowie ein gut ausgebautes Verkehrsnetz.

Diese positiven Entwicklungsfaktoren haben dazu geführt, daß dem Fremdenverkehr schon früh ein hoher Stellenwert beigemessen wurde. Man erkannte, daß viele Maßnahmen, Einrichtungen und Annehmlichkeiten, die zum Zwecke der Fremdenverkehrsförderung geschaffen wurden, auch gleichzeitig den einheimischen Bürgern dienen konnten, und daß planmäßig entwickelte Fremdenverkehrsorte vielfach wirt-

schaftlich, sozial und kulturell besser gestellt waren als reine Wohnorte oder Industrieorte gleicher Größe.

Um dem Fremdenverkehr einen vollen Erfolg zu sichern, waren schon damals zwei wichtige Voraussetzungen erkannt worden:

- a) Man muß sich ganz auf den Fremdenverkehr konzentrieren und einstellen, darf ihn nicht nur als Notlösung betrachten und gleichzeitig mit dem Gedanken an eventuelle Ansiedlung von Industrie spielen. Man muß in einem Fremdenverkehrsort auf Umwelt zerstörende und belästigende Betriebe verzichten oder sie so umgestalten, daß die Gäste dadurch nicht gestört werden.
- b) Für den Fremdenverkehr müssen Vorleistungen erbracht werden. Er verlangt nicht nur die technisch erstellbaren Einrichtungen, sondern darüber hinaus auch eine innere Einstellung und ein erhöhtes Engagement der betroffenen Menschen.

### 2.2 Die verschiedenen Fremdenverkehrsarten

Diese Überlegungen und Einstellungen der entsprechenden Gremien führten zu einer Entwicklung des Fremdenverkehrswesens, das vor dem Einstau des Biggesees wie folgt gekennzeichnet werden kann:

1. In den Städten Attendorn und Olpe, aber auch in Drolshagen und Grevenbrück (Abb. 1) überwiegt der **Durchgangsverkehr**. Durchreisende und Kurzbesucher gehören zum mehr oder weniger feststehenden, immer wiederkehrenden Kundenstamm. Die Übernachtungszahlen sind in diesen Orten geringen jahreszeitlichen Schwankungen unterworfen. Der tägliche Wechsel der Gäste und die Hauptbelegung der Häuser an den Wochentagen Montag bis Freitag sind typische Erscheinungsformen des Durchgangsverkehrs.
2. Die am stärksten im Kreis Olpe vertretene Form des Fremdenverkehrs ist der **Erholungsaufenthalt**. Typische Erholungsorte sind Bilstein, Kirchveischede, Oberveischede, Rieflinghausen, Brachthausen, Kirchhundem, Oberhundem und Saalhausen. Die Orte im näheren Biggetalsperrenraum können nicht primär als Erholungsorte angesehen

werden, da es an entsprechenden Infrastruktureinrichtungen mangelt. Das Biggetal wird für eine längere Erholung zu dieser Zeit noch nicht genutzt, was sich wiederum in geringen Übernachtungszahlen ausdrückt. Verschiedene Gemeinden im Kreis (z.B. Rhode) verzichten sogar auf Zahlenangaben, da die Werte als zu gering angesehen werden. In den Orten im östlichen Kreisgebiet mit angemessener Infrastruktur überwiegt die Übernachtung in Privatquartieren und Fremdenpensionen.

3. Der **Ausflugverkehr** konzentriert sich auf die Sehenswürdigkeiten. Die Gäste bleiben nur kurze Zeit und erreichen das Zielgebiet in PKW, Omnibussen und Sonderzügen. Der Ausflugsverkehr drängt sich an den Wochenenden und erfordert eine leistungsfähige Gastronomie.
4. Das weitere Untersuchungsgebiet wird also auch zu einem wesentlichen Teil durch den **Wochenendverkehr** geprägt. Diese Ausflüge mit meist zwei Übernachtungen spielen eine bedeutende Rolle, beinhalten hinsichtlich Kapazitätsbeschränkungen aber auch Probleme.

### 2.3 Gästezahlen und Kapazität

Genau detaillierte Angaben über den Fremdenverkehr im Biggetal sind nur schwerlich zu machen, da das Zahlenmaterial äußerst spärlich ausfällt, was wiederum auf fehlenden Untersuchungen beruht. Interesse und Umfang waren gering. Trotzdem lassen sich die Tendenzen und Tatbestände herausarbeiten. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wurden die Daten von 1954 bis 1965 zunächst analysiert und dann anschließend verglichen. Die Ergebnisse sind der folgenden Zusammenstellung von Karten und Tabellen zu entnehmen (Abb. 2-4, Tab. 1).

Insgesamt sollte man festhalten, daß sich der Fremdenverkehr 1954/55 eindeutig auf die östliche Kreishälfte konzentriert. Die Gemeinden dieses Kreisgebietes wickeln allein 62,6 Prozent des Fremdenverkehrs bei einem Einwohneranteil von 17,7 Prozent und einem Flächenanteil von 22,3 Prozent ab. In den Städten Attendorn und Olpe überwiegt der Durchgangsverkehr. Acht

Gemeinden verzichten wegen zu geringer Bedeutung auf eine Gästestatistik.

Im Jahr 1965 hatte sich die Situation kaum geändert. Die vier östlichen Fremdenverkehrsgemeinden sind weiterhin dominierend. Die Gemeinden Saalhausen und Attendorn-Land stellen Expansionsgebiete dar. Dies ist in Saalhausen in erster Linie auf ein wesentlich erhöhtes Bettenangebot zurückzuführen; in Attendorn-Land basiert die Steigerung zum einen auf den Arbeitern, die am Bau der Biggetalsperre teilnehmen und Übernachtungsquartiere suchen müssen, zum anderen aber auch schon auf Gästen, die die Entstehung der Talsperre verfolgen wollen. Der Biggensee war also auch schon im Bauzustand eine gewisse Attraktion. Die hohen Übernachtungszahlen in diesem Gebiet im Winter belegen diese Vermutung.

Resümierend muß für den Zeitraum von 1954 – 1965 festgehalten werden, daß die Übernachtungszahlen einer gewissen Stagnation unterliegen und daß starke saisonale Schwankungen zu verzeichnen sind. HUND (1965) weist aber bei seiner Analyse die Situation darauf hin, daß Ansätze und Entwicklungsmöglichkeiten durchaus gegeben seien. Er erkennt den hohen potentiellen Wert der Landschaft und setzt große Hoffnungen auf den Bau der Biggetalsperre.

## 3. Der Fremdenverkehr nach dem Bau der Biggetalsperre

### 3.1 Ortsanalyse des Talsperrengebietes

Bei der Ortsanalyse unterscheidet man zwischen naturgeographischen und kulturgeographischen Faktoren (vgl. JÜLG 1965, S. 56–67). Die naturgeographischen Aspekte haben sich gegenüber 1965 dahingehend geändert, daß die Biggetalsperre als großes Gewässer einen deutlichen Anziehungspunkt für die Besucher darstellt. AFFELD, KLEIN, PEITHMANN und TUROWSKI (1973, S. 222–231) weisen darauf hin, daß „Natur/Sport/Vergnügen“ und „Natur- und Landschaftserleben“ als zwei von fünf Freizeitfunktionen insgesamt einen Bedeutungsanteil von 57,8 Prozent ausmachen. Innerhalb dieser beiden Bereiche nimmt das Element „Wasser“ mit 22,4 Prozent eine deutliche Vormachtstellung ein. Die Biggetalsperre

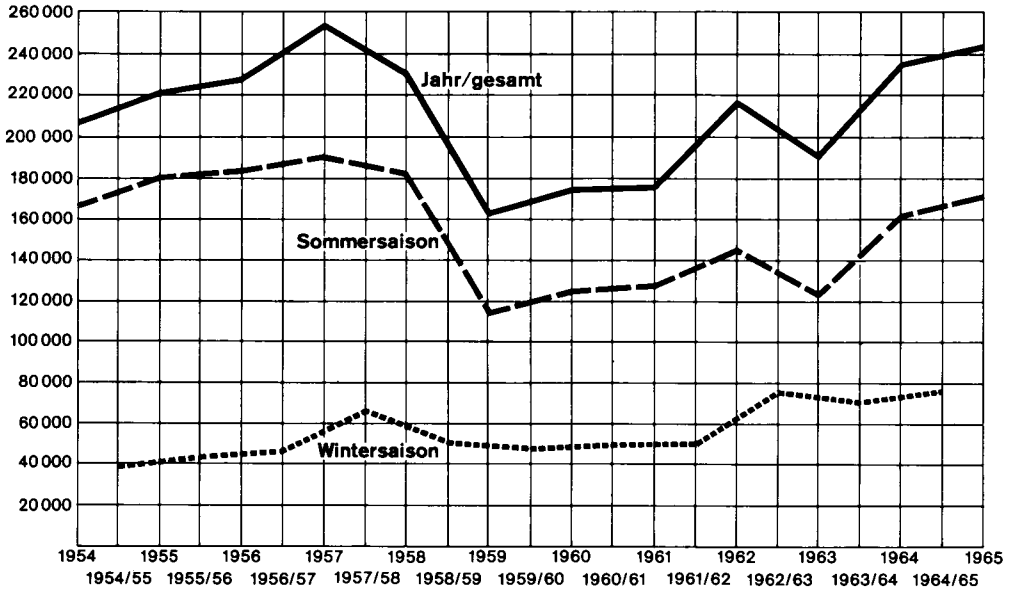


Abb. 1: Entwicklung der Übernachtungszahlen im Kreis Olpe 1954 – 1965

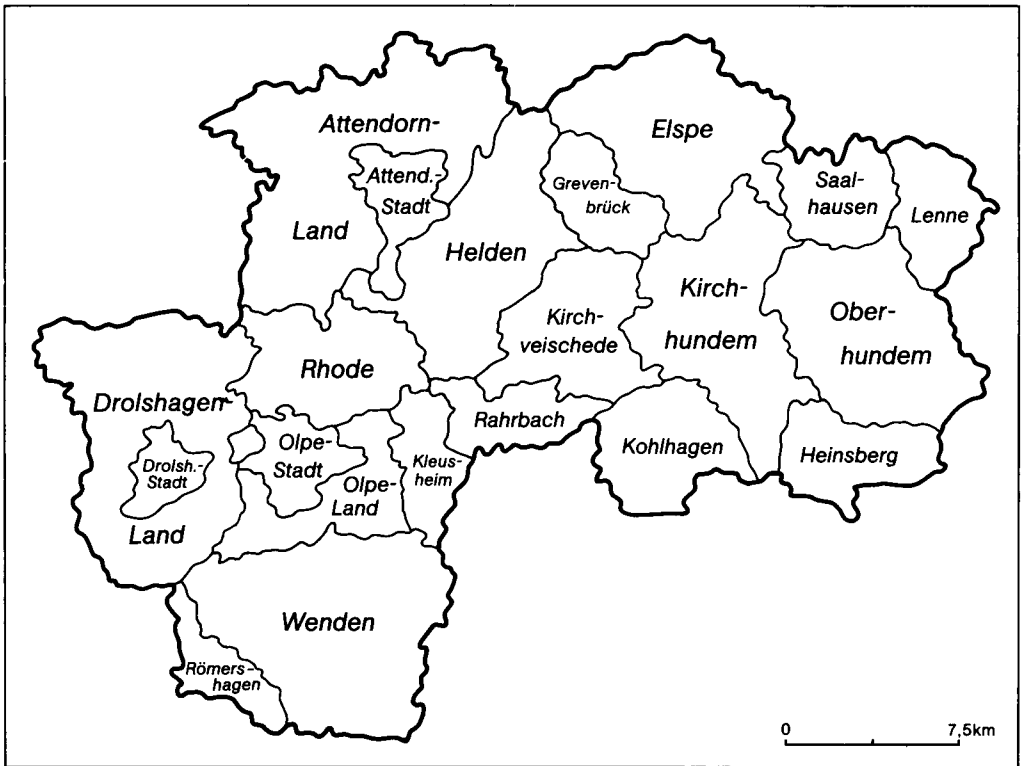


Abb. 2: Gemeinden im Kreis Olpe vor 1969



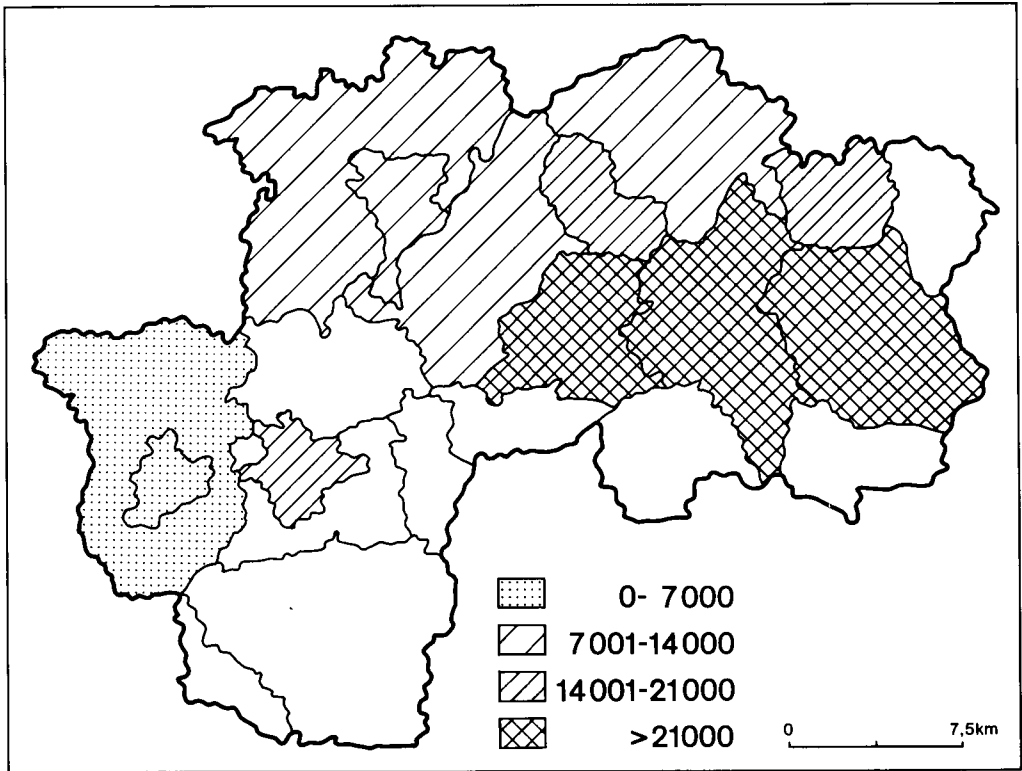


Abb. 3: Übernachtungen im Kreis Olpe 1954/55

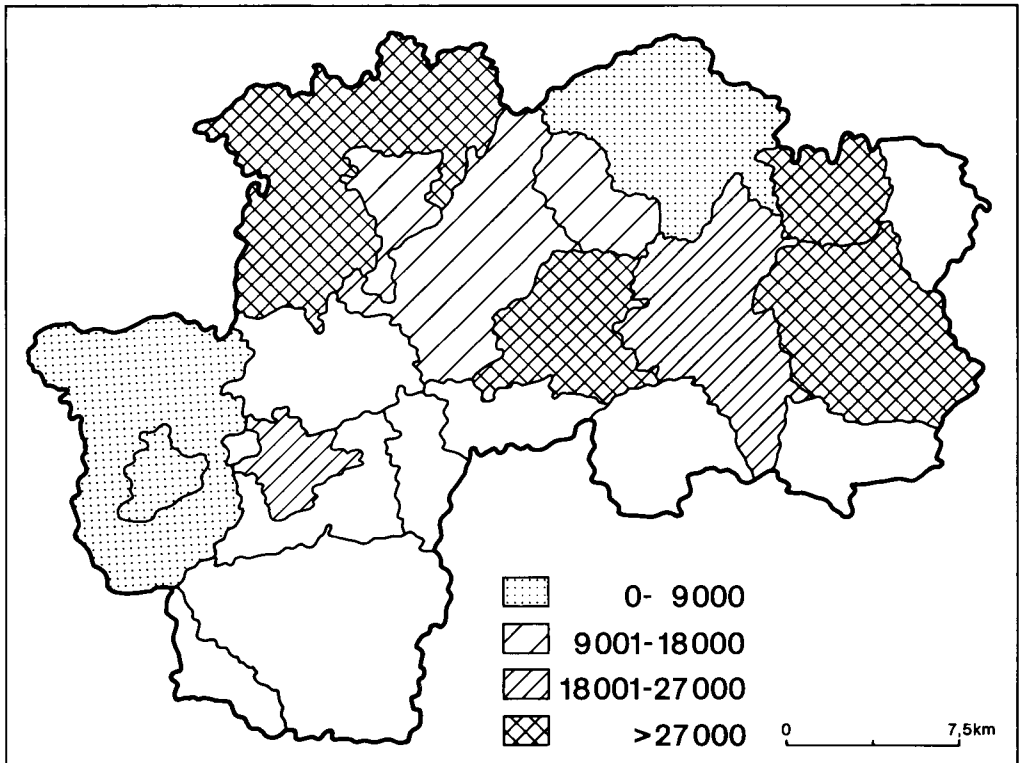


Abb. 4: Übernachtungen im Kreis Olpe 1964/65

konnte also die Bedeutung und die Attraktivität des Untersuchungsraumes durchaus steigern.

Um den hohen Freizeitwert einer Talsperre mit einer waldreichen Umgebung auszunutzen und um dem Erholungsbedürfnis der Menschen entgegenzukommen, wurde der Biggensee zu einer Erholungslandschaft umgestaltet. Die günstige Lage zu den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr und die verkehrsgünstige Anbindung durch die Autobahn A 45 verstärkten die Bemühungen. Das fremdenverkehrswirtschaftliche Potential soll im folgenden beschrieben werden. Die benutzten Daten basieren auf Angaben der Biggensee GmbH oder auf eigenen Recherchen.

#### Campingplätze

Die Verteilung und die Zahl der Erholungsanlagen wurde schon frühzeitig festgelegt: Während im Norden und Osten weitläufige Wälder dem Wanderer und Spaziergänger dienen sollten, hatte sich der Schwerpunkt des Erholungsverkehrs im Bereich „Camping und Baden“ im südlicheren Teil zu konzentrieren. Dieser Konzeption entsprechend erstellte man im engeren Biggetalsperrenraum vier Campingplätze: Sondern, Kirchesohl, Kessenhammer und Waldenburger Bucht.

Diese Plätze entsprachen modernsten Anforderungen und konnten in entsprechenden Wettbewerben mehrere Preise entgegennehmen. Es stehen insgesamt 376 Wohnwagenplätze und 392 Zeltplätze zur Verfüg-

ung. Die sanitären Anlagen umfassen 156 Waschtische, 96 WC und 58 Duschen. Den dringenden Bitten nach der Vermietung von Dauerstellplätzen für Wohnwagen wurde in Sondern und Kirchesohl entsprochen.

#### Freibäder

Zu den Campingplätzen am Biggensee gehören jeweils weitläufige Freibäder mit insgesamt 9500 Liegeplätzen. An der Listertalsperre verzichtete man auf den Badebetrieb, da das Wasser zu Trinkwasserzwecken genutzt wird. Anzumerken bleibt, daß durch den Bau des Hallenfreibades am Nordrand von Olpe eine Auslastung des Freibades in Kirchesohl in unmittelbarer Nähe nicht mehr gewährleistet werden konnte. Aus diesem Grunde wurde das Freibad im Jahre 1978 geschlossen.

#### Bootsverleih

An der Biggetalsperre gibt es drei Bootsverleihstellen. Diese befinden sich in Olpe, Sondern und am Biggehauptdamm in der Nähe von Neu-Listernohl. Ein Bootshaus ist in allen drei Fällen vorhanden.

#### Jugendherberge

Dem Besucherstrom mußte als Übernachtungsmöglichkeit neben Hotels und Pensionen auch eine Jugendherberge am See angeboten werden. Man entschloß sich, diese Einrichtung nicht am belebten Westufer sondern, entsprechend den Hauptwander Routen, am ruhigen Ostufer zu errichten. Der Standort in Stade im Südosten hat neben seiner landschaftlich schönen Lage

**Tabelle 1 Fremdenverkehr 1954 – 1965 im Vergleich**

Gemeinde	Betten	Übernachtungen insgesamt	Übernachtungen Sommer	Übernachtungen Winter	Übernachtungen pro Bewohner
Attendorn Stadt	+ 9	+ 3641	+ 4481	- 840	+ 0,03
Attendorn Land	- 23	+22399	+13156	+ 9243	+ 2,29
Drolshagen Stadt	- 18	- 3063	- 3282	+ 219	- 1,52
Drolshagen Land	+ 43	+ 4196	+ 3653	+ 543	+ 0,68
Elspe	- 36	- 5092	- 5236	+ 144	- 0,52
Grevenbrück	+ 17	- 1233	- 3055	+ 1822	- 0,45
Helden	+ 7	+ 2881	+ 3270	- 389	+ 0,68
Kirchhündem	+256	- 4097	- 8394	+ 4297	- 0,46
Kirchveischede	+ 82	- 5697	- 4774	- 923	- 3,44
Oberhundem	+ 20	+ 6550	- 4508	+11058	+ 0,51
Olpe Stadt	+ 8	+ 1067	+ 895	+ 172	- 0,26
Saalhausen	+ 57	+13452	+ 5507	+ 7945	+ 8,32
Kreis Olpe	+422	+35004	+ 1713	+33291	+ 0,04

auch den Vorteil, daß eine direkte Wegverbindung zum Eisenbahnhaltepunkt Eichhagen und zur Bootsanlegestelle der Biggeseeschiffahrt besteht. Die Jugendherberge verfügt über 237 Betten.

#### Yachthäfen

An den Ufern der Biggetalsperren wurden drei Yachthäfen errichtet: Der Wassersportverein Biggensee und der Aggertaler Segelclub bauten ihr Clubhaus an der Sonderner Talbrücke, der Yachtclub Lister errichtete seinen Platz an der Listertalbrücke, und der Yacht- und Ruderclub Attendorn wählte als Standort die Waldenburger Bucht.

#### Sportanlagen

Entsprechend dem Bedürfnis nach Ausgleich und sportlicher Betätigung mußte die Biggensee GmbH dem Besucher die Möglichkeit bieten, diverse Sportarten im näheren Biggeseeraum ausüben zu können. Mit privater Initiative oder Gemeindeunterstützung konnte im Laufe der Zeit das Angebot erheblich gesteigert werden. So findet man u. a. zwei Tennisplätze an der Waldenburger Bucht, deren Bau, Unterhalt und Verwaltung die Biggensee GmbH selbst übernommen hat und die ausschließlich den Gästen zur Verfügung stehen, des weiteren eine Minigolfanlage in Sondern (neben zusätzlichen Anlagen im weiteren Umkreis), eine Sternolfanlage in Neu-Listernohl und eine Tennishalle, eine Reithalle sowie einen Flugplatz im Umkreis von 10 km. Öffentliche und private Hallenbäder zwischen Olpe und Attendorn ergänzen das sportliche Spektrum.

#### Kioske

Die Kioske, die der kurzfristigen Verpflegung der Besucher Rechnung tragen, findet man hauptsächlich an den Durchgangsstraßen.

#### Wanderwege

Für die Besucher des Biggeraumes mußte die Möglichkeit angestrebt werden, ein weitläufiges Wanderwegenetz benutzen zu können. Der Sauerländische Gebirgsverein (SGV), die örtlichen SGV-Abteilungen und der Zweckverband „Naturpark Ebbegebirge“ haben für ein dichtes Wegenetz von Hauptwanderstrecken, von Nebenwanderstrecken und Rundwanderwegen gesorgt. Die Hauptwanderstrecke um den Biggensee

herum ist asphaltiert und darf auch mit Fahrrädern befahren werden. Das Wanderwegenetz ist insgesamt als gut erschlossen und auch als ausreichend anzusehen. Ein Reitwegenetz im engeren Biggetalsperrenraum existiert noch nicht, ist aber im Umkreis vorhanden.

#### Biggeseeschiffahrt

Neben Bootsverleih und Freibädern wird die Wasserfläche auch durch die Personenschiffahrt touristisch genutzt. Sie begann 1967 mit einem Schiff mit 300 Plätzen. Die hohe Nachfrage machte im folgenden Jahr einen Schiffszukauf notwendig, so daß 1968 insgesamt 600 Personen pro Fahrt befördert werden konnten. Seit 1969 verfügt man über vier Schiffe mit einem Beförderungsvolumen von 1500 Personen. Man konnte im Zuge der Expansion auch die Zahl der Anlegestellen auf 7 erhöhen. Auf dem Olper Vorbecken verkehrt wegen der tiefer liegenden Eisenbahnbrücken ein Grachtenboot, das die Ausflügler von Olpe nach Eichhagen bringt, wo sie dann in eines der größeren Schiffe umsteigen können.

Der Großraum Biggetalsperre verfügt über eine weitgehende Infrastruktur, die die Freizeitbereiche großzügig abdeckt. Neben den bisher aufgeführten Punkten sei hier noch auf folgende Elemente hingewiesen: ein gut ausgebautes Straßennetz, ein Schienenwegenetz, ausreichende Parkmöglichkeiten, Sondersportanlagen, Hotels, Gasthöfe, Privatpensionen, Restaurants, Tanzlokale/Diskotheiken, Souvenirläden, historische Einzelbauwerke (z. B. Burg Schnellenberg in Attendorn), touristische Attraktionen (z. B. Attahöhle), Kreisheimatmuseum und Sporthallen/Sportplätze.

#### 3.2 Eine Marktanalyse des Talsperrengebietes

1965 wurden im Kreis Olpe insgesamt 241952 Übernachtungen verzeichnet (vgl. Abb 4.). Das Schwergewicht lag auf dem östlichen Teil des Kreises mit einem Übernachtungsanteil von 65 Prozent. 1980 hatte sich die Situation wesentlich verändert. Ein direkter Vergleich auf Gemeindebasis zwischen dem heutigen Zustand und der Situation vor dem Bau der Biggetalsperre erweist sich allerdings als schwierig, da inzwischen

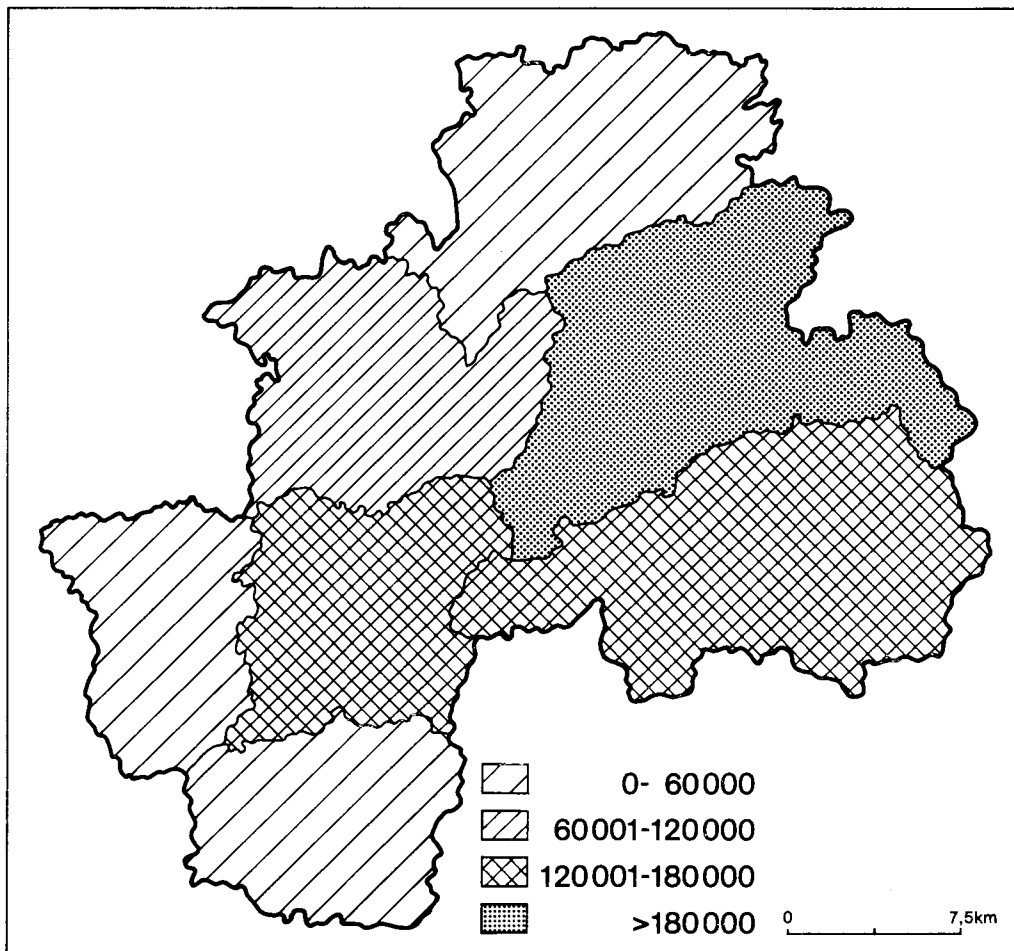


Abb. 5: Übernachtungen im Kreis Olpe 1979/80

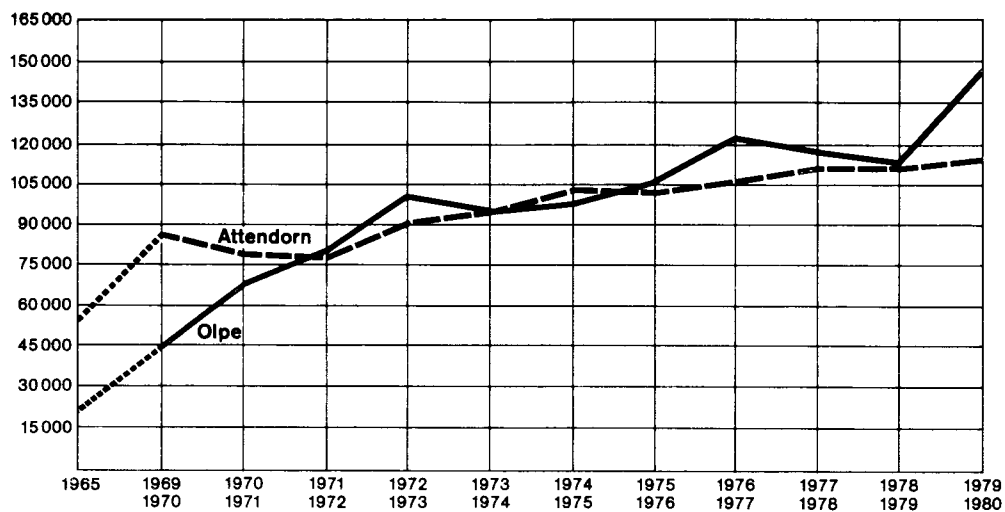


Abb. 6: Entwicklung der Übernachtungszahlen in Attendorn und Olpe 1969 – 1980

**Tabelle 2 Die Übernachtungssituation im Kreis Olpe 1980**

Gemeinde	Bettenzahl	Übernachtungen insgesamt	Übernachtungen Winter 1979/80	% der Gesamtübernachtungen	Übernachtungen Sommer 1980	% der Gesamtübernachtungen
Kirchhundem	1 719	179 356	63 748	35,5	115 608	64,5
Lennestadt	2 323	193 902	61 563	31,7	132 339	68,3
Finnentrop	725	35 599	8 040	22,6	27 559	77,4
Attendorn	969	113 616	33 908	29,8	79 708	70,2
Olpe	1 032	146 207	49 885	34,1	96 322	65,9
Wenden	288	18 670	6 706	35,9	11 964	64,1
Drolshagen	538	40 083	14 839	37,2	25 190	62,8
Kreis Olpe	7 594	727 433	238 743	32,8	488 690	67,2

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (Hrsg.), Fremdenverkehr, 1980 (Düsseldorf 1981)

**Tabelle 3 Fremdenverkehr Stadt Attendorn 1969 – 1980**

Saison	Übernachtungen insgesamt	Übernachtungen Sommer	Übernachtungen Winter	Bettenzahl	Bettenausnutzung
1969/70	88 372	66 055	22 317	746	24,9
1970/71	77 602	56 074	21 528	760	26,7
1971/72	77 135	56 128	21 007	854	27,2
1972/73	90 876	66 188	24 688	834	32,0
1973/74	95 125	72 683	22 442	979	34,3
1974/75	101 724	76 095	25 629	878	31,2
1975/76	101 905	77 700	24 205	863	31,4
1976/77	104 553	78 212	26 341	853	33,0
1977/78	109 731	78 151	31 580	846	36,0
1978/79	110 215	79 780	30 435	987	35,5
1979/80	113 616	79 708	33 908	969	

Quelle: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden

**Tabelle 4 Fremdenverkehr Stadt Olpe 1969 – 1980**

Saison	Übernachtungen insges.	Übernachtungen Sommer	Übernachtungen Winter	Bettenzahl	Bettenausnutzung
1969/70	44 249	33 006	11 243	463	27,5
1970/71	67 283	52 883	14 400	652	30,6
1971/72	79 425	57 550	21 875	813	24,2
1972/73	99 926	70 413	29 513	1 016	20,0
1973/74	95 286	68 951	26 338	769	28,8
1974/75	97 046	67 964	29 082	814	26,2
1975/76	105 890	74 647	31 243	898	26,5
1976/77	121 049	86 026	35 023	880	33,1
1977/78	117 859	76 957	40 902	981	27,8
1978/79	112 276	76 952	35 324	974	27,2
1979/80	146 207	96 322	49 885	1 032	

Quelle: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden

im Kreis Olpe eine kommunale Neugliederung durchgeführt wurde. Deshalb müssen die Gemeinden Kirchhundem und Lenne-stadt zum östlichen Kreisgebiet zusammengefaßt werden, während Drolshagen, Wenden und Finnentrop die anderen Eckpfeiler des Kreises bilden. Der Biggetalsperrenraum wird von den Gemeinden Olpe und Attendorn abgedeckt.

Der Anteil der östlichen Kreishälfte ist bis 1980 auf 51,3 Prozent abgefallen. Von den restlichen 48,7 Prozent entfallen 35,7 Prozent auf die Bereiche Attendorn und Olpe. Drolshagen, Finnentrop und Wenden wickeln also lediglich 13,0 Prozent des Fremdenverkehrs im Kreis Olpe ab. Damit bleibt festzuhalten, daß der Biggetalsperrenraum (Gemeinden Attendorn-Stadt und -Land, Olpe-Stadt und Wenden) die Übernachtungszahlen von 74965 (=27,6 Prozent) im Jahr 1965 auf 259823 (= 35,7 Prozent) im Jahr 1980 steigern konnte. Der Anstieg liegt damit bei 347 Prozent. Die Gemeinden des östlichen Kreisgebietes mit Zahlen von 156778 (= 65 Prozent) und 373258 (= 51,3 Prozent) verzeichnen eine Steigerung von 238 Prozent. Der Schwerpunkt der Übernachtungen liegt eindeutig in der Sommersaison mit einem Durchschnittsanteil von 67,2 Prozent. Dabei zeigt sich, daß mit den steigenden Gästezahlen der erhöhte Durchgangsverkehr in Attendorn und Olpe an Bedeutung verlor.

Die Bettenzahlen verdreifachten sich innerhalb der letzten 15 Jahre. Der Bereich um die Biggetalsperre verzeichnet 714 Betten im Jahr 1965 gegenüber 2001 Betten im Jahr 1980. Insgesamt standen 1980 im Kreis Olpe 7594 Fremdenbetten zur Verfügung. Die Betten verteilen sich in den Gemeinden sehr unterschiedlich auf die einzelnen Beherbergungsbetriebe. Die Fremdenbetten in Gasthöfen und Pensionen konzentrieren sich auf die östliche Kreishälfte. Im Biggetalsperrenraum liegt zum einen der Schwerpunkt auf den Hotels in den Zentren der Städte und zum anderen auf den Privatquartieren in den kleineren Orten am Biggensee. Der Ort Rhode an der Biggetalsperre verzeichnet einen erhöhten Anteil an Ferienwohnungen, obwohl der Anteil von 15,2 Prozent deutlich hinter dem restlichen Kreisgebiet zurückbleibt.

Untersucht man die Übernachtungen, die Bettenausnutzung und die Aufenthaltsdauer während des Jahres 1980, ergeben sich folgende bemerkenswerte Punkte (vgl. Abb. 5 und 6 und Tab. 2-4):

- a) Die höchsten Zahlen werden im gesamten Kreisgebiet in den Monaten Mai bis September registriert.
- b) Die Beherbergungsbetriebe sind in den Monaten Februar, Oktober und November deutlich unterbelegt.
- c) Lediglich in Attendorn und Olpe wird im Laufe eines Jahres eine Bettenausnutzung von über 51 Prozent erreicht.
- d) Die Übernachtungsdauer liegt im östlichen Kreisgebiet erheblich über den Angaben im Biggeraum. Nur die Gemeinde Kirchhundem überschreitet die 7-Tage-Grenze. Im engeren Untersuchungsgebiet überwiegt der Kurzurlaub.
- e) Die Entwicklung der Übernachtungszahlen in den Städten Olpe und Attendorn verläuft einheitlich positiv. Dabei ist allerdings anzumerken, daß die Progression in Attendorn kontinuierlicher verläuft, während in Olpe die Zuwachsraten ständig wechseln.

Weiterführende Angaben sind der Staatsexamensarbeit d. Verf. zu entnehmen.

Zu der Attraktivitätssteigerung des Biggetalsperrenraumes tragen ohne Zweifel die vier Erholungsanlagen mit den Campingplätzen an der Biggetalsperre bei. Ein Vergleich der Gästezahlen zeigt, daß auch in diesem Bereich eine steigende Tendenz festzustellen ist. Von 1970 mit drei Erholungsanlagen bis 1979 mit vier Anlagen wuchs die Zahl von 61100 Übernachtungen um 113130 auf 174230. Die meisten Camper stammen aus Nordrhein-Westfalen, obwohl ihr Anteil von 56,3 Prozent aus dem Jahre 1968 auf 49,2 Prozent im Jahr 1979 sank. Die Gästeübernachtungen aus den Niederlanden stiegen im gleichen Zeitraum von 24,9 Prozent auf 40,7 Prozent. Hier zeigen sich ähnliche Tendenzen wie bei den Beherbergungsbetrieben. Eine deutliche Vormachtstellung haben die Gebiete in Waldenburg bei Attendorn und Kessenhammer. Sie konnten im Laufe der Zeit ihren Übernachtungsanteil auf insgesamt 71,3 Prozent steigern. Die Anlage in Sondern nimmt seit

1973 keine Tagesgäste mehr auf und bleibt damit den Dauercampern überlassen. Die Region um Kirchesohl leidet ohne Zweifel an der Schließung des Freibades und büßte damit an Attraktivität ein. Die Zahl der Dauercamper fiel rapide. Allerdings hat diese Erholungsanlage wegen ihrer verkehrsgünstigen Lage an der B54 und B55 weiterhin eine enorme Bedeutung für die Tagesgäste.

Die Zahl der Besucher in den Freibädern am Biggensee variiert mit den jeweiligen Wetterverhältnissen der entsprechenden Jahre. So konnten 1976 und 1975 Maximalwerte von 112090 bzw. 102900 erreicht werden. Diese Zahlen korrespondieren mit etwa 26000 Vermietungen von Tret- und Ruderbooten. Eine weitere Attraktion auf dem Biggensee stellt die schon erwähnte Schifffahrt dar. Die Zahl der beförderten Personen konnte innerhalb von 10 Jahren von 70000 auf 300000 gesteigert werden.

#### 4. Ortsteil Olpe-Sondern

Sondern lag ursprünglich im heute überfluteten Biggetal. Erste Erwähnung fand der Ort im Jahr 1570. 1946 konnten 201 Personen gezählt werden. Die Lage an der Eisenbahnlinie, an einer Biggebrücke und an der Hauptverkehrsstraße machte Sondern zu einem Verkehrsknotenpunkt im Biggetal. Die Absicht des Baus der Biggetalsperre führte schon vor dem Zweiten Weltkrieg zu einem Baustopp. Die Umsiedlungsaktionen begannen 1957 und wurden 1965 abgeschlossen. Den Wünschen der Bevölkerung wurde weitgehend entsprochen; die Bauernhöfe mußten allerdings ausgesiedelt werden.

Heute liegt Sondern an der Westseite der Biggetalsperre, etwa 5 km entfernt von Olpe und 10 km von Attendorn. Die Ortschaft wird von der Biggetalsperre auf der einen Seite und der Landstraße 563 auf der anderen Seite eingeschlossen. Die Straße zieht sich halbkreisförmig um das Dorf herum. Bedingt durch die Hanglage des Ortes liegt die Trasse der Landstraße mehrere Meter über den Häusern. Eine dichte Hecke und Baumbewuchs dienen als Trennung und Lärmschutz.

Die verkehrsgünstige Lage an der L 563 und der Eisenbahnstrecke Finnentrop–Attendorn–Olpe, ebenso wie die direkte Lage an der Biggetalsperre prädestinierten Sondern von Beginn an als Fremdenverkehrsort. Durch eine gezielte Infrastruktur konnte diese Vorgabe direkt in die Tat umgesetzt werden. Insgesamt verfügt Sondern als Sommererholungsort mit wetterabhängigen Einrichtungen nach KIEMSTEDT 1975 über folgende Elemente der fremdenverkehrswirtschaftlichen Infrastruktur: Campingplatz, Freibad, Anlegestelle der Schifffahrtslinie, Bootsverleihstelle, Bahnhof mit Ausweich- und Abstellgleis, Restaurants, Gasthöfe, Privatpensionen, Ferienwohnungen, Cafés, Kiosk, Lebensmittelgeschäft, Anglergeschäft, Mehrzweckhalle (Dorfgemeinschaftshalle), Minigolfanlage, Schachbrettanlage, Sparkasse, weiträumiger Parkraum, Kirche und Kapelle.

Diese Infrastruktur, das gepflegte Ortsbild, die einheitlich relativ neuen Häuser und die verkehrsgünstige, aber trotzdem ruhige Lage (bedingt durch die Ortsumgehungsstraße) schaffen eine solide Basis für den Fremdenverkehr. Neben einem großen Anteil an Tagesgästen versuchte man durch eine ausreichende Bettenkapazität, die Urlauber auch für eine längere Zeit an den Ort zu binden. Dazu gehörte aber ein erhöhtes Engagement der Ortsbevölkerung. Die guten Nebenverdienstmöglichkeiten wurden von den Einwohnern schnell erkannt, und sie bedingten demzufolge deren relativ hohe Beteiligung im Fremdenverkehrsgewerbe.

Im Rahmen der Staatsexamensarbeit wurde vom Verf. eine empirische Untersuchung durchgeführt.<sup>3</sup> Die hohe Rücklaufquote der Fragebögen von über 77% der Haushalte ließ allgemeine Schlüsse zu, die hier noch einmal kurz referiert werden sollen, sofern sie den Aspekt des Fremdenverkehrs betreffen.

Von den befragten Eigenheimbesitzern hatten sich 1981 insgesamt 40% für eine Übernahme von Gästen entschieden. Man verfügte über eine Bettenkapazität von 106 Einheiten, die sich auf 9 Einzelzimmer, 44 Doppelzimmer und 3 Mehrbettzimmer verteilten. Der Vermietungsbeginn lag zeitlich

sehr unterschiedlich; während 10 Betriebe kurz nach der Dorfgründung schon Gäste aufnahmen, begann der Fremdenverkehr für 8 Familien erst in den 70er Jahren.

Wie schon erwähnt, konzentriert sich die Hauptbelegung an der Biggetalsperre auf den Sommer. Dieser Tatsache haben die Vermieter Rechnung getragen. 39,8% der Fremdenpensionen öffnen ihre Pforten ausschließlich im Sommer. Diese Betriebe verfügen allerdings nur über sehr geringe Bettenzahlen, so daß im Winter immerhin noch 75 Fremdenbetten belegt werden können. Das Preisgefüge ist nicht einheitlich strukturiert, sondern entsprechend der Verteilung von privaten und Fremdenpensionen und Gasthöfen breit gefächert. So bietet sich auf Grund der vorgegebenen Einteilung für eine Übernachtung im Doppelzimmer pro Person 1981 folgendes Bild: bis 10 DM 0%, 11 – 15 DM 44,4%, 16 – 20 DM 38,9%, 21 – 25 DM 11,1% und mehr als 25 DM 5,6%.

Der Fremdenverkehr dient in erster Linie dem Nebenerwerb. Nur in drei Fällen sind die Einnahmen aus den Übernachtungen als Haupterwerbsquelle anzusehen, gekoppelt aber jeweils mit einer Gastwirtschaft. Dieser Tatbestand drückt sich auch in der Vermietungsart aus: Alle Betriebe bieten Übernachtungen mit Frühstück, jedoch nur 22,2% der Betriebe Halb-/Vollpension.

Daß sich die Vermieter für den Fremdenverkehr engagieren, nichts dem Zufall überlassen und nicht auf die Gäste warten, sondern um sie werben, zeigt die Beantwortung einer weiteren Frage recht deutlich. Der Verbindungspunkt zwischen Gast und Vermieter stellt sich folgendermaßen dar: 77,8 Prozent werden vom eigens gegründeten Verkehrsverein betreut, 5,6 Prozent werben über Zeitungsanzeigen und 94,4 Prozent gelangen durch persönliche Vorsprache zu den Gästen. Dieses Ergebnis zeigt deutlich, daß der Verkehrsverein eine wichtige Funktion im Dorf ausübt. Die von den Bürgern im Ortszentrum aufgestellte Belegtafel gibt dem Gast eine entscheidende Hilfe bei der Suche nach einer Unterkunft.

Wie schon erwähnt, kommen die meisten Urlauber aus NRW und den Niederlanden.

Die Auswertung des Fragebogens zeigt, daß Sondern in erster Linie als Aufenthaltsort für Bewohner des weiteren Umlandes im Radius von etwa 150 km angesehen werden kann. Dazu kommen die Niederländer, die das Sauerland als Urlaubsgebiet ohnehin präferieren. Die Urlaubsdauer wird von 83,3 Prozent der Gastgeber in den Zeitraum von 8 – 14 Tagen gelegt. Dieses Ergebnis zeigt, daß Sondern weniger für den Wochenendverkehr genutzt wird. Dieses liegt aber auch wiederum an der Tatsache, daß sich nur wenige Vermieter dazu bereit erklären, ihre Zimmer für eine Dauer von weniger als 7 Tagen zu vermieten.

## 5. Neuere Entwicklungstendenzen

Ein Vergleich der vorgelegten Zahlen mit Angaben aus den letzten Jahren ist insofern problematisch, als seit dem 1. 1. 1981 nur noch Betriebe in die Fremdenverkehrsstatistiken aufgenommen werden, die über 9 und mehr Fremdenbetten verfügen. Unter Beachtung dieser Prämisse lassen sich zwei Trends erkennen. Der enorme Anstieg der Gästeübernachtungen im Kreis Olpe konnte sich nicht weiter fortsetzen. Die Zahlen von 1980 wurden noch einmal im Jahr 1984 erreicht, liegen aber ansonsten stets knapp darunter. Dagegen muß aber festgestellt werden, daß der beobachtete Trend der Verlagerung des Fremdenverkehrs in den Biggetalsperreraum weiterhin anhält. Die Städte Olpe und Attendorn konnten ihren Anteil von 35,7 Prozent (1979/80) noch weiter auf 43,1 Prozent (1984/85) steigern. Der Negativtrend in den Gästezahlen des östlichen Kreisgebietes hält mit nunmehr 46,1 Prozent gegenüber 51,3 Prozent an. Eine Analyse auf Gemeindebasis zeigt, daß vor allem die Gemeinde Kirchhundem deutliche Verluste zu verzeichnen hat. Demgegenüber liegen seit 1978/79 die Zuwachsraten in der Stadt Olpe weit über dem Durchschnitt.

Für Olpe-S o n d e r n gilt, daß sich die Angebotssituation hier kaum geändert hat, wie neueste Daten zeigen (Angebotsprospekt Südsauerland). Es stehen insgesamt 107 Fremdenbetten zur Verfügung, wobei allerdings eine Konzentration stattgefunden hat.



Während im Rahmen der Befragung von 1980 noch 30 Familien Übernachtungsmöglichkeiten für Gäste bereithielten, hat sich

die Zahl bis 1987 auf 14 Betriebe reduziert. Diese haben aber ihre Bettenkapazität deutlich erhöht.

### Anmerkungen

- 1) Ich beziehe mich auf diese räumliche Einheit, da kleinräumigere Untersuchungen und entsprechende Zahlen nicht vorliegen.
- 2) Genaue Zahlenangaben findet man bei W. LUCK 1981 und in der Fremdenverkehrsdatei NRW, Statistisches Landesamt (Hg.), S. 42 f., Düsseldorf 1978.
- 3) Der Fragebogen gliederte sich in 3 Teile. Im ersten Teil (Fragen 1 – 7) interessierte vor allem die Um-

siedlungsaktion, ihre Auswirkung auf die Bevölkerung und die Einstellung zur neuen Heimat; im zweiten Teil (Fragen 8 – 18) wurde die Problematik des Fremdenverkehrs erarbeitet; der dritte Teil stellte eine Verbindung zwischen Sozialstruktur auf der einen Seite und Umsiedlung/Fremdenverkehr auf der anderen Seite her, außerdem interessierte die Stellung des Ortes zwischen den beiden Zentren Olpe und Attendorn.

### LITERATUR

**Affeld, D., R. Klein, O. Peithmann u. G. Turowski** (1973): Ein Ansatz zu regional und funktional differenzierter Freizeitplanung. In: Raumforschung und Raumordnung, 31. Jg., S. 222-231

**Becker, G.** (1966): Die Biggetalsperre im Südsauerland. In: Zeitschr. f. Wirtschaftsgeographie, 10. Jg., S. 1-8

**Bergander, H. E.** (1976): Erhebliche Anstrengungen – Entwicklungsperspektiven und Planung im Kreis Olpe. In: Wirtschaft und Standort, H. 11, S. 7-8

**Bergmann, T., P. Menne, T. Schmitz u. F. Westermann** (1964): Heimat an Bigge und Bieke. Olpe. Biggetalsperre – ein neues Landschaftsbild. In: Unser Heimatland, 31. Jg., S. 82-83. Siegen  
Deutscher Städtetag (Hg.): Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden. Köln 1971-1980

**Geigant, F.** (1973): Die Standorte des Fremdenverkehrs. Eine sozioökonomische Studie über die Bedingungen und Formen der räumlichen Entfaltung des Fremdenverkehrs. München (= Schriftenr. d. Deutschen Wirtschaftlichen Instituts f. Fremdenverkehr a. d. Universität München, H. 17)

**Hundt, T.** (1967): Die Biggetalsperre – ein künftiges Erholungsgebiet. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe, 20. Jg., S. 68-75

**Hundt, T.** (1970): Kommunale Neugliederung im Kreis Olpe. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe, Sonderdr. 77. Folge

**Hunziker, W. u. W. Krapf** (1942): Grundriß der allgemeinen Fremdenverkehrslehre. Zürich

**Isbary, G.** (1959): Besprechung des Raumordnungsplanes „Biggetalsperre“. In: Informationen des Instituts für Raumforschung, 9. Jg., H. 22, S. 524-526

**Jülg, F.** (1965): Praktische Hinweise für wissenschaftliche Arbeiten in der Fremdenverkehrsgeographie. In: H. Baumgartner (Hg.): Festschrift L. G. Scheidl zum 60. Geburtstag, S. 56-67. Wien

**Kiemstedt, H.** (1975): Landschaftsbewertung für die Erholung im Sauerland. Schriftenr. Landes- und Stadtentwicklungsforschung d. Landes Nordrhein-Westfalen, Textband 1.008/I u. Kartenband 1.008/II. Dortmund

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hg.): Der Fremdenverkehr in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1976-1980

Landkreis Olpe (Hg.): Statistisches Jahrbuch für den Landkreis Olpe. Olpe 1955-1966

**Luck, W.** (1981): Geographie des Freizeitverhaltens. Paderborn

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Der Bau der Biggetalsperre – Auswirkungen und Folgemaßnahmen, Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes NRW, Heft 11/16. Düsseldorf 1952/62

Ruhrtalesperrenverein (Hg.): Die Biggetalsperre – Einweihung und Einstau. Essen 1965

**Scheele, N.:** Geschichtliche Wanderung durch das Biggetalsperrengebiet. In: Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe, Sonderdruck aus den Folgen 58, 60, 61 u. 62

**Schön, G.** (1965): Die Biggetalsperre. In: Das Gartenamt, 14. Jg., S. 489-495

Statistisches Landesamt (Hg.): Fremdenverkehrsdatei Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1978

**Tilke, St.** (1982): Voraussetzungen und raumwirksame Folgen des Baus der Biggetalsperre unter besonderer Berücksichtigung des Ortsteils Olpe-Sondern. Staatsarbeit Ms., Münster



# Fort Fun – ein Freizeitpark im Sauerland

von Alois Mayr und Peter Schnell, Münster

## 1. Einführung

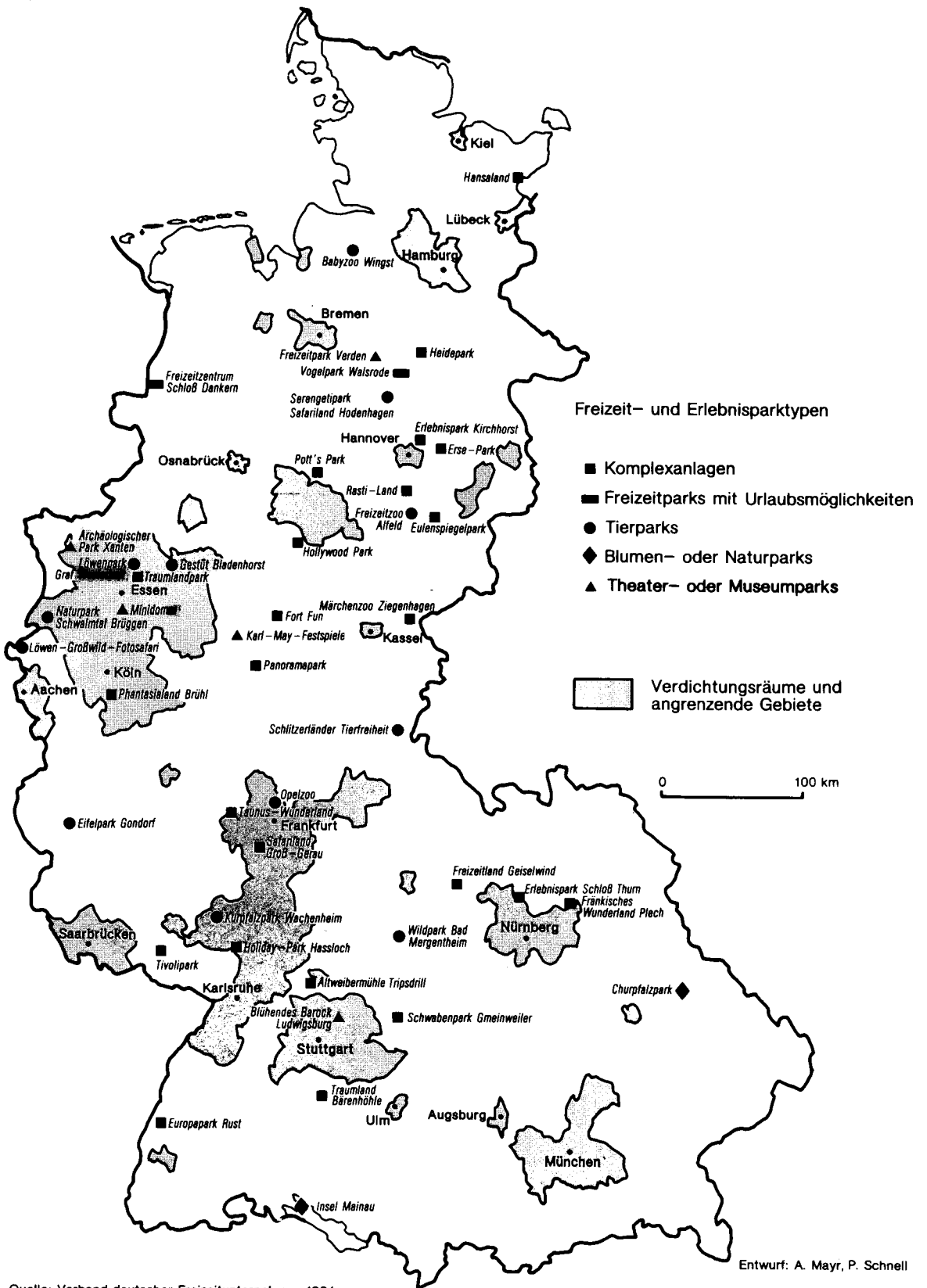
Freizeitparks stellen innerhalb des breiten Fächers der Freizeit- und Fremdenverkehrsangebotsformen eine relativ junge Variante dar. Sie sind in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend erst in den letzten 25 Jahren entstanden und orientieren sich weitgehend am Vorbild des 1955 gegründeten Disneyland in Anaheim bei Los Angeles (Kalifornien). Entsprechend ihrem Alter und z. T. auch wegen der schweren Zugänglichkeit betriebsinterner Statistiken haben derartige Anlagen innerhalb der deutschsprachigen Freizeit- und Fremdenverkehrsgeographie nur geringe Beachtung gefunden. Mit Ausnahme von Aufsätzen von FISCHER (1975) und HEINRITZ (1976), die schon Mitte der 70er Jahre die Einzugsbereiche, Ausbreitung und Differenzierung der Freizeitparks in Oberfranken bzw. ganz Bayern bearbeitet haben, einer jüngeren umfassenden Monographie von FICHTNER und MICHNA (1987) wowie mehrerer Zeitschriften-Beiträge dieser beiden Autoren (1985 – 1988) liegen bislang keine größeren geographischen Veröffentlichungen über Freizeitparks vor; sie waren allerdings mehrfach Themen von Diplom- und Staatsexamensarbeiten (z. B. BALSCHER 1978, FLADE 1982, HASELHOFF 1984). Das Institut für Niedersächsische Landeskunde und Landesentwicklung hat 1979 eine Studie durchgeführt, die sich mit der Verbreitung kommerzieller Freizeitparks und technischer Freizeiteinrichtungen in Niedersachsen sowie mit ihrer Bewertung aus raumordnerisch-landschaftspflegerischer Sicht befaßt hat (VÖLKSSEN 1981).

Die gestiegene Akzeptanz der Freizeitparks bei deutschen Besuchern geht daraus her-

vor, daß ab Anfang der 80er Jahre Zeitungen, Illustrierte und Rundfunk sich verstärkt mit ihnen – z. T. recht kritisch – auseinandersetzen (vgl. Literatur, Abschnitt b, insb. Zeitschrift „test“ der Stiftung Warentest Nr. 7/1984). Allein die Tatsache, daß von der Stiftung Warentest im gleichen Heft neben Plattenspielern, Kühl-Gefriergeräten und Babypflegemitteln auch Freizeitparks getestet wurden, unterstreicht die heutige Bedeutung dieser Einrichtungen. Selbst in Schul- und Kinderbüchern haben Freizeitparks vereinzelt Eingang gefunden (z. B. ENGELHARD u. a. 1977 und STIEMERT 1981).

Die im Verband deutscher Freizeitunternehmen e. V. (VDFU) zusammengeschlossenen 45 kommerziellen Freizeitparks geben neben dem üblichen plakativen Informations- und Werbematerial, das jeder einzelne Park zur Verfügung stellt, einen offiziellen Führer „Freizeitparks in Deutschland“ (NEIDLEIN 1981) bzw. „Freizeit- und Erlebnisparks in Deutschland“ (SCHERRIEB 1984) und eine Freizeitparkkarte Deutschland (Stand: Mai 1983) heraus. Aus Wettbewerbsgründen sind der Verband und seine Mitglieder jedoch mit der Überlassung von Daten und Fakten über ihre Besucher in der Regel sehr zurückhaltend, obwohl der Verband regelmäßig Befragungen in Ziel- und Quellgebieten durchführen läßt.

Der nachfolgende Beitrag geht zurück auf eine von den Autoren 1984/85 gemeinsam durchgeführte Lehrveranstaltung mit dem Thema „Standortwahl und Raumwirksamkeit von Freizeitparks“ und soll dazu beitragen, das von RUPPERT (1988) festgestellte Forschungsdefizit über diesen Angebotstyp



Quelle: Verband deutscher Freizeitunternehmen 1984

Kartographie: K. Heusener, B. Schabhüser

**Abb.1: Verbreitung der Freizeitparks in der Bundesrepublik Deutschland 1984**  
(VDFU-Mitglieder)

zu verringern. Im Verlauf dieser Veranstaltung wurden am Beispiel des Freizeitparks Fort Fun (Bestwig-Wasserfall, Hochsauerlandkreis) Besucherherkunft, -strukturen, -verhalten und -einstellungen untersucht. Die diesbezüglichen Daten wurden im Verlauf von Besucherbefragungen gewonnen, die sich über eine Woche in der Vorsaison (25. 4. – 1. 5. 1984), zwei Wochen in der Hauptsaison (4. – 10. 7. und 1. – 7. 8. 1984) und eine Woche in der Nachsaison (19. – 25. 9. 1984) erstreckten und insgesamt 1083 Interviews umfaßten. Zusätzlich wurden Haushalts- und Betriebsbefragungen in den umliegenden Gemeinden zur Bewertung und Raumwirksamkeit des Freizeitparks durchgeführt. Wir möchten an dieser Stelle der Geschäftsführung des damaligen „Fort Fun Freizeitpark Sauerland Karl Freiherr von Wendt“ nochmals unseren Dank für das Interesse an der Untersuchung und für die Unterbringung der Studierenden während der Befragungswochen aussprechen; den Teilnehmern der Lehrveranstaltung danken wir für ihr Interesse und ihre engagierte Mitarbeit.

Aufgrund einer vorgegebenen Umfangsbeschränkung kann in diesem Beitrag nur ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Befragungen gegeben werden. Die Erhebungsdaten würden eine umfangreichere Darstellung durchaus zulassen, die jedoch über den hier vorgegebenen Rahmen weit hinausgehen würde.

## **2. Freizeitparks in der Bundesrepublik Deutschland**

### **2.1 Zur Definition**

SCHERRIEB definiert im Freizeitlexikon einen Freizeitpark als ein „Unternehmen, das auf einem abgegrenzten oder umzäunten Gelände fest installierte Anlagen unterhält, in denen Spiele und Sporteinrichtungen, Großmodelle, Tiere, Grünanlagen, technische und kulturelle Einrichtungen entweder zusammen oder Teile davon zur Schau gestellt oder zur Benutzung überlassen werden. Einzelne Einrichtungen können auch in festen Gebäuden untergebracht sein. Charakteristiken von Freizeitparks sind auch angegliederte Gastronomiebetriebe und Verkaufseinrichtungen in Kioskform. Für das Betreten eines Freizeitparks oder

von Teilen von ihm wird in der Regel ein Eintrittspreis erhoben. Die Nutzung der darin enthaltenen Einrichtungen kann entweder über das Pauschalpreissystem, das Ticketpreissystem oder Einzelpreissystem erfolgen“ (1987, S. 113). Aus dieser Definition geht hervor, daß es sich bei diesen Einrichtungen um privatwirtschaftlich-kommerzielle Unternehmen handelt (nach Kenntnis der Autoren sämtlich mit Eintritt), die sich zur Unterscheidung von öffentlichen Freizeitparks – z. B. den Revierparks im Ruhrgebiet, kommunalen Freizeitanlagen oder Gartenschaugeländen – auch als Erlebnisparcs bezeichnen. Nach Auffassung der Stiftung Warentest würde der Name ‚Vergnügungspark‘ den Kern wohl eher treffen (test 7/1984, S. 68).

Nach den Charakterisierungen der 45 Mitglieder des Verbandes deutscher Freizeitunternehmen (VDFU) im Jahre 1984 (SCHERRIEB 1984) lassen sich entsprechend den unterschiedlichen Angebotsstrukturen folgende fünf Freizeitparktypen unterscheiden (vgl. Abb. 1):

- a) Komplexanlagen: z. B. Phantasialand Brühl, Traumlandpark Bottrop-Kirchellen, Fort Fun Bestwig-Wasserfall oder Hansaland Sierksdorf,
- b) Blumen- oder Naturparks: z. B. Insel Mainau,
- c) Tierparks: z. B. Löwen-Großwild-Safaripark Selfkant/Tüddern, Gestüt Bladenhorst Castrop-Rauxel oder Opelzoo Kronberg/Taunus,
- d) Museum- oder Theaterparks: Archäologischer Park Xanten, Minidom Breitscheid oder Karl-May-Festspiele Elspe und
- e) Freizeitparks in Verbindung mit Urlaubsmöglichkeiten: z. B. Ferienzentrum Schloß Dankern, Haren/Ems.

Diese Auflistung läßt die Schwierigkeiten erkennen, denen man sich im definitiven Bereich gegenüber sieht; denn aufgrund der außerordentlich starken strukturellen Heterogenität der Verbandsmitglieder und der ausgeprägten Entwicklungsdynamik, die für diese Unternehmen aus Wettbewerbsgründen charakteristisch ist, verändern sich die Definitionskriterien ständig (vgl. dazu auch HEINRITZ 1976; VÖLKSEN 1981; SCHERRIEB 1984, 1987; HASELHOFF

1984, S. 16-21 u. Karte 1; FICHTNER u. MICHNA 1987, S. 7-68 u. 75). Außerdem ist festzustellen, daß zwei ursprünglich weitverbreitete Angebotstypen, nämlich der Märchenwald und der Wildpark, im Zuge der angesprochenen Entwicklung fast verschwunden sind, da sie häufig entweder nicht mehr konkurrenzfähig waren – wie der Ende 1988 geschlossene Löwenpark Graf Westerholt in Gelsenkirchen-Buer – oder zu Komplexanlagen ausgebaut wurden. Als bekanntere Beispiele für den letzteren Typ seien genannt: Phantasialand Brühl und Traumlandpark Bottrop (beide ursprünglich Märchenparks) oder Panoramapark Sauerland Kirchhundem und Hollywood-Park Stukenbrock (ursprünglich Hochwild- bzw. Safari-park).

## 2.2 Entstehung

Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, begann die Errichtung kommerzieller Freizeitparks in der Bundesrepublik erst nach Abschluß der kriegsbedingten wirtschaftlichen Konsolidierungsphase in den frühen 60er Jahren. Wesentliche Voraussetzungen waren die Zunahme des Realeinkommens, der Rückgang der wöchentlichen Arbeitszeit und die erhöhte Freizeitmobilität aufgrund gestiegener Motorisierung.

Die Hauptgründungsphase der 50 von HASELHOFF erfaßten Freizeitparks liegt zwischen 1968 und 1971 (67 %), ein weiterer Entstehungsschwerpunkt waren die Jahre 1974 und 1975 (18 %; für Niedersachsen vgl. VOLKSEN 1981, S. 42 f. u. Tab. 2). Seit Mitte der 70er Jahre sind Neugründungen selten geworden, doch erfolgten – wie schon erwähnt – erhebliche Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen. Ab 1980 sind nach Kenntnis der Autoren nur zwei größere neue Freizeitparks entstanden (Freizeitpark Gestüt Bladenhorst Castrop-Rauxel und Eulenspiegel-park Holle-Sottrum). Um konkurrenzfähig zu bleiben, d. h. um Besucher anzuziehen bzw. zum Wiederholungsbesuch zu animieren, mußten die meisten Freizeitparks in mehr oder weniger kurzen Abständen mit neuen Attraktionen aufwarten. Als Folge dieses Trends weisen heute mehr und mehr Parks vergleichbare Angebote auf: Westernstadt, Wirbelwind/Achterbahn, Wasserrutsche usw.

Die genaue Gesamtzahl aller Freizeitparks in der Bundesrepublik ist nicht bekannt, denn nur die größeren Betriebe gehören dem VDFU an. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß nach HEINRITZ allein in Bayern 1974 bereits 52 derartige Freizeiteinrichtungen existierten, dem VDFU 1984 jedoch nur 45 angeschlossen waren. FICHTNER u. MICHNA führen 1987 in einer Graphik der Entwicklung von Freizeitparks in der Bundesrepublik Deutschland von 1963 bis 1982 65, in einer Tabelle sogar 88 Einrichtungen an, von denen sechs bis 1987 den Betrieb wieder eingestellt hatten; eine Übersichtskarte enthält als Freizeitparks u. a. auch die Sommerrodelbahn an den Dörenther Klippen bei Ibbenbüren, den Prickingshof in Haltern oder den Wildwald in Arnsberg-Voßwinkel (vgl. S. 72, 75, 383f.), so daß die Zahl von rund 100 kommerziellen Freizeitparks von wenigstens 1 ha Größe annähernd zutreffen dürfte. SCHERRIEB schätzt die Gesamtzahl der Freizeitparks in der Bundesrepublik Deutschland, nach einigen Schließungen in den letzten Jahren, auf maximal noch ca. 300 (ebd., S. 73). Vergleiche der VDFU-Mitglieder von 1984 mit den VDFU-Angebotsverzeichnissen von 1989 lassen ganz beträchtliche Fluktuationen erkennen, so daß der Konkurrenzdruck unter den Freizeitparks sehr groß sein muß (vgl. auch FICHTNER u. MICHNA 1987, S. 73 – 74). Diese Situation wird im folgenden auch am Beispiel von Fort Fun und seinen sauerländischen Mitbewerbern aufgezeigt.

## 2.3 Verbreitung

Die Verbreitung der 1984 im VDFU zusammengeschlossenen 45 Freizeitparks läßt zwei allgemeine Standorttendenzen erkennen:

1. allgemein eine relativ enge Anbindung an potentielle Besucher-Quellgebiete, d. h. eine Lage an der Peripherie oder in der Nachbarschaft von Verdichtungs-räumen, und
2. eine regionale Konzentration im nord-deutschen Raum mit einem deutlichen Schwerpunkt am Rande oder in der Nähe des Rhein-Ruhrgebietes (vgl. Abb. 1 u. Freizeitparkkarte Deutschland 1983).

**Tabelle 1 Verteilung der Freizeitparks und der Bevölkerung nach Bundesländern 1984**

Bundesland	Freizeitparks		Bevölkerung 1984	
	Anzahl	Prozent	Anzahl (in 1000)	Prozent
Schleswig-Holstein	1	2,2	2 614	4,3
Hamburg	–	–	1 592	2,6
Bremen	–	–	666	1,1
Niedersachsen	11	24,4	7 216	11,8
Nordrh.-Westfalen	13	28,9	16 704	27,4
Hessen	5	11,1	5 535	9,1
Rheinland-Pfalz	4	8,9	3 624	5,9
Saarland	–	–	1 051	1,7
Bad.-Württemberg	6	13,3	9 241	15,1
Bayern	5	11,2	10 958	18,0
Berlin	–	–	1 849	3,0
Insgesamt	45	100,0	61 049	100,0

Quellen: SCHERRIEB 1984 und Stat. Bundesamt 1985

Außerdem fällt auf, daß verkehrsorientierte Standorte dominieren, denn die meisten verfügen über Autobahnanschlüsse in z. T. unmittelbarer Nachbarschaft des Parks, so daß die Anlagen unmittelbar ins Auge fallen; als markante Beispiele können genannt werden Phantasialand Brühl, Minidomn Breitscheid, Freizeitland Geiselwind östlich Würzburg und Hansaland Sierksdorf. Eine Verteilung nach Bundesländern zeigt Tabelle 1.

Es fällt auf, daß die attraktivsten Ferienregionen der Bundesrepublik wie z. B. Alpen und Alpenvorland, Schwarzwald, Nord- und Ostseeküste vergleichsweise unterbesetzt sind. Offensichtlich werden die landschaftliche Attraktivität, kunst- und kulturgeschichtliche Sehenswürdigkeiten sowie andere Aktivitätsmöglichkeiten in diesen Fremdenverkehrsräumen von den Gästen derart intensiv genutzt, daß die Anlage von größeren Freizeit- und Erlebnisparks hier bisher nicht sinnvoll erschien. Zum anderen erlauben Karte 1 und Tabelle 1 die Schlußfolgerung, daß die Nähe zu den norddeutschen Verdichtungsräumen ein wichtiger Standortfaktor ist als ihn die Urlauber als Besucherpotential darstellen.

### 3. Der Freizeitpark Fort Fun

#### 3.1 Lage und Entwicklung

Der Freizeitpark Fort Fun hat seinen Standort südöstlich von Meschede in der

Gemeinde Bestwig (rd. 12 000 Einwohner), die – mit ihrem Siedlungsschwerpunkt im Ruhrtal gelegen – dem nördlichen Hochsauerland angehört. Dieser Raum wird durch ein ausgeprägtes Relief, einen großen Waldreichtum und zahlreiche Talsperren geprägt und stellt eines der wichtigsten westfälischen Fremdenverkehrsgebiete dar (vgl. SCHNELL 1985). Der Park selbst befindet sich 1 km nördlich des Ortsteiles Wasserfall im Tal der Elpe, die wenige km nördlich in die Ruhr mündet; die Entfernung zum Schloß Gevelinghausen, dem Stammsitz des Gründers und langjährigen Eigentümers Karl Freiherr von Wendt, beträgt 7 km. Die Gemeinde Bestwig ist über die stark belastete (bis zu 12 000 Kfz/Tag), das Ruhrtal durchziehende B 7 sowie die in Teilstücken fertiggestellte BAB 46 mit dem Ruhrgebiet sowie Nordhessen verbunden; die Entfernungen bis Dortmund und Kassel betragen jeweils rd. 100 km. Das Verwaltungszentrum Meschede, der Luftkurort Brilon und das Heilbad Winterberg sind jeweils rd. 20 km entfernt. Nach Berechnungen der Parkleitung wohnen im Umkreis von 100 km 3,8 Mill. Einwohner, bei einer Erweiterung auf 200 km sind bereits rd. 18 Mill. Menschen erfaßt. Innerhalb von 50 km wohnen jedoch lediglich 0,8 Mill. Einwohner, während der Branchenführer Phantasialand Brühl (jährlich 1,8 – 2 Mill. Besucher) im gleichen Distanzbereich 2 Mill. Bewohner aufzuweisen hat.

Die Gemeinde Bestwig, die außer Dienststellen der Bundesbahn keine nennenswerten Beschäftigungsschwerpunkte aufweist, erlebte nach der Schließung der Erzgrube Ramsbeck 1974 (vgl. KARTE 1983) einen wirtschaftlichen Niedergang, der vor allem die Ortsteile Ramsbeck und Andreasberg betraf. Sie sieht ihre Zukunft in starker Abhängigkeit von der Entwicklung des Fremdenverkehrs, der durch den Freizeitpark und die im Juli 1974 in ein Erzbergbaumuseum und Besucherbergwerk umgewandelte ehemalige Erzgrube beträchtliche Impulse erhalten hat (vgl. FLADE 1982, S. 8–11).

Die Entstehungsgeschichte von Fort Fun begann im Winter 1967/68 mit der Errichtung eines ersten Schleppliftes (Doppelankerlift) für den Wintersport durch Karl Freiherr von Wendt, zu dessen Grundbesitz bis 1985 nicht nur das Gelände des heutigen Freizeitparks, sondern auch große Teile der Umgebung gehörten. Bereits 1966 hatte von Wendt, der selbst jahrelang aktiver Rennfahrer gewesen war, auf seinem Besitztum als regionale Strukturförderungsmaßnahme eine Autorennstrecke mit dem Namen „Sauerlandring“ geplant. Er scheiterte jedoch trotz kommunaler Unterstützung mit dieser Idee, da vor allem Naturschützer Einspruch erhoben und die zuständige Landesplanungsgemeinschaft Westfalen und die Landesregierung seinen Vorstellungen die Zustimmung verweigerten (vgl. dazu LANGER 1984, S. 90–95). 1969 folgte die Eröffnung eines kleinen Restaurationsbetriebes am Fuße des Skihanges („Skihütte“). 1971 wurden ein Campingplatz mit Restaurant und Diskothek sowie ein Reiterzentrum im Schloß Gevelinghausen mit Reithalle, Stallungen und Planwagen für den sog. „Rangerurlaub“ errichtet. 1972 wurde insbesondere zur Förderung des Sommertourismus ein Sessellift erbaut, der auf den 732 m hohen Stüppel führt. Im gleichen Jahr entstanden ein Bergrestaurant mit Aussichtsplattform auf dem Stüppel, eine 780 m lange Sommer-Rutschbahn, die damals einzigartig in der Bundesrepublik und die längste in der Welt war, sowie ein mitten im Hochwald gelegenes Feriendorf mit 25 Blockhäusern für je 4–6 Personen. 1973 wurde angesichts des verstärkten

Wochenend- und Sommerfremdenverkehrs die frühere Ökonomie Gevelinghausen zum Hotel Schloß Gevelinghausen (50 Betten) umgebaut. Aufgrund der sprunghaft angestiegenen Besucherzahlen wurde 1974 eine zweite Rutschbahn angelegt. Aus dem gleichen Grund mußte dann 1975 die Skihütte um das Doppelte erweitert werden, die bei dieser Gelegenheit zusätzlich drei vollautomatische Kegelbahnen erhielt.

Der eigentliche Beginn des Freizeitparks geht auf das Jahr 1976 zurück, als – angeregt durch einen Besuch von Wendts in den USA und Kanada – auf dem Gelände des ein Jahr zuvor in einen ruhigeren Bereich verlegten Campingplatzes die Westernstadt „Fort Fun City“ mit 25 Gebäuden, US-Kavallerie-Fort und Indianerlager errichtet wurde. Diese soll nach eigener Darstellung der Parkleitung den Besuchern das Gefühl vermitteln, in die Zeit des Goldrausches um 1850 zurückversetzt zu sein. „Die original-nachgebauten Häuser, der große Western-Saloon, das Sheriff-Office mit dem Jail (Gefängnis), die Bank und die verschiedenen Stores rufen Erinnerungen wach an große Western-Filme wie ‚High Noon‘...“ (Prospektzitat).

1978/79 wurde die Anlage für 12 Mill. DM um eine Western-Eisenbahn und eine Wildwasserbahn erweitert. 1981 wurde als weitere Attraktion der mit einem Investitionsrahmen von 4 Mill. DM errichtete „Wirbelwind“ (Achterbahn) in Betrieb genommen, dem als letzte Ausbaumaßnahmen bis zum Erhebungszeitpunkt ein Wasserspielplatz für Kinder und ein Streichelzoo folgten. Das Aktivitätsangebot wurde durch wechselnde Ausstellungen (Auto, Indianer, Weltraumfahrt) und durch Zirkus-, Show- und Varieté-Angebote ergänzt.

Kernstücke des Freizeitparks bilden die Rutsche und die Westernstadt. Die dargestellten Erweiterungen lassen jedoch den beträchtlichen Anpassungsdruck erkennen, dem derartige kommerzielle Unternehmen aus Konkurrenzgründen unterliegen. So existiert heute z. B. eine weitere Rutsche im nur 60 km entfernten Panoramapark in Kirchhudem-Rinsecke.



Das Gelände des Freizeitparks, innerhalb dessen ein Reliefunterschied von 150 m besteht, beträgt rd. 25 ha. Von diesen bilden rd. 10 ha den eingezäunten, nur über einen Inklusivpreis zugänglichen Park im engeren Sinne; der Rest entfällt auf Parkplätze und Skihänge. Mit 2000 gebührenpflichtigen PKW-Einstellplätzen und 50 Stellplätzen für Busse liegt Fort Fun hinsichtlich seiner Parkplatzkapazität unter den deutschen Freizeitparks eher im unteren Mittelfeld (vgl. FICHTNER U. MICHNA 1987, S. 241).

Nach Angaben der Fort-Fun-Geschäftsführung haben bis 1979 insgesamt 5,7 Mill. Personen den Freizeitpark besucht; das entspricht einem jährlichen Besucheraufkommen von rd. 500 000 – 600 000 (Öffnungszeit von April – Oktober). Von 1983 auf 1984 erfolgte ein Rückgang um 20 %, was für den Park einen harten Schlag darstellte. Im Befragungsjahr 1984 wurden nur rd. 342 000 Besucher erreicht; das nach dem anfänglichen Zuspruch erhoffte Optimum von jährlich 800 000 – 1 000 000 Besuchern konnte nie realisiert werden, weil von der Westerstadt bzw. den ab 1979 errichteten technischen Attraktionen zu wenig neue Gäste angezogen werden konnten und die Zahl der Wiederholungsbesucher zurückging. Dabei beeinflussten einige verregnete Sommer diese unbefriedigenden Ergebnisse sehr nachhaltig. Auch das angegliederte Blockhütten-Feriendorf fand nicht die notwendige Auslastung. Gleiches gilt für ein 1971 beim Schloß Gevelinghausen eingerichtetes Reiter-Zentrum, das aus wirtschaftlichen Gründen bereits 1977 geschlossen und zur Tennishalle umfunktioniert worden war.

Die Gewinne des Parks waren nach Auskünften des früheren Eigentümers stets knapp und am Rande des Defizits. Verluste der letzten Jahre und Neuinvestitionen mußten wiederholt durch Wald- und andere Grundstücksverkäufe abgedeckt oder über Verschuldungen gelöst werden. Einem Vergleich zwischen Karl Freiherr von Wendt und seinen Gläubigern im Frühjahr 1985 folgte jedoch bereits am 1. August 1985 der Verkauf des Freizeitparks an das Züricher Unternehmen „Technik und Freizeit AG“ mit Übergabe an eine neue Gesellschaft „Fort Fun Abenteuerland GmbH“ mit Sitz in Bestwig; letztere hat den Park im Bereich

der Fahrgeschäfte und im Showbereich weiter ausgebaut. Freiherr von Wendt verkaufte auch Schloß und Schloßhotel Gevelinghausen und wanderte nach Kanada aus.

Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Bestwig, der seit dem 15. 2. 1982 wirksam ist, wurde Fort Fun als Sondergebiet für Freizeit und Erholung ausgewiesen. Die vorhergehende Errichtung erfolgte auf der Grundlage zweier qualifizierter Bebauungspläne. Für die Abwasserbeseitigung wurde eine eigene GmbH gegründet, die Zufahrtsstraßen sind Kreisstraßen in der Trägerschaft des Hochsauerlandkreises. An den entstandenen Planungskosten hat sich Freiherr von Wendt beteiligt (mündliche Auskünfte Gemeinde Bestwig, Bauamt – Abt. Bauleitplanung vom 17. 4. 1984).

### 3.2 Einzugsbereich

Knapp 80 % der Besucher des Freizeitparks Fort Fun reisen von ihrem *Heimatort* her an, während 20 % auf Besucher entfallen, die von ihrem Urlaubsstandort aus hierher kommen (vgl. im folgenden Tab. 2, Abb. 2/3). Bei der Anreise dominiert als *Verkehrsmittel* mit 84 % eindeutig der PKW; Reisebusse liegen mit einem erheblich niedrigeren Anteil an zweiter Stelle.

Die *Anreisedistanz* beträgt im Durchschnitt knapp 100 km. Dieser Wert ist nahezu identisch mit dem Distanzmedian, d. h. der Entfernung, innerhalb derer für 50 % der Besucher die Herkunftsgemeinde lokalisiert ist. Ordnet man diese Gemeinden 25 km-Radien zu, dann fällt deren relativ gleichmäßige Verteilung bis zu einer Distanz von 150 km auf; erst danach werden die Besucheranteile deutlich geringer.

Nahezu ein Drittel aller Besucher benötigt zum Besuch von Fort Fun eine *Anreisezeit* von wenigstens zwei Stunden. Hierin dokumentiert sich die auch von der Parkleitung selbst zugegebene relative Abseitslage von den wichtigsten Besucher-Herkunftsräumen. Mit je knapp 20 % sind Besucher vertreten, die eine Anfahrzeit von 0,5 bis 1, bis 1,5 und bis 2 Stunden haben. Auf den Nahbereich mit einem Zeitaufwand von weniger als 30 Minuten entfallen lediglich 12 %.

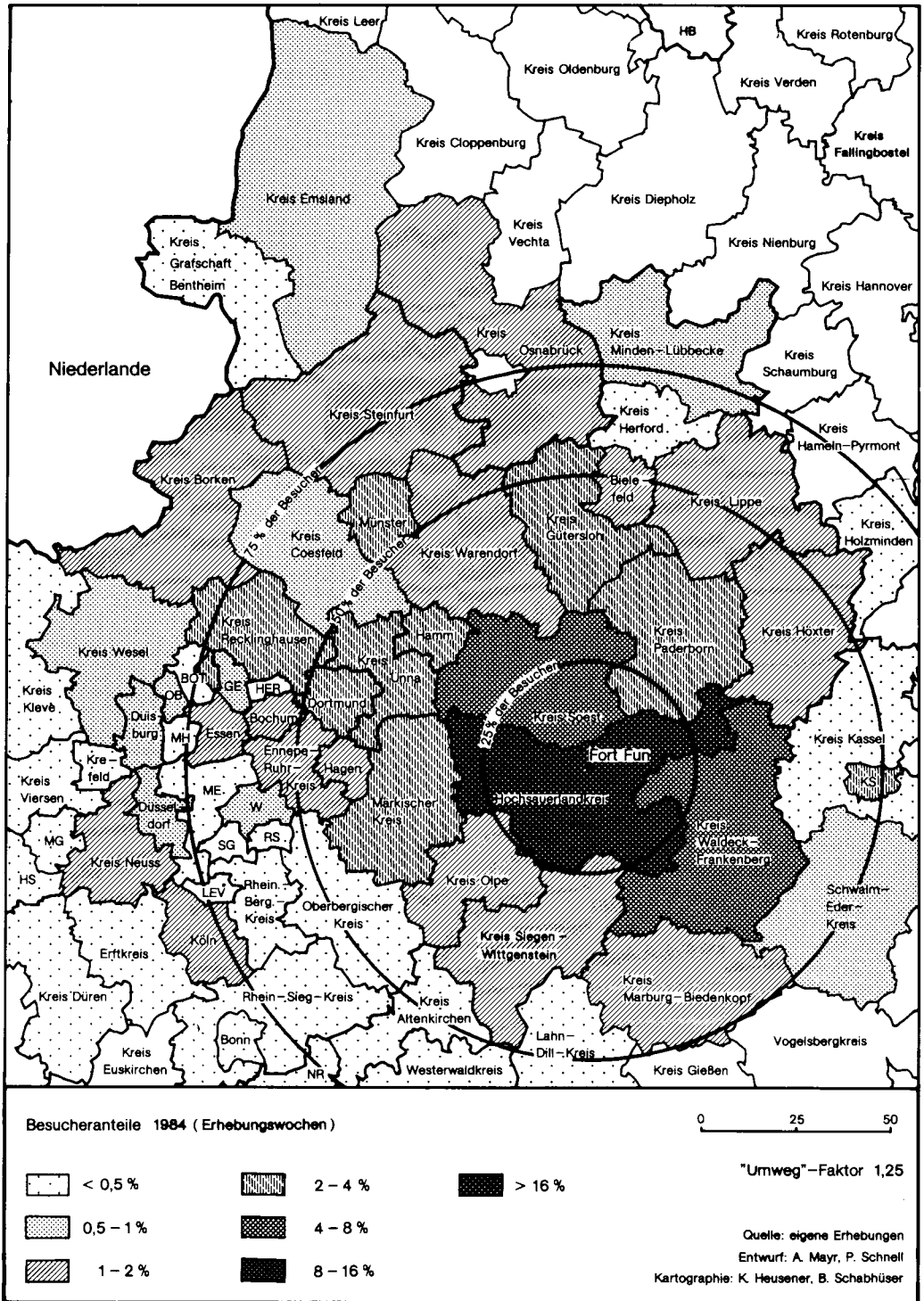
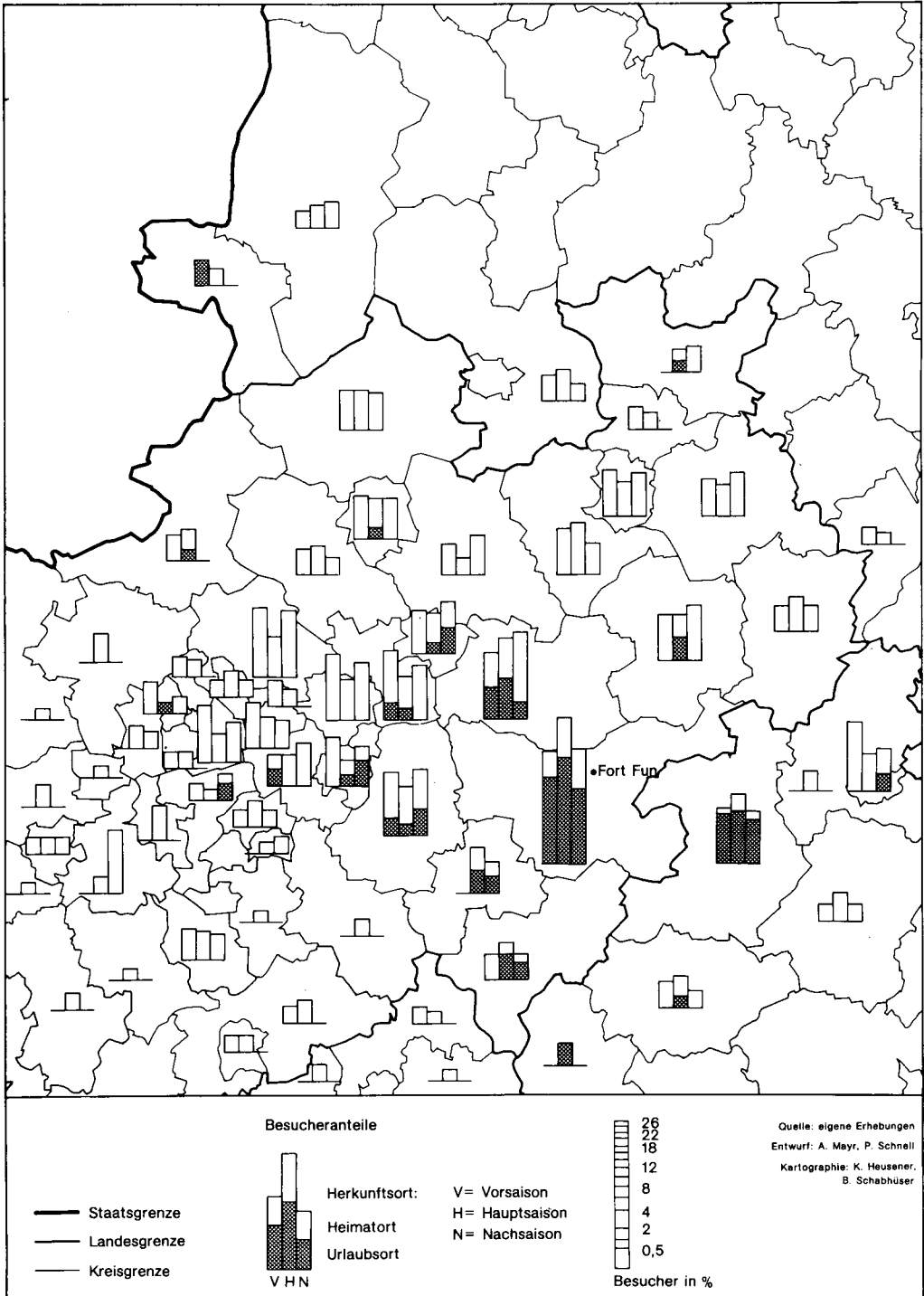


Abb. 2: Besucherherkunft nach Kreisen und Distanz



**Abb. 3: Besucherherkunft nach Saison sowie Heimat- oder Urlaubsort**

Differenziert man den Einzugsbereich nach der Saisonalität, so treten einige charakteristische Abweichungen von den ermittelten Durchschnittswerten auf. An erster Stelle ist zu nennen, daß der Anteil derjenigen, die vom Urlaubsort her anreisen, in der Hauptsaison auf 25 % ansteigt und in der Nachsaison mit 14 % sein Minimum erreicht (Durchschnitt 20 %, vgl. Tab. 2 und Abb. 3). Diese Tatsache wirkt sich natürlich auch auf die Anreisedistanzen und -zeiten aus. So sind z. B. 25 % der Besucher in der Vor-, Haupt- und Nachsaison innerhalb eines Umkreises von 63, 32 bzw. 40 km erfaßt; ähnlich variierende Anreisedistanzen sind für 50 % der Besucher charakteristisch, und

erst für die 75 %-Werte der Entfernungen findet eine weitgehende Angleichung in Vor-, Haupt- und Nachsaison statt. Hinsichtlich der Verkehrsmittelwahl fällt in der Nachsaison der mit 26 % (Durchschnitt 11 %) stark überdurchschnittlich hohe Anteil an Besuchern auf, die in Gruppen mit Reisebussen angereist sind (vgl. 3.3).

### 3.3 Besucherstrukturen

Über die 1083 Befragten, die im Durchschnitt ein Alter von 35 Jahren hatten, wurden insgesamt 3466 Personen erfaßt, die sich nahezu gleichmäßig auf beide Geschlechter verteilten (vgl. Tab. 3).

**Tabelle 2** **Einzugsbereichsmerkmale**

Merkmale	Insgesamt	Vor-saison	Haupt-saison	Nach-saison
<i>Stichprobe</i>	1083	249	571	263
<i>Herkunftsgemeinden (%)</i>				
Heimatort	79,2	80,7	75,3	86,3
Urlaubsort	20,8	19,3	24,7	13,7
<i>Verkehrsmittel (%)</i>				
PKW	83,9	89,3	86,9	72,0
Bus	11,2	2,9	7,9	20,1
Motorrad/Moped/Mofa	2,2	4,1	1,9	1,1
Bahn/Bus	1,0	1,6	1,1	—
Sonstiges	1,9	2,0	2,3	0,8
<i>Anreisedistanz (%)</i>				
bis 25 km	16,4	10,6	19,5	15,4
26 bis 50 km	14,0	10,5	16,6	11,9
51 bis 75 km	13,7	13,5	13,8	13,5
76 bis 100 km	12,2	13,8	10,7	13,8
101 bis 125 km	14,8	20,3	12,2	15,0
126 bis 150 km	10,6	13,8	9,2	10,4
151 bis 175 km	7,9	9,4	7,6	7,3
176 bis 200 km	4,5	3,6	5,4	3,5
über 200 km	5,9	4,5	4,9	9,2
durchschnittliche Anreisedistanz (km)	96,5	103,8	81,1	106,6
km-Radius für 25 % der Besucher	35	63	32	40
km-Radius für 50 % der Besucher	95	103	75	95
km-Radius für 75 % der Besucher	134	134	130	135
<i>Anreisezeit (%)</i>				
weniger als ½ Stunde	12,1	13,3	12,2	10,8
½ bis unter 1 Stunde	18,0	12,9	20,8	16,9
1 bis 1½ Stunden	19,2	21,0	17,3	21,5
1½ bis unter 2 Stunden	19,3	27,0	18,0	15,0
2 Stunden und mehr	31,3	25,8	31,7	35,8

Alle Prozentangaben und sonstige Angaben beziehen sich, sofern nicht anders vermerkt, auf die Personen, die die einzelnen Fragen beantwortet haben. Quelle: Eigene Erhebungen 1984

Tabelle 3

## Besucherstrukturen

Merkmale	Insgesamt	Vor-saison	Haupt-saison	Nach-saison
<i>Stichprobe</i>	1083	249	571	263
<i>Alter der erfaßten Personen (%)</i>				
unter 5 Jahre	6,8	4,3	4,7	8,0
5 – 9 Jahre	10,0	10,2	10,1	8,9
10 – 14 Jahre	14,6	13,3	18,2	7,5
15 – 19 Jahre	8,3	10,3	7,8	7,6
20 – 24 Jahre	9,5	13,3	7,3	11,3
25 – 29 Jahre	10,3	10,4	9,7	12,2
30 – 34 Jahre	9,2	8,4	8,9	11,4
35 – 39 Jahre	10,5	11,1	10,6	9,9
40 – 44 Jahre	8,0	6,6	9,6	5,8
45 – 49 Jahre	4,9	4,4	5,2	4,6
50 – 54 Jahre	2,3	2,4	2,3	2,3
55 – 59 Jahre	2,3	1,4	2,3	3,1
60 – 64 Jahre	2,8	2,4	2,2	4,7
65 – 69 Jahre	1,4	0,8	1,3	2,2
70 Jahre und älter	0,7	0,4	0,9	0,5
erfaßte Personen	3466	836	1891	739
<i>Besuchergruppentypen nach Alterszusammensetzung (%)</i>				
Erw. über 24 J. + Kinder unter 7 J.	11,0	11,0	8,7	16,7
Erw. über 24 J. + Kinder 7 – 14 J.	30,4	34,3	36,6	10,8
Erw. über 24 J. + Ki. unter 7 J. + 7 – 12 J.	6,8	9,0	4,4	10,4
Erw. über 24 J. + Jugendl. 15 – 24 J.	5,0	6,9	4,4	4,5
Erw. + Kinder + Jugendliche	3,9	2,9	5,3	1,8
Erw. 25 – 35 J. ohne Kinder	13,3	12,7	13,1	14,4
Erw. 36 – 50 J. ohne Kinder	4,7	2,0	4,9	7,2
Erw. über 50 J. ohne Kinder	3,2	1,6	1,8	8,6
Erw. verschiedener Altersgruppen	4,8	1,2	6,4	5,0
Sonstige	1,1	–	1,1	0,5
<i>Besuchergruppentyp (%)</i>				
allein	3,0	1,2	4,7	1,1
zu zweit	20,9	15,7	24,0	19,0
Familie	46,2	54,2	49,9	31,3
Freunde/Bekannte/Verwandte	17,7	23,2	13,1	21,8
Reisegruppe	12,8	5,7	8,2	26,8
<i>Personen/Gruppe</i>				
allein	1,0	1,0	1,0	1,0
zu zweit	2,0	2,0	2,0	2,0
Familie	4,1	3,9	4,2	4,0
Freunde/Bekannte/Verwandte	5,2	5,3	5,1	5,4
Reisegruppe	31,3	22,8	34,2	32,7
Durchschnitt	7,1	5,0	6,1	11,6
<i>Anteil an erfaßten Personen (%)</i>				
allein	0,4	0,2	0,8	0,1
zu zweit	5,9	6,3	7,9	3,3
Familie	26,4	42,9	34,1	10,7
Freunde/Bekannte/Verwandte	12,8	24,6	10,9	10,0
Reisegruppe	54,5	25,9	46,3	75,9
<i>Reisegruppenart (%)</i>				
Schulklasse	40,1	11,1	40,8	47,1
Kegelclub	13,9	16,7	10,2	15,7
Betrieb	13,1	5,6	6,1	20,0
Jugendgruppe	10,2	11,1	24,5	–
Sportverein	7,3	11,1	2,0	10,0
Seniorengruppe	4,4	11,1	4,1	2,9
Sonstige	10,9	33,4	12,3	4,3
Erfaßte Gruppen	137	18	49	70

Alle Prozentangaben und sonstige Angaben beziehen sich, sofern nicht anders vermerkt, auf die Personen, die die einzelnen Fragen beantwortet haben. Quelle: Eigene Erhebungen 1984

Auffällig hinsichtlich der *Altersstruktur* der Besucher ist, daß zum einen nahezu ein Drittel aller Besucher unter 15 Jahre alt ist und zum anderen Besucher ab 45 Jahre nur noch mit geringen Anteilen vertreten sind (zusammen rd. 15 %), da letztere durch das Angebot an Fahrgeschäften kaum angesprochen werden. Da jedoch nach SCHMITZSCHERZER (1974, S. 74) für das Freizeitverhalten nicht das chronologische Lebensalter bedeutungsvoll ist, sondern dasjenige in einem sozialpsychologischen Kontext, ist eine Typisierung der *Besuchergruppen nach der Alterszusammensetzung* aufschlußreicher. So sind bei 51 % aller Besuchergruppen Jugendliche von 15 Jahren aufwärts vertreten; allein rd. 30 % aller Gruppen sind mit Kindern im Alter von 7 – 14 Jahren und weitere 11 % mit Kindern unter 7 Jahren angereist. Auf Besuchergruppen ohne Kinder und Jugendliche entfällt nur ein gutes Viertel, davon allein 13 % auf Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren. Einzelreisende machen nur einen sehr geringen Anteil aus.

Das Gros der *Besuchergruppen* stellen Familien (46 %), die im Durchschnitt aus vier Personen bestehen und 26 % aller erfaßten Besucher ausmachen. Den am zweithäufigsten vertretenen Gruppentyp bilden Paare (21 %), denen indessen vom Anteil an den insgesamt erfaßten Personen mit 6 % nur geringe Bedeutung zukommt. Verwandte, Freunde und Bekannte stellen mit 18 % den drittichtigsten Besuchertyp; bei einer durchschnittlichen Gruppengröße von 5 Personen entfällt auf sie ein Anteil von 13%. Die für den Park wohl interessantesten Besucher stellen Reisegruppen dar, die mit einem Anteil von 13 % und durchschnittlich 31 Personen allein 55 % der erfaßten Personen ausmachen. Bei diesen Reisegruppen handelt es sich überwiegend um Schulklassen (40 %), gefolgt von den drei annähernd gleich stark vertretenen Gruppentypen Kegelclubs, Betriebe und Jugendgruppen. In Übereinstimmung mit den vorhergehenden Ausführungen zur Altersstruktur und zum Altersgruppentyp steht die Tatsache, daß Seniorengruppen mit nur rd. 4 % bei den Reisegruppen an letzter Stelle liegen. Diese Situation ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß für diesen Gruppentyp das Freizeitangebot von

Fort Fun nicht altersadäquat ist und daß er zugleich für den Park keine ökonomisch besonders interessante Zielgruppe darstellt.

Hinsichtlich der *Saisonalität* ist von Interesse, daß in der Vor- und Hauptsaison Familien überdurchschnittlich stark vertreten sind, in der Hauptsaison auch Jugendgruppen deutlich höhere Anteile an den Reisegruppen erreichen und in der Nachsaison Schulklassen, Kegelclubs und Betriebsausflügler über 80 % aller Reisegruppen stellen. Weitere Informationen zu saisonalen Abweichungen sind Tabelle 3 zu entnehmen.

Von den Interviewpartnern stellen hinsichtlich der *Stellung im Beruf* Beamte und Angestellte mit 31 % die größte Gruppe. An zweiter Stelle liegen mit 23 % die Hausfrauen, gefolgt von Arbeitern und Schülern/Studenten/Auszubildenden mit je 15 % sowie Selbständigen mit 9 %. Diese Anteile stimmen in hohem Ausmaß mit anderen Besucherbefragungen überein (vgl. Tab. 4).

Deutliche Verschiebungen hinsichtlich der Sozialstruktur ergeben sich, wenn man die berufliche Stellung des Haushaltsvorstandes betrachtet. Auf Schüler/Studenten/Auszubildende und Hausfrauen entfallen nunmehr nur geringe Anteile (5 bzw. 2%), Beamte und Angestellte liegen weiterhin an erster Stelle (43%), gefolgt von Arbeitern (26%) und Selbständigen (16%).

Hinsichtlich der *Bildungsqualifikation* der Besucher fällt auf, daß Personen mit höheren Abschlüssen mit nur geringen Anteilen vertreten sind. Auf Volks-, Haupt-, Real- und Fachschulen entfallen nicht weniger als 76%; dieser Anteilswert wird durch die Erhebung von FLADE (81%) bestätigt.

Interessante *saisonale Schwankungen* sind hinsichtlich der beruflichen Stellung des Haushaltsvorstandes zu beobachten. In der Vorsaison sind Angestellte und Beamte um 10% stärker vertreten als in der Hauptsaison; Rentnerhaushalte erreichen ihren höchsten Anteilswert mit rd. 11% in der Nachsaison (Durchschnitt. 7%), was z. T. durch die Dominanz von Reisegruppen in dieser Zeit zu erklären ist.

**Tabelle 4 Sozialstruktur der befragten Besucher von Fort Fun im Vergleich**

Merkmale	Eigene Erhebungen 1984	M. FLADE 1982 (Erhebungen 1981), S. 57 u. 55	Parkleitung Fort Fun 1978
<i>Stichprobe</i>	1083	406	ca. 50000
<i>Stellung im Beruf (%)</i>			
Arbeiter/Facharbeiter	15,4	17,7	15,3
Angestellte/Beamte	30,9	41,4	31,7
Selbständige	9,4	8,6	3,4
Hausfrauen	22,5	15,0	15,4
Rentner	5,1	3,2	5,4
Schüler/Stud./Auszub.	15,4	14,3	28,7
Sonstige (Arbeitslose)	1,3	–	–
<i>Schulabschluß (%)</i>			
Volksschule/Hauptschule	36,3	51,2	–
Mittlere Reife/Realschule/Fachschule	39,7	–	–
Realschule/Handelsschule	–	29,6	–
Gymnasium/Abitur	16,2	6,4	–
Ingenieur-/Fachhochschule	2,9	5,2	–
Hochschule/Universität	4,9	7,6	–

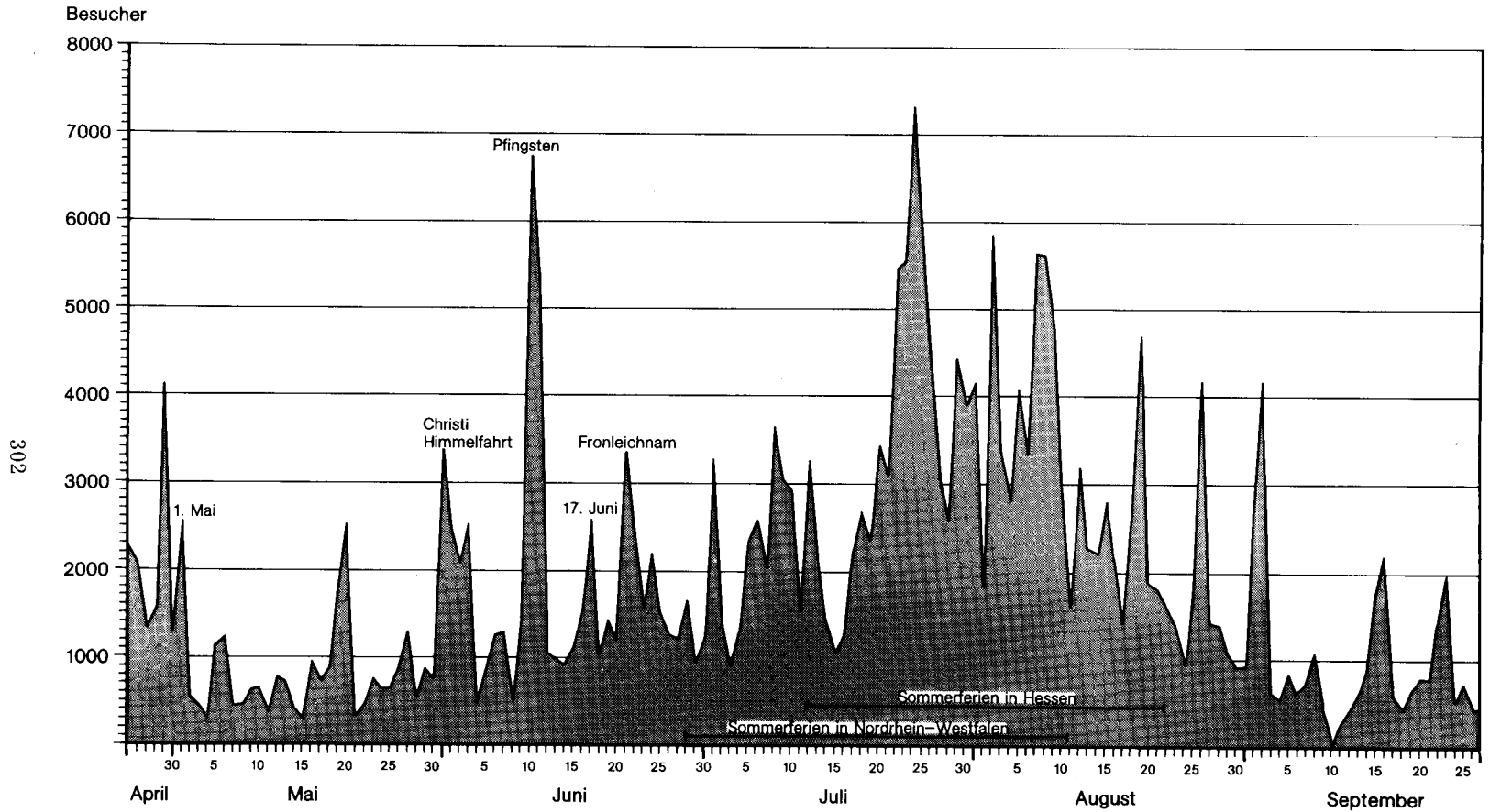
**3.4 Besucherverhalten**

Die Abbildungen 4 und 5 zeigen den exakten *Tagesgang des Besucheraufkommens* sowie die kumulierten *Ankünfte im Tages- und Wochendurchschnitt* von der ersten bis zur letzten Befragungswoche (25. 4. – 25. 9.) im Jahre 1984. Deutlich erkennbar sind die erheblich höhere Nachfrage während der Schulferien in Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie Besucherspitzen an den Wochenenden und Feiertagen mit maximal um 7000 Besuchern pro Tag. Fort Fun wird überwiegend sonntags besucht (ca. 25% der Wochengäste); alle übrigen Wochentage fallen demgegenüber stark zurück mit Minimalwerten am Freitag und Montag und einem leicht erhöhten Aufkommen am Donnerstag aufgrund der verschiedenen Feiertage. Charakteristisch für den Sonntag ist ferner die gleichmäßige Verteilung der Ankünfte zwischen 10 und 16 Uhr, während an den übrigen Wochentagen in der Regel über 50% der Besucher den Park vor 12 Uhr erreichen. Die *Besuchshäufigkeit* ist durch einen hohen Anteil an Erstbesuchern charakterisiert (60%, 1981: 62% nach FLADE 1982, S. 87). Die übrigen Gäste haben Fort Fun durchschnittlich schon rd. dreimal besucht (vgl. Tab. 5).

Mit 83% ist der Prozentwert derjenigen, für die nach eigenen Angaben der Besuch von Fort Fun den alleinigen Ausflugsgrund darstellt, erstaunlich hoch. Sofern am gleichen Tag andere Sehenswürdigkeiten aufgesucht werden, sind dies bevorzugt das Bergbaumuseum im benachbarten Ramsbeck sowie die Möhnetalsperre, die für einen Großteil der Besucher bereits bekannt ist und an der Fahrtstrecke liegt (vgl. SCHNELL 1983).

Diese relativ geringen Kopplungshäufigkeiten sind darauf zurückzuführen, daß die durchschnittliche *Aufenthaltsdauer* mit rd. 4 Stunden recht hoch ist und über 50% der Besucher für den einfachen Anreiseweg allein 1½ Stunden und mehr benötigen, d. h. wenigstens 7 Stunden unterwegs sind.

Hinsichtlich der *Saisonalität* treten bei der Aufenthaltsdauer keine nennenswerten Schwankungen zwischen Vor-, Haupt- und Nachsaison auf. Bezüglich der Besuchshäufigkeit sind in der Hauptsaison geringfügig höhere Anteile an Erstbesuchern zu verzeichnen (64 statt 60%); gleichzeitig ist für die Wiederholungsbesucher charakteristisch, daß sie bei unterdurchschnittlichen Anteilen den Park überdurchschnittlich häufig besucht haben, insbesondere im Vergleich zur Vor- und Nachsaison. Während



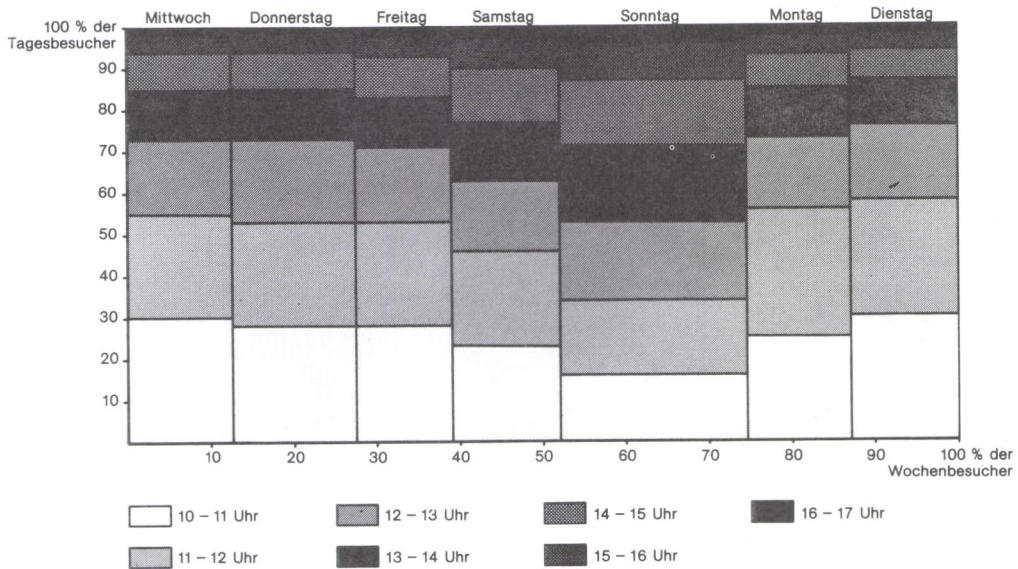
Quelle: Freizeitpark Fort Fun

Entwurf: A. Mayr, P. Schnell

Kartographie: K. Heusener, B. Schabhüser

Abb. 4: Tagesgang des Besucheraufkommens im Freizeitpark Fort Fun während des Befragungszeitraums 1984





Quelle: Freizeitpark Fort Fun

Entwurf: A. Mayr, P. Schnell  
Kartographie: K. Heusener, B. Schabhüser

**Abb. 5: Relative Verteilung des Besucheraufkommens von Fort Fun im Tages- und Wochendurchschnitt während des Befragungszeitraums 1984**

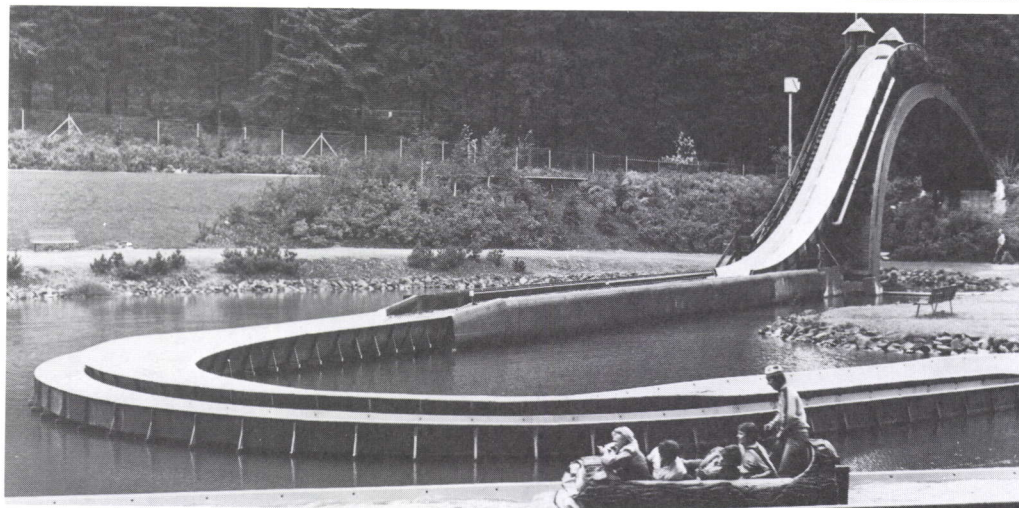
(Befragungen liefen stets von Mittwoch bis Dienstag; daher die gewählte Anordnung.)

für den höheren Erstbesucheranteil die vom Urlaubsort her anreisenden Gäste mitverantwortlich sind, kann die größere Besuchshäufigkeit der Wiederholungsbesucher damit erklärt werden, daß ein Urlaubsreiseverzicht durch Tagesausflüge, u. a. nach Fort Fun, kompensiert wird. Für diese Vermutung spricht auch die Tatsache, daß während der Hauptsaison Jugendgruppen mit rd. 25% aller Gruppenbesuche besonders stark vertreten sind (Durchschnitt 10%).

Die *Erstinformation über den Freizeitpark* geht zu 44% auf empfehlende Hinweise von Verwandten, Freunden und Bekannten zurück. Da weitere 12% am Arbeitsplatz auf Fort Fun aufmerksam gemacht worden sind, kommt der Mundpropaganda als Informationsquelle eine überragende Bedeutung zu. Einen weiteren wichtigen Informationsträger bilden die Medien (Zeitungsanzeigen und -berichte 25%, Rundfunk- und Fernsehwerbung 2%). Die Werbung am Urlaubsort, insbesondere durch Prospekte in den Beherbergungsbetrieben und Fremdenverkehrsämtern, macht knapp 5% aus. Hinweisschilder und Flugwerbung durch Bannerschlepp spielen insgesamt eine unterge-

ordnete Rolle (3 bzw. 2%), sind jedoch in der Hauptsaison von größerer Bedeutung (4 bzw. 3%); die Flugwerbung wird im Auftrag der Parkleitung nur in der Hauptsaison durchgeführt. Auffällig ist bei den Befragungsergebnissen der hohe Anteil von sonstigen Informationsquellen in der Hauptsaison (rd. 20%), der von Kartenstudien über Plakate bis zum Zufall reicht. Tips von Verwandten, Freunden und Bekannten sind in dieser Zeit entsprechend weniger wichtig. Aufgrund der inneren Gliederung des Freizeitparks ist es nicht weiter überraschend, daß unter den *wahrgenommenen Angeboten* die Westernstadt mit 94% an erster Stelle steht; jeder Besucher ist nämlich gezwungen, sie zu passieren, um in andere Teile des Parks zu gelangen. Unter den Fahrgeschäften bildet die von 88% der Besucher genutzte Wildwasserbahn die Hauptattraktion, gefolgt von der Westerneisenbahn (74%) und Superrutschbahn (72%). Der als letzte Großanlage mit hohem finanziellen Aufwand installierte Wirbelwind (vgl. Kap. 3.1) wird demgegenüber nur von 56% der Gäste in Anspruch genommen; dieser deutlich niedrigere Wert resultiert daraus, daß dieses Fahrgeschäft fast ausschließlich für Kinder und Jugendliche attraktiv ist.





**Bild 1:** Die 780 m lange Superrutsche vom Stüpel ins Elpetal, der erste Ansatz des Freizeitentrums (eröffnet 1972); **Bild 2:** Die Westernstadt „Fort Fun City“, Urzelle des eigentlichen Freizeitparks (eröffnet 1976); **Bild 3:** Die Wildwasserbahn (eröffnet 1981), die beliebteste technische Großeinrichtung des Freizeitparks

Tabelle 5

## Besucherverhalten

Merkmale	Insgesamt	Vor-saison	Haupt-saison	Nach-saison
<i>Stichprobe</i>	1083	249	571	263
<i>Besuchshäufigkeit (%)</i>				
Erstbesuch	59,9	52,8	64,2	55,9
schon öfter besucht	40,1	47,2	35,8	44,1
Anzahl der bisherigen Besuche (n)	2,82	2,76	2,88	2,65
<i>Fort Fun-Besuch alleiniger Ausflugsgrund (%)</i>				
ja	83,0	87,8	81,6	81,7
<i>Aufenthaltsdauer (%)</i>				
bis 2 Stunden	4,0	2,8	5,6	1,5
2 – 3 Stunden	17,1	18,5	15,1	20,3
3 – 4 Stunden	31,6	29,0	25,8	46,6
4 – 5 Stunden	27,1	29,5	28,1	22,5
5 – 6 Stunden	13,9	15,7	16,1	7,2
mehr als 6 Stunden	6,4	4,4	9,3	2,0
durchschnittl. Aufenthaltsdauer (Minuten)	264	264	273	246
Aufenthaltsdauer (Minuten) von 50 % der Besucher	240	240	270	240
<i>Kennenlernen (%) (Mehrfachnennungen)</i>				
Tip von Freunden/Bekannten/Verwandten	43,9	48,1	36,2	57,1
Zeitung	24,6	31,7	21,8	24,1
Tip am Arbeitsplatz	11,6	10,3	11,6	12,9
Werbung am Urlaubsort	4,5	5,2	4,9	3,9
Hinweisschilder	2,9	0,4	3,7	2,8
Fernsehen/Rundfunk	2,4	0,9	4,4	–
Flugwerbung/Bannerschlepp	1,5	–	2,8	–
Sonstiges	15,0	8,8	19,9	11,7
<i>Wahrgenommene Angebote (%) (Mehrfachnennungen)</i>				
Westernstadt	93,8	96,8	92,3	94,3
Wildwasserbahn	87,9	95,6	84,9	87,1
Gastronomie	79,3	73,1	79,7	84,4
Shows und Ausstellungen	74,2	72,7	73,4	77,6
Westerneisenbahn	73,8	85,1	71,6	67,7
Super-Rutschbahn	71,7	87,6	64,6	72,2
Wirbelwind	56,0	61,0	52,4	58,9
Karussell	31,7	38,6	30,1	28,5
Kinderspielplätze/-spielhaus	27,6	39,0	24,3	24,0
Reiten/Postkutschenfahrt o. ä.	19,9	24,1	16,8	22,8
Grillplatz	9,0	5,6	12,6	4,2
<i>Ausgaben</i>				
Insgesamt (%): bis 25 DM	11,8	6,2	9,5	23,0
26 – 50 DM	29,7	31,7	25,4	37,7
51 – 75 DM	25,0	25,5	27,3	18,8
76 – 100 DM	18,7	19,7	21,8	10,7
101 – 125 DM	7,1	7,0	8,0	4,9
mehr als 125 DM	7,7	9,9	8,0	4,9
Durchschnittl. DM	69,18	73,19	71,96	58,14
Eintritt: Durchschnittl. DM	35,82	40,86	34,40	29,63
Gastronomie: Durchschnittl. DM	31,52	30,66	34,29	26,36
Aktivitäten: Durchschnittl. DM	11,99	13,77	13,25	6,87
Souvenirs: Durchschnittl. DM	13,80	12,17	13,97	14,80

Alle Prozentangaben und sonstige Angaben beziehen sich, sofern nicht anders vermerkt, auf die Personen, die die einzelnen Fragen beantwortet haben. Quelle: Eigene Erhebungen 1984

Die gastronomischen Einrichtungen (4 Restaurants und Cafés, 1 SB-Restaurant, 7 Imbiß- und Eis-Kioske) werden entsprechend der langen Abwesenheit von zu Hause von allen Besuchern in hohem Maße frequentiert (79 %). Die Tatsache, daß in der Nachsaison mit 84 % der höchste Anteil erreicht wird, ist auf die große Zahl von Reisegruppen zurückzuführen. Die Möglichkeit, während des Besuchs selbst zu grillen, wird dagegen kaum in Anspruch genommen (9 %) und erreicht in der Hauptsaison mit 13 % ihren höchsten Anteil.

Vom übrigen Angebot des Freizeitparks werden lediglich die z. T. jährlich wechselnden Shows (z. B. Zirkusdressuren, Varieté, Unterhaltung) und die Ausstellungen in hohem Maße wahrgenommen, und zwar von 74 % aller Befragten. Karussells, das Kinderspielhaus und Kinderspielplätze, Ponyreiten sowie Postkutschenfahrten liegen am Ende der Attraktivitätsskala, denn sie werden sämtlich von weniger als einem Drittel der Besucher genutzt.

Die *Ausgaben der Besucher* innerhalb des Freizeitparks ergeben ein differenziertes Bild. Bei einer durchschnittlichen Ausgabenhöhe von rd. 70 DM für den einzelnen Besucher und seine Begleitung liegt der Ausgabenschwerpunkt zwischen 26 – 50 DM (30 %) und 51 – 75 DM (25 %). Dabei betrug der Eintritt im Jahre 1984 für Personen ab 14 Jahre 11.50 DM, für Kinder unter 14 Jahren 10.- DM, wobei dieser sog. Inklusivpreis die beliebig häufige Nutzung aller Fahrgeschäfte einschließt; für Reisegruppen gelten geringfügig reduzierte Sondertarife. Diejenigen Besucher, die bei der Befragung detaillierte Angaben zu ihren Ausgaben im Freizeitpark machten, wandten durchschnittlich 36 DM für den Eintritt, weitere 32 DM für Verpflegung, 12 DM für nicht im Inklusivpreis enthaltene Aktivitäten und schließlich 14 DM für den Erwerb von Souvenirs auf, insgesamt also ca. 94 DM pro Besucher-Kleingruppe; hinzu kamen noch 1.50 DM für die Nutzung der betriebseigenen Parkplätze. Diese Ergebnisse stimmen bei einer Gruppengröße von zumeist vier Personen mit den Erhebungen der Stiftung Warentest überein (7/1984, S. 69), nach denen in Fort Fun im Durchschnitt 24 DM pro Person ausgegeben werden. Insgesamt

wird deutlich, daß die sog. Inklusivpreise, mit denen die Freizeitparks Werbung betreiben, die effektiven Ausgaben bei weitem nicht abdecken, sondern nur ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtausgaben erreichen.

Hinsichtlich der Saisonalität ergeben sich bei den Ausgaben keine markanten Unterschiede. Auffällig ist lediglich, daß in der Nachsaison – bedingt durch die zahlreichen Reisegruppen mit ermäßigten Preisen – die beiden niedrigsten Ausgabekategorien (bis 25 DM und 26 bis 50 DM) überdurchschnittlich hohe Anteile erreichen. Für „sonstige Aktivitäten“ werden lediglich 7 DM aufgebracht. Dies hat zur Folge, daß die durchschnittlichen Ausgaben bei Inanspruchnahme aller kostenpflichtigen Angebotsmöglichkeiten „nur“ 78 DM erreichen.

### 3.5 Besuchereinstellungen und -bewertungen

Im *Urteil der Besucher* erhielt der Freizeitpark Fort Fun im Jahre 1984 auf einer Notenskala von 1 – 6 den Wert 2,2 (vgl. Tab. 6); diese Bewertung stimmt mit dem „gut“ einer Besucherbefragung der Stiftung Warentest aus dem gleichen Jahr überein (1984, S. 74).

Rund 60 % aller befragten Besucher kennen andere Freizeitparks (vgl. Abb. 1) aus eigener Erfahrung; dieser Anteil erreicht sein Maximum mit 75 % in der Vorsaison und sinkt bis zur Nachsaison auf 53 % ab. Den höchsten *Bekanntheitsgrad* unter allen in der Befragung vorgegebenen Parks erreicht das Phantasialand bei Brühl (60 %). Mit deutlichem Abstand folgen Hollywood-Park und Safariland bei Stukenbrock, der Traumlandpark in Bottrop-Kirchhellen und der Panorama-Park Sauerland in Kirchhündem-Rinsecke (27, 21 bzw. 20 %). Zu einer deutlich geringer bekannten Gruppe gehören der Vogelpark Walsrode, der Löwenpark Graf Westerholt in Gelsenkirchen-Buer und der niederländische Freizeitpark „De Efteling“ in Kaatsheuvel nördlich Tilburg (13, 12 bzw. 10 %). Nur wenig bekannt bei den Besuchern von Fort Fun sind das Safariland Groß-Gerau sowie der Löwen-Großwild-Foto-Safari-Park in Tüddern (je 4 %). Andere Freizeitparks wurden zwar in größerer Anzahl genannt, erreichen jedoch keine nennenswerten Anteile.

Tabelle 6

## Besuchereinstellungen und -bewertungen

Park/Wertung	Insgesamt	Vor-saison	Haupt-saison	Nach-saison
<i>Stichprobe</i>	1083	249	571	263
<i>Besuchte Freizeitparks</i>				
(a: Besuch %, b: Wertung Note)				
keine (%)	42,1	24,7	34,5	46,9
Phantasialand (Brühl)	a: 60,2	60,1	59,9	60,8
	b: 1,72	1,72	1,87	1,78
Hollywood-Park u. Safariland Stukenbrock	a: 26,7	26,4	26,5	27,5
	b: 2,51	2,66	2,39	2,58
Traumlandpark (Bottrop-Kirchhellen)	a: 21,4	26,0	18,5	22,2
	b: 2,42	2,23	2,63	2,24
Panoramapark Sauerland (Kirchhundem)	a: 19,7	13,0	16,0	35,7
	b: 2,40	2,78	2,70	2,28
Vogelpark Walsrode	a: 12,5	13,0	11,8	13,5
	b: 2,52	2,56	2,56	2,41
Löwenpark Graf Westerholt (Gelsenkirchen)	a: 11,7	15,4	9,4	12,3
	b: 2,67	3,00	2,35	2,71
De Efteling (Kaatsheuvel/NL)	a: 10,2	6,7	12,3	9,9
	b: 1,95	2,14	1,91	1,88
Safariland Groß-Gerau	a: 4,0	4,8	3,7	2,9
	b: 2,13	2,00	2,36	2,20
Löwen-Großwild-Foto-Safari Tüddern	a: 3,6	2,9	4,6	2,9
	b: 2,63	2,00	2,81	2,80
Wertung Fort Fun	b: 2,22	2,37	2,10	2,35
<i>Preisvergleich von Fort Fun mit anderen Freizeitparks (%)</i>				
Eintrittspreise: billiger	20,1	17,7	21,4	21,7
gleich teuer	65,2	63,5	66,1	69,3
teurer	14,6	18,8	12,5	9,0
Note (1 – 5)	2,89	3,02	2,97	2,75
Gastronomie: billiger	13,3	13,9	12,7	13,7
gleich teuer	72,2	71,5	69,8	77,8
teurer	14,5	14,5	17,5	8,5
Note (1 – 5)	3,03	3,01	3,10	2,90
<i>Bereichswertung (Note 1 – 5)</i>				
Eingangsbereich	2,38	2,41	2,33	2,50
Westernbereich	2,13	2,31	1,96	2,33
Spielbereich	2,16	2,33	2,02	2,30
Fahrgeschäfte	1,87	1,75	1,83	1,92
<i>Wiederbesuchs-Absicht (%)</i>				
ja	84,5	83,8	85,3	83,8

Alle Prozentangaben und sonstige Angaben beziehen sich, sofern nicht anders vermerkt, auf die Personen, die die einzelnen Fragen beantwortet haben. Quelle: Eigene Erhebungen 1984

Die Bewertung der genannten Freizeitparks läßt erkennen, daß diese Angebotsform von ihren Besuchern offensichtlich sehr geschätzt wird, denn keine einzige Anlage erhielt einen Wert, der schlechter als 2,7 war.

Auch diese Beurteilung deckt sich mit den Ergebnissen der Stiftung Warentest (1984, S. 74). Bei beiden Erhebungen erreicht Phantasialand die beste Bewertung und liegt vor Fort Fun. Die Tatsache, daß der

niederländische Freizeitpark De Efteling eine bessere Durchschnittsnote als Fort Fun erhält, erklärt sich nicht zuletzt aus der geringen Zahl von Bewertungen, die überwiegend von Niederländern stammen. Die Vermutung wird auch dadurch bestätigt, daß De Efteling seinen höchsten Bekanntheitsgrad während der Befragung in der Hauptsaison erreicht, in der besonders viele Niederländer ihren Urlaub im Sauerland verbringen (vgl. SCHNELL 1986, Nebenkarte 2.3).

Bei einem Vergleich der *Eintritts- und Gastronomiepreise* sind jeweils rd. zwei Drittel der Befragten der Meinung, daß Fort Fun im Verhältnis zu den anderen Freizeitparks auf einem vergleichbaren Niveau liegt. Wie bei den Ausgabenstrukturen zeigt sich auch beim Preisvergleich wiederum, daß sich in der Nachsaison die schon erwähnten Pauschalpreise für Gruppen bemerkbar machen.

Den Besuchern von Fort Fun wurden 13 Aussagen zur *Bewertung (Statements)* vorgelegt, die u. a. Lage, Besuchsgrund und Angebot des Parks zum Inhalt hatten. Jeder Befragte wurde gebeten, von den vier Vorgaben „stimmt völlig“, „stimmt zum Teil“, „stimmt kaum“ und „stimmt überhaupt nicht“ jeweils diejenige auszuwählen, die für ihn und ggf. seine Begleitung am ehesten zutrifft. Um vergleichbare und besser interpretierbare Ergebnisse zu erhalten, wurden die Antwortvorgaben in der oben genannten Reihenfolge mit den Werten 1 – 4 gewichtet und für alle Statements Mittelwerte gebildet (vgl. Abb. 6). Die errechneten Mittelwerte lassen folgende Tendenzen erkennen:

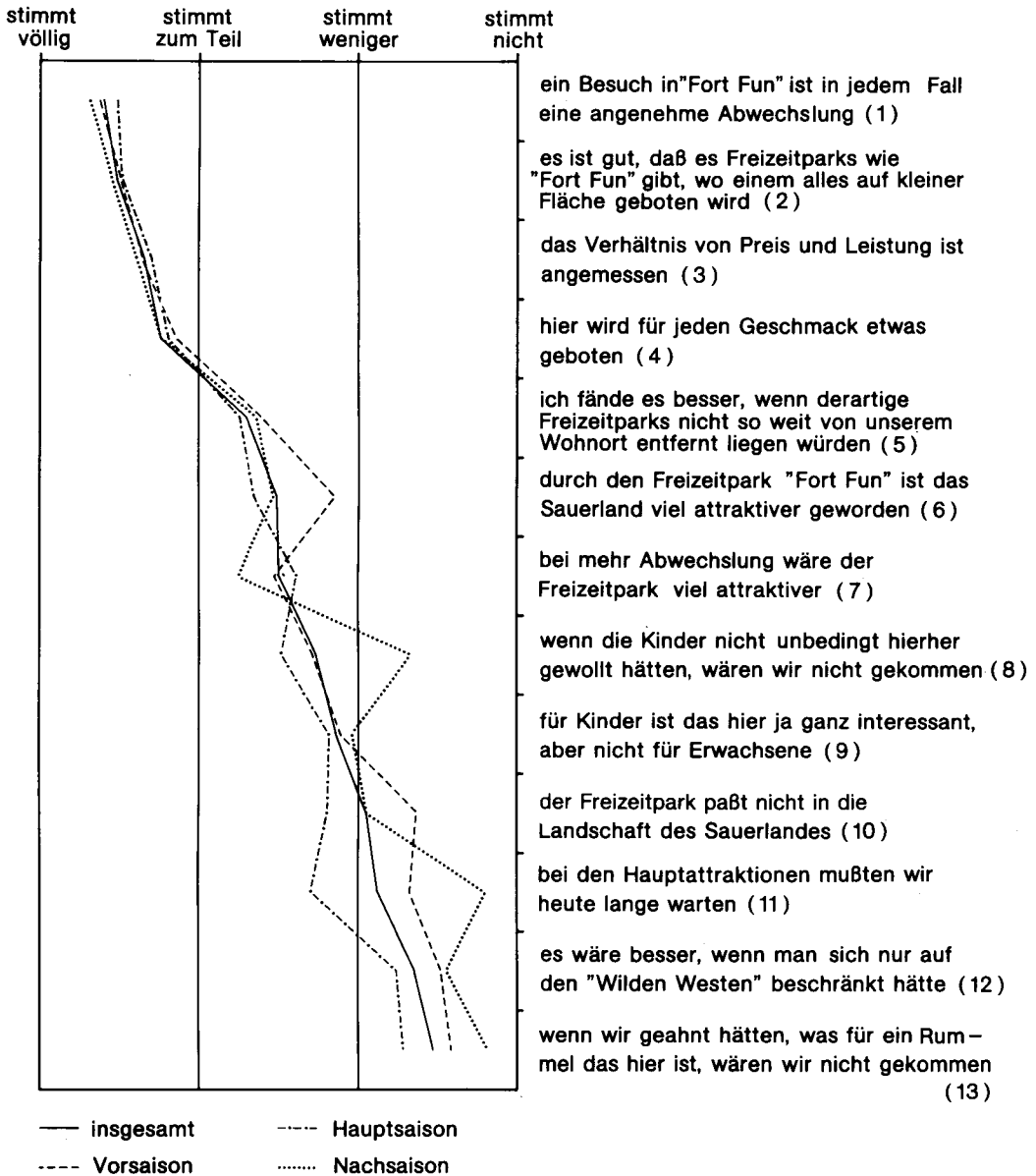
Die angenehme Abwechslung vom Alltag, die Konzentration des Angebotes, das angemessene Preis-Leistungs-Verhältnis sowie die Angebotsvielfalt werden als positivste Aspekte von Fort Fun angesehen. Die Abweichung vom Gesamtdurchschnitt ist bei diesen vier Statements (Nr. 1 – 4) überdurchschnittlich hoch (über Standardabweichung). Bedauert wird die überwiegend zu weite Entfernung zum Wohnort; gleichzeitig ist man der Meinung, daß das Sauerland durch Fort Fun an Attraktivität gewonnen hat und daß der Park bei Erweiterung der Angebotspalette noch attraktiver würde. Diese drei Statements (Nr. 5 – 7)

erreichen noch eine leicht über dem Durchschnitt liegende Bewertung. Auf insgesamt schwache Ablehnung stoßen die Aussagen, man sei nur der Kinder wegen gekommen, der Park sei nur für Kinder, aber nicht für Erwachsene interessant, er füge sich nicht in die Landschaft des Sauerlandes ein und man habe lange Wartezeiten bei den Hauptattraktionen in Kauf nehmen müssen (Statements 8 – 11). Dies bedeutet u. a., daß auch Erwachsene Interesse an dem Freizeitpark haben und daß man überwiegend die Meinung vertritt, daß er gut in die Landschaft eingebunden ist.

Überdurchschnittlich stark abgelehnt werden schließlich die Antwortvorgaben, der Park hätte sich besser auf den „Wilden Westen“ beschränken sollen und man wäre nicht gekommen, wenn man den Rummel vorausgesehen hätte (Statements 12 und 13). Hieraus folgt, daß die Westernstadt schon nicht mehr als attraktiv genug empfunden wird, daß die von der Parkleitung im Laufe der letzten Jahre betriebene Ausbaupolitik bei den Besuchern auf positive Resonanz stößt, und daß das mit einem Freizeitpark häufig verbundene große Besucheraufkommen nicht als störend empfunden wird.

Die dargestellten *Bewertungen* unterliegen im Einzelfall *saisonalen Schwankungen*, die jedoch nicht extrem auffällig sind. So wirkt sich z. B. – im Gegensatz zur Nachsaison – das höhere Besucheraufkommen in der Hauptsaison, das stärker registriert wird (Statement 13), dahingehend aus, daß längere Wartezeiten an den Fahrgeschäften auftreten und negativ in die Bewertung eingehen (Statement 11). Während zugegeben wird, daß in der Hauptsaison viele Besuche nur der Kinder willen durchgeführt werden, wird diese Antwortvorgabe in der Nachsaison aufgrund der zahlreichen Reisegruppen deutlich stärker abgelehnt (Statement 8).

Abweichungen treten auch in Abhängigkeit von sozioökonomischen Strukturmerkmalen auf. Hervorzuheben ist insbesondere, daß mit zunehmender Bildungsqualifikation die Einstellung zum Freizeitpark kritischer wird. So besuchen Absolventen von Gymnasien, Fachhochschulen und Universitäten den Park eher der Kinder wegen als aus persönlichem Interesse.



Quelle: eigene Erhebungen

Entwurf: A. Mayr, P. Schnell

Kartographie: K. Heusener, B. Schabhüser

Abb. 6: Fort Fun im Urteil seiner Besucher



Um zu einer *Bewertung der Teilbereiche* des Parks zu gelangen, wurden die Befragten gebeten, Einzelnoten von 1 – 5 für den Eingangs-, Western- und Spielbereich sowie für die Fahrgeschäfte zu vergeben. Das Ergebnis, das kaum saisonale Schwankungen aufweist, läßt erkennen, daß alle vorgegebenen Teilbereiche in der Gunst der Besucher eng beieinanderliegen. Dabei erreichen die Fahrgeschäfte als Hauptattraktionen die beste Bewertung. Mit nur geringem Abstand folgen die Urzelle des Parks, die Westernstadt, sowie der zum damaligen Zeitpunkt noch im Ausbau befindliche Spielbereich. Der gärtnerisch recht ansprechend gestaltete Eingangsbereich (Blumenbeete, Sitzgruppen usw.) rangiert in der Gunst der Besucher an letzter Stelle, was sich aus der Durchgangsfunktion erklärt.

Eine für den Freizeitpark Fort Fun als Kompliment aufzufassende Antwort ergab die Abschlußfrage, ob man an einem *Wiederholungsbesuch* des Parks potentiell interessiert sei. Nicht weniger als 85 % bejahten diese Frage bei nur schwach ausgeprägten saisonalen Schwankungen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß von den insgesamt 1083 Befragten 60 % Erstbesucher waren, bedeutet diese Zustimmungquote einen hohen Zufriedenheitsgrad mit der Idee des Freizeitparks und ihrer Konkretisierung am Beispiel von Fort Fun.

### 3.6 Wirtschaftliche Bedeutung für die Region

Es ist offensichtlich, daß eine komplexe Freizeit-Großanlage wie Fort Fun nicht nur beträchtliche raumwirksame Folgen – vom Ausbau der Zubringerstraßen bis zur Verkehrsbelastung –, sondern auch wirtschaftliche Auswirkungen auf die Standortgemeinde und ihre Umgebung hat.

Über zusätzliche Betriebs- und Haushaltsbefragungen wurde versucht, die ökonomische Bedeutung des Freizeitparks und sein Image bei den Bewohnern zu ermitteln. Die Erhebungen wurden in insgesamt 21 Ortsteilen durchgeführt, in denen nach Rücksprache mit der Parkleitung am ehesten Auswirkungen zu erwarten waren. Aufgrund dieses Auswahlprinzips wurde die politische Gemeinde Bestwig weitestgehend

(ohne die nördlich der Ruhr gelegenen Ortsteile) und die Stadt Olsberg überwiegend erfaßt, während die Städte Schmallenberg und Winterberg jeweils nur randlich berücksichtigt wurden (vgl. Tab. 7).

Die Erhebungen wurden anhand von Fragebögen durchgeführt, die weitestgehend standardisiert waren; die Haushalte wurden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, während bei den Gewerbebetrieben die potentielle Betroffenheit durch den Freizeitpark das entscheidende Auswahlkriterium bildete. Aufgrund der begrenzten Stichprobenumfänge von nur 139 Betriebs- und 137 Haushaltsbefragungen sind – vor allem auf der Basis der z. T. sehr kleinen Ortsteile – keine repräsentativen Aussagen möglich; die Entwicklung des Gesamttraumes dürfte jedoch zutreffend erfaßt sein.

Ein erster Hinweis auf die wirtschaftliche Bedeutung von Fort Fun ergibt sich aus der Anzahl und Verteilung der durch den Park selbst neugeschaffenen *Arbeitsplätze* (vgl. Tab. 7). Im Sommer 1984 hatte Fort Fun insgesamt 133 ständige Mitarbeiter, von denen allein 89 bzw. 67% in der Gemeinde Bestwig ansässig waren; die meisten Beschäftigten wohnten in den unmittelbar benachbarten Siedlungen Andreasberg und Ramsbeck, zwei Ortsteilen, die durch den Niedergang des Erzbergbaus in ihrer Wirtschaftsstruktur besonders betroffen sind (vgl. KARTE 1983 und KÖHNE 1989). An Wochenenden und in der Sommersaison waren bis zu 50 weitere Teilzeitkräfte und damit insgesamt bis zu 180 Personen beschäftigt. Durch die ausgezahlten Lohnsummen wird die Kaufkraft der Region nicht unbeträchtlich gesteigert.

Eine sektorale Analyse betroffener Wirtschaftsbranchen läßt erkennen, daß die stärksten positiven Veränderungen im *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe* eingetreten sind. Von 41 befragten Restaurationsbetrieben (Restaurants, Cafés, Imbißstuben) haben sich bei 20 deutlich positive, bei weiteren drei geringfügigere Veränderungen ergeben, und zwar Umsatzsteigerungen durch erhöhte Nachfrage und gastronomische Spezialisierungen. Allein 14 Betriebe hatten seit Gründung des Parks zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt. Es



Tabelle 7

**Befragungen und Beschäftigte von Fort Fun  
nach Erhebungsgemeinden und Ortsteilen**

Gemeinde/ Ortsteil	Einwohner (Volkszählung 1970)	Betriebs- befragungen	Haushalts- befragungen	Beschäftigte von Fort Fun (Sommer 1984)
Bestwig:				
Andreasberg	466	14	6	34
Berlar	199	2	11	—
Bestwig	991	9	3	12
Grimlinghausen	37	—	1	—
Heringhausen	908	4	11	9
Nuttlar	1853	3	3	6
Ostwig	1268	12	10	4
Ramsbeck	1920	21	15	20
Velmede	3627	8	4	4
Wasserfall	68	4	6	—
Olsberg:				
Brunskappel	390	2	5	—
Elpe	413	11	11	—
Gevelinghausen	434	7	9	5
Heinrichsdorf	162	2	2	—
Wiggeringhausen	6	—	—	—
Wulmeringhausen	329	4	12	—
Schmallenberg:				
Bödefeld-Freiheit	1028	14	4	—
Brabecke	236	2	4	—
Westernbödefeld	276	3	5	—
Winterberg:				
Altenfeld	193	3	9	—
Siedlinghausen	1912	14	6	—
Summe	16636	139	137	94
Olsberg (übr. Ortsteile)		—	—	12
Meschede		—	—	9
Brilon		—	—	6
Sonstige		—	—	12
Summe		139	137	133

Quellen: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Düsseldorf; eigene Befragungen und Parkleitung Fort Fun 1984

wurde jedoch auch ein Umsatzrückgang beklagt, der sich aus der Konkurrenz durch die Gastronomiebetriebe innerhalb des Freizeitparks und durch den eingetretenen Besucherrückgang ergibt. Es ist festzustellen, daß die Entfernung zum Park eine entscheidende Rolle spielt. Als Beleg kann angeführt werden, daß alle befragten Restaurationsbetriebe in Ramsbeck, Andreasberg, Gevelinghausen und Heringhausen ausschließlich starke positive Veränderungen durch Fort Fun erfahren hatten. Bei 8 von 12 gewerblichen Beherbergungsbetrieben wurden Veränderungen durch Fort Fun ausgelöst, darunter Um- und Ausbaumaß-

nahmen in 5 Unternehmen, wobei allein 4 dieser Betriebe in den unmittelbar angrenzenden Ortsteilen liegen. Die Gäste von 10 Betrieben besuchen während ihrer Anwesenheit den Freizeitpark, davon bei 7 Betrieben zu 75 – 100 %. Für 31 von 51 befragten Pensionen löste Fort Fun positive Veränderungen aus (Um- und Ausbau), wobei erneut Andreasberg am stärksten betroffen war (u. a. zwei Betriebe, die ausschließlich wegen des Freizeitparks vergrößert wurden). Nur 3 der 51 Betriebe gaben an, daß ihre Gäste Fort Fun nicht aufsuchen, bei 24 Betrieben besuchen 75 bis 100 % der Gäste den Freizeitpark.

Als *weitere Wirtschaftsbranchen* wurden Tankstellen, Lebensmittelgeschäfte, Souvenirläden, Blumengeschäfte und Töpfereien zusammengefaßt. Für diese Unternehmen ist eine geringe Auswirkung von Fort Fun charakteristisch, denn nur 9 von insgesamt 34 Betrieben erfuhren positive Veränderungen durch Fort Fun. Am stärksten war die Umsatzsteigerung bei den Tankstellen (4 von 5) und bei den Töpfereien (2 von 3). Nur in 3 von 23 befragten Lebensmittelgeschäften war eine Nachfrageerhöhung eingetreten (Ramsbeck und Elpe); im Ortsteil Wasserfall ist diese auch durch Einkäufe von Bewohnern der Fort-Fun-Blockhütten-siedlung bedingt. In den Souvenirgeschäften sind keine Auswirkungen eingetreten, da der entsprechende Bedarf offensichtlich im Freizeitpark selbst gedeckt wird. In begrenztem Maße profitieren lokale Bus- und Taxiunternehmen, die Transporte zum und vom Freizeitpark durchführen.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Existenz von Fort Fun sich durchaus positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung seiner Umgebung ausgewirkt hat. Dabei erfuhren das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie die Tankstellen die stärksten Impulse; mit zunehmender Entfernung vom Park lassen die ökonomischen Auswirkungen erkennbar nach.

Im *Urteil der einheimischen Bevölkerung* hat die Existenz Fort Funs zu unterschiedlichen Veränderungen in ihrem Lebensraum geführt (Ergebnisse der Haushaltsbefragungen). So ist man fast einhellig der Meinung, daß das Verkehrsaufkommen ganz beträchtlich gewachsen ist. Dies gilt insbesondere für Olsberg-Gevelinghausen, wo die Ortsdurchfahrt ausgebaut worden ist; im Gegensatz dazu wird die Zunahme des Verkehrsaufkommens in den traditionell vom Durchgangsverkehr stärker belasteten Orten im Ruhrtal als weniger stark empfunden. Eine deutliche Steigerung der Lärmbelastigungen durch den Verkehr wird demgegenüber in den Ruhrtalgemeinden sowie in Andreasberg und Wasserfall festgestellt; es ist nicht eindeutig nachweisbar, ob diese Situation allein durch Fort Fun verursacht wird oder ob sich hier eine gestiegene Sensibilität für Umweltprobleme auswirkt.

In bezug auf die örtlichen Versorgungsangebote sehen die Befragten keine erkennbaren positiven Auswirkungen durch Fort Fun. Dies gilt erst recht für die Entwicklung des Preisniveaus, das sich vor allem in Ramsbeck durch Verteuerungen negativ verändert hat.

Die Bekanntheit des Sauerlandes ist nach Meinung der Befragten durch Fort Fun nachhaltig erhöht worden. Auch die Arbeitsplatzsituation ist positiv beeinflusst worden, insbesondere in Ramsbeck und Umgebung. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der Gemeinden und ihrer Ortsteile wird allgemein positiv eingeschätzt, was jedoch keineswegs Fort Fun allein zugeschrieben wird, vielmehr wird die Gesamtentwicklung des Fremdenverkehrs hierfür verantwortlich gemacht.

Je nach Ortsteil sind zwischen 50 und 75 % der Befragten der Meinung, daß sich die Erwartungen, die man an den Freizeitpark und seine Auswirkungen geknüpft hat, erfüllt haben. Sofern gegenteilige Meinungen vertreten werden, werden diese begründet mit dem erhöhten Verkehrsaufkommen, den Lärmbelastigungen, der relativ geringen Zahl neuer Arbeitsplätze und der Höhe der Preise in Fort Fun.

Die Erfahrungen mit Fort Fun werden insgesamt so positiv eingeschätzt, daß über 70% aller befragten Einwohner anderen Gemeinden die Gründung eines kommerziellen Freizeitparks uneingeschränkt oder mit einigen Auflagen für Verkehrs-, Natur- und Umweltbelange empfehlen würden. Besonders wird die Attraktivitätssteigerung für Besucher herausgestellt; angeführt werden auch die Umsatzsteigerung der Gastronomie und Auswirkungen auf die Ortsbildgestaltung. Allerdings lehnen rd. 20 % einen Freizeitpark ab und würden z. T. in einer Bürgerinitiative dagegen aktiv werden.

#### **4. Fort Fun im Spannungsfeld seiner Mitbewerber – Wertung und Ausblick**

##### **4.1 Zur allgemeinen Attraktivität des Sauerlandes für den Sommerfremdenverkehr**

Innerhalb des Sauerlandes repräsentiert der Freizeitpark Fort Fun nur eine unter zahl-

reichen Angebotsformen des Freizeit- und Fremdenverkehrs. Für die weitaus meisten Besucher bildet sicherlich die landschaftliche Vielfalt die Hauptattraktion; hervorzuheben sind hier besonders das Relief („Land der tausend Berge“), die Naturparks mit ihren großflächigen Waldbeständen, die Talsperren und die heilklimatischen Gegebenheiten, die zu einer Prädikatisierung vieler Gemeinden als Kurorte geführt haben (vgl. KIEMSTEDT u. a. 1975; KESSLER 1980; SCHNELL 1983, 1985, 1986; FREUND 1987).

Beliebte Ausflugsziele sind ferner malerische Stadt- und Ortsbilder, kulturhistorisch interessante Bauwerke (z. B. Burgen), Museen, technische Kulturdenkmäler und Sommeraufführungen von Freilichtbühnen. Für Tagesbesucher und Übernachtungsgäste bilden auch zahlreiche Wildgehege (vgl. THIEL 1971), Märchenwälder sowie mehrere größere touristisch erschlossene Naturdenkmäler (z. B. Felsenmeer, Bruchhauser Steine) und Tropfsteinhöhlen (z. B. Attahöhle, Dechenhöhle) besondere Attraktionen.

#### 4.2 Die Karl-May-Festspiele in Lennestadt-Elspe

Bei den Freizeitparks selbst hat Fort Fun zwei größere sauerländische Mitbewerber (vgl. u. a. IHK Siegen 1988). Der ältere von ihnen sind die Karl-May-Festspiele Elspe, neuerdings „Elspe Festival“ in Lennestadt-Elspe (Kreis Olpe), die sich – ausgehend von Laienspielaufführungen seit der Jahrhundertwende und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg – zum „größten Action-Theater Europas“ entwickelt haben (Eigenwerbung). 1950 schlossen sich die Hobby-Schauspieler zum Verein „Naturbühne Elspe e. V.“ zusammen und errichteten am Rande des Naturschutzgebietes Rübenkamp, einem der größten und schönsten Wacholdergebiete Westfalens, eine große Freilichtbühne mit 1000 Sitzplätzen, die 1955 von einer ebenen Bühne zu einer Felskulisse umgestaltet wurde (inzwischen mit 4500 Plätzen). Nach „Wilhelm Tell“ in der ersten Spielzeit, anderen klassischen Werken und Volksstücken, die bereits steigende Besucherzahlen anlockten, brachte man 1958 die erste von zahlreichen Karl-May-Aufführungen („Winnetou“) heraus, die seit 1964 das Programm bestimmen.

1967 veränderte man den Aufführungsstil und wagte den Wechsel zum Action-Theater. Der Kern des heutigen Elspe Teams gab in jenen Jahren seine bisherigen Berufe auf, besuchte Reit-, Stuntmen- und Schauspielschulen in aller Welt und wurde so zum ersten Profi-Kader. Die steigenden Besucherzahlen konnten erneut erhöht werden, seitdem man 1976 den Film-Winnetou Pierre Brice mehrere Jahre lang als Mitwirkenden verpflichten konnte. Die Zuschauerzahlen stiegen von über 250 000 (1976) zum Höchstwert von rd. 405 000 (1980) und liegen seither bei über 300 000 (1984: rd. 404 000, 1988: rd. 351 000). Bezüglich der Besucherherkunft nimmt die Zahl von Gästen aus dem Nahbereich ab, das Ruhrgebiet ist relativ stark vertreten, und auf den Distanzbereich von über 100 km entfallen ständig wachsende Anteile.

Die Karl-May-Festspiele selbst werden inzwischen von einer auf Ausflugstourismus spezialisierten eigenen Western-Country-GmbH betrieben. Um sie herum sind gastronomische Nebenbetriebe, eine Westernstadt und ein Western-Express entstanden, und vor den Aufführungen werden Marionettentheater, indianische Folklore, Reiterstunts und Westernbands als Vorprogramm geboten. Neben 24 festen Mitarbeitern sind in der Festspielzeit bis zu 200 Saisonkräfte in den einzelnen Unternehmensbereichen beschäftigt.

Seit 1989 sind in Ergänzung zum Wildwest-Thema zusätzlich andere internationale Shows hinzugekommen (z. B. chinesische Akrobatik), so daß die ehemalige Naturbühne Elspe sich nunmehr als „Deutschlands erstes reines Show-Festival“ versteht (Prospektzitat). Man plant, die Zahl der festen Mitarbeiter auf 40 und diejenige der Saisonkräfte auf 400 zu erhöhen, will auch künftig auf technische Großattraktionen bewußt verzichten und hat im Wege der Zusammenarbeit mit der Biggesees-Schiffahrt sowie der Leitung der Attahöhle als Pauschalangebot einen gemeinsamen „Sauerland-Erlebnisaß“ eingeführt.

Unter den Freizeitparks stellt der Standort Elspe als Theaterpark sicherlich einen Sonderfall dar, der hinsichtlich seiner Zuordnung lediglich durch die Ausbauten der letzten Jahre zu rechtfertigen ist; der Besu-

cherzuström erfolgt natürlich vor allem an den Aufführungstagen.

#### 4.3 Der Panorama-Park Sauerland in Kirchhundem-Rinsecke

Der wegen des weitgehend gleichen Angebotes bedeutendere Konkurrent von Fort Fun ist der ca. 60 km entfernte Panorama-Park Sauerland in Kirchhundem-Rinsecke (Kreis Olpe). Er wurde unweit der Rhein-Weser-Wasserscheide am Eggenkopf (650 m hoch) im Rothaargebirge 1960 von einem engagierten Forstbaumschulen-Besitzer und Jäger (Josef Schulte-Wrede) ursprünglich mit dem Ziel der Rotwildzucht errichtet und trägt nach konzeptioneller Erweiterung durch seinen Sohn erst seit 1982 den heutigen Namen. Da das Gehege schon bald bei Wanderern und Ausflüglern sehr beliebt war, wurde es 1962 als Hochwildschutzpark offiziell zugänglich gemacht und seither kommerziell weiterentwickelt. Heute nimmt der Panorama-Park – bedingt durch die zahlreichen weitläufigen Freigehege mit einheimischem und seltenem Hochwild – die überdurchschnittlich große Fläche von 80 ha ein, von denen rd. 90 % Grünflächen sind (70 ha Wildpark mit ca. 7 km Wanderwegen; Stiftung Warentest 1984, S. 70, u. FICHTNER u. MICHNA 1987, S. 384 f.).

Neben dem ganzjährig geöffneten Wildpark sind sukzessive mit großem Investitionsaufwand umfangreiche Ausbauten erfolgt: zunächst ein Restaurant mit Hotel, Spielplätze und eine Kindereisenbahn, 1976 zwei je 500 m lange Superrutschbahnen und eine auf einer einspurigen Liftschiene geführte Transmobilbahn, 1979 die angeblich erste Wasserbobbahn der Welt (Eigenwerbung), 1982 die 650 m lange kurvenreiche Oldtimer-Berg- und Talbahn „Rothaarblitz“ und Bumperboote, 1984 die 1200 m lange Rollerbobbahn „Fichtenflitzer“ und 1987 u. a. eine Spielstadt („Panos Wunderland“), ein vielfältig differenzierter Kinderspielpark, ein Musikpavillon, ein Waldtheater und ein Pflanzenschaugarten. Einige der neuen Fahrgeschäfte, die sehr landschaftsschonend in das Waldpanorama eingebunden wurden, sind als Weltneuheiten eigens für den Panorama-Park entwickelt worden (Eigenwerbung).

1982 wurde für den Freizeitpark der sog. Inklusivpreis eingeführt. Die stetig gestie-

genen Besucherzahlen betragen 1984 rd. 360 000, 1988 rd. 400 000. Das Hauptzugsgebiet bilden der Kreis Olpe sowie die angrenzenden Kreise Siegen-Wittgenstein, Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis und Oberbergischer Kreis; wichtige weitere Herkunftsräume sind die über Autobahnen gut erreichbaren Räume Ruhrgebiet, Nordhessen (BAB 45) und Köln/Bonn (BAB 4). 90 % der Besucher reisen aus einem Umkreis von 100 km an (HASELHOFF 1984, S. 119 – 123 mit Karten). Für Gäste stehen 1500 gebührenfreie Stellplätze für PKW und 40 für Busse zur Verfügung (ebd., S. 66).

Der aus dem Sauerland stammenden Unternehmensgruppe Schulte-Wrede gehören inzwischen auch der Eifelpark in Gondorf bei Bitburg und der Kurpfalzpark in Wachenheim an der Weinstraße, die beide vorrangig Hochwildparks mit angeschlossenen Einrichtungen darstellen. Der Panorama-Park beschäftigt insgesamt ca. 70 Arbeitskräfte, davon etwa 20 Festangestellte; die meisten Bediensteten sind im Gastronomiebereich tätig und überwiegend in der Region ansässig (HASELHOFF 1984, S. 82).

Im direkten Vergleich zwischen dem Freizeitpark Fort Fun und dem Panorama-Park ergibt sich für das Jahr 1984, daß bei beiden die Fahrgeschäfte die Hauptattraktionen bilden und in etwa gleicher Anzahl vorhanden sind (8 im Panorama-Park, 7 in Fort Fun). Hinsichtlich der „Attraktionen zum Schauen“ weist der Panorama-Park ein eindeutiges Übergewicht auf (21:9), bei den Läden (7:2) sowie den gastronomischen Betrieben (12:9) führt hingegen Fort Fun (Stiftung Warentest 1984, S. 70 – 71). Aufgrund von Größe, landschaftlicher Einbindung und Ausstattung wird der Panorama-Park von der Stiftung Warentest als „landschaftlich schön gelegener und gestalteter Wildpark zum Spaziergehen, der keine spektakulären Attraktionen, aber genügend Spielmöglichkeiten für Kinder anbietet“, beurteilt (1984, S. 73).

#### 4.4 Bewertung, jüngere Entwicklung und Zukunftsaussichten von Fort Fun

Auch das mit nur ca. 25 ha Betriebsfläche deutlich kleinere Fort Fun wird von der Stiftung Warentest 1984 als „gut gestalteter Freizeitpark“ bezeichnet, „der besonders

Western-Freunde ansprechen dürfte... Das Schwergewicht liegt auf der Westernstadt mit typischen Wildwestmotiven... Das nicht sehr umfangreiche Fahrangebot ist in gutem Zustand“ (ebd., S. 73). Diese wie auch die vorangehende Beurteilung beruhen hinsichtlich der technischen Einrichtungen auf Studien des Jahres 1983 und sind nur im Vergleich zu anderen aufwendiger ausgestatteten Freizeitparks zu verstehen.

Im Rahmen landesplanerischer Zielvorstellungen zur Tourismusförderung im Hochsauerland sowie der Gebietsentwicklungsplanung für den Reg.-Bez. Arnsberg sollte seit Mitte der 1970er Jahre der privatwirtschaftlich betriebene Freizeitpark Fort Fun in Bestwig-Wasserfall Teil eines zweipoligen Freizeit- und Erholungsschwerpunktes im Elpetal werden (vgl. Nordrhein-Westfalen-Programm 1975, Landesentwicklungsplan III 1979 und insbesondere GEP Reg.-Bez. Arnsberg, TA Hochsauerlandkreis 1979, S. 114, 123–125 u. Karte 6). Als zweiter Pol dieser Freizeit-Großanlage war eine von der öffentlichen Hand geförderte weitere kommerzielle Einrichtung in Olsberg-Gevelinghausen vorgesehen, die das ganze Jahr hindurch der Tageserholung dienen sollte. Gedacht war u. a. an eine wetterunabhängige Freizeitanlage mit Spaßbad, Sauna, Solarium, Tauchbecken und Unterwasser-Restaurant, an einen Golfplatz, einen künstlichen See für Ruderboote, ein Freilichtmuseum („Sauerlanddorf“), ein Freigehege für Schwarzwild und ein größeres Feriendorf (Auskünfte Karl Frhr. von Wendt, April 1984). Finanzielle Engpässe bei allen Beteiligten ließen die Realisierung der Planungen jedoch 1984 bereits als unrealistisch erscheinen, obwohl sie laut GEP als kurz- bis mittelfristig umsetzbar eingestuft wurden (ebd., S. 125). So ist für Fort Fun ein erhoffter Innovationsschub ausgeblieben.

Für das Zurückbleiben von Fort Fun gegenüber seinen Mitbewerbern, das letztlich zum Übergang an den heutigen Besitzer führte (vgl. 3.1), sind unseres Erachtens mehrere Gründe verantwortlich:

1. die Nichtverwirklichung des oben erläuterten zweipoligen Freizeit- und Erholungsschwerpunktes Elpetal,
2. der kontinuierliche Ausbau der benachbarten Mitbewerber Panorama-Park Sauerland und Karl-May-Festspiele bzw. Festival Elspe, die im Laufe der Zeit gleichartige Einrichtungen wie Fort Fun erhielten (technische Attraktionen, Westernstadt und -eisenbahn, Shows),
3. die gestiegene Attraktivität und Akzeptanz von Freizeiteinrichtungen an der Peripherie des Ruhrreviers als wichtigstem Besucher-Quellgebiet,
4. die abseitigere Lage im Vergleich zu den sauerländischen Mitbewerbern im Kreis Olpe bzw. deren schnellere Erreichbarkeit über die Autobahnen Sauerland-Linie (BAB 45) und Köln – Olpe (BAB 4),
5. die allgemein ungünstigere wirtschaftliche Entwicklung in den 1980er Jahren mit Auswirkungen auf Beschäftigung, Einkommensverhältnisse und steigende Treibstoffkosten,
6. saisonale und witterungsabhängige „Einbrüche“, die allerdings auch die Mitbewerber trafen, und
7. Fehler in den Werbe- und Marketing-Strategien.

Diese Reihenfolge stellt keine Gewichtung dar; es ist vielmehr davon auszugehen, daß alle genannten Gründe in unterschiedlicher Stärke zu dem Besucherrückgang beigetragen haben.

In der bisher aufgezeigten Entwicklung ist Fort Fun im Vergleich zu seinen Mitbewerbern im Sauerland zwar zurückgefallen, doch hat der neue Eigentümer (Fort Fun Abenteuerland GmbH) versucht, neue Akzente zu setzen und Boden wieder gutzumachen. So sind inzwischen mehrere Fahrgeschäfte neu installiert worden (Fliegender Teppich, Polyp, Marienkäferbahn, Traumboot, Geisterbahn, Wellenflieger), ist ein 180°-Rundkino hinzugekommen und sind Kinder- und Erwachsenenspielplätze zur Förderung des aktiven Vergnügens ergänzt worden. Im Frühsommer 1989 wurde die vollklimatisierte Hochsauerland-Halle mit 700 festen Stuhlplätzen als Show- und Veranstaltungshalle im Eingangsbereich des

Parks neu eröffnet. Seit 1985 sind mehr als 10 Mill. DM in die Gesamtanlage investiert worden, und 1990 sollen erneut weitere Investitionen in Millionenhöhe vorgenommen werden. Für Schulklassen und Kindergruppen wird inzwischen eine kombinierte Eintrittskarte zusammen mit dem Erzbergwerk Ramsbeck angeboten, für alle Besucher eine Kombinationskarte zusammen mit der Henneseschiffahrt, die gleichzeitig zu einer Schiffsrundfahrt auf der Hennetalsperre bei Meschede berechtigt.

Die Erweiterungen des Angebotes haben nach dem Besuchertiefststand im Jahre 1985 (nur noch rd. 240 000) zu einer ganz beträchtlichen Steigerung der Nachfrage geführt und die Besucherzahlen bis 1988 kontinuierlich auf wiederum rd. 410 000 an-

steigen lassen. Nach dem Zuwachs von 34 % im Frühsommer 1989 wird für das laufende Jahr mit rd. 470 000 Gästen gerechnet (nach Auskünften der Geschäftsführung der Fort Fun Abenteuerland GmbH). Wenn man bedenkt, daß jährlich 12 – 15 Mill. Bundesbürger Freizeitparks besuchen (JUPPENLATZ 1983, S. 142) und 50 % nach SCHERRIEB noch nie in einem Freizeitpark waren (ebd., S. 150), dann sind die Aussichten für einen weiteren Aufschwung von Fort Fun als durchaus erfolversprechend einzustufen.

Auf jeden Fall belegt auch diese Untersuchung, daß der kommerzielle Freizeitpark als Angebotsform aus der Sicht zahlreicher Nachfrager seine Daseinsberechtigung hat und wichtige strukturelle Impulse für die Wirtschaftskraft seiner Region auslöst.

## Literatur

### a) Abhandlungen

- Balscher, R.** (1978): Die Bedeutung eines Freizeitparks für die Tageserholung. Benutzeranalyse einer freizeitorientierten Infrastruktureinrichtung. Masch., Würzburg (Unveröff. geogr. Diplomarbeit)
- Fichtner, U. u. R. Michna** (1985a): Kulturgeographische Aspekte privatwirtschaftlicher Freizeitgroßanlagen am Beispiel des Europa-Park in Rust/Baden. In: Hommages à **Roland Schwab**. Recherches Géographiques No. 25–26, S. 137–147. Strasbourg
- Fichtner, U. u. R. Michna** (1985b): Besucherstruktur im Europa-Park/Rust. In: amusement-Industrie 59, S. 16–19. Paderborn
- Fichtner, U. u. R. Michna** (1987): Freizeitparks. Allgemeine Züge eines modernen Freizeitangebotes, vertieft am Beispiel des Europa-Park in Rust/Baden. Freiburg
- Fichtner, U. u. R. Michna** (1988): Raumwirksamkeit einer Freizeitgroßanlage mit grenzüberschreitender Bedeutung und ihre Perzeption durch das Publikum. In: Alemann. Jb. 1984–1986, S. 267–346. Freiburg
- Fischer, W.** (1975): Freizeitparks im westlichen Oberfranken: Einzugsbereiche und Besucherstrukturen. In: Mitt. d. Fränk. Geogr. Ges., 22, S. 513–526
- Flade, M.** (1982): Nutzeranalyse des Freizeitparks Fort Fun. Ein Beitrag zur Geographie des Freizeitverhaltens. Masch., Bochum (Unveröff. schriftliche Hausarbeit für das Lehramt für die Sekundarstufe II)
- Freund, A.** (1987): Wandern/Naherholung und Kurzzeit-tourismus (Themenbereich 9: Fremdenverkehr und Erholung). Münster (= Geographisch-Landeskundlicher Atlas von Westfalen, 3. Lfg., Blatt 4 und Erläuterungsheft)
- Haselhoff, J.** (1984): Kommerzielle Freizeitparks in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungen, Strukturen und planungsrechtliche Zusammenhänge anhand ausgewählter Beispiele. Masch., Münster (Unveröff. geogr. Diplomarbeit)

**Heinritz, G.** (1976): Wildparke und Märchenwälder. Zur Ausbreitung und Differenzierung neuer Freizeitparks in Bayern. In: Natur und Landschaft, 51, H. 1, S. 15–19

**Heinritz, G. u. H. Popp** (1978): Reichweiten von Freizeiteinrichtungen und aktionsräumliche Aspekte des Besucherverhaltens. In: Mitt. d. Geogr. Ges. München, 63, S. 79–115

**Industrie- und Handelskammer Siegen** (Hg.) (1982): Wirtschaftskundliche Materialien über die Region Siegen-Olpe-Wittgenstein. O.O. (Siegen) (= Schriftenreihe der IHK Siegen, 14)

**Industrie- und Handelskammer Siegen** (Hg.) (1988): Wirtschaftsreport Siegen-Olpe-Wittgenstein (darin: Karl-May-Festspiele Elspe und Panorama-Park). Siegen

**Karte, J.** (1983): Westlicher Haarstrang – Niedersauerland – Rothaargebirge. In: **Heineberg, H. u. A. Mayr** (Hg.): Exkursionen in Westfalen und angrenzenden Regionen. Festschrift zum 44. Deutschen Geographentag in Münster 1983, Teil II, S. 201–216. Paderborn (= Münster-sche Geogr. Arb., 16) (S. 211: 9. Ramsbeck: Blei-Zink-Erzbergbau)

**Keßler, M.** (1980): Fremdenverkehr 1976/77 – Touristisches Angebot und Fremdenverkehrsfrequenz. Hannover (= Deutscher Planungsatlas, Bd. I: Nordrhein-Westfalen, Lfg. 24)

**Kiemstedt, H. u. a.** (1975): Landschaftsbewertung für Erholung im Sauerland. Dortmund (= Schriftenreihe Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW. Landesentwicklung, 1.008/I u. 1.008/II)

**Köhne, R.** (1989): Die Industriesiedlungen des 19. Jahrhunderts im Ramsbecker Bergland. In: **Becker, G., A. Mayr u. K. Temnitz** (Hg.): Sauerland-Siegerland-Wittgensteiner Land, S. 101 – 111. Münster (= Spieker 33)

**Langer, H.** (1984): Landesplanung in Westfalen 1925 – 1975. Bearbeitet und abgeschlossen von **H.-G. Niemeier**. Münster (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- u. Volksforschung I, 24; S. 90–95: Der Sauerlandring)

- Michna, R.** (1985): Freizeitparks in Europa – „Ein Geschenk Amerikas an die Alte Welt“? In: Organ Show Business, 6, S. 1–2. Pirmasens
- Michna, R.** (1986): Ein Markt kommt in Bewegung: Freizeitparks in Frankreich. In: amusement-Industrie, Nr. 60, S. 38–41. Paderborn
- Neidlein, I.** (1981): Freizeitparks in Deutschland. Berlin
- Regierungspräsident Arnsberg** (1979): Gebietsentwicklungsplan Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Hochsauerlandkreis. Arnsberg
- Ruppert, K.** (1988): Besprechung von **U. Fichtner/R. Michna**: Freizeitparks. Allgemeine Züge eines modernen Freizeitangebotes, vertieft am Beispiel des Europa-Park in Rust/Baden. Freiburg 1987. In: Die Erde 119, 1, S. 62
- Scherrieb, H. R.** (Bearb.) (1984): Offizieller Führer Freizeit- und Erlebnisparks in Deutschland. Hg.: Verband Deutscher Freizeitunternehmen e. V., Würzburg. Ostfildern
- Scherrieb, H. R.** (1987): Freizeitpark. In: Deutsche Gesellschaft für Freizeit (Hg.): DGF-Freizeit-Lexikon. S. 113. Bern
- Schmidt, A.** (1980): Freizeitparks in Ost und West. In: Geographie im Unterricht 5, H. 3, S. 89–101
- Schmitz-Scherzer, R.** (1974): Sozialpsychologie der Freizeit. Stuttgart
- Schnell, P.** (1983): Freizeit- und Erholungsräume der Ruhrgebietsbevölkerung. In: **Heineberg, H.** u. **A. Mayr** (Hg.): Exkursionen in Westfalen und angrenzenden Regionen. Festschrift zum 44. Deutschen Geographentag in Münster 1983, Teil II, S. 151–172. Paderborn (= Münsterische Geogr. Arb., 16; S. 166–167; 6. Freizeitpark Fort Fun im Elpetal)
- Schnell, P.** (1985): Fremdenverkehr – Angebotsstruktur (Themenbereich 9: Fremdenverkehr und Erholung). Münster (= Geographisch-Landeskundlicher Atlas von Westfalen, 1. Lfg., Blatt 4 und Erläuterungsheft)
- Schnell, P.** (1986): Fremdenverkehr – Nachfragestruktur (Themenbereich 9: Fremdenverkehr und Erholung). Münster (= Geographisch-Landeskundlicher Atlas von Westfalen, 2. Lfg., Blatt 5 und Erläuterungsheft)
- Statistisches Bundesamt** (1985): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1984. Stuttgart/Mainz
- Thiel, M.** (1971): Wildgehege in Westfalen. In: Naturkunde in Westfalen, 7, S. 100–108
- Verband Deutscher Freizeitunternehmen e. V. (VDFU)** in Verbindung mit dem Allgemeinen Deutschen Automobilclub e. V. (ADAC) (1987/88): Freizeit- und Erlebnisparks in Deutschland. Ostfildern
- Völkens, G.** (1981): Freizeitparks und technische Freizeiteinrichtungen in der Landschaft. Die Verbreitung kommerzieller Freizeitanlagen in Niedersachsen und ihre Bewertung aus raumordnerisch-landschaftspflegerischer Sicht. Göttingen/Hannover (= Forschungen zur niedersächsischen Landeskunde, 119)
- b) Berichte in Zeitungen und Illustrierten (Auswahl)
- Hofmann, U.** (1983): Wasser, Würstchen, Wilder Westen. Die deutschen Freizeitparks werben um junge und alte Besucher. In: Frankfurter Allg. Zeitung vom 19. 11. 1983
- Juppenlatz, P.** (1983): Spaß muß sein, wär doch gelacht. In: Stern, Nr. 40, S. 140–150
- Kandel, N.** (1983): Märchen, Monster und Millionen. Der schöne Schein der Freizeitparks. In: Metall (Zeitung der IG Metall), Jg. 35, H. 15, S. 12–15
- Mühlheim, E.** (1982): Wildwest im Sauerland. In: Basler Zeitung vom 7. 5. 1982
- Roggenkamp, V.** (1985): Der Spaß steht Kopf. In: Zeit-Magazin Nr. 43 vom 18. 10. 1985, S. 38–44
- Stiftung Warentest** (Hg.) (1984): Freizeitparks in Deutschland. Dorfkirmes und Wilder Westen. In: test 19, H. 7, S. 68–74
- c) Beiträge in Schul- und Jugendbüchern
- Engelhard, K. u. a.** (1977): Sachbuch 4. Schuljahr für den Sachunterricht in der Grundschule, S. 79–80: Wohin am Wochenende? (Fort Fun). München und Ansbach
- Stiemert, E.** (1981): Eine Klemmgeschichte oder Das war ein Tag! (Hollywood-Park). In: **Friedrich, M.** (Hg.): dtv junior Lesebuch, Neue Geschichten, Gedichte und Bilder, S. 57–61. München
- d) Karten
- Landesvermessungsamt NRW** (Hg.) (1988): Hochsauerlandkreis, Regierungsbezirk Arnsberg. Kreiskarte 1:50 000, 4. Aufl., Bonn-Bad Godesberg
- Verband Deutscher Freizeitunternehmen** (Hg.): Freizeitparkkarte Deutschland 1:1 000 000. Stand: Mai 1983. Ostfildern
- e) Auskünfte und Prospektmaterial
- Elspe Festival (vorher Karl-May-Festspiele Elspe), Lennebstadt-Elspe
- Fort Fun Freizeitpark Sauerland Karl Freiherr von Wendt, Bestwig (bis 1985) (u. a.: Kennen Sie Fort Fun, den großen Freizeitpark im Sauerland? O.O., o. J., 1979 mit Besucherbefragungen von 1978; Besucherbefragung August/September/Oktober 1983, Masch.)
- Fort Fun Abenteuerland GmbH, Bestwig (ab 1985)
- Gemeinde Bestwig, Bauamt, Abt. Bauleitplanung
- Panorama-Park Sauerland, Kirchhundem
- Verband Deutscher Freizeitunternehmen e. V., Würzburg





# Auswirkungen des Fernstraßenbaus und der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Ein Vergleich der Bundesautobahn A 45 „Sauerlandlinie“  
und der Entwicklung des Wittgensteiner Landes

von Rolf Schürholz, Leonberg

## Einleitung

In den letzten Jahren ist das Thema Fernstraßenbau verstärkt in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt, vgl. langjähriger Streit um „Rothaargebirgstrecke“, „Friesenspieß“, „Bodenseeautobahn“ u. a. Selten war das Spektrum der Meinungen über das Pro und Kontra von Fernstraßenbauinvestitionen in der Bundesrepublik breiter als heute in Zeiten engerer finanzieller Spielräume, veränderter wirtschaftlicher und bevölkerungspolitischer Rahmenbedingungen sowie vor allem eines gesteigerten Umweltbewußtseins breiter Bevölkerungsschichten.

Doch die in zahlreichen Diskussionen geäußerten konträren Ansichten und Meinungen über den regional- und wirtschaftspolitischen Wert einer Autobahn – vor allem für peripher gelegene Regionen – entbehren vielfach wissenschaftlicher Grundlagen. Als Argumentationshilfe soll diese kurze Abhandlung dienen.

Basierend auf der Diplomarbeit aus dem Jahr 1983 wird mittels einer breit angelegten Analyse der verschiedensten Einflußfaktoren die Effektivität der beiden regionalpolitischen Maßnahmen zum Abbau regionaler Disparitäten – Fernstraßenbau und „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – untersucht, verglichen und bewertet. Zeitlich und räumlich klar abgegrenzt, wurde die Entwicklung der fünf „Autobahngemeinden“ Meinerzhagen, Drolshagen, Olpe, Wenden und Freuden-

berg über einen Zeitraum von etwa 25 Jahren analysiert. Zur Relativierung der Ergebnisse erfolgte eine Gegenüberstellung mit der landesweiten Entwicklung. Um Aussagen über die Effektivität zweier verschiedener raumordnungspolitischer Maßnahmen – Fernstraßenbau und direkte Förderung der Wirtschaft – treffen zu können, wurden die drei Gemeinden Bad Berleburg, Erndtebrück und Bad Laasphe in die Analyse mit einbezogen. Es wurden gerade diese drei Gemeinden ausgewählt, weil durch deren Gebiet die Trasse der bis in die achtziger Jahre umkämpften Weiterführung der BAB A 4 Köln-Olpe nach Bad Hersfeld verlaufen sollte und quasi als Ausgleich für die verkehrsferne Lage alle drei Kommunen seit 1972 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ subventioniert werden. In der Untersuchung wurde auf die Herausarbeitung der verkehrs-, wirtschafts- und bevölkerungsstrukturellen Auswirkungen besonderer Wert gelegt.

Nachdem über hundert Jahre lang versucht worden war, mittels passiver Strukturpolitik die Standortnachteile der südwestfälischen Mittelgebirgsregion gegenüber den wirtschaftlichen Ballungszentren zu minimieren, mußte Ende der fünfziger Jahre die Deutsche Bundesbahn auf Bestreben der EWG ihre Eisenbahnausnahmetarife für die Wirtschaft des Siegerlandes aufkündigen.

Durch diese Maßnahme wurde dieser in verkehrsferner Randlage gelegene Wirtschafts-

raum vom Niedergang bedroht. So läßt sich die positive Stimmung über erste Planungen und vor allem über den Beschluß, eine Sauerlandhöhenstraße zu bauen, erklären. Allerdings sollten von den ersten Vorüberlegungen bis zur Fertigstellung der „Sauerlandlinie“ noch Jahrzehnte vergehen.

### **Geschichtlicher Abriß**

Erste Pläne für eine Verbindung des Industriegebietes an Rhein und Ruhr mit dem Wirtschaftsraum Frankfurt unter gleichzeitiger Anbindung des wirtschaftlich bedeutenden Siegerlandes und Erschließung der ländlichen Regionen des Sauerlandes gehen in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurück (Dir. d. Reichsautobahnen, 1938), kamen aber in der Folgezeit zunächst nicht über das Vorentwurfsstadium hinaus, da u.a. vor allem die nationalsozialistischen Verkehrsplaner primär den Ausbau des Ost-West-Autobahnnetzes, nicht zuletzt aus kriegstaktischen Gründen, forcierten.

Nach Jahren harter Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern einer Sauerlandautobahn gingen unter Bundesverkehrsminister SEEBOHM die Planungsarbeiten etwa 1955/56 in ihre abschließende und konkrete Phase. Nachdem von zahlreichen Experten die „überragende Bedeutung und die Dringlichkeit des Baus dieser Strecke“ erkannt wurde und die letzten planungsrechtlichen Hindernisse beseitigt waren, konnte 1962 endlich mit dem Bau begonnen werden. Es vergingen weitere 9 Jahre, bis im Herbst 1971 das letzte Teilstück zwischen Freudenberg und Lüdenscheid dem Verkehr übergeben werden konnte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Bau der Autobahn Sauerlandlinie 1,71 Mrd. DM gekostet.

Konnte bereits der Bau der Sauerlandlinie zahlreiche positive Effekte für den von ihrer Trasse durchzogenen Raum in Form von gezahlten Geldern für Grundstückskäufe, an Subunternehmer vergebene Bau- und Transportaufträge, Umsatzanstieg des Groß- und Einzelhandels etc. bewirken, gingen von der fertiggestellten Fernstraße zunächst folgende positive verkehrsstrukturelle Wirkungen aus:

- Anbindung des südlichen Sauer- und Siegerlandes an das europäische Verkehrsnetz und an die Ballungsräume Rhein/Main und Rhein/Ruhr;
- Verkehrliche Erschließung des attraktiven Mittelgebirgsraumes;
- Entlastung der Bundesautobahn A 3 Köln-Frankfurt;
- Entlastung des nachgeordneten Verkehrsnetzes, vor allem der Bundesstraßen 54, 54/55 und 277.

Etwa zur gleichen Zeit wie im Untersuchungsraum wurde auch im Wittgensteiner Vergleichsraum die Standortgunst der Wirtschaft durch ein gravierendes Ereignis entscheidend verbessert. Hier vollzog sich der „Strukturbruch“ durch die Übernahme der drei Kommunen in den ersten Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit Wirkung zum 1. 1. 1972.

Erst durch die entscheidenden Standortverbesserungen und die Aktivierung der geographischen Mittelpunktlage Südwestfalens innerhalb der Bundesrepublik konnte die seit langem geforderte Umstrukturierung der Wirtschaft durch den Auf- und Ausbau moderner Wachstumsindustrien und die Förderung des Mittelstandes in Angriff genommen werden.

### **3. Auswirkungen der raumordnungspolitischen Maßnahmen**

#### **3.1 Kommunale Sachinvestitionen**

Ob die Fernstraßenbaumaßnahme und die Gemeinschaftsaufgabe (GA) die erhofften Effekte gebracht haben, soll in der Folge anhand ausgewählter Indikatoren analysiert werden. Bevor auf die wirtschaftlichen Auswirkungen eingegangen wird, soll zunächst der Indikator „kommunale Sachinvestitionen“ (Tab. 1. u. 2) auf potentielle mit den beiden Maßnahmen korrelierende Entwicklungstendenzen hin untersucht werden. Die Wiedergabe der Sachinvestitionen der Untersuchungsraumgemeinden und der des Vergleichszeitraumes im Verhältnis zum NRW-Durchschnitt könnte zunächst einmal die unterschiedlichen Ansatzpunkte der beiden raumordnungspolitischen Maßnahmen verdeutlichen.

**Tabelle 1 Die Sachinvestitionen der Gemeinden des Untersuchungsraumes 1964 – 1985**  
(Anteilswerte am NRW-Durchschnitt)

Jahr	Meinerzhagen	Drolshagen	Olpe	Wenden	Freudenberg	Untersuchungsraum
1964	104,9	86,7	88,9	61,5	56,6	81,0
1965	46,1	51,1	39,2	42,5	51,4	45,3
1966	31,1	70,4	62,2	76,3	81,1	62,5
1967	36,4	52,2	61,8	75,1	103,6	65,4
1968	49,5	29,6	24,4	67,6	80,1	49,7
1969	50,0	66,5	89,0	48,8	74,4	66,9
1970	61,0	73,6	32,9	44,1	100,7	59,3
1971	52,8	112,3	78,3	38,4	241,3	100,0
1972	60,3	109,5	50,8	33,8	174,0	80,4
1973	50,1	205,8	102,1	48,3	98,4	91,8
1974	★	★	★	★	★	★
1975	86,7	106,9	129,8	82,8	62,9	95,5
1976	103,3	47,0	101,4	133,1	33,5	88,4
1977	161,3	95,6	148,3	93,9	39,9	113,9
1978	156,8	144,2	139,9	66,5	71,6	117,3
1979	170,9	82,9	74,6	86,3	71,6	99,5
1980	90,8	88,3	116,2	98,2	51,1	91,3
1981	60,8	95,1	135,7	112,1	110,9	104,4
1982	75,8	52,3	94,4	91,3	107,4	87,0
1983	34,8	73,9	125,4	92,4	128,8	92,9
1984	26,1	48,1	89,2	72,6	141,6	76,6
1985	32,3	44,4	105,4	95,9	84,7	75,6

★ 1974 wurden keine Daten erhoben

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. und Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 2 Die Sachinvestitionen der Gemeinden des Vergleichsraumes 1964 – 1985**  
(Anteilswerte am NRW-Durchschnitt)

Jahr	Bad Berleburg	Erndtebrück	Laasphe	Vergleichsraum
1964	80,1	129,2	63,7	84,1
1965	62,4	74,0	71,8	67,7
1966	65,8	80,1	46,2	62,0
1967	115,8	74,3	34,1	80,7
1968	46,0	86,4	13,8	43,0
1969	118,9	131,9	31,1	92,1
1970	170,2	69,5	59,7	114,2
1971	162,8	101,8	64,8	118,5
1972	136,6	137,4	69,0	114,2
1973	339,3	138,5	54,1	205,8
1974	★	★	★	★
1975	106,0	41,2	56,2	78,4
1976	91,5	58,3	92,7	85,6
1977	115,9	76,5	49,1	86,1
1978	96,1	88,9	89,9	92,6
1979	91,2	106,9	96,5	95,8
1980	97,4	84,1	143,3	110,1
1981	60,7	107,5	111,9	86,6
1982	67,1	133,9	122,7	98,3
1983	48,2	188,2	104,2	91,3
1984	62,0	198,7	104,7	102,2
1985	126,5	153,9	62,1	109,9

★ 1974 wurden keine Daten erhoben

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

Da durch die GA die Wirtschaft durch Subventionen direkt gefördert werden soll, müßten die Sachinvestitionen im Vergleichsraum ab 1972 sprunghaft angestiegen sein. Doch die Tabellen zeigen, daß bereits ab 1969 die Sachinvestitionen überdurchschnittlich stark ansteigen und auf einem höheren Niveau liegen als im Untersuchungsraum, nachdem bis 1968 die Sachinvestitionen sowohl in den südwestfälischen als auch in den Wittgensteiner Gemeinden auf einen extrem niedrigen Stand zurückgegangen waren und weniger als die Hälfte des NRW-Mittels ausmachten.

Die Zahlenspiegel zeigen, daß die enorm hohen Investitionssummen für die Sauerlandlinie dem Raum zwar zugute kommen; da das Projekt aber von überregionalen Firmen verwirklicht wurde, flossen auch die Geldströme zum größten Teil in andere Re-

gionen. Trotzdem ist der starke Anstieg der Sachinvestitionen gerade in den Autobahngemeinden nach 1970 recht deutlich; darin drücken sich die großen Anstrengungen der Gemeinden aus, durch Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen u. a. m. Grundbedingungen für die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie zu schaffen. Auffällig ist der Rückgang der Sachinvestitionen im Untersuchungsraum nach 1981 und die gleichzeitig rege Investitionstätigkeit der Vergleichsgemeinden. Ob und inwieweit sich die Sachinvestitionen der Kommunen auf die Entwicklung der heimischen Wirtschaft und damit auch auf die Bevölkerungsentwicklung ausgewirkt haben, soll die Analyse der wichtigsten Wirtschafts- und Bevölkerungsindikatoren zeigen.

### 3.2 Das produzierende Gewerbe

**Tabelle 3 Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im produzierenden Gewerbe in den Gemeinden des Untersuchungsraumes 1960 – 1985 (1960 = 100 %)**

Jahr	Meinerzhagen	Drolshagen	Olpe	Wenden	Freudenberg	Untersuchungsraum	NRW
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1961	100,6	92,7	105,4	103,1	106,0	102,1	103,6
1962	102,0	104,0	105,4	101,0	91,8	101,4	102,4
1963	101,0	101,7	104,7	102,3	105,0	102,7	100,6
1964	104,8	104,9	107,5	107,7	108,2	106,4	98,6
1965	109,0	111,1	112,3	117,4	109,7	111,4	99,7
1966	105,2	112,8	106,4	115,9	107,0	108,1	99,3
1967	97,7	103,6	99,8	107,4	94,8	99,9	91,4
1968	99,1	108,1	111,9	109,5	102,0	105,0	92,5
1969	108,2	126,2	118,9	120,4	107,6	114,3	92,5
1970	107,1	125,5	119,0	125,0	108,9	114,7	98,3
1971	101,1	123,5	112,3	124,8	113,9	111,4	97,2
1972	105,0	121,4	107,0	126,0	107,1	110,7	93,9
1973	110,2	131,0	111,9	128,8	114,9	116,2	94,1
1974	106,0	115,5	107,7	131,5	105,6	111,3	90,5
1975	95,9	106,4	101,3	127,9	120,8	106,6	84,7
1976	98,7	107,3	106,1	132,0	129,4	110,7	83,9
1977	99,3	116,7	108,0	133,6	136,5	113,5	83,8
1978	101,9	122,5	101,8	126,5	130,3	111,7	82,5
1979	104,4	128,8	98,5	125,6	139,0	114,5	81,7
1980	104,2	137,5	101,2	125,3	153,1	116,9	81,9
1981	96,8	142,5	101,4	108,3	134,6	109,4	79,2
1982	94,8	145,0	91,1	107,0	121,7	104,6	76,6
1983	92,9	150,6	90,8	108,5	121,0	104,5	73,4
1984	97,4	149,8	90,9	111,1	124,0	106,9	72,2
1985	106,3	150,9	97,5	119,3	132,8	116,7	72,7

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

### 3.2.1 Beschäftigte im produzierenden Gewerbe (Abb. 1, Tab. 3 u. 4)

Während in NRW, dem Trend hochindustrialisierter Länder folgend, in den letzten 25 Jahren, verstärkt nach 1969, die Zahl der Beschäftigten im sekundären Sektor um über 27 % zurückging, konnten in den Untersuchungsraumgemeinden das Arbeitsplatzangebot und damit die Beschäftigtenzahlen um 16,7 % gesteigert werden. Bemerkenswert sind hier die auffälligen „Einbrüche“ während der drei letzten Rezessionsphasen der Wirtschaft. Im Vergleichsraum konnte auch die GA nicht verhindern, daß die Beschäftigtenzahlen bis 1985 um etwa 5 % zurückgingen, wobei allerdings der deutliche Anstieg der Kurve nach 1983 positiv auffällt. Ein direkter Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und den beiden raumord-

nungspolitischen Maßnahmen läßt sich zwar nicht beweisen, doch ist die positive, eindeutig gegen den allgemeinen Trend verlaufende Entwicklung in den Autobahngemeinden nicht zu übersehen. Blieb die Effektivität der GA bezüglich der Beschäftigtenzahlen auch hinter der Maßnahme Fernstraßenbau zurück, so ist doch eine günstige Entwicklung zu erkennen.

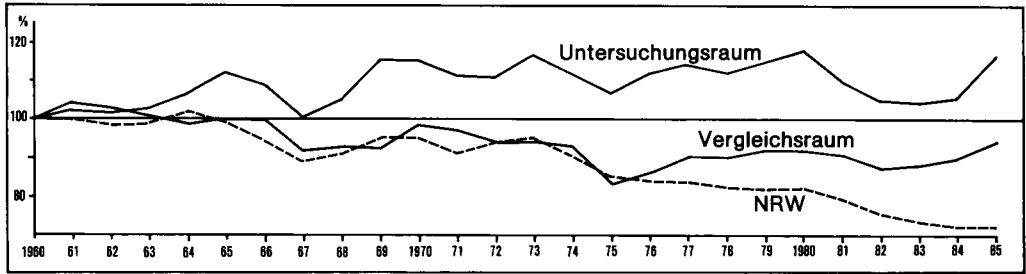
### 3.2.2 Unternehmen des produzierenden Gewerbes (Abb. 2, Tab. 5 u. 6)

Zieht man die Statistik der Unternehmenszahlen des sekundären Sektors heran, schneidet der Untersuchungsraum besonders günstig ab, denn einer landesweiten Abnahme der Zahl der Betriebe seit 1960 um fast 8 % und einer nur geringen Zunahme im Vergleichsraum von unter 5 % steht ein Anstieg der Unternehmenszahlen in den Autobahngemeinden um über 63 % gegen-

**Tabelle 4 Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im produzierenden Gewerbe in den Gemeinden des Vergleichsraumes 1960 – 1985 (1960 = 100 %)**

Jahr	Bad Berleburg	Erndtebrück	Laasphe	Vergleichsraum	NRW
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1961	98,9	98,9	101,1	99,6	103,6
1962	95,8	94,4	102,2	98,0	102,4
1963	96,4	95,5	103,8	99,2	100,6
1964	101,8	95,9	103,9	101,9	98,6
1965	99,8	97,9	96,8	98,4	99,7
1966	97,2	100,5	87,2	94,3	99,3
1967	92,6	94,1	82,1	89,2	91,4
1968	102,1	101,1	72,4	93,4	92,5
1969	109,4	103,6	72,5	98,3	92,5
1970	108,5	104,7	72,7	97,8	98,3
1971	100,5	105,1	73,6	93,2	97,2
1972	106,6	109,3	70,7	95,5	93,9
1973	103,9	118,1	71,3	96,9	94,1
1974	99,2	127,7	71,9	96,3	90,5
1975	91,1	105,8	63,8	85,7	84,7
1976	96,1	114,0	62,8	90,1	83,9
1977	100,5	126,9	63,7	95,6	83,8
1978	99,5	123,2	65,1	97,3	82,5
1979	92,9	143,9	72,6	96,8	81,7
1980	92,8	136,6	73,8	95,2	81,9
1981	91,0	127,3	77,2	92,9	79,2
1982	86,9	122,2	72,8	88,8	76,6
1983	87,7	120,6	78,3	90,2	73,4
1984	88,7	124,4	79,7	91,9	72,2
1985	88,8	130,5	85,2	94,9	72,7

Quelle: Veröffentl. des Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen



Quelle: Darstellung nach eigenen Berechnungen basierend auf Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS), Düsseldorf

Abb. 1: Beschäftigte im produzierenden Gewerbe 1960 – 1985

Tabelle 5 Entwicklung der Zahl der Unternehmen des produzierenden Gewerbes in den Gemeinden des Untersuchungsraumes 1960 – 1985 (1960 = 100 %)

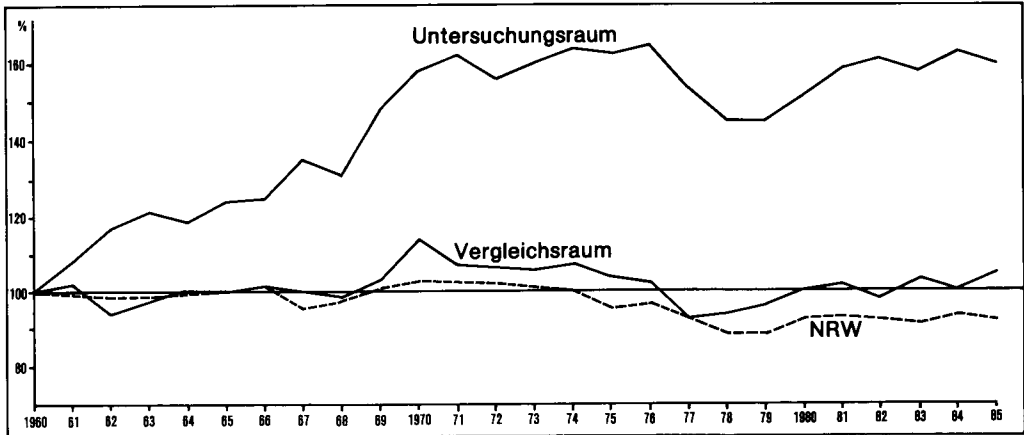
Jahr	Meinerzhagen	Droshagen	Olpe	Wenden	Freudenberg	Untersuchungsraum	NRW
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1961	107,4	100,0	96,9	110,0	121,9	108,2	99,6
1962	103,7	114,3	115,6	115,0	140,6	117,9	98,4
1963	109,3	104,8	103,1	130,0	162,5	125,0	98,5
1964	101,9	100,0	100,0	140,0	162,5	126,5	99,1
1965	111,1	100,0	96,9	160,0	162,5	129,2	100,2
1966	109,3	114,3	93,8	155,0	168,8	131,1	101,1
1967	116,7	133,3	100,0	175,0	171,9	140,1	95,7
1968	114,8	123,8	100,0	170,0	168,8	136,7	97,7
1969	129,6	147,6	115,6	180,0	184,4	151,5	101,0
1970	131,5	152,4	125,0	190,0	215,6	166,2	102,2
1971	133,3	161,9	121,9	200,0	225,0	171,4	101,9
1972	131,5	166,7	118,8	200,0	196,9	162,2	101,6
1973	125,9	171,4	125,0	195,0	218,8	168,1	100,8
1974	142,6	161,9	131,3	200,0	215,6	170,1	99,9
1975	135,2	142,9	140,6	210,0	215,6	170,5	95,2
1976	140,7	142,9	159,4	185,0	212,5	169,7	96,7
1977	129,6	138,1	159,4	180,0	181,3	156,6	92,7
1978	124,1	133,3	146,9	165,0	175,0	147,9	88,6
1979	122,2	142,9	143,8	160,0	178,1	148,3	88,2
1980	125,9	147,6	156,3	160,0	184,4	153,7	92,1
1981	129,6	176,2	162,5	155,0	190,6	161,2	92,4
1982	127,8	166,7	162,5	190,0	187,5	163,9	92,0
1983	124,1	166,7	162,5	190,0	181,3	161,4	91,4
1984	124,1	166,7	165,6	175,0	200,0	165,0	92,7
1985	131,5	176,2	156,3	170,0	193,8	163,4	92,3

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

über. Es müssen sich also im Untersuchungsraum entweder zahlreiche neue kleinere Betriebe angesiedelt haben, oder aber es handelt sich um Neugründungen (Verlagerungen), da – wie bereits gezeigt – die Zahl der Beschäftigten dieser Entwicklung nicht zu folgen imstande war. Es fällt vor allem der Anstieg der Unternehmenszahlen

zwischen 1968 und 1971 im Untersuchungsraum auf. Seit 1971 konnte dieses Niveau aber nur knapp gehalten werden.

Vergleicht man hiermit die Entwicklung des Vergleichsraum-Indikators, fällt der ungleich ungünstigere Verlauf der Kurve auf. Wie im gesamten Bundesland NRW ver-



Quelle: Darstellung nach eigenen Berechnungen basierend auf Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS), Düsseldorf

Abb. 2: Unternehmen im produzierenden Gewerbe 1960 – 1985

Tabelle 6 Entwicklung der Zahl der Unternehmen des produzierenden Gewerbes in den Gemeinden des Vergleichsraumes 1960 – 1985 (1960 = 100 %)

Jahr	Bad Berleburg	Erndtebrück	Laasphe	Vergleichsraum	NRW
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1961	101,6	100,0	100,0	100,3	99,6
1962	93,4	85,0	100,0	94,1	98,4
1963	90,2	105,0	105,9	98,0	98,5
1964	90,2	85,0	126,5	103,0	99,1
1965	91,8	85,0	123,5	102,4	100,2
1966	95,1	90,0	117,6	102,2	100,1
1967	91,8	90,0	120,6	103,1	95,7
1968	93,4	95,0	108,8	98,7	97,7
1969	98,4	90,0	120,6	104,8	101,0
1970	101,6	135,0	123,5	115,5	102,2
1971	106,6	90,0	117,6	107,6	101,9
1972	101,6	85,0	126,5	107,9	101,6
1973	96,7	90,0	129,4	107,7	100,8
1974	93,4	95,0	138,2	110,6	99,9
1975	93,4	90,0	129,4	106,2	95,2
1976	86,9	105,0	126,5	104,8	96,7
1977	75,4	110,0	111,8	97,6	92,7
1978	78,7	105,0	111,8	95,6	88,6
1979	82,0	115,0	108,8	97,9	88,2
1980	88,5	120,0	105,9	100,7	92,1
1981	86,9	125,0	105,9	101,3	92,4
1982	86,9	115,0	102,9	97,7	92,0
1983	90,2	115,0	111,8	102,3	91,4
1984	86,9	100,0	117,6	100,1	92,7
1985	88,5	115,0	120,6	104,7	92,3

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

zeichneten die Unternehmenszahlen in den Wittgensteiner Gemeinden 1970 – also noch vor Übernahme der Gemeinden in die GA – ihren Höchststand, um dann mit Ausschlägen nach unten nach den Rezessionsphasen auf einem mehr oder weniger konstanten Niveau zu verharren. Bezüglich dieses Indikators hat die GA ihr Ziel verfehlt, während der deutliche Anstieg der Unternehmenszahlen im Untersuchungsraum eindeutig mit dem Bau der Bundesautobahn Sauerlandlinie in Zusammenhang zu bringen ist. Dabei trug diesen Anstieg der Unternehmenszahlen ab 1962/63 die Stadt Freudenberg fast allein; sie wies in diesen Jahren in unmittelbarer Nähe der BAB-Trasse – in Richtung Süden hatte Freudenberg bereits ab Ende der sechziger Jahre Autobahnan-schluß – großzügige Gewerbeflächen aus.

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf das Gewerbeflächenangebot und die Ansiedlungserfolge der Untersuchungsraumgemeinden recht interessant. Existierten vor 1971 außer in Freudenberg und ansatzweise in der Gemeinde Wenden kaum größere Gewerbe- und Industriegebiete, änderte sich dies in Erwartung fernstraßenbedingter positiver Effekte innerhalb kürzester Zeit. So hat sich beispielsweise das Gewerbeflächenangebot der Stadt Meinerzhagen 1970-1982 auf 120 ha verzehnfacht und stieg bis heute weiter deutlich an. Ähnliche, wenn auch nicht ganz so imposante Steigerungsraten wiesen auch die anderen Autobahngemeinden auf, wobei die eindeutige Zuordnung zu den BAB-Anschlußstellen sehr deutlich auffällt.

Die positive Entwicklung der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen in den durch die Autobahn Sauerlandlinie beeinflussten Kommunen konnte durch eine umfangreiche Unternehmensbefragung in den Gewerbegebieten näher analysiert werden.

Entgegen den in der Fachliteratur so oft zitierten großräumigen Ansiedlungserfolgen resultierte der Anstieg der Beschäftigtenzahlen im südlichen Sauerland primär aus Betriebserweiterungen im Zuge von Verlagerungen aus dem verkehrsgünstigen Hinterland bzw. aus den Innenstädten heraus in die neuen Gewerbe- und Industriegebiete. Darüber hinaus wurden auch

zahlreiche kleinere Gewerbebetriebe von Ortsansässigen gegründet, die in der Autobahn ihre Chance sahen und die ihren Platzbedarf durch günstige Grundstücke zu annehmbaren Preisen decken konnten.

Die erhofften Ansiedlungen überregionaler Unternehmen blieben bis auf wenige Ausnahmen aus. In diesem Zusammenhang sollte aber nicht unerwähnt bleiben, daß es sich bei diesen erhofften Unternehmensansiedlungen von außerhalb der Region zu-meist nur um Zweigbetriebe handelte, durch die das oft niedrigere Lohnniveau ausgenutzt werden sollte. Diese „verlängerten Werkbänke“ werden nicht selten bei den ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Rezession wieder geschlossen, wodurch sich die bereits beschriebenen Rückgänge der Beschäftigtenzahlen auch im Vergleichs- und Untersuchungsraum überproportional verstärken würden.

Die Unternehmen wurden auch über die Gründe ihrer An- oder Umsiedlung bzw. ihrer Erweiterung befragt. Hierbei wurde die eminente Bedeutung der Sauerlandlinie für die Investitionsentscheidungen der Unternehmer deutlich, da die Befragten fast ausnahmslos die neue Autobahn als den entscheidenden Faktor für ihre Investitionen und die daraufhin günstige Entwicklung ihrer Betriebe angaben. Ein weiteres Ergebnis der Befragung war die Kritik der Unternehmer am Arbeitsmarkt der südwestfälischen Region. So sahen die Unternehmer eine deutliche Diskrepanz zwischen einem quantitativ zwar guten, qualitativ aber unbefriedigenden Arbeitsmarkt.

### 3.2.3 Steuereinnahmekraft der Gemeinden (Tab. 7-9)

Die Untersuchung der Steuereinnahmekraft der Gemeinden soll eine weitere Aussage hinsichtlich der Effektivität der beiden raumordnungspolitischen Maßnahmen ermöglichen.

Aus Tabelle 9 wird deutlich, daß sich die Steuerkraft beider Räume dem NRW-Durchschnitt genähert hat. Über diese erste Aussage hinaus erscheinen einige Details wichtig. So fällt bei den Untersuchungsraumgemeinden der deutliche Rückgang der Steuerkraft von 1964 auf das absolute



**Tabelle 7 Die Steuereinnahmekraft der Gemeinden des Untersuchungsraumes 1964 – 1986 (Anteilswerte am NRW-Durchschnitt)**

Jahr	Meinerzhagen	Drolshagen	Olpe	Wenden	Freudenberg	Untersuchungsraum
1964	92,9	90,5	97,7	31,4	62,8	76,6
1965	79,1	85,2	71,8	31,5	67,7	66,7
1966	72,0	88,1	75,2	24,1	75,0	66,3
1967	71,2	100,2	92,2	33,9	66,0	72,2
1968	64,9	100,0	90,3	30,9	38,2	64,6
1969	46,0	38,1	41,6	30,7	29,9	38,0
1970	79,5	53,8	57,7	43,0	48,0	57,8
1971	97,2	57,8	69,5	43,6	48,6	68,9
1972	101,4	77,3	97,7	76,7	60,3	85,1
1973	118,8	74,4	96,5	69,9	67,7	88,5
1974	135,5	79,8	115,0	83,7	71,7	82,6
1975	126,9	55,4	104,9	74,7	61,2	79,6
1976	59,4	93,1	111,3	89,2	74,0	76,1
1977	154,0	101,7	107,8	85,0	85,6	81,7
1978	151,5	90,6	98,7	79,6	68,3	78,4
1979	183,1	102,9	121,9	104,7	90,6	79,2
1980	129,4	70,5	87,6	81,6	62,6	85,2
1981	103,3	59,6	82,7	70,7	66,6	80,2
1982	105,2	73,1	82,7	82,2	79,2	86,0
1983	121,1	80,3	90,5	74,6	83,3	92,0
1984	121,5	81,7	90,7	85,0	86,4	94,8
1985	116,1	81,6	87,7	86,0	84,7	92,5
1986	116,5	75,9	91,5	85,3	81,0	92,2

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 8 Die Steuereinnahmekraft der Gemeinden des Vergleichsraumes 1964 – 1986 (Anteilswerte am NRW-Durchschnitt)**

Jahr	Bad Berleburg	Erndtebrück	Laasphe	Vergleichsraum
1964	49,9	38,9	60,5	50,7
1965	47,4	35,7	54,5	47,4
1966	54,0	44,8	47,9	50,2
1967	42,1	41,3	45,1	42,8
1968	61,8	48,5	51,0	55,6
1969	45,7	42,5	41,1	43,7
1970	71,3	55,9	66,4	66,5
1971	67,2	58,9	67,0	65,5
1972	66,1	56,0	67,5	64,7
1973	75,2	61,4	70,2	70,9
1974	92,3	68,2	80,5	83,9
1975	71,1	75,4	63,4	69,3
1976	70,6	83,9	71,1	73,3
1977	88,3	72,9	74,0	80,5
1978	75,0	81,6	62,9	72,1
1979	92,4	107,3	66,8	86,6
1980	81,8	81,7	74,5	79,3
1981	77,2	78,5	71,2	75,4
1982	80,1	85,1	73,3	78,7
1983	77,1	91,4	80,2	80,9
1984	81,8	78,2	78,7	79,9
1985	75,8	70,1	73,6	73,9
1986	74,5	79,6	69,8	73,9

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 9**  
**Die Steuereinnahmekraft des Untersuchungs- und des Vergleichsraumes 1964 – 1986** (Anteilswerte am NRW-Mittel)

Jahr	Untersuchungsraum	Vergleichsraum
1964	76,6	50,7
1965	66,7	47,4
1966	66,3	50,2
1967	72,2	42,8
1968	64,6	55,6
1969	38,0	43,7
1970	57,8	66,5
1971	68,9	65,5
1972	85,1	64,7
1973	88,5	70,9
1974	82,6	83,9
1975	79,6	69,3
1976	76,1	73,3
1977	81,7	80,5
1978	78,4	72,1
1979	79,2	86,6
1980	85,2	79,3
1981	80,2	75,4
1982	86,0	78,7
1983	92,0	80,9
1984	94,8	79,9
1985	92,5	73,9
1986	92,2	73,9

Quelle: Veröffentlich. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf u. eig. Berechnungen

Minimum im Jahr 1969 auf. In den darauffolgenden Jahren zeigen die Werte deutliche Parallelen zur Bauphase der Sauerlandlinie, zum Verlauf der Kurve der Beschäftigten- und Betriebszahlen im II. Sektor sowie zu den noch zu analysierenden Entwicklungen im Fremdenverkehrssektor.

Nach einem ersten Höhepunkt der Steuereinnahmekraft im Verhältnis zum NRW-Mittel 1973 geht der Anteilwert – wohl auch beeinflusst durch die wirtschaftliche Rezessionsphase – wieder spürbar zurück, um sich nach 1982 wieder deutlicher dem Landesdurchschnitt anzunähern.

Trotz eines ungünstigeren Verlaufs der Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsindikatoren im Vergleichsraum weist die Kurve der Steuereinnahmekraft der Wittgensteiner Gemeinden einen der Unerforschungsraumkurve recht ähnlichen, wenn auch insgesamt niedrigeren Verlauf auf. Dies läßt sich durch die

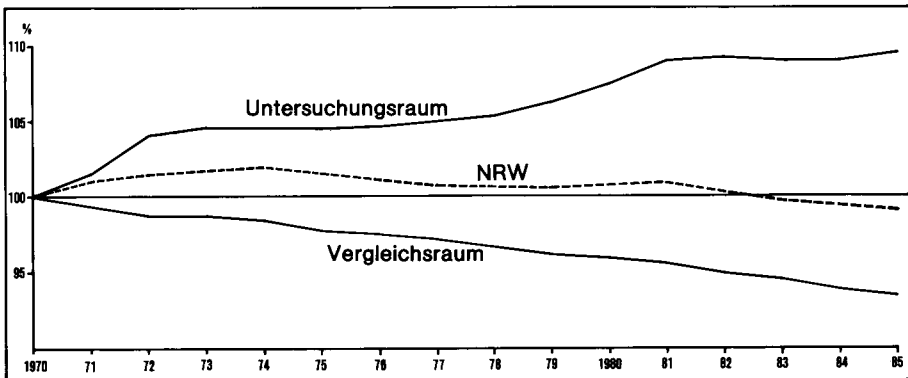
Sondersituation der Städte Bad Berleburg und Bad Laasphe als Kurorte erklären. Positive Entwicklungen der Kur- und Heilbetriebe können hier negative Entwicklungen des II. Sektors zumindest teilweise überlagern. Es bleibt jedoch festzustellen, daß vor allem nach 1980 die Steuereinnahmekraft des Vergleichsraumes immer mehr hinter der des Untersuchungsraumes zurückbleibt, was um so erstaunlicher ist, als doch – wie gezeigt – die Kurve der Sachinvestitionen einen gegenläufigen Trend aufweist. Dies spricht aber wiederum für die größere Wirtschaftskraft des Untersuchungsraumes und damit für die raumordnungspolitische Maßnahme „Fernstraßenbau“.

### 3.2.4 Fremdenverkehr

Neben dem produzierenden Gewerbe kommt gerade im Sauerland mit seiner Nähe zum Ruhrgebiet und den Niederlanden dem Fremdenverkehr eine bedeutende Rolle zu.

Hatte der Tourismus in den Kurorten des Wittgensteiner Landes eine bereits jahrzehntelange Tradition, war die „weiße Industrie“ im südlichen Sauerland aus den verschiedensten Gründen bis zum Beginn der sechziger Jahre praktisch bedeutungslos. Das änderte sich Mitte der sechziger Jahre ganz entscheidend: Mit dem Einstau der Biggetalsperre im Jahr 1965 und in Erwartung der Fertigstellung der Sauerlandlinie wurde intensiv in die Fremdenverkehrsinfrastruktur investiert. So wurden die Beherbergungskapazitäten in den südsauerländischen Gemeinden allein 1965 – 1970 um 220 Prozent erhöht und bis heute noch weiter ausgebaut. Diese Investitionen zahlten sich in den darauffolgenden Jahren durch weit über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt liegende Steigerungsraten der Übernachtungszahlen aus.

Durch die Fertigstellung der Bundesautobahn A 4 von Köln bis Olpe 1976 stiegen auch die Urlauberzahlen aus dem Großraum Köln-Bonn deutlich an. Befragungen auf verschiedenen Campingplätzen an Lister- und Biggeseer bestätigten die überragende Bedeutung der Sauerlandlinie bei Überlegungen, auch an Wochenenden ins südliche Sauerland zu kommen.



Quelle: Darstellung nach eigenen Berechnungen basierend auf Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS), Düsseldorf

Abb. 3: Bevölkerungszahl 1960 – 1985

### 3.2.5 Bevölkerungsentwicklung (Abb. 3–5, Tab. 10–17)

Nach Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung der Untersuchungs- und Vergleichsraumgemeinden sollen nun kurz die Auswirkungen der beiden unterschiedlichen raumordnungspolitischen Maßnahmen auf die verschiedenen Indikatoren der Bevölkerungsentwicklung untersucht werden, wobei – bedingt durch die kommunale Neugliederung und damit verbundene Unvergleichbarkeit vieler Daten – die Entwicklung vor 1970 unberücksichtigt bleiben muß.

Zieht man zunächst die Entwicklung der Bevölkerungszahl heran, so zeigt Abbildung 3 recht deutlich zwei gegenläufige Kurven.

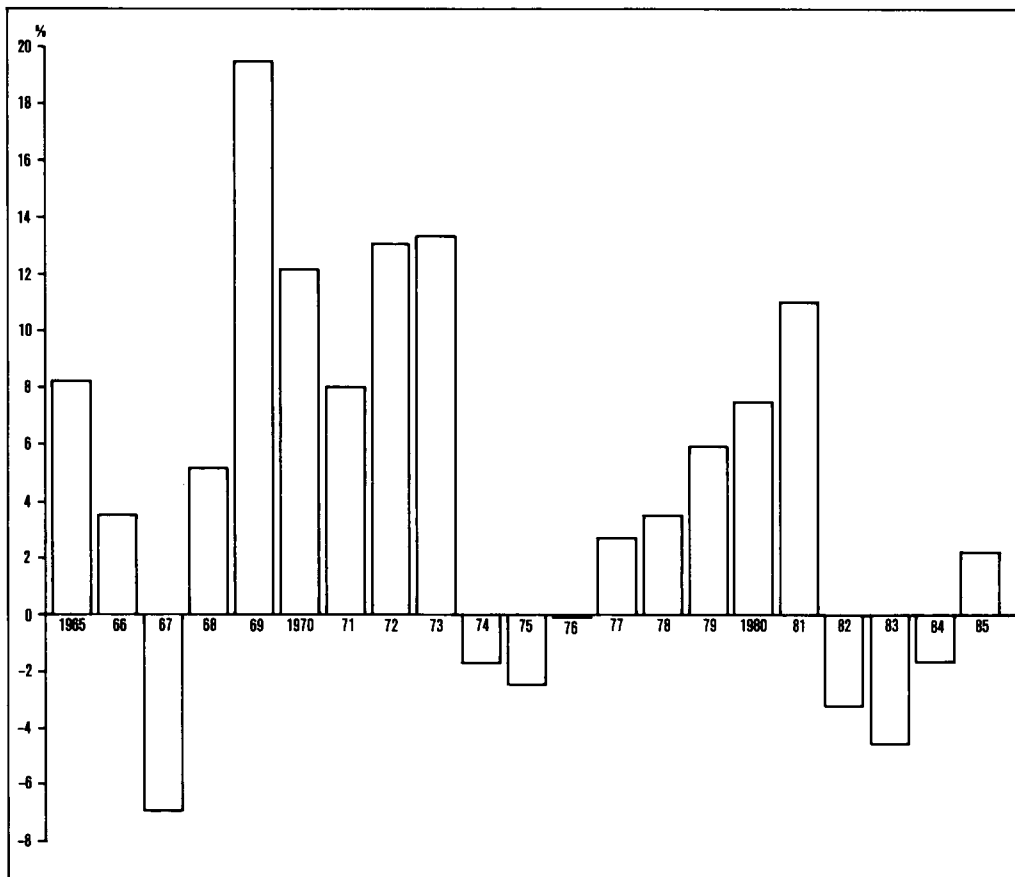
Diese Feststellung soll durch die Analyse der Indikatoren „Natürliche Bevölkerungsentwicklung“ und vor allem „Wanderungen“ näher untersucht und erklärt werden.

Lag im Untersuchungszeitraum 1965–1985 die Zahl der Geburten in den Autobahnemeinden immer über der Sterberate, war dieser Saldo in den Wittgensteiner Gemeinden nach 1972 negativ, wobei die Rate 1985 mit 3,0 % ihren schlechtesten Wert erreichte. Der Vergleich der Entwicklung der Wanderungsbewegungen der Kommunen des Untersuchungs- und Vergleichsraumes bringt ein ähnlich ungünstiges Ergebnis. Konnte der Vergleichsraum bis 1974 – von zwei Ausnahmen abgesehen – noch Wanderungsgewinne verzeichnen, kehrte sich das

nach 1974 klar ins Gegenteil um. Besonders ausgeprägte Abwanderungstendenzen gibt es während der bekannten Rezessionsphasen. Interessant ist hier der unerklärliche Wanderungsgewinn im Jahr 1985 nach vorhergehenden jährlichen Verlusten von bis zu 10 %.

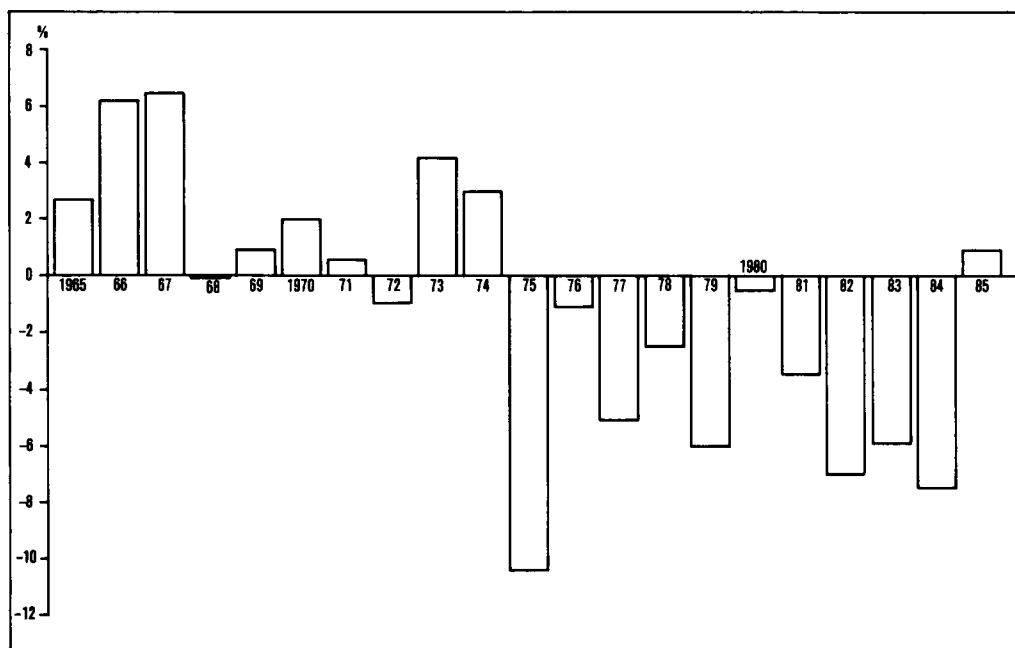
Hat das Wittgensteiner Land nach 1974 – trotz der GA – mit überaus starken Anwanderungen zu kämpfen, sieht die Entwicklung im Untersuchungsraum sehr viel günstiger aus. Bis auf ausgeprägte Abwanderungsbewegungen in den drei Rezessionsphasen nach 1965 kann der Raum teilweise recht hohe Wanderungsgewinne verzeichnen, die sich zwischen 6 und 12 % jährlich bewegen. Ist die Entwicklung insgesamt gesehen für die Autobahnemeinden recht positiv verlaufen, müssen gerade die starken Abwanderungstendenzen in wirtschaftlichen Schwächeperioden nachdenklich stimmen, wobei die auch in der Literatur immer wieder angesprochene und vermutete Sogwirkung industrieller Ballungsräume – hier der Rheinschiene und des süddeutschen Raumes – auch weiterhin besteht. Es bleibt abzuwarten, ob die mittlerweile gute verkehrsmäßige Anbindung und Erschließung des Südsauerlandes durch die BAB A 45 und die A 4 diese Sogwirkung zumindest zeitweise noch verstärken.

Insgesamt konnten aber die in der Literatur so häufig zitierten negativen Effekte von Fernstraßeninvestitionen gerade in ländlichen Regionen – und hier primär der Trag-



Quelle: Darstellung nach eigenen Berechnungen basierend auf Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS), Düsseldorf

Ab. 4: Wanderungssalden des Untersuchungsraumes 1965 – 1985



Quelle: Darstellung nach eigenen Berechnungen basierend auf Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS), Düsseldorf

Abb. 5: Wanderungssalden des Vergleichsraumes 1965 – 1985

**Tabelle 10 Wohnbevölkerung der Gemeinden des Untersuchungsraumes 1950 – 1985**  
(Gebietsstand 1. 1. 1975)

Jahr	Meinerzhagen	Drolshagen	Olpe	Wenden	Freudenberg	Untersuchungsraum	NRW in 1000
1950 <sup>1</sup>	10781	7361	15925	9113	10719	53899	12926
1961 <sup>1</sup>	14309	8368	18432	11427	11832	64368	15920
1965	16165	9130	20142	12870	13356	71663	16661
1966	16698	9334	20375	13109	13873	73389	16807
1967	16792	9041	20534	13267	14008	73642	16835
1968	17193	9107	20933	13505	14249	74987	16888
1969	17752	9263	21059	13895	14151	76120	17044
1970 <sup>1</sup>	17749	9356	21164	13949	14294	76512	16914
1971	17889	9480	21421	14177	14588	77555	17091
1972	18350	9587	21594	14414	14898	79539	17167
1973	18837	9653	21674	14680	15182	80026	17223
1974	18761	9573	21629	14708	15341	80012	17230
1975	18521	9409	21883	14726	15352	79891	17176
1976	18484	9407	21968	14786	15358	80003	17096
1977	18427	9498	21976	14843	15517	80261	17052
1978	18562	9562	22031	14938	15582	80675	17015
1979	18730	9582	22238	15084	15724	81358	17002
1980	19042	9638	22351	15254	15844	82129	17044
1981	19523	9721	22527	15400	16062	83242	17049
1982	19543	9747	22479	15479	15958	83206	16988
1983	19260	9793	22213	15687	16015	82968	16871
1984	19126	9887	22138	15754	16066	82971	16742
1985	19191	10067	22211	15736	16084	83289	16674

<sup>1)</sup> Volkszählungsergebnisse

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 11 Wohnbevölkerung der Gemeinden des Vergleichsraumes 1950 – 1985**  
(Gebietsstand 1. 1. 1975)

Jahr	Bad Berleburg	Erndtebrück	Laasphe	Vergleichsraum	NRW in 1000
1950 <sup>1</sup>	20019	6396	14835	41250	12926
1961 <sup>1</sup>	19373	7365	14858	41596	15920
1965	20151	7665	15683	43499	16661
1966	20579	7984	15568	44131	16807
1967	20674	8009	15448	44131	16835
1968	20777	8114	15496	44387	16888
1969	20899	8048	15710	44657	17044
1970 <sup>1</sup>	20876	8083	15710	44669	16914
1971	20673	8089	15631	44393	17091
1972	20574	8058	15504	44186	17167
1973	20520	8191	15480	44191	17223
1974	20442	8329	15206	43977	17230
1975	20415	8354	14923	43692	17176
1976	20321	8258	15001	43580	17096
1977	20359	8147	14851	43357	17052
1978	20341	8101	14769	43211	17015
1979	20205	8074	14640	42919	17002
1980	20196	8028	14666	42892	17044
1981	20160	7989	14546	42695	17049
1982	19986	7971	14452	42409	16988
1983	19914	7840	14322	42076	16871
1984	19776	7747	14197	41720	16742
1985	19763	7701	14162	41626	16674

<sup>1)</sup> Volkszählungsergebnisse

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 12 Entwicklung der Bevölkerungszahl in den Gemeinden des Untersuchungsraumes 1950 – 1985 (1970 = 100 %)**

Jahr	Meinerzhagen	Drolshagen	Olpe	Wenden	Freudenberg	Untersuchungsraum	NRW
1950	60,7	78,7	75,2	65,3	75,0	70,4	76,4
1961	80,6	90,4	87,1	81,9	82,8	84,1	94,1
1965	91,1	97,6	95,2	92,3	93,4	93,7	98,5
1966	94,1	99,8	96,3	94,0	97,1	95,9	99,4
1967	94,6	96,6	97,0	95,1	98,0	96,2	99,5
1968	96,9	97,3	98,9	96,8	99,7	98,0	99,8
1969	100,0	99,0	99,5	99,6	99,0	99,5	100,8
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1971	100,8	101,3	101,2	101,6	102,1	101,4	101,0
1972	103,4	102,5	102,0	103,3	104,2	104,0	101,5
1973	106,1	103,2	102,4	105,2	106,2	104,6	101,8
1974	105,7	102,3	102,2	105,4	107,3	104,6	101,9
1975	104,3	100,6	103,4	105,6	107,4	104,4	101,5
1976	104,1	100,5	103,8	106,0	107,4	104,6	101,1
1977	103,8	101,5	103,8	106,4	108,6	104,9	100,8
1978	104,6	102,2	104,1	107,1	109,0	105,4	100,6
1979	105,5	102,4	105,1	108,1	110,0	106,3	100,5
1980	107,3	103,0	105,6	109,4	110,8	107,3	100,8
1981	110,0	103,9	106,4	110,4	112,4	108,8	100,8
1982	110,1	104,2	106,2	111,0	111,6	108,7	100,4
1983	108,5	104,7	105,0	112,5	112,0	108,4	99,7
1984	107,8	105,7	104,6	112,9	112,4	108,4	99,0
1985	108,1	107,6	104,9	112,8	112,5	109,9	98,6

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 13 Entwicklung der Bevölkerungszahl in den Gemeinden des Vergleichsraumes 1950 – 1985 (1970 = 100 %)**

Jahr	Bad Berleburg	Erndtebrück	Laasphe	Vergleichsraum	NRW
1950	95,9	79,1	94,4	92,3	76,4
1961	92,8	92,1	94,6	93,1	94,1
1965	96,5	94,8	99,8	97,4	98,5
1966	98,6	98,8	99,1	98,8	99,4
1967	99,0	99,1	98,3	98,8	99,5
1968	99,5	100,4	98,6	99,4	99,8
1969	100,1	99,6	100,0	100,0	100,8
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1971	99,0	100,1	99,5	99,4	101,0
1972	98,6	99,7	98,7	98,8	101,5
1973	98,3	101,3	98,5	98,9	101,8
1974	97,9	103,0	96,8	98,5	101,9
1975	97,8	103,4	95,0	97,8	101,5
1976	97,3	102,2	95,5	97,6	101,1
1977	97,5	100,8	94,5	97,1	100,8
1978	97,4	100,2	94,0	96,7	100,6
1979	96,8	99,9	93,2	96,1	100,5
1980	96,7	99,3	93,4	96,0	100,8
1981	96,6	98,8	92,6	95,6	100,8
1982	95,7	98,6	92,0	94,9	100,4
1983	95,4	97,0	91,2	94,2	99,7
1984	94,7	95,8	90,4	93,4	99,0
1985	94,7	95,3	90,1	93,2	98,6

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 14 Natürliche Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Untersuchungsraumes 1965 – 1985**

Jahr	Meinerzhagen	Drolshagen	Olpe	Wenden	Freudenberg	Untersuchungsraum	
						absolut	‰
1965	+167	+19	+154	+252	+ 40	+632	+8,8
1966	+165	+54	+134	+246	+ 16	+615	+8,4
1967	+110	+14	+110	+217	+ 20	+471	+6,4
1968	+ 86	+21	+ 97	+153	+ 23	+380	+5,1
1969	+ 52	+77	+161	+154	+ 82	+526	+6,9
1970	+ 36	+51	+135	+122	+100	+444	+5,8
1971	+ 57	+59	+134	+109	+ 71	+430	+5,5
1972	+ 27	+37	+ 81	+ 87	+ 18	+250	+3,1
1973	+ 27	+ 5	+ 22	+ 53	+ 2	+109	+1,4
1974	- 2	- 2	+ 34	+ 79	+ 11	+120	+1,5
1975	- 54	+ 8	+ 64	+ 64	- 5	+ 77	+1,0
1976	- 26	+29	+ 61	+ 61	- 20	+105	+1,3
1977	- 44	+ 1	+ 27	+ 73	- 8	+ 49	+0,6
1978	- 23	+11	+ 48	+ 59	+ 33	+128	+1,6
1979	+ 23	0	+ 64	+ 93	+ 21	+201	+2,5
1980	+ 15	+17	+ 53	+ 75	+ 7	+167	+2,0
1981	+ 2	+ 6	+ 78	+ 96	- 2	+180	+2,2
1982	+ 38	+47	+ 47	+ 88	+ 19	+239	+2,9
1983	- 16	+27	+ 38	+ 82	+ 19	+150	+1,8
1984	+ 22	+39	- 11	+ 79	+ 18	+147	+1,8
1985	+ 12	+31	+ 40	+ 50	+ 8	+142	+1,7

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 15 Natürliche Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden des Vergleichsraumes 1965 – 1985**

Jahr	Bad Berleburg	Erndtebrück	Laasphe	Vergleichsraum	
				absolut	‰
1965	+55	+33	+42	+130	+3,0
1966	+39	+76	+22	+137	+3,1
1967	+54	+49	+34	+106	+2,4
1968	+47	+58	+31	+136	+3,1
1969	+12	+36	+14	+ 62	+1,4
1970	+17	+25	+11	+ 31	+0,7
1971	-18	+28	+ 3	+ 13	+0,3
1972	-15	+15	+ 4	+ 4	+0,1
1973	-27	+ 8	-27	- 46	-1,0
1974	- 9	+ 2	-32	- 39	-0,9
1975	-11	0	-58	- 69	-1,6
1976	-28	+17	-56	- 67	-1,5
1977	+ 3	+24	-30	- 3	-0,1
1978	-39	+21	-85	-103	-2,4
1979	+ 8	+37	-79	- 34	-0,8
1980	-29	+62	-44	- 11	-0,3
1981	-13	+47	-70	- 36	-0,8
1982	+14	+30	-53	- 9	-0,2
1983	-24	+35	-94	- 83	-2,0
1984	-45	+30	-25	- 40	-1,0
1985	-53	+ 9	-82	-126	-3,0

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverarb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 16 Wanderungssalden der Gemeinden des Untersuchungsraumes 1965 – 1985**

Jahr	Meinerzhagen	Droshagen	Olpe	Wenden	Freudenberg	Untersuchungsraum	
						absolut	%
1965	+273	+ 95	+178	+ 64	- 20	+ 590	+ 8,2
1966	+280	+ 31	- 68	- 57	+ 63	+ 249	+ 3,4
1967	- 77	-214	-127	- 67	- 37	- 522	- 7,1
1968	+315	- 4	+ 35	+ 94	- 56	+ 384	+ 5,1
1969	+450	+142	+401	+236	+273	+1502	+19,7
1970	+216	+136	+119	+227	+237	+ 935	+12,2
1971	+ 83	+ 65	+123	+119	+223	+ 613	+ 7,9
1972	+434	+ 70	+ 92	+150	+292	+1038	+13,1
1973	+460	+ 61	+ 58	+213	+282	+1074	+13,4
1974	- 74	- 78	- 79	- 51	+148	- 134	- 1,7
1975	-259	- 99	+190	- 46	+ 16	- 198	- 2,5
1976	- 11	- 31	+ 24	- 1	+ 26	- 7	- 0,1
1977	- 13	+ 90	- 19	- 16	+167	+ 209	+ 2,6
1978	+158	+ 35	+ 7	+ 36	+ 32	+ 263	+ 3,3
1979	+145	+ 20	+143	+ 53	+121	+ 482	+ 5,9
1980	+297	+ 39	+ 95	+ 95	+113	+ 604	+ 7,4
1981	+479	+ 77	+ 50	+ 50	+220	+ 924	+11,1
1982	- 18	- 21	- 95	- 9	-123	- 266	- 3,2
1983	-267	+ 19	-304	+126	+ 38	- 388	- 4,7
1984	-156	+ 55	- 64	- 12	+ 33	- 144	- 1,7
1985	+ 53	+149	+ 33	- 68	+ 9	+ 176	+ 2,1

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen

**Tabelle 17 Wanderungssalden der Gemeinden des Vergleichsraumes 1965 – 1985**

Jahr	Bad Berleburg	Erndtebrück	Laasphe	Vergleichsraum	
				absolut	%
1965	+127	- 64	+ 51	+114	+ 2,6
1966	+125	+243	- 99	+269	+ 6,1
1967	+ 88	+204	- 7	+285	+ 6,5
1968	+ 27	+ 21	- 53	- 5	- 0,1
1969	+ 49	-101	+ 87	+ 35	+ 0,8
1970	- 48	+ 74	+ 62	+ 88	+ 2,0
1971	- 37	+ 59	- 1	+ 21	+ 0,5
1972	- 31	+ 8	- 16	- 39	- 0,9
1973	+ 69	+ 75	+ 41	+185	+ 4,2
1974	0	+115	+ 14	+129	+ 2,9
1975	-193	- 40	-225	-458	-10,5
1976	- 66	-113	+135	- 45	- 1,0
1977	+ 35	-135	-120	-220	- 5,1
1978	- 42	- 67	+ 3	-106	- 2,5
1979	-144	- 64	- 50	-258	- 6,0
1980	+ 20	-108	+ 70	- 18	- 0,4
1981	- 23	- 86	- 32	-141	- 3,3
1982	-188	- 48	- 59	-295	- 7,0
1983	- 48	-165	- 36	-249	- 5,9
1984	- 93	-123	-100	-316	- 7,6
1985	+ 40	- 55	+ 47	+ 32	+ 0,8

Quelle: Veröffentl. d. Landesamtes f. Datenverb. u. Statistik (LDS) Düsseldorf und eigene Berechnungen



fähigkeitsverlust durch die Abwanderung vor allem jüngerer, höher qualifizierter Bevölkerungsschichten – im untersuchten Raum bis heute nur in geringem Umfang festgestellt werden (vgl. Wanderungsmotivbefragung der IHK Siegen für den Kreis Olpe).

#### **4. Zusammenfassung und Ausblick**

Mit gewissen Einschränkungen kann festgestellt werden, daß – bezogen auf die beiden gegenübergestellten Räume – die raumordnungspolitische Maßnahme Fernstraßenbau effizienter war. Ihre Impulse konnten langfristige Effekte auslösen als die Förderung der Wirtschaft des Wittgensteiner Raumes durch die Gemeinschaftsaufgabe, d. h. die Nachteile des fehlenden Fernstraßenanschlusses für eine strukturschwache Region waren auch durch die regionale Wirtschaftsförderung nicht in jedem Fall auszugleichen.

Doch sollte nicht unerwähnt bleiben, daß sich die aufgezeigten, teilweise überaus positiven Effekte der Bundesautobahn Sauerlandlinie i. d. R. auf einen räumlich begrenzten, schmalen Korridor, der nur die unmittelbar an der Fernstraßentrasse liegenden Gemeinden umfaßt, beschränken. Mit zunehmender Entfernung nehmen die positiven Auswirkungen ab und kehren sich häufig sogar ins Gegenteil um. Offen bleibt auch die Frage, ob bei anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase im Untersuchungsraum wieder ähnlich überdurchschnittlich negative Tendenzen auftreten werden, wie zuletzt zur Mitte der siebziger Jahre, oder ob durch die allgemein sich verschlechternden Zukunftsperspektiven und ein verändertes Bewußtsein bezüglich Lebensqualität und Freizeit etc. selbst bei steigenden Arbeitslosenzahlen nicht zwangsläufig mit einem verstärkten Abwanderungstrend gerechnet werden muß.

#### **Literatur**

**Schürholz, R.** (1983): Die Autobahn A 45 Sauerlandlinie – Funktionen und raumwirksame Folgen einer neuen Autobahn. Diplomarbeit Ms., Münster



# Regionalplanung in Südwestfalen unter besonderer Berücksichtigung von Siegerland und Südsauerland

von Peter Meinke und Hildegard Richard, Arnsberg

Mit der Neuorganisation der Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen im Zuge der Funktionalreform am 1. 1. 1976 ging die Zuständigkeit für diese Planungsstufe auf die Regierungspräsidenten über. Die bisherigen Landesplanungsgemeinschaften Westfalen, Rheinland und Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk wurden aufgelöst. Damit war erstmals in der Geschichte der Regionalplanung Nordrhein-Westfalens die Einheit von Verwaltungs- und Planungsraum gegeben.

Es liegt daher nahe, unter dem Titel „Regionalplanung in Südwestfalen“ die Tätigkeit von Bezirksplanungsrat und Bezirksplanungsbehörde Arnsberg zu verstehen und so den Raum Südwestfalen vereinfachend gleichzusetzen mit dem Regierungsbezirk Arnsberg.

## 1. System der räumlichen Planung in Nordrhein-Westfalen

Im System der räumlichen Gesamtplanung nimmt die Regionalplanung eine Mittelstellung zwischen der übergeordneten Landesplanung und der kommunalen Bauleitplanung ein. Als übergemeindliche und überfachliche Planung hat sie im Interesse einer ausgewogenen Zukunftsvorsorge die verschiedenen konkurrierenden Nutzungsansprüche an den Raum zu koordinieren. Dabei muß sie einerseits die übergeordneten landesplanerischen Zielvorgaben des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm – LEPro) und der Landesentwicklungspläne (LEP's) konkretisieren, andererseits findet sie ihre Grenze in der grundgesetzlich garantierten Selbstverwaltung der Gemeinden (kommunale Pla-

nungshoheit). Dieser Position trägt das Landesplanungsgesetz Rechnung, indem es die Landes- und Regionalplanung als Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Selbstverwaltung definiert (§ 1 Abs. 1). Das räumliche Planungssystem in Nordrhein-Westfalen mit den verschiedenen Planungsstufen, Zuständigkeiten und Verflechtungen zeigt die Abbildung 1.

Mit der Neuorganisation der Regionalplanung und der Einrichtung der Bezirksplanungsbehörden bei den Regierungspräsidenten wurde das staatliche Element in der Regionalplanung im Vergleich zu den Zeiten der Landesplanungsgemeinschaften gestärkt. Gleichwohl ist die kommunale Selbstverwaltung entscheidend vertreten, nämlich in den der Mittelinstanz als politisches Gremium zugeordneten Bezirksplanungsräten.

Dem **Bezirksplanungsrat** gehören stimmberechtigte und beratende Mitglieder an. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder errechnet sich nach der Einwohnerzahl des Regierungsbezirks; in Arnsberg sind es 27. Sie alle sind als Kommunalpolitiker Ratsmitglied in einer Gemeinde. Durch die Vertretungen der Kreise und kreisfreien Städte werden sie direkt gewählt bzw. aus Reservelisten berufen. Die Zusammensetzung nach der Zugehörigkeit zu politischen Parteien spiegelt die kommunalpolitischen Mehrheitsverhältnisse in der Summe aller Gemeinden des Regierungsbezirks wider (vgl. Abb. 2).

Zur Gruppe der beratenden Mitglieder gehören neben allen Oberkreis- und Oberstadtdirektoren des Bezirks je ein Vertreter

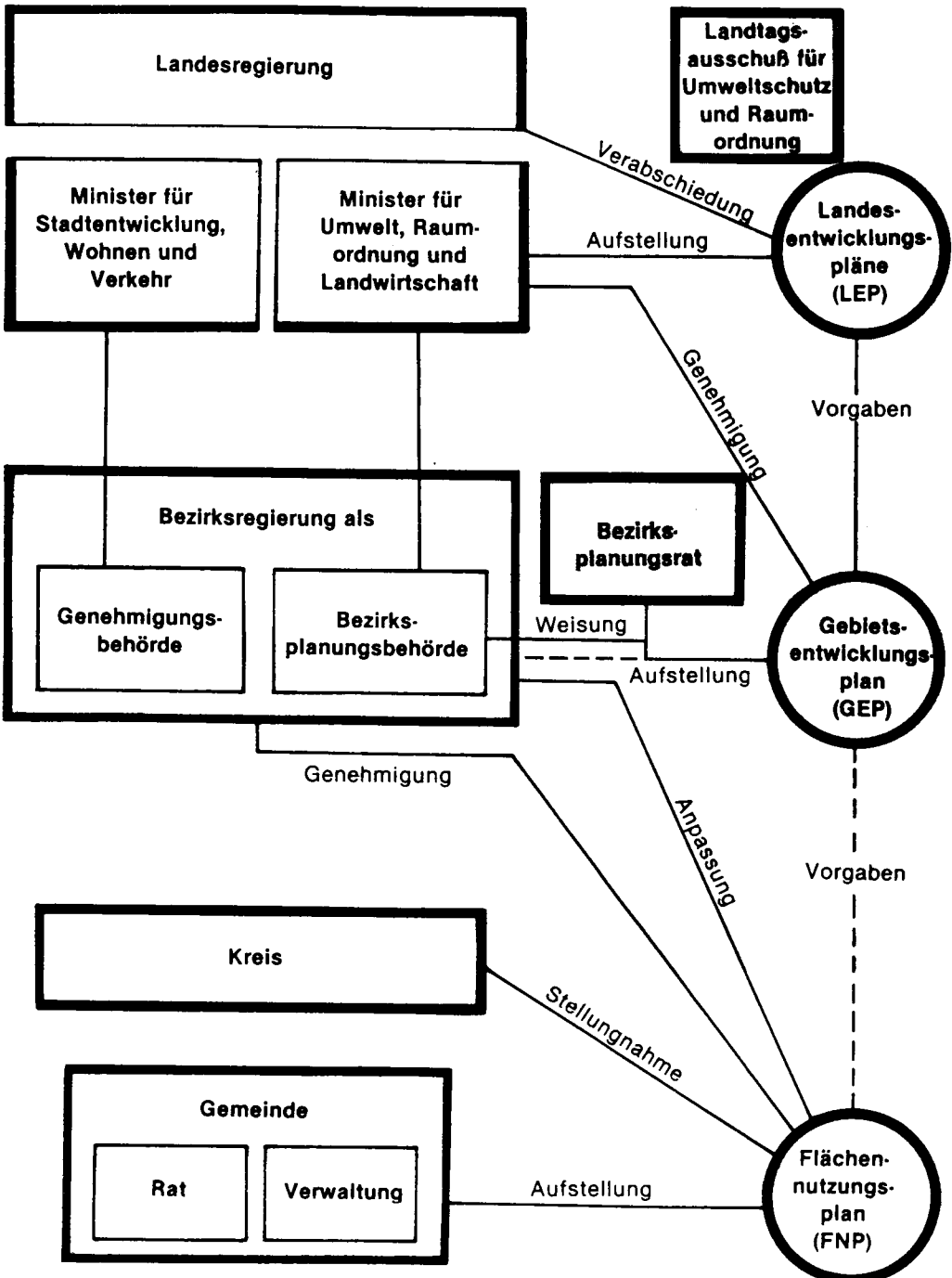
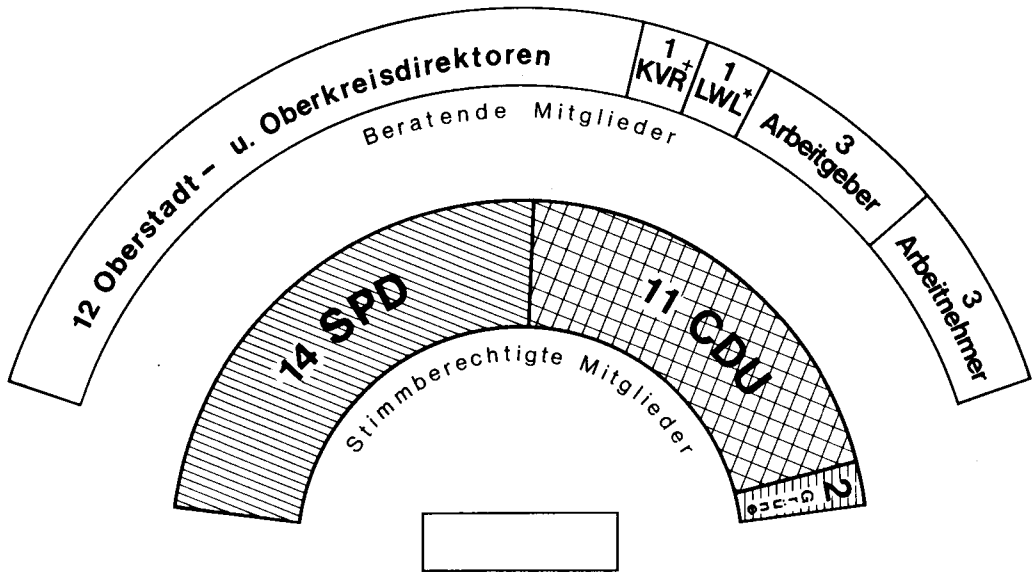


Abb. 1: Räumliches Planungssystem in Nordrhein-Westfalen



Stand: Sitzungsperiode 1984 bis 1989

+ Kommunalverband Ruhr  
\* Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Stand 1.1.1990

**Abb. 2: Der Bezirksplanungsrat beim Regierungspräsidenten in Arnsberg**

des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und des Kommunalverbandes Ruhrgebiet. Außerdem wählen die stimmberechtigten Mitglieder des Bezirksplanungsrates noch je drei Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer als beratende Mitglieder hinzu. Durch diese Zusammensetzung ist sichergestellt, daß ein möglichst breiter Sachverstand aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung in die Regionalplanung einfließen kann.

Die Hauptaufgabe des Bezirksplanungsrates besteht darin, die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Erarbeitung und Aufstellung des regionalen Entwicklungsplanes, d. h. des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) zu treffen. Er ist der „Herr des Verfahrens“. Darüber hinaus ist er an der Aufstellung der Landesentwicklungspläne beteiligt, und er ist im Verfahren zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung einzuschalten, wenn eine Einigung zwischen Bezirksplanungsbehörde und Ge-

meinde nicht zustande kommt. Schließlich berät er den Regierungspräsidenten bei allen raumbedeutsamen und strukturwirksamen Planungen und Fördermaßnahmen von regionaler Bedeutung. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben wird der Bezirksplanungsrat durch den Regierungspräsidenten als Bezirksplanungsbehörde unterstützt. Innerorganisatorisch wird diese Funktion durch eine Abteilung des Hauses wahrgenommen.

## 2. Der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Arnsberg

Nach dem Landesplanungsgesetz legt der Gebietsentwicklungsplan die regionalen Ziele der Raumordnung und Landesplanung für die Entwicklung und für alle raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen im Regierungsbezirk fest. Mit der Bekanntgabe seiner Genehmigung wird er eine Richtlinie für alle behördlichen Entscheidungen, Maßnahmen und Planungen, die für die Raumordnung Bedeutung haben.

Versteht man den Gebietsentwicklungsplan aufgrund seines fachübergreifenden und koordinierenden Charakters als Anlaß und Träger des Ausgleichs von kommunalen, regionalen und fachplanerischen Zielen, so liegt auf der Hand, daß in einer so vielfältigen Region wie dem Regierungsbezirk Arnsberg, der sich aus höchst unterschiedlichen Teilräumen zusammensetzt, auch die verschiedenartigsten planerischen Probleme mit diesem Instrument erfaßt werden müssen. Die Vielgestaltigkeit des Regierungsbezirks Arnsberg mit seinen untereinander ausgesprochen heterogenen Teilräumen trifft sowohl für das vorgefundene Naturpotential als auch für die auf seiner Grundlage entstandenen Siedlungs- und Wirtschaftsräume zu.

Durch die natürliche Ausstattung ist die Unterteilung in zwei Großräume vorgegeben: den Mittelgebirgstiel (Sauerland/Siegerland) und das ihm vorgelagerte Flach- und Hügelland (Hellwegzone). Unter Berücksichtigung der wichtigsten Naturfaktoren wie Höhenlage, Relief, Klima, Boden läßt sich generell ein „Gefälle“ des Naturpotentials von Nord/Nordwest nach Südosten ausmachen.

Ebenso deutlich sind die Unterschiede in der Bevölkerungs- und Siedlungsdichte. Der Schwerpunkt der Bevölkerung liegt eindeutig in den Großstädten des Ruhrgebiets. Sie sind umgeben von einem „Kragen“ etwas weniger dicht bevölkerter Gemeinden. Daran schließen sich die vergleichsweise dünn besiedelten Gemeinden der ländlichen Zone an. Mit Ausnahme des solitären Verdichtungsgebietes Siegen kann man auch bei der Bevölkerungsverteilung eine Abnahme der Dichte von Nordwesten nach Südosten feststellen.

Ruhrgebiet, Siegerland und das Märkische Sauerland sind die Schwerpunkträume der gewerblichen Wirtschaft. In den Kreisen Soest und Olpe, im Hochsauerlandkreis und im Wittgensteiner Land dagegen prägen Land- und Forstwirtschaft den Raum noch in erheblichem Maße. Seine größte Bedeutung für den Ballungsraum gewinnt das Bergland als Wasserspender und als Erholungsraum.

## Teilabschnittsbildung

Um der Vielfalt des Regierungsbezirks gerecht zu werden und darüber hinaus möglichst zügig die Koordinierungsfunktion dieses Planungsinstrumentes nutzen zu können, hat der Bezirksplanungsrat schon 1976 beschlossen, den Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Arnsberg in räumlichen Teilabschnitten aufzustellen. Bei der Abgrenzung dieser Teilabschnitte ließ er sich bereits damals grundsätzlich von dem Gedanken leiten, jeweils ein Oberzentrum mit seinem oberzentralen Einzugsbereich in einem Teilabschnitt zusammenzufassen. Aufgrund der vorgefundenen Situation konnte dieser Grundsatz zunächst jedoch nicht ohne weiteres eingehalten werden.

Am 1. 1. 1976 waren im Regierungsbezirk Arnsberg mehrere von den Landesplanungsgemeinschaften aufgestellte GEP-Teilabschnitte in Kraft: im Ruhrgebiet der Gebietsentwicklungsplan des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk von 1966 (GEP-SVR '66), des weiteren die Teilabschnitte Siegen (genehmigt 1970), Wittgenstein (1974), Olpe (1975) und Soest-Lippstadt (1975) des Gebietsentwicklungsplanes der Landesplanungsgemeinschaft Westfalen. Das nordöstliche Stadtgebiet von Lippstadt wurde erfaßt vom Teilabschnitt Hochstift Paderborn (1972).

Der Bezirksplanungsrat beauftragte daher die Bezirksplanungsbehörde, die vorhandenen Vorentwürfe der Landesplanungsgemeinschaft für die Räume Hochsauerlandkreis und Märkischer Kreis aufzunehmen und weiter zu erarbeiten. Noch während seiner ersten Sitzungsperiode konnte er diese beiden Teilabschnitte verabschieden; mit der Bekanntgabe ihrer Genehmigung traten sie 1979 (Hochsauerlandkreis) und 1980 (Märkischer Kreis) in Kraft. Damit war der gesamte Regierungsbezirk Arnsberg mit geringfügigen Ausnahmen – Teile des Kreises Unna nördlich der Lippe, Stadtgebiet Warstein, Teile der Stadtgebiete von Hagen und Schwerte sowie der Ortsteil Bad Waldliesborn der Stadt Lippstadt – mit geltenden Gebietsentwicklungsplänen abgedeckt.

Freilich bedurften einige dieser Teilabschnitte inzwischen dringend einer Fort-

schreibung. Dies galt vor allem für den zum Regierungsbezirk gehörenden Teil des Ruhrgebiets, um den seit Mitte der 60er Jahre völlig veränderten Gegebenheiten dieser Problemregion Rechnung zu tragen. Daher war es geradezu selbstverständlich, daß die nächsten beiden Teilabschnitte das Oberzentrum Dortmund mit seinem unmittelbaren Verflechtungsbereich (Teilabschnitt Dortmund/Unna/Hamm, genehmigt 1984) und den Bereich des mittleren und südlichen Ruhrgebiets mit den Oberzentren Bochum und Hagen (Teilabschnitt Bochum/Herne/Ennepe-Ruhr-Kreis, genehmigt 1985, jedoch mit Ausnahme des Straßennetzes) erfaßten.

Mit dem folgenden Teilabschnitt konnte dann zum erstenmal dem Gedanken der Abgrenzung anhand von Oberbereichen voll Rechnung getragen werden. Der Teilabschnitt Oberbereich Siegen deckt die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein ab; er wurde im März 1987 durch den Bezirksplanungsrat aufgestellt und liegt der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung vor.

In seiner Sitzung am 23. 5. 1986 setzte sich der Bezirksplanungsrat mit dem weiteren Vorgehen in der Gebietsentwicklungsplanung auseinander. Er bekräftigte seinen alten Beschluß, Teilabschnitte nach funktionalen Gesichtspunkten zu bilden und jeweils ein Oberzentrum mit seinem Oberbereich regionalplanerisch zusammenzufassen. Aufgrund der räumlichen Nähe und der vielfachen Überschneidungen sollen jedoch die Oberzentren Bochum und Hagen in einem Teilabschnitt behandelt werden. Somit ergibt sich für die Zukunft eine Aufteilung des Regierungsbezirks in drei Teilräume: Oberbereich Dortmund, Oberbereiche Bochum und Hagen sowie Oberbereich Siegen (Abb. 3).

Da für den Kreis Soest und den Hochsauerlandkreis aufgrund des Zeitablaufs eine Fortschreibung der Gebietsentwicklungsplanung am dringlichsten erscheint, beauftragte der Bezirksplanungsrat die Bezirksplanungsbehörde, diesen östlichen Teil des Oberbereichs Dortmund zunächst neu zu bearbeiten und dann in einer Fortschreibung des Teilabschnitts Dortmund/Unna/Hamm (= westlicher Teil des Oberbereichs

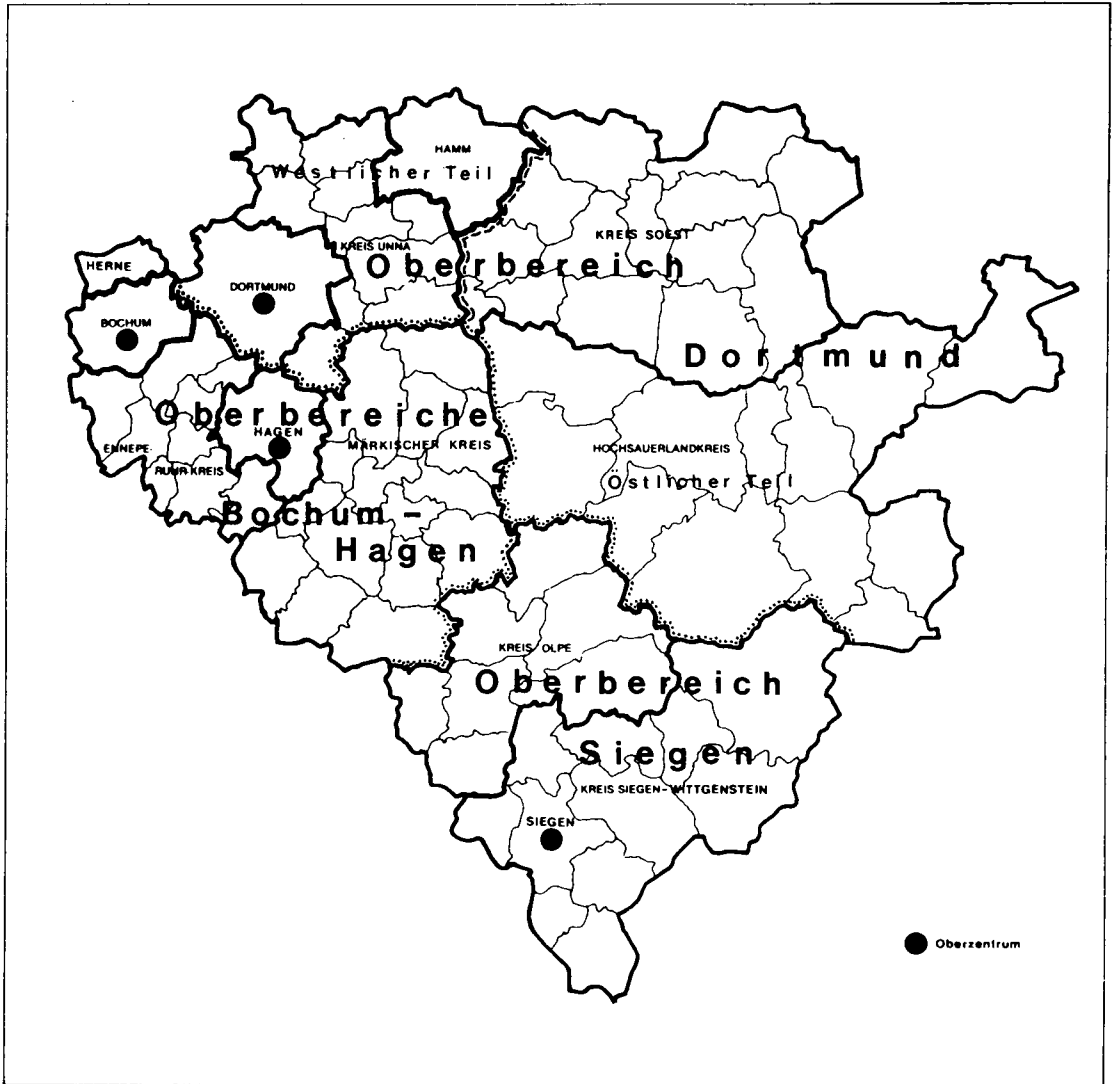
Dortmund) zusammenzufassen. Mit den Arbeiten an diesem Entwurf ist die Bezirksplanungsbehörde derzeit beschäftigt.

## Verfahren

Im Laufe der Erarbeitung von inzwischen fünf GEP-Teilabschnitten haben Bezirksplanungsrat und Bezirksplanungsbehörde Arnsberg ein eigenes, offenes, problemorientiertes Entwurfsverfahren entwickelt. Das im Landesplanungsgesetz geregelte Erarbeitungsverfahren für den GEP läßt offen, auf welche Weise die Bezirksplanungsbehörde einen Entwurf, der dem offiziellen Beteiligungsverfahren zugrunde liegt, erstellt. Von Mal zu Mal etwas modifiziert, hat sich zuletzt folgendes Vorgehen herausgebildet, das hier am Beispiel des Teilabschnitts Oberbereich Siegen dargestellt werden soll:

Zunächst beauftragte der Bezirksplanungsrat die Bezirksplanungsbehörde, den Entwurf für diesen Teilabschnitt des GEP auszuarbeiten. Die Bezirksplanungsbehörde lud daraufhin die Verwaltungen der betroffenen Gemeinden zu einem ersten Informationsgespräch ein, in dem sie zugleich einen Fragenkatalog aushändigte und die Gemeinden um intensive Mitarbeit bat. Parallel dazu wurde eine Reihe von Fachbeiträgen verschiedener Fachbehörden angefordert. Im Anschluß daran besuchte der Bezirksplaner gemeinsam mit den zuständigen Dezernenten der Bezirksplanungsbehörde alle Gemeinden des Plangebiets, um sich vor Ort und im Gespräch mit den Gemeindeverwaltungen einen ersten Eindruck von den anstehenden Planungsproblemen zu verschaffen.

Auf dieser Basis und nach einer ersten Auswertung des verfügbaren Materials erstellte die Bezirksplanungsbehörde ein Arbeitspapier mit dem Titel „Grundprobleme des Raums“. Dieses Papier sollte insbesondere den Meinungs austausch mit den Kreisen und Gemeinden in der sog. Auftaktkonferenz erleichtern. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Sitzung des Bezirksplanungsrates mit den Politikern und Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und Gemeinden des Plangebietes. Mit dieser Konferenz sollte noch vor dem offiziellen Betei-



**Abb. 3: Gebietsentwicklungsplan Regierungsbezirk Arnsberg: Oberbereiche**

ligungsverfahren ein Einstieg in die Diskussion gefunden werden.

Aus diesem Arbeitspapier, den Rede- und Diskussionsbeiträgen der Auftaktkonferenz, sowie schriftlichen Beiträgen der Städte und Gemeinden formulierte der Bezirksplanungsrat sog. Leitlinien als Arbeitsvorgaben für die Bezirksplanungsbehörde bei der Erarbeitung des ersten Entwurfs. Sie führten die vordringlich zu behandelnden Probleme der Region auf und enthielten erste richtungweisende Angaben über Lösungswege.

Zahlreiche weitere Gespräche der Bezirksplanungsbehörde mit Gemeindeverwaltungen und Fachdienststellen schlossen sich an, bis schließlich der erste Entwurf fertiggestellt war und der Bezirksplanungsrat das offizielle Beteiligungsverfahren nach § 15 Landesplanungsgesetz eröffnete. An diesem Verfahren waren 120 Gebietskörperschaften, Behörden, Dienststellen, Verbände etc. beteiligt. Nach Ablauf der sechsmonatigen Frist zur Stellungnahme lagen der Bezirksplanungsbehörde ca. 1200 Bedenken und Anregungen vor. Sie mußten in der Folge-



zeit mit den Beteiligten erörtert werden, nach dem Gesetzauftrag mit dem Ziel, einen Ausgleich der Meinungen zu erreichen. Nur in 27 Fällen konnte ein derartiger Konsens nicht erzielt werden. Hierüber hatte dann der Bezirksplanungsrat ausdrücklich in der Sache zu entscheiden. Dies tat er nach gründlicher Vorbereitung in seinen Fraktionen, wozu auch Ortsbesichtigungen zählten. Schließlich faßte der Bezirksplanungsrat den förmlichen Aufstellungsbeschluß für diesen GEP-Teilabschnitt. Notwendig ist nunmehr noch die Genehmigung des Planes durch die Landesplanungsbehörde.

### Inhalte des Gebietsentwicklungsplanes

Die konkretisierten Ziele der Landesplanung werden im Gebietsentwicklungsplan sowohl zeichnerisch (im Maßstab 1 : 50 000) als auch textlich dargestellt. Außerdem werden sie in einem umfangreichen Erläuterungsbericht näher begründet und bestimmt.

Dieser Aufbau des GEP ist grundsätzlich durch die 3. Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz (3. DVO) vorgegeben. Im zugehörigen Planzeichenverzeichnis sind die Inhalte der zeichnerischen Darstellung im einzelnen aufgeführt. Erfasst werden die verschiedensten raumrelevanten Nutzungen, so z. B. Siedlungsbereiche, Infrastruktureinrichtungen, Freiraumnutzungen und Schutzausweisungen. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, alle Planzeichen und Inhalte im einzelnen zu behandeln; auf einige ausgewählte Problembereiche werden wir im zweiten Teil dieses Beitrages näher eingehen. Die textlichen Darstellungen des GEP gehen darüber hinaus insbesondere auf das regionale Ordnungssystem (z. B. zentralörtliche Gliederung), auf die Bevölkerungsentwicklung und auf die Entwicklung der Wirtschaft ein. Ferner wird die den Ausweisungen von Wohn- sowie Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen zugrunde liegende Flächenbedarfsberechnung erläutert.

Seit 1980 nimmt der Gebietsentwicklungsplan aufgrund fachgesetzlicher Regelungen zusätzliche planungsrechtliche Aufgaben wahr. In § 15 Landschaftsgesetz wird ihm die Funktion eines Landschaftsrahmenpla-

nes nach § 5 Bundesnaturschutzgesetz zugewiesen; laut § 7 Abs. 1 Landesforstgesetz hat er die Funktion eines forstlichen Rahmenplanes nach § 7 Bundeswaldgesetz. Aus diesem Grunde erarbeitet die Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) einen ökologischen Fachbeitrag als Planungsgrundlage für den GEP; die höhere Forstbehörde legt einen forstlichen Fachbeitrag vor.

Schon an der Zuweisung dieser beiden Sonderfunktionen wird sichtbar, daß sich die inhaltlichen Schwerpunkte des GEP mehr und mehr verschoben haben. Nicht nur die unterschiedlichen Teilräume des Regierungsbezirks, sondern auch die im Zeitablauf veränderten Gegebenheiten und Probleme und deren Gewichtung haben bei aller angestrebten Einheitlichkeit des Aufbaus doch deutlich voneinander verschiedene, auf den jeweiligen Teilraum individuell zugeschnittene Teilabschnitte entstehen lassen.

Die beiden relativ kurz nach Abschluß der kommunalen Neugliederung (1975) entstandenen GEP-Teilabschnitte Hochsauerlandkreis und Märkischer Kreis sahen im Mittelpunkt ihres Interesses die Ausweisung von Flächen für die Siedlungsentwicklung. Dabei wurde auch damals schon eine – wenn auch großzügiger bemessene – Bedarfsberechnung zugrunde gelegt. Wichtiger aber war die Verteilung der Siedlungsbereiche im Raum: Die Bildung der neuen Großgemeinden durch die kommunale Neugliederung hatte erstmals die echte Chance geboten, die künftige Siedlungsentwicklung auf Schwerpunkte auszurichten, um so eine rationellere Ausnutzung der Infrastruktureinrichtungen zu gewährleisten, aber auch den Freiraum durch Vermeidung vieler kleiner Siedlungsansätze zu schonen. In enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen mußte ein vernünftiger Weg gefunden werden, der sowohl dieser Zielsetzung entsprach als auch die weitere Lebensfähigkeit der kleinen, gewachsenen Dörfer garantierte.

Ein weiteres vorrangiges Ziel war es, mit Hilfe geeigneter Flächenausweisungen die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu ermöglichen, um die Ursachen der Arbeitslosigkeit abzubauen zu

helfen und der Abwanderung aus den Plan- gebieten entgegenzuwirken. In diesen Zu- sammenhang gehörten auch Planungen zum Ausbau der Verkehrswege, um das Plange- biet besser zu erschließen und seine Ver- kehrsferne zu beseitigen, sowie zur Verbes- serung der Energieversorgung.

Daneben galt es, der Bedeutung des Plange- bietes als „Wasserturm“ und Erholungs- raum für das Ruhrgebiet Rechnung zu tra- gen. So wurden eine Reihe möglicher Tal- sperrenstandorte durch entsprechende Dar- stellung im GEP landesplanerisch gesichert. Im Sektor „Freizeit und Erholung“ stand der Ausbau sog. Freizeit- und Erholungs- schwerpunkte im Vordergrund.

Ganz anders stellten sich die Aufgaben der Regionalplanung im Ruhrgebiet dar. Eines der Hauptprobleme war hier die sog. Kern- Rand-Wanderung der Bevölkerung. Sie hät- te auf Dauer zu einer Entleerung des Bal- lungskerns bei gleichzeitigem verstärkten Siedlungsdruck auf die Ballungsrandzone geführt. Nach zum Teil sehr heftigen Dis- kussionen mit den Gemeinden wurde schließlich von allen als regionalplanerischer Lösungsansatz die Formel „Halbie- rung der Wanderungsverluste“ mitgetra- gen. Das bedeutete, daß den Flächenbe- darfsberechnungen für Wohnsiedlungsbe- reiche eine landesplanerische Zielprognose zugrunde gelegt wird, die davon ausgeht, daß die Wanderungsverluste des Ballungs- kerns gegenüber der Ballungsrandzone nur die Hälfte der unter Status-quo-Bedingun- gen zu erwartenden betragen sollen.

Das zentrale Problem dieser Region aber bestand und besteht in der einseitigen Wirt- schaftsstrukturalstruktur und der damit verbundenen hohen Arbeitslosigkeit. Zu seiner Lösung versuchte die Gebietsentwicklungsplanung beizutragen durch Bereitstellung ausrei- chender Flächen für Industrie und Gewer- be. Aufgrund der Freiraumsituation, die ei- nen weiteren Landschaftsverbrauch nur noch in sehr begrenztem Umfang zuließ, wurden aber keineswegs nur neue Flächen ausgewiesen; vielmehr wurde sogar in meh- reren Fällen aus Gründen des Freiraum- schutzes der an sich rechnerisch bestätigte Flächenbedarf einer Gemeinde nicht ge- deckt. Darüber hinaus wurden die Siche- rung der Entwicklungsmöglichkeiten der

Betriebe am alten Standort und vor allem die Reaktivierung brachgefallener Indu- strie- und Bergbauflächen in den Vorder- grund gestellt.

Neben der Lösung der ruhrgebietspezifi- schen Probleme, z.B. Nordwanderung des Bergbaus und Standorte für Bergehalden, galt die Aufmerksamkeit in immer stärkerem Maße der Sicherung des noch verblie- benen Freiraums und der Wahrung und Re- generierung der natürlichen Umwelt im Verdichtungsgebiet. Der GEP postulierte die Erhaltung eines zusammenhängenden Freiraumsystems, das – mit den sog. regio- nalen Grünzügen als tragenden Elementen – die Siedlungsbereiche netzartig durchzie- hen soll. Nachdem das Landschaftsgesetz den GEP zum Landschaftsrahmenplan er- klärt hatte, wurden in den beiden Ruhrge- biets-Teilabschnitten des GEP in enger Ab- stimmung mit den für den Landschafts- schutz zuständigen Behörden und Dienst- stellen auch sog. Bereiche für den Schutz der Natur ausgewiesen, im Teilabschnitt Bochum/Herne/Hagen/Ennepe-Ruhr-Kreis erstmals auf der Grundlage eines ökologi- schen Fachbeitrags der LÖLF.

Wieder ganz andere Anforderungen stellte der Oberbereich Siegen an die Gebietsent- wicklungsplanung. Dies begann schon damit, daß der Verflechtungsbereich des Oberzentrums Siegen nicht an den Landes- grenzen halt macht, sondern vielmehr auch Teile von Hessen und Rheinland-Pfalz um- faßt. So traf es sich gut, daß im Vorfeld der Erarbeitung des GEP die drei betroffenen Bundesländer die 1972 erstmals erstellte „Grenzüberschreitende Landesplanung Siegen-Betzdorf-Dillenburg“, eine Emp- fehlung der obersten Landschaftsplanungs- behörden an die jeweiligen Träger der Re- gionalplanung, aktualisierten. Weitere Pro- bleme ergaben sich bei der an realistischen Erwartungen zu messenden Flächenbe- darfsberechnung und -bilanzierung sowie bei der Standortfindung in diesem weithin topographisch schwierigen Raum, aber auch z.B. bei der Festlegung von Freiraum- funktionen. Hierauf wollen wir im folgen- den noch gesondert eingehen.

Schon jetzt erkennbar sind einige der The- men, die bei der anstehenden Neuaufstel-

lung des GEP-Teilabschnitts Oberbereich Dortmund (östlicher Teil), d.h. für den Kreis Soest und den Hochsauerlandkreis, im Vordergrund stehen werden. Auch hier wird es – insbesondere nachdem nun der Landesentwicklungsplan III mit seinen einschlägigen Zielen zum Schutz des Freiraums vorliegt – in besonderem Maße darauf ankommen, auf der Basis sorgfältiger Flächenbedarfsberechnungen sinnvoll zugeordnete Siedlungsbereiche auszuweisen bzw. überzogene Planungsvorstellungen früherer Jahre zurückzunehmen. Weithin noch nicht absehbar sind die Konsequenzen, die sich aus der Situation der Landwirtschaft in diesem ländlichen Raum für die Regionalplanung ergeben. Von besonderer Bedeutung werden ferner die zahlreichen Lagerstätten und die damit verbundenen Flächenansprüche der abgrabenden Industrie sein. Insgesamt gesehen werden sicherlich auch in diesem Teilabschnitt der Schutz des Freiraums und die Entwicklung seiner Funktionen an Stellenwert weiter gewinnen.

### **3. Ausgewählte Probleme der Gebietsentwicklungsplanung am Beispiel des GEP-Teilabschnitts Oberbereich Siegen**

#### **3.1. Siedlungsbereiche**

Zu den wesentlichen Inhalten der Gebietsentwicklungspläne zählen die Siedlungsbereiche. Nach den Vorgaben des Planzeichenverzeichnisses der 3. DVO handelt es sich dabei neben den hier nicht weiter interessierenden Bereichen für besondere öffentliche Zwecke und für besondere öffentliche Einrichtungen um die Wohnsiedlungsbereiche (WSB) und die Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche (GIB). Letztere Siedlungsbereiche umfassen sowohl die bereits besiedelten Gemeindeteile wie auch die Bereiche, in denen nach der Vorstellung der Regionalplanung die zukünftige Siedlungsentwicklung stattfinden soll. Für diese beiden unterschiedlichen Inhalte ist nach dem Planzeichenverzeichnis eine differenzierte Darstellung nicht vorgesehen.

Spannungsverhältnis zur gemeindlichen Bauleitplanung

Gerade bei der Planung der Siedlungsbereiche im GEP werden die Konfliktpotentiale

zwischen der übergemeindlichen Regionalplanung und der grundgesetzlich garantierten Planungshoheit der Gemeinde, zu deren ganz wesentlichen Aufgaben eben auch die Planung der räumlichen Verteilung der Bauflächen zählt, deutlich. Aus systematischen Gründen ist dem GEP deshalb Zurückhaltung auferlegt, was die „Genauigkeit“ seiner Inhalte angeht.

Diese Zurückhaltung drückt sich zunächst einmal darin aus, daß in der zeichnerischen Darstellung als Wohnsiedlungsbereiche nur diejenigen Ortsteile dargestellt werden, die mindestens 2000 Einwohner zählen oder zu dieser Größenordnung entwickelt werden sollen, bzw. als Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche nur diejenigen gewerblichen Bauflächen, die – besiedelte Flächen und für die Siedlung vorgesehene Flächen zusammen – mindestens zehn Hektar groß sind. Welche Konsequenzen diese Darstellungsschwelle bei den Wohnsiedlungsbereichen hat, soll weiter unten noch näher behandelt werden.

Ein weiteres Mittel der Zurückhaltung ist die generalisierende Darstellung, die bereits durch den von der 3. DVO vorgegebenen Maßstab 1:50000 bedingt ist. Zwar zeigen Beispiele der Siedlungsbereichsdarstellung anderer Bezirksplanungsbehörden, welcher „Genauigkeit“ der Abgrenzung auch dieser Maßstab noch fähig ist. Aber eine an topographischen Merkmalen wie Parzellengrenzen und Feldwegen orientierte Abgrenzung hat eben wegen des aus systematischen Gründen bedingten geringen Regelungsanspruchs nur eine Scheingenauigkeit. Solche von Kritikern gelegentlich als „Gebietsflächennutzungsplan“ apostrophierten Gebietsentwicklungspläne erzeugen unnötigen Verdacht und beschwören Scheinkonflikte herauf.

Deshalb werden die Siedlungsbereiche von der Bezirksplanungsbehörde Arnberg grundsätzlich sehr bewußt grob abgegrenzt, allenfalls auf bestehende Siedlungsränder oder größere topographische Zäsuren wie Straßen, Wasserläufe, Eisenbahnlinien oder eventuell vorhandene Waldränder etc. ausgerichtet. Diese Art der Darstellung findet außerdem ihre verbale Ergänzung in einem Planaufdruck und einem textlichen Ziel,

wonach die im Gebietsentwicklungsplan dargestellten Bereiche lediglich deren allgemeine Größenordnung und annähernde räumliche Lage bestimmen. Als Ausfluß dieser zurückhaltenden, generalisierenden Darstellung wird bei der Ausschöpfung der Siedlungsbereiche grundsätzlich überall dort ein relativ großer Interpretationsspielraum akzeptiert, wo die Begrenzung der Darstellung eben nicht durch die genannten topographischen Zäsuren fest definiert ist.

Schließlich drückt sich die Zurückhaltung der zeichnerischen Darstellung darin aus, daß die Wohnsiedlungsbereiche ohne Differenzierung neben den Wohnbauflächen auch alle Flächen umfassen, die mit dieser Funktion zusammenhängen, wie z.B. Flächen für Gemeindebedarfseinrichtungen, für Sporteinrichtungen und Kleingärten, innerörtliche Grün- und Freiflächen sowie kleine Waldflächen, aber auch andersartig genutzte Flächen wie z.B. Mischbauflächen und gewerblich genutzte Flächen unter zehn Hektar. Die Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche umfassen neben Flächen für Gewerbe- und Industrienutzungen auch Landschaftselemente wie z.B. Wald, Gehölze, Hecken und Bachläufe.

Auf die von der 3. DVO vorgegebene Differenzierung zwischen „normalen“ Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen und solchen für nicht oder nicht erheblich belästigende Betriebe wurde im Teilabschnitt Oberbereich Siegen u.a. ebenfalls aus Gründen der planerischen Zurückhaltung verzichtet. Das gleiche trifft für die vorgesehene Differenzierung der Wohnsiedlungsbereiche nach drei verschiedenen Dichtestufen zu.

### Quantifizierung

Trotz dieser generalisierenden Darstellungsweise muß den Siedlungsbereichsdarstellungen selbstverständlich eine zumindest grobe Quantifizierung des Siedlungsflächenbedarfs für die einzelnen Gemeinden und für den Planungsraum zugrunde liegen. Spätestens die in den letzten Jahren gewachsene Erkenntnis, daß die weitgehende Freihaltung des Freiraums schon einen Wert an sich darstellt, hat eine völlige Abkehr von den vorher mehr oder weniger stark am Angebotsgedanken orientierten

Siedlungsflächendarstellungen bewirkt. Ihren förmlichen Ausdruck findet diese bedarfsorientierte Planung im neuen Landesentwicklungsplan III (LEP III), der die Siedlungsbereiche klar als den Raum definiert, der den Freiraum abgrenzt und den es – aus der Intention des LEP III heraus logisch – zu begrenzen gilt.

Neben dieser die unterschiedlichen Raumansprüche koordinierenden Aufgabe des GEP rechtfertigt sich die Quantifizierung der Siedlungsbereiche auch aus der übergemeindlichen Funktion der Regionalplanung. Danach hat sie die gerade bei den Bauflächenausweisungen oft deutlich konkurrierenden Planungsinteressen der Gemeinden auszugleichen und ggf. zu begrenzen. Als Stichwort seien hier nur die besonders in den Ballungskernen und Ballungsrändern teilweise dramatischen Randwanderungskonflikte genannt oder die Bemühungen verschiedener benachbarter Gemeinden, sich mit großzügigen Flächenangeboten gegenüber ansiedlungswilligen Gewerbeunternehmen gegenseitig Konkurrenz zu machen.

Eine Quantifizierung verlangt schließlich auch die gesetzliche Vorgabe der §§ 6 und 24 Abs. 1 Landesentwicklungsprogramm (LEPro), wonach die Siedlungsentwicklung innerhalb der Gemeinden auf Siedlungsschwerpunkte auszurichten ist, also auf diejenigen Gemeindeteile, die sich für ein räumlich gebündeltes Angebot von öffentlichen und privaten Einrichtungen der Versorgung, der Bildung und Kultur, der sozialen und medizinischen Betreuung, der Freizeitgestaltung sowie der Verwaltung eignen.

Grundlage für die Abgrenzung der Wohnsiedlungsbereiche bildet eine Prognose des Wohnbauflächenbedarfs auf der Basis einer Abschätzung der Zahl der Haushalte am Ende des Planungszeitraumes (für den Teilabschnitt Oberbereich Siegen das Jahr 2000). Aus der Anzahl der Wohnungen, die zur Versorgung dieser Haushalte zu Beginn des Prognosezeitraumes noch nicht vorhanden sind, ergibt sich der Umfang an Bauflächen, den – nach Abzug der in den Baulücken zu realisierenden Wohnungen – eine bedarfsgerechte Bauleitplanung berücksichtigen

sichtigen muß. Diese Bedarfsermittlung erfolgt sowohl global für die Gemeinde wie auch für ihre einzelnen Ortsteile. Um den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, bei der Umsetzung der Siedlungsbereichsdarstellungen in die Bauleitplanung zwischen alternativen Flächen wählen zu können, werden jedoch diese Flächenwerte für die Bemessung der GEP-Darstellungen um einen sogenannten Planungszuschlag von 20 Prozent erhöht.

Im Grundsatz ähnlich verhält es sich bei der Bedarfserschätzung für die gewerblichen Bauflächen bzw. die Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche. Nach einer inzwischen unter den Bezirksplanungsbehörden und der Landesplanungsbehörde weitgehend abgestimmten Methode wird ein Flächenbedarf für die prognostizierte gewerbliche Entwicklung ermittelt, für den – wiederum mit einem Planungszuschlag versehen – der Gebietsentwicklungsplan Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche darstellen soll.

#### Begrenzte Regelungsmöglichkeiten

Die tatsächlichen Möglichkeiten des GEP, durch seine zeichnerische Darstellung die Siedlungsentwicklung quantitativ zu steuern, sind allerdings entgegen den Befürchtungen oder Erwartungen mancher Verfahrensbeteiligter und Beobachter eher gering. Zu den grundlegenden Unterschieden zwischen Theorie und Praxis der Regionalplanung gehört, daß selbst ein erstmals aufzustellender GEP, erst recht aber ein zu überarbeitender GEP auf einen Raum trifft, in dem auf der Planungsebene, für die er eigentlich Vorgabe sein soll, bereits Planungsentscheidungen getroffen wurden. Diese sind nicht ohne weiteres zu ignorieren.

So hatten alle Gemeinden des Plangebietes „Oberbereich Siegen“ gültige Flächennutzungspläne, und in den meisten Gemeinden waren in diesen Plänen Bauflächen ausgewiesen, deren noch nicht baulich genutzte Anteile teilweise erheblich über dem ermittelten Bedarf bis zum Jahr 2000 lagen. Diese Flächendarstellungen waren seinerzeit in dem nach dem Landesplanungsgesetz vorgeschriebenen Verfahren als an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung an-

gepaßt erklärt worden – zu einer Zeit freilich, in der der noch gültige Gebietsentwicklungsplan eben von einem angebotsorientierten Planungsansatz ausging, in der aber auch die Vorstellungen über die Quantitäten zukünftiger Siedlungsentwicklung von der Erwartung fast grenzenloser Expansion und fast grenzenloser Verfügbarkeit von Raum für diesen Zweck bestimmt waren.

Zu Beginn der Planungsarbeiten war also grundsätzlich zu entscheiden, ob die zeichnerische Darstellung strikt an den heutigen Erkenntnissen über den Bedarf zu orientieren sei oder ob sie die teilweise wesentlich größeren „Vorräte“ der Flächennutzungspläne berücksichtigen sollte. Dabei mußte vor allem bedacht werden, daß ein Frontalangriff auf die planerischen Besitzstände zur Folge gehabt hätte, daß die Gemeinden für einen offenen Planungsprozeß, wie er weiter oben beschrieben wurde, nur sehr eingeschränkt aufgeschlossen gewesen wären – ein Umstand, der von besonderer Bedeutung ist, wenn man dem Planungsprozeß einen mindestens genau so großen Wert beimißt wie dem Ergebnis, dem letztlich beschlossenen Plan.

Ferner war zu bedenken, daß die Steuerungsmöglichkeiten dieser zeichnerischen Darstellung ohnehin nur auf die größeren Ortsteile beschränkt blieb, viele Flächenüberhänge jedoch bezeichnenderweise gerade in den kleinen Ortsteilen vorzufinden waren. An dieser Stelle ist auf den hohen Anteil dieser Ortsteile im Plangebiet hinzuweisen. So leben im Kreis Siegen-Wittgenstein 73.000 von 278.000 Einwohnern, im Kreis Olpe sogar 52.000 von 123.000 Einwohnern in Ortsteilen unter 2.000 Einwohner. Einen Extremfall stellt die Gemeinde Kirchhundem dar, die über keinen Ortsteil verfügt, der oberhalb der Darstellungsschwelle des GEP liegt. Daß hier eine Ausnahme von der Regel gemacht und der Ortsteil dargestellt wurde, der den Siedlungsschwerpunkt der Gemeinde bildet, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Von ausschlaggebender Bedeutung war jedoch die Einschätzung der Möglichkeit, eine streng an den heutigen Bedarfserkenntnissen orientierte Darstellung auch in die

nachfolgende Planung umsetzen zu können, also zu erreichen, daß die gemeindlichen Bauleitpläne durch entsprechende Änderung an die aktuellen Ziele der Raumordnung und Landesplanung angepaßt werden. Diese Frage hat deshalb solche Bedeutung, weil eine Planungsvorgabe ohne Umsetzungsmöglichkeit eher problematisch ist, da sie Erwartungen weckt, die dann enttäuscht würden.

Die damalige Einschätzung hatte zum Ergebnis, daß zwar die Anpassungsklausel des § 1 Abs. 4 Bundesbaugesetz/Baugesetzbuch eine materiell-rechtliche Forderung nach einem ständigen Angepaßtsein der Bauleitpläne darstellt, aber gleichwohl ein Umsetzungsakt erforderlich ist, der die Anpassung aktuell und so konkret wie möglich von der Gemeinde fordert. Dieser Umsetzungsakt ist nach unserer Ansicht z. Z. nur in dem in § 21 Abs. 1 Landesplanungsgesetz normierten Anpassungsverlangen zu sehen. Dieses muß jedoch von der Landesregierung ausgesprochen werden, ein Umstand, der die Anwendung im Falle einiger Hektar Flächenüberhang in einer Gemeinde wohl kaum erwarten lassen kann. Zudem könnte ein solcher Umsetzungsakt realistischerweise allenfalls für solche Flächen erwartet werden, die nicht auch noch durch Bebauungspläne abgedeckt sind, deren Aufhebung erhebliche Entschädigungsforderungen auslösen würde.

#### Gewählte Strategie

Als Lösung wurde ein Weg gewählt, der die Bedeutung des Planungsprozesses als eines Prozesses des Überzeugens und Aushandelns unterstreicht und der die Notwendigkeit von Kompromissen einschließt.

Bereits vor der Erarbeitung der ersten Abgrenzungsentwürfe ließen sich einige Gemeinden in mehreren intensiven Gesprächen überzeugen, daß die in den Flächennutzungsplänen dargestellten Bauflächen in diesem Umfang nicht sehr sinnvoll sind und deshalb ein Verzicht auf Teile dieser Flächen auch kein Opfer bedeuten würde. Andere Gemeinden nutzten die Diskussion über die GEP-Aufstellung, um im Austausch zu inzwischen als unzweckmäßig oder nicht realisierbar erkannten Flächen neue Flächen für die Besiedlung auszuwäh-

len. Sie waren dabei bereit, die Flächenvorräte per Saldo auf einen realistischen Umfang zurückzuführen. Auf diese Weise wurde ein erhebliches Flächenpotential an Wohnbauflächen und gewerblichen Bauflächen abgebaut. Die Überhänge der bestehenden Flächennutzungspläne konnten jedoch in den zeichnerisch darzustellenden Bereichen nicht vollständig reduziert werden.

Die Bereitschaft der Gemeinden, auch in bezug auf solche Ortsteile oder Gewerbeflächen, die gar nicht Gegenstand der zeichnerischen Darstellung des GEP sind, Reduzierungen zuzustimmen, war dagegen eher begrenzt. Dies hängt bei den Wohnbauflächen vor allem damit zusammen, daß einerseits in den kleinen Ortsteilen nach wie vor ein starker Nachfragedruck besteht, andererseits die Gemeinden nur eine sehr eingeschränkte politische Bereitschaft zeigen, die gesetzlich geforderte Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf Siedlungsschwerpunkte mit der notwendigen Konsequenz umzusetzen. Trotzdem verbot es sich von selbst, die Globalbilanz der einzelnen Gemeinden etwa dadurch auszugleichen, daß die Überhänge in den kleinen Ortsteilen durch überproportionale Flächenreduzierungen in den größeren, dargestellten Ortsteilen, insbesondere in den Siedlungsschwerpunkten, kompensiert werden, weil mit einer derartigen Vorgehensweise gegen den Grundsatz der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf Siedlungsschwerpunkte verstoßen worden wäre.

Ähnliche Gesichtspunkte sprachen auch dagegen, in den darzustellenden Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen die gemeindeweit rechnerisch notwendigen Flächenreduzierungen vorzunehmen, wenn dies dazu geführt hätte, daß man an den wenigen größeren Standorten, die oftmals unter planerischen Gesichtspunkten sinnvoll waren, reduziert hätte, nur weil die an vielen Einzelstandorten verstreut liegenden kleineren gewerblichen Bauflächen dem Zugriff der Regionalplanung entzogen waren.

Im Gegensatz zu den meisten Gemeinden wies der Flächennutzungsplan des Oberzentrums Siegen deutlich weniger Wohn-

baulichen und gewerbliche Bauflächen aus, als dies nach den aktuellen Bedarfseinschätzungen für das Jahr 2000 notwendig gewesen wäre. Während der Bezirksplanungsrat der Bezirksplanungsbehörde den Auftrag erteilte, die oberzentrale Funktion der Stadt dadurch zu stützen, daß Wohnsiedlungsbereiche in ausreichendem Umfang dargestellt werden, hat die Stadt Siegen und mit ihr der Bezirksplanungsrat akzeptiert, daß die Defizite an gewerblichen Bauflächen nicht durch Ausweisungen im Stadtgebiet gedeckt werden. Zu dieser Entscheidung kam es, weil zu erkennen war, daß alle für eine zusätzliche Gewerbeflächenausweisung überhaupt denkbaren Bereiche ganz erhebliche Konflikte mit den verschiedenen Freiraumbelangen ausgelöst hätten.

Statt dessen haben es die Stadt und der Bezirksplanungsrat als ausreichend angesehen, daß in der Umgebung vorhandene, über den Bedarf der jeweiligen Gemeinden hinausgehende Flächenpotentiale als regionaler Ausgleich für die Defizite in Siegen angesetzt wurden. Dieser Gedanke des regionalen Ausgleichs führte dazu, daß Flächen entlang der Bundesautobahn A 45 in den Gemeinden Wenden, Olpe, Freudenberg, Wilnsdorf und Bubach entsprechend den Ausweisungen der Flächennutzungspläne oder einer Flächentauschüber-einkunft als Gewerbe- und Industriesiedlungsbereiche dargestellt wurden, die über den gemeindlichen Bedarf hinaus etwa dem Umfang des in Siegen fehlenden Flächenkontingents entsprachen.

Die Flächenüberhänge, die im Vorfeld von den Gemeinden noch nicht aufgegeben wurden, fanden zunächst Eingang in die zeichnerische Darstellung des Erarbeitungsentwurfes. Durch die im Erarbeitungsverfahren vorgebrachten Bedenken und Anregungen und die hierzu geführten Erörterungen erfolgte jedoch eine weitere Reduzierung der dargestellten Siedlungsbereiche, denn auch in dieser Phase des Verfahrens hörte die Bereitschaft der Gemeinden nicht auf, zur Erzielung von Kompromissen auf Flächenvorräte zu verzichten. Eine Gemeinde war sogar bereit, bestehende Bebauungspläne aufzuheben oder zu verkleinern. Allerdings mußte über einen Teil der Beden-

ken und Anregungen der Bezirksplanungsrat entscheiden, da eine Einigung mit den Gemeinden nicht zu erzielen war.

Die entsprechenden Bedenken wurden durch eine Passage im Erläuterungsbericht, mit der die teilweise Übernahme gemeindlicher Bauleitplanung auch über den Bedarf hinaus offengelegt wurde, geradezu ange-regt. Diese Strategie stellte sicher, daß die heute erkennbaren Konflikte mit diesen Planungsvorstellungen offen ausgetragen wurden. Das hatte zur Folge, daß die verbliebenen Überhänge zwar quantitativ nach wie vor existieren, jedoch keine Standortkonflikte mehr in sich bergen.

#### Umsetzung der neuen Ziele

Spätestens nach Erlangung der Rechtskraft des GEP wird zu prüfen sein, ob und wie die Ergebnisse des GEP-Verfahrens in die Ebene der Bauleitplanung umzusetzen sind. Dies ist zwar auch teilweise noch in den Fällen nötig, in denen bei der Vorbereitung des Erarbeitungsentwurfes oder während der Erörterungen Einvernehmen mit den Gemeinden über eine von den Darstellungen des Flächennutzungsplans abweichende GEP-Darstellung erzielt wurde; problematischer ist dies jedoch in bezug auf die restlichen Darstellungen. Dabei sind zwei Fälle zu unterscheiden.

Der am deutlichsten und rechtlich eindeutig zutage tretende Konfliktfall ist derjenige, daß – ausgelöst durch vorgebrachte Bedenken und Anregungen – nach einer ausdrücklichen Entscheidung des Bezirksplanungsrates im Aufstellungsbeschluß solche in den gemeindlichen Flächennutzungsplänen ausgewiesenen Bauflächen im GEP nicht mehr dargestellt sind, die im Erarbeitungsentwurf des GEP noch enthalten waren. Hier kann Unklarheit über den Zielcharakter der zeichnerischen Darstellung im Grundsatz nicht aufkommen, allenfalls muß wegen der generalisierenden Darstellung um die genaue Größenordnung gestritten werden.

Anders verhält es sich dagegen bei denjenigen Fällen, in denen innerhalb der dargestellten Siedlungsbereiche Überhänge in den Bauleitplänen existieren, sei es, weil die Gemeinde den 20%igen Planungsspielraum,

der ja eigentlich nach dem System der Planung nicht zum Flächennutzungsplanpotential gehört, schon als Bauflächen ausgewiesen hat, sei es, weil die Bauflächenausweisung noch größer ist und wegen nicht erkennbarer Standortkonflikte in den Erarbeitungsentwurf als Siedlungsbereich übernommen wurde und diese Darstellung das Erörterungsverfahren unangefochten überstanden hat. Derartigen Flächennutzungsplaninhalten stehen ja „nur“ der Planaufdruck und das textliche Ziel entgegen, wonach eine Inanspruchnahme der dargestellten Siedlungsbereiche nur in dem Umfang erfolgen darf, der dem Bedarf entspricht.

Während in dem zuerst geschilderten Fall ausdrücklich eine geänderte Zielaussage in Form der zeichnerischen Darstellung als rechtliche Grundlage für das Verlangen an die Gemeinde vorliegt, die Bauleitpläne anzupassen, wäre die Grundlage für ein Anpassungsverlangen im zweiten Fall lediglich die geänderte Einschätzung über den Bedarf. Die Forderung nach Orientierung der Flächenausstattung der Gemeinden an dem nachweislichen Bedarf hat zwar Zielcharakter, doch das hatte sie – allenfalls in leicht modifizierter Form – auch schon in den alten Gebietsentwicklungsplänen.

Am problematischsten stellen sich die zahlreichen Fälle der überdimensionierten Darstellung von Bauflächen in den kleinen Ortsteilen dar, die „nur“ dem Ziel der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf Siedlungsschwerpunkte widersprechen. Dieses Ziel, das ja im Umkehrschluß bedeutet, daß außerhalb der Siedlungsschwerpunkte liegende Bauflächen auf den Umfang zu begrenzen sind, der für den Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung notwendig ist, ergibt sich unmittelbar aus dem Gesetz zur Landesentwicklung, das auch schon galt, als einige der Flächennutzungspläne aufgestellt wurden.

Wie weiter oben bereits angesprochen, besteht nach unserer Ansicht vor allem Unklarheit darüber, ob ohne Änderung des § 21 Abs. 1 Landesplanungsgesetz etwa die Bezirksplanungsbehörde zu solchen Eingriffen in die gemeindliche Bauleitplanung befugt ist.

### 3.2 Bereiche mit besonderer Bedeutung für Freiraumfunktionen

Mit der Darstellung der Siedlungsbereiche im Gebietsentwicklungsplan geht gleichzeitig die Abgrenzung gegenüber dem Freiraum einher. Alle nicht im GEP als Siedlungsbereich ausgewiesenen Flächen sind Freiraum im Sinne des Landesentwicklungsplans III.

Die Regionalplanung hat nun den Auftrag, die Funktionen dieses Freiraumes durch entsprechende Darstellungen zu sichern und zu entwickeln (Schutzfunktionen). Zu diesen freiraumstützenden Darstellungen gehören die Bereiche zum Schutz der Gewässer, die Bereiche für den Schutz der Landschaft, die Bereiche für den Schutz der Natur, aber auch die Erholungsbereiche, die einer landschaftsbezogenen, extensiven, stillen Erholungsnutzung vorbehalten bleiben sollen. Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, alle diese Planinhalte und ihre besonderen Probleme bei der Erarbeitung des GEP-Teilabschnitts Oberbereich Siegen zu behandeln. Daher wollen wir nur auf die Bereiche zum Schutz der Gewässer und auf die Bereiche für den Schutz der Natur näher eingehen (Abschn. 3.2.2), da sie in diesem GEP-Teilabschnitt von besonderer Bedeutung sind.

Neben diesen Schutzausweisungen muß der GEP sich aber auch mit solchen Nutzungsansprüchen an den Freiraum auseinandersetzen, die von der Natur der Sache her ihren Standort im Freiraum haben, die jedoch keine Freiraumfunktionen im Sinne des LEP III sind (Nutzfunktionen). Zu diesen Freiraumnutzungen gehören insbesondere solche Freiraumbeanspruchungen wie Abfalldeponien, Aufschüttungen des Bergbaus, oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen und Anlagen der Wasserwirtschaft, z. B. große Wassergewinnungsanlagen, Kläranlagen, Talsperren und Hochwasserrückhaltebecken. Sie alle nehmen Freiraum in Anspruch, beeinträchtigen ihn zumindest für einen bestimmten Zeitraum und stellen Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild dar.

Beispielhaft für derartige Darstellungen des GEP wollen wir im folgenden die Sicherung von Lagerstätten und von Standorten für Talsperren herausgreifen, die im GEP-Teilabschnitt Oberbereich Siegen eine nicht un-



bedeutende Rolle spielen. In beiden Sachbereichen versteht die Regionalplanung ihre Aufgabe als eine allgemeine Ressourcensicherung. Ihr Ziel ist es, die nutzbaren Rohstoffvorkommen und die für die Speicherung von Wasser geeigneten Standorte vor anderen Planungen und Maßnahmen zu schützen.

### 3.2.1 Freiraumbeanspruchende Darstellungen

#### Beispiel Lagerstättensicherung

Rohstoffvorkommen sind quantitativ begrenzt und standortgebunden; in für den Menschen bedeutsamen Zeiträumen erfahren sie keine Regeneration. Deshalb ist es im Interesse einer langfristigen Daseinsvorsorge Aufgabe der Regionalplanung, die Möglichkeit zur Nutzung der heimischen Bodenschätze sicherzustellen; denn durch irreversible Maßnahmen wie Siedlungs- und Verkehrswegebau besteht die Gefahr, daß eine spätere Erschließung der Vorkommen nicht mehr möglich ist. Daher fordert das Landesentwicklungsprogramm, daß wegen der Standortgebundenheit der Lagerstätten bei der Abwägung mit anderen Belangen und Maßnahmen der Mineralgewinnung ein besonderes Gewicht zukommen muß (§§ 18 und 25 Abs. 4 LEPro).

Da die Landesplanungsbehörde die Aufstellung eines selbständigen Landesentwicklungsplanes V „Gebiete für die Sicherung von Lagerstätten“ nicht mehr weiter verfolgt, muß der Gebietsentwicklungsplan bei der Ausfüllung des durch die 3. DVO vorgegebenen Planzeichens „Bereiche für die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen“ auch weiterhin ohne räumlich festgelegte Darstellungen eines übergeordneten Planes zu Abgrenzungen kommen, die die erwähnten Vorgaben des Landesentwicklungsprogrammes konkretisieren.

Dabei ist natürlich zunächst die Kenntnis der abbauwürdigen Gesteinsvorkommen unerlässlich. Hier kann auf entsprechendes Grundlagenmaterial der Geologie und Lagerstättenkunde zurückgegriffen werden, das im Vorfeld der Arbeiten für einen LEP V Anfang der siebziger Jahre vom Geologischen Landesamt zusammengetragen und in einer Kartierung und Beschreibung der

volkswirtschaftlich bedeutsamen Lagerstätten festgehalten wurde. Die uneingeschränkte Darstellung der hierdurch bekannten Lagerstätten als Bereiche für die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen (kurz: Abgrabungsbereiche) stößt jedoch zwangsläufig auf Bedenken. Zum einen würde damit die gebotene Abwägung mit anderen, einer Abgrabung entgegenstehenden Belangen unterbleiben; zum anderen würde die Regionalplanung jegliche Möglichkeit einer Steuerung der räumlichen und zeitlichen Inanspruchnahme der Lagerstätten aufgeben.

Daher wurde im GEP-Teilabschnitt Oberbereich Siegen – in Anlehnung an die Vorstellungen des 2. Entwurfs zum LEP V – auf der Grundlage der Abbaupläne der abgrabenden Unternehmen sowie der Erkenntnisse der zuständigen Genehmigungsbehörden und des Geologischen Landesamtes über den Abbaufortschritt eine quantitative Begrenzung der darzustellenden Abgrabungsbereiche angestrebt, die einem Abgrabungszeitraum von ca. 15 Jahren entspricht. Dies aber genügte den abgrabenden Unternehmen und ihren am GEP-Verfahren beteiligten Interessenverbänden nicht. Sie verfolgten vielmehr als Maximalforderung die Darstellung der gesamten abbauwürdigen Lagerstätte.

Ein Kompromiß konnte gefunden werden, indem die Bezirksplanungsbehörde ihre Darstellungsprinzipien grundsätzlich beibehielt und nur in begründeten Einzelfällen – im Einvernehmen mit allen Verfahrens beteiligten – eine maßvolle Änderung der Entwurfsdarstellung vornahm. Darüber hinaus wurde aber eine zusätzliche Erläuterungskarte (Abb. 4, Beil. 1) in den GEP aufgenommen, die die Rohstoffvorkommen mit volkswirtschaftlicher Bedeutung aufzeigt, und mit dem als textliches Ziel formulierten landesplanerischen Abwägungsgebot im Sinne der §§ 18 und 25 Abs. 4 LEPro verknüpft. Ein weiteres textliches Ziel erklärt ausdrücklich, daß – mit Ausnahme kleiner, maßstabsbedingt nicht darstellbarer Abgrabungen – außerhalb der ausgewiesenen Bereiche für die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen keine weitere Inanspruchnahme von Lagerstätten zulässig ist.

Beispiel: Sicherung möglicher Talsperrenstandorte

Bereits im Rahmen der Aufstellung des Landesentwicklungsplans III war die Darstellung von Standorten für geplante Talsperren Gegenstand einer sehr kontrovers geführten Diskussion. Schließlich wurde eine gegenüber dem ursprünglichen Entwurf reduzierte Anzahl möglicher Standorte für Trinkwassertalsperren mit mindestens 5 Mio. m<sup>3</sup> Stauinhalt und für sonstige Talsperren mit mindestens 10 Mio. m<sup>3</sup> Stauinhalt in den LEP III aufgenommen, um so Räume, die die geologischen, hydrologischen und morphologischen Voraussetzungen für Talsperren dieser Größenordnung besitzen, langfristig zu sichern.

Vier dieser Talsperrenstandorte des LEP III liegen im Plangebiet des GEP-Teilabschnitts Oberbereich Siegen: Hundem-, Silberbach-, Elberndorf- und Trufttalsperre. Die Hundemtalsperre soll der Abflußregulierung der Lenne und somit der Ruhr dienen; die anderen drei sind als Trinkwassertalsperren konzipiert.

Der Gebietsentwicklungsplan muß nun nach Maßgabe der textlichen Ziele des LEP III dessen zeichnerische Inhalte konkretisieren. Das bedeutet zunächst, daß die im LEP III nur mit einem Symbol, das die Sperrstelle markiert, bezeichneten Talsperrenstandorte in der Ausdehnung, die sich aus dem möglichen Stauvolumen ergibt, als Wasserfläche darzustellen sind. Bei den Trinkwassertalsperren gilt es außerdem, ihren Einzugsbereich durch Ausweisung eines Bereichs zum Schutz der Gewässer zu sichern.

In seinem Textteil betont der GEP durch eine entsprechende Zielformulierung, daß mit der Darstellung dieser Wasserflächen ausschließlich das landesplanerische Ziel verfolgt wird, „zur langfristigen Sicherung der örtlichen und überörtlichen Wasserversorgung . . . die Möglichkeiten zur Errichtung weiterer Talsperren im Plangebiet offenzuhalten“. Über die Notwendigkeit und den Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Talsperrenstandorte ist mit der Darstellung im GEP also noch keine Entscheidung getroffen. Die zugehörigen Erläuterungen

führen – in Anlehnung an die Grundgedanken des LEP III – diese Intention des GEP näher aus.

Im Erarbeitungsverfahren stieß die Darstellung der drei genannten Standorte für Trinkwassertalsperren auf grundsätzlichen Widerspruch der nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Naturschutzverbände. Obgleich sie die Verbindlichkeit der Vorgaben des LEP III für den GEP anerkannten, hielten sie doch ihre Bedenken gegen die Planung von Trinkwassertalsperren aufrecht, weil sie der Ansicht waren, daß in diesem sehr regenreichen Plangebiet von einer falschen Gesamtkonzeption für die Wasserversorgung ausgegangen werde. Dem Bau großer Talsperren sei eine dezentrale Wasserversorgung mit kleinen, örtlichen Wassergewinnungsanlagen vorzuziehen.

Dem hielt die Bezirksplanungsbehörde entgegen, daß gerade die kleinen, dezentralen Wassergewinnungsanlagen in der Vergangenheit die Wasserversorgung des Plangebiets nicht ausreichend sicherstellen konnten. So litt das Siegerland trotz der relativ hohen Niederschläge bis in die jüngste Zeit immer wieder an Wasserknappheit, da das an sich reichlich vorhandene Wasser zu schnell abfloß. Erst mit der Errichtung von Speichermöglichkeiten durch den Bau der Breitenbach- und der Obernautalsperre konnte hier vorerst Abhilfe geschaffen werden. Es ist aber nicht auszuschließen, daß in der Zukunft weiterer Speicherraum benötigt wird, so daß dafür geeignete Räume landesplanerisch gesichert werden müssen. Außerdem entsprechen die kleinen, dezentralen Wassergewinnungsanlagen auch unter qualitativen Gesichtspunkten in vielen Fällen nicht mehr den heutigen Anforderungen.

Aus diesen Gründen vertrat die Bezirksplanungsbehörde – im Einvernehmen mit allen übrigen Beteiligten im GEP-Verfahren – die Meinung, daß auf eine großräumige, zentrale Wasserversorgung grundsätzlich nicht verzichtet werden könne. Da der GEP außerdem aber noch eine Vielzahl von Bereichen zum Schutz der Gewässer darstellt – hierauf wird weiter unten noch eingegangen –, wird deutlich, daß er eine aus-

gewogene Mischung von großräumiger, zentraler Wasserversorgung und – als Ergänzung dazu – kleineren, örtlichen Wassergewinnungsanlagen anstrebt. Auch in mehrfachen Erörterungen konnte keine Annäherung der Standpunkte erzielt werden, so daß schließlich der Bezirksplanungsrat über diese nicht ausgeräumten Bedenken der Naturschutzverbände entscheiden mußte. Er schloß sich der Auffassung der Bezirksplanungsbehörde an.

Darüber hinaus stieß die Konkretisierung des Talsperrenstandortes im Elberndorfer Bachtal auf zusätzliche Bedenken aus der Sicht des Naturschutzes, da hier in einem Teilraum ein Standortkonflikt mit seinen Belangen auftrat. Das Elberndorftal ist in seinem mittleren und oberen Teil naturschutzwürdig. Daher wurde der nicht von der geplanten Talsperre beanspruchte Teil als Bereich für den Schutz der Natur dargestellt. Ein Teil dieses Biotops wird jedoch durch die Talsperre überstaut werden müssen.

Der Forderung, die Wasserfläche so weit zu verkleinern, daß der gesamte Biotop erhalten bleiben kann, konnte nicht gefolgt werden. Es würde sich zwar nur um eine relativ geringfügige Reduzierung der Wasserfläche handeln. Wegen der erforderlichen Absenkung der Stauhöhe wäre aber eine Verringerung des Stauvolumens von ca. 8 Mio. m<sup>3</sup> auf nur noch knapp 2 Mio. m<sup>3</sup> die Folge. Damit aber wäre die Zielsetzung des LEP, der einen Mindestinhalt von 5 Mio. m<sup>3</sup> annimmt, nicht mehr erfüllt. Daß auch bei der Aufstellung des LEP III dieser Zielkonflikt bereits erkannt und zugunsten des Talsperrenstandortes entschieden wurde, ergibt sich aus der Tatsache, daß das ursprünglich im LEP III-Entwurf enthaltene Gebiet für den Schutz der Natur im Elberndorftal jetzt nicht mehr dargestellt ist, da es nach Reduzierung um den durch die Talsperre überlagerten Teil unter die Darstellungsschwelle des LEP III von 75 ha fällt.

Die Vertreter des Naturschutzes hielten daher nicht weiter an ihren Bedenken fest. Der GEP schildert den Standortkonflikt in den Erläuterungen zur Elberndorftalsperre und fordert für den Fall, daß sich aus weiteren Untersuchungen auf absehbare Zeit die

Notwendigkeit für nur eine der beiden Talsperren im Wittgensteiner Land (Elberndorf- oder Trufttalsperre) ergibt, daß diese ökologischen Gesichtspunkte bei der Standortwahl ausreichend gewürdigt werden.

### 3.2.2 Freiraumschützende Darstellungen

Beispiel:

Bereiche zum Schutz der Gewässer

Bereiche zum Schutz der Gewässer sind die Teile des Plangebiets, für die wasserwirtschaftliche Sicherungs- oder Nutzungsansprüche im Interesse der Wassergewinnung bestehen. Ihre Darstellung soll den Bestand für die wasserwirtschaftlichen Belange sichern und Beeinträchtigungen dieser Nutzungen ausschließen sowie im Rahmen der Vorsorgeplanung Möglichkeiten zur künftigen Bedarfsdeckung schaffen.

Grundsätzlich werden in die zeichnerische Darstellung des GEP die Wasserschutzgebiete aller größeren Wassergewinnungsanlagen (bis einschließlich der Schutzzone III bzw. IIIa) sowie die Einzugsgebiete der vorhandenen und geplanten Trinkwassertalsperren als Bereiche zum Schutz der Gewässer aufgenommen. Da aber in diesem Plangebiet auch noch eine Reihe örtlicher Wasserverbände existieren und auch auf absehbare Zeit bestehen bleiben werden, wurde zur Sicherung ihrer Wassergewinnungsanlagen auch eine Vielzahl kleinerer Wasserschutzbereiche dargestellt.

Zum Teil sind die Bereiche zum Schutz der Gewässer bereits durch ordnungsbehördliche Verordnung als Wasserschutzgebiete festgesetzt, zum größeren Teil aber handelt es sich um vorläufig fachlich abgegrenzte, noch nicht rechtlich festgesetzte Wasserschutzgebiete. Die Abstimmung der im GEP darzustellenden Bereiche zum Schutz der Gewässer bereitete gerade in diesem Plangebiet besondere Probleme.

Bei der Abfassung des GEP-Entwurfs ist die Bezirksplanungsbehörde selbstverständlich auf die Bereitstellung entsprechender Unterlagen der wasserwirtschaftlichen Dienststellen angewiesen. Üblicherweise werden dabei vor allem die Angaben der Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft (StÄWA) zu den bisher nur

fachlich abgegrenzten Wasserschutzgebieten zugrunde gelegt. So wurde auch bei diesem Teilabschnitt vorgegangen.

Im Zuge des Erarbeitungsverfahrens kam jedoch aus dem Kreis der Beteiligten – die StÄWA als nachgeordnete Behörden der Regierungspräsidenten gehören selbst nicht dazu – eine ungewöhnliche Fülle von Bedenken und Anregungen zu diesem Konzept, die auch untereinander nicht widerspruchsfrei waren. In enger Abstimmung mit dem StAWA Hagen erarbeitete die Bezirksplanungsbehörde daraufhin einen Ausgleichsvorschlag: Einige Bereiche wurden ergänzend aufgenommen, andere in ihren Abgrenzungen aufgrund neuerer Erkenntnisse modifiziert. Anders als die Entwurfsdarstellung verzichtete er aber vor allem auf die Schutzausweisungen für Wassergewinnungsanlagen, die nicht mehr in Betrieb sind, deren Nutzung nicht von öffentlichem Interesse ist (private Betreiber) oder die ausschließlich der Notversorgung dienen. Eine Darstellung von Schutzbereichen für diese Anlagen im GEP erübrigt sich insbesondere deshalb, weil für solche Anlagen keine ordnungsbehördlichen Verordnungen zur Festsetzung von Wasserschutzgebieten erlassen werden. Darüber hinaus sind sie – mit Ausnahme der wenigen privaten Anlagen – nicht dauerhaft in Betrieb und werden auch nicht gewartet. Abgesehen von einigen kleineren Änderungswünschen, denen ohne weiteres gefolgt werden konnte, wurde dieses neue Konzept von fast allen Beteiligten akzeptiert.

Nicht einverstanden waren die Naturschutzverbände. Sie erhoben grundsätzlich Bedenken gegen alle Streichungen von Bereichen zum Schutz der Gewässer. Zur Begründung verwiesen sie auf ihre bereits im Zusammenhang mit den Standorten für Trinkwassertalsperren vorgetragenen anderen Vorstellungen über eine Konzeption zur Wasserversorgung. Diese Bedenken waren nicht auszuräumen; der Bezirksplanungsrat wies sie jedoch in seinem Aufstellungsbeschluss zurück.

Darüber hinaus konnte schließlich nur in einem Fall keine Einigung über die Abgrenzung eines Bereichs zum Schutz der Gewässer erzielt werden. Die Stadt Attendorn

machte Bedenken gegen die Einbeziehung des unteren Repetals in diese Schutzkategorie geltend, da sie die Erforderlichkeit in Zweifel zog und erhebliche Einschränkungen für die Bewohner befürchtete.

Die Wassergewinnungsanlagen im Repetal liefern ca. 30 % der Gesamtwassermenge der Kreiswasserwerke Olpe. Da dieses Volumen nicht anderweitig beschafft werden kann, ist der Schutz zwingend erforderlich. Gewonnen wird Grundwasser aus dem devonischen Massenkalk der Attendorn-Elspe-Doppelmulde. Wegen der am Rande des Massenkalkvorkommens in Bachschwinden versinkenden Gewässer, die aus den umgebenden, nicht aus Karbonatgesteinen aufgebauten Bereichen kommen, reicht es aber nicht aus, nur das Kalkvorkommen als Bereich zum Schutz der Gewässer auszuweisen. Vielmehr müssen auch die Einzugsgebiete der versinkenden Bäche einbezogen werden. Daher ist hier ein Bereich von insgesamt ca. 26 km<sup>2</sup> zu schützen; davon entfällt auf den Massenkalk selbst nur etwa ein Viertel. Angesichts der wasserwirtschaftlichen Bedeutung hält die Bezirksplanungsbehörde – und mit ihr der Bezirksplanungsrat – die zu erwartenden Einschränkungen für die Bewohner des Repetals für notwendig, aber auch für vertretbar.

Allein die Darstellung als Bereich zum Schutz der Gewässer im GEP bietet noch keine ausreichende Sicherung der Wassergewinnungsanlagen, da der GEP nur behördenverbindlich ist und keine Wirkung gegenüber dem einzelnen Bürger entfaltet und es überdies nicht seine Aufgabe ist, die notwendigen Beschränkungen im einzelnen festzulegen. Dies kann nur durch eine ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes erfolgen. Wegen der damit verbundenen schwierigen, langwierigen Verfahren besteht hier jedoch noch ein großer Nachholbedarf: Zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses waren erst für 21 der im GEP enthaltenen 139 potentiellen Wasserschutzgebiete Verordnungen in Kraft (Kreis Olpe: 14 von 80; Kreis Siegen-Wittgenstein: 7 von 59). Der Gebietsentwicklungsplan hat für die noch ausstehenden Verordnungen sicherlich wichtige Vorarbeiten geleistet, indem er zumindest über die räumliche Abgrenzung der

zu schützenden Bereiche einen Konsens zwischen den Beteiligten erzielt hat. Da bei der Vielzahl der erforderlichen Verfahren Prioritäten gesetzt werden müssen, sollten neue Wasserschutzgebietsverordnungen vorrangig dort erlassen werden, wo sie besonders große Wassermengen erfassen.

Beispiel: Bereiche für den Schutz der Natur

Eine der Konsequenzen aus der durch das Landschaftsgesetz dem Gebietsentwicklungsplan zugewiesenen Funktion als Landschaftsrahmenplan war die Einführung des Planzeichens „Bereiche für den Schutz der Natur“. Bis dahin waren naturschutzwürdige Bereiche nicht separat erfaßt und dargestellt, sondern allenfalls – in besonders bedeutsamen Fällen – im Textteil des GEP angesprochen worden. Da der GEP nun aber zugleich die Qualität eines fachlichen Rahmenplans erhielt, war es notwendig und sinnvoll, seine an die nachfolgende Planungsebene gerichteten, einschlägigen Vorgaben etwas stärker zu differenzieren und systematischer und intensiver zu behandeln.

Aber auch materielle Gründe – die immer stärker werdende Beeinträchtigung der ökologischen Funktionen der Landschaft, die Bedrohung zahlreicher Pflanzen- und Tierarten, die ihre Rückzugs- und Regenerationsräume verlieren, und die damit einhergehende Verarmung der Kulturlandschaft – ließen es geboten erscheinen, die Sicherung von Lebensräumen im Interesse des Artenschutzes, aber auch der Erhaltung der Kulturlandschaft insgesamt zum Gegenstand der Regionalplanung zu machen. Der LEP III von 1987 hat diesen Gedanken ebenfalls aufgegriffen: er stellt Gebiete für den Schutz der Natur mit mehr als 75 ha Größe dar.

Bis vor einiger Zeit war das übergeordnete Auswahlkriterium für die Erfassung schutzwürdiger Biotope, die für eine Darstellung als Bereich für den Schutz der Natur in Frage kamen, der Grad ihrer Gefährdung, der sich im wesentlichen durch die Seltenheit des Biototyps, die zeitliche und räumliche Ersetzbarkeit und die Entwicklungstendenz in den letzten 100 Jahren bestimmte.

Inzwischen hat sich jedoch die Auffassung durchgesetzt, daß nicht nur natürliche Biotope und Biotopkomplexe zu schützen sind, sondern auch solche, die unter Einwirkung des Menschen historisch gewachsen sind, heute aber durch andersartige, in der Regel intensivere Wirtschaftsweisen besonders bedroht sind (z. B. Naßwiesen, Magertriften und Bergheiden). Besonders wertvolle und besonders gefährdete Bereiche auch dieser Art sollen daher durch Maßnahmen des Naturschutzes im einzelnen gesichert werden. Im Regierungsbezirk Arnsberg wurde dieses erweiterte Verständnis des Naturschutzes erstmals bei der Auswahl der Bereiche für den Schutz der Natur im GEP-Teilabschnitt Oberbereich Siegen zugrunde gelegt.

Auch im Südsauerland und im Siegerland ist seit Jahrhunderten die reale Vegetation zunehmend durch menschliche Eingriffe mitgeprägt worden. Heute ist sie in den Siedlungsbereichen und in den landwirtschaftlich genutzten Bereichen gravierend vom Menschen bestimmt, und auch die Wälder sind hinsichtlich ihrer Artenzusammensetzung, Bestandsstruktur und Physiognomie durch Nutzungsmaßnahmen geprägt. Die mit dieser Landschaftsveränderung durch den Menschen einhergehende Verdrängung der Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten ist ein Indikator für Umweltveränderungen oder -belastungen, auch im Sinne eines Frühwarnsystems.

Das Plangebiet des GEP-Teilabschnitts Oberbereich Siegen gehört hinsichtlich seiner aktuellen Substanz zu den für den Naturschutz in Nordrhein-Westfalen wichtigsten Regionen. Aufgrund des unruhigen Reliefs bietet es ein Mosaik sehr unterschiedlicher abiotischer Voraussetzungen. Das wiederum bedingt eine hohe Biotopvielfalt, die durch die verschiedenen Nutzungseinflüsse der vergangenen Jahrhunderte noch gesteigert wurde. Hinzu kommen gewisse Sonderstandorte wie Felsbildungen, Schwermetallstellen und Schluchten. Aber auch hier laufen Prozesse, die einen rapiden Rückgang naturschutzwürdiger Biotope nach sich ziehen. Neben direkten Verlusten durch Überbauung zählen hierzu die Intensivierung der Grünlandnutzung, die Aufforstung von Brachen, wasserbautechnische

Maßnahmen und die Umwandlung von Niederwald und sonstigen Laubwäldern in Fichtenforste.

Aus all dem ergibt sich, daß in Zukunft neben der Sicherung von Standorten seltener Pflanzen- und Tierarten die Erhaltung der durch Extensivnutzung bedingten Biotoptypen eine Schwerpunktaufgabe des Naturschutzes sein sollte. Dabei wird in einzelnen Bereichen ihrem Charakter entsprechend die Nutzung durch den Menschen unterbleiben müssen, um den naturnahen Zustand und die von menschlicher Einflußnahme weitgehend freie Entwicklung sicherzustellen. Dagegen ist in anderen Bereichen die Aufrechterhaltung einer bestimmten Nutzungsform und damit die Erhaltung bestimmter Tier- und Pflanzenarten auf entsprechenden Kulturbiotopen das Ziel des Naturschutzes.

Der GEP stellt alle bereits durch ordnungsbehördliche Verordnungen oder Landschaftspläne festgesetzten Naturschutzgebiete als Bereiche für den Schutz der Natur dar, ferner alle Bereiche, für deren Naturschutzwürdigkeit nach der der GEP-Ebene zukommenden Grobprüfung konkrete Anhaltspunkte vorliegen. In der zeichnerischen Darstellung des GEP sind nur solche Bereiche enthalten, deren Flächengröße 10 ha überschreitet. Sie sollen ganz oder zumindest in ihren wesentlichen Teilen als Naturschutzgebiete festgesetzt werden. Einer Festsetzung weiterer Naturschutzgebiete mit mehr als 10 ha Fläche muß eine entsprechende Ergänzung des GEP in einem Änderungsverfahren vorausgehen. Kleinere Naturschutzgebiete können bei nachgewiesener Schutzwürdigkeit auch noch außerhalb der zeichnerisch dargestellten Bereiche für den Schutz der Natur festgesetzt werden. Eine – nicht abschließende – Auflistung solcher Bereiche von ca. 5 bis 10 ha Flächengröße enthält der Erläuterungsbericht des GEP.

Die Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur basiert im wesentlichen auf Vorschlägen der LÖLF in ihrem ökologischen Fachbeitrag zum GEP. Sie fußen wiederum auf den Inhalten des Biotopkatalogs, ggf. ergänzt und vertieft durch weitere Untersuchungen aus Anlaß der GEP-Vorarbeiten. In enger Abstimmung mit der

LÖLF selbst und mit den Landschaftsbehörden erarbeitet die Bezirksplanungsbehörde daraus ein Konzept für die Entwurfsfassung des GEP.

Selbstkritisch ist hierzu anzumerken, daß eine gewisse Diskrepanz besteht zwischen den Aufgaben des GEP als Landschaftsrahmenplan im Sinne einer vorausschauenden Planung und der Entwicklung eines umfassenden Freiraumkonzepts einerseits und den Beiträgen der Fachbehörden andererseits, die stärker vom Schutz des Einzelobjekts bzw. der Teillandschaft ausgehen als vom konzeptionellen planerischen Ansatz (Vernetzung). Dieses Defizit wird zwar von Landschafts- und Regionalplanern durchaus gesehen, konnte aber bisher noch nicht befriedigend aufgearbeitet werden.

Darüber hinaus – und das hat das Erarbeitungsverfahren zum GEP-Teilabschnitt Oberbereich Siegen überdeutlich gezeigt – fehlt es an einheitlichen, allgemein anerkannten Kriterien für die Beurteilung der Wertigkeit von Biotopen und Landschaftsteilen. Das führte dazu, daß von den verschiedenen Beteiligten im GEP-Verfahren, die die Belange des Naturschutzes vertreten, eine kaum zu übersehende Anzahl von Änderungswünschen zur Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur vorgebracht wurde. Zum Teil ging es dabei um die grundsätzliche fachliche Einschätzung der Naturschutzwürdigkeit eines Bereichs: In einigen Fällen wurde die Naturschutzqualität angezweifelt; häufiger waren Vorschläge für die Aufnahme zusätzlicher Bereiche für den Schutz der Natur. Waren sich die Fachleute in ihrer grundsätzlichen Beurteilung eines Bereichs einig, so bestanden doch oft unterschiedliche Auffassungen über die Abgrenzung. In zahlreichen Erörterungen mit den sog. Freiraumbeteiligten gelang es dennoch schließlich, zu einem überarbeiteten Konzept zu kommen, das von allen getragen wurde.

In seiner vom Bezirksplanungsrat aufgestellten Fassung enthält der GEP-Teilabschnitt Oberbereich Siegen jetzt insgesamt 92 Bereiche für den Schutz der Natur (Kreis Siegen-Wittgenstein: 69; Kreis Olpe: 23), davon 61 zeichnerisch dargestellte mit mehr als 10 ha Fläche (Abb. 5, Beil. 2). Die Frage

liegt nahe, ob hiermit das von der Landesregierung angestrebte Ziel, 3 % der Fläche des Landes dem Naturschutz zu widmen, für das Plangebiet erreicht ist.

Vor der Beantwortung dieser Frage ist zunächst folgendes zu bemerken: Die exakte Flächengröße der Bereiche für den Schutz der Natur läßt sich aufgrund der nicht parzellenscharfen Darstellung des GEP nicht bestimmen; auch können sie ja nicht ohne weiteres mit zukünftigen Naturschutzgebieten gleichgesetzt werden. Schließlich sind die unterhalb der Darstellungsschwelle von 10 ha liegenden naturschutzwürdigen Biotope nicht vollständig erfaßt, jene unter 5 ha überhaupt nicht. Diese Einschränkungen der Genauigkeit müssen bei den folgenden Angaben stets berücksichtigt werden.

Insgesamt enthält der GEP im Plangebiet ca. 3000 ha Bereiche für den Schutz der Natur, davon ca. 2800 ha im Rahmen der zeichnerischen Darstellung. Auf den Kreis Siegen-Wittgenstein entfallen rund 2350 ha, auf den Kreis Olpe etwa 450 ha. Bezogen auf die Gesamtfläche des Plangebiets sind dies 1,65 % (Kreis Siegen-Wittgenstein: 2,24 %; Kreis Olpe: 0,71 %). Da das Plangebiet von seiner natürlichen Ausstattung her eher durch eine Vielzahl relativ kleinflächiger Biotope geprägt ist, dürfte damit ein recht ordentliches Ergebnis in quantitativer Hinsicht erzielt worden sein. In einzelnen Teilbereichen wie z. B. im Gemeindegebiet Burbach, das in seinem Südteil durch die ausgedehnten Basalthochflächen des Hohen Westerwaldes bestimmt wird, herrschen auch größere, zusammenhängende Bereiche für den Schutz der Natur vor; hier reserviert der GEP rund 13 % der Gesamtfläche für den Naturschutz.

Ähnlich wie bei der Umsetzung der Bereiche zum Schutz der Gewässer steht auch dem Naturschutz noch ein großes Arbeitspensum bevor, um die landesplanerisch gesicherten Bereiche durch ordnungsbehördliche Verordnungen oder in Landschaftsplänen als Naturschutzgebiete festzusetzen. Zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses für den GEP waren nur 19 Bereiche (21 %) auch als Naturschutzgebiete gesichert; be-

zogen auf die im GEP dargestellten rund 3000 ha Naturschutzbereiche sind das knapp 400 ha oder ca. 13 %. Vor allem im Kreis Siegen-Wittgenstein war das Umsetzungsdefizit noch besonders hoch. Die Landschaftsbehörden sollten möglichst zügig und zeitnah zum GEP die entsprechenden Festsetzungen nach dem Landschaftsgesetz treffen, um den über den GEP erzielten Konsens zwischen allen Beteiligten zu nutzen.

#### 4. Zusammenfassung

Mit unseren Ausführungen wollten wir über die Schilderung von System, Verfahren und Inhalt der Regionalplanung, von Grundzügen der Planung und charakteristischen Problemen des GEP-Teilabschnitts Oberbereich Siegen hinaus deutlich machen, daß nach unserer im Laufe von fünf Erarbeitungsverfahren gewonnenen Auffassung der Planungsprozeß das wichtigste an der Gebietsentwicklungsplanung ist. Zwar kommt es auch darauf an, daß am Ende des Verfahrens ein qualifizierter Plan steht, der seine gesetzlich vorgesehene Rechtswirkung entfalten kann. Durch das GEP-Verfahren aber wird vor allem ein Forum geschaffen, in dem die verschiedensten an der Gestaltung eines Raumes Beteiligten miteinander ins Gespräch kommen können und – angehalten durch den Gesetzauftrag – einen Ausgleich der Meinungen finden müssen. Für die Gemeinden eines Plangebiets ist es vielfach Anlaß, mehr über die eigenen Gemeindegrenzen hinauszuschauen und die notwendige Solidarität der Gemeinden eines Raumes stärker in den Vordergrund zu stellen.

Mißt man dem Planungsprozeß diese Bedeutung zu, so heißt das allerdings, daß das Verfahren eher aufwendiger wird und vor allem mehr Zeit kostet. Wir sind jedoch der Meinung, daß dieser Aufwand lohnt, gerade auch im Interesse der späteren Umsetzung der Planinhalte. Sie lassen sich um so leichter verwirklichen, je breiter der Konsens ist, den sie gefunden haben; und sie werden sich fast von selbst umsetzen, wenn sie von allen gemeinsam getragen werden.

## Literatur/Pläne

**Heubach, W.** (Hg.) (1980): Regierungsbezirk Arnsberg. Eine dynamische Region in Nordrhein-Westfalen. Möglingen

Landesentwicklungsplan III: Umweltschutz durch Sicherung von natürlichen Lebensgrundlagen (Freiraum, Natur und Landschaft, Wald, Wasser, Erholung) (LEP III '87). Vom 15. Sept. 1987 (MBl. NW. S. 1676/SMBL. NW. 230)

Der Minister für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen – Landesplanungsbehörde –: Landesentwicklungsplan V – Gebiete für die Sicherung von Lagerstätten – (LEP V), Entwurf (Stand: 24. Jan. 1984).

Gebietsentwicklungsplan Regierungsbezirk Arnsberg (Hg.: Der Regierungspräsident Arnsberg)

– Teilabschnitt Hochsauerlandkreis vom 10. Juli 1979

– Teilabschnitt Märkischer Kreis vom 14. Aug. 1980

– Teilabschnitt Dortmund/Unna/Hamm vom 14. Febr. 1984

– Teilabschnitt Bochum/Herne/Hagen/Ennepe-Ruhr-Kreis vom 20. Dez. 1985

– Teilabschnitt Oberbereich Siegen (Kreis Siegen-Wittgenstein und Kreis Olpe), Entwurf (Stand: 6. März 1987)

Der Regierungspräsident Arnsberg (1984) – Bezirksplanungsbehörde –: Grundprobleme des Raumes Kreis Siegen-Wittgenstein/Kreis Olpe. Arnsberg 1984

Der Regierungspräsident Arnsberg (Hg.) (1984): Leitlinien des Bezirksplanungsrats zum Gebietsentwicklungsplan-Teilabschnitt Siegen-Wittgenstein/Olpe. Arnsberg



LANDSCHAFTSVERBAND WESTFALEN-LIPPE

Geographische Kommission für Westfalen

VERÖFFENTLICHUNGEN

Selbstverlag

ARBEITEN DER GEOGRAPHISCHEN KOMMISSION (1938 – 1942)

- \* 1. **Riepenhausen, H.:** Die bäuerliche Siedlung des Ravensberger Landes bis 1770. 1938
- \* 2. **Krakhecken, M.:** Die Lippe. 1939
- \* 3. **Ringleb, Fr.:** Klimaschwankungen in Nordwestdeutschland (seit 1835). 1940
- \* 4. **Lucas, O.:** Das Olper Land. 1941
- \* 5. **Uekötter, H.:** Die Bevölkerungsbewegung in Westfalen und Lippe 1818 – 1933. 1941
- \* 6. **Heese, M.:** Der Landschaftswandel im mittleren Ruhr-Industriegebiet seit 1820. 1941
- \* 7. **Bertelsmeier, E.:** Bäuerliche Siedlung und Wirtschaft im Delbrücker Land. 1942

WESTFÄLISCHE GEOGRAPHISCHE STUDIEN

- \* 1. **Müller-Wille, W.:** Schriften und Karten zur Landeskunde Nordwestdeutschlands 1939 – 1945. 1949
- 2. **Müller-Temme, E.:** Jahresgang der Niederschlagsmenge in Mitteleuropa. 1949 1,00
- \* 3. **Müller, H.:** Die Halterner Talung. 1950
- \* 4. **Herbort, W.:** Die ländlichen Siedlungslandschaften des Kreises Wiedenbrück um 1820. 1950
- 5. **Fraling, H.:** Die Physiotope der Lahntalung bei Laasphe. 1950 1,50
- \* 6. **Schuknecht, F.:** Ort und Flur in der Herrlichkeit Lembeck. 1952
- \* 7. **Niemeier, G.:** Die Ortsnamen des Münsterlandes. 1953
- \* 8. **Eversberg, H.:** Die Entstehung der Schwerindustrie um Hattingen 1847 – 1857. 1955
- \* 9. **Pape, H.:** Die Kulturlandschaft des Stadtkreises Münster um 1828. 1956
- \* 10. **Hessberger, H.:** Die Industrielandschaft des Bekumer Zementreviers. 1957
- \* 11. **Pfaff, W.:** Die Gemarkung Ohrsen in Lippe. 1957
- 12. **Denecke, K.:** Flüsse und Wasserwirtschaft, Wasserbiologie und Wasserkrankheiten in Mesopotamien. 1958 2,00
- 13. **Timmermann, O., L. Hempel und H. Hambloch:** Zur Kulturgeographie der Öztaler Alpen. 1958 2,50

- \* 14. **Heising, P. H.:** Missionierung und Diözesanbildung in Kalifornien. 1962
- 15. **Entwicklungshilfe und Entwicklungsland.** Begriff, Probleme und Möglichkeiten. Beiträge von A. Antweiler, W. Manshard, R. Mohr, G. Pfeifer, E. Sarkisyans, O. Timmermann. 1962 7,00
- 16. **Dege, W.:** Zur Kulturgeographie des Nördlichen Gudbrandsdals. 1963 7,00
- 17. **Fröhling, M.:** Die Bewässerungslandschaften an der spanischen Mittelmeerküste. 1965 6,00
- 18. **Hambloch, H.:** Der Höhengrenzsaum der Ökumene. 1966 10,00
- 19. **Bronny, H. M.:** Studien zur Entwicklung und Struktur der Wirtschaft in Finnisch-Lapland. 1966 7,00
- 20. **Giese, E.:** Die untere Haseniederung. 1968 10,00
- 21. **Beyer, L.:** Der Siedlungsbereich von Jerzens im Pitztal. 1969 9,00
- 22. **Mayhew, A.:** Zur strukturellen Reform der Landwirtschaft in der BRD, erl. an der Flurbereinigung in Moorriem/Wesermarsch. 1970 7,50
- 23. **Stonjek, D.:** Sozialök. Wandlung und Siedlungslandschaft eines Alpentales (Defereggen). 1971 7,50
- 24. **Döhrmann, W.:** Bonitierung und Tragfähigkeit eines Alpentales (Defereggen). 1972 8,50
- 25. **Oldenburg und der Nordwesten.** Dt. Schulgeographentag 1970. Vorträge, Exkursionen, Berichte. 1971 15,00
- 26. **Bahrenberg, G.:** Auftreten und Zugrichtung von Tiefdruckgebieten in Mitteleuropa. 1973 12,50
- 27. **Giese, E.:** Sovchoz, Kolchoz und persönliche Nebenerwerbswirtschaft in Sowjet-Mittelasien. 1973 20,00
- \* 28. **Sedláček, P.:** Zum Problem intraurbaner Zentralorte – am Beispiel der Stadt Münster. 1972
- 29. **Treude, E.:** Nordlabrador. Siedlung und Wirtschaft in einem polaren Grenzsaum der Ökumene. 1974 12,50
- \* 30. **Müller-Wille, L.:** Lappen und Finnen in Utsjoki, Finnland. 1974
- 31. **Thannheiser, D.:** Vegetationsgeographische Untersuchungen auf der Finnmarksvidda. 1975 10,00
- 32. **Rinschede, G.:** Die Transhumance in den französischen Westalpen und in den Pyrenäen. 1979 17,50
- 33. **Festschrift für Wilhelm Müller-Wille:** Mensch und Erde. Mit 22 Beiträgen. 1976 20,00
- 34. **Werner, J.:** Kraftwerksabwärme in der Hydrosphäre. 1977 15,00

\* vergriffen

35. **Jäger, H.:** Zur Erforschung der mittelalterlichen Kulturlandschaft. **Müller-Wille, W.:** Gedanken zur Bonitierung und Tragfähigkeit der Erde. **Brand, Fr.:** Geographische Aspekte und Perspektiven zum Thema Mensch – Erde – Kosmos. 1978 15,00
36. **Quartärgeologie, Vorgeschichte und Verkehrswasserbau in Westfalen.** 46. Tagung der AG Nordwestdeutscher Geologen in Münster 1979. Mit 19 Beiträgen. 1980 17,50
37. **Westfalen – Nordwestdeutschland – Nordseesektor.** W. Müller-Wille zum 75. Geburtstag. Mit 29 Beiträgen. 1981 20,00
38. **Komp, Kl. U.:** Die Seehafenstädte im Weser-Jade-Raum. 1982 9,00
39. **Müller-Wille, W.:** Probleme und Ergebnisse geographischer Landesforschung und Länderkunde. Gesammelte Beiträge 1936 – 1979. Erster Teil. 1983 15,00
40. **Müller-Wille, W.:** Probleme und Ergebnisse geographischer Landesforschung und Länderkunde. Gesammelte Beiträge 1936 – 1979. Zweiter Teil. 1983 15,00
41. **Kundenverhalten im System konkurrierender Zentren.** Fallstudien aus dem Großraum Bremen, dem nördlichen Ruhrgebiet und Lipperland. Mit Beiträgen von H. Heineberg/N. de Lange und W. Meschede. 1985 25,00
42. **Mayr, A., Kl. Temnitz (Hg.):** Erträge geographisch-landeskundlicher Forschung in Westfalen. Festschrift 50 Jahre Geographische Kommission für Westfalen. Mit 34 Beiträgen. 1986 48,00
43. **Mayr, A., Fr.-C. Schultze-Rhönhof (Hg.):** Münster und seine Partnerstädte: York, Orléans, Kristiansand, Monastir, Rishon le Zion, Beaugency, Fresno. Mit 10 Beiträgen. 1988 38,00

#### WESTFÄLISCHE GEOGRAPHISCHE STUDIEN, BEIHEFTE

- \* 1. **Kleinn, H.:** Entwurf und Anwendung von Karten. 1970
2. **Haller, B. und G. Tiggesbäumker:** Die Kartensammlung des Freih. A. v. Haxthausen in der Universitätsbibliothek Münster. 1978 10,00

#### SPIEKER –

#### LANDESKUNDLICHE BEITRÄGE UND BERICHTE

1. **Bertelsmeier, E., W. Müller-Wille:** Landeskundlich-statistische Kreisbeschreibung in Westfalen. 1950 2,00
2. **Wehdeking, R.:** Die Viehhaltung in Westfalen 1818 – 1948. 1. Folge: West- u. Ostmünsterland. **Müller-Wille, W.:** Der Viehstapel in Westfalen. 1950 2,00
- \* 3. **Schneider, P.:** Natur und Besiedlung der Senne. 1952.
- \* 4. **Wehdeking, R.:** Die Viehhaltung in Westfalen 1818 – 1948. 2. Folge: Kernmünsterland und Hellwegbörden. **Müller-Wille, W.:** Die Schweinehaltung in Westfalen. 1953
- \* 5. **Gorki, H. F.:** Die Grundrisse der städt. Siedlungen in Westfalen. **Timmermann, O.:** Grundriß und Altersschichten der Hansestadt Soest. **Steiner, G.:** Funktionales Gefüge der Großstadt Gelsenkirchen. 1954
6. **Taschenmacher, W.:** Die Böden des Südergebirges. 1955 3,00
- \* 7. **Lucas, O.:** Die Sauerland-Höhenstraße Hagen-Gießen. **Sommer, R.:** Die Industrie im mittleren Lennetal. 1956
- \* 8. **Hoffmann, G.:** Funktionale Bereichsbildung im Raume Emsland-Südoldenburg. **Müller-Wille, W.:** Erreichbarkeit und Einkaufsmöglichkeit. 1957
9. **Stork, Th.:** Das Flußtal der Hönne. **Hambloch, H.:** Naturräume der Emsandebene. **Ringleb, F.:** Das phänol. Jahr in Westfalen. 1958 5,00
10. **Böttcher, G.:** Die agrargeographische Struktur Westfalens 1818 – 1950. 1959 6,00
11. **Feige, W.:** Talententwicklung und Verkarstung im Kreidegebiet der Alme. **Kleinn, H.:** Die Schledden auf der Haarfläche. 1961 6,00
- \* 12. **Hempel, L.:** Das Großrelief am Südrand der Westfälischen Bucht. **Seraphim, E. Th.:** Glaziale Halte im südlichen unteren Weserbergland. **Wölcken, K.:** Regenwetterlagen in Argentinien. 1962
13. **Schäfer, P.:** Die wirtschaftsgeographische Struktur des Sintfeldes. **Engelhardt, H. G. S.:** Die Hecke im nordwestl. Südergebirge. 1964 7,00
14. **Müller-Wille, W.:** Bodenplastik und Naturräume Westfalens. Textband und Kartenband. 1966 14,00
- \* 15. **Rack, E.:** Besiedlung und Siedlung des Altkreises Norden. 1967
- \* 16. **Kluczka, G.:** Zum Problem der zentralen Orte. Wissenschaftsgeschichtl. Entwicklung in Deutschland und Forschungsstand in Westfalen. 1967

17. **Poeschel, H.-Cl.:** Alte Fernstraßen in der mittleren Westfälischen Bucht. 1968 8,00
18. **Ludwig, K.-H.:** Die Hellwegsiedlungen am Ostrand der Dortmunder Bucht. 1970 6,50
19. **Windhorst, H. W.:** Der Sternweder Berg. 1971 6,50
20. **Franke, G.:** Bewegung, Schichtung und Gefüge der Bevölkerung im Landkreis Minden. 1972 7,50
21. **Hofmann, M.:** Ökotope und ihre Stellung in der Agrarlandschaft. **Werner, J. und J. Schweter:** Hydrogeographische Untersuchungen im Einzugsgebiet der Stever. 1973 12,50
- \* 22. **Hüls, H.:** Heiden in Lippe. Zur Genese und Struktur eines dörflichen Lebensraumes. 1974
23. **Ittermann, R.:** Ländliche Versorgungsbereiche und zentrale Orte im hessisch-westfälischen Grenzgebiet. 1975 10,00
24. **Ballmann, W.:** Der Hafen Oldenburg. **Temnitz, Kl.:** Gestaltanalyse der Stadt Gronau/Westfalen. 1976 12,50
25. **Westfalen und Niederdeutschland.** Festschrift 40 Jahre Geographische Kommission für Westfalen. 2 Bände mit 28 Beiträgen. 1977  
I: Beiträge zur speziellen Landesforschung 15,00  
II: Beiträge zur allgemeinen Landesforschung 15,00
26. **Der Hochsauerlandkreis im Wandel der Ansprüche.** Vorträge auf der Jahrestagung 1978. Mit 10 Beiträgen. 1979 12,50
27. **Müller-Wille, W.:** Beiträge zur Forstgeographie in Westfalen. 1980 8,00
28. **Stadt und Dorf im Kreis Lippe in Landesforschung, Landespflege und Landesplanung.** Vorträge auf der Jahrestagung 1980. Mit 6 Beiträgen. 1981 10,00
29. **Becks, Fr.:** Die räumliche Differenzierung der Landwirtschaft in der Westfälischen Bucht. 1983 10,00
30. **Westmünsterland – Ostniederlande.** Entwicklung und Stellung eines Grenzraumes. Vorträge auf der Jahrestagung 1983. Mit 6 Beiträgen. 1984 30,00
31. **Westheld, H.:** Kleinwasserkraftwerke im Gebiet der oberen Ems. Nutzung einer vernachlässigten Energiequelle. 1986 20,00
32. **Der Raum Dortmund – Entwicklung, Strukturen und Planung im östlichen Ruhrgebiet.** Vorträge auf der Jahrestagung 1985. 1988 28,00
33. **Becker G., A. Mayr, K. Temnitz (Hg.):** Sauerland – Siegerland – Wittgensteiner Land. Jahrestagung der Geogr. Kommission in Olpe 1989. 1989

#### SIEDLUNG UND LANDSCHAFT IN WESTFALEN

- \* 1. **Müller-Wille, W., E. Bertelsmeier:** Der Stadtkreis Münster 1820 – 1955. 1955
- \* 2. **Wöhlke, W.:** Die Kulturlandschaft des Hardehausener und Dalheimer Waldes. 1957
3. **Platt, R. S.:** A Geographical Study of the Dutch-German Border. Dt. von E. Bertelsmeier. 1958 5,00
- \* 4. **Ringleb, A.:** Dörfer im oberen Weserbergland. **Hambloch, H.:** Einödgruppe und Drubbel. 1960
5. **Müller-Wille, Mich.:** Die eisenzeitlichen Fluren in den festländischen Nordseegebieten. 1965 14,00
6. **Brand, Fr.:** Zur Genese der ländlich-agraren Siedlungen im lippischen Osning-Vorland. 1967 11,00
7. **Sönnecken, M.:** Die mittelalterliche Rennfeuertüftung im märkischen Sauerland. 1971 17,50
8. **Burricher, E.:** Die potentielle natürliche Vegetation in der Westfälischen Bucht. 1973. Nachdruck 1981 35,00
9. **Temnitz, Kl.:** Aaseestadt und Neu-Coerde. Bildstrukturen neuer Wohnsiedlungen und ihre Bewertung. 1975 12,50
10. **Lievenbrück, Br.:** Der Nordhümmling. Ländliche Siedlungen im Grenzbereich von Moor und Geest. 1977 15,00
11. **Walter, H.-H.:** Padberg. Struktur und Stellung einer Bergsiedlung in Grenzlage. 1979 25,00
12. **Flurbereinigung und Kulturlandschaftsentwicklung.** Tagung des Verbandes deutscher Hochschulgeographen. Mit 5 Beiträgen. 1979 8,50
13. **Sieverding, W.:** Benstrup und Holtrup – Zur Genese bäuerlicher-trup-Siedlungen in Altwestfalen. 1980 12,50
14. **Bertelsmeier, E.:** Bäuerliche Siedlung und Wirtschaft im Delbrücker Land. 1942. Nachdruck 1982 7,50
15. **Nolting, M.:** Der öffentliche Personennahverkehr im nordwestdeutschen Küstenland. 1983 11,00
16. **Steinberg, H. G.:** Das Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert – Ein Verdichtungsraum im Wandel. 1985 30,00
17. **Vegetationsgeographische Studien in Nordrhein-Westfalen.** Wald- und Siedlungsentwicklung – Bauerngärten – Spontane Flora. Von R. Pott, A. Sternschulte, R. Wittig/E. Rückert. 1985 22,00
18. **Siekmann, M.:** Die Struktur der Stadt Münster am Ausgang des 18. Jahrhunderts – Ein Beitrag zur historisch-topologischen Stadtforschung. 1989

19. **Riepenhausen, H.:** Die bäuerliche Siedlung des Ravensberger Landes bis 1770. 1938. Mit Nachtrag von **A. Schüttler:** Das Ravensberger Land 1770 – 1986. Nachdruck 1986 24,00

#### DIE LANDKREISE IN WESTFALEN

1. Der Landkreis **Paderborn.** Von G. v. Geldern-Crispendorf. 1953 11,00  
 2. Der Landkreis **Münster.** Von W. Müller-Wille, E. Bertelsmeier, H. F. Gorki, H. Müller. 1955 14,00  
 3. Der Landkreis **Brilon.** Von A. Ringleb. 1957 14,00  
 4. Der Landkreis **Altena.** Von E. Wagner. 1962 14,00  
 5. Der Landkreis **Wiedenbrück.** Von W. Herbort, W. Lenz, I. Heiland, G. Willner. 1969 14,00

#### BODENPLASTIK UND NATURRÄUME WESTFALENS 1:100000 IM FÜNFARBENDRUCK

1. Blatt Kreis Paderborn (1953), 2. Blatt Kreis Münster (1953), 3. Blatt Kreis Brilon (1957), 4. Blatt Kreis Altena (1962), 5. Blatt Kreis Wiedenbrück (1968)

#### GEOGRAPHISCH-LANDESKUNDLICHER ATLAS VON WESTFALEN

(Redaktion: A. Mayr, K. Temnitz, E. Bertelsmeier, B. Fistarol, H. Fr. Gorki, H. Pape, J. Werner; Schriftleitung: K. Temnitz)  
 Ca. 100 Doppelblätter und Begleittexte aus 10 Themenbereichen. 1985 ff  
 Einzelpreis je Doppelblatt und Begleittext: 19,80

1. **Lieferung 1985, 4 Doppelblätter:** 46,40  
 1. **Relief** (Themenbereich Landesnatur) von W. Müller-Wille (Entwurf) u. E. Th. Seraphim (Text)  
 2. **Spät- und nacheiszeitliche Ablagerungen/Vegetationsentwicklung** (Themenbereich: Landesnatur). Von E. Th. Seraphim u. E. Kramm (Entwurf u. Text)

3. **Florenelemente** (Themenbereich: Landesnatur) Von Fr. Runge (Entwurf u. Text)  
 4. **Fremdenverkehr-Angebotsstruktur** (Themenbereich: Fremdenverkehr u. Erholung). Von P. Schnell (Entwurf u. Text)

#### 2. **Lieferung 1986, 5 Doppelblätter:** 58,00

1. **Begriff und Raum** (Themenbereich: „Westfalen-Begriff und Raum“). Von W. Müller-Wille, K. Temnitz, W. Winkelmann, G. Müller (Entwurf) u. W. Kohl (Text)  
 2. **Niederschläge in raum-zeitlicher Verteilung** (Themenbereich: Landesnatur). Von E. Müller-Temme (Entwurf u. Text) u. W. Müller-Wille (Entwurf)  
 3. **Pflanzenwachstum und Klimafaktoren** (Themenbereich: Landesnatur). Von Fr. Ringleb, J. Werner (Entwurf u. Text) u. P. Hofste (Entwurf)  
 4. **Verbreitung wildlebender Tierarten** (Themenbereich: Landesnatur). Von R. Feldmann, W. Stichmann (Entwurf u. Text) u. M. Berger, W. Grooten (Entwurf)  
 5. **Fremdenverkehr – Nachfragestruktur** (Themenbereich: Fremdenverkehr u. Erholung). Von P. Schnell (Entwurf u. Text)  
 6. **Verwaltungsgrenzen** (Transparentfolie)

#### 3. **Lieferung 1987, 4 Doppelblätter** 46,40

1. **Lagerstätten/Gesteinsarten/Karst** (Themenbereich: Landesnatur). Von H. Reiners, H. Furch, E. Th. Seraphim, W. Feige, K. Temnitz (Entwurf u. Text)  
 2. **Waldverbreitung und Waldschäden** (Themenbereich: Landesnatur). Von W. Grooten (Entwurf u. Text)  
 3. **Elektrizität – Versorgung und Verbrauch** (Themenbereich: Gewerbliche Wirtschaft). Von D. Filt-haut u. J. Werner (Entwurf u. Text)  
 4. **Wandern/Naherholung und Kurzzeittourismus** (Themenbereich: Fremdenverkehr u. Erholung). Von A. Freund (Entwurf u. Text)

#### 4. **Lieferung 1988, 1. Teil: 2 Doppelblätter** 23,20

1. **Potentielle natürliche Vegetation** (Themenbereich Landesnatur). Von E. Burrichter, R. Pott u. H. Furch (Entwurf u. Text)  
 2. **Eisenbahnen – Netzentwicklung und Personenverkehr** (Themenbereich Verkehr). Von H. Ditt, R. Schöller (Entwurf) u. H. Kreft-Kettermann (Entwurf u. Text)

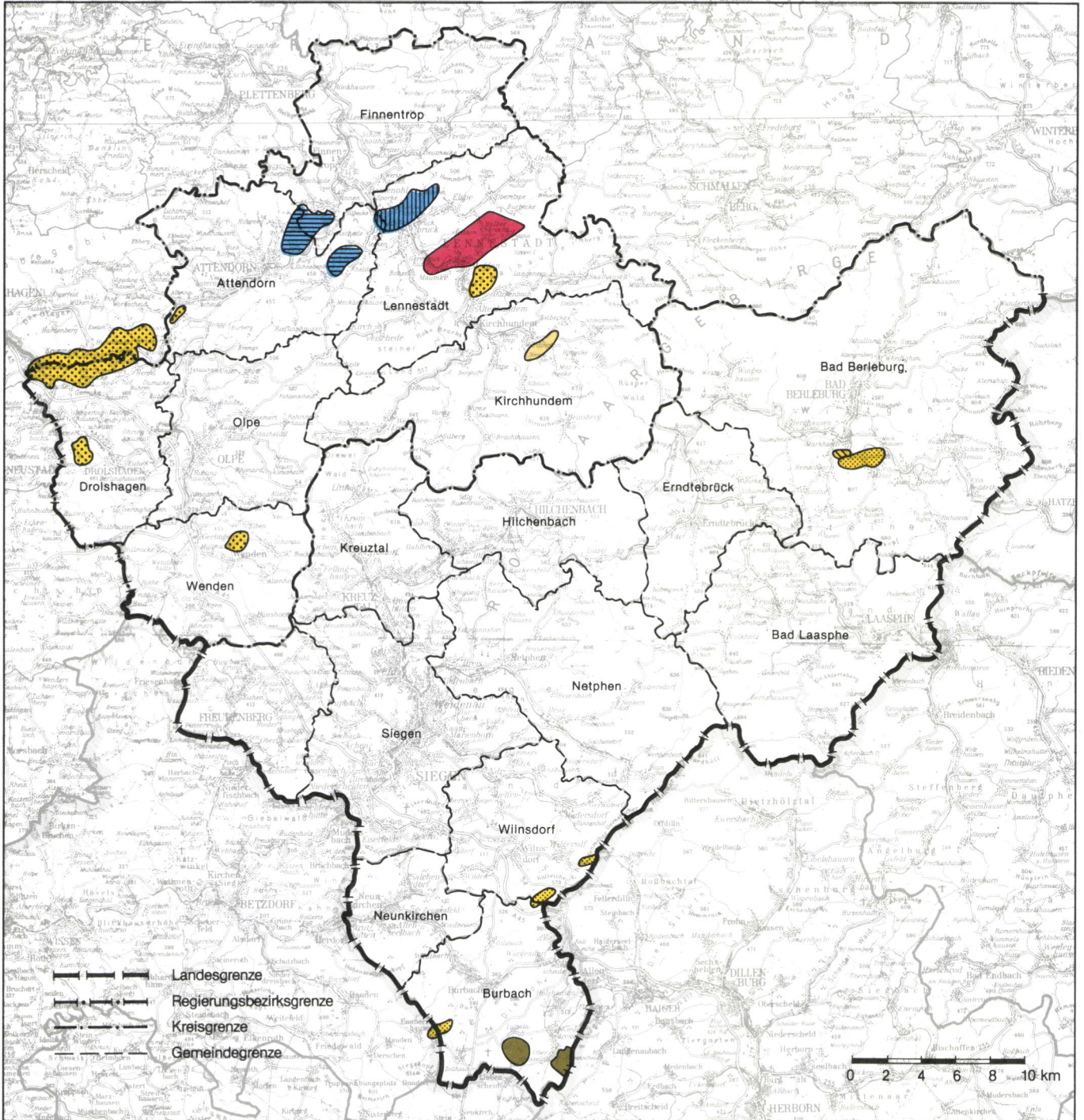
**Bezug: Im Buchhandel und bei Geographische Kommission für Westfalen, Robert-Koch-Str. 26, D-4400 Münster; Telefon 0251/832929**

Abb. 4



REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG  
OBERBEREICH SIEGEN

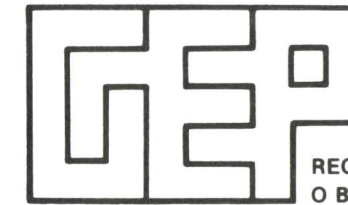
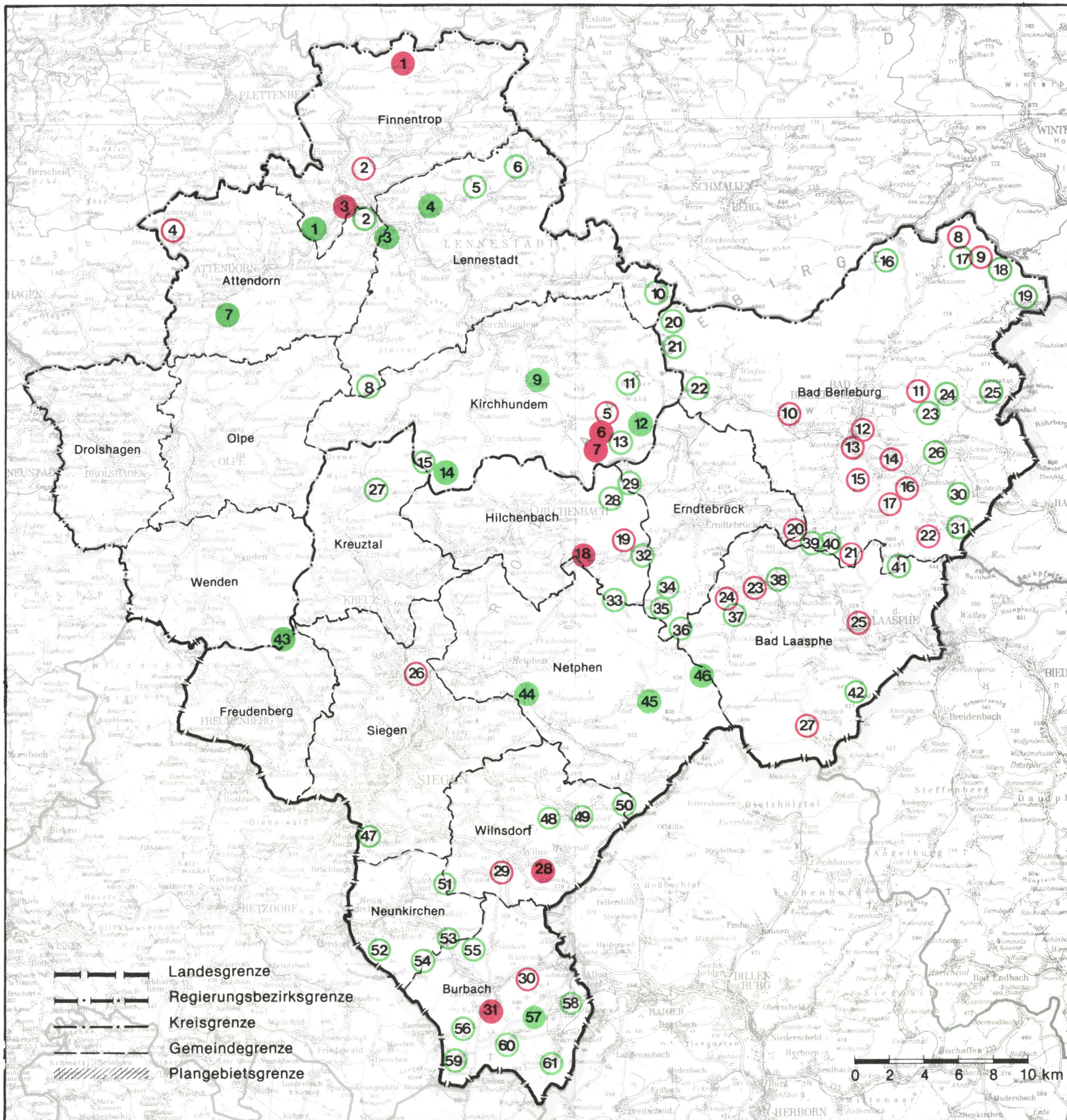
# Rohstoffvorkommen von volkswirtschaftlicher Bedeutung



Stand 1986



Abb. 5



REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG  
OBERBEREICH SIEGEN

## Bereiche für den Schutz der Natur und weitere naturschutzwürdige Bereiche

**Bereiche für den Schutz der Natur** zeichnerisch dargestellt:

● nach Landschaftsgesetz festgesetztes Naturschutzgebiet

○ noch nicht festgesetztes Naturschutzgebiet

- |   |   |
|---|---|
| 1 Steinbruch Heggen-Elberskamp                      | 32 Edertal bei Altenteich   |
| 2 Kalkfelsen bei Bamenohl                           | 33 Oberes Edertal und Eicherwald  |
| 3 Breiter Hagen                                     | 34 Seebachtal   |
| 4 Rübenkamp   | 35 Bruchwälder bei Benfe und Dörnachtal   |
| 5 Bremkebachtal                                     | 36 Benfer Bach  |
| 6 Bachtal südlich Haus Valbert                      | 37 Magertriften bei Weide   |
| 7 Gilberginsel                                      | 38 Rüpertsbachtal   |
| 8 Buchenwald am Stakenhagen                         | 39 Extensivgrünland westlich Stünzel  |
| 9 Albaumer Klippen                                  | 40 Extensivgrünland südöstlich Stünzel  |
| 10 Buchenwald am Hårdler                            | 41 Hülshofer Grund  |
| 11 Farnbruch am Strang                              | 42 Wabachtal  |
| 12 Schwarzbachtal                                   | 43 Kallerhöf  |
| 13 Täler am Homberg                                 | 44 Siegaue oberhalb Netphen   |
| 14 Dohlenbruch                                      | 45 Birkenborn   |
| 15 Sellenbruch                                      | 46 Auerhahnwald   |
| 16 Emmegraben                                       | 47 Schutzwald am Kleff  |
| 17 Ostertal   | 48 Oberes Weißbachtal   |
| 18 Schweizergrund und oberes Schwarzenautal         | 49 Oberes Langenbachtal   |
| 19 Ginsterhang Brunhel                              | 50 Sennerhausbruch  |
| 20 In der Mühle                                     | 51 Wildenbachtal  |
| 21 Kasimirstal                                      | 52 Hohenseelbachskopf und Mahlscheid  |
| 22 Bruchwald am großen Kopf                         | 53 Hellertal zwischen Wiederstein und Wahlbach                                    |
| 23 Magertrift im Arfetal und Buchenwald Schmaleiten | 54 Mischebachtal  |
| 24 Bachtal westlich Große Bubenbracht               | 55 Gilsbachaue zwischen Gilsbach und Wahlbach                                     |
| 25 Brosbachtal                                      | 56 Buchhellertal mit Fuchsstein   |
| 26 Edertal bei Arfeld                               | 57 Großer Stein und Umgebung  |
| 27 Grubengelände Littfeld                           | 58 Hickengrund  |
| 28 Talsystem des Elberdorfer Baches                 | 59 Quellgebiet der Buchheller   |
| 29 Wiesental südwestlich Zinse                      | 60 Auf dem Kreuz/Lehnstruth   |
| 30 Heide östlich Weißenstein                        | 61 Täler von Weiherbach und Winterbach und Weidlandschaft östlich Oberdreselndorf |
| 31 Extensivgrünland bei Richstein                   |   |

**Weitere naturschutzwürdige Bereiche** nicht zeichnerisch dargestellt:

● nach Landschaftsgesetz festgesetztes Naturschutzgebiet

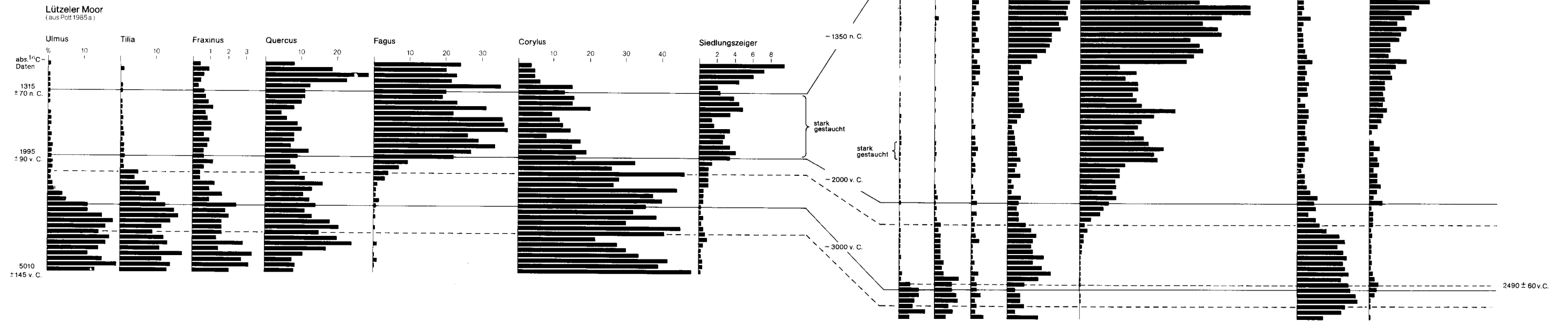
○ noch nicht festgesetztes Naturschutzgebiet

- |   |  |
|---|--|
| 1 Hohkuhl   | 16 Edertalhänge bei Arfelderhammer             |
| 2 Nieswurzvorkommen Weringhausen                              | 17 Magertrift bei Mühlbach                     |
| 3 Hohe Ley  | 18 Giller                                      |
| 4 Laubwälder zwischen Haus Ebbe und Birkenstück               | 19 Seitental des Wähbaches                     |
| 5 Tal am Haberg   | 20 Wiesentälchen südlich Balde                 |
| 6 Haberg  | 21 oberes Wiesenbachtal                        |
| 7 Krenkeltal  | 22 Hüttental                                   |
| 8 Bärlapp-Buchenwälder am Zwickopf, Siebenahorn und Osterkopf | 23 Feuchtwiesen östlich Rückershausen          |
| 9 Bärlapp-Buchenwald am Moselkopf                             | 24 Feuchtwiese in Rückershausen                |
| 10 Edertal bei Grünwald                                       | 25 Schloßberg/Alte Burg                        |
| 11 Laubwald am Nesselbergskopf                                | 26 Waldfläche oberhalb der Stahlwerke Geisweid |
| 12 Westhang der Limburg                                       | 27 Großer Bohnenstein                          |
| 13 Schiefergrube Hörre  | 28 Grubengelände Neue Hoffnung                 |
| 14 Honert   | 29 Feuchtgrünland bei Oberwilden               |
| 15 Täler bei Dotzlar  | 30 Grünlandkomplex südlich Würgendorf          |
|   | 31 In der Gambach                              |



Abb. 3: Waldentwicklungstendenzen mit übereinstimmenden Pollenspektren signifikanter Gehölzarten während des Atlantikums und Subboreals im Rothaargebirge (Lützeler Moor) und Arnberger Wald (Hamorsbruch)

Die Originaldiagramme bei POTT (1985a) u. CASPERS (1986)



Hamorsbruch  
(aus: Caspers 1986)

Moor am Giller  
(aus: Pott 1985a)

Hochsteiner Moor  
(nach: Hächmann 1986)

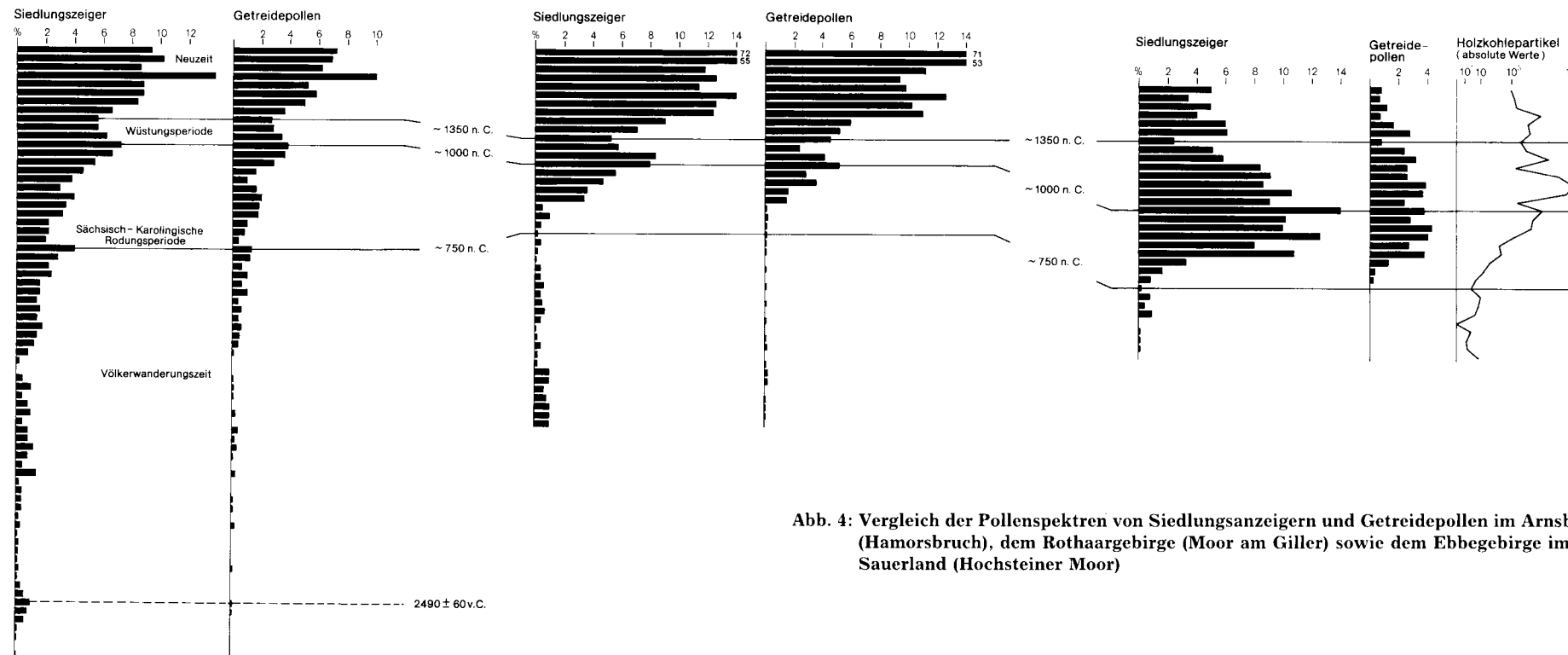
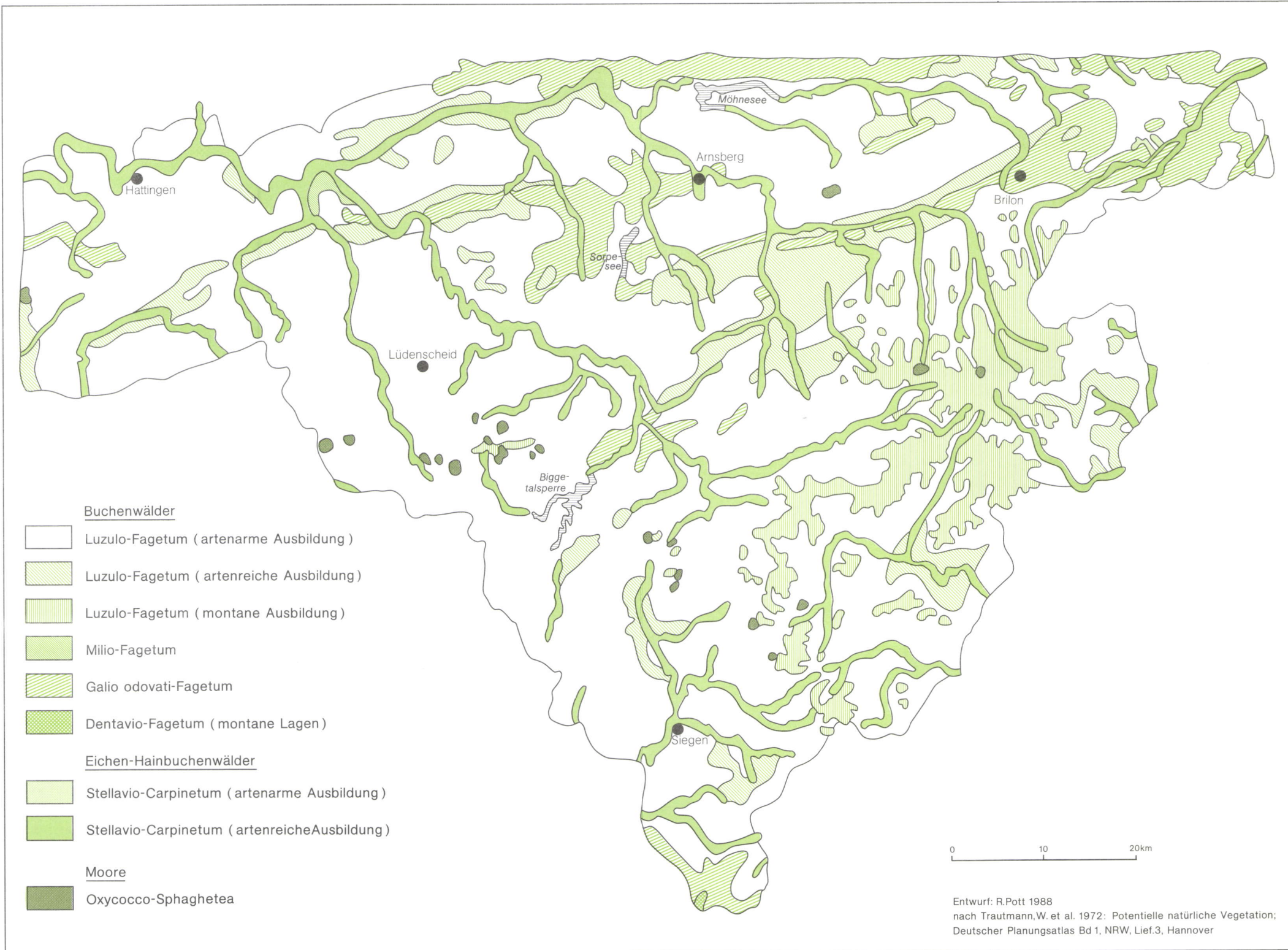
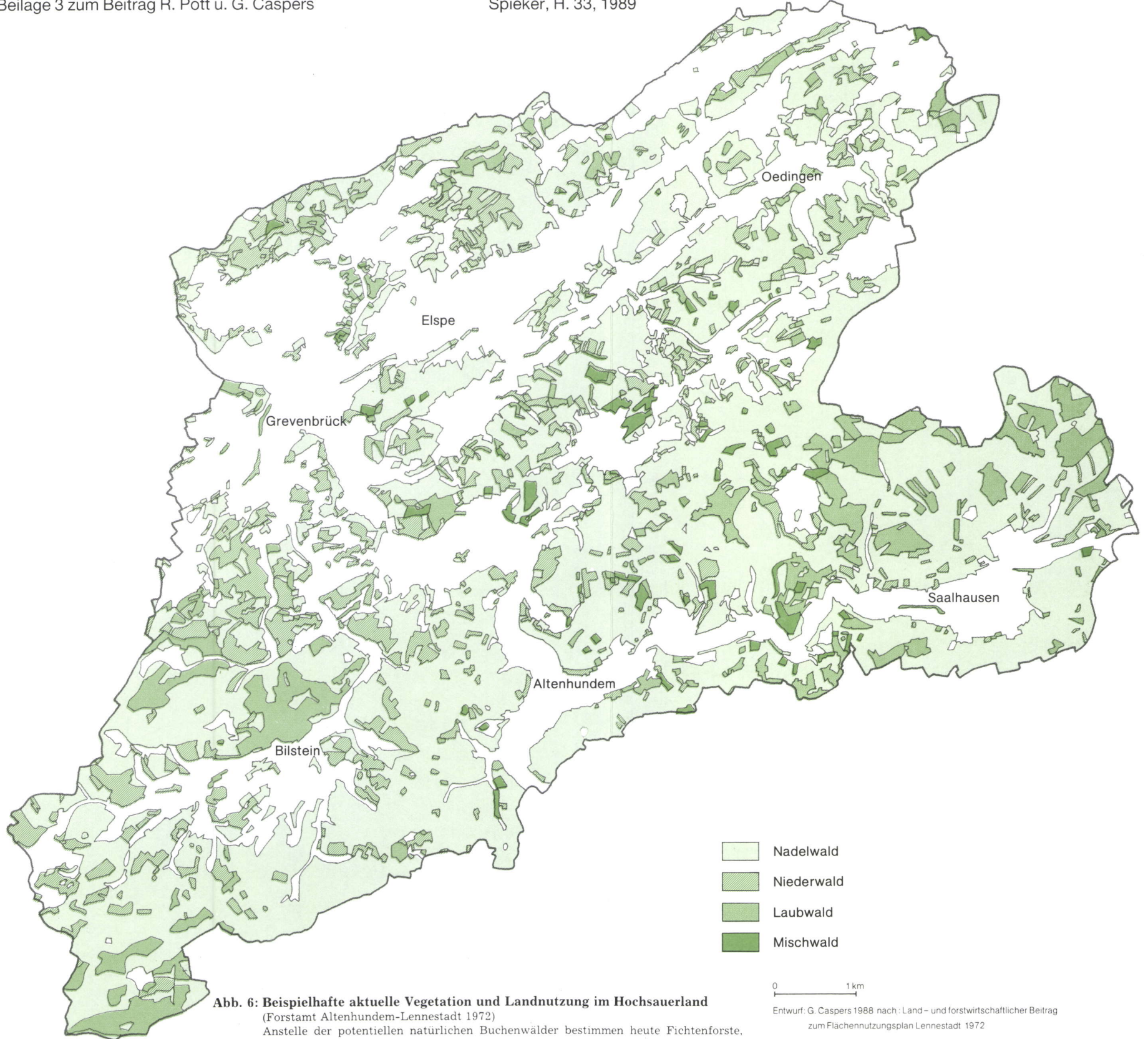


Abb. 4: Vergleich der Pollenspektren von Siedlungsanzeigern und Getreidepollen im Arnberger Wald (Hamorsbruch), dem Rothaargebirge (Moor am Giller) sowie dem Ebbegebirge im westlichen Sauerland (Hochsteiner Moor)



**Abb. 5: Die potentielle natürliche Vegetation des südwestfälischen Berglandes.**  
 Buchenwälder sind die potentiellen natürlichen Waldgesellschaften.





**Abb. 6: Beispielhafte aktuelle Vegetation und Landnutzung im Hochsauerland**

(Forstamt Altenhundem-Lennestadt 1972)

Anstelle der potentiellen natürlichen Buchenwälder bestimmen heute Fichtenforste,

Niederwälder und andere landwirtschaftliche Nutzflächen das Landschafts- und Siedlungsbild.

Entwurf: G. Caspers 1988 nach: Land- und forstwirtschaftlicher Beitrag zum Flächennutzungsplan Lennestadt 1972